19. 11.

# Die

# Wiederherstellung Deutschlands.

Von

Constantin Frantz.

Berlin 1865.
Ferdinand Schneider.
(Matthäikirchstraße 24.)

# Vorwort.

Die nachfolgenden Betrachtungen über die Wiederherstellung Deutschlands erscheinen zu einer Zeit, wo vielleicht Viele an der Zukunft Deutschlands verzweifeln mögen, da selbst das lockere Band, welches den deutschen Staatenkörper bisher zusammen hielt, zu zerreißen droht, und somit selbst der Schatten einer politischen Existenz verschwinden würde, welche die deutsche Nation in dem bisherigen Bunde besaß. Aber die Geschicke einer Nation, welche eine Geschichte von so vielen Jahrhunderten hinter sich hat, werden nicht durch momentane Wendungen der Politik, durch militairische Stellungen oder diplomatische Künste entschieden, — es waltet ein innerer Trieb darin, der einem höheren Plane dient. Denn wie die deutsche Nation nach Gottes Willen der Grund- und Eckstein geworden ist, worauf die ganze Entwicklung des neueren Europa's beruht, und seitdem schon so viele große Katastrophen überstanden hat, so darf sie sich getrösten, daß sie auch in Zukunft nicht von Gott verlassen sein wird, wenn sie nur selbst das Ihrige thut, wie auch das Sprichwort sagt: Gott verläßt keinen Deutschen.

In dieser Zuversicht habe ich meine Arbeit unternommen, weil ich glaube, damit etwas zur Lösung der deutschen Probleme beitragen zu können, und mich als Deutscher getrieben fühle,

dazu nach meinen geringen Kräften zu wirken. Ich bin mir wohl bewußt, wie vielen herkömmlichen und weit verbreiteten Vorstellungen ich dabei entgegentrete, und welche Anfechtungen ich dafür zu gewärtigen habe, aber die hier dargelegten Ansichten sind das Resultat vieljähriger Studien und Beobachtungen, und alle diejenigen Leser, denen es selbst um Wahrheit zu thun ist, werden das Streben danach anerkennen, wenn sie auch selbst vielleicht auf anderen Wegen wandeln, als die von mir eingeschlagenen. Außerdem liegt es ja thatsächlich vor, daß die bisherige Weise, wie man die deutsche Frage behandelt, nicht zum Ziele führt, und nachdem die alten Parteien wie die alten Ideen sich gleicherweise abgenutzt und unbrauchbar erwiesen, muß wohl etwas Neues zur Geltung kommen, wenn nicht das ganze Nationalleben in Versumpfung gerathen soll. Ob dann das Neue auch das Bessere ist, kann allein die Zeit lehren.

Hiernach habe ich nichts weiter mehr zu bemerken, als daß die vorliegende Schrift im Sommer vorigen Jahres abgefaßt wurde, und daher auch einige Aeußerungen enthält, welche sich auf den damaligen Stand der Verhältnisse beziehen, den man sich an den betreffenden Stellen zu vergegenwärtigen haben wird.

Berlin, den 2. Januar 1865.

**Der Verfasser.**

# Inhaltsverzeichniß.

---

## Berichtigungen.

Seite 67 Zeile 14 v. U. statt Muth lies Wunsch.
" 83 " 5 v. U. statt Wiborg lies Wisby.
" 112 " 9 v. U. statt Bundesarmee lies Parlamentsarmee.
" 124 " 11 v. U. statt Konjekturen lies Konjunkturen.
" 177 " 8 v. O. statt Kriegslist lies Kriegslust.
" 225 " 7 v. U. statt eine lies reine.
" 225 " 6 v. U. statt reine lies eine.
" 338 " 16 v. O. statt halten lies hatten.

Einige andere Druckfehler wird der geneigte Leser leicht selbst verbessern.

---

# I.

## Die gegenwärtige Lage.

1) Unhaltbarkeit der bestehenden Bundesverhältnisse. 2) Daraus entspringende Folgen: a) für die deutsche Machtstellung, b) für die öffentliche Ordnung, c) für den Nationalcharakter, d) für die geistige Entwicklung.

### 1.

Seit sechszehn Jahren zerarbeitet sich die deutsche Nation an immer neuen Versuchen zur Reform der Bundesverhältnisse, ohne bis heute irgend ein Resultat erreicht zu haben. Vielmehr haben diese verfehlten Versuche zu einer Verschlimmerung des Zustandes geführt, indem sie die bestehende Ordnung wankend gemacht, weil sie den Glauben an den Fortbestand derselben immer mehr erschüttert, um nicht zu sagen vernichtet haben, — und was sind öffentliche Einrichtungen und öffentliche Gewalten ohne den Glauben daran?

Wir haben es erlebt, wie die hohe deutsche Bundesversammlung im Jahre 1848 ihre eigene Unzulänglichkeit erklärt, um darauf in wenig würdiger Weise vom Schauplatz zu verschwinden, und eine neue improvisirte Gewalt an ihre Stelle treten zu lassen, die wir doch selbst in ähnlicher Weise wieder abtreten sahen, ohne ein bleibendes Werk zurückzulassen, ungeehrt und kaum beklagt. Allerdings geschah dies im Drange sich überstürzender Ereignisse, in einer Zeit leidenschaftlicher Aufregung, wo das öffentliche Bewußtsein wie trunken erschien, aber nach vollständiger Entnüchterung, und unter den Auspi-

zien einer triumphirenden Reaktion hat man doch nicht umhin gekonnt, das Bedürfniß tiefgreifender Veränderungen abermals anzuerkennen, und so wurde auf den Dresdner Konferenzen selbst die damals beschlossene Rückkehr zu dem alten Bundestage ausdrücklich als eine nur provisorische Maßregel dargestellt. Seitdem sind Reformprojekte von verschiedenen deutschen Regierungen ausgegangen, und endlich auf dem Frankfurter Fürstentage haben die erlauchten Häupter der Nation selbst das Bekenntniß abgelegt, daß es in Deutschland anders und besser werden müsse.

Was ist das für eine Nationalverfassung, welche die legitimen Inhaber der Gewalt selbst für unzulänglich erklären, und auf welche die Nation nicht nur mit Gleichgültigkeit, sondern allermeist mit unverhohlener Mißachtung blickt!

Ein solcher Zustand trägt sein Urtheil in sich selbst, und worüber in der ganzen Nation nur Eine Ansicht herrscht, darüber haben wir nicht weiter zu reden. Nur die praktischen Folgen, welche aus diesem traurigen Zustand entspringen, wollen wir in der Kürze hervorheben, um dieselben auf einige bestimmte Sätze zu reduziren, welche unseren ferneren Betrachtungen zum Ausgangspunkt dienen werden.

## 2.

### a) Folgen für die deutsche Machtstellung.

Die bisherigen deutschen Reformversuche haben die alt überkommene Rivalität der beiden deutschen Großmächte nicht vermindert, sondern wiederholt bis zum offenen Gegensatz gesteigert, indem sie die deutsche Frage zu einem Kampf um die Oberherrschaft zwischen Oesterreich und Preußen verwandelten, und es liegt am Tage, wie sehr dadurch die Kraftentwicklung dieser beiden Mächte selbst auf dem europäischen Gebiet gelähmt worden ist. Die übrigen deutschen Staaten aber, welche zusammen genommen doch über ein Dritttheil der deutschen Nation repräsentiren, haben keine direkte Beziehung

zur europäischen Politik, sondern sie würden sich nur mittelbar durch den Bund geltend machen können. Indem also der Deutsche Bund als solcher keine eigene Politik führt, und gerade durch die beiden Großstaaten und deren gegenseitige Rivalität in Lähmung und Thatlosigkeit erhalten wird, entspringt daraus die politische Ohnmacht der deutschen Nation, welche inmitten Europa's nur wie eine passive Masse erscheint, ohne allen merklichen Einfluß auf die politische Entwicklung des Kontinents, wo sie doch die entscheidende Macht sein müßte.

Man erinnere sich an den Krimkrieg und an den italienischen Krieg, wo es sich beide Male um Angelegenheiten handelte von der tiefsten Rückwirkung auf Deutschland, und beide Male geschah von deutscher Seite nichts. Ja es hat nicht an Leuten gefehlt, welche eben in diesem Nichtsthun den eigentlichen Triumph ihrer Politik finden wollten. Was bleibt aber für Deutschland, wenn es sich in den kontinentalen Angelegenheiten wirkungslos erweist? Seemacht und Kolonien besitzen wir nicht, die überseeischen Gebiete werden okkupirt und vertheilt, ohne daß wir irgend welchen Einfluß darauf zu üben vermöchten. Wir stehen in dieser Hinsicht selbst hinter kleinen Nationen, wie Holländer und Portugiesen, weit zurück, und dies ist von um so größerer Bedeutung, je mehr in unseren Tagen die überseeischen Verhältnisse auf Europa zurückwirken, und die europäische Politik sich immer mehr zur Weltpolitik entwickelt Sind wir also von der überseeischen Welt ausgeschlossen, so müßten wir wohl in Europa um so energischer auftreten, oder wir müssen in Zukunft auf alle höhere Bedeutung verzichten.

## b) Folgen für die öffentliche Ordnung.

Die deutsche Bundesverfassung ist so zu sagen der Schlußstein für das Gebäude der öffentlichen Ordnung in Deutschland, indem die Verfassungen der deutschen Einzelstaaten mehr oder weniger davon abhängen und darauf hinweisen, wenn dies auch nicht sowohl ein

rechtliches als ein thatsächliches Verhältniß ist. Die Bundesreformprojekte haben daher eine unverkennbare Rückwirkung auf die konstitutionellen Bewegungen in den einzelnen Staaten, und alles Verfassungsrecht wird schwankend, wenn die Grundlagen des Bundes in Frage gestellt werden.

Welchen Eindruck muß es wohl auf die Nation machen, wenn das deutsche Centralorgan, als welches der deutsche Bund doch jedenfalls angesehen werden muß, zu einem Gegenstand fortwährender Experimente herabsinkt; wenn man mit Reformprojekten auftritt, die man heute mit Eklat verkündigt, um sie morgen wieder in das Pult zu legen; ja wenn man selbst die Bundesfürsten zusammen beruft, um unter Festen und Feuerwerken eine neue deutsche Aera zu inauguriren, während hinterher das Resultat ein reines Nichts ist? Oder wenn man sieht, wie, was unter dem Vorwand der Bundesreform auftritt, in der That nur politische Schachzüge sind, welche die deutschen Großmächte gegen einander ausführen? Wo bleibt da die Achtung vor Recht und Gesetz, und die so nothwendige Ehrfurcht vor dem geweihten Charakter der öffentlichen Gewalten, wenn die höchste Ordnung des deutschen Vaterlandes, — der Ring, der Alles zusammenfaßt, und woran sich die heiligsten Angelegenheiten der Nation anschließen, zu einem leeren Spiel herabgewürdigt erscheint!

Wer in solcher Weise Wind säet, der mag die göttliche Gerechtigkeit erkennen, wenn er hinterher Sturm erntet. Und wahrlich liegen wohl schon Anzeichen genug vor, denjenigen ähnlich, wie sie einem Sturm voranzugehen pflegen. Für das schlimmste derselben halten wir den sich immermehr ausbreitenden Pessimismus, d. h. die Meinung von der radikalen Verderbtheit und gänzlichen Unverbesserlichkeit der deutschen Bundesverhältnisse, eine Meinung, die wie von selbst und als ihre natürliche Ergänzung die Revolution hervorruft, da, wo Alles verdorben und unverbesserlich, nur durch einen allgemeinen Umsturz und durch eine gänzlich neue Ordnung noch eine Rettung möglich scheint. Und hier liegt nun der wirksamste Hebel für die deutsche Demokratie, denn hier liegt ein Problem vor, welches

eben so die unmittelbar praktischen Bedürfnisse, wie die tiefsten Gefühle und theuersten Hoffnungen der Nation umfaßt. Nur durch eine Massenbewegung, die natürlich auch zu einer Massenherrschaft führen würde, scheint auf diesem Standpunkt die Lösung zu erreichen, d. h. durch eine radikale Revolution, und diese Idee greift immer weiter. Wer aber trägt die Schuld daran?

### c) Folgen für den Nationalcharakter.

Wie müssen solche Zustände auf den Charakter der Nation zurückwirken, wenn die höchste Lebensordnung fortwährend in Frage steht, und das, woran der Mensch sonst seinen Halt finden sollte, vielmehr selbst als das Schwankendste und Hinfälligste erscheint! Gewiß, die Folgen davon durchdringen das ganze öffentliche Leben, und reichen selbst bis in das Privatleben hinein, da Maß und Haltung verschwinden, wo die feste und sichere Ordnung der öffentlichen Gewalten fehlt.

Dies ist eine allgemeine Erfahrung, in Deutschland aber kommt noch der besondere Umstand hinzu, daß die staatliche Zerrissenheit, neben dem gleichwohl vorhandenen nationalen Einheitsgefühl, jeden politischen Mann in einen unheilbaren Konflikt versetzt. Sehr wahr sagt in dieser Hinsicht Held: *)

„In dem Momente irgend einer politischen That befindet sich jeder Deutsche zwischen zwei Stühlen, — was er für Deutschland will, geht gegen sein engeres Vaterland, was er für dieses thut, geht gegen Deutschland. Wie die Verhältnisse jetzt sind, so muß Deutschland schwächen, was die einzelnen Staaten stärkt, und umgekehrt. Jeder ist aber zuerst und vor Allem durch die stärksten öffentlichen Bande an sein engeres Vaterland gebunden, und während es rechtlich nicht bestimmbar ist, was Einer für oder gegen

*) Deutschland, der deutsche Bund und die deutschen Großmächte. Würzburg, 1864.

Deutschland thut, sind die Pflichten gegen den eigenen Staat genau rechtlich bestimmt. Es ist in der That ein verzweifelter Zustand."

Allerdings so ist es. Als Preuße soll ich mich getrieben fühlen, für Preußens Macht und Größe zu wirken, und sei es auch auf Unkosten Deutschlands, als Deutscher hingegen soll ich für Deutschland wirken, welches mir viel höher steht als Preußen. Aber Niemand kann zweien Herren dienen, und wie kann ich mein preußisches und mein deutsches Vaterland zu gleicher Zeit und mit gleicher Liebe umfassen? Dann hat ein Anderer wieder ein sächsisches Vaterland, wieder ein Anderer ein baiersches, und so geht es fort, und doch sollen und wollen sie Alle auch ein deutsches Vaterland haben. Der Konflikt ist unvermeidlich, und am unvermeidlichsten gerade für alle diejenigen, die ein höheres Streben erfüllt, und die sich dann überall im Handeln gehemmt, und im innersten Kern ihres Wesens gebrochen fühlen. Da können sich keine großen Charaktere entwickeln, und folglich auch keine großen Thaten geschehen.

Man wird vielleicht sagen, dieser Zustand bestehe doch schon seit einigen Jahrhunderten, und gleichwohl sei doch früher nicht behauptet worden, daß darüber die Charaktere zu Grunde gingen. Ja freilich, die staatliche Zerrissenheit ist alt, aber neu ist das wieder erwachte Bewußtsein der nationalen Einheit. Noch zu Ende des vorigen Jahrhunderts war in den unteren Schichten der Bevölkerung keine Spur davon, und selbst in den Kreisen höherer Bildung war es überaus schwach, fast nur auf Literatur und Kunst gerichtet, während es in politischer Hinsicht wie eine natürliche Nothwendigkeit erschien, daß sich Deutschland in viele Staaten theile, die sich gegenseitig gänzlich fremd blieben, und unter Umständen sich auch bekriegen mochten, woran damals Niemand einen ernstlichen Anstoß nahm. Heute aber ist das Bewußtsein der nationalen Gemeinschaft allgemein erwacht, und daher der Konflikt. Und was mehr ist, dieser Konflikt ist nicht nur thatsächlich vorhanden, sondern man möchte sagen, er besteht sogar von Rechtswegen, seitdem die deutschen Gewalthaber selbst das Bedürfniß einer deutschen Einigung feierlich erklärt, und damit Jeder=

mann das Recht gegeben haben, sich als Deutscher zu fühlen, und nach seinen besten Kräften für Deutschland zu wirken. „Preußen geht fortan in Deutschland auf," sprach einst Friedrich Wilhelm IV., und dieses Wort bleibt eben so unvergessen, als die gleichzeitigen Erklärungen anderer deutschen Regierungen und der deutschen Bundesversammlung. Seitdem wird der Konflikt allgemein und fordert seine Lösung, oder die Nation müßte im innersten Kern ihres Wesens verderben.

### d) Folgen für die geistige Entwicklung.

Beruht die Ausbildung eines tüchtigen Charakters auf der gediegenen Einheit des Willens, d. h. daß man das, was man will, auch ganz will, und dann auch seine ganze Persönlichkeit dafür einsetzt, so beruhen die großen Leistungen in der Kunst, in der Philosophie und Wissenschaft auf der vollständigen Hingebung des Geistes an das ästhetische Ideal, oder an den Gedanken und den Gegenstand der Forschung, und nur wer von diesem Einen vollständig ergriffen ist, und in dem Streben nach der Darstellung seines Ideals, oder nach der Entwicklung seines Gedankens die volle Befriedigung findet, wird ein unsterbliches Werk hervorzubringen vermögen. Die höchste Sammlung und ein innerer Friede der Seele sind unerläßlich dazu, ein getheiltes Interesse zerstört den Genius. Haben wir nun in dem Vorstehenden gezeigt, welche Folgen das unbefriedigte Bedürfniß unserer Nationalverfassung für die Charakterbildung hat, so wollen wir jetzt sehen, wie auch die Geistesentwicklung darunter leidet.

Niemand kann sich seiner Zeit entziehen, und wie sonderbar wäre es, wenn grade die begabtesten Geister von dem, was die Zeit bewegt, nichts empfinden und nicht davon ergriffen werden sollten. Liegt also der Widerspruch thatsächlich vor, der zwischen der staatlichen Zerrissenheit Deutschlands und den Forderungen des wieder erwachten Nationalgefühls besteht, und dringt dieser Widerspruch je mehr und mehr in das allgemeine Bewußtsein ein, so werden natür=

lich auch die Künstler, die Philosophen und die Gelehrten nicht unberührt davon bleiben. Sie werden sich vielmehr getrieben fühlen, auch ihrerseits an der Lösung dieser großen Aufgabe mit zu arbeiten, indem sie das aber thun, entsteht ein getheiltes Interesse in ihnen, und eine Aufregung, welche den geistigen Hervorbringungen nachtheilig ist, und ein klassisches Werk gradezu unmöglich macht. Zeuge dessen die gegenwärtige Literatur, der das Gefühl eines unbefriedigten widerspruchsvollen Zustandes wie an der Stirn geschrieben steht.

Wie auffallend tritt auch in dieser Hinsicht der Unterschied der Zeitalter hervor! Denn wie der politische Mann des vorigen Jahrhunderts sich ganz unbefangen in seinem Partikularismus bewegte, sich als Preuße oder Oesterreicher oder Sachse u. s. w. fühlte, und als solcher handelte, ohne irgend eine tiefere Empfindung für die gemeinsamen Interessen des deutschen Vaterlandes, so lebten hingegen die Dichter, die Denker und die Gelehrten jener Zeit in der Atmosphäre eines abstrakten Idealismus, in welcher nicht nur das deutsche Vaterland, sondern überhaupt jedes praktische Interesse verschwunden zu sein schien, in einer reinen Gedankenwelt, für welche die Wirklichkeit nur als ein Objekt ästhetischer Anschauung in Betracht kam. So ein Lessing, Schiller und Goethe, welche ja unumwunden ihre Gleichgültigkeit, wenn nicht gar ihre Mißachtung, für deutsch-nationale Bestrebungen aussprachen. Und wo haben ein Kant, Schelling und Hegel Sinn und Verständniß dafür gezeigt? Nicht besser verhielt es sich mit den damaligen großen Gelehrten auf den verschiedenen Gebieten der positiven Wissenschaften. Das deutsche Interesse erfüllte nur Wenige unter den geistig bedeutenden Männern des vorigen Jahrhunderts, worunter Klopstock hervorragt.

Soll dies etwa eine Anklage gegen diese Männer sein? Nicht im geringsten, denn sie repräsentirten den Geist ihrer Zeit, und sie um deswillen herabzusetzen, wäre um so thörichter, als wir grade diesen Männern unsere größten Geisteswerke verdanken, und grade das, was wir heute unsere klassische Literatur nennen, ganz aus-

schließlich dieser Entwicklungsperiode angehört. Wir werden sogar sagen dürfen, daß grade diese gänzliche Abstraktion von den praktischen Interessen der Wirklichkeit die Grundbedingung solcher Leistungen war, die an idealer Kraft und Schönheit in der ganzen modernen Literatur Europa's nicht ihres Gleichen finden. Wahrlich, hätten jene Männer sich den praktischen Interessen ihrer Zeit hingegeben, — wie bald wären sie aufgerieben, und wie hätten ihre Geistesschwingen erlahmen müssen, hätten sie sich in die damalige politische Misere begeben, in diesen Abgrund von hohlen Formeln und abgestorbenen Institutionen, ja von Schande und Gemeinheit, in welchem das deutsche Reich unterging. Wohl ihnen, daß sie solche Kraft der Abstraktion besaßen, um sich aus „der Sinne Schranken" in „die Freiheit der Gedanken" zu flüchten, und während das Reich in Trümmer zerfiel, was sie doch nicht zu hindern vermocht hätten, sich wie die seligen Götter in olympischer Ruhe mit ihren unsterblichen Werken beschäftigten, welche sie den späteren Geschlechtern als einen unerschöpflichen Fond geistiger Bildung und Erhebung zurückließen. So konnte es also geschehen — um nur das Größte und Auffallendste zu erwähnen, — daß grade die Meisterwerke von Schiller und Goethe, die Werke von klassischer Vollendung, aus derselben Zeit datiren, wo das Vaterland der Fremdherrschaft entgegen ging oder bereits erlegen war. Um dieselbe Zeit unternahm ein Humboldt seine Reisen, welche der Naturforschung einen neuen Impuls gegeben, und insbesondere die moderne Geographie begründet haben. Und eben diese Zeit war es, wo die Kantische Philosophie ihre Triumphe feierte, wo Schelling die Naturphilosophie schuf, und Hegel seine Phänomenologie des Geistes grade in denselben Tagen, wo die Franzosen in Jena einbrachen, in den Druck gab, und damit sein System des sich selbst denkenden Gedankens eröffnete, worin diese der wirklichen Welt gänzlich entfremdete Bildung gewissermaßen ihren Abschluß fand. Denn über diese äußerste Grenze der Abstraktion, wo in der Philosophie sogar das denkende Subjekt verschwindet, und nur der reine Gedanke selbst

übrig bleibt, war doch nicht weiter mehr hinaus zu gehen. Alsbald mußte also auch ein Umschwung beginnen, wie es denn auch wirklich ganz unmittelbar darauf geschah. Nämlich in der Philosophie durch die Fichteschen Reden, während in der Poesie schon die Romantik sich mehr dem Deutschen zuwandte, und dann die vaterländische Richtung durch die Dichter der Freiheitskriege zum vollen Ausdruck kam.

Noch einmal, wir wollen die Genien unserer klassischen Literatur wahrlich nicht herabsetzen, aber wir müssen die Thatsache konstatiren, daß man sich damals auf dem Boden eines abstrakten Idealismus bewegte, und daß die Periode dieser Weltanschauung vorüber ist. Seitdem ist es auch dem Genius nicht mehr gegeben, sich in seine Gedankenwelt zurückzuziehen, sondern er wird sich unwiderstehlich in die Bewegung unserer Zeit hineingezogen fühlen, und folglich auch von den Widersprüchen und der allgemeinen Mangelhaftigkeit unserer nationalen Verhältnisse im Innersten berührt werden, und somit in eine Stimmung gerathen, welche die Hervorbringung großer Geisteswerke unmöglich macht. Und so wird es bleiben, so lange wir nicht zu einer befriedigenden Nationalverfassung gelangt sind, welche einerseits dem Genius einen neuen Boden bereitet, und andererseits auch in dem Publikum die jetzt fast entschwundene Empfänglichkeit für die Werke höherer Weihe wiedererweckt. Denn Beides steht in stetiger Wechselwirkung.

Was wir hier sagen, macht durchaus nicht den Anspruch auf Neuheit, sondern stimmt im Wesentlichen mit den Ansichten unserer gegenwärtigen Literaturhistoriker überein. Auch genügt schon eine geringe Kenntniß von dem thatsächlichen Gange unserer neusten Literatur, um sich von der Richtigkeit der vorstehenden Behauptungen zu überzeugen.

Auf das goldene Zeitalter unserer Poesie ist schnell das silberne gefolgt, und auch dieses schon in das kupferne und bleierne übergegangen, in welchem wir uns jetzt befinden. Schließt das goldene Zeitalter mit Goethe, so dürfen wir vielleicht das silberne mit

Uhland schließen, der von den Dichtern der nachklassischen Zeit wohl am tiefsten auf die Nation gewirkt hat. Aber wie weit steht er an idealer Kraft, an Fülle und Tiefe der Gedanken, wie an Schwung der Phantasie hinter einem Schiller und Goethe zurück! Und wie deutlich tritt hier der Umschwung der Zeiten hervor! Denn wenn es noch bei Goethe hieß: „Ein politisch Lied, ein leidig Lied“, so tritt dieser schwäbische Sänger ganz ausdrücklich als Kämpfer für das alte gute Recht auf. Es ist der nationale Zug seiner Lieder, welcher diesen Dichter der Nation so werth gemacht, und der Hauch einer politisch erregten und zur Opposition geneigten Zeit, der ihn durchzieht, ließ ihn nur um so mehr Anklang finden. So z. B. das

„Weh euch ihr stolzen Hallen!“

in des „Sängers Fluch“, einem seiner besten Gedichte. Nun vergleiche man einmal diesen Uhlandschen Sänger mit dem Goethe'schen Sänger in Wilhelm Meister, und man hat den ganzen Unterschied der Zeiten und Charaktere vor Augen. Jener verschwindet mit einem Fluch von der Bühne, dieser aber, in seiner Kunst beseligt, schließt mit einem Trinkspruch und frohem Dank. Wie viel menschlicher, reiner und schöner ist diese Goethe'sche Ballade, welche auch gewiß die Uhlandsche lange überleben wird, aber die Zeit, welche solche Blüthen trieb, war eben vorüber. Dem frischen Schöpfertrieb mischte sich die Reflexion bei, die Absicht die Tendenz, die seitdem immer mehr zur Herrschaft gelangt, und an der Stelle ursprünglicher Kraft und überströmender Fülle sehen wir heut zu Tage das Gemachte, nichts darunter, welches auch nur auf die Dauer eines Menschenalters rechnen dürfte. In Uhland ist doch noch ein Rest von ächter Poesie, vergleicht man aber damit wiederum einen Herwegh, — was ist da von Poesie geblieben? Sie ist lediglich ein politisches Aufregungsmittel geworden. Und doch ist wenigstens noch Schwung und Kraft bei ihm, die aber in den allerneusten Produktionen auch immer mehr verschwinden.

So verhält es sich mit der deutschen Poesie, und ganz ähnlich

mit der deutschen Philosophie, seitdem mit Schopenhauer der letzte originelle Philosoph zu Grabe ging. Auch was zwischen Poesie und Philosophie in der Mitte liegt, und an beide Seiten anknüpft, die Literaturkunde, Kunstlehre und Kritik, haben längst nicht mehr solche Repräsentanten aufzuweisen, wie einen Lessing, Winkelmann, Herder und Schlegel.

Nur die historischen und die exakten Wissenschaften haben sich in neuster Zeit glänzend hervorgethan, aber dieser Fortschritt, so wichtig er auch sein mag, kann doch den Mangel an solchen Geistern höherer Ordnung nicht ersetzen. Es fehlt dem geistigen Leben der Schwung und das Aroma, was nur Poesie und Philosophie zu geben vermag. Die Fülle des gelehrten Materials thut es nicht, sie muß von höheren Ideen durchdrungen und beherrscht sein, sonst wirkt sie wohl eher niederdrückend als belebend auf den Geist der Nation. Sind die großen Genien verschwunden, so hat auch die Empfänglichkeit des Publikums für alle hohen und tiefen Gedanken abgenommen, es wendet sich immer mehr dem blos Nützlichen zu, oder dem leeren Zeitvertreib, und selbst dem Gemeinen und Platten. Zeuge dessen der erschreckende Verfall des deutschen Theaters. Man sehe doch nur, mit welcher Art von Produkten man hier in Berlin volle Häuser macht. Mit Possen, und zwar mit Possen solcher Art, daß Kotzebuesche Lustspiele wie erhabene Geisteswerke dagegen erscheinen, worin doch immer noch ein innerer Zusammenhang und gewisser Verstand wahrzunehmen ist, während in den heutigen Produkten neben der tiefsten Plattheit oft zugleich die vollständigste Sinnlosigkeit hervortritt, und das Ganze nur durch fade Witze und eingelegte Kouplets den Schein eines gewissen Lebens gewinnt, — Machwerke, die jeden Anspruch verloren haben, überhaupt noch zur dramatischen Literatur gerechnet zu werden, und nicht sowohl für das Publikum als für den Pöbel geschrieben zu sein scheinen. Und doch sind es grade derartige Stücke, welche das größte Publikum finden, und mit solchem Behagen genossen werden, daß man sie vielleicht hundert Mal wiederholt. Gewiß ein redendes Zeugniß des

sinkenden Geschmackes, wie hinwiederum dieser sinkende Geschmack ein Zeichen des sinkenden Geistes überhaupt ist.

Ganz dem entsprechend, was man hier auf dem ästhetischen Gebiete sieht, sind die Klagen, die man auf allen Universitäten hört, daß die Theilnahme für die Gegenstände allgemeiner Bildung abnimmt, indem sich die studirende Jugend immer mehr auf die sogenannten Fachwissenschaften beschränkt. Also abermals ein geistiges Sinken. Bedarf es noch eines neuen Beleges dafür, so betrachte man den Zustand des deutschen Buchhandels, und frage die Buchhändler, welche Art von Werken noch am meisten vertrieben werden, und die Antwort wird ebenfalls dahin lauten, daß sich der Geschmack des Publikums ganz ebenso verschlechtert als die Qualität der literarischen Waare.

Gegen alle diese Zeugnisse dürfte kaum ein triftiger Einwand zu erheben sein, sondern man wird die vorstehenden Thatsachen nach ihrer vollen Bedeutung anerkennen müssen, wie sie denn auch schon vielfach anerkannt sind. Man wird aber vielleicht entgegnen: es sei ja ganz natürlich, daß nach dem gewaltigen Aufschwung der klassischen Periode eine gewisse Abspannung der produktiven Kräfte einträte, und eben so natürlich, daß das Publikum, nachdem es gewissermaßen mit geistiger Nahrung übersättigt, sich seitdem mehr den praktischen Interessen zuwende, und somit die literarische, ästhetische und philosophische Entwicklung in den Hintergrund träte. Darin liegt eine unleugbare Wahrheit, und wir unsererseits würden es durchaus nicht beklagen, wenn jene Weltanschauung, die wir selbst als einen abstrakten Idealismus bezeichneten, verlassen würde, und ein gesunder Realismus an ihre Stelle träte, aber eben dies führt uns nur um so mehr zu dem Ausgangspunkt unserer Betrachtung zurück, weil eben der heutige Realismus leider nicht gesund zu nennen ist. Denn die praktischen Interessen sollen sich doch nicht etwa auf Industrie und Technik beschränken, und ein gesunder Realismus kann doch nicht in dem immer mehr zur Herrschaft kommenden Materialismus gefunden werden, sondern es gehört ein geistiger Gehalt dazu, und soll die praktische Richtung, in die wir unleugbar ein=

getreten, zu etwas Anderem führen als zum Versinken in die Materie, so gehört der Schwung des öffentlichen Lebens dazu, der in unseren deutschen Einzelstaaten nothwendig fehlt, und nur in einer deutschen Nationalverfassung möglich ist, wodurch wir wieder zu demselben Resultat gelangen.

Es ist etwas Großes, und für jeden Mann etwas Wesentliches, sich als Mitglied seiner Nation zu fühlen. Es kräftigt den Charakter, belebt den Willen, und erhebt den Geist, es ist ein sittlicher, intellektueller und ästhetischer Hebel zugleich, der, wenn er fehlt, immer vermißt wird, und kaum durch etwas Anderes zu ersetzen ist. Aber eben dieser Hebel fehlt uns, und wird uns immer fehlen, so lange sich unser öffentliches Leben auf die deutschen Einzelstaaten beschränkt, in welchen überhaupt keine nationale Entwicklung möglich ist, weil es in der That keine preußische, keine österreichische oder baierische Nation u. s. w. giebt, sondern nur eine deutsche, wenn man anders unter Nationalität nicht die bloße Staatsangehörigkeit versteht, sondern vielmehr eine innere Lebensgemeinschaft, die neben dem gemeinsamen Blut auf einem gemeinsamen Fond von geistigen Anlagen, Sitten, Gewohnheiten und geschichtlichen Erinnerungen, wie auf dem Bewußtsein eines gemeinsamen Weltberufes beruht. Nur so verstanden ist die Nationalität von großer Macht und Bedeutung, und so verstanden, giebt es eben keine preußische oder österreichische oder baierische Nationalität, und wird in alle Ewigkeit keine geben, so gewiß als alle deutschen Staaten überhaupt nur Zweige eines gemeinsamen deutschen Stammes sind, die sämmtlich kein eigenes unabhängiges Leben besitzen, sondern verdorren müssen, wenn sie sich nicht aus der gemeinsamen Wurzel nähren.

Das ist eben der Fortschritt unserer Zeit, daß das Bewußtsein über diese handgreifliche Thatsache, welches Jahrhunderte lang verdunkelt und eingeschlummert war, wieder erwacht ist, und nachdem es erwacht ist, stellt es seine praktischen Forderungen. Werden diese nicht befriedigt, so entsteht eine innere Zerrissenheit und ein Gefühl der Leerheit, worauf zunächst vielleicht Blasirtheit und Erschlaffung

folgen mag, dann aber ein gewaltsamer Ausbruch zu erwarten steht, so gewiß, als die deutsche Nation noch immer eine natürliche Lebenskraft besitzt, wogegen die künstlichen Kräfte der einzelnen deutschen Staaten sich eintretenden Falls sehr ohnmächtig erweisen werden.

---

## II.

## Das Bedürfniß der Einigung macht sich in allen deutschen Bundesstaaten geltend.

1) Oesterreich. 2) Preußen: a) Auswärtige Verhältnisse. b) Verfassungsverhältnisse. c) Volksleben. 3) Die Mittel- und Kleinstaaten.

Es ist ein weit verbreiteter Irrthum, daß die sogenannte deutsche Frage, d. h. das Verlangen nach einer nationalen Einigung, nur aus den Bedürfnissen der kleineren deutschen Staaten entspringe, während hingegen Oesterreich und Preußen dieses Bedürfniß gar nicht empfänden. Gelten sie beide doch als europäische Großmächte, und als solche, scheint es, müssen sie wohl in sich selbst abgeschlossene und sich selbst genügende Staatskörper sein. So meinen diejenigen Politiker, welche nur den politischen Mechanismus kennen, und daher nur die materiellen Elemente beachten, die Bevölkerung und die Quadratmeilen, wonach sie die Soldaten und die Steuern berechnen, welche sich daraus ziehen lassen, und dann leicht zu einem Resultat gelangen, welches ihnen den imponirenden Eindruck einer Großmacht hervorbringt. Allein auf die bloße Größe kommt es nur wenig an, wenn man danach fragt: ob ein Staat ein eigenes inneres Leben habe und unabhängig für sich existiren könne, sondern es kommen dabei noch ganz andere Elemente zur Erwägung, in Folge dessen vielleicht ein kleines Land sehr wohl vermag, was ein viel größeres nicht vermag.

Um sich davon zu überzeugen, betrachte man z. B. das kleine Holland. Es macht nicht entfernt den Anspruch eine große Macht zu sein, aber es hat die Eigenschaft, ein in sich selbst abgeschlossener Körper zu sein, der selbstständig für sich bestehen kann. Daß dem wirklich so ist, erklärt sich aus einem Zusammenwirken vieler Elemente, insbesondere der Lage und Natur des Landes, der Volksart und ihrer geschichtlichen Entwicklung, und endlich der politischen Kombinationen des heutigen europäischen Staatensystemes. So findet dieser kleine Staat seine Stellung in der allgemeinen völkerrechtlichen Verbindung genügend gesichert, und empfindet bis jetzt kein wesentliches Bedürfniß in einen besonderen Verein zu treten, wie auch keine inneren Triebe seiner Bevölkerung danach hindrängen. Aber wie ganz anders steht es in beider Hinsicht mit dem so sehr viel größeren und mächtigeren Preußen, dem gleichwohl die Eigenschaft eines in sich selbst abgeschlossenen Körpers durchaus fehlt, welche hingegen Holland allerdings besitzt. Ja, selbst Staaten wie Belgien und die Schweiz, welche auf keiner eigentlichen Nationalität beruhen, sondern eine gemischte Bevölkerung haben, besitzen doch die fragliche Eigenschaft in sehr viel höherem Grade als Preußen; wie denn auch die Erfahrung zeigt, daß sich diese Staaten in ihrem Sonderleben ganz befriedigt fühlen, wenn gleich nicht genügend gesichert, außer durch die völkerrechtliche Anerkennung ihrer Neutralität.

Dies vorausgeschickt, wollen wir jetzt tiefer in die Frage eindringen, und den Nachweis führen, daß selbst die sogenannten deutschen Großmächte, weit entfernt als isolirte Staatskörper existiren zu können, das unverkennbare Bedürfniß nach einer engeren deutschen Verbindung haben. Gelingt uns dieser Nachweis, so werden wir der Mühe überhoben sein, auch die übrigen deutschen Staaten noch einzeln zu betrachten, weil, was in dieser Hinsicht sogar für die großen gilt, noch vielmehr für die kleinen gilt, von welchen ohnehin das fragliche Bedürfniß kaum irgendwie bestritten wird.

1.

Oesterreich scheint der deutschen Frage wohl am fernsten zu stehen, und befindet sich allerdings in eigenthümlichen Verhältnissen, worüber wir noch anderer Orten zu sprechen haben. Aber das Bedürfniß einer innigen Verbindung mit Deutschland ist gleichwohl auch in Oesterreich vorhanden, so gewiß als dieser Staatskörper thatsächlich mit Deutschland verwachsen ist, und selbst wenn man wollte, diese Verbindung gar nicht gelöst werden kann, indem jedenfalls die Folgen dieses thatsächlichen Verwachsenseins sich gar nicht beseitigen lassen.

Hat man nicht zu Zeiten Metternich's alles Mögliche gethan, um Oesterreich von Deutschland zu trennen, indem man den materiellen wie den geistigen Verkehr auf das Aeußerste erschwerte, durch ein Prohibitivsystem gegen Handelswaaren wie gegen Gedanken, und was hat man damit erreicht? Es kam die Revolution, und siehe da, in Wien wehte die *deutsche* Fahne! Welches aber waren die Ursachen der Revolution in Oesterreich selbst? Gewiß gab es dort Unzufriedenheit und Gährungsstoff genug, aber wie hätte man wohl die *deutsche* Fahne aufgepflanzt, wenn man eine rein *österreichische* Revolution machen wollte? Deutsche Elemente müssen also sehr wesentlich mitgewirkt haben, und so ist es eine unbestreitbare Thatsache, daß die deutsch-nationale Bewegung vom südwestlichen Deutschland aus, von wo damals überhaupt der erste Impuls ausging, auch Oesterreich erfaßte, und wenn auch gewiß nicht der alleinige, doch jedenfalls mit ein wesentlicher Hebel der österreichischen Revolution wurde, so sehr, daß es ohne diesen Hebel wohl überhaupt keine österreichische Revolution gegeben hätte.

Das war also der Segen des Metternichschen Regimes in Oesterreich wie im deutschen Bunde, daß endlich eine deutsche Bewegung ausbrach, welche trotz aller Grenzsperre auch nach Oesterreich hinüberschlug, und dadurch den Ausbruch einer Revolution beförderte, welche diese Monarchie so nahe an den Rand des Unterganges führte, daß man in der äußersten Noth zur russischen Hülfe greifen mußte, um

Ungarn zu erhalten! Lag nicht die vornehmste Ursache des Einen wie des Anderen in der unklaren und falschen Stellung, die man österreichischerseits im Verhältniß zu Deutschland eingenommen und ein Menschenalter lang beibehalten hatte? Und was war wiederum die Veranlassung gewesen, daß man in diese falsche Stellung hineingerathen? Vor allem doch die Meinung, daß Oesterreich eine sich selbst genügende europäische Macht sei, welche zu Deutschland ein nur äußerliches Verhältniß habe, und für sich am besten sorge, wenn die deutsche Entwicklung so viel als möglich danieder gehalten würde. Also hier Reprimiren dort Isoliren, bis endlich die Pression zu einer Explosion führte, und die isolirte Großmacht zusammenbrechend in die Arme Rußlands sank, ein herrliches Resultat! Hätte man sich anders zu Deutschland gestellt, und Deutschland anders behandelt, so wäre diese Explosion wahrscheinlich vermieden, und man hätte auch keine Hülfe bedurft, oder wenn doch, so hätte man sie in Deutschland gefunden.

Aus denselben falschen und unklaren Ansichten ist die Konkordatspolitik entsprungen. Denn Oesterreich wollte durchaus ein für sich bestehender Staatskörper sein, diese Prämisse aber zugegeben, so mußte man sich freilich nach künstlichen Mitteln umsehen, um diesem Länder- und Völkerkomplex ein einheitliches Gepräge zu geben, und dazu sollte die Hierarchie helfen, weil die bloße Büreaukratie doch nicht ausreichend erschien, und die konstitutionellen Versuche von 1848 gar bald wieder aufgegeben waren. Nun hat aber die Hierarchie auch nichts geholfen, sondern das Konkordat hat nur neue Schwierigkeiten geschaffen. Da kam die Niederlage von 1859, und man überzeugte sich, daß es weder mit der Büreaukratie, noch mit der Hierarchie geht. Ist man denn jetzt zur wahren Erkenntniß gelangt? Ach, es scheint nicht, sondern nach wie vor soll Oesterreich ein sich selbst genügender Staatskörper und vor allem ein einheitliches Ganze sein, und das soll es denn durch den konstitutionellen Schematismus werden, den man jetzt wieder hervorholt, und auch über die ungarischen Länder ausdehnen will, was man im Jahre 1848 gar nicht versuchte. Auch

ist dieser neue Versuch bis heute nicht gelungen, sondern das als Torso zur Welt gekommene Parlament bis heute noch ein Torso geblieben. Aber allerdings die Geschichte des Repräsentativsystems ist dadurch zwar nicht mit einer neuen Thatsache, doch mit einem neuen Projekt bereichert worden, welches, wenn es nur erst wirkliche Thatsache wäre, eine neue Epoche in dieser Geschichte begründen müßte. Denn es würde daraus der erstaunliche Satz hervorgehen, daß die Repräsentation selbst die Staatseinheit schafft, während die bisherige Geschichte lehrt, daß die repräsentativen Einrichtungen vielmehr nur auf der Basis einer schon vorhandenen Einheit entstehen konnten. Wo aber nicht Einheit, sondern Zwiespalt vorhanden ist, — was vermag die gemeinsame Repräsentation, als eben diesen Zwiespalt selbst zur Erscheinung zu bringen?

Wir werden demnach abwarten müssen, was man etwa in Wien für Zauberkünste besitzt, um diese wie es scheint unvermeidlichen Folgen zu paralysiren. Einstweilen aber, und so lange Folgerichtigkeit nicht überhaupt zur Chimäre geworden, scheint es wenigstens eine logische Folge zu sein, daß in demselben Maße, als der österreichische Länderkomplex zu einem einheitlichen Ganzen gemacht wird, dieser neue Körper dann um so weniger fähig wird, sich als ein lebendiges Glied der deutschen Föderation zu bethätigen, sondern daß ein einheitliches Oesterreich nur ein ganz äußerliches Verhältniß zu Deutschland haben kann. Wie sonderbar also, daß eben dieses einheitlich sein wollende Oesterreich sich bald darauf veranlaßt fühlte, mit einem deutschen Reformprojekt aufzutreten, wodurch für Deutschland auch eine Art von repräsentativer Maschinerie hergestellt, und dann Oesterreich selbst die Direktion derselben bekommen sollte. Aber auch dieses Projekt konnte wegen der Nichttheilnahme Preußens auf dem Frankfurter Fürstentage nur als Torso zur Welt kommen, insofern dem Wiener Parlament vergleichbar, darin aber noch unglücklicher, daß selbst dieser Torso keinen Bestand gewann, und heute schon das ganze Projekt wie verschollen erscheint.

2*

Nur eine neue Ueberraschung sollte sich daran anschließen. Denn kaum war das Reformprojekt, wodurch doch angeblich der deutsche Bund eine größere Wirkungssphäre und eine höhere Lebendigkeit erlangen sollte, so zu sagen in Scene gesetzt und über die Bretter gegangen, als sich in der Schleswig-Holsteinischen Frage sofort die Gelegenheit darbot, wo einerseits der Bund eine entscheidende Thätigkeit entfalten, und andrerseits Oesterreich selbst den thatsächlichen Beweis seiner bundesmäßigen Gesinnung liefern konnte, — doch siehe da, es geschah das grade Gegentheil. Oesterreich steifte sich auf seinen europäischen Großmachtscharakter, und benutzte sein Präsidium am Bunde nur um denselben lahm zu legen, das deutsche Interesse sollte dem dänischen geopfert werden. Es hieß nun keineswegs den Fehler wieder gut machen, wenn man dann wenige Monate darauf auch diese Politik wieder verließ, und, durch die Umstände gedrängt, das noch vor Kurzem gänzlich bei Seite gesetzte Recht des Herzogs Friedrich und der deutschen Herzogthümer anerkannte, sondern es konstatirt nur die vollständige Haltungslosigkeit, die man seit einer Reihe von Jahren in Wien beobachten kann, und vermöge deren man in der inneren wie in der äußeren Politik aus einem Experimente in das andere verfällt, immer aus der Hand in den Mund lebend, so lange sich nur weiter borgen läßt, indem eben das Schuldenmachen selbst das Einzige zu sein scheint, woran man unveränderlich festhält.

Woher entspringt dies Alles? Ganz vorzugsweise aus der falschen unklaren Stellung zu Deutschland. Wahrlich nicht durch eine erkünstelte österreichische Konstitution kann dieser Monarchie geholfen werden, sondern dadurch, daß man aus dem abgestorbenen und hohlen Großmachtssysteme heraustritt, um sich wieder in das natürliche Verhältniß zu Deutschland zu setzen, worauf dann auch alles Andere allmälig wieder in eine natürliche Lage kommen, und jetzt unlösbare Schwierigkeiten wie von selbst verschwinden werden *).

---

*) Vgl. unsere „Untersuchungen über das europäische Gleichgewicht" Kap. III. §. 6—9.

2.

Ist es in Oesterreich vor allem die materielle Masse und die ziemlich gute Arrondirung seines Territoriums, welche den Schein einer in sich selbst ruhenden Macht hervorruft, und noch bis heute erhält, so kann in Preußen von Beidem nicht die Rede sein, indem dasselbe vielmehr schon geographisch als ein nicht abgeschlossener, sich nicht selbst genügender und überhaupt nur fragmentarischer Staatskörper erscheint. Sieht es sich gleichwohl als eine für sich bestehende europäische Macht an, so beruht dies einerseits auf seiner großen Militairkraft, andererseits auf den Erinnerungen aus den Zeiten des großen Friedrich und der Freiheitskriege, wo Preußen allerdings als eine große europäische Macht auftrat und zu erheblichen Erfolgen gelangte, wenn gleich in letzterem Falle nicht ohne den Anschluß an Rußland, der auf das glänzende Bild der Freiheitskriege einen so dunklen Schatten wirft. Doch wie dem auch sei, so bleibt es immer unstatthaft, aus dem, was einmal unter besonderen Umständen geschehen konnte, die permanente Eigenschaft einer europäischen Großmacht herzuleiten, um dann auf Grund eines erkünstelten Systemes eine Politik zu führen, welche ebenso der natürlichen Basis und der inneren Wahrheit, wie der praktischen Erfolge entbehrt*).

Die aus dieser falschen Stellung entspringenden Wirkungen sind in Beziehung auf Preußen noch weitreichender, als in Beziehung auf Oesterreich. Auch ist hier die Unklarheit und die Verblendung noch auffallender, da doch Preußen schon durch seine geographische Lage und seine fast ganz deutsche Bevölkerung veranlaßt sein sollte, sich in das natürliche Verhältniß zu Deutschland zu setzen. Wir werden über diesen Punkt noch wiederholt zu sprechen haben, vorläufig nur Folgendes.

a.

Sollte also Preußen als eine für sich bestehende europäische Großmacht gelten, so konnte man doch gleichwohl nicht das Gefühl

---

*) Vgl. Untersuchungen über das europäische Gleichgewicht, Kap. III. §. 1—5.

unterdrücken, daß die schmale Basis, die territoriale Zerrissenheit und der fast gänzliche Mangel natürlicher Grenzen zu diesem Charakter nicht passen, und mehr auf eine mögliche, als auf eine wirkliche Großmacht hindeuten. Man fühlte sich wie in einem embryonischen Zustande, und diese Vorstellung einmal gefaßt, so sieht Jedermann, was dem Embryo zu seiner vollständigen Gestaltung noch fehlt, nehmlich kurzweg das ganze übrige Deutschland, so viel davon irgendwie zu haben sein möchte. Nur freilich so buchstäblich genommen, war die Sache ganz unausführbar, um so mehr aber glaubte man auf dem Wege eines sich ausbreitenden und allmälig sich befestigenden politischen Einflusses erreichen zu können, um durch eine deutsche Klientel die zu der europäischen Großmachtsstellung doch in der That nicht ausreichenden Kräfte zu ergänzen. Dies nennen die preußischen Großmachtspublizisten den deutschen Beruf Preußens, welcher also darin bestehen soll, die übrigen deutschen Staaten, da man sie leider nicht incorporiren kann (welches doch eigentlich erst die wahre Erfüllung dieser Berufspflicht wäre), einstweilen unter preußische Oberherrschaft zu bringen, um dadurch eine um so wirksamere preußische Großmachtspolitik zu ermöglichen.

Wie handgreiflich tritt hier die Verwirrung und Täuschung hervor! Denn ist es in der That so, daß Preußen sich für sich allein doch allerdings zu schwach fühlt, — nun wohlan, die Hülfe liegt ja vor der Thür, es darf sich nur auf seine deutsche Bundesstellung besinnen, um in Zukunft als deutscher Bundesstaat aufzutreten. Und sehnt es sich dabei nach einer großen aktiven Politik, so ist auch dazu Rath, sobald man nur den Entschluß faßt, den deutschen Bund selbst zu einem aktiven Körper zu machen, wodurch alsbald eine Macht entstehen würde, mit der sich Erfolge erzielen ließen, im Vergleich zu dem alle das, was das isolirte Preußen möglicherweise erreichen kann, gradezu winzig erscheint. Wie natürlich wäre es dabei, daß Preußen einen sehr großen Einfluß im Bunde ausüben würde, ja gewiß den größten, da es doch recht eigentlich das Schwert des Bundes wäre, und was mit diesem Schwert errungen würde, käme doch gleichzeitig

auch den specifisch preußischen Interessen zu Gute. Nur freilich wäre dann das Ganze eine Politik des **Bundes**, nicht der preußischen Großmacht, und eben dies will man nicht, und giebt um deswillen lieber alle möglichen Erfolge Preis, ohne irgend einen Ersatz dafür zu finden, als in dem leeren Schein und Namen einer Großmacht.

Anstatt also seine Gedanken auf die Begründung einer Bundespolitik zu richten, strebte man vielmehr danach, das Bundesverhältniß in ein preußisches **Klientelverhältniß** zu verwandeln, und grade dies erschien als die Aufgabe der sogenannten **deutschen** Politik Preußens. Nun ist es nach Lage der Dinge sehr erklärlich, daß man in dieser Richtung eine Zeit lang sehr erhebliche Fortschritte machen konnte; aber je weiter man darin kam, um so gewisser mußte der Rückschlag eintreten, denn um so mehr erwachte die Eifersucht und das Widerstreben der übrigen deutschen Staaten, welche natürlich die Perspektive ihrer vollständigen Mediatisirung vor sich sahen. Daher ihr offner und geheimer Widerstand. Gleichzeitig auch der Zwiespalt mit Oesterreich, welches natürlich die preußische Herrschaft in Deutschland nicht dulden wollte, und da ebenso auch die übrigen europäischen Mächte eine solche Machterweiterung Preußens kaum gestatten, noch weniger begünstigen werden, so sind hier Elemente eines Widerstandes gegeben, den man preußischerseits nicht zu überwinden vermag. So scheiterte seiner Zeit das preußische Unionsprojekt, wie zehn Jahre darauf der schüchterne Versuch, dasselbe Projekt in abgeschwächter Gestalt abermals in Scene zu setzen, wobei man sich zweimal zu einer gänzlich nutzlosen Mobilisirung veranlaßt sah, die gegen 40 Millionen Thaler gekostet.

Und was hat man schließlich erreicht? Weniger als Nichts. Unerreichbaren Zielen nachjagend, hat man inzwischen das sehr wohl Erreichbare versäumt, und was zeitweilig wie ein Erfolg aussah, erweist sich hinterher nur als eine Quelle neuer Schwierigkeiten und unabsehbarer Gefahren. Man hat sich in Deutschland fast unversöhnliche Feinde geschaffen, während es doch auf der Hand liegt, wie sehr Preußen in jedem europäischen Konflikt auf den guten Willen seiner

deutschen Mitstaaten angewiesen sein wird. Aber darf man unter solchen Umständen darauf rechnen?

Welches Unglück durch diese falsche Politik über Deutschland gekommen, davon zeugen insbesondere die Ereignisse der letzten sechszehn Jahre und der ganze gegenwärtige Zustand. Welch eine Saat des Zwiespalts, der Intrigue, der Gehässigkeiten aller Art ist inzwischen bei uns ausgestreut und aufgewachsen, und wie sind dadurch alle Verhältnisse verschoben, alle Begriffe in Verwirrung gerathen! Statt einer ruhigen Beurtheilung und sachlichen Behandlung der öffentlichen Angelegenheiten ein geheimes Machiniren und Parteitendenzen, mit persönlicher Rancüne vermischt, die es für einen Erfolg hält, sich gegenseitig Schach zu bieten. Wie deutlich trat dies in letzter Zeit wieder in Veranlassung des preußisch-französischen Handelsvertrages hervor, der doch weder so vortrefflich, noch andrerseits so gefährlich ist, als ihn die Parteisucht machen will, und über dessen etwaige Mängel unschwer eine Verständigung zu bewirken sein würde, wenn man nur die Verständigung wollte, statt dessen dieser Handelsvertrag nur als eine Waffe zu Angriff oder Vertheidigung benutzt zu werden scheint. Trauriges Bild von den Zuständen einer großen Nation, das allertraurigste aber, wenn eben dieses Gewebe eigennütziger Machinationen sich gar für deutsche Politik ausgeben darf!

Es ist die falsche und unklare Stellung Preußens, worin von alle diesem die vornehmste Ursache liegt, so gewiß als es vorzugsweise von der Haltung Preußens abhängt, ob Deutschland je zu einem befriedigenden Zustand gelangen soll, wie schon ein Blick auf die Landkarte lehrt. Für die deutsche Entwicklung also ist es eine Grundbedingung, daß Preußen eine neue Bahn betritt, und indem es sich selbst in ein richtiges Verhältniß zum Bunde setzt, dadurch eine deutsche Bundespolitik allererst möglich macht. Andrerseits wird aber schon aus dem Vorstehenden ersichtlich sein, wie wichtig eine solche Wendung für Preußen selbst wäre, und werden wir im weiteren Verlauf unserer Betrachtungen Veranlassung haben, uns noch bestimmter darüber zu erklären.

b.

Nicht blos die Machtstellung Preußens, sondern auch seine Verfassungsentwicklung kommt hier in Frage, wie wir dasselbe schon in Beziehung auf Oesterreich bemerkten. Sieht sich nämlich Preußen für eine in sich selbst ruhende europäische Macht an, so wird es sich auch zu einer centralisirenden Verfassung getrieben fühlen, und dabei nicht nur keine Rücksichten auf die Bundesverhältnisse nehmen, sondern sogar zu einem Resultat gelangen, wodurch eine Weiterbildung der bestehenden Bundesverhältnisse ganz unmöglich wird. Will man doch alle die Bruchstücke und Partikelchen von Deutschland, welche jetzt zu Preußen gehören, zu einem preußischen Nationalstaat zusammenfassen und verschmelzen, und wo bliebe dann noch Raum für eine deutsche Nationalentwicklung, die ja fast überall durch preußische Herrschaft durchbrochen und unterbunden wäre. Das Eine schließt das Andere aus.

Welches aber der endliche Erfolg der versuchten preußischen Nationalverfassung sein muß, darüber kann kein denkender Mann im Zweifel sein, und wenn nicht irgend ein Zaubermittel erfunden wird, um eine preußische Nation herzustellen, so wird die preußische Nationalverfassung kaum ein besseres Schicksal haben, als die vorgedachten Unionsprojekte hatten. Freilich besteht diese Verfassung einstweilen, aber wie? Es darf wohl unumwunden gesagt werden, daß, abgesehen von Oesterreich, in keinem deutschen Staate sich so schwankende und unklare Verfassungsverhältnisse finden als in Preußen, wie denn auch von allen anderen deutschen Verfassungen keine so formalistisch und so wenig den wirklichen Zuständen angepaßt ist, als eben die preußische*).

Nun ist bekannt, wie diese Verfassung im Drange der Ereignisse entstanden ist, ein Produkt zugleich der Revolution und der Reaktion, aber woher kam es denn zu so gewaltsamen Erschütterungen? Es

*) Vgl. des Verfassers Schrift: „Die Quelle alles Uebels, Betrachtungen über die preußische Verfassungskrisis".

ist offenbar, daß die deutsche Bewegung einen wesentlichen Antheil daran hatte. Wären also die deutschen Verhältnisse besser geordnet und die nationalen Bedürfnisse besser befriedigt gewesen, so hätte auch Preußen nicht solche Erschütterungen erfahren, und würde dann heute eine bessere Verfassung besitzen, als es wirklich besitzt. Und nie wird man in Preußen wieder zu gesicherten und befriedigenden Zuständen gelangen, so lange man in der falschen und unklaren Stellung zu Deutschland verharrt.

c.

Wenn also selbst das preußische Staatswesen so eng mit Deutschland verflochten erscheint, um wie viel mehr gilt dies für das Volksleben in Preußen! Hier ist zwischen Preußen und seinen deutschen Nachbarstaaten kaum eine Grenze wahrzunehmen, und zwar am allerwenigsten auf dem Gebiete der geistigen Entwicklung, so gewiß als es bis heute keine preußische Sprache, Literatur, Wissenschaft, Kunst und Kultur giebt, sondern in dieser Hinsicht Alles deutsch ist, wenn gleich nicht ohne merkliche Schattirungen, die sich aber nur wenig nach den politischen Grenzen richten, und wonach die preußischen Provinzen selbst unter einander eben so verschieden sind als die anderen deutschen Staaten. Was den deutschen Geist bewegt, erfaßt demnach auch Preußen; man könnte es nicht verhindern, selbst wenn man auch wollte. Ja Preußen ist in dieser Beziehung ganz eben so wenig ein abgeschlossener Körper als die übrigen deutschen Staaten, bis auf die kleinsten herab, indem die Größe hier gar nicht in Betracht kommt.

Handelt es sich folglich um Gesetze oder Einrichtungen, welche das geistige Leben betreffen, wie namentlich die Presse, Lehranstalten, wissenschaftliche Vereine, oder was sonst dahin gehört, und sollen darüber von Staatswegen irgend welche Verfügungen getroffen werden, so zeigt sich gar bald die Abhängigkeit von Deutschland, indem die beabsichtigten Maßregeln mehr oder weniger durch den Einfluß von Außen paralysirt werden können, und der Erfolg niemals gesichert ist, wenn nicht im übrigen Deutschland Aehnliches geschieht. Wie wirkungslos z. B. ist ein preußisches Preßgesetz, wenn in den deut-

schen Nachbarländern erheblich andere Gesetze und Maximen bestehen? Aehnlich verhält es sich mit den Universitäten. Das hatte man im Zeitalter der Karlsbader Beschlüsse sehr wohl begriffen, und daher Sorge getragen, die Presse und Universitäten unter die Polizei des Bundes zu stellen; denn in der That, wenn hier irgend etwas Entscheidendes bewirkt werden soll, so muß es für ganz Deutschland verordnet werden, und das gilt im Guten wie im Bösen. Was entspringt aber daraus für eine Lehre? Ich meine, man sieht daraus, daß auch die sogenannten deutschen Großmächte nur Glieder des deutschen Körpers, keineswegs aber für sich selbst bestehende Körper sind, sondern daß diese Vorstellung auf Täuschungen beruht, welche nur so lange bestehen können, als man sich in rein äußerlichen und materialistischen Kombinationen bewegt, aber in Nichts verschwinden, sobald man nach dem inneren Leben fragt, welches doch grade die Hauptsache ist.

Von dem rein geistigen Element gehen wir zu dem Rechte über, wo sich wieder Aehnliches zeigt. Denn zwar besitzt Preußen sein eigenes Gesetzbuch, aber der Inhalt desselben stimmt doch zum großen Theil mit dem gemeinen deutschen Rechte überein. Oder in so weit dies nicht der Fall, ist es eben sehr fraglich, ob dieses Gesetzbuch mehr geschadet als genützt hat, indem es bekanntlich nicht an gewichtigen Stimmen fehlt, welche das Erstere behaupten. Es kommt uns nicht zu, darüber zu entscheiden, auch lassen wir die allgemeine Streitfrage über den Nutzen oder Schaden systematischer Gesetzbücher ganz auf sich beruhen, so viel aber ist ganz unbestreitbar, daß man durch das preußische Landrecht eine Scheidewand zwischen dem gemeinen und dem preußischen Recht errichtet hat, und daß dies ein Uebelstand ist, der von den Rechtsgelehrten selbst um so tiefer empfunden und beklagt wird, je mehr sich in unserer Zeit die Ansichten über das Wesen des Rechtes geklärt und veredelt haben, und je mehr man in Folge dessen auf die volksthümlichen und sittlichen Grundlagen des Rechtes zurückkommt, die man zur Zeit der Entstehung des preußischen Landrechtes nur wenig verstand und beachtete. So ist es denn jetzt die vorherr=

schende Ueberzeugung geworden, daß große legislatorische Maßregeln auf dem Gebiete des Rechtes, wenn sie überhaupt stattfinden sollen, ganz Deutschland umfassen müssen, wovon auch in dem deutschen Wechselgesetz und Handelsgesetzbuch bereits ein praktischer Anfang vorliegt.

Es ist klar, wie sehr dabei das Bedürfniß des äußeren Verkehrs den Anstoß gegeben, aber neben dem praktischen Nutzen wirkt doch auch noch ein tieferes Element, nämlich eben das Gefühl, daß man zu den volksthümlichen Grundlagen des Rechtes nur dann hindurch dringen kann, wenn man das deutsche Volksleben als ein Ganzes faßt, und sich nicht auf die abstrakte Staatsangehörigkeit beschränkt, indem z. B. das Preußenthum, in so weit es überhaupt ein inneres Leben hat, doch nichts anderes ist als eine gewisse Schattirung des allgemeinen Deutschthums. Und so wird es allmälig immer deutlicher werden, daß man sich selbst im Rechte und im Gerichtswesen nicht isoliren kann, weil etwas Tüchtiges und Durchgreifendes nur in Verbindung mit den übrigen deutschen Staaten zu erreichen steht. So ist die wirkliche Lage der Dinge, und nichts daran zu ändern, gleichviel ob Preußen eine große Armee und was sonst für Machtmittel besitzt, es wird dadurch noch kein europäischer Körper, sondern bleibt was es ist, ein Glied von Deutschland.

Hier noch ein neuer Beleg.

Man betrachte das Handwerk, das Fabrikwesen, den Handel, und setze den Fall, es solle auf diesem Gebiete irgend eine tiefgreifende gesetzliche Ordnung eingeführt werden, — es wäre in Preußen kaum möglich. Die Gründe davon sind einleuchtend. Der Handwerker wandert, und der deutsche Handwerkerstand fühlt sich von Alters her als ein Ganzes; man kann ihm in Preußen nicht wohl eine erheblich andere Stellung geben als in Deutschland, außer in blos negativen Bestimmungen. So konnte man freilich in Preußen Gewerbefreiheit einführen, während in den Nachbarländern noch Zunftzwang bestand, — das bloße Aufheben und Abschaffen ist niemals schwer, sobald man hingegen eine positive neue Ordnung versuchte, würde sich

bald zeigen, wie sehr diese Frage über die preußischen Grenzen hinausreicht. Dasselbe gilt vom Handel und Fabrikwesen, wo der Zusammenhang mit dem übrigen Deutschland noch augenfälliger ist. Auch bildet Preußen kein irgend wie ausreichendes Handelsgebiet, und ist folglich in seiner Handelspolitik nothwendig auf eine Verbindung mit seinen Nachbarländern angewiesen.

Wo ist denn nun irgend eine Wirkungssphäre zu finden, in welcher Preußen sich vollständig auf sich selbst stellen könnte? Geht man über das blos Mechanische und Materielle im Staatsleben hinaus, so findet sich kein Gebiet, wo nicht der fragmentarische Charakter des preußischen Staates sehr deutlich hervortritt. Handelt es sich daher um irgend ein großes Problem, so zeigt sich alsbald die Insufficienz dieser Großmacht. Zu einer großartigen Wirkung nach Außen reichen die Machtmittel nicht aus; kommt es aber auf Begründung neuer Lebensordnungen an, welche auf sittlichen Ideen beruhen und auf das Volksleben zurückführen, so ist abermals kein rechter Erfolg möglich, weil alle tieferen Elemente des preußischen Volkslebens über die Staatsgrenze hinausführen, und der ganzen deutschen Nation angehören.

Was ist die Folge davon? Preußen kann überhaupt nichts Großes unternehmen, weder im Inneren noch nach Außen hin. Und darum kann es auch keine großen Staatsmänner haben, wenn man anders unter diesem Namen einen solchen versteht, der an einem großen geschichtlichen Problem, an der Realisirung einer sittlichen Idee arbeitet; denn da allein erscheint die Staatskunst im hohen Styl, und nur solche Staatsmänner sind es, welche die Nachwelt groß nennt, und welche freilich überall nur selten waren. Will ein preußischer Staatsmann zu diesem Ruhm gelangen, so muß er seinen Blick über Preußen hinausrichten, und seine Aufgabe als eine deutsche fassen. So that es zu seiner Zeit der Freiherr von Stein, und eben dieser ist seit zwei Menschenaltern der Einzige bei uns, der sich den Ruhm eines großen Staatsmannes erworben, und als solcher ein Bild seiner Persönlichkeit zurückgelassen hat. Nun betrachte man wohl, von wo

an die großartige Wirkung dieses Mannes datirte? Genau von da an, wo Preußen in seiner tiefsten Niederlage doch gleichzeitig die letzte Hoffnung Deutschlands wurde. Auch behielt er seine hervorragende Stellung und entscheidenden Einfluß nur so lange, als Preußen der thatsächliche Hebel der deutschen Entwicklung war, und gerade da trat seine Persönlichkeit am glänzendsten hervor, wo er selbst im Mittelpunkt der deutschen Verhältnisse stand. Mit dem Frieden wurde das anders, denn schon auf dem Wiener Kongreß traten die deutschen Angelegenheiten in den Hintergrund, im Vordergrund aber standen die Specialinteressen von Preußen und Oesterreich, und alsbald begann eine Entwicklung der Dinge, in welcher alle höheren Ideen untergingen. Da wurde er verstimmt, zog sich zurück, und wurde auch andrerseits nicht hervorgezogen, seine Zeit war vorüber. Er beschäftigte sich seitdem mit dem Studium der deutschen Geschichte, und hat sich durch seine Thätigkeit für die Herausgabe der älteren deutschen Geschichtsquellen auch auf wissenschaftlichem Gebiete ein bleibendes Gedächtniß gestiftet Sieht man nach dem allen nicht deutlich genug, worauf der Sinn dieses Mannes gerichtet, und was der Kern seines Wesens war? Er war ein deutscher Reichsfreiherr, der in Preußen nur den Hebel deutscher Entwicklung suchte, und daher sich nicht mehr an seiner Stelle fühlte, seitdem der Hebel vielmehr zum Hemmschuh geworden zu sein schien.

Ein Staat wie Preußen ist wesentlich auf Administration gerichtet, und diese giebt dem ganzen preußischen Staatsleben seinen Charakter, natürlich neben dem militärischen Element. Da können sich nun bedeutende Talente entwickeln, Männer von entschiedenem Verdienst, aber was man einen großen Charakter oder einen großen Geist nennt, findet dort keine geeignete Stelle, und wir glauben durch das Vorstehende klar gemacht zu haben, warum es ganz unvermeidlich so ist, und niemals anders werden kann, außer insofern die deutsche Natur des Staates zur Geltung kommt, und preußische Angelegenheiten sich zu deutschen Nationalangelegenheiten erweitern. Also nur durch das Bundesverhältniß und durch den Bund selbst

kann eine praktische Schule der höheren Staatskunst entstehen, wozu in Preußen keine Möglichkeit ist.

## 3. Die Mittel- und Kleinstaaten.

Haben wir den Nachweis geliefert, daß selbst die sogenannten deutschen Großmächte die Eigenschaft eines abgeschlossenen und sich selbst genügenden Körpers nicht besitzen, sondern für ihre auswärtige Politik wie für ihre innere Entwicklung schlechterdings einer Ergänzung bedürfen, die sie nur im deutschen Bunde finden können, so haben wir über die Mittel- und Kleinstaaten nur noch wenig zu sagen, denn es ist einleuchtend, daß hier dasselbe Bedürfniß in noch höherem Grade hervortreten muß. Nur darf man auch hier den Mangel nicht in den bloßen Größenverhältnissen suchen. Es sind ja Staaten darunter, die nach ihrer Bodenfläche oder Bevölkerung sich ganz wohl mit Holland, Belgien oder der Schweiz vergleichen können, aber dennoch zu einem isolirten Bestehen gar nicht geeignet sind. Die bloße Größe ist also nicht entscheidend, sonst würden wir vielmehr behaupten müssen, daß die deutschen Mittelstaaten sämmtlich groß genug sind, um den Erfordernissen des inneren Staatslebens vollständig zu genügen. Denn wenn freilich die Kleinheit auch für die innere Entwicklung ihre unverkennbaren Nachtheile hat, so hat sie dafür auch eigenthümliche Vortheile, indem sie eine sorgfältigere Verwaltung und eine Durchbildung der Bevölkerung ermöglicht, wie sie in großen Staaten kaum erreichbar ist. Da ferner in kleineren Staaten die Elemente im Allgemeinen viel gleichartiger, und die gouvernementalen Verhältnisse einfacher sind, so kann man dort viel leichter zu einer befriedigenden Verfassung gelangen, wie denn auch die Thatsache vorliegt, daß es in dieser Hinsicht in den deutschen Mittelstaaten im Ganzen doch viel besser steht als in Preußen und in Oesterreich, wo man aus einem Experiment in das andere verfällt, und heute noch keine sicheren Grundlagen gewonnen zu sein scheinen.

Aber gleichviel ob groß oder klein, — darin liegt der entscheidende Mangel, daß sämmtliche deutsche Staaten überhaupt nur Bruchstücke eines großen Ganzen sind, welches einst ein lebendiger Körper war, dessen Glieder aber im Laufe der Zeit auseinander gefallen. Diese auseinander gefallenen Glieder können nie ein inneres Leben gewinnen, oder doch nur ein blos vegetatives, polypenartiges, denn es fehlt die Beseelung und die Begeistung, die nirgends zu finden ist, außer in dem innersten Kern des deutschen Volksthums, dem eigentlichen Sitz des schlummernden Kaisers, von welchem die deutsche Sage spricht. So ist es eine ganz natürliche Folge, daß die deutschen Staaten in ein äußerliches Reglementiren und Administriren verfallen mußten, woraus das heute sogenannte büreaukratische Regime hervorging, welches hier ganz den Verhältnissen entspricht, weil allen diesen abgerissenen und darum verdorrten Gliedern die innere Lebenskraft fehlt, so daß sie nur durch einen künstlichen Mechanismus in Bewegung gesetzt werden können. Auch wird es immer so bleiben, und kann sich nicht wesentlich verändern, außer wenn diese abgerissenen Glieder sich wieder zu einem Ganzen fügen, und dann die unterbundenen Lebensadern wieder in Fluß kommen.

In ganz Deutschland klagt man über Büreaukratie, an deren Stelle die Selbstverwaltung treten soll, es bleibt aber beim Klagen und Wünschen. Insbesondere hat es sich überall gezeigt, daß die deutschen Konstitutionen, von denen man sich Wunderdinge versprach, in dieser Hinsicht fast gar nichts leisten, indem sie nur wie eine Dekoration erscheinen, womit man das büreaukratische Regime aufgeputzt, welches im Wesentlichen aller Orten fortbesteht. Konstitutionelle Formeln und Grundsätze thun es nicht, sondern es kommt darauf an, daß in dem Volke selbst ein frischer Lebenstrieb erwacht, ein Selbstgefühl seiner eigenthümlichen Kraft, durch einen Funken des Geistes, der höhere Ziele erblicken läßt, und dadurch allein eine spontane Entwicklung ermöglicht. So lange es daran fehlt, sind die sogenannten freien Einrichtungen nur ein leerer Formalismus, worüber man in den deutschen Einzelstaaten nie hinaus-

kommen wird, weil alles, was man im höheren Sinne Nationalgeist nennt, dort überhaupt nicht aufkommen kann. Darum ist in ganz Deutschland seit dem Verfall des Reiches das Volksleben abgestorben, und kann nur durch Wiederherstellung des Reiches zu neuer Kraft erwachen. Dann wird neben vielen anderen Dingen auch die Selbstverwaltung ganz von selbst kommen, grade wie seit dem Verfall des Reiches das büreaukratische Regime gekommen ist. Alle unsere Hoffnungen und Wünsche führen uns somit zu der sogenannten deutschen Frage zurück, welche für uns die Frage aller Fragen ist, und diese Bedeutung in der That für alle deutschen Staaten hat, von dem größten bis zu dem kleinsten herab.

---

## III.

# Die deutsche Bewegung schreitet unaufhaltsam fort.

1. Die auswärtigen Verhältnisse machen die Vereinigung aller deutschen Staaten immer nothwendiger. 2. Dasselbe gilt von dem Handelsverkehr. 3. Desgleichen von dem Personenverkehr. 4. Die ganze europäische Entwicklung befördert die deutsche Bewegung. 5. Ueber das Wesen der Revolution. 6. Der Grundirrthum der Reaktion. 7. Unmöglichkeit die deutsche Bewegung zu unterdrücken. 8. Verhältniß der verschiedenen Stände zu dieser Bewegung.

---

Wenn man über die Lebensfähigkeit einer politischen Verfassung urtheilen will, so ist das Erste, daß man die realen Zustände untersucht, worauf die Verfassung beruht, und je mehr die Verfassung denselben angemessen erscheint, für um so gesicherter wird man dieselbe halten dürfen, für um so hinfälliger hingegen, je mehr sie mit denselben im Widerspruch steht. Nun sind aber alle menschlichen Dinge in fortwährender Veränderung begriffen, und darum muß

man zum Zweiten auch noch den Zug der Bewegung erforschen, der sich in den gegebenen Zuständen manifestirt, und wonach die besagte Angemessenheit oder Unangemessenheit der Verfassung selbst im Zunehmen oder im Abnehmen sein kann. Erst wenn man auch hierüber zur vollen Klarheit gelangt ist, läßt sich ein entscheidendes Urtheil fällen. Erscheint demnach eine Verfassung den gegebenen Zuständen angemessen, und darf man nach dem Zug der Dinge erwarten, daß diese Angemessenheit selbst noch wächst, so befindet sich das öffentliche Leben im Zustand vollkommenster Gesundheit, erscheint hingegen die Verfassung unangemessen, und muß man nach dem Zug der Dinge schließen, daß diese Unangemessenheit sich noch fortwährend steigern wird, so ist dies ein Zustand ausgesprochenster Krankheit, und der, wenn man nicht bei Zeiten ein Einsehen trifft, ganz unvermeidlich zu einer Katastrophe führen wird.

Dies vorausgeschickt, fahren wir in der Behandlung unseres Thema's fort, und nachdem wir in dem vorstehenden Abschnitt gesehen, wie in allen deutschen Staaten das ein und selbe Bedürfniß hervortritt, sich in einem größeren Ganzen zu ergänzen, und demnach die gegenwärtige Verfassung Deutschlands den realen Bedürfnissen der Nation und des Zeitalters nicht angemessen erscheint, werden wir jetzt zeigen, wie diese Unangemessenheit immer größer wird, indem alle diejenigen Umstände, welche eine Veränderung erheischen, sich mit immer steigender Kraft geltend machen. Verhält es sich aber wirklich so, so wird man nicht sagen dürfen, daß es sich hier nur um vorübergehende Mißstände und Verstimmungen handle, oder vielleicht gar um eine blos künstlich angefachte Aufregung, deren man mit der nöthigen Energie und Geschicklichkeit wohl wieder Herr zu werden vermöchte, sondern man wird eingestehen müssen, daß hier ein realer Mangel vorliegt, der die gegenwärtige Bundesverfassung je mehr und mehr unhaltbar macht, und eingreifende Veränderungen erfordert, wenn er nicht endlich zu gewaltsamen Erschütterungen führen soll. Diesen Nachweis werden wir jetzt antreten.

## 1.

Was zunächst das Bedürfniß einer gesicherten Stellung nach Außen anbetrifft, so werden alle diejenigen, welche die Zeitverhältnisse beobachten, mit uns der Meinung sein, daß die Lage Deutschlands sehr gefährdet erscheint, und jedenfalls eine Achtung gebietende und wirksame Stellung nur durch eine Zusammenfassung aller deutschen Machtmittel zu erhoffen ist. Sind doch die jetzt in Bewegung gesetzten Kräfte so groß, und die politischen Kombinationen so umfassend geworden, daß insbesondere die isolirte Macht von Preußen oder von Oesterreich sich ganz unzureichend erweist, um irgend einen großen Erfolg zu erzielen oder eine große Gefahr abzuhalten.

Beruht aber dieser Zustand etwa nur auf zeitweiligen Konjunkturen, welche nach menschlicher Voraussicht wohl bald wieder verschwinden können? Ganz gewiß nicht, sondern er ist das Resultat einer schon seit lange in stetigem Fortschritt begriffenen Entwicklung, indem insbesondere seit der französischen Revolution und durch die Einführung der allgemeinen Konskription die Armeen immer größer geworden, wie die Finanzmittel durch die Ausbildung des Staatskredits, während die modernen Kommunikationsanstalten allen vorhandenen Kräften eine immer weitere Wirkungssphäre geben, wodurch jetzt Alles auf Massenwirkung hinausläuft, und die politischen Kombinationen immer vielseitiger und umfassender werden. So ist jetzt der Zug der Dinge, und in dieser Richtung geht es vorwärts. Wird dies aber zugestanden, so ist das bisherige Großmachtssystem überhaupt unhaltbar geworden, und dann bleibt für Preußen und Oesterreich selbst gar nichts weiter übrig als eine Bundespolitik, die wir schon im Vorstehenden als eine Forderung aufstellten, und worüber wir noch anderer Orten zu sprechen haben werden.

## 2.

Ganz ähnlich verhält es sich mit der kommerziellen Entwicklung, wodurch alle deutschen Länder immer mehr aneinander gekettet

werden, und eine Sonderexistenz der einzelnen Staaten immer weniger möglich wird. Dies ist so auffallend und so allgemein bekannt, daß es keiner weiteren Erklärung bedarf. Nur Oesterreich macht hier noch eine Ausnahme, theils wegen seiner mehr isolirten Lage und ziemlich guten Arrondirung, theils wegen der wirthschaftlichen Zustände, die in seinen verschiedenen Landestheilen bestehen, in Folge dessen es einerseits das Bedürfniß des Eintritts in den deutschen Zollverein weit weniger empfindet, und andrerseits auch zur Zeit noch nicht fähig dazu sein würde, während für das ganze übrige Deutschland die kommerzielle Vereinigung schon wie eine Naturnothwendigkeit erscheint.

### 3.

Hand in Hand mit dem Güterverkehr geht der persönliche Verkehr der Menschen, und je mehr sich das Eisenbahnwesen entwickelt, um so auffallender erscheint der Wirrwarr der deutschen Territorialgrenzen, und um so wirkungsloser wird die künstliche Absperrung. Was ist es seitdem mit der Sonderexistenz von Staaten, deren Länge und Breite sich auf einige Fahrstunden reduzirt, und welchen Eindruck macht es, wenn man in einem Tage wohl durch ein halbes Dutzend Territorien fährt! Wie können diese Territorien in Zukunft noch die Bedeutung eines besonderen Vaterlandes haben, woran sich die Menschen durch heilige Bande gefesselt fühlten? Wie natürlich erwacht vielmehr das Gefühl eines gemeinsamen deutschen Vaterlandes, wogegen die territoriale Abgrenzung als nebensächlich in den Hintergrund tritt. Denn persönliche Bande verketten immer mehr die Einwohner der verschiedenen deutschen Staaten, und es entstehen Vereine aller Art, welche sich von vornherein auf die ganze deutsche Nation richten. Und wie die Erfahrung zeigt, haben grade nur solche Vereine eine lebensvolle Entwicklung, während Alles, was sich auf die einzelnen Territorien beschränken will, in demselben Maße ohnmächtig erscheint, zum deutlichen Zeichen, daß die territoriale Abgeschlossenheit den heutigen Zeitverhältnissen gegenüber immer mehr zur Chimäre wird.

Wir haben schon in dem vorhergehenden Abschnitte einzelne Seiten des Lebens hervorgehoben, wo das Bedürfniß einer nationalen Gemeinschaft deutlich hervortritt, und könnten leicht noch manches Andere hinzufügen, aber diese Dinge liegen ja vor aller Augen. Und nicht minder augenfällig ist es, wie dieser Strom der Entwicklung immer breiter und mächtiger wird, und wie schnell er fortschreitet. Sind es doch kaum dreißig Jahre her, daß der erste Spatenstich zu einer deutschen Eisenbahn geschah, und welche Entwicklung haben die Eisenbahnen seitdem genommen, welche soziale und politische Folgen haben sie bereits hervorgerufen! Was sind aber dreißig Jahre im Leben einer Nation, und überblickt man die inzwischen eingetretenen Veränderungen, so sind sie doch erstaunlich. Man muß sagen, es ist Alles überraschend schnell gegangen, und je mehr die neuen Kommunikationsmittel sich noch weiter ausbreiten und ineinander greifen, muß die Wirkung noch immer mächtiger werden, so daß das ganze alte Territorialwesen uns allmälig unter den Händen verschwindet.

## 4.

Wie sehr wird dieser Umschwung der deutschen Verhältnisse befördert durch den allgemeinen Zug der europäischen Entwicklung, durch die politischen Ideen, welche sich seit zwei Menschenaltern verbreitet, wie überhaupt durch Alles, was die gegenwärtige Epoche charakterisirt, und was man den Fortschritt der Zeit nennt!

Ist nicht die territoriale Zerrissenheit Deutschlands vor allem eine Nachwirkung des mittelalterlichen *Feudalismus*? Und was folgt also daraus, wenn es doch unbestreitbar ist, daß eben die Umbildung, die Bewältigung und Auflösung dieses Feudalismus die Grundtendenz der modernen Zeit ist, und zwar ganz nothwendig, weil es eine Grundforderung des Freiheitstriebes ist, der eben diese Zeit charakterisirt? Denn im Feudalismus liegt eine allgemeine Schollenpflichtigkeit, indem er die Herrschaft über die Menschen an die Herrschaft über den Grund und Boden anknüpft, wonach man über die Völker wie über Grundstücke disponirte. Und wenn wir nun

die Ueberreste dieser feudalen Weltordnung Stück für Stück vor unseren Augen zerfallen sehen, — wie wunderbar wäre es doch, wenn sich gleichwohl nur das Eine erhalten sollte, was doch grade die auffallendste Wirkung des feudalen Systemes ist, nämlich unsere territoriale Zersplitterung? Fühlt sich der heutige Mensch frei und von dem Boden entfesselt, — wie wunderbar wäre es, wenn sich der Deutsche von seinem deutschen Landsmann an der Grenze absondern sollte, weil das eine Land einen anderen Herren hat als das andere! So fließt denn Alles zusammen, und Jedermann fühlt sich als ein Mitglied der einen und selben deutschen Nation, wogegen die einzelnen Territorien nur als untergeordnete Abtheilungen in dieser großen Gemeinschaft erscheinen. Man fühlt sich also im Kern seines Wesens nicht mehr als ein Sachse, als ein Hannoveraner, als ein Hesse u. s. w., sondern als ein Deutscher, und nur in zweiter Linie als Sachse, Hannoveraner oder Hesse. Das ist der Umschwung in der heutigen Gesinnung und Denkweise, und eine eben so logische als natürliche Folge von der Auflösung der feudalen Weltordnung.

Nun weiß man, wie auf die Herrschaft des Feudalismus zunächst der Absolutismus folgte, der selbst schon sehr wesentlich an der Bewältigung des Feudalismus arbeitete, aber freilich nicht im Sinne der Volksfreiheit, sondern im Interesse der Regierungen, die seitdem über Länder und Völker schalteten, oft ohne auch nur im Geringsten die Interessen derselben zu berücksichtigen, und noch viel weniger ihre Rechte, geschweige denn, daß man nach einer ausdrücklichen Zustimmung der Völker gefragt hätte. Wie aber alle menschlichen Dinge ihre Zeit haben, so ist es auch mit diesem absoluten System, das sich schon aller Orten überlebt hat, und nicht mehr zu halten ist, selbst wenn man auch von allen Kanzeln und Kathedern die Lehre von dem göttlichen Recht der Regierungen und von dem blinden Gehorsam der Völker verkündete. Man erreicht damit nichts weiter als den Widerspruch zu reizen, denn seitdem die Menschen einmal dahin gelangt sind, über solche Dinge zu reflektiren, wie es doch wirklich der

Fall ist, so lassen sie sich nicht mehr um ihren gesunden Verstand bringen, und lassen sich nichts mehr einreden, woran seit lange kein denkender Mensch mehr glaubt. Selbst diejenigen nicht, welche solche Lehren verkündigen, indem diese Lehren keineswegs die Gestalt und Kraft des Glaubens bei ihnen haben, sondern nur theoretische Ansichten sind, in welche man sich durch eine Reihe von Trugschlüssen verrannt hat, ganz zu geschweigen von offenbarer Heuchelei und gemeinen Motiven, welche nur allzu häufig dabei mitwirken. Man sehe doch nur, wie unsere Doktoren des göttlichen Rechtes im gegebenen Falle sich selbst benehmen! Sie fließen über von Devotion und Unterthänigkeit, so lange sie selbst einen leitenden Einfluß auf die Regierung besitzen, sobald es aber nicht nach den Ansichten dieser Herren geht, verwandelt sich der blinde Gehorsam in die entschiedenste Opposition, wodurch denn die Nichtigkeit dieses angeblichen Glaubens vor aller Welt offenbar wird, und auch in diesen Doktoren selbst der moderne Zeitgeist hervortritt, welcher in dem Staat eine menschliche Einrichtung sieht, die in menschlicher Weise entstanden und in menschlicher Weise zu verändern ist.

Das absolutistische System ist vorüber, und durch keine Legitimitätstheorien zu erhalten oder zu restauriren. Spreche man darum immerhin von der Göttlichkeit des Rechtes, denn von Gott kommt alles Gute, also gewiß auch das Recht, aber wenn das Recht der Regenten von Gott ist, so wird das Recht der Völker wohl aus derselben Quelle fließen, so gewiß als sie doch auch von Gott und nicht etwa von ihren Regenten geschaffen sind, und so ist ihnen auch ihr Recht anerschaffen, und nicht etwa als eine Gnadenbewilligung der Regenten anzusehen. Dies ist das Bewußtsein unserer Zeit. Allein es ist bekannt genug, wie wenig man auf dem Wiener Kongreß diesem Bewußtsein Rechnung trug, sondern durchaus nach dem alten absolutistischen Systeme verfuhr, und wie man weiß, geschah das damals im ausdrücklichen Gegensatz zu den Prinzipien der französischen Revolution, woraus ja die napoleonische Herrschaft hervorgegangen war, die man so eben gestürzt hatte. So mag es denn sehr wohl

erklärlich erscheinen, daß man damals in solches Extrem verfiel, wie in der Regel jede Einseitigkeit und Uebertreibung ihr Gegentheil hervorruft, und also die revolutionäre Aktion die kontrerevolutionäre Reaktion, aber nicht minder erklärlich und ganz naturgemäß ist es auch, daß man dann hinterher gegen diese Reaktion selbst wieder reagirte. Darum muß es nun geschehen, daß das aus dem Geiste der Reaktion hervorgegangene Werk des Wiener Kongresses sich hinterher überall als unzulänglich erweist, und von allen Seiten angegriffen, immer mehr der Auflösung entgegengeht.

Sollte es denn grade in Deutschland anders sein? Oder sind etwa die deutschen Angelegenheiten auf dem Wiener Kongresse weniger im absolutistisch reaktionären Geiste, und mehr mit Berücksichtigung der Rechte, Bedürfnisse und Wünsche des Volkes regulirt worden? Ganz im Gegentheil, sondern wenn von einem Rechte des deutschen Volkes dort überhaupt keine Rede war, so fanden selbst die Interessen des Volkes nur wenig Berücksichtigung, außer wenn sie zufällig mit der Konvenienz der Regierungen zusammenfielen, und so ist wohl grade die Konstituirung Deutschlands von allen Werken des Wiener Kongresses das am meisten mißrathene und tadelnswerthe zu nennen. Denn um hier nur das Eine hervorzuheben, so ist daraus ein territoriales Grenzsystem hervorgegangen, worin selbst der begeistertste Anhänger des göttlichen Rechtes keinesweges ein Abbild göttlicher Ordnung wahrzunehmen vermag, sondern am Ende doch selbst einen sehr menschlichen Wirrwarr darin anerkennen wird. Dies ist wenigstens der Eindruck, den die Sache auf den gesunden Menschenverstand und auf die öffentliche Meinung macht. Wie natürlich also, daß sich der denkende Theil der Nation getrieben fühlt, in diesem menschlichen Wirrwarr etwas menschliche Ordnung herzustellen. Daher die deutsche Bewegung, und wir haben so eben gesehen, wie dieselbe nur ein Zug der allgemeinen europäischen Bewegung ist, nämlich der Reaktion gegen die Kontrerevolution, welche auf dem Wiener Kongreß triumphirte, und dann so viele Jahre lang durch die heilige Allianz aufrecht erhalten wurde.

Diese Bewegung begann schon wenige Jahre nach dem Wiener Kongreß, und ist seitdem trotz aller Repressivmaßregeln und trotz aller zeitweiligen Niederlagen immer stärker wieder hervorgetreten, während hingegen das System der heiligen Allianz immer schwächer wurde, und endlich so sehr allen Boden verloren hat, daß kaum Jemand noch im Ernst daran denkt, es wieder herzustellen, nachdem es zuletzt selbst von Rußland, einst seine mächtigste Stütze, verläugnet worden, und heute als todt und begraben anzusehen ist. Die treibende Kraft in dieser Bewegung war aber keineswegs das bloße Nationalitätsprinzip, welches man jetzt irrigerweise zum Regulator der europäischen Reorganisation machen will, sondern es waren viel allgemeinere Ideen, Forderungen der politischen Freiheit, und selbst der Humanität und Bildung, gegenüber einer aufgedrungenen Gewaltherrschaft. Erschien diese Gewaltherrschaft als Fremdherrschaft, wie in Polen und Italien, oder hing sie mit der Zerstückelung des Nationalkörpers zusammen, wie in Deutschland, so war es gleichwohl ganz natürlich, daß eben die Nationalitätsfrage die nächste Handhabe bot, wie namentlich auch in Deutschland zur Zeit der Burschenschaften, die damals mit so rücksichtsloser Härte unterdrückt wurden Aber was hat man damit erreicht? An die Stelle der Burschen sind Männer getreten, und was damals zu sagen, oder selbst nur zu denken, für ein Verbrechen erklärt wurde, das wird jetzt laut und offen gefordert, und ist von den Regierungen selbst in feierlichen Proklamationen anerkannt worden. Inzwischen ist das System der Reaktion in Frankreich wie auf der pyrenäischen Halbinsel schon seit lange vollständig gestürzt, und vor wenigen Jahren haben wir es in Italien zusammenbrechen sehen. Andrerseits zuckt es in dem ganzen östlichen Europa, bis in den hohen Norden hinauf, und tiefgreifende Veränderungen haben bereits begonnen, oder werden nach aller menschlichen Voraussicht in naher Zukunft erfolgen.

Mitten in Europa gelegen, liegt Deutschland zugleich inmitten der Bewegung. Wie sonderbar also, wenn gleichwohl grade in Deutschland Alles unverändert bleiben sollte, während sich ringsum

Alles verändert, und während doch kaum in irgend einem anderen Lande so unnatürliche Verhältnisse bestehen als grade in Deutschland!

5.

Leute, welche in ihren politischen Reden und Schriften so gern den Namen Gottes im Munde führen, und dabei so oft das zweite Gebot verletzen, sollten sich wenigstens zu der Frage veranlaßt fühlen, ob denn etwa alle die Bewegungen, welche seit zwei Menschenaltern Europa durchziehen, und wie es scheint noch lange nicht an ihrem Ziele sind, ganz außer dem Bereich der göttlichen Vorsehung liegen, die doch sonst die Geschicke der Völker leiten soll? Wahrlich, wenn man doch einmal die Politik mit Theologie vermischen will, so wäre hier wohl der Ort, den Finger Gottes zu erkennen, der die Völker durch alle diese Erschütterungen und Verirrungen hindurch zu einer höheren Lebensordnung führt. Diese Empfindung, meinen wir, muß wohl in jedem religiösen Gemüthe entstehen bei Betrachtung der außerordentlichen Ereignisse unseres Zeitalters, nur den Doktoren des göttlichen Rechtes scheint sie bis heute gänzlich fremd geblieben zu sein. Eben deshalb, weil in der trüben Mischung von Dogmatik und Politik eben so sehr der religiöse Glaube (dessen innerster Kern grade der Glaube an die göttliche Vorsehung ist, als der zugleich einfachste und großartigste Ausdruck für die Abhängigkeit menschlicher Dinge von einer höheren Macht, d. h. der eigentlichen religio) wie andrerseits das wissenschaftliche Denken denaturirt wird, indem die Berufung auf Gott und göttlichen Willen nur zum Deckmantel und zum Nachdrucksmittel für die willkürlichsten Behauptungen dient, die unter solcher Autorität auftretend, keines Nachweises zu bedürfen scheinen, nachdem man durch hohe Worte den Hörer oder Leser in eine Gemüthsaufregung versetzt, in welcher der kritische Sinn verschwindet. Denn nicht belehren will man die Menschen, sondern kaptiviren, um solcher Weise einen Haufen und Schwarm um sich zu versammeln, der auf die Worte seines Meisters schwört, und indem er angeblich

für die Ehre Gottes streitet, eben den Meister selbst auf den Thron erhebt.

Anstatt also, wie es der religiösen Gesinnung geziemte, in der Geschichte die Wege der Vorsehung zu erkennen, scheinen die Doktoren des göttlichen Rechtes vielmehr der Ansicht zu sein, daß in der neueren Geschichte der Teufel regiere, nur sind sie unter sich selbst im Streit darüber, von wo an das Teufelsregiment datirt. Die ultramontanen Doktoren möchten es von der Reformation herleiten, die orthodoxen Protestanten hingegen von der französischen Revolution. So Stahl in seiner Abhandlung über das Wesen der Revolution, welches angeblich in dem Abfall von Gott bestehen soll. Von einer sachlichen Begründung dieser Behauptung ist natürlich keine Rede, sondern mit einigen scholastischen Wendungen ist die Sache abgethan, so daß diese Abhandlung wohl zu dem Dürftigsten gehört, was je über die Revolution gesagt worden. Denn daß in der Revolution allerdings eine freche Irreligiosität hervortrat, neben Verbrechen und Lastern aller Art, ist ja bekannt genug, aber das ist doch nicht das Wesen dieses politischen Umschwunges, sonst hätte ja die Revolution schon längst vor 1789 angefangen, so gewiß als es an Irreligiosität und jeglichem Frevel auch in der guten alten Zeit nicht fehlte, und grade die höchsten Schichten der Bevölkerung übervoll davon waren, so daß die Schreckensthaten der Revolution dann vielmehr wie ein Gottesgericht erscheinen, welches über die privilegirten Stände erging, die jetzt mit ihren eigenen Sünden geschlagen wurden, ohngefähr wie Carlyle die französische Revolution darstellt. Allein das ist eine moralisch-religiöse Anschauung, keine Erklärung des politischen Vorganges. Sagt man also, das Wesen der französischen Revolution bestehe in dem Abfall von Gott, so ist das um gar nichts besser, wie wenn man etwa sagte: das Wesen des alten französischen Königthums bestehe in der Maitressenwirthschaft, die sich ja allerdings durch die ganze französische Hofgeschichte hindurchzieht. Aber welcher politische Kopf wird wohl solchen Satz aufstellen, der sich lediglich für eine Schmähschrift eignen würde. Denn so wenig ge-

hört diese Maitressenwirthschaft zu dem Wesen des alten Königthumes, daß sie vielmehr recht eigentlich als das Unwesen desselben zu bezeichnen ist. Grade so bilden auch die Irreligiosität, die Verbrechen und Laster recht eigentlich das Unwesen der französischen Revolution, worin aber das Wesen dieser großen Katastrophe besteht, darüber kann kein Zweifel sein, nämlich in dem Sturz des feudalen und des absolutistischen Systemes, welches letztere selbst nur ein modifizirter und korrumpirter Feudalismus war. Auch ist es dann wohl sehr erklärlich, daß der Kampf gegen dieses System zunächst grade in Frankreich und unter dem Ausbruch so wilder Leidenschaften zur Entscheidung kam. Nämlich deshalb, weil grade in Frankreich die Unterhöhlung und innere Zersetzung dieses Systemes schon am weitesten fortgeschritten war, während es äußerlich noch im vollsten Glanze strahlte, und nun der Kontrast zwischen der inneren Nichtigkeit und Hinfälligkeit, und andrerseits dem Respekt, welchen es doch gleichwohl noch forderte, verbunden mit dem Druck, den es gleichzeitig ausübte, um so schreiender wurde, und darum endlich in dem so erregbaren französischen Volke den Wuthausbruch gegen diesen Popanz von Schande und Lüge hervorrief, wie Tocqueville in seiner Schrift über das ancien régime des Näheren nachweist.

Aber wie kommt es denn ferner, daß diese Revolution hinterher immer weiter um sich greift, und immer neue Bewegungen hervorruft, deren Wellen endlich selbst das heilige Rußland erfassen? Das müssen die Doktoren des göttlichen Rechtes doch auch erklären. Nicht wahr, der Abfall von Gott wird immer allgemeiner? So müßten Herr Stahl und seine Anhänger sagen, wir aber nennen es vielmehr den Abfall von dem Götzen des Feudalismus und Absolutismus, und das Streben nach einer neuen Lebensordnung, nachdem das ganze Gefüge der politischen und sozialen Institutionen, welche sich im Mittelalter gebildet, abgestorben und verdorben, und was noch davon übrig ist, zu einem seelenlosen Mechanismus geworden, worin sich das Bewußtsein der heutigen Menschen nicht mehr befriedigt fühlt. Daher ein allgemeiner Bewegungs- und Veränderungstrieb, und ein

Zustand allgemeiner Gährung, welcher in vieler Hinsicht an das Zeitalter der Völkerwanderung erinnert, aus welcher nach dem Untergang der antiken Welt das neuere Europa hervorging. Ist denn etwa diese Völkerwanderung damals auch aus dem Abfall von Gott entstanden, und soll die ganze Philosophie der Geschichte nichts weiter sein als ein ununterbrochenes Lamento? Wenn man aber grade in dieser Völkerwanderung trotz aller damit zusammenhängenden Gewaltthaten ganz allgemein eine große providentielle Fügung erkennt, warum soll denn die heutige, zwar nicht materielle Wanderung der Völker, aber doch eben so große innere Umwandlung ihrer Zustände, anders zu beurtheilen sein?

Die Sache so auffassen, heißt sie politisch und denkend auffassen, und führt zu einem Resultate, womit sich auch das religiöse Gemüth vollständig befriedigen kann. Noch mehr, es ist eben diese Auffassung, die allein der christlichen Weltansicht entspricht, wohingegen die durch Verquickung von Politik und Dogmatik entstandene angeblich christliche Ansicht des Herrn Stahl und seiner Anhänger zu dem gradezu irreligiösen Resultate führt, daß man die göttliche Vorsehung meistern, und wo die Dinge nicht nach den Ideen des eigenen kurzsichtigen Verstandes gehen, die göttliche Weltregierung anzweifeln oder läugnen möchte. Gleichviel ob dies ausdrücklich geschieht oder nicht, es liegt in der Konsequenz. Oder ist denn etwa der Feudalnexus und der darauf gepfropfte Absolutismus das eigentliche Band, welches die Menschen mit Gott verknüpft, d. i. die eigentliche religio, so daß mit der Beseitigung dieses alten Gerümpels die Religion verschwände, und die Menschen demnach gottlos würden? Davon steht im alten wie im neuen Testament kein Wort zu lesen, sondern beide sprechen von einem Bund zwischen Gott und den Menschen, der mit dem Feudalnexus nicht das Allergeringste gemein hat, wenn man nicht etwa in unserem Herrn Christus mit seinen Jüngern und Aposteln das Vorbild eines großen Herrn mit seinen Vasallen und seiner Hofhaltung finden will, was doch selbst der kühnsten Phantasie und frechsten Sophistik niemals gelingen wird.

## 6.

Das ist nun der Grundirrthum, das proton pseudos der Reaktion, daß man einen Zeitpunkt imaginirt und fingirt, wo Alles in einer gottseligen Verfassung war, dann aber die Gottlosigkeit in die Menschen fuhr, und somit dieser gottselige Zustand ein betrübtes Ende fand. Wir sagen ausdrücklich „imaginirt“ und „fingirt,“ weil es aller historischen Wahrheit rundweg zuwider ist, indem der angeblich gottselige Zustand vor der Revolution in der Wirklichkeit sich vielmehr als ein Zustand tiefster Verdorbenheit darstellt, so daß man den Umschwung als eine unschätzbare Wohlthat ansehen muß. Denn wie viel Ungebühr dabei geschehen seyn mag, so muß doch Jeder, der mit gesunden Sinnen einige Wahrheitsliebe verbindet, eingestehen, daß es seitdem in ganz Europa nicht etwa schlechter, sondern besser geworden ist. Nur wer sich einmal in jenen Grundirrthum verrannt hat, wird dies freilich nicht zugeben, noch weniger aber seine entgegengesetzte Meinung sachlich zu begründen vermögen, sondern wenn man doch einen Nachweis fordert, mit Tiraden antworten, mit Schmähungen oder frommem Lamento, dazu mit allerlei Seitensprüngen und kurzweiligen Intermezzos, wovon die rundschauerlichen Betrachtungen des Herrn von Gerlach, und die verwandten Arbeiten des Herrn Leo, als die hervorragendsten und zugleich bekanntesten Muster angesehen werden können. Zwei literarische und politische Figuren, wie sie für einen etwa zu schreibenden deutschen Don Quixote nicht besser zu erfinden wären, so vollständig sind sie von ihrer fixen Idee besessen und beherrscht: bald sich im heiligen Eifer wie Propheten erhebend, bald tobend in schäumender Berserkerwuth, bald sich behaglich gehen lassend in einem scurrilen Humor, niemals ohne ein Körnlein tiefer Wahrheit, aber niemals im wirklichen Sachverhalt, niemals im geordneten Gedankengang, sondern im bunten Farbenspiel abrupter Behauptungen, das Ganze eine geistreiche und gelehrte Tollheit zu nennen.

Welch' ein Wust von schiefen und verkehrten, oder gradezu sinn=

losen Ansichten muß aus diesem Grundirrthum hervorgehen! Ist es doch ein wahres Treibhaus für die Konfusion der Geister, das Allerschlimmste aber, und was uns nöthigt von diesen Abentheuerlichkeiten zu reden, die als ein bloßes Geistesspiel nicht zu unserem Thema gehören würden, ist das daraus entspringende praktische Verhalten zu den Bewegungen der Gegenwart.

Die nächste Folge ist also, daß man alle diese Bewegungen als an und für sich verwerflich ansieht, als Abweichungen oder noch mehr als Angriffe gegen den fingirten gottseligen Zustand vor der Revolution. Daher gilt es vor Allem, gegen die Bewegung zu reagiren, um noch zu retten, was zu retten ist, denn Alles was die neue Zeit hervorbringt, sind überhaupt nur Destruktionen, die man daher selbst wieder destruiren muß, und anstatt seine Aufgabe darin zu finden, die Entwicklung der Dinge zu leiten, soll man sie vielmehr bekämpfen, niederschlagen, dämpfen, hemmen, wie es immer gehen mag. Was würde nun ein solcher Kampfheld zu sagen haben, wenn man ihn am Ende seiner Laufbahn fragte: „Was hast du denn geschaffen in dieser Welt, und welches sind die Werke, die du als Denkmal deiner Thätigkeit der Nachwelt zurückläßt?" Ja was würde er wohl sagen?

„Geschaffen, würde er sagen, habe ich freilich nichts, aber ich habe bei Gott tapfer gekämpft, immer um mich herum geschlagen, und manchem Fortschrittler ein's versetzt, daß er an mich denken soll. Ich darf mich wohl rühmen, ein Wesentliches dazu beigetragen zu haben, um vieles zu verhindern, und was sich nicht verhindern ließ, das habe ich wenigstens aufzuhalten gesucht, und wo ich meinen Gegner weder zu schlagen noch zu schrecken vermochte, da habe ich doch so manche Verwirrung angestiftet, die ihm Mühe und Noth genug gemacht, und Aerger obenein, so daß ich nach dem allen glauben darf, mich um die „konservative Sache" wohl verdient gemacht zu haben."

Fürwahr ein unbestreitbares Verdienst, auch ganz im Style dieser konservativen Sache, und ein erhebendes Bewußtsein, zwar selbst

nichts erreicht, aber doch auch Anderen das Erreichen einigermaßen erschwert zu haben!

Die zweite Folge ist die gänzliche Verdunklung des Sachverhältnisses. Gleichviel nämlich, ob die Bewegungen der Zeit erfreulich oder verwerflich sein mögen, — woher kommen sie denn überhaupt? Ich meine, aus dem allgemeinen Entwicklungsprozeß menschlicher Dinge, aus den natürlichen Trieben des Völkerlebens, welches, so lange die Welt steht, in fortwährender Umbildung begriffen ist, zumeist in leisen unmerklichen Uebergängen, aber zu Zeiten auch sprungweise, und selbst in wilder Gährung unter konvulsivischen Zuckungen. Das Eine wie das Andere hat seine natürlichen Ursachen, d. h. religiöse, moralische, intellektuelle, politische, ökonomische, und was nur überhaupt zur menschlichen Natur gehört, und in der menschlichen Gesellschaft wirksam ist. Allein gerade so soll es hier nicht sein, denn aus dem fingirten gottseligen Zustande konnte doch nicht die gottlose Bewegung entspringen, sondern sie ist von außen hergekommen und dann meuchlings darüber hergefallen. Also etwa durch eine große Verschwörung, wie man denn wirklich zur Zeit der großen Revolution in Frankreich überall englisches Gold und englische Agenten witterte, die mit Hülfe der Freimaurerei die ganze Revolution in Gang gebracht hätten, oder wie man bei uns gesagt: die Polen, die Juden und die Literaten hätten es gethan. Eine Weltansicht, wie sie ungefähr dem Standpunkt eines Gensd'armen entspricht, und doch am Ende in guter Gesellschaft zu platt und einfältig erscheint. So ganz äußerlich also kann es doch nicht gewesen sein, sondern es kam von Innen heraus, das läßt sich nun einmal nicht läugnen. Aber wie ist dies möglich bei dem fingirten gottseligen Zustande? Es wäre auch nicht möglich, wenn nicht demselben ein geheimes Gift eingeflößt wäre, wie und wann es auch geschehen sei, ein Prinzip des Bösen und also gewiß vom Vater aller Bosheit ausgegangen. Wer vermag seine Künste zu ermessen und seine Praktiken zu kontrolliren?

Ja, meine Freunde! mit dem Gift und dem bösen Prinzip ist es wirklich nicht ohne, es ist in der Revolution faustdick hervorgetreten, so

daß man eben sehen konnte, wie viel sich davon unter dem gottseligen Regime der guten alten Zeit angesammelt haben mußte, denn es scheint ja wohl, daß es die gute alte Zeit selbst war, welche den süßen Pöbel erzogen hatte, der um die Guillotine tanzte und die Vernunft anbetete. Aber wo und wann ist denn dieses Gift und dieses böse Prinzip nicht dagewesen? Ich meine, es ist immer und überall gewesen, es wird mit jedem Menschen geboren, und steckt unter Anderen in Euch selbst, wo ihr Gelegenheit hättet, es in nächster Nähe zu studiren. Wo wäre der Mensch, und wo die Gesellschaft, die nicht einen Abgrund in sich trüge, — wehe, wenn er sich öffnet! Die Sache so verstanden, wäre sie ganz verständig, aber dann wäre es eben nichts mit dem fingirten gottseligen Zustande, von welchem man doch nicht lassen will. Wie ist da herauszukommen? Nur durch einen Deus ex machina, und geht es nicht mit dem guten Geiste, so geht es mit dem bösen, der hier grade an seiner Stelle ist, ein wahrer lupus in fabula. Das böse Prinzip ist demnach ein für sich bestehendes Wesen, das wird hypostasirt, und eben diese Hypostase ist es, die von nun an „die Revolution" heißt.

Was ist dies? Nichts weiter als eine neue Dämonologie, auf das politische Gebiet übertragen, denn was diese Herren sich unter der „Revolution" denken, ist nichts Anderes als der sonst bekannte Teufel, nur im neuen Kostüm. Der Fortschrittsteufel, mit einem Demokratenbart und einer Jakobinermütze, und so geht er herum wie ein brüllender Löwe, und suchet, wen er verschlinge, mit alle der Tücke und Hinterlist, die an dem Teufel von Alters her bekannt sind.

Hiermit wird die Situation klar.

Die Revolution ist also ein für sich bestehendes Wesen, ein Raubthier, ein Ungeziefer, ein pestartiges Kontagium, oder wie Ihr wollt, aber immer ein Ding an sich, und als solches das Prinzip alles Verderbens. Was kann ein gut gesinnter und politisch tüchtiger Mann wohl Besseres thun, als sich zum Kampf zu rüsten gegen dieses Ungeheuer? Ergreift denn die Lanze, ihr Kreuzritter! Hurrah,

da ziehen sie zum heiligen Kampfe, zur wilden Jagd! Doch ach, wie ist das Ungethüm zu fassen, und wo hat es sich verborgen, ist es über oder unter der Erde? Es ist hier und ist dort und ist allerwegen, und doch nirgends zu erreichen. Darum aufpassen und Lärm schlagen, damit man überall und immer auf der Hut sei. Auf denn, Ihr Seher, besteigt die Warte rundschauerlicher Betrachtung, Ihr Prediger, besteigt die Kanzel, um durch geweihte Worte das Volk im heiligen Eifer zu erhalten, Ihr Redner, beruft Versammlungen, Ihr Agitatoren, stiftet Vereine, Zeitungen und Wochenblätter, und Ihr Spürhunde, vertheilt Euch in alle vier Winde, und wo Ihr irgend eine Spur findet vom Fortschrittsteufel oder seinen Wirkungen, da werdet Ihr bellen und denunziren! So ist die Organisation vollendet, und der Sieg kann endlich nicht fehlen.

Jetzt, geneigter Leser, betrachte dieses Bild, denn es handelt sich um einen ernsten Gegenstand, obwohl es eine Fratze zu sein scheint, aber die Fratze selbst existirt, und wir haben in dem Ganzen nichts erfunden, sondern nur notorische Thatsachen beschrieben.

Also dies ist nun das Resultat, wohin man gelangt auf der Basis jenes oben bezeichneten Grundirrthums: ein spukhafter Kampf gegen ein eben so spukhaftes Wesen. Man nennt es gemeinhin „die Revolution", aber wie jeder Kobold seine Gestalt wechselt, so heißt es unter Umständen auch wieder anders. Fühlt man sich in frommer Erregung, so heißt das Ungethüm „der Antichrist" oder der „Unglaube", schielt man nach dem heutigen Frankreich hinüber, so heißt es „der Cäsarismus", und macht man eine soziale Wendung, so heißt es die „Demokratie", aber niemals ist es ein wirkliches Wesen, sondern immer nur ein Trugbild desselben. Oder, um nur von dem Einen zu reden, was ist denn die Demokratie ihrem wirklichen Inhalt nach? Ich meine, es ist eben die große Masse des Volkes, die zum Bewußtsein ihrer Freiheit, ihres Rechtes und ihrer Bedeutung gelangt, und eben dies charakterisirt die Geschichte unserer Tage. Dagegen anzukämpfen, hat entweder gar keinen Sinn, oder es heißt nichts Anderes, als daß man die Leibeigenschaft,

die Frohndienste, die Rechtsungleichheiten und Privilegien aller Art wiederherstellen will. Aber wenn man dies will, und eben zu diesem Ziele der heilige Kampf geführt werden soll, so ist es wahrlich mehr als naiv, zu diesem heiligen Kampfe das Volk aufzurufen, d. h. zum Kampfe gegen sich selbst! Oder woher sollten sonst wohl die Armeen kommen, womit man gegen das Volk zieht?

Da sehen wir wieder dasselbe. Denn auch die Demokratie erscheint hier nicht als das, was sie wirklich ist, nämlich als das natürliche Produkt der sozialen Entwicklung unserer Tage, sondern als ein Ding an sich, eine neue Gestalt des bösen Prinzips, ein Teufel, den man nun bekämpfen und wo möglich vernichten oder fangen soll. Und je mehr man sich in diese Hetzjagd verrennt, um so unfähiger wird man, die gesellschaftlichen Zustände der Gegenwart nach ihren realen Elementen und Bedürfnissen zu erkennen, noch mehr sie zu entwickeln und zu organisiren, unfähig zu positiven Schöpfungen irgend welcher Art, und am unfähigsten, die großen Massen selbst zu führen und zu leiten, worauf es doch grade ankäme.

Leben wir in einem Zeitalter des Umschwunges, wie es am Ende doch selbst der verstockteste Konservatismus zugeben muß, — was kann und soll ein politischer Mann thun? Ich meine, muthig in die Bewegung eintreten, nicht um dagegen anzukämpfen, sondern um sie zu leiten, nach bestem Vermögen und Gewissen. Denn vorwärts geht es doch einmal, und die einzige Frage ist nur: wie? in welcher Richtung und mit welchen Mitteln? und da sind immer viel Möglichkeiten gegeben, und folglich viel Gutes zu erreichen und Schlimmes zu verhindern. Mit dem bloßen Verneinen hingegen erreicht man gar nichts, und kann nicht einmal wirklich verhindern, sondern nur verzögern, und auf die Verzögerung folgt gar häufig die Verschlimmerung.

Gilt dies überall, wie sollte es nicht für die deutsche Frage gelten? Aber hier grade zeigt sich am auffallendsten die Wirkung des falschen Prinzips, denn hier grade erscheint die Reaktion am rathlosesten und in ihrer nackten Gedankenlosigkeit, da alle das Ge-

rede von der „Revolution“, vom „Antichrist“, vom „Cäsarismus“ oder von der „Demokratie“ so ganz und gar keine Beziehung zu dem deutschen Problem hat, daß sich nicht einmal eine politische Diatribe daraus machen läßt, geschweige denn irgend ein praktischer Vorschlag. Und so ist es eine offenkundige Thatsache: die Reaktion, und mit ihr der Konservatismus, der doch am Ende nur im Schlepptau der Reaktion hängt, hat gar kein Programm für diese Angelegenheit. Es bleibt nichts übrig, als den status quo zu erhalten, und dann zu bemängeln und zu benörgeln, was irgendwie darüber hinausgeht. Ganz natürlich, denn die deutsche Bewegung hat doch einmal Fleisch und Blut gewonnen, wegläugnen kann man sie nicht und anerkennen noch weniger, am besten also schweigen und nichts thun, wobei es aber doch so aussehen muß, als ob man Etwas thäte oder wenigstens thun möchte, nur freilich nicht Dies und nicht Jenes, und etwas Anderes auch nicht. So steht man hier zur deutschen Frage. Was ist aber wohl von einer Partei zu halten, die grade in dieser Frage aller Fragen ihre vollständige Nullität beweist?

## 7.

Alles spricht für die Nothwendigkeit tiefgreifender Veränderungen in Deutschland: der allgemeine europäische Entwicklungsprozeß nicht minder, als alle die Kräfte und Bedürfnisse, welche sich in den inneren Zuständen Deutschlands selbst regen. Mit Tiraden gegen den unruhigen, auflösenden und aufrührerischen Geist der Zeit ist daran nichts zu ändern, der Umbildungstrieb, oder, wenn Ihr wollt, der Fortschrittsteufel ist überall, in den Menschen wie in den Dingen, und läßt sich durch keinen Exorzismus heraustreiben, noch auch fangen und binden, und wenn Ihr auch die ganze wilde Jagd in Bewegung setzt, durch Euer eigenes Lärmen und Toben zu der vorhandenen Unruhe selbst noch ein neues Element hinzufügend, es ist Alles vergebens.

Oder wäre vielleicht ein besserer Erfolg zu erwarten von der diplomatischen Einschläferungstheorie, worüber wir neuerdings durch

die englischen Blaubücher in Kenntniß gesetzt worden, gewiß sehr zur Ueberraschung ihrer Erfinder? Denn will man wirklich Einschläferungsversuche machen, so muß es ganz im Stillen und Geheimen geschehen, und die Absicht darf nicht bekannt sein. Aber gleichviel, ob laut und öffentlich, oder still und geheim, — in diesem Fall ist es doch einerlei, weil der Fortschrittsteufel überhaupt nicht schläft, noch sich einschläfern läßt, und eben in dieser Schlaflosigkeit seine allerschlimmste Teufelei hervortritt, woran auch diese Theorie zu Schanden wird.

So bleiben nur die ganz nüchternen und prosaischen Mittel büreaukratisch=polizeilicher Repressivmaßregeln. In der That eine ganz respektable Macht, um zu verhindern und zu verzögern, aber weiter reicht sie doch nicht, und wir haben im Jahr 1848 gesehen, wie wenig damit erreicht ist. Wahrlich, was nur menschlicher Scharfsinn in dieser Hinsicht zu erfinden vermag, und mit einem wohleingerichteten Verwaltungsapparat auszuführen ist, das war ja ein Menschenalter hindurch geschehen, um alle Versuche zu einer Veränderung der deutschen Verhältnisse unmöglich zu machen, alle etwaigen Vorbereitungen dazu zu hintertreiben, alle darauf gerichteten Manifestationen zu dämpfen, und wo dennoch eine solche Manifestation stattfand, wie namentlich auf dem Wartburgfeste und dem Hambacherfeste, da galt es als ein entsetzliches Ereigniß. Aber was waren das doch für winzige Dinge verglichen mit Dem, was dann im Jahre 1848 geschah, und sogar offiziell geschah! Hat also das Repressivsystem am Ende dieser Periode seine Ohnmacht gezeigt, was darf man für die Zukunft davon erwarten, nachdem inzwischen alle Bewegungskräfte so sehr gewachsen, und außerdem der sehr wichtige Umstand hinzugekommen, daß jetzt von allen Regierungen feierliche Erklärungen und bindende Versprechungen vorliegen, wodurch die deutsche Bewegung von nun an eine anerkannte legitime Macht geworden? Jeder Versuch, dagegen aufzutreten, könnte das Uebel nur verschlimmern, weil er die Regierungen als wortbrüchig und trügerisch erscheinen lassen würde, und was man dabei momentan an äußerer Ruhe gewönne, würde man doppelt und dreifach verlieren durch Vermehrung der inneren Erbitterung.

Es ist eine tausendfältig wiederkehrende Erscheinung, daß die Inhaber der öffentlichen Gewalt sich fast immer täuschen über die Macht und Bedeutung geistiger Entwicklungen. Gewohnt in ihrer Sphäre immer Gehorsam zu finden, und im Hinblick auf die Fülle ihrer Zwangsmittel, meinen sie mit der nöthigen Energie und Geschicklichkeit Alles erreichen oder verhindern zu können, wie wenn die Staatsgewalten die höchste Macht auf Erden wären, wie sie ja in der That souverän heißen. Es giebt aber über den Staatsgewalten noch ein höheres Reich, die ideale Welt, in die man wohl auch polizeilich hineingreifen, die man aber nicht polizeilich beherrschen kann. Den Imponderabilien in der Physik vergleichbar, lassen sich die geistigen Potenzen nicht fassen, noch binden, und wie der Magnetismus die Wände durchdringt, so hat sich auch die Ausbreitung der deutschen Ideen durch alle polizeilichen Absperrungsmittel nicht verhindern lassen. Sie dringen immer weiter, und überwältigen selbst den Widerstand, den sie an dem Lokalpatriotismus finden, der zwar auch eine ideale Macht ist, hier aber ohnmächtig wird, wie das kleine Licht vor dem großen verschwindet. Und so ist dieser Lokalpatriotismus in den deutschen Kleinstaaten und Mittelstaaten, wenn auch nicht vernichtet, doch bereits entschieden in den Hintergrund gedrängt. Ja selbst in den Großstaaten wird er immer schwächer, und insbesondere ist das spezifische Preußenthum schon keine Macht mehr, welche der deutschen Bewegung gewachsen wäre, denn es ist selbst schon zu sehr von deutschen Ideen durchdrungen, und somit unsicher und schwankend geworden, ohne festen Glauben an sich selbst. Man versucht wohl, dieses spezifische Preußenthum noch fest zu halten und geltend zu machen, mit scheinbarer Zuversicht und oft selbst in brüsker Weise, aber nebenbei will man doch auch deutsch sein, und hat seine deutschen Projekte. Was heißt das? Man ist wohl oder übel in die deutsche Bewegung hineingerathen, und kann nicht mehr heraus, wenn man auch mit Händen und Füßen daran arbeitete, man muß mit dem Deutschthum transigiren. Ja, man kann selbst in Wien

nicht mehr heraus, und wenn es dort keine anderen Bande gäbe, so hat man sich in seinen eigenen Netzen gefangen.

Daß dies so geschehen und geschieht, ist eine unvermeidliche Folge alle der Entwicklungselemente, worüber wir in dem Vorstehenden gesprochen. Die deutsche Bewegung bekämpfen, heißt darum nichts Geringeres, als den ganzen Fortschritt der Zeit bekämpfen. Und so zeigt es sich wirklich überall in Deutschland, denn die Feinde der deutschen Bewegung sind eben die Repräsentanten der allgemeinen Reaktion, und die Heftigkeit ihrer Feindschaft entspricht genau ihrem Reaktionseifer. Je entschiedener dann, um so besser, weil es doch wenigstens zur Klarheit führt, und wir sagen, daß nur die rücksichtslose prinzipielle Reaktion konsequent ist, welche rundweg in die gute alte Zeit zurück will, wodurch ja allein die deutsche Bewegung wieder verschwinden könnte. Auch fehlt es nicht an Leuten, welche ihre dahin zielenden Hoffnungen und Wünsche offen aussprechen, und in ihrer Phantasie vor keinem Aeußersten zurückschrecken. Aber was würde wohl Alles dazu gehören, um diese Phantasien zu verwirklichen?

Man müßte die ganze heutige Literatur und Wissenschaft entweder beseitigen oder gründlichst purifiziren, denn sie ist überall von den Ideen der Zeit durchdrungen. Man müßte den modernen Vereinstrieb in allen seinen Gestaltungen exstirpiren, denn er ist überall ein Träger der deutschen Bewegung. Man müßte die Eisenbahnen und Telegraphen zerstören, und die Industrie wieder auf Handwerksbetrieb in städtischen Bannbezirken beschränken, denn die moderne Industrie mit ihren Kommunikationsmitteln ist ein mächtiger Hebel der deutschen Einheitsbestrebungen. Man müßte die Banken, die Assekuranzen und Aktiengesellschaften aller Art aufheben, denn alle diese Anstalten überschreiten in ihrer Wirkung die Territorialgrenzen, und untergraben die alte Ordnung. Ja selbst die moderne Landwirthschaft, von dem Fortschrittsteufel erfaßt, fördert mittelbar die deutsche Bewegung, und es giebt hier keine Hülfe, oder man müßte auch auf diesem Gebiet wieder zum Alten zurück, um dann strikte bei der Dreifelderwirthschaft

stehen zu bleiben, welche Adam Müller ganz richtig als ein Element der alten Ordnung bezeichnet.

Dies alles sind Ungeheuerlichkeiten, und doch wäre man damit noch lange nicht am Ziele. Denn um nur noch Eins hervorzuheben, man müßte insbesondere auch das moderne Kriegswesen und die damit zusammenhängende Militairverfassung beseitigen, man müßte zum Werbesystem zurückkehren. Oder ist nicht das heutige Konskriptionssystem recht eigentlich ein revolutionäres Produkt, und zum erstenmal von den Jakobinern in Scene gesetzt durch das Aufgebot in Masse, und unter den Klängen der Marseillaise: allons enfants de la patrie! Von diesem Ursprunge und von diesem Gift ist nun den modernen Armeen überall etwas geblieben, was gar nicht wieder herauszubringen ist. Denn von der allgemeinen Konskription und Dienstpflicht führt die natürliche Konsequenz zum Nationalheer, und diesen Gedankengang fortsetzend, gelangt man von da aus zur Nationaleinheit.

Wie sonderbar, daß grade das, was noch der sicherste Halt des deutschen Partikularismus zu sein scheint, nämlich die Armeen, doch thatsächlich ein sehr wesentliches Mittel der Propaganda wird! Ist doch der Militärdienst überall der erste Schritt, um den gemeinen Mann aus seiner Stumpfheit und Verhausung herauszureißen und in ihm das Gefühl eines größeren Zusammenhanges zu erwecken, und ist dieses Resultat erreicht, so ist der zweite Schritt nicht schwer mehr, daß nämlich das Gefühl dieses Zusammenhanges auch die Territorialgrenzen überschreitet. Dann gehört nur noch ein letzter Entschluß dazu, und die deutsche Kokarde wird das Zeichen der deutschen Einheit. Es folgt Eins aus dem Anderen ganz natürlich. Und so sind es bekanntermaßen vor Allem die Freiheitskriege gewesen, welche das fast ganz erloschene Gefühl der nationalen Gemeinschaft zuerst nachhaltig wiedererweckt und in weitere Kreise verbreitet haben. Von da an sang man in Deutschland:

„Das Vaterland muß größer sein",

der ausgesprochene Protest gegen die territoriale Zerstückelung.

Vorwärts also geht es in dieser Richtung, und ist gar keine Hülfe

dagegen, wenn selbst das Kriegswesen nichts dagegen vermag, sondern am Ende selbst nur ein wichtiges Beförderungsmittel gewesen ist und sein wird.

## 8.

Noch haben wir einige Worte zu sagen über den Unterschied, der sich rücksichtlich der deutschen Einheitsbewegung bei den verschiedenen Klassen der Nation herausstellt.

Handelt es sich um irgend einen großen Umschwung in den Lebensverhältnissen, wie in der Denkweise der Nation, so ist es naturgemäß und von vornherein zu erwarten, daß es die beweglichen Klassen sein werden, wo sich die Veränderung am schnellsten vollzieht und am deutlichsten ausspricht: also der Gelehrtenstand, der Handelsstand und der Gewerbsstand. Und dies muß im vorliegenden Falle um so mehr gelten, als es grade diese Stände sind, welchen das Problem der deutschen Einheit am nächsten liegt.

So vorweg der Gelehrtenstand, der nicht nur durch seine wissenschaftliche und literarische Thätigkeit ein wesentlicher Träger der Bewegung ist, sondern auch von Alters her durch den nie ganz unterbrochenen Zusammenhang der deutschen Universitäten noch die Erinnerung an die nationale Gemeinschaft in sich bewahrt hat. Ihm zunächst steht der Handelsstand, der namentlich durch die Messen seinen Zusammenhang unterhielt, und durch die Natur des Handels selbst aus den Schranken der territorialen Abgeschlossenheit heraustritt. Aehnlich verhält es sich im Gewerbsstande mit den großen Industriellen, welche dem Zuge des Handels folgen, aber nicht minder auch mit dem kleinen Handwerker, der zu wandern gewohnt ist. Gewiß, daß Deutschland nicht überhaupt unterging, sondern trotz der Zersplitterung ein, wenn auch nur passiver, Zusammenhang fortbestand, das verdanken wir eben diesen Ständen, oder kurz gesagt, dem Bürgerstande.

Diesem gegenüber steht die ländliche Bevölkerung, durch Beruf und Lebensweise an Grund und Boden gefesselt, und darum der Stand des Beharrens. Hier mußte mit dem Zerfall des Reiches

fast jedes Gefühl der nationalen Gemeinschaft erlöschen, indem der Blick sich auf die heimathliche Landschaft verengte, und hier war um so mehr der eigentliche Halt des deutschen Partikularismus, als die deutschen Territorialherrschaften selbst ursprünglich auf der Basis des großen Grundbesitzes erwachsen waren. Konnte nun bei dem dienstpflichtigen, vielgeplagten und mit einigen wenigen Ausnahmen politisch gänzlich unberechtigten Bauersmann von Gefühl und Verständniß für das deutsche Vaterland kaum die Rede sein, so kam Alles auf die Haltung des Adels an. Schloß sich dann also der Adel an die Fürsten an, welche doch eben den Partikularismus repräsentirten, so war damit die Zerrissenheit vollendet, und gewissermaßen stabil geworden wie der Grundbesitz selbst.

Heute hat sich auch in dieser Hinsicht unendlich viel verändert, aber immerhin bleibt es natürlich, daß die ackerbauende Bevölkerung auch heute noch am meisten an ihrer Landschaft hängt, und von der deutschen Bewegung bei Weitem nicht so ergriffen ist, als die bürgerliche. Doch auch hier geht es unaufhaltsam vorwärts. Dahin wirkt insbesondere der heutige Zustand des Ackerbaues, wodurch derselbe immer mehr mit dem Gewerbe verflochten wird, und dann ferner der oben erwähnte Militairdienst, als die hohe Schule für die jungen Burschen vom Lande. Und wie könnten endlich die literarischen Einflüsse wirkungslos bleiben, wo doch Jedermann lesen und schreiben lernt! Aber freilich im Vergleich zum Gelehrtenstande, dem Handelsstande und Gewerbsstande, wird die ländliche Bevölkerung immer zurückgeblieben erscheinen, denn jenes sind eben die Stände der Bewegung, und von dort geht die Bewegung aus.

Nun nimmt hier der Stand der großen Grundbesitzer eine eigenthümliche Stellung ein, oder wir können sagen, der Adel, der noch immer den größten Theil der Rittergüter besitzt, und jedenfalls in diesem Kreise den Ton angiebt. Durch den Landbesitz und den Landbau ist der Grundadel selbst dem Bauer verwandt, aber durch seine Lebensweise und Bildung, die theils durch Familientraditionen, theils durch Reichthum bedingt sind, ist er ein anderes Wesen und

bewegt sich in einer höheren Atmosphäre. Also einerseits mit dem Bauer auf gemeinsamem Boden stehend, andrerseits darüber erhaben, scheint der Adel der natürliche Führer des Bauernstandes zu sein, und selbst auf dem Lande lebend und begütert, wird er immer erhebliche Einflußmittel dazu besitzen. Ist es aber gleichzeitig unbestreitbar, daß der Adel auch nach oben hin, theils durch Familienverbindungen, theils durch Nachwirkung früherer Verhältnisse, einen nicht minder beträchtlichen Einfluß besitzt, so wird die Haltung des Adels auch heute noch von wichtigen Folgen sein. Und wie wichtig muß sie insbesondere in der deutschen Frage sein, wenn es anders wahr ist, was wir oben bemerkten, daß eben der Adel nächst dem Fürstenthum am meisten mit dem landschaftlichen Partikularismus verwachsen erscheint!

Wie viel aber davon abhängt, werden wir noch deutlicher erkennen, wenn wir in die Zeiten zurückblicken, wo die heutigen Territorialherrschaften sich entwickelten, und dann sehen, wie wesentlich die Haltung des Adels darauf einwirkte, nämlich zu Ausgang des Mittelalters im funfzehnten Jahrhundert, wo die entscheidende Wendung eintrat. Es war damals die Blüthezeit des deutschen Städtewesens, wie nicht minder der Ritterschaft. Beide zusammengenommen waren sie dem Fürstenthum weit überlegen, und hätten sie zusammengehalten, — welche ganz andere Wendung würde die deutsche Geschichte genommen haben! Dann blieb die Reichsverfassung nicht nur erhalten, sondern sie hätte sich nach den Bedürfnissen der Zeit fortbilden können, und betrachtet man nun, welch ein kräftiges Leben damals in ganz Deutschland bestand, welche reichen Elemente des Wohlstandes und der Bildung, (wie durch so viele Zeugnisse über allen Zweifel erhoben ist, und wovon noch heute die aus jener Zeit herrührenden Bauwerke eine Vorstellung geben, die alle einen kühnen Muth, Fülle, Behagen und lebendigen Kunstsinn verrathen,) so würde Deutschland bei Weitem das mächtigste Land Europa's geblieben sein, und zwar mächtig durch Waffen, wie durch Schifffahrt, Handel und Kunst und Wissenschaft, dazu mit allen

Ehren geschmückt, welche das Kaiserthum umgaben. Ist dann alles ganz anders gekommen, und bald ein mehrhundertjähriger Verfall darauf gefolgt, so ist eine der vornehmsten Ursachen davon in dem Zwiespalt zwischen Adel und Städten zu suchen, worauf in Deutschland ganz eben so der Untergang der Nationalverfassung beruht, wie umgekehrt in England auf der Verbindung dieser beiden Elemente die Entwicklung der Verfassung beruhte. Denn wenn einerseits der Kampf zwischen Adel und Städten einen großen Theil der Nationalkraft absorbirte, so kam andrerseits das territoriale Fürstenthum dadurch empor, und indem dasselbe den einen Stand durch den andern daniederhielt und sich selbst allmälig zur Souveränität erhob, wurde nicht nur der Reichsverband zersprengt, sondern selbst die ständische Freiheit in den einzelnen Territorien untergraben, und so die Nation um alle das gebracht, was ehemals die Quelle ihrer Kraft, ihres Selbstvertrauens, ihrer Würde und Lebensfreude gewesen war. Statt dessen verbreitete sich je mehr und mehr das pedantische, kleinliche und duckmäuserische Wesen, welches das spätere Deutschland charakterisirt und noch heute nicht ganz überwunden ist. Ja, es fehlt nicht an frömmelnden Politikern, die in gänzlicher Unkunde oder Nichtachtung der Thatsachen eben dieses Wesen wohl gar für die göttliche Ordnung ausgeben wollen, welche jetzt durch den Fortschrittsteufel zerstört werde, während es doch vielmehr selbst nur ein Produkt des nationalen Verfalles war, und der altgermanischen Zeit wie dem Mittelalter gänzlich fremd.

Welches waren aber die Folgen für den Adel selbst? Er ging gänzlich in das Territorialwesen auf, wo er allerdings seine sozialen Privilegien zu erhalten und sogar in vieler Hinsicht zu vermehren verstand, seine politischen Rechte aber immer mehr schwinden sah, und dafür nur in den Ehren und Genüssen des ihm allein zugänglichen Hoflebens Ersatz fand. Das war der Umkreis seiner Interessen und Gedanken, indessen Sinn und Verständniß für das deutsche Vaterland vollständig unterging. Und ganz in demselben Maße, als sich der Adel in das Territorialwesen einspann, wuchs zugleich seine Ent-

fremdung gegen alle anderen Klassen der Nation, so daß er zu einer förmlichen Kaste wurde, in welcher gänzliche Theilnahmlosigkeit an aller bürgerlichen Entwicklung, und selbst Feindschaft dagegen, als die wesentliche Eigenschaft eines Edelmannes erschien. Das eine Uebel verschlimmerte sich durch das andere, und indem also diese doppelte Absonderung, die territoriale und die soziale, zusammenwirkten, hörte der Adel gänzlich auf, ein Faktor der Nationalentwicklung zu sein. Er war in dieser Hinsicht in eine solche Passivität versunken, wie in keinem andern Lande Europa's geschehen. Denn ganz zu geschweigen von England, wo grade der Adel zum Träger der politisch-nationalen Entwicklung wurde, so sehen wir doch auch in Frankreich den Adel überall an der Spitze, wo es den Ruhm, den Glanz und die Ehre der Nation galt, und ähnlich in Spanien, während er in Italien seine Ehre in der Beförderung der Literatur, der Künste und Wissenschaften suchte, dahingegen in Deutschland das Eine wie das Andere vermißt wird. Die politische Nationalverfassung war untergegangen, von nationaler Macht, Ehre und Ruhm war kaum noch die Rede, und gerade das Einzige, was in diesen traurigen Zeiten der deutschen Nation noch einen Werth gab, nämlich das allmälige Entstehen einer neuen deutschen Bildung, Wissenschaft und Kunst, ließ den Adel fast gänzlich unberührt, geschweige denn, daß er irgend einen hervorragenden Einfluß darauf geübt hätte. Wie viele bedeutende Schriftsteller und Gelehrte gehören in England und Frankreich den Reihen des Adels an, und wie sehr hat es dort als eine Standespflicht gegolten, Kunst und Wissenschaft zu unterstützen, deren Repräsentanten immer zugleich als ein Träger der Nationalehre erschienen, und als solche selbst geehrt wurden! Ein Newton wurde feierlich im Westminster begraben, und die vornehmsten Lords hielten sein Leichentuch, der deutsche Newton hingegen, und größer als jener, unser Leibnitz, wurde in Hannover wie ein namenloser Bürger bestattet, unter solcher Theilnahmlosigkeit, daß man hinterher sein Grab nicht finden konnte. Welch ein Licht wirft so ein Beispiel auf Zustände und Sitten! Wie verkommen mußte unser Nationalleben

sein, wenn so Etwas geschehen konnte, und welcher Sinn mußte insbesondere bei den vornehmen Klassen herrschen, wo man doch grade das lebhafteste Gefühl für nationale Ehre erwarten sollte!

Geht man die deutsche Kulturgeschichte durch, so ist es gradezu erstaunlich, welch ein winziger Bruchtheil von allen gefeierten Namen in Kunst, Literatur und Wissenschaft auf den Adel kommt, und um so auffallender, wenn man dabei erwägt, wie sehr doch grade der Adel durch Gelegenheit und Hülfsmittel der Bildung begünstigt war, und wie sehr er insbesondere im Vortheil erscheint gegenüber der dürftigen Existenz unseres Bürgerstandes im siebzehnten und achtzehnten Jahrhundert. Sollte man nicht meinen, daß unter solchen Umständen grade der Adel der vornehmste Träger unserer neuen Kulturentwicklung hätte werden müssen, während in der Wirklichkeit genau das Gegentheil geschah. Es wäre gradezu unbegreiflich, wenn nicht eben hier die Natur des Adels offenbar würde, nämlich, daß sein ganzes Wesen verdirbt, sobald er aufhört, ein Faktor und Träger der Nationalverfassung zu sein, worauf alsbald die Vortheile und Vorzüge seiner Stellung sich für ihn selbst zum Fluch verwandeln, indem nur rohe Genußsucht und schrankenlose Selbstsucht übrig bleiben. Als Landjunker sah man den Edelmann in stumpfsinnige Rohheit versunken, als Hofjunker einer lüderlichen Völlerei ergeben, und was auch diesen beiden Extremen fern blieb, lebte doch immer in dem engsten Vorstellungskreise, von dem Territorialgeist umsponnen, dem gemeinsamen Vaterlande entfremdet, fast ohne Ahnung der großen Welt.

Ist eine Grundbedingung des Adels eine breite, gesicherte Basis der Existenz, ein Verwachsensein mit dem ererbten Besitz und den Traditionen der Familie, so leuchtet ja ein, daß zu diesem Allem noch ein besonderes geistiges Agens hinzukommen muß, wenn eben jenes ein wirklicher Vorzug sein und bleiben, und nicht vielmehr die Ursache der vollständigsten Stagnation und Lethargie werden soll, und dieses Agens wird lediglich in der Thätigkeit für die großen Nationalangelegenheiten zu suchen, und wo dieses fehlt, durch gar nichts Anderes zu ersetzen sein. Nur in einem großen Nationalleben kann sich

auf die Dauer ein Adel erhalten, und dann nicht nur für sich selbst eine ehrenvolle und alle höheren Triebe des Menschen befriedigende Stellung gewinnen, sondern auch dem Ganzen sich vielfach förderlich erweisen. Ohne dies muß er selbst verderben, und wird zugleich der Nation zum Verderben gereichen. Die Thatsachen reden, bedarf es aber noch anderer Zeugnisse, so steht als der kompetenteste Beurtheiler dieser Verhältnisse der Freiherr von Stein da, der sich ganz in diesem Sinne ausgesprochen hat.

Nun wohlan, wer wäre mehr veranlaßt, bei dem sich jetzt vorbereitenden Umschwung der deutschen Dinge thätig mitzuwirken, als eben der deutsche Adel, dessen eigene zukünftige Stellung ganz davon abhängen wird, welchen Verlauf diese Angelegenheit nimmt, und welche Rolle er selbst dabei spielt, und der, wie oben bemerkt, zum wirksamen Eingreifen noch immer sehr erhebliche Mittel besitzt! Wahrlich, diejenigen sind die allerschlimmsten Feinde des Adels, die ihm anrathen, und ihn dazu anstiften und verleiten, der deutschen Bewegung hemmend entgegen zu treten, statt dessen er sich vielmehr zum Träger und Leiter der Bewegung machen sollte, wie es in diesem Falle seinem natürlichen Berufe und seinem besonderen Interesse entspräche. Denn so liegen die Dinge für Jeden, der Augen hat und sich nicht absichtlich selbst verblendet: vorwärts geht unter allen Umständen die deutsche Bewegung, entweder mit dem Adel oder trotz desselben, und die einzige Frage betrifft die Zeit und den Modus*).

Vereinigt sich der Adel mit dem Bürgerstande, so entsteht daraus eine Kraft, welche stark genug ist, um die Bewegung vollständig zubeherrschen, und in geordneten Bahnen zu erhalten. Leistet hingegen der Adel Widerstand, so verkennen wir keinesweges die Wichtigkeit seiner Stellung, die ihm allerdings die Möglichkeit giebt, gar Vieles zu hemmen und zu stören, und wie sehr dies der Fall ist, davon zeugt eben die traurige Zerfahrenheit unserer Zustände, die allgemeine Spannung und Verbitterung, — so weit also reicht der

*) Vgl. unsere Kritik aller Parteien, Kap. V. §. 6.

Einfluß des Adels, daß er gar Vieles durchkreuzen, lähmen und verderben kann, aber vorwärts geht es dennoch, nur langsamer, und zu einem anderen Ziel und durch andere Kräfte. Denn die unvermeidliche Folge ist nun, daß das entscheidende Gewicht immer mehr in die Massen fällt, und endlich eine reine Massenbewegung entstehen wird, die nur zu einem allgemeinen Umsturz führen kann, worin neben vielem Anderen auch der Adel seinen gänzlichen Untergang finden wird.

Das wäre also das Resultat, wohin der Adel gelangt, wenn er sich diesem Haufen roher, beschränkter, oder durch Leidenschaft verblendeter und durch Fanatismus unzurechnungsfähig gewordener Menschen anschließt, die unter dem Namen der konservativen Partei einen Kreuzzug unternehmen möchten gegen Alles, worin sich der Entwicklungstrieb der Zeit ausspricht, darum vor Allem auch gegen die deutsche Bewegung, und wenn er, statt seinem wahren Berufe nach diese große Angelegenheit zu fördern, vielmehr nach den Lehren, Ermahnungen und Aufhetzungen jener sich zum Hemmschuh der deutschen Bewegung, und zum Träger einer antinationalen Reaktion machen will.

Schon liegt davon ein warnendes Beispiel in der schleswig-holsteinschen Frage vor, wo wir es mit eben so großem Befremden als tiefem Bedauern bemerken mußten, wie ein großer Theil des norddeutschen Adels sich gradezu dem deutschen Recht und Interesse widerstrebend benahm, und die sogenannte konservative Partei auf alle Weise dagegen zu agitiren und zu intriguiren versuchte. Und warum denn eigentlich? Lediglich aus sinnloser Verbissenheit gegen Alles, was in der Richtung der allgemeinen Entwicklung liegt und die Sympathien des Volkes für sich hat. Und was hat man damit erreicht? Man hat sich nicht nur bei der ganzen Nation gehässig gemacht, sondern sich zugleich mit dem augenfälligsten Ridicüle behaftet, indem man trotz aller Anstrengungen mit einem vollständigen Fiasko endigte.

Möchte der Adel daran erkennen, wohin man gelangt, wenn

man den Irrlichtern folgt, die in der Kreuzzeitung flimmern, und von denen grade die am hellsten flimmernden in die gefährlichsten Sümpfe führen. Und möchte eben diese schleswig-holsteinsche Frage, die ohne Zweifel einen Wendepunkt in der Entwicklung der deutschen Bundesverhältnisse bildet, auch dadurch den Anfang einer neuen Zeit bezeichnen, daß sie den Adel zu seiner naturgemäßen Stellung zurückführt, und heraus aus den Netzen der sogenannten conservativen Partei, welche Nichts zu konserviren, wohl aber Alles zu konfundiren, zu lähmen und zu verderben versteht, und über deren Nörgeleien und Intriguen die Weltgeschichte zur Tagesordnung übergeht.

---

# IV.

## Wie Deutschland zersplittert wurde und in Verfall gerieth, jetzt aber sich wieder zu erheben beginnt.

1. Die Traditionen des Reiches. 2. Die Genesis des heutigen deutschen Staatensystemes. 3. Auflösung des Reichsverbandes. 4. Mißgestaltung der Territorialstaaten. 5. Der kommerzielle Verfall und der neue Aufschwung. 6. Die konfessionelle Spaltung. 7. Ihre allmälige Ueberwindung.

---

Darf man die Evolutionen der Geschichte mit dem Bildungsprozeß der natürlichen Organismen vergleichen, wie doch jetzt so allgemein geschieht, und schon eine Jedermann geläufige Vorstellung geworden ist, — was ist die deutsche Bewegung Anderes als ein *organisches Produkt*, erwachsen aus den innersten Lebenstrieben der Nation, deren getrennte Glieder sich wieder zu einem Ganzen fügen wollen, und dabei getragen, gefördert und angeregt durch alle die Elemente und Impulse, welche in den veränderten Zeitverhält-

nissen und in den Bedürfnissen der heutigen Gesellschaft liegen. Jedes Völkerleben hat seine Perioden tiefgreifender Umbildung, nicht durch irgend einen Fortschrittsteufel hervorgerufen, welchen man durch polizeiliche Mittel oder priesterliche Beschwörung wieder heraustreiben könnte, sondern nach der natürlichen Ordnung und den ewigen Rathschlüssen der Vorsehung.

Immer wirkt dabei Zweierlei zusammen, nämlich einerseits das Zuständliche und die materiellen Grundlagen des Lebens, andrerseits der Umschwung in dem Bewußtsein der Menschen und der Gang der Ideen. Soll es zu einer neuen Ordnung kommen, so muß Beides zusammenpassen und ineinander greifen, und immer gehört Arbeit und Zeit dazu, bis man so weit gelangt, inzwischen aber bleibt Alles schwankend, verworren und wie in Gährung begriffen. Dort giebt es Zustände, welche den neuen Bedürfnissen und Ueberzeugungen nicht mehr entsprechen, hier tauchen Ideen und Forderungen auf, für welche die Zustände noch nicht reif sind, oder auch die Zustände sind reif und drängen zur Veränderung, aber die leitende Idee ist noch nicht gefunden, und die geistige Unklarheit führt zu verfehlten Versüchen. Alles dies findet zugleich statt, und eben daraus entspringt die allgemeine Aufregung und Verwirrung, das Schwankende, Halbe und Unbefriedigende, welches jede Uebergangszeit charakterisirt, bis die neue Gestaltung gelingt, — das Gemälde unserer Tage.

1.

Wir haben die Ursachen der deutschen Bewegung aufgezeigt, die realen wie die idealen, müssen aber zu den letzteren noch eine hinzufügen, die wir im Vorstehenden noch nicht besprochen. Es ist die in der Nation nie ganz erloschene und eben jetzt wieder erwachende Erinnerung an ihre ehemalige Einheit, an Kaiser und Reich, mit allen Bildern ehemaliger Herrlichkeit und Größe, der kostbarste Schatz unserer Traditionen.

Wie könnten wir diese Traditionen je aufgeben, so lange wir überhaupt noch eine deutsche Nation sind? Oder was wäre eine

Nation ohne die Verkettung der Geschlechter und Zeitalter, welche realiter in der fortlaufenden Entwicklung der Institutionen, idealiter in der Erinnerung besteht? Die Institutionen sterben ab, und die Kontinuität der Entwicklung mag zerreißen, — ja wie sehr ist sie zerrissen in Deutschland! — aber das Band der Erinnerung ist unzerstörbar, und selbst verflochten mit Allem, was die geistige Substanz einer Nation ausmacht, die geheimnißvolle Tiefe, woraus alle ihre Ideen und Bestrebungen entspringen, und der Seele des einzelnen Menschen vergleichbar. Wie in einem unergründlichen Brunnen ruhen hier die Eindrücke von Allem, was je den Geist erfüllte, was das tägliche Leben bewegte und in der Welt geschah, dann aber ist es wie ein Aufwallen durch unsichtbare Kraft, und es gehen neue Anregungen daraus hervor, aus dem mannigfaltigsten Stoff zusammengeflossen. Was längst begraben schien, erwacht, und wirkt als ein Motiv zu neuen Bewegungen.

So ist es mit den nationalen Traditionen.

Oft scheinen sie wie erloschen und vergessen, aber sie leben und wirken, wenn auch nur im Hauch der Poesie, welche sie im Liede verkörpert. Das Lied trifft die geheimsten Saiten des Volksgemüthes, dem Ahnung, Hoffnung und Muth entspringen, zu neuen Entschlüssen und Bestrebungen führend. Dann ist die Zeit gekommen, wo sich die verborgene Macht der Traditionen offenbart, und der zarte Klang wird zum brausenden Strom der Ereignisse.

Hat es einst ein deutsches Reich gegeben, und ist dann zerfallen, — warum soll nicht aus den Trümmern ein neues Reich entstehen, der ewigen Ordnung gemäß, die wir in der Natur wie in der Geschichte beobachten, wonach auf Trennung Wiedervereinigung folgt? So führt das verständige Urtheil auf dem Wege der Analogie und Induktion zu demselben Ziele, wohin das ahnende Gemüth durch die Erinnerung der Vergangenheit gelangt, zu der Aussicht auf die Wiederherstellung Deutschlands, welche das Ziel der deutschen Bewegung ist.

Diese Bewegung haben wir als ein organisches Produkt der

Zeit erkannt, indem wir sahen, wie alle Lebenskräfte und Bedürfnisse der Gegenwart zu einer Vereinigung der getrennten Glieder des deutschen Körpers hindrängen. Unser Blick war dabei auf die Zukunft gerichtet, wir betrachteten die Verkettung der Dinge in der Richtung nach *vorwärts*. Jetzt wollen wir das Wesen und die Bedeutung dieser Bewegung noch besser erkennen, und unsere Behauptung noch fester begründen, indem wir die Verkettung der Dinge nach *rückwärts* verfolgen und, den Blick in die ferne Vergangenheit gewandt, den allmäligen Prozeß der deutschen Zerstücklung betrachten. Werden wir dann sehen, wie alle diejenigen Umstände, welche einst die territoriale Absonderung hervorriefen, oder wenigstens begünstigten und möglich machten, jetzt überhaupt verschwunden oder durchaus verändert sind, oft bis ins Gegentheil, so werden wir auch um so sicherer behaupten dürfen, daß diese Zerstücklung unhaltbar geworden. Und haben wir dann die wesentlichen Elemente erkannt, worauf der Zerfall des deutschen Körpers beruhte, so werden wir darin zugleich einen Fingerzeig gewonnen haben, wonach sich der praktische Gang einer möglichen Wiedervereinigung beurtheilen läßt, und der sich wiederholt sehr nützlich erweisen wird.

## 2.

Was war Deutschland, so lange der Verband des Ganzen noch in Kraft bestand? Gewiß ein sehr eigenthümliches Gemeinwesen, und sehr verschieden von dem, was man heute „*Staat*" nennt, wie denn auch das Wort „Staat" im Mittelalter ganz unbekannt gewesen und erst im sechszehnten Jahrhundert aufgekommen ist, wohl als Nachbildung des französischen „*Etat*". Deutschland war vielmehr ein „*Reich*". Aber was war denn das *Reich*, wenn es kein *Staat* war? Ein Verein selbstständiger Glieder, jedes mit einer in sich selbst ruhenden Autorität, aber alle unter einem erkorenen Oberhaupt stehend, als dem obersten Richter und Schirmherren. Darum lag die Garantie für den Bestand des Ganzen nicht in dem Organismus der Centralgewalt, sondern in den freien Trieben der

Glieder selbst, und in den freien Verbindungen, welche das Ganze durchzogen. Kamen dann die separatistischen Tendenzen der Glieder empor, und gewannen allmälig die Oberhand, so gab es kein wirksames Mittel dagegen, das Reich mußte zerfallen. Wie wird es also dereinst wieder erstehen können? Gewiß nicht durch eine Centralgewalt, denn sie müßte ja selbst erst die erforderliche Macht erlangt haben, auch nicht durch eine schematische Constitution, sondern es muß aus innerem Triebe durch freie Kräfte geschehen. Bis dahin scheitern alle Versuche.

Wir dürfen den Gang der Ereignisse, wodurch im Laufe der Jahrhunderte die Auflösung des Reiches herbeigeführt wurde, als bekannt voraussetzen, und wollen hier nur diejenigen Momente hervorheben, die wir für die entscheidenden halten, und auf deren Nachwirkung im Großen und Ganzen noch der heutige Zustand beruht.

Schon mit dem Sturz der Hohenstaufen begann nach unserer Auffassung der Dinge der Zersetzungsprozeß, denn von da an zerfielen die ehemaligen großen Herzogthümer: Sachsen, Franken und Schwaben, und blieb nur Baiern bestehen, auch dieses sehr geschmälert und nicht ohne innere Theilung. Aber auf diesen großen Herzogthümern hatte bis dahin die Reichsgewalt beruht, wo sollte sie nunmehr ihre Basis finden?

Neben den Herzogthümern bestanden im östlichen Deutschland die Marken unter ihren Markgrafen, ursprünglich nur Grenzgebiete, dann aber durch Eroberung ausgedehnt und kolonisirt, wodurch eine Mischbevölkerung entstand, von merklich anderem Charakter als in den Gebieten des alten westlichen Deutschlands. Diese Colonialländer gewannen nun in demselben Maße an Wichtigkeit, als die alten Herzogthümer im westlichen Deutschland zerfielen, und wurden seitdem die Basis einer eigenthümlichen Entwicklung.

Während ehemals der Schwerpunkt des Ganzen im Rheingebiete lag, rückte er jetzt weit nach Osten, und die südöstliche Mark (das heutige Erzherzogthum Oesterreich), wurde gegen Ende des Mittelalters der bleibende Sitz des Kaiserthums, welches sich seitdem that=

sächlich in dem Hause Habsburg vererbte. Es verschmolz allmälig mit der österreichischen Hausmacht, welche die Befugnisse, die dem Kaiser noch im Reiche zustanden, nur zu ihrem eigenen Vortheile ausbeutete, so daß ein gänzlich anderes Wesen daraus entstand, als das Kaiserthum der Ottonen, der Salier und Hohenstaufen gewesen war, wovon man nur Titel und Symbole bewahrte, und unter Umständen die Prätensionen hervorsuchte. Daraus entwickelte sich die heutige österreichische Monarchie, im Wesentlichen als eine Erweiterung der Ostmark, aber mit kaiserlicher Würde bekleidet. Die Nordmarken hingegen, wozu der Sache nach auch der ehemalige deutsche Ordensstaat gehört, wurden die Basis der heutigen preußischen Monarchie. Nach ihrem inneren Bau, wie nach ihrem politischen Charakter ist diese Monarchie sehr verschieden von der österreichischen, denn wenn hier das alte Kaiserthum allmälig mit der Territorialherrschaft verschmolz, so blieb die Territorialherrschaft in Preußen ganz auf ihre eigene Kraft gestellt, aber sie steigerte sich allmälig, durch innere Entwicklung wie durch äußeren Ansatz, zu einer königlichen Macht, und als solche trat sie thatsächlich aus dem Reichsverbande heraus, noch ehe derselbe förmlich gelöst war. Es wurde im achtzehnten Jahrhundert eine Macht von europäischer Bedeutung daraus, wie es Oesterreich schon seit Ferdinand I. gewesen. Das ist die Genesis der heutigen deutschen Großmächte, welche beide aus den Marken erwuchsen, und ihre Basis im östlichen Deutschland haben.

Im westlichen Deutschland geschah inzwischen ganz das Gegentheil. Während sich im Osten die Macht konzentrirte, und viele ehemals getrennte Territorien konglomerirten, so war hier die Zersplitterung noch lange hin im Zunehmen, und erst nach dem dreißigjährigen Kriege bildeten sich auch hier wieder einige größere Territorien, neben den kleinen und allerkleinsten, als welche die reichsritterschaftlichen Besitzungen und die Reichsdörfer erschienen, bis endlich die Veränderungen nach dem Lüneviller Frieden, und dann die Verfügungen des Wiener Congresses, zu dem heutigen Bestand führten. So sind also die deutschen Mittel- und Kleinstaaten im Wesentlichen

aus der Zersplitterung und respektive Umbildung der alten deutschen Stammherzogthümer entsprungen. Nur das alte Herzogthum Baiern hatte sich, wie gesagt, erhalten, und eben darum konnte Baiern zu seiner hervorragenden Stellung unter den Mittelstaaten gelangen, weil es zu der Zeit, als der Prozeß der Rekonsolidation begann, von vornherein auf einer breiteren Basis stand, mit tiefen Wurzeln, die bis in das Zeitalter der Merowinger hinabreichen, während bei der Zersplitterung der anderen Herzogthümer auch der geschichtliche Zusammenhang zerrissen war, und die Neubildungen schwieriger wurden.

Dies ist unsere Ansicht von der Entstehung des deutschen Staatensystemes, die wir ausführlich in den „Untersuchungen über das europäische Gleichgewicht" (pag. 187—317) dargelegt haben, worauf wir uns hier zu verweisen erlauben, und uns darum auf diese kurzen Andeutungen beschränken. Wir halten es aber für ganz unerläßlich, daß man hierüber zur vollen Klarheit gelangt, denn wie will man die gegenwärtige Lage der Dinge verstehen, wenn man ihre genetische Entwicklung nicht kennt? Und wie will man zu einer Weiterbildung oder Reform des gegenwärtigen deutschen Staatensystemes gelangen, wenn man das Material nicht kennt, worum es sich dabei handelt! Daher die verfehlten Projekte, die hinterher immer an der Macht der Verhältnisse scheitern, die kleindeutschen wie die großdeutschen, welche beide auf derselben Unkunde oder Nichtachtung des geschichtlichen Charakters der deutschen Staatenbildung beruhen, und nach blos äußerlichen Kombinationen und politischen Konvenienzen entworfen sind. Aber eine Nation wie die deutsche ist kein bloßer Haufe von Menschen, von 40 Millionen, wie man so oft in der Paulskirche hörte, und welche 40 Millionen dann nach irgend einem konstitutionellen Schema organisirt werden sollten, sondern die deutsche Nation ist das, was sie ist, durch ihre Geschichte, und dadurch ein Wesen von eigener Art geworden, mit eigenem innerem Gefüge. Dieses muß man zuvor erforschen, um einerseits über die darin liegenden Bedürfnisse, wie andrerseits über die Mittel zu ihrer Befriedigung und über den Gang des dabei einzuschlagenden Verfahrens richtig zu urtheilen.

### 3.

Im Geiste des Mittelalters hatte sich die Reichsverfassung in feudaler Form entwickelt, mit der bekannten Vermischung des öffentlichen und privaten Rechtes, aber der Reichsverband als solcher blieb doch immer ein öffentliches Verhältniß, und das Kaiserthum eine öffentliche Gewalt. Je mehr sich nun der Reichsverband lockerte, und das Ansehen des Kaiserthums schwand, wurde in den Territorialgewalten immer mehr der privatrechtliche Charakter vorherrschend, also das obrigkeitliche Amt ein nutzbares Recht, an den Besitz gewisser Grundstücke gebunden, und mit diesem das Patrimonium des regierenden Hauses.

Man kann sagen, daß im Grunde genommen alle Territorialherrschaften patrimonial wurden, indem auch die geistlichen Herren und die Reichsstädte ihr Gebiet nach demselben Rechte besaßen und beherrschten. Eben dieses patrimoniale Prinzip wurde dann die vornehmste Quelle der fortschreitenden Zersplitterung, insbesondere durch Erbtheilung. Andrerseits aber war auch grade das einfachste Mittel darin gegeben, um hinterher die getrennten Parzellen wieder zusammenzubringen, durch Heirath, Erbschaft, Kauf oder Schenkung. Und eben durch diesen Prozeß der Verbindung getrennter Territorien, welche wie die Trennung lediglich nach privatrechtlichen Prinzipien geschah, wurde der Reichsverband noch weit mehr gefährdet, als früher durch die Zerstücklung, indem sich dadurch Herrschaftsgebiete bildeten, welche durch ihre Macht und Größe der Reichsgewalt über den Kopf wuchsen.

So vor Allem die Erwerbungen des Hauses Habsburg durch das österreichische Heirathsglück. Wie konnte dieses Haus, welches im sechszehnten Jahrhundert die Herrschaft über halb Europa erwarb, und über beide Indien obenein, noch ferner der Reichsgewalt unterstehn? Blieben auch seine zum Reiche gehörigen Länder in dem bisherigen Verbande, so war dies eine leere Form, und jede Einwirkung der Reichsgewalt auf dieselben thatsächlich ausgeschlossen. Sie gehör=

ten lediglich der österreichischen Macht an, und diese Macht, obwohl in ihrer Eigenschaft als Reichsstand mit den übrigen Reichsständen dem Rechte nach auf gemeinsamem Boden stehend, verwandelte sich der Sache nach aus einem Mitgliede zum Oberherrn. Viel später erst erhob sich das Haus Hohenzollern, und indem seine Erwerbungen nach dem dreißigjährigen Kriege, wenn auch ohne inneren Zusammenhang, sich durch das ganze nördliche Deutschland zogen, wurde schon dadurch der Reichsverband sehr wesentlich abgeschwächt. Dann wurden die zerstreuten Gebiete künstlich verbunden, und darauf eine Militairmacht begründet, der gegenüber die Reichsgewalt ohnmächtig erschien. Gerieth endlich diese junge aufstrebende Macht, wie es nach Lage der Dinge nicht ausbleiben konnte, mit der österreichischen Macht in offenen Konflikt, der dann zugleich ein Konflikt mit der Reichsgewalt wurde, so waren damit die letzten Grundlagen des Reichsverbandes untergraben, und der Zusammensturz des morschen Gebäudes unvermeidlich geworden.

4.

Neben diesen Mißverhältnissen der Macht zwischen den Gliedern des Reiches, welches sich infolge der feudalen und patrimonialen Prinzipien bildete und dann den Fortbestand des Reiches selbst gefährdete, erscheint als ein kaum geringerer Uebelstand die Mißgestaltung der in solcher Weise zusammengebrachten Herrschaftsgebiete, worauf die heutigen deutschen Staaten beruhen. Diese Mißgestaltung war ganz allgemein, und im vorigen Jahrhundert noch auffallender als heute, indem die Territorialveränderungen zu Anfang dieses Jahrhunderts in dieser Hinsicht doch immerhin zu einiger Verbesserung geführt haben.

Hier müssen wir nun zu den vorstehenden Andeutungen über den Verlauf der deutschen Staatenbildung noch die Bemerkung hinzufügen, wie es eben dieses feudale und patrimoniale Wesen war, welches auch insofern die Verwirrung noch vermehrte, als sich dadurch die östlichen Marken mit den Territorien des westlichen Deutschlands

vermischten, indem grade die östlichen Territorialherrschaften wegen ihrer überwiegenden Macht auch die meisten Mittel zu neuen Erwerbungen besaßen, wie neben Oesterreich insbesondere Brandenburg. Es ist dadurch das Verständniß des inneren Prozesses der deutschen Staatenbildung gar sehr erschwert, und hat sich das Bewußtsein darüber so verdunkelt, daß selbst namhafte Historiker über die eigentliche Basis der österreichischen und preußischen Macht, nämlich, daß die eine wie die andere auf den östlichen deutschen Colonialländern beruht, ganz im Unklaren zu sein scheinen, und in dieser Unklarheit zu den grundlosesten und abentheuerlichsten Behauptungen gelangen. Doch darüber noch an einem anderen Ort.

Haben wir in einem früheren Abschnitte von der inneren Mangelhaftigkeit und den daraus folgenden Bedürfnissen gesprochen, welche in allen deutschen Staaten hervortreten, in den großen wie in den kleinen, wenn auch in verschiedenem Grade, so zeigt sich hier dasselbe in der Gestaltung der Territorien. Fast alle sind sie verzerrt, die meisten gradezu zerrissen, die großen wie die kleinen. Denn nicht nur das preußische und baiersche Gebiet ist durchschnitten, sondern dasselbe wiederholt sich in Hannover, in Oldenburg, in Braunschweig, in beiden Hessen, in den thüringischen Herzogthümern, in Anhalt, ja bis auf die Fürstenthümer herab, in Waldeck, Lippe und Schwarzburg. Oder ist das Gebiet nicht gradezu zerrissen, so ist es doch mißgestalten, wie Baden und Würtemberg, indessen nur sehr wenige eine ziemlich gute Arrondirung zeigen, wie außer Oesterreich noch etwa Sachsen, Mecklenburg und Nassau.

Das war die unvermeidliche Folge, wenn Herrschaftsgebiete entstanden, grade wie man einen Komplex von Landgütern erwerben kann, durch Kauf oder Erbgang. Was aber in solcher Weise entstand, das waren auch ursprünglich keine Staatsgebiete, sondern nur Herrschaftsgebiete im eigentlichen Sinne des Wortes, wo der Oberherr gewisse besondere Rechte ausübte und die Einwohner der verschiedenen Landparzellen gewisse besondere Verpflichtungen gegen ihn hatten, im Uebrigen aber jeder Theil seinen eigenen Interessen

nachging, und namentlich auch jedem Gebietstheil seine eigenthümlichen Privilegien und Rechte verblieben. Von einer inneren Lebensgemeinschaft zwischen den verschiedenen Landschaften, die unter einem gemeinsamen Herrn standen, war anfänglich keine Rede, und die landesherrliche Gewalt noch entfernt nicht eine Staatsgewalt zu nennen. So lag denn wenigstens kein innerer Widerspruch darin, daß ganz zusammenhangslose und oft sehr verschiedene Gebiete einen gemeinsamen Landesherrn hatten, und so lange über dem Ganzen noch die Reichsgewalt bestand, die immer ein gewisses Gefühl der großen Gemeinschaft erhielt und jeden Theil in seinem Rechte schützte, so mochte der Zustand ganz erträglich erscheinen. Aber wie anders, als die Reichsgewalt immer mehr schwand, und in demselben Maße die landesherrliche Gewalt sich zur Staatsgewalt ausbildete, und dann das patrimoniale Herrschaftsgebiet ein Staatsgebiet werden sollte, wozu es doch ursprünglich gar nicht angelegt und gar nicht geeignet war! Denn dazu gehört ein natürlicher Zusammenhang des Landes und eine innere Gemeinschaft der Bevölkerung in Denkweise, Sitten und Interessen, wo aber weder das Eine, noch das Andere besteht, und doch gleichwohl ein Staat hergestellt werden soll, — was kann ein solcher Staat anders sein, als ein erkünsteltes, erzwungenes Verhältniß? Und je mehr ein solcher Staat in seiner Ausbildung fortzuschreiten scheint, so muß der in seinen Grundlagen selbst liegende Widerspruch nur um so mehr hervortreten.

Daher die allgemeine Erfahrung, daß die Einführung der konstitutionellen Verfassungen in Deutschland, die doch offenbar die Tendenz in sich schließen, die alten Herrschaftsgebiete nach den Ideen des modernen Staates umzubilden, keinesweges zur inneren Befriedigung geführt, sondern nur neue Konflikte hervorgerufen hat. Und zwar um so mehr, je größer die Gebiete und je verschiedenartiger die Bestandtheile waren, am meisten also, um von Oesterreich zu schweigen, in Preußen. Sind nun aber grade die preußischen Zustände von der größten Rückwirkung auf das übrige Deutschland, so ist eben damit eine permanente Aufregung geschaffen, und wenn die constitutio=

nellen Doktrinärs der Meinung gewesen, daß eben die preußische Konstitution am meisten zur Befestigung der deutschen Zustände beitragen würde, so hat sie vielmehr die früher vorhandene Bewegung sehr wesentlich gesteigert.

Man kann sagen, durch die deutschen Konstitutionen ist gleichzeitig immer zu viel und zu wenig geschehen. Zu viel nämlich, weil die dadurch beförderte administrative Centralisation und Gleichförmigkeit aller öffentlichen Einrichtungen, gegenüber der inneren Verschiedenheit der einzelnen Landestheile, welche schon in den Mittelstaaten sehr auffallend ist, durchaus unpassend erscheint. Zu wenig aber, weil die einzelnen Konstitutionen fast gar nichts leisten, noch leisten können, zur Befriedigung aller höheren Bedürfnisse unserer Nationalentwicklung, außer daß sie doch eine gewisse Freiheit der Bewegung und Aeußerung garantiren, und somit die Schleußen geöffnet werden, aus welchen nun in den Einzelstaaten selbst das Gefühl der Unbefriedigung hervorbricht, und dadurch eine Bewegung entsteht, welche den Regierungen schon überall über den Kopf wächst.

Da haben wir einen neuen Beleg zu unserer früheren Behauptung, daß in allen deutschen Staaten eine innere Mangelhaftigkeit besteht, deren Folgen in den Einzelstaaten selbst gar nicht zu beseitigen, noch zu überwältigen sind, weder durch polizeiliche Repression und Wachsamkeit, noch durch administratives Geschick, oder durch konstitutionelle Versuche, — eine innere Mangelhaftigkeit, welche durch die fortschreitende Entwicklung der Einzelstaaten nur um so mehr hervortritt, und wodurch alle diese Staaten, wenn auch gegen ihren Willen, über sich selbst hinausgeführt werden, zu einem Ziele hin, wovon die konstitutionelle Theorie sich nichts träumen ließ. Nämlich zur Begründung eines neuen deutschen Reiches, welches etwas gänzlich Anderes sein wird und sein muß als das konstitutionelle Staatswesen, indem es eben so auf viel höheren Ideen beruhen, als andrerseits auch weit volksthümlichere Formen entwickeln wird, als sie das dürre Wesen des Konstitutionalismus kennt und zu gewähren vermag.

Wir sahen, wie das heutige deutsche Territorialwesen entstanden ist, nämlich infolge der feudalen und patrimonialen Prinzipien des Mittelalters, und wie die wunderlichen Bildungen, welche daraus entsprangen, eben nur dadurch möglich wurden, daß die Denkweise, Sitten und Bedürfnisse jener Zeit zum mindesten nicht im Widerspruch damit standen, sonst hätte man damals wohl Widerstand geleistet. War doch das Recht des Widerstandes damals allgemein anerkannt, und wurde nach der derben und kräftigen Weise jener Zeit überall geübt, wo man sich in seinen Rechten oder Interessen beeinträchtigt fühlte. Aber man ließ sich eben gefallen, was damals nicht als ein wesentlicher Uebelstand, sondern als ganz natürlich erschien. Das waren die Bedingungen, unter welchen die Herrschaftsgebiete entstanden, worauf das heutige deutsche Territorialwesen beruht, — wie soll es fortbestehen, nachdem doch alle die Umstände, durch welche es allein ermöglicht wurde, je mehr und mehr verschwunden sind, und seitdem ganz andere Ideen und ganz andere Bedürfnisse sich geltend machen? Wie natürlich wird seitdem der Drang nach einer allgemeinen Veränderung, und wie unmöglich ist es, diesem Drange auf die Dauer zu widerstehen!

Bei dem Allem dürfen wir doch gleichwohl nicht übersehen, daß selbst das, was uns heute als die äußerste Verwirrung und Mißbildung erscheint, nicht ohne sehr wohlthätige Folgen geblieben ist. Das Reich wurde zerstückelt und dann die Elemente durcheinander geworfen, indem man hier zerriß, was von Natur zusammengehört, und dort zusammenbrachte, was der Natur nach nicht zusammengehört, aber grade durch diese naturwidrigen und gewaltsamen Formationen wurde allmälig die Entfremdung, welche ehemals zwischen den verschiedenen deutschen Stämmen bestand, überwunden, und durch den Absolutismus, welcher hinterher in den neuen Herrschaftsgebieten emporkam, wurde die spröde Eigenwilligkeit gebrochen, welche das alte Deutschthum charakterisirt, und selbst das mächtigste Hinderniß einer umfassenden und wohlorganisirten Gemeinschaft gewesen war. Die ganze Nation wurde wie ein Teig durchknetet, um dadurch formbar

und gefügig zu werden, und mehr als alle anderen Nationen in allen Theilen durchbildet, indem die vielen Territorialherrschaften überall ein Stützpunkt der Cultur waren. So wurde die Nation für eine höhere Stufe vorbereitet, wie durch providentielle Fügung, und endlich ist es der Schmerz der Zerrissenheit selbst, der die Sehnsucht nach einem neuen Reiche erweckt.

## 5.

Bei allen germanisch-romanischen Nationen hat ehemals mehr oder weniger der Feudalismus geherrscht, und seine abentheuerlichen Gestaltungen hervorgerufen, aber überall hat man dieselben hinterher entweder beseitigt, oder derartig umgebildet, daß sie sich mit der modernen Lebensentwicklung verschmelzen konnten. In Deutschland hingegen ist das Eine wie das Andere nur theilweise geschehen, indem der Feudalismus bei uns noch lange über das Mittelalter hinaus fortgewuchert und sich so eingenistet hat, daß die Wirkungen davon noch bis heute bestehen. Dies muß wohl seine besonderen Ursachen haben, und es wird ein neues Licht auf die deutsche Frage werfen, wenn wir auch diese Ursachen betrachten.

Versetzen wir uns also in den kritischen Zeitpunkt, wo das Mittelalter in die neuere Zeit überging, denn grade damals traten die besonderen Umstände ein, welche Deutschland in seiner Entwicklung aufhielten und in mancher Hinsicht sogar auf eine tiefere Stufe zurückwarfen. Es war eine Krisis in dem materiellen wie in dem geistigen Leben der Nation.

Was das Erstere anbetrifft, so ist namentlich der veränderte Gang des Welthandels, welcher durch die Entdeckung der neuen Welt und des neuen Seeweges nach Ostindien bedingt war, von den nachtheiligsten Folgen für Deutschland gewesen. Denn durch dies Beides sank der Handel der Hansa wie der oberdeutschen Städte, der offenbar in Wechselwirkung stand. Der Waarenzug von Indien durch die Levante hindurch nach den italienischen Häfen, und von da über die Alpen, nahm ab, und da die oberdeutschen Plätze in enger Ver-

bindung mit den italienischen Emporien standen, mußten sie das kaum minder empfinden als jene selbst. Die Hanseaten andrerseits verloren damals ihre Privilegien in Skandinavien und England, dazu den wichtigen Stapelplatz in Nowogrod, nachdem dasselbe unter die Herrschaft der russischen Zaren gekommen war. Hatte nun die Macht der Hansa ganz vorzugsweise auf ihrem Handel in den nordischen Ländern und Meeren beruht, so konnte sie sich von diesem Verluste nicht erholen, und auf dem transatlantischen Gebiete keinen Ersatz dafür finden, weil dort die westlichen Küstenländer Europa's entschieden im Vortheil waren, einmal schon durch ihre natürliche Lage, und dann durch die Kolonien, welche von da aus gegründet und bald von großer Wichtigkeit wurden.

So kamen im Handel zunächst Spanien und Portugal, dann Holland, dann England und Frankreich empor. Hätte man sich mit diesen Ländern auf gleichem Niveau behaupten wollen, so hätte man an den überseeischen Entdeckungen und Kolonisationen Antheil nehmen müssen, aber eben dies vermochte die Hansa nicht, und zwar neben vielen anderen Gründen insbesondere auch deshalb nicht, weil ihr der nöthige Rückhalt an der Reichsgewalt fehlte, welche die Hanseaten nicht unterstützte. Ja, Kaiser Karl V. erwies sich ihnen vielmehr feindlich, um die Niederländer zu begünstigen. Wie es nun auch geschehen mochte, genug, die Hansa blieb der neuen Richtung gänzlich fremd, und so gingen für Deutschland alle die so überaus wichtigen Anregungen und Erwerbsquellen verloren, welche sich in dem Verkehr mit der neuen Welt und dem Aufschwung der Schifffahrt für die westlichen Nationen Europa's darboten. Vielmehr nahm die deutsche Schifffahrt immer mehr ab, und gleichzeitig auch der innere Handel und die Industrie. Die oberdeutschen Städte, selbst das einst so mächtige Nürnberg und Augsburg, sanken nicht minder, als die Seestädte.

Dann endlich, um den Ruin zu vollenden, kam der dreißigjährige Krieg, dem alle Zweige des Handels wie der Industrie gleichmäßig erlagen. Aller bürgerliche Wohlstand, aller angesammelte

Reichthum wurde vernichtet, und damit selbst für die kommenden Geschlechter jeder kommerzielle und industrielle Aufschwung auf lange hin unmöglich gemacht, weil es keine Kapitalien gab. Auch von Unternehmungsgeist konnte bei einer so verarmten, niedergedrückten, und durch die furchtbaren Leiden und Schrecken dieser Zeit wie betäubten Bevölkerung kaum die Rede sein. Es gehörte die äußerste Anspannung aller Kräfte dazu, um sich nur einigermaßen aus Schutt und Trümmern herauszuarbeiten, und den verödeten Landschaften wieder ein menschliches Ansehen zu geben, ein Mehreres durfte man nicht erwarten.

Welche andere Nation hat einen solchen Krieg erlebt, in welchem über zwei Dritttheile der ganzen Bevölkerung umkamen, keine einzige Stadt verschont blieb, die Dörfer zu hunderten spurlos vom Boden verschwanden, weite Landstrecken zur Wüste wurden! Und wie mußten wir dadurch in Rückstand kommen, wenn es doch eben das Jahrhundert des dreißigjährigen Krieges war, in welchem Schifffahrt, Handel und Gewerbe in Frankreich, Holland und England ihren glänzendsten Aufschwung nahmen! Ja, wie weit sind wir dadurch zurückgekommen, selbst im Vergleich zu unserem eigenen früheren Zustand im vierzehnten und fünfzehnten Jahrhundert, wo Handel und Industrie in Deutschland blühten, und das Städtewesen eine so wichtige Rolle spielte, auf dem politischen Gebiete nicht minder als auf dem ökonomischen! Jetzt bedeuteten die Städte nichts mehr, nachdem alle bewegliche Habe vernichtet, und alle Quellen des bürgerlichen Erwerbs versiegt und verstopft waren! Nur die unzerstörbare Bodenfläche war geblieben, und darauf ein dürftiger Landbau, als das Einzige, womit man kümmerlich das Leben fristete. Denn verarmt war der Landmann nicht minder, als der Bürger, und konnte sich ebenfalls nicht wieder erholen, weil die belebende Wechselwirkung zwischen Ackerbau und Industrie nun gänzlich fehlte.

Ueberall bleibt nach dem Zeugniß der Geschichte ein bloßes Agrikulturvolk auf einer niederen Stufe der Entwicklung. Handel und Gewerbe sind die unerläßlichen Hebel des Fortschritts, und wie

man weiß, sind sie auch einer der vornehmsten Hebel gewesen, wodurch sich das neuere Europa aus den Banden des Feudalismus herausarbeitete. Von wie nachtheiligen Folgen mußte es also sein, wenn grade in Deutschland dieser Hebel zerbrach, zu derselben Zeit, als man in Frankreich und England die größten Fortschritte in der Bewältigung des Feudalismus machte, und eben damit die Grundlagen der modernen Gesellschaft gewonnen wurden, statt dessen Deutschland in mancher Hinsicht noch tiefer in den Feudalismus zurückfiel!

Um die ganze Wichtigkeit dieser Verhältnisse zu ermessen, muß man sich die eigenthümliche Verfassung des Reiches vergegenwärtigen, dessen Zusammenhang, wie schon gesagt, nicht auf dem Organismus einer Zentralgewalt beruhte, sondern auf den freien Trieben der Glieder selbst, und auf den freien Verbindungen, welche das Ganze durchzogen, und wie lebendige Klammern das Auseinanderfallen der autonomen Gebiete verhinderten. Wie folgereich also war auch in dieser Hinsicht der Zug des Handels gewesen, der ehemals durch ganz Deutschland hindurchging, und womit die Städtevereine zusammenhingen, die nirgend anderswo eine solche Macht und Ausdehnung gewonnen hatten, aber auch nirgends so nothwendig gewesen waren, als grade in Deutschland! Jetzt waren die Handelsverbindungen gelähmt, verkümmert, und mit ihnen die städtischen Vereine, indem nur wenige Hansestädte mehr den Namen als die Sache konservirten, und selbst die freien Reichsstädte, trotz Sitz und Stimme auf dem Reichstag, allen Einfluß auf das Ganze verloren hatten. Da konnte der territoriale Absonderungstrieb, der so wesentlich den Feudalismus charakterisirt, sich um so ungehinderter entfalten. Jede Grundherrlichkeit wollte sich zur Landesherrlichkeit erheben, jede Landesherrlichkeit zur souveränen Gewalt, welche dann auch durch den westphälischen Frieden fast vollständig erreicht, und seitdem auch von jedem Reichsstande praktisch geübt wurde, soweit es nur seine Kräfte gestatten mochten. Und nun war es eben die Verkümmerung von Handel und Gewerbe, welche dem verkümmerten politischen Zustande Deutschlands selbst zur Stütze diente, und es allein möglich machte, daß derselbe so

lange fortbestehen konnte. Erschien doch unter solchen Umständen die territoriale Zersplitterung und die Kleinstaaterei als die ganz natürliche Ordnung, nachdem das Sicheinspinnen und Verhausen in den kleinlichsten Verhältnissen der allgemeine Charakter des deutschen Lebens geworden war.

Ein schwungloser Ackerbau, lediglich nach unveränderlichem Herkommen betrieben, kannte keine Bedürfnisse, die nicht auch in den kleinsten Territorien zu befriedigen gewesen wären. Der Handel war auf Krämerei reduzirt, die Industrie auf die unentbehrlichen Handwerke, und Beide empfanden kaum den Trieb nach einem ausgedehnteren Wirkungskreise, so lange nur der lokale Erwerb, wie dürftig er immer sein mochte, gesichert erschien. Ja, die Spießbürgerlichkeit fühlte sich oft wohl ganz behaglich darin, durch die gnädige Fürsorge der hohen Landesherrschaft sich gegen die gefährliche Konkurrenz des benachbarten Duodezstaates geschützt zu sehen. Das war denn auch die Zeit der allgemeinen Verknöcherung der Zünfte und Gilden, von deren ehemaliger reichen und kräftigen Entwicklung nur giftiger Brodneid und absurde Pedanterie übrig blieben.

Bedarf es nach dem Allen noch eines deutlicheren Beweises der politischen Folgen dieser ökonomischen Verkümmerung, so haben wir den schlagendsten Beweis in den Erfahrungen unserer Zeit, nämlich ein argumentum e contrario, einen Beweis aus dem Gegentheil, so gewiß als doch eben der kommerzielle und industrielle Aufschwung, in welchem wir uns seit einem Menschenalter befinden, einer der mächtigsten Hebel der deutschen Bewegung geworden ist, welche die politische Verkümmerung und insbesondere auch die territoriale Zersplitterung zu bewältigen strebt, wie bereits gesagt worden. Das Gegentheil also bewirkt das Gegentheil: der Verfall des Handels hat uns in die Bande des Feudalismus zurückgeworfen, der Aufschwung des Handels wird uns daraus befreien.

Diese Hoffnung ist um so zuverlässiger, als grade diejenigen Ursachen, welche vordem den Verfall des deutschen Handels herbeiführten, allgemach verschwinden, und im ganzen Welthandel Verän=

derungen bevorstehen und bereits beginnen, welche grade den deutschen Handel am meisten befördern müssen

Eisenbahnen durchziehen den Kontinent, die abgelegendsten Landschaften erschließend, und indem sie das Hinterland in eine viel leichtere Verbindung mit der Küste bringen, als früher möglich war, und dadurch auch dem Binnengebiet eine sehr große Theilnahme am überseeischen Handel gewähren, vermindern sie die relative Wichtigkeit der Küste. Wenn also Deutschland im Verhältniß zu seiner Größe nur eine geringe Küstenentwicklung hat, so wird dieser Umstand in Zukunft nicht mehr so nachtheilig sein, als es in den vergangenen Jahrhunderten der Fall war. Dazu kommt der Kanal von Suez, welcher den ehemaligen Zug des indischen Handels zum großen Theil wiederherstellen, und dadurch den Häfen der adriatischen und ligurischen Küste ein neues Leben geben wird, was nicht ohne Rückwirkung auf das obere Deutschland bleiben kann, während gleichzeitig auch die nunmehr freie Donau einen beträchtlichen Theil des orientalischen Handels an sich ziehen muß. Endlich steht der Nordostseekanal in Aussicht, welcher für Deutschland noch viel größere Wirkungen haben wird, als der Suezkanal, und eine maritime Entwicklung ermöglicht, wie man sie selbst in den blühendsten Zeiten der Hansa nicht zu ahnen vermocht hätte. Denn erst durch diesen Kanal gewinnt die deutsche Küste den bisher fehlenden Zusammenhang, und die Ostsee hört dann auf ein Binnenmeer zu sein, — ein Ereigniß von um so größerer Bedeutung für uns, als nicht nur der bei Weitem größte Theil unserer eigenen Küstenländer zum Ostseebecken gehört, sondern außerdem der ganze Nordosten Europa's, dessen Handel dann zum großen Theil durch den deutschen Kanal und durch deutsche Hände gehen wird. Das ist mehr, als einst Nowogrod und Wiborg für uns waren! Ist nun der Ostseehandel schon ehemals die vornehmste Basis der Hansa gewesen, wie wird sich erst die zukünftige Hansa erheben, wenn die Ostsee mit der Nordsee zusammenfließt, und der Verkehr mit dem baltischen Hinterlande sich unermeßlich erweitert

durch die Eisenbahnen und Wasserstraßen im östlichen Europa, welche letzteren schon jetzt bis zum kaspischen Meere reichen!

So stimmt denn Alles zusammen, daß wir nach aller menschlichen Voraussicht einem großen kommerziellen Aufschwung entgegengehen. Die Industrie wird nicht dahinter zurückbleiben, dafür bürgt der deutsche Erfindungsgeist und der deutsche Fleiß. Und wie könnte der Ackerbau unberührt davon bleiben, den wir schon jetzt so tief mit der Industrie verflochten sehen? Aber Alles dies untergräbt die letzten Wurzeln des Feudalismus, und rüttelt und schüttelt den alten knorrigen Baum, daß er fallen wird, noch ehe dieses Jahrhundert zur Neige geht.

## 6.

Um dieselbe Zeit, als der veränderte Gang des Welthandels so nachtheilige Folgen für Deutschland zu äußern begann, brach bei uns die Reformation aus, welche durch Aktion und Reaktion bald ganz Europa in Bewegung setzte, und darum den Anfang der neueren Geschichte bezeichnet. Ueberall hat sie tiefe Wirkungen hinterlassen, selbst wo sie unterdrückt wurde, die tiefsten aber wie zugleich die augenfälligsten in Deutschland, ihrer eigentlichen Geburtsstätte, wo auch ihr Verlauf ein ganz anderer war, als in anderen Ländern.

In Italien und Spanien wurde sie ganz unterdrückt, in Frankreich jedenfalls bewältigt, in Skandinavien gelangte sie zur ausschließlichen Herrschaft, in England und Holland wenigstens zum vollen Siege, ohngefähr wie in Frankreich der Katholizismus, in Deutschland hingegen gelang sie nur halb, halb wurde sie unterdrückt, der Sieg blieb unentschieden. Halbheit in allen Dingen ist seitdem der Fluch, welcher auf Deutschland lastet, so daß alle Höhe und Tiefe im öffentlichen Leben verschwunden und Mittelmäßigkeit zum Grundsatz geworden, während das Volle, das Ganze und Schwunghafte nur der idealen Welt und dem Reiche der Träume anzugehören scheint.

Was bedarf es noch der Worte darüber, wie sehr dieses Ereigniß den Zerfall des deutschen Reichskörpers befördert hat, da eben diese halb gelungene und halb mißlungene Reformation nichts Anderes als der ausgesprochene Riß selbst ist. Wir haben hier nur ihre politischen und nationalen Folgen zu betrachten, und es giebt noch andere und höhere Standpunkte der Betrachtung, unter diesem Gesichtspunkte aber müssen wir die Reformation für das unglücklichste Ereigniß ansehen, welches Deutschland jemals betroffen, und Wunden geschlagen hat, woran wir noch heute laboriren. Denn was auch bei uns auftaucht, — es währt nicht lange, so heftet sich der konfessionelle Zwiespalt daran, und glücklich dann, wenn nur das Halbe gelingt! Wie oft will gar nichts gelingen!

Ganz anders wäre es wohl gekommen, wenn sich die Reformation als eine Reichsangelegenheit entwickelt hätte, denn dann wäre sie auch in irgend einer Form gelungen, und wahrscheinlich selbst das kirchliche Schisma vermieden, welches ja die Reformatoren ursprünglich durchaus zu vermeiden wünschten. Aber so geschah es eben nicht, sondern schon von vorn herein wurden halbe Maßregeln ergriffen, indem der Reichstag die Frage zwar aufnahm, aber wenig entschied und noch weniger durchsetzte, sei es nun, daß der Reichsverband damals schon zu schwach, oder daß die Interessen des Kaisers und die Ansichten seiner spanischen Räthe die Ursachen davon waren, — genug, unser Verhängniß wollte es so, daß von Reichswegen nichts Durchgreifendes geschah, obgleich doch die Kirchenfrage, wegen der innigen Verflechtung der Reichsverfassung mit der Kirchenverfassung, so wesentlich als eine Reichsangelegenheit angesehen werden mußte. Statt dessen wurde sie je mehr und mehr zur bloßen Territorialangelegenheit, was endlich zu dem berüchtigten Reformationsrecht führte, nach der bekannten Formel: cujus regio illius religio, d. h. es kam auf den Landesherrn an, ob der alte oder der neue Glaube herrschen sollte.

Gewiß die äußerste Steigerung des feudalen Prinzips, indem jetzt sogar eine religiöse Schollenpflichtigkeit entstand, und zu der

Leibeigenschaft eine Geisteigenschaft hinzukam! Wie mußte die landesherrliche Gewalt steigen durch dieses exorbitante Recht! In den protestantischen Gebieten fiel noch außerdem die ganze Kirchengewalt dem Landesherrn zu, gleichviel unter welchem Rechtstitel, worüber man noch heute streitet*), und die eingezogenen Kirchengüter vermehrten Macht und Einkünfte. In den katholischen Territorien geschah zwar weder das Eine, noch das Andere, aber die landesherrliche Gewalt wuchs um deswillen nicht minder, denn überall sah sich die Kirche auf den guten Willen des Landesherrn angewiesen, der ja das Reformationsrecht hatte, welches wie ein Schwert über dem Haupte der Hierarchie hing, das jeden Augenblick herunterfallen konnte. Die Hierarchie wäre ohne den Beistand der weltlichen Gewalt verloren gewesen, und in Frankreich wie in Spanien mußte sie der Krone dienen. So diente sie dort mittelbar auch der Nation, in Deutschland hingegen diente sie den Territorialherrschaften, d. h. sie beförderte die nationale Zersplitterung. Ja selbst der landsässige Adel gewann an Macht, denn wenn er auch nicht das Reformationsrecht besaß, so kam auf die Stimmung des Grundherrn doch in jedem Orte gar Manches an, und für seine guten Dienste mußte man seine Interessen befördern. Die Lage der bäuerlichen Hintersassen konnte sich unter diesen Umständen nicht verbessern, sondern mußte sich vielfältig verschlimmern, indem die Kirche, welche im Mittelalter so viel dazu beigetragen hatte, den auf den unteren Klassen lastenden Druck zu mildern, jetzt vielmehr dazu beitrug, daß sich der Druck vermehrte. Der Bauernkrieg war ein momentaner Schreck, und hinterher erschien die Dienstpflichtigkeit und Leibeigenschaft neu befestigt, und wurde mit dem göttlichen Rechte amalgamirt, dessen Theorie nunmehr auf die Bahn kam und alsbald zur Herrschaft

---

*) Wir meinen, es gab dazu keinen anderen Rechtstitel als das Nothrecht, welches folgerichtig auch nur so lange gilt, als die Noth währt, die doch längst vorüber ist, so daß die landesherrliche Kirchengewalt heut zu Tage jeder inneren Berechtigung entbehrt.

gelangte, während die von den Jesuiten versuchte Theorie der Volkssouveränität vollständig erlag.

Es ist unleugbar, daß dies Alles in Folge der Reformation geschah, aber es geschah in den katholischen wie in den protestantischen Territorien, und wenn auch unter verschiedenen Modifikationen, — die Wirkung war dieselbe. Das feudale Prinzip trieb neue Wurzeln, die landesherrliche Gewalt wuchs, und mit ihr der Verfall des Reiches, dem nun außerdem die Glaubensgemeinschaft fehlte, die nirgends nöthiger gewesen wäre als im Reiche, wenn dasselbe fortbestehen sollte. Die Reformation hat ihm eine Wunde geschlagen, die nie wieder heilen konnte, denn mit der Gemeinschaft des Glaubens verschwand auch das gemeinsame Denken und Streben in allen öffentlichen Angelegenheiten, indem die Interessen des Reiches weit in den Hintergrund traten gegen die Interessen der kirchlichen Parteien. Katholische und evangelische Stände bildeten ihre besondere Körperschaft, und jeder erschien nichts wichtiger, als der anderen Abbruch zu thun. Wie konnte das Reich unter solchen Umständen fortbestehen? Es muß vielmehr Wunder nehmen, daß es nach dem dreißigjährigen Kriege, in welchem die Feindschaft endlich zum vollen Ausbruch kam, noch so lange fortbestand, wenn gleich nur als eine wesenlose Form.

Dahin führte die eigenthümliche Wendung, welche die Reformation in Deutschland nahm, nämlich daß sie nur halb gelang und halb mißlang, und dadurch den Reichsverband zerrüttete, die Nationalentwicklung störte, und alle Kräfte dergestalt absorbirte oder lähmte, daß wir im Vergleich zu anderen Nationen durchaus in Rückstand geriethen, und das alte Feudalwesen, welches anderer Orten mehr und mehr verschwand, nicht zu bewältigen vermochten, das sich vielmehr neu befestigte, und in dem Territorialsystem vollständig verknöcherte. Jetzt wollen wir sehen, wie der kirchliche Zwiespalt doch allmälig seine frühere Bedeutung wieder verloren hat, und immer mehr verliert, so daß die territoriale Zersplitterung bald keinen Anhalt mehr daran finden wird.

7.

In dem großen Brande des dreißigjährigen Krieges, welchen die konfessionelle Zwietracht angefacht, hatte sich der religiöse Fanatismus allmälig selbst aufgezehrt, und die politischen Motive, welche schon von Anfang an beigemischt waren, gewannen mehr und mehr die Oberhand und führten dann endlich zum Friedensschluß, in welchem doch wenigstens das äußere Nebeneinanderbestehen der Konfessionen im Reiche garantirt wurde. Bald darauf kamen die Kriege mit Ludwig XIV., und dann die neue Türkengefahr, um allen Reichsständen die Nothwendigkeit des Zusammenhaltens zu Gemüthe zu führen. Waffenbrüderschaft vereinigte seitdem Katholiken und Protestanten und beförderte die Verträglichkeit, wenngleich die alte Rankūne noch lange nicht erloschen war, wie man insbesondere in der berüchtigten Klausel des Ryswicker Friedens sah. Selbst offene Verfolgungssucht trat noch einigemale hervor, wie in den Bedrückungen der Protestanten in Schlesien, in der Pfalz und in Salzburg, aber die Grundlagen des Friedens blieben doch anerkannt, und was dagegen geschah, wurde als Ungebühr empfunden.

Die Hauptsache war nun der allmälige Umschwung der Denkweise, der sich durch die Aufklärung des achtzehnten Jahrhunderts vollzog, und am Ende dieser Periode in den großen Dichterwerken einen so glänzenden Ausdruck erhielt, daß das konfessionelle Gezänk beschämt davor verstummen mußte. Wissenschaft, Kunst und Literatur, obwohl ganz überwiegend von protestantischer Seite ausgehend, wurde doch ein Gemeingut der Nation, ein Verbindungsmittel für die getrennten Parteien, und diese geistige Gemeinschaft ist seitdem als eine der wichtigsten Grundlagen anzusehen, worauf die zukünftige Wiederherstellung Deutschlands beruhen wird.

Man hat den großen Repräsentanten unserer klassischen Literatur hinterher den Vorwurf gemacht, daß sie kein lebendiges Verhältniß zur christlichen Religion hatten, worüber unsere Zionswächter mit Klagen und Jammer kein Ende finden, und allerdings, die Thatsache selbst ist unbestreitbar. Und wenn es nicht minder un-

bestreitbar ist, daß eben das Christenthum die wichtigste Grundlage des europäischen Völkerlebens und insbesondere auch der deutschen Volksentwicklung bildet, so trifft jener Vorwurf allerdings einen wesentlichen Punkt, wie wir auch selbst schon an einer früheren Stelle den abstrakten Idealismus unserer Klassiker als einen Mangel bezeichneten. Allein dieser Gang der Entwicklung war damals ganz natürlich, ja nothwendig, um aus der geistigen Verkommenheit, aus der Geschmacklosigkeit und Barbarei herauszukommen, in welche wir durch die theologische Orthodoxie und Controverse gerathen waren. Man mußte einen anderen Gedankeninhalt gewinnen, und einen Standpunkt einnehmen, welcher dem konfessionellen Streit entrückt war. Erschien nun die Religion überall im konfessionellen Gewande, und war der Konfessionalismus selbst zum Wesen der Religion geworden, so blieb nichts übrig, als davon zu abstrahiren. Darum geschah es denn, daß die begabtesten Geister sich widerwillig von der Kirche abwandten, und da andererseits auch die politischen Zustände Deutschlands keinen Trost gewährten, so machte sich die abstrakt-ideale Richtung ganz von selbst. Es war damals der einzige Weg, wodurch wir zu großen Literaturwerken und überhaupt zu einer neuen deutschen Kultur gelangen konnten, weil es keinen anderen geistigen Inhalt gab, der die Nation erheben, und für alle Theile gemeinsam gelten konnte, was doch ganz unerläßlich war.

Müssen wir demnach den in Rede stehenden Mangel unserer klassischen Literatur anerkennen, so müssen wir es doch für eine falsche Richtung erklären, wenn man, um jenem Mangel abzuhelfen, wiederum an konfessionelle und überhaupt dogmatische Vorstellungen anzuknüpfen, und der Literatur und Wissenschaft eine kirchliche Färbung zu geben versucht. Zu erheblichen Resultaten ist man damit noch heute nicht gekommen, aber allerdings, zur Verstimmung, zur Verbitterung und Verwirrung kann es ein Merkliches beitragen. Dahin gehört denn das so häufige Gerede von katholischer Kunst und protestantischer Kunst, oder gar von katholischer Wissenschaft und protestantischer Wissenschaft. Wir wollen aber keine konfessionelle

Kunst, sondern eine deutsche Kunst, und am allerwenigsten soll die Wissenschaft sich um konfessionelle Vorurtheile kümmern, sondern schlechtweg nach Wahrheit streben, welche durch die theologische Kontroverse kaum jemals gefördert wird, indem man dabei fast immer nur pro domo kämpft, und nicht die Ueberwindung, sondern vielmehr die Befestigung der alten Vorurtheile die eigentliche Aufgabe wird, was in Deutschland nichts Geringeres bedeutet, als zugleich die nationale Zerrissenheit zu befestigen. Die Religion geht uns durch Beseitigung der konfessionellen Eingenommenheit und Beschränktheit nicht verloren, im Gegentheil, die christlichen Grundlagen treten dann um so deutlicher hervor aus der Tiefe des Gemüthes, so gewiß, als das eigentliche Ziel des Christenthums doch nichts Anderes ist, als das in der menschlichen Natur verhüllte göttliche Ebenbild offenbar zu machen. Nichtig ist darum auch das Gerede von den gefährlichen Wirkungen der Wissenschaft, denn je tiefer die Wissenschaft in ihre Probleme eindringt, um so gewisser muß sie den denkenden Geist zu diesem Geheimniß zurückführen.

Hatte die klassische Literatur der deutschen Nation ein ideales Band der Gemeinschaft gegeben, so folgten die Freiheitskriege, in welchen das wiedererwachende Nationalgefühl zum erstenmal in realer Gestalt hervortrat, zugleich von einem Hauch religiöser Begeisterung gehoben. Und diese Religiosität war nicht mehr konfessionell und doch so tief empfunden. Nicht zwar aus dem klassischen Literaturprozeß entsprungen, aber doch nicht unberührt davon, sondern gewissermaßen durch denselben hindurch gegangen, hatte sich das religiöse Gefühl gereinigt und geläutert, und somit war der thatsächliche Beweis geliefert, daß das Wesen der Religion nicht im Konfessionalismus besteht, und daß es noch eine andere religiöse Gemeinschaft giebt, als die dogmatisch formulirte. Gewiß die allerschönste Blüthe dieser Zeit! Wenn sie dann auch hinterher geknickt worden und nicht zur Entfaltung gelangen konnte, geschweige denn, daß die Frucht gereift wäre, so ist doch ein lebendiger Impuls davon zurückgeblieben, stark genug, um es unmöglich zu machen, daß sich die heutige Religiosität wieder

in die Dogmatik des sechszehnten Jahrhunderts zurückschrauben ließe. Die Zeit der Augustana wie des Tridentinums ist trotz aller Reaktionsversuche vorüber.

Aber mag man darüber denken, wie man will, wir halten uns an das thatsächlich Vorliegende. Und da sind nun die schon in Folge des Lüneviller Friedens eingetretenen und dann durch den Wiener Kongreß noch hinzugekommenen Territorialveränderungen auch in kirchlicher Hinsicht von größter Bedeutung, weil es seitdem unter allen größeren Staaten Deutschlands keinen einzigen mehr giebt, der nicht eine mehr oder weniger gemischte Bevölkerung enthielte, und überall garantirt die Bundesakte für Katholiken und Protestanten dasselbe Staatsbürgerrecht. Eine überaus wichtige Bestimmung, und ein großer Fortschritt im Vergleich zu den Bestimmungen des westphälischen Friedens, welcher die konfessionelle Gleichberechtigung im heutigen Sinne durchaus nicht kannte, sondern die Konfessionen auf ihre respektiven Gebiete verwies und ihre gegenseitige Berechtigung nach dem Normaljahre von 1621 feststellte. Dies konnte also keinesweges die Vermischung der Konfessionen befördern, sondern man wollte damit unveränderliche Grenzen ziehen, die freilich jeden Theil in seinen erworbenen Rechten schützten, aber auch die Absonderung und gegenseitige Entfremdung unterhielten und womöglich verewigt hätten.

Wie ganz anders steht es heute, sowohl rechtlich als thatsächlich, zumal die zentralisirenden und nivellirenden Tendenzen, welche in letzter Zeit fast in allen deutschen Ländern aufkamen, die Vermischung der verschiedenen Volkselemente gar sehr beförderten und selbst zur Maxime machten. Ueberall hatte man neue Gebiete erworben, und nach den modernen Staatsideen sollten nun die neuen und alten Bestandtheile zu einem gleichartigen Ganzen verschmolzen werden. Aber die neuen Gebiete waren allermeist von anderer Konfession als die alten, indem namentlich Preußen, Hannover, Hessen, Baden und Württemberg katholische Gebiete erwarben, Baiern hingegen protestantische. Es war wie eine providentielle Fügung, und wenn nun insbesondere durch das Militairwesen und das Beamtenthum

die alten und neuen Elemente gewissermaßen durcheinander gerührt wurden, so hat man damit, wenn auch ohne Absicht, einem höheren Zwecke gedient. Aber selbst ohne derartige gouvernementale Einwirkungen muß schon der Umschwung aller volkswirthschaftlichen Verhältnisse, die Gewerbefreiheit und die Theilbarkeit der Grundstücke, überhaupt die große Beweglichkeit des modernen Lebens, im innigen Zusammenhang mit den neuen Kommunikationsmitteln überall die Vermischung befördern Auch hat Alles dies zusammengenommen schon heute sehr merkliche Veränderungen hervorgerufen, so daß es wohl in ganz Deutschland kaum noch eine Stadt von einiger Bedeutung geben wird, wo nicht schon beide Kirchen repräsentirt wären. In dieser Richtung geht es weiter und muß immer schneller gehen, da sich die Bewegungskräfte noch fortwährend vermehren und durch die Eisenbahnen allmälig auch die abgelegensten Gegenden erschlossen werden. Die Vermischung wird endlich allgemein werden, und wenn dann beide Konfessionen überall durcheinander wohnen, so wird es in Zukunft kein katholisches und protestantisches Deutschland mehr geben.

Von dem westphälischen Frieden an bis zur Auflösung des Reiches hatte jedes deutsche Land einen ausgesprochenen konfessionellen Charakter, und gehörte danach zum corpus catholicorum oder evangelicorum. Da die westphälische Friedensakte eine europäische Geltung besaß, so hatte dieser konfessionelle Charakter zugleich eine völkerrechtliche Anerkennung. Andererseits hatten die Landesherren sich wegen der kirchlichen Verhältnisse mit ihren Landständen zu benehmen gehabt und darüber Zusicherungen geben müssen, welche die Landstände zu ihren Privilegien rechneten. Also landrechtlich, reichsrechtlich und völkerrechtlich zugleich war dieser konfessionelle Charakter der deutschen Territorien, und so in alle öffentlichen Einrichtungen eingedrungen, um des Privatlebens nicht zu gedenken. Heute steht dies Alles anders. In den Konstitutionen der Einzelstaaten ist der konfessionelle Charakter verschwunden, im Bundesrecht hat er keine Bedeutung, im Völkerrechte hat er den positiven Anhalt

verloren, seitdem der westphälische Frieden durch den Wiener Kongreß antiquirt ist, und dann die heilige Allianz ausdrücklich die Vereinigung aller Konfessionen proklamirte. Im rechtlichen Sinne also giebt es in Deutschland keinen katholischen und protestantischen Staat mehr, sondern was davon noch besteht, ist ein blos faktisches Verhältniß. Wie soll man nun darüber urtheilen?

Wer sich an die Vergangenheit anklammert, und nach rückwärts strebt, wird auch den konfessionellen Charakter der deutschen Staaten festhalten wollen, wie namentlich die Reaktionspartei in Preußen, welche den preußischen Staat durchaus evangelisch haben will. Aber wo ist denn heute das corpus evangelicorum? Dieser Standpunkt führt auf die Zeiten von Kurbrandenburg zurück, welches auch nicht mehr existirt, und wir möchten das Kunststück sehen, wie man sich darüber mit dem heutigen Recht auseinander setzen will. Es müßte eben Alles wieder verändert und ein paar Menschenalter zurückgegangen werden. Ganz von demselben Geiste eingegeben, und von demselben Werth, ist dann auch die Forderung einer konfessionellen Wissenschaft und Kunst. Das Eine würde das Andere ergänzen und dadurch erst das große Werk der Reaktion zur Vollendung gelangen. Wir wollen aber keinen konfessionellen Staat, sondern, wenn doch einmal der Konfessionen gedacht werden muß, so wollen wir den paritätischen Staat, wie er dem Rechte nach schon besteht, nur freilich in der Praxis noch nicht hinlänglich durchgeführt ist.

Wird die Parität immer mehr zur Wahrheit, während gleichzeitig eine örtliche Vermischung der Konfessionen stattfindet, so kann dies nicht ohne Einfluß auf die beiderseitige Denkweise bleiben. Das blos negative Verhältniß der Toleranz, daß der Eine den Anderen nicht stört oder verletzt, wird sich allmälig in eine positive Wechselwirkung verwandeln, daß man sich gegenseitig zu ergänzen sucht.

Schon jetzt fehlt es nicht an denkenden Katholiken, welche in dem Protestantismus ein ihnen selbst unentbehrliches Element erkennen. Nämlich als Garantie der Geistesfreiheit, welche durch die übermächtige Autorität des Katholizismus unterdrückt wird; wie denn

auch die Erfahrung der letzten Jahrhunderte lehrt, daß alle diejenigen Länder, welche kein protestantisches Element enthielten, wie namentlich Italien, Spanien und Portugal, geistig verkümmerten. Dahingegen sind die rein protestantischen Länder einem nüchternen, trockenen Wesen verfallen, in welchem die Phantasie erlahmt und die Herzen erkalten, auch die höhere Wissenschaft nicht recht gedeihen will, woraus man also ersehen kann, wie andererseits auch der Protestantismus des katholischen Elementes bedarf. Er wird außerdem eine Stütze daran finden für die Reform seiner Kirchenverfassung, woran sich die wichtigsten Folgen anschließen.

Sollen die deutschen Staaten paritätisch sein und werden, so wird doch auf die Dauer der Widerspruch allzu grell, daß die Staatsgewalt zugleich die evangelische Kirchengewalt inne hat, und also zur evangelischen Kirche in einem ganz anderen Verhältniß steht, als zur katholischen, und je näher die Konfessionen aneinander rücken, um so mehr muß dieser Widerspruch zum Bewußtsein kommen. Blickt man dann auf die Unabhängigkeit der katholischen Kirche, so muß die Abhängigkeit der protestantischen Kirche gradezu unwürdig und schimpflich erscheinen, und die Parität erfordert, daß diese Abhängigkeit aufhöre. Ganz zu derselben Forderung gelangt man unter dem Gesichtspunkt der politischen Freiheit, für welche die Kirchengewalt des Staates überaus gefährlich ist, und die daraus entspringenden Nachtheile hat die katholische Bevölkerung mit zu tragen. Wie sollte sie nicht auch ihrerseits auf eine Veränderung dringen, und die dahin gerichteten Bestrebungen der Protestanten unterstützen.

Diese Angelegenheit wird man jetzt in Deutschland ganz ernstlich in Angriff nehmen müssen, wozu sich auch überall schon die Vorbereitungen zeigen. Und kommt man damit zum Ziele, so wird dies von großer Rückwirkung auf die deutsche Frage sein. Liegt es doch auf der Hand, wie sehr die protestantische Kirchenverfassung die deutsche Zersplitterung befördert hat und aufrecht erhält, indem die territoriale Abgeschlossenheit durch das System der sogenannten Landeskirchen, bis auf Lippe und Reuß herab, gewissermaßen sanktionirt wird.

Ist die kirchliche Organisation nur erst von der landesherrlichen Gewalt emanzipirt, so wird sie auch bald die territorialen Grenzen überschreiten, und die Idee der Landeskirche als einen barbarischen und fast heidnischen Standpunkt verlassen. Dann erst wird der Protestantismus in ein klares Verhältniß zum Katholizismus treten, welches sich, wie wir meinen, für beide Theile sehr heilsam erweisen muß.

Diese Ueberzeugung lebt bereits in Vielen. Sie wird sich ausbreiten, dafür spricht der allgemeine Gang der Entwicklung, und fängt sie erst an in die Massen zu dringen, so hat die deutsche Einheit einen Riesenschritt vorwärts gethan. Denn nicht darauf kommt es an, daß der Gegensatz zwischen Katholizismus nnd Protestantismus erlösche, oder daß beide Elemente mit einander amalgamirt werden und darin ihren Charakter verlieren, sondern darauf allein kommt es an, daß diese Gegensätze sich nicht mehr gegenseitig ausschließen, vielmehr als sich gegenseitig ergänzende Elemente erkannt und behandelt werden, ähnlich wie die magnetischen Pole oder die beiden Geschlechter *).

Dahin müssen wir streben, damit der Fluch von Deutschland verschwinde, welcher seit der Kirchenspaltung auf uns lastet. Denn erst, wenn wir auf diesen Standpunkt gelangt, wird der kirchliche Gegensatz kein Hinderniß der nationalen Vereinigung mehr sein, sondern vielmehr belebend wirken und den inneren Reichthum der Entwicklung befördern. Und dann erst werden wir die Früchte erndten, die wir durch dreihundertjährige Leiden mit so viel Blut und Schweiß verdienen mußten.

*) Vgl. Kritik aller Parteien, Einleitung und Kap. VI. §. 17 — 19.

# V.

# Die nächste Aufgabe.

1. Worauf es ankommt. 2. Die beiden Großmächte. 3. Das westliche Deutschland. 4. Seine politische Wiedergeburt. 5. Zusammenwirken aller Bundesstaaten.

---

Alles deutet in Deutschland auf umfassende und tiefgreifende Veränderungen. Das praktische Bedürfniß fordert sie, die innere Bewegung der Dinge drängt dahin, der allgemeine Zug der europäischen Entwicklung begünstigt sie, das öffentliche Bewußtsein ist davon ergriffen, Hoffnungen und Pläne der Zukunft erfüllen die Geister, der Umschwung ist unaufhaltsam. Dies ist das Resultat der vorstehen- Betrachtungen. Jetzt beginnen wir einen neuen Gedankengang, indem wir nach den Mitteln und Wegen fragen, die zu dem Ziele führen möchten, wohin die Sehnsucht der Zeit gerichtet ist.

## 1.

Vorwärts, sagten wir bereits, geht es unwiderruflich, und das einzig vernünftige Verhalten zu der gegenwärtigen Bewegung ist, sie zu leiten, so weit unsere Kräfte reichen, nach bestem Wissen und Gewissen. Möglich, daß die gewaltige Macht der Verhältnisse, aller unserer Anstrengungen spottend, zu einem allgemeinen Umsturz führt, möglich, daß nach den unerforschlichen Rathschlägen der Vorsehung ein ganz anderes Ziel bestimmt ist, als wir uns denken, aber wir können nicht anders, als nach unsrer Ueberzeugung handeln. Fragen wir also, was wir verständigerweise thun sollen, so sehen wir uns auf die gegebenen Elemente angewiesen, und folglich auf die bestehenden Gewalten und auf das bestehende Recht, und müssen alle Pläne ablehnen, die auf irgend einem reinen Gedankenschema be-

ruhen. Wäre es auch scharfsinnig erdacht, und die Verwirklichung mit dem redlichsten Willen erstrebt, — es führt unvermeidlich zum Umsturz. Und sofort verschwindet dann die Freiheit der Entschließung in dem Drang der Umstände und der Gewalt der Leidenschaften, denn die in der menschlichen Natur verborgene Bestie ist entfesselt. Sie will sich austoben, bis sie, erschöpft, nicht durch bessere Gründe sondern durch neue Gewalt unterworfen wird. Daher die allgemeine Erfahrung, daß Revolutionen niemals das beabsichtigte Ziel erreichen, niemals zur Freiheit, sondern zur Gewaltherrschaft führen. Rede man nicht von Nordamerika und Washington, denn dort war keine Revolution, sondern ein Kampf für die Unabhängigkeit. Und in England war es unter Jakob II. ein Kampf für die gesetzliche Ordnung, und nur dieser gelang, während die Revolution unter Karl I. vollkommen mißlang.

Was können und sollen wir nun thun? Nichts weiter, als die gegebenen Elemente in eine bessere Verbindung bringen, und die darin selbst schon angedeutete Möglichkeit der Entwicklung zur Verwirklichung erheben. Freilich ein bescheidenes Unternehmen im Vergleich zu der selbstgefälligen Allmacht einer Konstituante, die mit dem Triumph beginnt, um mit Hohn zu enden, wie einst das deutsche Parlament als Winkelklub in einer Tabagie, aber der einzig verständige Weg, und obgleich voller Schwierigkeiten, am Ende doch wohl zum Ziele führend.

Sehen wir uns also das deutsche Staatensystem unter diesem Gesichtspunkt an, um uns zuvörderst die Aufgabe klar zu machen, die wir dann, allmälig fortschreitend, zu lösen suchen werden.

## 2.

Da treten zunächst die beiden deutschen Großmächte hervor, und mit ihnen eine doppelte Schwierigkeit. Einmal ihre Größe selbst, wodurch sie einst der Reichsgewalt über den Kopf wuchsen, wie sie heute der Bundesverfassung zu widerstreben scheinen, und sodann ihre gegenseitige Rivalität, wodurch einst die letzten Fäden des Reichsver-

bandes zerrissen, und woran seitdem alles gemeinschaftliche Handeln und jeder Versuch einer neuen deutschen Verfassung gescheitert ist. Hierin eben liegt die größte Schwierigkeit, nicht aber in der Kleinstaaterei und Vielstaaterei, wie man so oft irrigerweise meint. Gäbe es in Deutschland nichts weiter, als viele kleine Staaten, — wie leicht wäre die Vereinigung! Nein, in Berlin und in Wien liegt das Hinderniß, nicht aber im Bundestage, dem man eine Schuld aufbürdet, woran er gänzlich unschuldig ist.

Die praktische Frage ist demnach, ob sich nicht ein Arrangement denken läßt, wonach jene Großmächte trotz ihrer Größe sich einem noch größeren Ganzen als Glieder einfügen, und damit zugleich ihre gegenseitige Rivalität aufgeben? Und eben zu diesem, meinen wir, ist die Möglichkeit in der Lage der Dinge selbst angedeutet.

Preußen und Oesterreich, sagten wir bereits, sind aus den östlichen Marken des Reiches erwachsen, wo auch noch heute die Basis ihrer Macht liegt. Nun zeigt die Landkarte, wie Deutschland auf seiner östlichen Seite in den breiten Schooß Europa's verläuft, der sich nach Süden und nach Norden ausdehnt. Da scheint also Raum genug, daß zwei Mächte dort ihre Kräfte entfalten, und sie werden sich gegenseitig nicht stören, wenn sich jede in ihrer natürlichen Richtung hält, Preußen nordöstlich, Oesterreich südöstlich. Und wie viel politische Beziehungen schließen sich an dieses geographische Element an! Es ist selbst von wesentlichem Einfluß auf den inneren Charakter dieser Mächte, aber so, daß in Preußen, welches wir als nordöstliche Mark bezeichneten, das nördliche Element überwiegt, während in Oesterreich, welches wir als südöstliche Mark bezeichneten, das östliche Element überwiegt.

Preußen gehört dem Norden an, und insbesondere ist die eigentliche Provinz Preußen, die heute dem ganzen Staate den Namen giebt, ein entschieden nordisches Land. Nordische Völker haben es früher bewohnt, und ein nordischer Zug geht durch die Geschichte des deutschen Ordens und der Schwertbrüder, der Vorläufer des modernen preußischen Staates, dessen ganze Entwicklung sehr wesentlich

durch dieses Gebiet bedingt war, und bis heute bedingt ist. Es war das alte Ordensland, wo die Souveränität begündet, und Königsberg die Krönungsstadt wurde. Von daher kam später die Kantische Philosophie, welche einen so großen Einfluß auf das geistige Leben in Preußen geübt hat, dahin rettete sich die letzte Widerstandskraft des Staates nach der Katastrophe im Jahre 1806, und von da ging die Wiedererhebung aus durch die muthige That von York. Und um auch dies noch zu erwähnen, — von da aus kam der Anstoß zu den politischen Bewegungen unter Friedrich Wilhelm IV. Sollen alle diese Thatsachen bedeutungslos sein? Dann frage man endlich nach den äußeren Bedingungen, wovon das Emporkommen des heutigen preußischen Staates abhing. Ohne Zweifel gehörte zu diesen Bedingungen sehr wesentlich der Verfall Polens, wie gleichzeitig das Zurücktreten der schwedischen Macht. Ja es waren gradezu die Ueberbleibsel der schwedisch-deutschen Armee, woraus unter dem großen Kurfürsten die brandenburgisch-preußische Armee hervorging, und Preußen hat im buchstäblichen Sinne von Schweden wie von Polen geerbt. Ist es nicht also durch seine eigene Geschichte auf das nordöstliche Gebiet angewiesen? Aber gleichwie alle preußischen Flüsse nach Norden fließen, so ist in dem preußischen Staate das nördliche Element vorherrschend.

Dem gegenüber erscheint Oesterreich als Ostmacht, grade wie sein Name besagt. Von der ehemaligen deutschen Ostmark ist es ausgegangen, und was dieser eine so große Wichtigkeit gab, das waren von Anfang an die östlichen Angelegenheiten. Später trat dasselbe hervor in dem Konflikt zwischen Ottokar von Böhmen und Rudolph von Habsburg, noch mehr aber gegen Ende des Mittelalters durch die Türkennoth, welche die Verbindung Ungarns mit dem Erzherzogthum bewirkt hat. Darauf beruht die heutige österreichische Monarchie, und was die verschiedenen Völker derselben mit einander verschmolzen hat, waren vor Allem die Türkenkriege, zugleich die vornehmste Schule, woraus die österreichische Armee hervorgegangen ist. Daran hängt die weltgeschichtliche Bedeutung dieses Staatskörpers, und die Popu-

larität des österreichischen Namens, nicht aber an den Thaten der Ferdinande und ihrer Jesuiten, sondern von Prinz Eugen singt man noch heute in Deutschland. Nach dem Osten fließt die Donau, die große Pulsader der österreichischen Monarchie. Wien ist die Vorhalle zum Orient, dessen Nachbarschaft dort schon sehr merklich wird. Und dem entspricht auch die geistige Stimmung dieses Landes, das zähe Hangen an Ueberlieferungen und Gewohnheiten; Empfindung und Anschauung herrschen vor, wie in Preußen hingegen Verstand und Wille.

Preußen und Oesterreich sind ihrer geschichtlichen Bildung nach Glieder des deutschen Körpers, aber in der europäischen Politik haben sie seit lange die Stellung einer selbstständigen Macht eingenommen. Es ist nicht zu erwarten, daß sie darauf verzichten, ja sie würden es nicht einmal können, selbst wenn sie wollten, denn sie sind durch viele vertragsmäßige Verpflichtungen gebunden. Auch ist solcher Verzicht gar nicht erforderlich, sondern sie können gleichwohl als Glieder von Deutschland handeln, wenn sie nur nie vergessen, daß doch ihre europäische Macht selbst nur auf ihrer deutschen Basis erwachsen, und eben nichts Anderes ist, als die zu europäischer Geltung gesteigerte Macht eines ehemaligen Reichsgliedes und heutigen Bundesgliedes.

Demnach müssen sie den Ausgangspunkt für ihre Politik in Deutschland nehmen, und dieser gemeinsame Ausgang wird dann auch das Zusammenwirken zwischen Preußen und Oesterreich befördern. Soll ihre Politik hingegen von ihrer europäischen Stellung ausgehen, und erst hinterher auf Deutschland Bezug nehmen, so ist der Zwiespalt fast unvermeidlich, und das deutsche Interesse fast immer gefährdet. Darum in Zukunft keine p r e u ß i s ch - d e u t s ch e und keine ö s t e r r e i ch i s ch - d e u t s ch e Politik mehr, wie sie bisher nach den herrschenden Großmachtsideen geübt wurde, sondern eine d e u t s ch - p r e u ß i s ch e und d e u t s ch - ö s t e r r e i ch i s ch e, das ist das Erste.

Das Zweite ist, daß, wie wir sagten, die Basis der preußischen und der österreichischen Macht dem östlichen Deutschland angehört, und diese beiden Staaten demgemäß das östliche Deutschland reprä-

sentiren. Dieses anerkannt, so folgt es dann ganz von selbst, daß sie in dem westlichen Deutschland ihre natürliche Ergänzung finden.

3.

Wir sagen schlechtweg das westliche Deutschland, ohne hier einen Unterschied zwischen Südwest und Nordwest zu machen, der hier bedeutungslos ist. Oder genauer gesprochen, dieser Unterschied hat auf diesem Gebiete seine ehemalige Bedeutung verloren, nämlich durch die Entstehung der preußischen und österreichischen Monarchie, weil es eben diese beiden Staaten sind, worin sich heute der ehemalige politische Gegensatz des deutschen Nordens und Südens konzentrirt. Wir verstehen aber unter dem westlichen Deutschland den ursprünglichen Kern des alten Reiches, im Unterschiede von den durch Eroberung und Kolonisation hinzugekommenen Marken, und dessen vornehmste Trümmer die heutigen Mittelstaaten und Kleinstaaten sind, von denen wir jetzt zu reden haben.

Wie wir nun an Preußen und Oesterreich die Forderung richteten, sich in ihrer europäischen Stellung als deutsche Mächte zu benehmen, so kommt es hier vielmehr darauf an, diesem westdeutschen Staatenkomplex eine politische Aktivität zu geben, die er nach dem bisherigen Großmachtssystem nicht hat, und woraus die für Deutschlands Macht und Ansehn so nachtheilige Folge entspringt, daß die ganze Summe der Kräfte, welche die Bevölkerung dieser Staaten besitzt, die doch zusammen mehr als ein Drittheil der deutschen Nation repräsentiren, wie nicht vorhanden zu sein scheint. Nicht minder augenfällig ist es, daß infolge dessen diese ganze Bevölkerung alle der Anregungen entbehrt, welche aus der Theilnahme an der großen Politik entspringen, und darum in dem Gefühl ihrer Bedeutungslosigkeit entweder verkümmert, oder in eine unfruchtbare Agitation verfällt.

Ein ebenso beklagenswerther als gefährlicher Zustand, aus welchem diese Staaten durchaus heraustreten müssen, wobei es aber vorzugsweise auf die eigene bessere Einsicht und den eigenen Willen

ankommen wird. Sie müssen aufhören, sich in ihre Territorialinteressen einzuspinnen, woran so viel Kleinliches, Mattherziges und Verschrobenes hängt, und statt dessen ihren Sinn darauf richten, mit ihren Mitteln und Kräften die deutsche Gesammtaufgabe zu fördern, wozu es niemals an Gelegenheit fehlt, selbst für die allerkleinsten nicht. Und dieser Sinn muß sich in den Fürsten und Regierungen, wie in den Bevölkerungen bethätigen. Dann bedarf es nur des klaren Blickes in die Sachlage und der nöthigen Entschlossenheit, um in der bestehenden Bundesverfassung selbst die Handhabe zu finden, welche diesen Staaten eine sehr wesentliche Einwirkung auf die deutsche Gesammtentwicklung ermöglichen wird. Darüber noch einige Worte.

Als mächtigstes Glied tritt in dieser Staatengruppe Baiern hervor, welches jetzt außer dem baierschen Stamm zugleich den fränkischen repräsentirt. Es hat eine beträchtliche Kriegsmacht, welche bekanntlich nach der Bundeskriegsverfassung ein eigenes Armeekorps bildet, das siebente, und sich somit in einer gewissen Abgeschlossenheit darstellt, während die Kontingente der übrigen Mittel- und Kleinstaaten die drei gemischten Korps bilden. Seine Streitkräfte wie seine geographische Lage sichern ihm daher einen bedeutenden Einfluß im südlichen Deutschland. Aber andrerseits haben die Staaten des achten Armeekorps auch ihre eigenthümliche Wichtigkeit, d. i. Würtemberg, Baden und Hessen-Darmstadt, worunter wiederum Würtemberg obenan steht, weil es auf der Basis des alten schwäbischen Stammes ruht, dessen Eigenthümlichkeit sich in der heutigen würtembergischen Bevölkerung noch sehr lebendig erhalten hat, und wodurch dieser Staat einen natürlichen Halt bekommt, welcher den beiden andern fehlt. Freilich erscheinen sie alle drei nur klein im Vergleich zu Baiern, und ihre Militairkräfte stehen den baierschen weit nach, aber was die geistige Beweglichkeit und Bildung ihrer Bevölkerung anbetrifft, sind sie dem baierschen Element entschieden überlegen. So muß sich hier das Eine durch das Andere ergänzen.

Im Norden des alten Reichsgebietes nimmt Hannover die erste Stelle ein, und ist heut zu Tage unter den Mittelstaaten als der

zweitmächtigste anzusehen, indem sein schon an und für sich nicht unbeträchtliches Territorium durch die Lage an der Nordsee, an der Mündung dreier schiffbarer Ströme, noch eine besondere Wichtigkeit bekommt. Seine Bevölkerung gehört dem alten Sachsenstamme an, wozu sich dann noch Friesen gesellt haben. Wie deutlich ist hier der Zusammenhang der Gegenwart mit der fernen Vergangenheit und die Nachwirkung der großen historischen Verhältnisse, die oft im Laufe der Jahrhunderte untergegangen zu sein scheinen, aber in der That fortleben. Denn wenn heute Baiern und Hannover die beiden größten Mittelstaaten bilden, so waren ehemals der baiersche und sächsische Stamm die beiden mächtigsten im Reiche. Sie bildeten die beiden wichtigsten Herzogthümer, und wie diese im Mittelalter unter Heinrich dem Löwen zeitweilig unter einer Herrschaft standen, so sind heute Baiern und Hannover sehr wesentlich auf einander angewiesen, als die beiden vornehmsten Stützpunkte für die politische Wiedergeburt des westlichen Deutschlands, d. h. des alten ursprünglichen Reichsgebietes.

Zwischen Baiern und Hannover liegt Mitteldeutschland, welches die besondere Bestimmung hat, Nord und Süd zu verbinden, als ein Uebergangsland, wo sich die natürlichen Differenzen ausgleichen, und eine Klammer für das zertheilte Deutschland, deren wir nicht entbehren können. Es gehören dahin das heutige Königreich Sachsen, die thüringischen Staaten und Kurhessen, ersteres mehr nach Norden gewandt, letzteres mehr nach Süden, Thüringen die reine Mitte.

Ursprünglich aus der ehemaligen Mark Meißen hervorgegangen, hat sich das Königreich Sachsen seit Jahrhunderten ganz dem westlichen Deutschland assimilirt, und während es nach seiner materiellen Macht zu den Mittelstaaten gehört, nimmt es außerdem in der deutschen Kulturgeschichte einen hohen Rang ein, und seine zentrale Lage vermehrt seine politische Wichtigkeit. Zweimal wurden bei Leipzig große Entscheidungsschlachten geschlagen, traurige Erinnerungen der deutschen Zerrissenheit. Soll aber Deutschland sich wieder

erheben und sich wieder zu einem Ganzen zusammenfassen, so scheint es wohl, daß dasselbe Land auch auf diese neue Entwicklung von erheblichem Einfluß sein muß, wie es auch schon heute hervortritt, und Sachsens Bedeutung wird steigen, je mehr die deutsche Föderation zur Geltung kommt. Ja, so wunderbar muß es sich fügen, daß grade derselbe Umstand, der früher für Sachsen so nachtheilig war, nämlich die Entfremdung zwischen der katholischen Dynastie und der protestantischen Bevölkerung, heute eher wie ein Vortheil erscheint, indem daraus eine besondere Fähigkeit zur Vermittlung entspringt, da ein protestantisches Land mit einem katholischen Könige für das katholische wie für das protestantische Element in Deutschland gleicherweise Anknüpfungspunkte darbietet.

Thüringen ist das am meisten individualisirte Land, und durch seine Zersplitterung ohne alle materielle Macht, aber eine ruhmvolle Stätte geistiger Entwicklung, und durch geistige Anregungen noch heute von unleugbarem Einfluß auf ganz Deutschland. Es mag dies für viele Leute eine sehr mißliebige Thatsache sein, aber es ist eben eine Thatsache, und dürfte kaum zu verhindern sein. Anders erscheint Hessen, zwar auch nur von geringem Umfang, aber entschieden militairisch, und unter den Staaten des mittleren Deutschlands gewissermaßen der Militairstaat zu nennen. Ist es nicht augenfällig, wie also diese drei Glieder, nämlich Sachsen, Thüringen und Hessen, sich gegenseitig ergänzen? Nur durch ihr Zusammenwirken kann das mitteldeutsche Element Halt und Bedeutung gewinnen.

## 4.

In diesen Kombinationen scheint uns die Möglichkeit gegeben zu sein, wodurch der ganze Komplex der Mittel- und Kleinstaaten, die wir hier nicht alle einzeln durchgehen können, obwohl doch keiner ganz ohne Bedeutung ist, eine politische Aktivität erlangen kann, was wir für eine unerläßliche Bedingung der zukünftigen deutschen Entwicklung halten.

Sind die deutschen Großmächte durch einen Herausbau aus dem Reiche entstanden, wodurch das deutsche Gebiet im Laufe der Jahrhunderte eine so große Erweiterung nach Osten hin erhielt, so werden wir selbstverständlich nicht gemeint sein, diese Gebiete wieder aufzugeben oder schmälern lassen zu wollen, sondern wir werden sie um so mehr mit allen Kräften vertheidigen müssen, als sie zugleich den Ersatz bilden für alle die Einbuße, welche das Reich an seiner westlichen Grenze erlitt. Und wenn diese Staaten, welche ursprünglich nur deutsche Marken waren, allmälig das Gewicht einer europäischen Macht erlangt haben, so soll ihnen auch dieses unverloren bleiben. Ja, möchte es nur noch größer sein, als es wirklich ist. Es scheint aber eine sonderbare Prätension, wenn um deswillen das ganze übrige Deutschland in politischer Nullität verharren soll, damit das großmächtige Ansehen im Kontrast zu solcher Nullität um so heller strahle. Oder soll dieses übrige Deutschland eben nur gut genug sein, um nöthigenfalls als Zusatzgewicht in die Wagschale der preußischen und österreichischen Großmacht geworfen zu werden, wo deren eigene Kräfte doch unzureichend erscheinen möchten?

Sehr erklärlich, wenn solche Ideen in Berlin und in Wien mit Vorliebe gepflegt werden, denn sie schmeicheln der Eitelkeit und Selbstsucht, die sich in jedem Staatskörper findet. Selbst sonst verständige und billig denkende Leute haben sich in diese Richtung verrannt, durch die herrschende Großmachtstheorie verleitet, wonach ein Deutschland in der politischen Welt überhaupt nicht existirt, und im Hinblick auf die herkömmliche Praxis. Aber eben diese Praxis muß ja aufhören, wenn Deutschland je wieder emporkommen soll.

Um darüber klar zu sehen, erinnere man sich nur an unsere früheren Erörterungen über die Entstehung des deutschen Staatensystemes, nämlich wie sich schon in der zweiten Hälfte des Mittelalters die deutsche Macht immer mehr nach Osten verschob, indem die östlichen Staaten, d. h. die deutschen Kolonialländer, in demselben Maße an Bedeutung gewannen, als die deutschen Stammländer im Westen durch die Zersplitterung ohnmächtig wurden.

Auf diesem Umschwung, der schon unter den Kaisern aus dem Luxemburger Hause entschieden war, beruhte zunächst das Emporkommen der österreichischen Macht, dann später der preußischen, worauf die deutsche Geschichte in Oesterreich und Preußen, und respektive in den Streit dieser beiden Hegemonen, aufzugehen schien. Dies Alles sind Thatsachen, deren Bedeutung wir um so weniger verkennen, je mehr wir uns bemühen, die Entwicklung der Dinge Schritt vor Schritt bis in ihre letzten Gründe zu verfolgen. Aber es ist nicht minder eine ganz offenbare Thatsache, daß eben, während dies geschah, Deutschland immer tiefer verfiel, und nicht nur um Macht, Ehre und Ansehn kam, sondern endlich ganz aufgelöst wurde, womit denn diese Richtung ihr eigenes Ziel und gleichzeitig ihre Kritik gefunden hat. Hoffen und erstreben wir jetzt eine Wiederherstellung Deutschlands, so muß folglich eine andere Richtung eingeschlagen werden, als diejenige war, welche aus dem Verfall entsprang, und dann selbst den Verfall beförderte. Dieses zugegeben, so folgt unmittelbar daraus, daß dazu vor Allem gehört, dem so lange in Ohnmacht versunkenen westlichen Deutschland seine politische Bedeutung zurückzugeben. Darin liegt nicht nur die Grundbedingung einer deutschen Wiederherstellung, sondern eben darin besteht zum großen Theil die Wiederherstellung selbst, weil es eben die westliche Hälfte von Deutschland ist, dem die alten Stammlande des Reiches angehören, woran die Traditionen der großen Kaiserzeit haften, und wo bis diesen Tag die reichsten und tiefsten Elemente deutscher Bildung zu finden sind. Wie sonderbar also, wenn man auf das heutige Streben dieser Länder, sich politisch geltend zu machen, mit Scheelsucht oder gar mit Hohn herabblicken will, während man sich gleichzeitig seiner deutschen Gesinnung rühmt, und vielleicht selbst Mitglied des Nationalvereins ist! Soll man mehr die Verirrung beklagen oder die Hypokrisie verabscheuen, welche in diesem Treiben hervortritt?

5.

Wir sprachen von der deutschen Wiederherstellung als einer Hoffnung, aber sie hat bereits thatsächlich begonnen, und in der

Stiftung des deutschen Bundes eine rechtliche Grundlage gewonnen. Und darin ist selbst schon Alles im Keime enthalten, was wir soeben als eine nothwendige Forderung aufstellten.

Einerseits nämlich sind die deutschen Großmächte selbst Mitglieder des Bundes, und behalten doch gleichzeitig ihre europäische Stellung, soll also darin ein innerer Sinn liegen, so muß die Voraussetzung gemacht werden, daß diese Staaten in ihrer europäischen Stellung als deutsche Mächte wirken können und sollen, wie wir es oben forderten. Andererseits sind die übrigen deutschen Staaten nicht als Anhängsel der Großmächte in den Bund getreten, sondern als selbstständige Glieder, und als solche durchaus berechtigt, sich politisch geltend zu machen. Es fragt sich nur, wie das ohne gegenseitige Störung möglich ist? Und wenn darin unleugbare Schwierigkeiten liegen, so fragt sich dann weiter, ob sich nicht dennoch ein Standpunkt gewinnen läßt, auf welchem der fast unvermeidlich scheinende Konflikt verschwindet.

Nun haben wir in den deutschen Großmächten die Repräsentanten des östlichen Deutschlands erkannt, wo noch heute die Basis ihrer Macht liegt, die preußische im deutschen Nord-Osten, die österreichische im Süd-Osten, und da in Preußen die nördliche Richtung vorherrscht, wie in Oesterreich die östliche, so können wir Preußen schlechtweg die große deutsche Nordmark nennen, wie Oesterreich die Ostmark. Allein diese beiden Marken sind schon durch ihren Ursprung untrennbar mit dem westlichen Deutschland verbunden, in welches sie außerdem noch durch ihren Territorialbesitz hineinreichen, nämlich Oesterreich durch Salzburg und Tyrol, Preußen durch Alles, was es links von der Elbe besitzt. Neben ihrem spezifischen Charakter als deutsche Ostmark und Nordmark nehmen also diese Staaten zugleich an der westdeutschen Entwicklung Theil. Was ist unter solchen Umständen natürlicher, als daß das geforderte Zusammenwirken zunächst und zumeist in der Richtung nach Westen stattfindet? Und da ist es auch wirklich bereits vorhanden, und stellt sich ganz augenfällig in den Bundesfestungen dar, die bis heute

noch das einzige Institut sind, welches dem gesammten Deutschland angehört.

Darin liegt doch offenbar schon ein wirklicher Anfang dessen, was wir fordern, und jedenfalls ein Beweis für die Möglichkeit eines allgemeinen Zusammenwirkens. Es ist freilich nur erst wenig, aber aller Anfang ist schwer, und trotz alles Sperrens und Sträubens, und aller dagegen versuchten Intriguen, wird es doch in dieser Richtung vorwärts gehen, seitdem einmal in den übrigen deutschen Staaten der Trieb erwacht ist, sich geltend zu machen, und sich nicht mehr als ein bloßes Anhängsel der Großmächte gebrauchen zu lassen. Denn dieser Trieb hat das bestehende Recht wie die Natur der Dinge für sich, und stützt sich zugleich auf den neu erwachten Nationalgeist, welchen weder Preußen noch Oesterreich befriedigen können, sondern nur das ganze Deutschland, das so tief gespaltene und zerrissene, welches sich jetzt wieder zu einem Ganzen zusammenfügen soll. Ist dies denn anders möglich als durch ein allgemeines Zusammenwirken aller seiner Theile, die eben durch solches Zusammenwirken wieder zu Gliedern eines lebendigen Ganzen werden?

Aber was ist wohl die Grundbedingung dabei? Doch ganz gewiß die Einsicht, daß man zusammengehört und sich gegenseitig ergänzt, wodurch allein die fortwährenden Rivalitäten gemäßigt, die Gegensätze ausgeglichen werden können, und worin daher die ideale Grundlage der deutschen Föderation liegt. Nun wohlan, wir haben in dem Vorstehenden die Hauptpunkte angegeben, wonach dieses gegenseitige Ergänzungsbedürfniß zu erkennen, und praktisch zu behandeln ist*).

---

*) Vgl. des Verfassers Schrift: „Von der deutschen Föderation,“ Berlin 1851, worin sich bereits das Wesentliche der vorstehenden Erörterungen findet.

# VI.

# Die Bundespolitik.

1. Sie ist die Grundbedingung aller weiteren Entwicklung der bestehenden Bundesverhältnisse. 2. Verständigung zwischen Oesterreich und Preußen ist der erste Schritt dazu. 3. Ihre bisherige Großmachtspolitik. 4. Sie sind vielmehr auf eine Bundespolitik angewiesen. 5. Wie die verschiedenen Parteien darüber denken. 6. Der erste praktische Anfang.

---

Zum Laufen hilft nicht schnell sein. Das erfuhren wir im Jahre 1848, wo wir im Sturmschritt auf die deutsche Einheit losgingen, aber dieselbe so wenig erreichten, daß vielmehr der Zwiespalt wuchs, und bald der Bürgerkrieg vor der Thür stand. Darauf kam die Reaktion, die mit derselben Ueberstürzung rückwärts ging, und darum auch mit derselben Erfolglosigkeit. Die deutschen Zustände befestigten sich nicht, die Frage blieb unerledigt, und arbeitete im Innern fort, trotz aller Repression und scheinbaren Beruhigung. Dann hat man abermals einige neue Anläufe gemacht, und abermals vergeblich. Inzwischen ist zwar das thatsächliche Zusammenstreben uud Zusammenfließen der getrennten deutschen Elemente im stetigen Fortschritt, aber für die Bundesreform ist nichts erreicht, und mit dem Bedürfniß ist darum nur die Bewegung gewachsen.

## 1.

Woran liegt es denn? Ich meine, man hat die Sache falsch angefangen und am unrechten Ende angegriffen, indem man immer davon ausging, die Bundesverfassung selbst ändern zu wollen, anstatt daß man vielmehr damit hätte anfangen müssen, dem Bunde eine höhere Wirksamkeit zu geben, und den trägen Körper in Bewegung zu setzen. Dann kämen die Dinge in Fluß und die wün=

schenswerthen Veränderungen würden nicht ausbleiben, indem die Praxis selbst Schritt vor Schritt das Erforderliche herbeiführte. Allein grade diesen Weg hat man nicht eingeschlagen, und versucht ihn bis heute nicht, sondern immer will man mit großen Konstitutionsentwürfen und Reformakten beginnen, die mit Eklat eine neue Aera ankündigen, und immer bleibt es bei leeren Projekten, schätzbares Material für den Papierkorb der Geschichte.

Dies hängt wieder mit einem anderen Fehler zusammen, in welchen man durch die Strömung der Zeit und durch die allgemeine Ungeduld gerathen ist.

Man will die deutsche Einheit. Gut, wir wollen sie auch, aber sie ist eben das Ziel, wohin nur ein langsamer und schwieriger Weg führt, und einstweilen stehen wir nicht am Ziel, sondern am Ausgangspunkt, und haben uns nach den gegebenen Bedingungen zu richten. Statt dessen benimmt man sich so, wie wenn die deutsche Einheit mit dem bloßen Willen dazu auch schon thatsächlich erreicht wäre, und dann nur noch die formelle Ordnung dazu gehörte. Also eine Konstitution für die einige Nation von vierzig Millionen, und da findet sich leicht ein Schema, wenn nur wirklich nichts weiter da wäre, als die einige N a t i o n. Statt dessen aber sind mehr als dreißig S t a a t e n da, ganz handgreifliche Existenzen, welche darum nicht minder bestehen, daß man einstweilen von ihnen abstrahirt, um sich desto bequemer auf der breiten Basis der vierzig Millionen bewegen zu können, und worauf dann auch die Reichsverfassung ruhen soll. Wie bald ist sie fertig, — aber ach, die Staaten existiren lustig fort und sind durch die Reichsverfassung nicht untergegangen, sondern was untergeht, ist vielmehr die todtgeborne Reichsverfassung selbst.

Nicht das ist also die Frage: wie man die einige Nation von vierzig Millionen organisirt, sondern wie man die deutschen Staaten zusammenbringt, denn eben in der staatlichen Zersplitterung liegt der Ausgangspunkt. Dieses aber anerkannt, gelangt man sofort zu ganz anderen Ansichten, denn man ist von dem Boden der konsti=

tutionellen Theorie auf den Boden der praktischen Politik getreten. Und dieser Standpunkt ist es, zu welchem wir den geneigten Leser durch die Erörterungen der vorhergehenden Abschnitte hinleiten wollten.

Wir sprachen darin von der Möglichkeit, ja von der Nothwendigkeit eines Zusammenwirkens aller Bundesstaaten in der auswärtigen Politik, und wird dies erreicht, so liegt darin selbst schon der erste Schritt zur Lösung der deutschen Frage. Darüber kann kein Zweifel sein, wenn anders die so eben gemachte Fragestellung die richtige ist. Denn wenn es wirklich darauf ankommt, die deutschen Staaten zusammen zu bringen, — wo wäre das sonst wohl so nothwendig, und vergleichsweise so leicht ausführbar, als eben in Beziehung auf die Wirksamkeit nach Außen? Oder wie soll denn aus Deutschland je wieder ein lebendiger Körper werden, so lange es nicht einmal nach Außen hin als ein Ganzes erscheint, und so lange seine Glieder sich nicht einmal zu einer gemeinsamen Politik vereinigen, sondern das eine dieses thut, das andere jenes und die meisten gar nichts? Wie kann man denn gar an eine gemeinsame Gesetzgebung und Justiz denken, so lange nicht einmal eine gemeinsame Politik besteht? Wäre also gleichwohl solche gemeinsame Politik nicht möglich, so ist es Wahnsinn, nach Dingen zu streben, die noch viel weniger möglich sind.

Beschränken wir uns zuvörderst auf die auswärtige Politik, so haben wir ferner noch den besonderen Vortheil, daß wir mit der Forderung des Zusammenwirkens durchaus auf rechtlichem Boden stehen, so gewiß als die Wiener Schlußakte Art. II ausdrücklich besagt, daß der deutsche Bund in seinen äußeren Verhältnissen „eine in politischer Einheit verbundene Gesammtmacht" darstellt. Davon läßt sich nichts wegdeuteln, der Wortsinn ist klar wie der Tag, und so haben wir ein wohlerworbenes Recht, die Ausführung dieses Artikels zu verlangen. Dafür sollte man agitiren, wenn doch einmal agitirt werden soll. Das Ziel würde die Mühe lohnen, denn wäre nur erst das Eine erreicht, so findet sich hinterher noch Vieles.

Statt dessen vermeint man Alles auf einmal zu erreichen durch das deutsche Parlament, welches die Zauberkraft besitzen soll, alle wünschenswerthen Veränderungen wie mit einem Schlage herbeizuführen Und doch vermag es nicht einmal das Allererste und Nothwendigste zu Stande zu bringen, nämlich eben die deutsche Gesammtpolitik. Oder hat denn Euer Parlament seine eigenen Gesandtschaften, und zu dem nöthigen Nachdruck seine eigenen Truppen? Und wenn es weder das Eine noch das Andere besitzt, — welche anderen Mittel hat es sonst wohl, um die preußische und österreichische Politik in die Hand zu bekommen, von den anderen Bundesstaaten ganz zu schweigen, deren Einfluß doch auch nicht durch bloße Dekrete zu beseitigen ist, da sie Alle organisirte Körper sind und ihre auswärtigen Verbindungen unterhalten? Oder haben wir nicht zu seiner Zeit gesehen, wie ohnmächtig das deutsche Parlament in dieser Hinsicht war, trotz alle der Hülfsmittel, die bei der damaligen Aufregung der Druck der öffentlichen Meinung gewähren mochte, und womit man doch nicht verhindern konnte, daß Preußen und Oesterreich ihre eigene Politik betrieben. Wie soll es denn in Zukunft verhindert werden, wenn selbst das populäre Nachdrucksmittel fehlt, welches damals in der allgemeinen Aufregung lag, die man doch nicht für einen normalen Zustand ansehen wird? Es kann gar nicht verhindert werden, außer man müßte die deutschen Staaten, und insbesondere die beiden Großmächte, zuvor mediatisiren, d h. man müßte ihnen ihre Machtmittel nehmen, und insbesondere die Armeen zu einer Bundesarmee verschmelzen; dann folgt freilich alles Andere ganz von selbst, nur weiß Gott im Himmel, wie denn eine solche Parlamentsarmee zu Stande kommen soll, außer durch eine radikale Revolution. Und darin liegt eben der verhängnißvolle Irrthum, daß man einen Weg einschlägt, der entweder zu gar nichts führt oder zum allgemeinen Umsturz führen muß. Man will keine aus den deutschen Staaten selbst hervorgehende Gewalt, sondern eine für sich bestehende Gewalt. Worauf soll diese Gewalt beruhen, da sie doch irgend eine Basis haben muß, wenn sie mehr sein will,

als ein papiernes Schema? Es findet sich dazu keine andere Basis als die Volkssouveränität, die doch selbst nicht zur Verwirklichung gelangen kann, außer durch eine gänzliche Beseitigung der bestehenden Staatsverhältnisse.

Um dies noch klarer zu machen, betrachten wir den vorliegenden Irrthum noch von einer anderen Seite, wonach er in allen modernen Konstitutionsversuchen wie nicht minder in der herrschenden Staatswissenschaft hervortritt, nämlich in den falschen Begriffen über die Stellung und Macht der sogenannten Legislative, welche man überall als die Fundamentalgewalt ansieht. Grade wie wenn die Staaten auf einem Gesetze beruhten, während sie doch auf Thatsachen beruhen, und so lange die Welt steht, noch niemals ein Produkt der Gesetzgebung, sondern immer ein Produkt realer Kräfte gewesen sind. Dafür spricht die tagtägliche Erfahrung wie das Zeugniß aller Zeitalter. Gleichwohl will man von dieser Theorie der legislativen Allmacht nicht ablassen, man urtheilt und handelt danach bis heute, und glaubt darum Alles erreicht zu haben, wenn man nur erst ein legislatives Organ besäße*).

Ganz dem entsprechend ist die beliebte Formulirung der deutschen Aufgabe, wonach man ein deutsches Parlament und eine deutsche Centralgewalt verlangt. Man beachte wohl, das Parlament geht immer voran, es ist das Erste und für sich Bestehende, wozu die Centralgewalt dann hinterher hinzukommt. Aber steht dies nicht im vollständigsten Widerspruch mit Allem, was die Geschichte des Repräsentativsystems selbst lehrt? Denn überall war zuvörderst eine Herrschergewalt da, und die Repräsentation war das Hinzukommende, heute hingegen soll es umgekehrt sein. Darum erscheint in jener Forderung auch nur das Parlament als das Gewisse und Unzweifelhafte, worüber man mit sich selbst im Reinen und wozu das Wahlgesetz schon fertig ist, während man rücksichtlich

*) Vgl. unsere Vorschule zur Physiologie der Staaten, Kap. VIII.

der Centralgewalt noch heute nicht sagen kann, woher sie eigentlich kommen, wie sie formulirt und installirt werden soll, sondern darüber die größte Unklarheit herrscht und die Ansichten weit aus einander gehen, wenn man überhaupt davon spricht und es nicht vorzieht, über alles dies ein kluges Schweigen zu beobachten. Ja, schweigen ist hier das Allerbeste. Oder wozu denn auch reden und sich den Kopf zerbrechen über Dinge, die sich hinterher von selbst finden, wenn nur erst das allmächtige Parlament da ist, welches doch die ganze Verfassung machen kann, und darin auch den Artikel von der Centralgewalt erledigen wird. Wie leicht ist es, ein brauchbares Subjekt dazu zu finden, und nöthigenfalls genügt ein kühner Griff, und die erforderliche Centralgewalt geht aus dem Schooße des Parlamentes selbst hervor.

Da sind wir wieder an demselben Ziele, dem einzigen, wohin solcher Weg und solche Theorie führen kann. Handelt es sich aber um eine Centralgewalt, die einerseits eine wirkliche Gewalt und andererseits doch keine revolutionaire Gewalt sein soll, so bleibt nichts übrig, als sie aus den in Deutschland bestehenden Gewalten zusammenzusetzen, d. h. die deutschen Staaten müssen zu einer Kollektivgewalt zusammentreten. Soll dies aber je geschehen, so ist es doch gewiß das Allererste und Nothwendigste, daß sie zuvörderst eine gemeinsame Politik treiben, damit durch die gemeinsamen Thaten selbst die Sondergewalten allmälig zusammengeschweißt werden. So lange dies noch nicht erreicht, ist bis dahin auch nichts Anderes zu erreichen.

2.

Wahrlich, wir verkennen die Schwierigkeit dieser Aufgabe nicht, Angesichts der ausgesprochenen Rivalität zwischen Preußen und Oesterreich, die außerdem als europäische Großmächte jede ihren eigenen Weg zu gehen gewohnt sind, und denen wir nun statt dessen eine gemeinsame Politik zumuthen, — heißt das nicht die Lösung der deutschen Frage an fast unerreichbare Bedingungen

knüpfen? Aber ob schwer oder leicht, erreicht muß es doch werden, es giebt hier keine Hülfe, die Schwierigkeit will überwunden sein.

Oder ist denn etwa ein Weg zu finden, der diese Schwierigkeit vermiede? Preußen und Oesterreich sind einmal da und ihr Gegensatz ist auch da, und wie will man darüber hinwegkommen? Das Einfachste wäre freilich nach der kleindeutschen Theorie, Oesterreich aus Deutschland herauszuweisen und damit zugleich den Gegensatz zu beseitigen, nur Schade daß er um so nachdrücklicher wieder hervortreten würde, sobald man die Theorie verwirklichen wollte, was kaum ohne einen Kampf auf Leben und Tod gelingen möchte. Ein passendes Vorspiel zur deutschen Einheit! Was würden wir erst in dem Stücke selbst erleben, wenn wir es überhaupt erlebten, woran heute nicht Viele mehr glauben! Nur an das deutsche Parlament ist der Glaube noch unerschüttert, und doch wird das Parlament alsbald auf dieselbe Schwierigkeit stoßen. Oder wird etwa der verhängnißvolle Gegensatz zwischen Preußen und Oesterreich vor der parlamentarischen Allmacht verschwinden? Ach nein, sondern er wird vielmehr das Parlament selbst ergreifen und dort eine preußische und österreichische Partei hervorrufen, woraus alsbald eine vollständige Spaltung entspringen muß, wie man ja schon im Jahre 1848 sehen konnte. Man mag von dem Parlamente alles Mögliche erwarten, aber hier liegt eine Schwierigkeit vor, die sich mit Reden und Dekreten nicht überwinden läßt, und was könnte man sonst wohl dazu thun? Es läßt sich in dieser Hinsicht gar nichts auffinden, und wenn man gleichwohl eine Lösung dieser Schwierigkeit von dem Parlamente erwartet, so heißt das nichts Anderes, als auf unberechenbare Ereignisse zu spekuliren Und welcher Art könnten solche Ereignisse sein, wenn sie wirklich entscheidend werden sollten? Nur eine große Revolution könnte es sein, in welcher Preußen nicht minder zusammenbrechen würde als Oesterreich, und dann freilich auch ihr Gegensatz verschwunden wäre.

Immer wieder dasselbe Resultat. Das Parlament besitzt nicht

die Macht, die man ihm zuschreibt, außer es wird eine Revolutionsmaschine daraus.

Liegt die Schwierigkeit, von der wir reden, zuvörderst in dem gegenseitigen Verhältniß von Preußen und Oesterreich, so ist sie auch nur durch gegenseitige Verständigung dieser Mächte zu beseitigen, oder es müßte eine fremde Uebermacht sich zum Vermittler und Schiedsrichter aufwerfen, etwa wie im Herbst 1850 Kaiser Nikolaus. Gewiß das Schimpflichste, was wir nach den Freiheitskriegen erlebten, und was für alle Zukunft zur Warnung dienen sollte. Ohne solche Verständigung also keine Hoffnung für Deutschland, und wo soll die Verständigung stattfinden, wenn nicht zuerst auf dem Gebiete der auswärtigen Politik? Preußen und Oesterreich müssen so zu sagen eine kollegialische Politik führen, das ist die allererste Bedingung der deutschen Einheit. Diese aber erreicht, — was hindert denn einen weiteren Schritt zu thun, und die Verständigung zwischen Preußen und Oesterreich auf alle Bundesstaaten auszudehnen?

## 3.

Ein Menschenalter hindurch ist es für Preußen und Oesterreich eine unveränderliche Maxime gewesen, in allen großen Fragen der Politik sich mit Rußland in Einverständniß zu setzen, mit welchem sie zusammen den Kern der heiligen Allianz bildeten, und im Unterschiede von den Westmächten die drei nordischen Mächte genannt wurden. Gottlob ist diese Periode vorüber, an die für uns so viele demüthigende und trübe Erinnerungen haften, so wenig ruhmvolle und erfreuliche. Aber wie man auch darüber denken möge, so hat diese Periode doch den Beweis geliefert, daß eine gemeinsame Politik selbst zwischen so großen Mächten unter Umständen wohl bestehen und ziemlich lange dauern kann. Und wie jedes Uebel doch auch etwas Gutes zu haben pflegt, so läßt sich nicht verkennen, wie es eben das gemeinsame Anlehnen an Rußland war, wodurch damals auch das Einvernehmen zwischen Preußen und Oesterreich gar sehr

befördert wurde, so daß man damals nicht so traurige Konflikte kannte, wie sie nach der Auflösung der heiligen Allianz hervorgetreten und für ganz Deutschland so bedrohlich geworden sind. Lernen wir also aus der Geschichte der heiligen Allianz, was daraus zu lernen ist, und wenn dies Letztere die unleugbare gute Seite derselben bildet, so mag es uns zum Fingerzeig für eine neue Entwicklung dienen.

Konnten Preußen und Oesterreich sich so lange an Rußland anschließen, und mit demselben eine gemeinsame Politik führen, — warum könnten sie dasselbe nicht mit den übrigen deutschen Staaten thun, mit welchen sie doch ohnehin durch so mannigfaltige Bande verknüpft sind, und durch die Bundesverfassung von Rechtswegen einen Körper ausmachen, der, wie schon bemerkt, nach dem Grundgesetze des Bundes selbst ganz ausdrücklich eine Gesammtmacht bilden soll? Was wäre darin Auffallendes oder gar Unmögliches, wo vielmehr eine innere Nothwendigkeit besteht? Und wenn jene Verbindung mit Rußland offenbar ein künstliches Verhältniß war, welches nur unter zeitweiligen Umständen bestehen konnte, wodurch der natürliche Gegensatz der Interessen und Absichten einstweilen verhüllt und bei Seite geschoben wurde, der doch gleichwohl je länger je mehr wieder hervortreten und dadurch die Allianz lösen mußte, — wie ganz anders wäre es hier, wo die Allianz nicht auf künstlichen Kombinationen, sondern auf der natürlichen Zusammengehörigkeit beruht, und daher, so bald sie nur einmal wirksam geworden, sich immer mehr befestigen und kräftigen muß. Dort trat, je länger das Verhältniß dauerte, nur um so mehr die innere Unwahrheit desselben hervor, es wurde immer unersprießlicher und unerfreulicher und seine Entwicklung war seine Auflösung selbst, hier aber muß, je länger die Verbindung dauert, um so mehr auch ihre innere Wahrheit zur Erscheinung kommen, und bald wird man sich verwundert fragen: wie war es möglich, daß man diese Wahrheit so lange verkannte und, wie durch einen bösen Zauber gebannt, nicht sehen wollte, was doch vor aller Augen liegt? Was gehen

wir denn nach Rußland, um dort die heilige Allianz zu suchen, während wir eine Allianz so zu sagen vor unserer Thüre haben: geheiligt nicht durch diplomatische Floskeln, mit denen sich die Hypokrisie umgiebt, sondern geheiligt durch die innigsten Bande des Völkerlebens, durch das gemeinsame Blut, die gemeinsamen Erinnerungen und Hoffnungen, und Alles, was sich an den großen Namen Deutschlands anschließt, — sei es Macht, sei es Ehre, sei es Freiheit, sei es Bildung und Wohlfahrt, oder was sonst dem öffentlichen Leben seinen Werth und dem Menschen seine Würde giebt, — es kann uns Alles nur in Deutschland gewonnen werden, und nirgend anders wo, am allerwenigsten aber in Rußland!

Gleichwohl hielt man so lange an Rußland fest, und weiß sich noch heute nicht in das rechte Verhältniß zum Bunde zu setzen, sondern, was doch das Allereinfachste und Natürlichste wäre, erscheint als etwas Unthunliches, Absonderliches, Ungeheuerliches. So fremd sind wir uns selbst geworden: das Vaterland zum Auslande, das Ausland aber zum Vaterlande unserer politischen Gedanken.

Es ist nicht dieses Ortes, die Ursachen zu untersuchen, welche einst die heilige Allianz hervorriefen, und Preußen und Oesterreich in jene Richtung drängten und festhielten, nicht so ganz zu eigener Zufriedenheit. Aber wenn es Umstände gab, welche das, was uns heute als eine verderbliche Verirrung erscheint, genügend erklären und selbst entschuldigen, um nicht zu sagen rechtfertigen konnten, so bestehen diese Umstände nicht mehr, und es ist heute schwer zu erklären, und jedenfalls nicht mehr zu entschuldigen, wenn man gleichwohl noch in einer Richtung verharrt, welche durch die Lage der Dinge nicht mehr gefordert wird, und über deren Verkehrtheit sich aufzuklären man so viele Gelegenheit und Aufforderung hätte.

Oder was ist es denn, was einem Zusammenwirken der beiden Großmächte mit den übrigen Bundesstaaten entgegensteht? Wir wollen gern glauben, daß es nicht der bloße Großmachtsdünkel ist, sondern vielmehr die Macht einer langen Gewohnheit, der Routine und Denkfaulheit, welche durch das System der heiligen Allianz,

mit welcher geistige Abstumpfung untrennbar verbunden war, groß gezogen und gewissermaßen privilegirt worden ist, und woran man noch heute die Nachwirkungen in der ganzen europäischen Politik empfindet, in dem allgemeinen Verfall der Diplomatie, der fast schon sprüchwörtlich geworden ist. Stände es nur besser mit dem politisirenden Publikum, wo aber leider die Unklarheit und Verwirrung unsäglich ist. Und am auffallendsten grade da, wo doch am meisten Klarheit und Ordnung noth thäte, d. h. in Deutschland, dessen so unendlich verschlungene Verhältnisse nur mit ernster, ruhiger Ueberlegung zu behandeln sind, und um so tiefere Untersuchungen erfordern, als sie fortwährend und unvermeidlich in die ganze europäische Politik verlaufen, welche nach der ewigen Nothwendigkeit der Dinge ihren Mittelpunkt in Deutschland findet. Wie soll dieses gesunkene und zerstückelte Land sich je wieder einig erheben, wenn nicht eine Veränderung in dem ganzen europäischen System eintritt, wovon aber unsere Fortschrittsmänner noch bis heute nichts begriffen zu haben scheinen, indem sie bis heute der Meinung sind, in ihrem Parlament den Hebel zu Allem zu besitzen, während wir doch gesehen, daß dieses Parlament selbst ein Unding ist, so lange es noch eine preußische und österreichische Großmachtspolitik giebt.

Worum es sich hier handelt, das ist das europäische System der fünf Mächte, die sogenannte Pentarchie, welcher Preußen und Oesterreich als Mitglieder angehörten, und wodurch ihre sogenannte Großmachtspolitik erst einen wirklichen Sinn empfing, so lange nämlich dieses System selbst noch inneres Leben hatte, während es heute todt ist. Was bedeutete denn aber Deutschland für dieses pentarchische System? Es galt nur als eine passive Masse, unter dem Schirm und der Kuratel der europäischen Mächte zu ewiger Stagnation oder allerhöchstens zum Vegetiren bestimmt. Es war nicht etwa selbst eine Großmacht, und als solche eine Stütze des pentarchischen Systemes, sondern vielmehr war grade die Ohnmacht Deutschlands die Grundbedingung für die Existenz dieses Systemes. Und was konnte denn auch für Deutschland übrig bleiben, als eben

die Ohnmacht, wenn grade seine beiden mächtigsten Glieder sich als für sich bestehende Mächte ansahen, und als Großmächte nicht in den deutschen Bund traten sondern in den europäischen Bund, und dort ihre Stütze und ihre Ehre suchten? Was konnte ihnen da der deutsche Bund gelten, dem sie doch gleichwohl auch angehören wollten und sollten? Nichts konnte er für sie sein, als vorkommenden Falls ein Hülfsmittel für ihre Großmachtspolitik, in so weit dies nämlich die übrigen Großmächte gestatteten, insbesondere Rußland, welches sich vielmehr selbst seine Klientel in Deutschland einzurichten suchte, und sogar die Patronage der kleineren deutschen Staaten für seinen eigensten Beruf ansah, wie in dem Werk eines russischen Publizisten „Die europäische Pentarchie" ausdrücklich zu lesen ist.

Das war Deutschland unter diesem herrlichen System. Eine politische Bedeutung hatte der Bund überhaupt nicht, und wenn er doch noch etwas thun wollte oder sollte, so war ihm dafür das Feld der Polizei angewiesen. So zur bloßen Polizeianstalt geworden, lebte er in der Atmosphäre der Heimlichkeit, den Augen der Nation entrückt und gleichsam wie im Versteck, als eine unnahbare dunkle Macht, von welcher nur die widerliche Tücke offenbar wird. Das also war es, was man der Nation als den Ausdruck ihrer politischen Gemeinschaft bot, und dieses crimen laesae nationis ist es, wofür die Nation Rechenschaft fordert und zu fordern berechtigt ist.

Was Wunder nun, wenn endlich die ausgebrochene Volkswuth den Bund mit Verachtung bei Seite schob, und dann die hohe Bundesversammlung mit dem Selbstbekenntniß ihrer Schande verschwand. Es ist gar sehr erklärbar, aber immer macht die Leidenschaft blind, denn sie empfindet nur die Wirkungen, worunter sie leidet, aber sie erkennt nicht die Ursachen, woraus dieselben entspringen. Hier bestand aber eine lange Kette von Ursachen und Wirkungen, und die letzte Ursache war das europäische Großmachtssystem. Allein das

sah man nicht, sondern man sah nur, was unmittelbar vor Augen lag, darauf schlug man los und thut es noch heute.

Was ist es denn aber gewesen, was den Bund so lahm und schlecht gemacht hat, daß er sich endlich vor sich selber schämen mußte? Es sind doch vor Allem die deutschen Großmächte gewesen, von welchen auch zu seiner Zeit die Karlsbader Beschlüsse ausgingen, welche die ganze darauf folgende Reaktion eingeleitet und darum mit Recht so viel Haß und Erbitterung erregt haben. Nicht der Bund als solcher, sondern Oesterreich und Preußen haben sie zu Stande gebracht, und sogar mit offenbarer Verletzung der Bundesverfassung, was dann abermals durch die Wiener Schlußakte geschah, welche doch von Rechtswegen in der Bundesversammlung zu beschließen gewesen wäre, deren Kompetenz dabei aber ignorirt wurde. Da mußte der Bund wohl herunter kommen. Oesterreich und Preußen hätten ja Mittel genug gehabt, um aus dem Bunde etwas Besseres zu machen, als er dann wirklich geworden ist, warum thaten sie es denn nicht? Darum nicht, weil sie als Großmächte die Basis ihrer Stellung in der europäischen Pentarchie fanden, und auf diesem Standpunkt an eine politische Aktivität des Bundes gar nicht denken konnten, sondern wenn etwa anderweitig sich ein Trieb dazu geregt hätte, sich dem vielmehr widersetzen mußten.

Wir machen den Großmächten damit nicht den Vorwurf, daß sie dabei aus bösem Willen gehandelt hätten, sondern die Hauptsache lag in den damaligen Verhältnissen Jene Stellung der deutschen Großmächte hatte sich ja zu seiner Zeit ganz natürlich ergeben, denn Deutschland war zu Anfang dieses Jahrhunderts untergegangen, seine Wiederherstellung aber durch eine große europäische Koalition bewirkt, zu welcher Preußen und Oesterreich als europäische Mächte gehörten, in keiner anderen Eigenschaft, da sie damals überhaupt keine andere haben konnten, weil eben kein Deutschland da war. Nach den Freiheitskriegen gab es zwar wieder ein Deutschland, aber die vorangegangenen Ereignisse hatten ihre Nachwirkung. Die deutschen Zustände erschienen unfertig, von zweifelhafter Zu=

kunft, — wie hätte man um deswillen aus der klaren, festen, durch den Gang der Dinge herbeigeführten, und durch große Erfolge lieb und theuer gewordenen Großmachtsstellung heraustreten sollen? Sehr begreiflich, daß dies nicht geschah und zuvörderst nicht einmal daran gedacht werden konnte. Man befand sich in gegebenen Verbindungen, insbesondere in der Verbindung mit Rußland, wovon loszukommen um so schwieriger wurde, nachdem sich das System der fünf Mächte in zwei Hälften gespalten hatte, die westliche und die östliche, welche letztere, wie schon bemerkt, gemeinhin die nordischen Mächte genannt wurde. Auch in der That ein ganz passender Name, denn es war Petersburg, woher der Wind blies, — ein kalter, tödtlicher Hauch für ganz Deutschland. Darauf kam das Jahr 1848 und infolge dessen das Einrücken der Russen in Ungarn, dann die Tage von Ollmütz und Warschau, und die nordische Verbindung wurde immer drückender, bis sie Louis Napoleon durch den Krimkrieg zersprengte und seitdem die heilige Allianz erlosch. Ein unsterbliches Verdienst, und zugleich eine That der Befreiung für Deutschland, so wenig dies auch die Absicht sein mochte.

Wer sich mit der deutschen Frage beschäftigt, muß vor Allem wissen, daß er sich inmitten der europäischen Entwicklung befindet, wo auch die Lösung unserer Probleme zu suchen ist, nicht in dem engen Kreise konstitutioneller Doktrinen. Wollt Ihr eine deutsche Nationalverfassung, so muß doch Deutschland zuvor ein selbstständiges Wesen geworden sein, und wie kann das geschehen, so lange es eine preußische und österreichische Großmachtspolitik giebt? Nun aber hat eben diese Großmachtspolitik durch die Auflösung des pentarchischen Systems und durch den Untergang der heiligen Allianz ihren früheren Halt und Sinn verloren. Jetzt ist es nicht nur möglich, sondern selbst durch die Lage der Dinge geboten, daß Preußen und Oesterreich als deutsche Mächte auftreten, und dadurch die seit so lange schon auf dem Papiere festgestellte und verheißene deutsche Gesammtmacht zur Verwirklichung gelangen lassen. Diese aber, einmal in's Leben gerufen, wird eine Macht sein, die

keiner anderen Allianzen bedarf, sondern woran vielmehr das ganze europäische Staatensystem seinen Halt und seinen Regulator finden wird*).

## 4.

Was ist nun zu thun, um Preußen und Oesterreich, deren Verhalten in dieser Angelegenheit durchaus entscheidend ist, auf den richtigen Weg zu bringen? Kann man sie dazu zwingen, wenn sie sich dagegen setzen? Die Bundesmaschinerie gewährt die dazu erforderlichen Mittel nicht, und ein deutsches Parlament wird auch nichts ausrichten. Was bleibt da zu machen oder zu hoffen?

Das Wirksamste ist immer die Schule der Noth, die große Erzieherin des Menschengeschlechtes, welche die eindringlichste Sprache spricht. Nur kommen ihre Lehren oft zu spät, nachdem die Geschicke schon unwiderruflich entschieden. Und gewiß, wenn es sich hier um die deutsche Zukunft handelt, so handelt es sich nicht minder um die Zukunft von Preußen und Oesterreich, deren Lebenskraft doch jedenfalls viel geringer ist, als die Lebenskraft der deutschen Nation, welche wohl eher eine Katastrophe zu überwinden vermag, als jene beiden Staatskörper. Dies wird man kaum irgendwo verkennen, und es hoffentlich nicht bis zu der äußersten Prüfung kommen lassen. Und wenn nichts Anderes dazu hilft, so dürfte vielleicht die gegenseitige Rivalität unserer beiden Großmächte das Beste thun, um über kurz oder lang einen Umschwung ihrer Politik zu bewirken, indem man sich von beiden Seiten drängt und treibt und endlich dadurch zu einem Ziele gelangt, wohin man vielleicht selbst nicht wollte. So sind einmal unsere Verhältnisse, daß oft das Uebel selbst das Heilsame ist, also in diesem Falle die großmächtliche Rivalität. Denn am Ende mag doch weder Oesterreich noch Preußen die Sympathie der deutschen Nation entbehren, und um sie zu

*) Vgl. über diesen ganzen Abschnitt unsere „Drei und dreißig Sätze vom deutschen Bunde" und „Untersuchungen über das europäische Gleichgewicht".

erlangen, muß man doch etwas thun. Thut dann etwa Oesterreich einen Schritt, — wie bald wird Preußen zwei thun, und Oesterreich ist wieder überholt. Da hilft es nichts, es muß jetzt drei thun, und Preußen wird dann wieder vier thun, und so überholt immer einer den anderen. Man drängt sich vorwärts aus purer Rivalität, oder was man in der Volkswirthschaft die Konkurrenz nennt, und dieses große soziale Gesetz, welches schon so viele Wunder bewirkt, wird uns endlich vielleicht auch zur deutschen Politik verhelfen.

Inzwischen bleibt kein anderes Mittel, als sich an die verständige Ueberlegung zu wenden, so viel oder so wenig auch damit erreicht werden mag. Einige Wenige giebt es doch immer, die sich nicht grundsätzlich jeder besseren Ueberzeugung und jedem neuen Gedanken widersetzen. Nun haben wir bereits in den vorstehenden Erörterungen von verschiedenen Seiten gezeigt, wie es sich eigentlich mit den sogenannten deutschen Großmächten verhält, nämlich daß sie in der That nur Glieder von Deutschland sind, nicht aber für sich bestehende Existenzen, wie etwa Frankreich oder England, mit denen sie auch nicht die allergeringsten Aehnlichkeiten haben, und das, meinen wir, muß wohl Jedermann einleuchten, der sich nicht absichtlich dagegen verblenden will. Dieses aber zugegeben, so verliert die sogenannte Großmachtspolitik ihre innere Berechtigung, und könnte nur durch äußere Umstände und zeitweilige Konjekturen motivirt werden, und darüber haben wir auch schon gesprochen und hier nur noch wenig hinzuzufügen, um dann das Urtheil zum Abschluß zu bringen.

Ist Selbsterkenntniß die Mutter der Weisheit, wie schon das Alterthum lehrt, so fordert eine weise Politik, daß man zuvörderst das Wesen seines Staates erforscht und dann seine Maßregeln danach einrichtet. Was sind denn aber Preußen und Oesterreich ihrem Wesen nach? Nichts weiter, als die großen deutschen Marken, die Nordmark und die Ostmark, und was sie sonst noch sein wollen, das gehört eben nicht zu ihrem Wesen, sondern ist ein Unwesen,

welches nicht etwa zu erhalten oder gar zu befördern, sondern abzuthun ist. Erkennen sie dieses ihr Wesen, so ist damit auch ihre Politik vorgezeichnet, insbesondere ihr Verhältniß zu Deutschland, und eine Bundespolitik ist dann die selbstverständliche Folge. Wie sehr aber müssen sich die Verhältnisse im Lauf der Zeit verschoben, und die Begriffe verwirrt haben, wenn diese großen deutschen Marken sogar die Bundesgenossen und Trabanten eines halbbarbarischen Reiches wurden, während sie doch ursprünglich grade zum Schutz gegen diese östliche Barbarei angelegt waren! Gewiß, es gehörten Jahrhunderte des deutschen Verfalles dazu, um diese eben so erstaunliche als beweinenswerthe Thatsache möglich zu machen, und es ist an keine Wiederherstellung Deutschlands zu denken, ohne einen gänzlichen Umschwung dieser Verhältnisse.

Hat das Vordringen Rußlands nach Westen das ganze europäische Staatensystem zerrüttet, und ist insbesondere die letze russische Erwerbung in Polen, die auf dem Wiener Kongreß sanktionirt wurde, ein unauslöschlicher Vorwurf für diesen Kongreß geworden, wie es damals selbst der Fürst Metternich aussprach, so sind es eben Preußen und Oesterreich, welche die Folgen davon hinterher am bittersten empfanden, indem ihre ganze Politik eben durch die russische Nachbarschaft und Bundesgenossenschaft verdorben und verfälscht wurde. Und wie es in der Natur der Dinge liegt, daß ein innerlich unwahres Verhältniß trotz momentaner und scheinbarer Vortheile zuletzt immer zum Unsegen führt, so wollen wir jetzt sehen, wie sehr dies auch hier geschehen ist.

Nach seinem Charakter als deutsche Nordmark, und seiner Lage wie seinen Interessen entsprechend, hätte Preußen seine politische Wirkungssphäre in den baltischen Ländern suchen müssen, aber dies eben gestattete die russische Bundesgenossenschaft nicht, vielmehr wurden durch das russische Grenzsystem die wichtigsten Lebensadern der preußischen Ostseeprovinzen selbst unterbunden. Somit aus seiner natürlichen Wirkungssphäre verdrängt, hat sich dann Preußen eine andere

Thätigkeit und ein künstliches Machtgebiet zu schaffen gesucht, in dem westlichen und südlichen Deutschland, was doch unvermeidlich die Eifersucht und Mißgunst aller übrigen deutschen Staaten erregen mußte, die dann in ihrem Widerstreben gegen Preußen doch selbst wieder in Rußland die sicherste Stütze suchen durften. Ließ sich wohl ein wirksameres Mittel erdenken, um ganz Deutschland in Verwirrung und Lähmung zu erhalten, während sich Preußen mit erfolglosen Projekten beschäftigte, um dafür seine allernächsten und wichtigsten Interessen Preis zu geben!

Andrerseits war Oesterreich nach seinem Charakter als deutsche Ostmark, und seiner Lage wie seinen Interessen entsprechend, auf den Orient angewiesen, aber gleichfalls durch Rußland aus seiner natürlichen Wirkungssphäre verdrängt. Und wohin hat es sich statt dessen gewandt? Vor Allem nach Italien. Das war der russischen Politik überaus angenehm, die es daher in aller Weise begünstigte, daß Oesterreich dort die hohe Polizei übernahm, und unter Umständen seine Truppen einrücken ließ, immer unter der Devise der „Solidarität der konservativen Interessen", einem Köder, womit man so manchen Gimpel gefangen. An die Pflege dieser konservativen Interessen hat dann Oesterreich seine Kräfte gesetzt, und ist dadurch in seiner inneren wie in seiner äußeren Politik in eine Richtung gerathen, welche die Monarchie an den Rand des Untergangs führte, indessen von der italienischen Herrlichkeit zuletzt nichts übrig geblieben ist, als neben dem zweifelhaften Besitz von Venetien die bitteren Erinnerungen an Niederlagen, und eine erdrückende Schuldenlast. Rußland hingegen verstand die konservativen Interessen anders. Es befestigte inzwischen seine Macht auf dem schwarzen Meere, am Kaukasus und in Hinterasien, bis an die Grenzen von China, und seine Diplomatie verbreitete ihr Netz über den ganzen europäischen Kontinent, am wirksamsten über Deutschland, welches im Jahre 1851 zu den Füßen des Czaren lag, und ohne den Krimkrieg vielleicht noch heute in dieser Lage wäre. Dies Spiel mit der konservativen Solidarität ist jetzt freilich abgenutzt, und von Rußland selbst aufgegeben.

Aber wird man nun endlich erkennen, was eigentlich der innere Kern der heiligen Allianz, und wer darin der Angeführte gewesen?

Wozu haben also die Illusionen unserer Großmachtspolitik geführt? Zu Schimpf und Schande, während der einfache und anspruchslose Charakter der deutschen Nordmark und Ostmark in der That ein ganzes System der Politik in sich schließt, — einer Politik, die in weiser Selbstbeschränkung nur um so gewisser auf wirkliche Erfolge rechnen darf, und zwar Erfolge immer zugleich für Preußen und Oesterreich, wie für ganz Deutschland, dessen Schwert und Schild diese beiden Mächte genannt werden. Ja, möchten sie es nur sein, so wäre ja die Bundespolitik schon da! Denn wenn sie in der That das Schwert und Schild von Deutschland sind, so muß doch eben Deutschland selbst der politische Körper sein, und dieser politische Körper hat seine rechtliche Existenz im Bunde.

## 5.

Werfen wir hierauf noch einen Blick auf die deutschen Parteien, um zu sehen, wie sie über diese Angelegenheit denken, und sich praktisch zu derselben verhalten.

Sollte man nicht meinen, nachdem seit sechszehn Jahren so viel über die deutsche Frage gesprochen und geschrieben, auch so mancherlei versucht worden, daß wenigstens dieser eine Punkt im Reinen sein müßte, der, wie wir zeigten, den allein möglichen Anfang einer praktischen Lösung bildet? Aber weit gefehlt, man geht in diesem Punkte weit aus einander. Ja man scheint ihn kaum ernstlich untersucht zu haben, und eben darum ist man noch nicht einmal zum Anfang des Anfangs gekommen.

### a.

Am weitesten von diesem Anfang des Anfangs steht die neupreußische Reaktionspartei, der sich einige verwandte Elemente im nördlichen Deutschland anschließen, im südlichen Deutschland kaum irgend welche, weil dort der Feudalismus, worin diese

Leute ihre vornehmste Stütze suchen, schon allzusehr der Auflösung verfallen ist, und Niemand mehr davon hören mag.

Die politischen Ansichten dieser Leute ruhen wesentlich auf den Ideen des territorialen Fürstenthums, und zwar nach dem Charakter, den dasselbe infolge der Reformation erhielt. Also im Mittelpunkt steht der Landesherr, um ihn herum die getreuen Stände, d. h. die Ritterschaft mit einigen Ueberbleibseln kirchlicher Stiftungen, und dann einzelne privilegirte Städte. Das Ganze verbunden durch das gemeinsame göttliche Recht, welches zwar in dem Landesherrn gipfelt, aber in der Ritterschaft wie in der Kirche nicht minder ursprüngliche Wurzeln hat, den bürgerlichen Korporationen hingegen nicht ursprünglich zukommt, sondern nur durch landesherrliche Gnadenbewilligung mitgetheilt ist, während der Bauernstand von Rechtswegen durch die gnädige Grundherrschaft zu vertreten wäre, aber durch eine höchst widerliche und doch nicht wieder rückgängig zu machende Neuerung jetzt auch zu den Landständen gehört. Endlich ein entschieden konfessionelles Gepräge, so daß der Konfessionalismus dem Territorium inhärent ist, und die Religion selbst mit dem Grund und Boden verwachsen erscheint, wie das bürgerliche und öffentliche Recht, — der bis zur letzten Konsequenz fortgeschrittene Feudalismus.

Bliebe man nun auf dieser Grundlage stehen, und suchte diese Ideen, so weit es eben gehen mag, fortzubilden, so wäre es ein veralteter Standpunkt zu nennen, aber es wäre doch Logik und Methode darin, und immerhin könnte sich eine ehrenwerthe Gesinnung damit verbinden. Man müßte dann rundweg auf das Zeitalter von Kurbrandenburg zurückkehren, wie es vor dem großen Kurfürsten war, was gewiß auch für die Herrn Stände das Vortheilhafteste wäre, — doch ach, es ist leider nicht möglich, und nicht einmal daran zu denken. Denn wo bliebe dabei die Machtstellung des heutigen preußischen Staates, welche doch eine zu massive Thatsache ist, als daß man davon abstrahiren könnte? Und wie würden diese Leute mit ihren Expektorationen irgendwo Gehör finden, wenn sie nicht gleichzeitig dem preußischen Ehrgeiz schmeichelten? So wird denn die Idee des

alten ständischen und konfessionellen Territorialfürstenthumes mit der modernen Großmachtsidee verquickt, wozu sie wie die Faust auf's Auge paßt, und alsbald entsteht ein wahres Hexengebräue aus dieser widerlichen Vermischung. Ist doch die moderne Großmacht ein rein weltliches und rationalistisches Wesen, in einer Zeit gebildet, wo die Staatskunst nur die Quadratmeilen, die Rekruten und die Steuern berechnete, jetzt aber wird dieses Wesen in das Gewand des göttlichen Rechtes gekleidet, und die Großmachtsidee selbst gewissermaßen dem Dogma der Landeskirche einverleibt. Auch der ganze Apparat dieser modernen Großmacht soll damit eine religiöse Weihe erhalten, insbesondere die Armee, grade wie wenn etwa die Kavallerieregimenter ein Abbild der himmlischen Heerschaaren, und die Kadettenhäuser göttliche Stiftungen wären. Fast wie in der muhamedanischen Welt will man eine förmliche Militairreligion zurecht machen, mit ihren besonderen Glaubensartikeln, ein neupreußisches Christenthum, mit seinen Aposteln und Heiligen, und wo diese ihren Segen sprechen, da ist das Ding geweiht. Mögen es auch höchst weltliche Gelüste und Bedürfnisse sein, wie sie sich in einer modernen Großmacht zu regen pflegen, — diese Großmacht ist von Gott, und göttlich sind ihre Triebe, indessen das göttliche Recht der übrigen deutschen Territorialfürstenthümer sofort zum bloßen „Souveränitätsdünkel" herabsinkt, wo es irgend wie diese göttlichen Triebe geniren sollte. Ein Abgrund der Verwirrung zugleich wie der Verworfenheit, worin ein solches Treiben nothwendig endigen muß.

Sehen wir jetzt, wie sich diese Partei zu der deutschen Aufgabe stellt.

Principaliter bleibt sie bei dem status quo. Mag also der deutsche Bund, da er doch einmal zu Rechte besteht, nach seiner bisherigen Weise fortvegetiren. Als Polizeianstalt ist er immer recht brauchbar, und als solche zu achten, vorausgesetzt, daß die ganze Maschine unter der Direktion der beiden Großmächte steht. Sollten gleichwohl Veränderungen unvermeidlich werden, so wäre das Ein=

fachste und Vortheilhafteste eine Theilung des ganzen Bundesgebietes zwischen Preußen und Oesterreich.

Das ist also der deutsche Beruf dieser beiden Großmächte, daß sie die deutsche Entwicklung darniederhalten, oder allenfalls die ganze Nation absorbiren, und durch die Theilung für immer vernichten, indem an die Stelle der deutschen Nation eine preußische und österreichische Nation träte, — vorausgesetzt nämlich, daß so ein Ding wie eine preußische und österreichische Nation möglich wäre, welches für alle Diejenigen, die etwas von unserem Nationalleben verstehen, ganz außer Frage bleibt. Damit endlich diese Politik um so sicherer gelinge, muß man sich im Osten den Rücken decken durch Wiederherstellung der heiligen Allianz, wonach die Neupreußen schmachten, wie nach der Wiederkunft des Messias. Sehen sie doch in dem heiligen Rußland das eigentliche Vorbild, wonach das immer noch nicht recht zu Stande gekommene heilige Preußen einzurichten wäre, und den Kaiser Nikolaus haben sie ausdrücklich ihren Vater genannt. Zu welcher Nation müssen wohl die Kinder gehören?

b.

Im direkten Gegensatz zu dieser Partei stehen die Kleindeutschen oder Gothaer, nach ihren politischen, sozialen und religiösen Prinzipien. Sie erscheinen in ihrem ganzen Denken und Treiben von den Neupreußen so verschieden, wie wenn es zwei verschiedene Menschenracen wären, nur daß wunderbarer Weise zuletzt doch noch ein sehr bemerkenswerther Zusammenhang hervortritt.

Den Kleindeutschen ist die heilige Allianz ein Gegenstand des Abscheues, und anstatt nach Osten zu blicken, wünschen sie vielmehr die innigste Verbindung mit dem Westen. Also genau das andere Extrem, während hier die Wahrheit recht eigentlich in der Mitte liegt, weil eben Deutschland die in sich selbst ruhende Mitte des ganzen Europa's sein muß. Sie wollen nicht das alte Territorialfürstenthum, sondern den modernen Konstitutionalismus, keine ständische Gliederung, auch keine Korporationen mit politischen Rechten, son=

dern vor Allem freie Vereine nach den Prinzipien des Freihandels; am allerwenigsten einen konfessionellen Charakter des Staates, sondern gänzliches Heraustreten des Staates aus allen religiösen Beziehungen, ihre religiösen Ansichten selbst aber sind wesentlich rationalistisch, und danach ihre Weltanschauung, für welche die geschichtlichen Elemente der Staatenbildung ganz gleichgültig erscheinen. Ein rationelles Schema nach Zweckmäßigkeitsrücksichten soll Alles ordnen und entscheiden. Nach solchen Ideen und mit solchen Mitteln wollen sie den ganzen Komplex der außerösterreichischen deutschen Länder zu einem politischen Ganzen organisiren, in welchem die Einzelstaaten nur noch als Provinzen erhalten bleiben.

Gewiß ein schwieriges Unternehmen, wobei man auf einen kaum zu überwindenden Widerstand gefaßt sein muß. Und hier tritt nun eben der Punkt ein, wo sich die Kleindeutschen an das spezifische Preußenthum anlehnen, und dadurch selbst den Neupreußen verwandt werden. Sie wollen demnach die preußische Staatskraft zu ihrem Unternehmen benutzen, welche den zu erwartenden Widerstand brechen und die Unifikation ausführen soll, sei es durch moralische Eroberungen, oder durch Annektiren, oder Revolutioniren, oder wie es immer gehen mag. Natürlich muß dann Preußen für seine Dienste belohnt werden. Es wird also selbst der Kern des Ganzen und übernimmt die Regierung, etwa nach der früher projektirten Unionsverfassung, an deren Lebensfähigkeit auf diesem Standpunkt nicht gezweifelt werden darf. Man glaubt eben daran. Und was wäre überhaupt eine Partei, die nicht an sich selbst glaubte?

Die Kleindeutschen haben also auch ihren Glauben, der Glaube aber ist immer unkritisch, und so würde sich leicht zeigen lassen, daß die Unklarheit und Verwirrung bei dieser Partei kaum minder groß ist als bei den Neupreußen. Bemerken sie doch nicht einmal, wie sie mit ihren eigenen Projekten den Neupreußen in die Hände arbeiten, indem sie ja selbst das spezifische Preußenthum befördern, d. h. den ausgesprochensten Partikularismus. Seltsamer Widerspruch, wenn man doch grade den deutschen Partikularismus überwinden will!

In Summa, die deutsche Frage verwandelt sich hier in ein konstitutionelles Experiment, und die Lösung ist kurzweg die Auflösung des Bundes, indem einerseits Oesterreich ausgeschieden, andrerseits die übrigen Staaten zu einem neuen Ganzen verschmolzen werden, unter der Direktion von Preußen, zu welchem sie dann nicht mehr im Bundesverhältniß, sondern im Subjektionsverhältniß stehen. Keine Ahnung von dem Zusammenhange der deutschen Frage mit der europäischen Politik! Von einer Bundespolitik aber kann hier überhaupt nicht die Rede sein, wo vielmehr der Bund selbst verschwindet.

c.

Anders die Großdeutschen, welche den Bund nicht nur erhalten, sondern wo möglich erweitern wollen, indem sie insbesondere den ganzen Komplex der österreichischen Länder in den Bund hineinzuziehen beabsichtigen.

Wie nämlich die Kleindeutschen sich an Preußen anlehnen, so die Großdeutschen an Oesterreich, und eben darin liegt ihr unterscheidender Charakter. Eigenthümliche Prinzipien, seien es politische, soziale oder religiöse, treten hier wenig hervor, sondern als vereinigendes Band erscheint fast nur das gemeinsame Widerstreben gegen die kleindeutschen Tendenzen, und gegen die Ausbreitung des preußischen Einflusses, welchem der österreichische entgegengesetzt wird. Man kann sagen, es ist der Versuch eines Gegenvereins gegen den Nationalverein, ausgegangen von den Parteigängern Oesterreichs, mit einiger gouvernementaler Unterstützung in den Mittelstaaten. Danach sind denn auch die Elemente, worunter sich Leute von sehr verschiedenen Ansichten finden, von der ausgesprochenen Reaktion bis zur ausgesprochenen Demokratie, die Meisten aber wohl zum Ultramontanismus gehörig. Das Ganze ist schwächlich, weil ohne inneres Prinzip.

Gleichwohl liegt der Fortschritt darin, daß der Idee einer Bundespolitik doch wenigstens vorgearbeitet wird, und hier zeigt sich schon,

was wir früher bemerkten, daß eben die Rivalität zwischen Preußen und Oesterreich allmälig zur Bundespolitik führen wird. Oesterreich gab den Anstoß zu dieser großdeutschen Vereinigung, als einem Schachzug gegen Preußen, und trat dann mit seiner Reformakte auf, die, wenn sie zur Geltung gelangte, allerdings dem Bunde eine große politische Wichtigkeit geben würde, aber natürlich ganz im österreichischen Sinne, nämlich als die breite Basis der österreichischen Politik. Darum sollte zunächst die Bundesmaschinerie geändert und die Bundeskompetenz erweitert werden, und dann das österreichische Präsidium, welches wenig bedeutet, so lange der Bund nur ein passiver Körper bleibt, sich zur dirigirenden Macht erheben. Dieses erreicht, so würde die etwaige politische Thätigkeit des Bundes wesentlich unter österreichischem Einfluß stehen, und die Politik des Bundes der Sache nach mit der österreichischen zusammenfallen.

Wäre es Ernst damit gewesen, dem Bunde eine politische Aktivität zu geben, so hätte es der Reformakte nicht bedurft, sondern man hätte mit der Praxis selbst beginnen können, aber eben dies wollte man nicht, während es doch so aussehen sollte, als ob man dem Bunde ein neues Leben geben wollte. Da mußten es nun die Umstände so wunderbar fügen, daß schon wenige Monate nach dem Fürstentage, wo in so geräuschvoller Weise die Reformakte verkündigt war, sich die beste Gelegenheit darbot, die österreichischen Intentionen auf eine praktische Probe zu stellen, in der schleswig-holsteinschen Angelegenheit. Und wie fiel diese Probe aus? Das ist noch in aller Erinnerung, Oesterreich trat unumwunden mit seiner Großmachtspolitik hervor, und diese Präsidialmacht kannte keinen besseren Beruf, als eine etwaige Bundespolitik zu verhindern.

Das war doch etwas allzu plump, und wer es sonst noch nicht wußte, was eigentlich hinter dem Großdeutschthum steckt, dem mußten jetzt endlich die Augen darüber aufgehen. Nämlich, daß es nichts weiter ist als ein verschönernder Name für Großösterreich, wozu sich daher in Zukunft auch nur noch die erklärten Parteigänger Oesterreichs werden bekennen wollen, denn es ist nicht mehr möglich, die

großdeutschen Projekte für eine Lösung der deutschen Frage auszugeben *).

d.

So wird die deutsche Nation hin und her gezerrt zwischen Preußen und Oesterreich, und die Kleindeutschen wie die Großdeutschen stimmen darin überein, daß sie in ihren Entwürfen nicht von der deutschen Nation ausgehen, sondern von diesen Großmächten, woran sie auch ihren praktischen Anhalt suchen.

Sieht man nicht deutlich, wie sehr das Großmachtssystem noch in den Köpfen spukt, und wie unerläßlich es ist, sich zuvor über diesen Punkt aufzuklären, wenn die deutsche Bewegung je in eine richtige Bahn kommen soll? Oder ist es etwa die Bestimmung der deutschen Nation in Preußen und Oesterreich aufzugehen, grade wie wenn diese Mächte etwas Besseres und Größeres wären als Deutschland, von welchem sie doch selbst nur Glieder sind, und dem sie selbst Alles verdanken, was sie sind und haben? Soll sich der Körper den Gliedern anfügen lassen, oder nicht viel mehr die Glieder sich dem Körper einfügen? Deutschland kann nicht preußisch oder österreichisch werden, sondern Preußen und Oesterreich müssen deutsch werden. Das allein ist eine Wiederherstellung Deutschlands, während jenes vielmehr der Untergang wäre.

6.

Fühlen und benehmen sich die beiden Großmächte als Bundesglieder, und haben sie den gemeinsamen Willen, dem Bunde eine politische Thätigkeit zu geben, so wird die mangelhafte Bundesverfassung kein Hinderniß dabei sein, welches sich nicht mit einiger Einsicht und Geschicklichkeit gar leicht überwinden ließe. Umgekehrt aber, wenn sie dem widerstreben, so besitzen sie zwar keineswegs die Macht, den Bund zu jeder beliebigen Maßregel zu zwingen, aber um zu verhin-

*) Vgl. unsere Schrift: „Der dänische Erbfolgestreit und die Bundespolitik“.

dern reicht ihre Macht sehr weit, wie es auch nach Lage der Dinge nicht anders sein kann, und in unseren Tagen wieder in der schleswig-holsteinschen Angelegenheit zu sehen ist.

Oder woran liegt es denn, wenn der Bund in dieser Angelegenheit nicht die Wirksamkeit entfaltet hat, die ihm von Rechtswegen zukäme? Es ist ein Allerweltsgeheimniß, daß es eben die Großmächte sind, welche den Bund lahm legten. So lange man aber durch absichtliche Verdrehung des Sachverhältnisses die Begriffe darüber zu verwirren fortfährt, ist keine Hoffnung zu einer gründlichen Besserung unserer Zustände. Denn Alles, was man gegen den Bund sagt, trifft immer nur das Sympton des Uebels; man muß die Quelle kennen, wenn man es heilen will, die Quelle ist aber nicht am Main zu suchen, sondern an der Spree und an der Donau.

Indessen zeigt doch grade der gegenwärtige Fall, wie groß die innere Macht der deutschen Bewegung ist. Die Großmächte haben den Bund zu hindern, aber keinesweges ihre eigene Politik durchzuführen vermocht, sondern sie sind selbst in eine Richtung gedrängt, die sie nicht wollten, so daß sie am Ende selbst anerkennen und befördern mußten, was sie ursprünglich verwarfen. Wie man sich auch drehen und wenden mag, das Schlußresultat muß dem Bunde zu Gute kommen, und das System der Großmachtspolitik ist untergraben. Wären Preußen und Oesterreich wirklich das, was doch ihr Großmachtstitel anzudeuten scheint, nämlich für sich selbst bestehende abgeschlossene Körper, — warum haben sie denn ihren Willen nicht durchgesetzt, wozu doch die materiellen Machtmittel im Ueberfluß vorhanden waren? Aber da zeigt sich eben, daß Staaten noch etwas Anderes sind als eine Summe von materiellen Machtmitteln, denn es erschien hier eine geistige Macht, deren die sogenannten Großmächte durchaus nicht Herr werden konnten, sondern vor der sie die Segel streichen mußten, nämlich der deutsche Nationalwille.

Ach, wo bleibt denn nun Eure Großmächtigkeit? Wäret Ihr Staaten wie Frankreich und England, von eignem Prinzip und eigner Entwicklung, so könnte Euch das nicht begegnen, daß sich ein

Wille aufthut, den Ihr eurerseits nicht beherrschen könnt, der hingegen Euch selbst erfaßt, und treibt, wohin Ihr nicht wollt. Aber Ihr seid nicht solche Körper mit eigner Seele, wie Frankreich und England, sondern Ihr seid nur Glieder eines Körpers, und dieser Körper allein hat eine Seele, und diese Seele durchdringt die Glieder, man kann es trotz aller Großmächtigkeit nicht hindern. Deutschland ist dieser Körper, es hat so eben bewiesen, daß es kein bloßer Gedanke, sondern ein lebendiges Wesen ist, und zwar so mächtig, daß sich zwei Großmächte vor ihm beugen mußten. So beurtheilt man die Sache im Auslande, und so beurtheilt sie insbesondere die deutsche Nation, und die preußisch-österreichische Großmachtspolitik hat grade das Gegentheil von dem bewirkt, was sie beabsichtigte, denn sie hat das Selbstgefühl der deutschen Nation erweckt, die sich von dem Großmachtssystem in Zukunft nicht mehr imponiren lassen wird. Hat man doch gesehen, wie einige deutsche Mittelstaaten und Kleinstaaten die Stützen einer Bewegung wurden, gegen welche die Großmächte nichts vermochten, und wie selbst ein kleiner länderloser Fürst im Angesicht der preußischen und österreichischen Truppen die Stellung behaupten konnte, die man ihm ausdrücklich bestritt. Darüber täusche man sich nicht, diese Erfahrung wird unvergessen bleiben und ihre Früchte tragen!

Und ist es nicht der Bund, der diese Früchte erndten wird? Es kann nicht anders sein, denn der Bund repräsentirt Deutschland, und mit Deutschland kommt der Bund empor. Freilich ist es nicht die Bundesmaschinerie gewesen, woraus die Kraft entsprang, vor welcher sich die Großmächte beugen mußten, aber ganz unbestreitbar hat doch der Bund dem Nationalwillen zum Anhalt gedient, und ohne den Bund wäre diese Wendung der Dinge nicht möglich gewesen. Denn so lahm er immer sein mag, — er ist ein bestehendes Rechtsverhältniß von europäischer Geltung und das ist in der Politik von großer Bedeutung. Wo wäre wohl der Herzog Friedrich geblieben, wenn ihn die Bundeskommissaire nicht schützten, die doch nur eine

kleine Streitmacht zu ihrer Verfügung hatten? Aber die Bundeskommissaire antasten hieß den Bund umstoßen, und den Bund umstoßen hieß Europa provoziren. Und es hieß zugleich die deutsche Nation provoziren, welche in diesem Falle hinter dem Bunde stand.

Wollte doch Gott, daß sich die Gefühle und Gedanken der Nation immer so auf den Bund richteten, wie es damals geschah, und was dem Bunde damals eine so große moralische Macht gab! Fürwahr, das wäre die allerwirksamste Bundesreform. Dann würden die in ihm schlummernden Kräfte bald lebendig werden, und die Lahmheit und Thatlosigkeit verschwinden, die man nicht aufhört dem Bunde vorzuwerfen, während es doch vor Allem an der deutschen Nation liegt, die stockende Maschinerie in Gang zu bringen, sobald sie sich nur mit ihrem Willen dahinterstellt, anstatt sich von den Netzen der alten Großmachtspolitik umgarnen zu lassen, wodurch man zuvörderst den Bund in Fesseln legt, um ihn dann hinterher desto besser schmähen zu können. Aber der Bund ist vielmehr als das Palladium der deutschen Nation anzusehen, indem er derselben doch wenigstens die Möglichkeit bietet, sich zur politischen Macht zu entwickeln, was hingegen das Großmachtssystem (wonach es überhaupt keine deutsche Nation geben soll, sondern wo möglich eine preußische und österreichische) mit allen Kräften zu verhindern sucht, nur glücklicherweise nicht verhindern kann, wie der vorliegende Fall selbst am deutlichsten zeigt.

Die deutschen Großmächte haben die schleswig-holsteinische Sache so viel als möglich dem Bunde aus den Händen zu nehmen und auf das Gebiet der hohen europäischen Politik zu ziehen gesucht, wo nach der herrschenden Theorie nur die sogenannten Großmächte zu erscheinen haben, denen sich gleichzustellen der deutsche Bund doch nicht wagen durfte, — aber siehe da, es geschah dennoch, und der Bund mußte sogar ausdrücklich eingeladen werden, an den Londoner Konferenzen theilzunehmen. So erschien er denn, und

zum ersten Mal seit seiner Begründung hat er einen eignen diplomatischen Vertreter erhalten, um in dem europäischen Konzerte seine Rolle zu spielen.

Man täusche sich auch hierüber nicht, es ist eine Sache von großer Tragweite, so unscheinbar sie aussieht, es ist der Anfang eines Umschwunges der deutschen Angelegenheiten, und kann nicht ohne Folgen bleiben für die ganze europäische Politik. Wer daran noch zweifeln sollte, der blicke nur auf einen ähnlichen Vorgang, welcher vor acht Jahren auf dem Pariser Kongresse stattfand. Wie wichtig war es doch, daß damals zur Seite der Großmächte Sardinien erschien! Dieser Staat ist seitdem nicht wieder von der Bühne der hohen Politik zurückgetreten, und welche große Folgen sind daraus entsprungen!

Immer ist der erste Schritt der allerschwerste, der also jetzt gethan ist. Und so wird auch der Bund, nachdem er einmal in die europäische Politik eingetreten, — es sei den deutschen Großmächten lieb oder leid, — sich nicht wieder zu der alten Passivität zurückführen lassen, sondern es geht vorwärts in der Bundespolitik, die hiermit thatsächlich begonnen hat.

# VII.

# Verschiedene Ansichten über das deutsche Staatensystem und den Gang der deutschen Entwicklung.

1. Ansicht von Riehl. 2. Der kleindeutsche Standpunkt. 3. Häußer. 4. Von Sybel. 5. Droysen. 6. Onno Klopp und die Großdeutschen. 7. Allgemeine Bemerkung über die deutsche Geschichtsschreibung.

---

Wie man auch über die zukünftige Entwicklung der deutschen Verhältnisse denken mag, immer werden die Pläne, die man zu diesem Ende entwirft, auf dem Bilde beruhen, welches man sich von der gegenwärtigen Lage der Dinge macht, die Auffassung der Gegenwart aber wird wiederum bedingt sein durch die Ansichten, die man von der Vergangenheit hat. Das Eine steht mit dem Anderen im innigsten Zusammenhang, und so haben wir nicht umhin gekonnt, in den vorhergehenden Betrachtungen unsere Ansicht über die Genesis des deutschen Staatensystemes darzulegen, worauf sich unsere Auffassung des heutigen Zustandes gründet, und woraus dann wieder die praktischen Forderungen entspringen, die wir bereits aufstellten und noch weiter aufstellen werden.

Es handelt sich hier um die Grundlage unserer ganzen nachfolgenden Deduktion, welche mit jenen Ansichten steht und fällt. Ehe wir jetzt weiter gehen, wollen wir daher noch einmal auf diese Grundlage zurückblicken, um unsere Ansichten über die Entstehung des deutschen Staatensystemes und über den inneren Trieb der deutschen Geschichte noch klarer zu machen, indem wir sie mit den Ansichten Anderer vergleichen, die uns mehr oder weniger entgegenstehen und, von bedeutenden Talenten getragen, einen erheblichen Einfluß auf das öffentliche Urtheil gewonnen haben, ja selbst die geistige Basis

von Parteitendenzen bilden, welche wir auf unserem Standpunkt durchaus bekämpfen müssen. Es wird dann um so deutlicher werden, worauf es uns ankommt, und der geneigte Leser um so besser im Stande sein, unseren Gedankengang zu verfolgen und zu prüfen.

1.

Wir haben als die beiden Hauptfaktoren der Genesis des deutschen Staatensystemes bezeichnet: die alten deutschen Stammherzogthümer und die östlichen Markgrafschaften, und sind dadurch zu dem Unterschied eines westlichen und östlichen Deutschlands gelangt, wovon das letztere vorzugsweise durch zwei Staatskörper repräsentirt wird, nämlich die sogenannten Großmächte, während die deutschen Mittel- und Kleinstaaten vorzugsweise dem westlichen Deutschland angehören. Wir sagen vorzugsweise, denn wir betrachten hier die Dinge nur im Großen und Ganzen, wohl wissend, daß es einige Punkte giebt, welche dieser Totalansicht zu widersprechen scheinen, worüber wir aber schon eine Erklärung gegeben, und später noch das Nöthige sagen werden. Auch meinen wir doch, daß die obige Unterscheidung dem Totaleindruck entspricht, den sowohl die Karte von Deutschland, wie die großen Wendungen der deutschen Geschichte machen. Preußen und Oesterreich basiren im östlichen Deutschland und sind erst emporgekommen, nachdem die eigentliche Kaisergeschichte, die ihre geographische Basis im westlichen Deutschland hatte, zu Ende gegangen, nämlich nach dem Sturz der Hohenstaufen, worauf das westliche Deutschland der Zersplitterung verfiel, und allmälig die ganze deutsche Geschichte einen anderen Charakter annahm.

Diese Thatsachen sind ebenso bekannt als folgereich. Auch dürfte es kaum einen deutschen Geschichtsschreiber geben, der nicht jene Verschiebung des Schwerpunktes von Westen nach Osten bemerkt, und als eine wichtige Veränderung hervorgehoben hätte. Wenn dem aber so ist, so werden eben hier die Elemente zu suchen sein, wonach der Charakter der in Folge jener Ereignisse eingetretenen Staatenbildung zu beurtheilen ist, — Ereignisse, die zugleich

den Wendepunkt der ganzen mittelalterlichen Entwicklung bezeichnen, deren innerster Kern in den Kämpfen zwischen Kaiserthum und Papstthum hervortritt, worin die Katastrophe der Hohenstaufen als der großartigste Akt erscheint. Was Wunder, wenn in Folge dessen alle deutschen Verhältnisse sich verschoben! Das deutsche Kaiserthum war nach seiner wesentlichen Bedeutung gebrochen; Kaiser Heinrich VII. machte den letzten aber vergeblichen Versuch es zu erneuern, und so war denn auch das alte Deutschland gebrochen, die Macht verschob sich nach Osten, in die deutschen Kolonialländer. Der Kaiserthron wurde zunächst nach Böhmen gerückt, dann sogar nach Ungarn und von da wieder nach Wien, wo er stehen blieb, und dann allmälig das Kaiserthum mit dem österreichischen Territorialfürstenthum in eins verschmolz. Dies geschah im Südosten, im Nordosten hingegen breitete sich die Mark Brandenburg aus, und gewann unter dem letzten Markgrafen aus dem Hause Anhalt eine solche Ausdehnung, daß sie bis nahe an die Ostsee und an die Weichsel reichte. Neben ihr die deutsche Ordensherrschaft bis an den Peipussee, und dies Beides sind die Grundlagen, worauf sich später der moderne preußische Staat erhob. Kann man diese Thatsachen irgendwie in Abrede stellen? Und wenn man es nicht kann, so ist damit auch der wesentliche Charakter der beiden deutschen Großmächte festgestellt, wie zugleich ihr Unterschied von den übrigen deutschen Staaten, und überhaupt der Unterschied zwischen dem westlichen und östlichen Deutschland.

Nun vergleiche man damit, wie Riehl in seiner Naturgeschichte des deutschen Volkes die ganze Gliederung Deutschlands auf den Unterschied des zentralisirten und individualisirten Landes zurückführen will. Wir sagen nicht, daß ein solcher Unterschied überhaupt nicht bestehe, oder bedeutungslos sei, aber es muß doch sogleich auffallen, wie die Riehl'sche Ansicht lediglich auf der Anschauung gegenwärtiger Zustände beruht, und den ganzen Prozeß der geschichtlichen Staatenbildung bei Seite läßt. Grade wie wenn es sich nur um ein Landschaftsbild handelte, wobei man nicht nach

dem Naturprozeß fragt, wodurch die Landschaft so geworden ist, wie sie jetzt erscheint, sondern eben nur die Erscheinung selbst auffaßt. Kann das irgendwie genügen, oder überhaupt nur für zulässig erachtet werden, wenn man nach dem Wesen des deutschen Staatensystems fragt, da es doch grade der geschichtliche Prozeß ist, wodurch die Staaten ihr Gepräge erhalten?

Und wohin führt solches Verfahren? Riehl bezeichnet als zentralisirte Länder: Preußen, Oesterreich und Baiern, so daß ihm diese drei als gleichartig erscheinen. Was hat aber wohl Baiern mit Preußen gemein? Ich denke so viel als gar nichts, außer daß eben beide zu Deutschland gehören, aber davon ist hier nicht die Rede, denn deutsches Leben findet sich in allen unseren Staaten, nur der spezifische Charakter dieser Staaten ist hier zu betrachten, und danach ist der Unterschied zwischen Preußen und Baiern so augenfällig, daß man kaum einen Vergleich versuchen kann. Mehr Aehnlichkeit scheint vielleicht Baiern mit Oesterreich zu haben, aber worin besteht sie denn? Etwa in der Basis der öffentlichen Gewalt, welche in Baiern aus dem alten Stammherzogthum hervorging, in Oesterreich hingegen, wie schon bemerkt, aus der Verschmelzung der Territorialgewalt mit dem Kaiserthum, also gänzlich anders. Oder etwa in der inneren Gliederung? Welche Aehnlichkeit haben die baierschen Kreise mit den österreichischen Kronländern? So viel als gar keine. Und welche Aehnlichkeit hat ferner die baiersche Verfassung, und respektive die baiersche Armee, mit der österreichischen? Abermals so viel als gar keine. Wo ist denn also eine Spur von Aehnlichkeit? Lediglich in dem Volksleben, welches in dem eigentlichen Altbaiern allerdings dem Volksleben in Oberösterreich, Salzburg und Tyrol ziemlich ähnlich ist, wie es bei so naher Stammverwandtschaft und Nachbarschaft auch nicht anders sein kann. Aber wie wenig ist damit für die Charakteristik der beiderseitigen Staatskörper gewonnen?

Ueberhaupt betrachtet Riehl nur die soziale Seite, und dagegen wäre freilich nichts zu sagen, wenn er sich nur dessen bewußt

bliebe, und keine politischen Konsequenzen daran knüpfen wollte, die sich als gänzlich unhaltbar erweisen. Ja, selbst nach der sozialen Seite liefert er eben nur Schilderungen, sehr ausgezeichnet durch glückliche Auffassung, feine Beobachtung und geistreiche Darstellung, aber es liegt ihm fern, die Elemente zu analysiren und die Kräfte zu erforschen, welche das Leben bilden. Handelt es sich dann um praktische Fragen, und wollte man dieses oder jenes soziale Problem zu lösen suchen, so läßt uns Riehl fast gänzlich rathlos. Noch mehr, wenn es Verfassungsfragen gilt, und zuletzt die große deutsche Frage, welche durch die Theorie von zentralisirtem und individualisirtem Lande um gar nichts gefördert, sondern vielmehr verdunkelt wird, indem an die Stelle politischer Gesichtspunkte ästhetische Anschauungen treten. Denn das ist eben der Kern der Riehlschen Arbeiten, daß er den ästhetischen Eindruck wiedergiebt, welchen die Dinge auf ihn machen, und daher auch der unterhaltende Charakter seiner Schriften, dem sie ihre weite Verbreitung verdanken, womit aber in der Politik sehr wenig anzufangen ist, — ein Urtheil, welches auch Mohl ausspricht.

## 2.

Fragen wir nach dem spezifischen Charakter der einzelnen deutschen Staaten, so müssen wir ihre Genesis erforschen, und fragen wir nach der Bedeutung, welche sie für das deutsche Gesammtleben haben, so müssen wir das Gemälde der ganzen deutschen Nationalentwicklung vor unseren Augen aufrollen, wo dann das Eine zugleich mit dem Anderen erkannt wird. Wir müssen daher bis auf die ersten Anfänge zurückgehen, und von da aus den Faden der Ereignisse bis in die Gegenwart verfolgen, dann werden wir auch mit einiger Zuverlässigkeit bestimmen können, wohin der Zug der Dinge gerichtet ist.

Nur in dem Ganzen ihrer Entwicklung erschließt sich das innere Wesen einer Nation. Die verschiedenen Perioden sind wie die Akte eines Dramas, die sich gegenseitig auf einander be iehen, nicht ein=

zeln für sich zu beurtheilen, und je nach der Periode nehmen die großen Faktoren der Nationalentwicklung eine sehr verschiedene Stellung ein. Denn Alles ist in steter Veränderung begriffen, und was in einer Periode im Vordergrund erscheint, tritt in einer anderen zurück. Dies darf man nie vergessen, um nicht in schiefe Ansichten zu verfallen, indem man zeitweilige Stellungen für unveränderliche Grundlagen hält.

Wie ganz anders als heute erscheint doch Deutschland in der Periode der großen Kaiser, wo die heutigen Großmächte als solche noch gar nicht existirten, von Preußen sogar nur die ersten Rudimente vorlagen, und Berlin noch ein Dorf war! Dann von Rudolph von Habsburg bis zur Reformation entwickelt sich die habsburgisch-österreichische Macht, aber die heutige österreichische Monarchie ist gleichwohl noch nicht da. Sie entsteht erst nach der Reformation, von Ferdinand I. an, und wird dann allmälig die herrschende Macht in ganz Deutschland, während die Länder, welche den Kern des heutigen preußischen Staates bilden, damals nur wenig bedeuteten. Aber nach dem westphälischen Frieden kamen sie auch empor, während das alte westliche Deutschland immer ohnmächtiger wurde, und endlich die deutsche Entwicklung in Preußen und Oesterreich aufzugehen schien, bis Napoleon kam, vor welchem auch dieser Glanz verblich.

Darf man einen dieser Zustände fixiren und danach sagen: die deutschen Geschicke lägen in dem alten westlichen Deutschland, oder sie lägen in Oesterreich, oder sie lägen in Preußen? Deutschland ist hier und ist dort, und so ist es für die denkende Betrachtung wie für die patriotische Gesinnung, ebenso unwissenschaftlich aber als unpatriotisch ist es, sich an das Eine zu halten, um dafür das Andere herabzusetzen oder zu verwerfen.

Beschränkt man seinen Blick auf die letzten zwei Jahrhunderte, und will darin die bleibenden Grundlagen der deutschen Entwicklung finden, so verschwindet die deutsche Nation vor der Großmachtsidee, wie wenn Deutschland nur das Material für die beiden Großmächte wäre, welche dabei selbst in einem wesentlichen Gegensatz er-

scheinen, und das Eine wie das Andere ist eine weit verbreitete Ansicht. Aber diese Ansicht verliert allen Boden, sobald man nur unbefangen bis auf die ersten Anfänge jener Großmächte zurückgeht. Da stellen sich Oesterreich und Preußen als deutsche Grenzmarken dar, und dieses zugegeben, so läuft es gegen die Natur der Dinge, daß sich die Substanz der Nation in diese Marken auflösen sollte, sondern wenn die Verhältnisse wirklich einmal so lagen, daß so etwas zu erwarten schien, so werden wir darin nur einen vorübergehenden Zustand erblicken und werden uns hüten, Pläne zu entwerfen, welche auf der Voraussetzung beruhen, daß eben dieser Zustand ein dauernder wäre. Eben so wenig werden wir den Gegensatz zwischen Preußen und Oesterreich für etwas Unveränderliches halten, wie wenn er diesen Staaten anerschaffen wäre. Wo war denn eine Spur davon, zu der Zeit, als die Ostmark und die Nordmark entstand? Oder wo läge doch die Nothwendigkeit, daß diese Marken in ihrer fortschreitenden Entwicklung in Gegensatz treten müßten? Sie lag lediglich in Zeitverhältnissen, und wenn diese verschwinden, verschwindet die Wirkung, d. h. der Gegensatz.

Will man nun vielleicht sagen: was haben die heutigen deutschen Großmächte mit den alten Marken gemein? Unendlich viel, weil sie eben nichts anderes sind als die modifizirten und erweiterten Marken selbst. Diese Marken konnten ja sehr groß werden, denn eben in den Marken konzentrirten sich die herausstrebenden Tendenzen des Reiches, und so sind sie wirklich groß geworden. Zuvörderst Oesterreich, welches groß wurde zumeist durch Politik und in Folge der Verbindung der kaiserlichen Macht mit der Territorialmacht, so daß man es die kaiserliche Mark nennen könnte, dann später Brandenburg = Preußen, welches zumeist durch das Schwert emporkam. Lebt nicht in dem heutigen preußischen Militairstaat ganz offenbar der Staat der alten Markgrafen und Hochmeister fort, welche ihre Länder mit dem Schwerte kolonisirten? Und ist nicht das moderne Preußen noch bis heute die deutsche Nordmark gegen halbasiatische Barbarei? Oder schlimm, wenn es nicht so

ist. Ganz dasselbe zeigt sich in Oesterreich, es ist noch heute das Vorwerk deutscher Bildung gegen Osten. Zu diesem Zwecke hatte Karl der Große die Ostmark gestiftet, ursprünglich gegen die Awaren, ein asiatisches Volk, dem hinterher die wilden Magyaren folgten, und dann später gar die Türken, die zweimal vor Wien lagen, welches damals für das Bollwerk der ganzen Christenheit galt. Ist also das Wesen der Ostmark in der späteren österreichischen Monarchie nicht deutlich genug hervorgetreten? Und ist nicht eben die Ostmark, d. h das heutige Erzherzogthum Oesterreich, noch immer die eigentliche Klammer, welche die verschiedenen Bestandtheile der Monarchie zusammenhält?

Abermals irrig und doch nicht minder verbreitet ist die Ansicht, wonach man diese beiden Staaten mit den regierenden Häusern identifizirt, so daß die ganze österreichische und preußische Entwicklung wie eine Hausgeschichte erscheint, indessen die objektiven und nationalen Elemente ganz verschwinden. Aber es ist nicht das Haus Habsburg mit seiner Hausmacht, worin der Kern der österreichischen Monarchie zu suchen wäre, sondern die Ostmark, welche längst schon eine große Bedeutung erlangt hatte, noch ehe von Habsburg die Rede war. Ebenso haben nicht die Hohenzollern den preußischen Staat gegründet, sondern die Markgrafen Gero und Albrecht der Bär, indem sie die Mark Brandenburg begründeten, und demnächst der deutsche Orden in Preußen.

Aber alles dies pflegt man zu übersehen, weil man die Dinge nur nach den Verhältnissen der neueren Zeit beurtheilt, und was ihrem Wesen nach deutsche Kolonien sind, wird dann wie eine Hausangelegenheit der Habsburger und Hohenzollern betrachtet. So den Ursprung der Dinge bei Seite lassend, und aus dem Zusammenhang der Geschichte herausgetreten, gelangt man zu immer neuen Irrthümern, weil alle Gesichtspunkte verschoben sind, sobald man das habsburgische Oesterreich und das hohenzollernsche Preußen für etwas Ursprüngliches, auf sich selbst Beruhendes ansieht.

Vom österreichischen Standpunkte aus erscheint dann die Periode von Kaiser Rudolph bis zum westphälischen Frieden als die eigentliche Normalperiode der deutschen Geschichte, denn da ging es mit den habsburgischen Angelegenheiten im Ganzen immer vorwärts, während die deutschen Angelegenheiten doch einigermaßen in Verfall geriethen. Auch nach dem westphälischen Frieden hörte der deutsche Verfall noch lange nicht auf, aber der österreichische Einfluß in Deutschland begann auch abzunehmen, denn seit dem kam das Haus Hohenzollern empor, und mit ihm der moderne preußische Staat. Darum sind es eben die beiden letzten Jahrhunderte, worauf die Anschauungen der spezifisch preußischen Geschichtsschreiber ruhen, und welche am Ende zu der sogenannten kleindeutschen Theorie geführt haben.

Vergleicht man nämlich Preußen und Oesterreich in dieser Periode, so erscheint Oesterreich stabil, und seine Wirkung in Deutschland retardirend. Natürlich, es wollte von der alten Reichsverfassung retten und erhalten so viel als möglich, denn die daraus entspringenden kaiserlichen Rechte beförderten zugleich den österreichischen Einfluß, seitdem das Kaiserthum mit der österreichischen Hausmacht verschmolzen war. Aber eben dadurch war die Reichsverfassung in ihrem innersten Wesen denaturirt, und das Uebel schon seit lange unheilbar. Alles Leben hatte sich in die Glieder zurückgezogen, und je mehr sich jetzt die Glieder entwickelten, um so mehr wurde der Reichsverband untergraben, man befand sich in einem inneren Widerspruch. Oesterreich suchte also diese Entwicklung aufzuhalten, und wurde somit die Stütze für alle veralteten Einrichtungen und Zustände, für alle reaktionären Tendenzen, wie man heute sagen würde. Das lag in der damaligen Stellung Oesterreichs, während hingegen Brandenburg-Preußen durch dieselbe Lage der Dinge in eine ganz andere Richtung gebracht wurde, wodurch es sich eben so von den übrigen Territorialfürstenthümern wie von Oesterreich unterschied.

Sehen wir jetzt, wie diese neue Macht entstand und sich aufthat.

Das Wichtigste war die Verbindung der Mark Brandenburg mit dem ehemaligen Ordenslande, dem damals sogenannten Herzogthum Preußen, worin der wirksamste Hebel der späteren preußischen Entwicklung zu suchen ist. Denn dieses Land gehörte nicht zum Reiche, es führte den Kurfürsten von Brandenburg in auswärtige Verhältnisse ein, insbesondere mit Polen und Schweden, und bildete den Stützpunkt für die Erlangung der Souveränetät und königlichen Würde. Andererseits war fast um dieselbe Zeit der Erbfall im Herzogthum Jülich eingetreten, wodurch Brandenburg Gebiete am Rhein und in Westphalen erwarb, aber der Besitz war bestritten, und da der Jülichsche Erbfolgestreit damals tief mit der allgemeinen Politik verflochten war, so ergaben sich ebenfalls auswärtige Beziehungen daraus, insbesondere zu den Niederlanden und Frankreich. So war Brandenburg schon durch diese Nebenländer aus der Sphäre eines bloßen Territorialfürstenthumes herausgetreten, als nach dem westphälischen Frieden noch neue Erwerbungen hinzukamen: Pommern, Magdeburg, Halberstadt und Minden. Dies alles zusammengenommen ein ziemlich beträchtlicher Länderkomplex, und wenn auch aus getrennten Parzellen bestehend, doch eine wichtige Kette, die sich durch ganz Norddeutschland hindurchzog, vom Niemen bis über den Rhein hinaus, offenbar eine Basis, worauf eine kräftige und intelligente Regierung eine neue Macht begründen konnte. Und da hat es die Vorsehung so gefügt, daß Brandenburg vier Regenten hintereinander erhielt, von welchen zwei den Namen des Großen tragen, und auch die beiden Zwischenglieder über das gewöhnliche Maß fürstlicher Begabung hinausragen. Gewiß, ohne die gegebene territoriale Basis hätten diese Männer trotz dem nichts Großes vermocht, aber ohne solche Regenten würde aus den zerrissenen Territorien kein Ganzes geworden, sondern dieser Länderkomplex höchst wahrscheinlich bald wieder zerfallen sein. Beides mußte zusammenwirken.

In dieser Weise wurde Brandenburg der Mittelpunkt vielseitiger und wichtiger Interessen, und indem man dieselbe in die Hand

nahm, fühlte man sich selbst dadurch gehoben, und gelangte auf einen Standpunkt, welcher über den Standpunkt der anderen deutschen Territorialregierungen weit hinausragte. Da regte sich ein frischer Trieb zum Schaffen, ein kühnerer Muth und größere Ansichten als in den anderen Territorien, die in ihren engen Kreisen um so mehr zurückbleiben mußten, als mit dem zunehmenden Verfall des Reiches auch die wichtigen Impulse fehlten, die ehemals aus dem Reichsverband entsprungen waren. Kam dann noch hinzu, daß grade die beiden nächst großen Territorien im nördlichen Deutschland, nämlich Sachsen und Hannover, deren Regenten damals die polnische und englische Krone trugen, eben dadurch der deutschen Entwicklung in vieler Hinsicht entfrembet wurden, so erscheint es um so erklärlicher, daß Alles, was damals den deutschen Fortschritt bildete, ganz vorzugsweise sich an Preußen anschloß, wenigstens im Staatswesen, (denn die Literatur fand einen anderen Boden), während hingegen Oesterreich die deutsche Stagnation erhielt.

Diese Thatsachen sind eben so unbestreitbar als folgenreich, nur ist es irrig, dem preußischen Staate um deswillen einen besonderen deutschen Beruf zuzuschreiben, während man doch auch hier nur partikularistische Interessen verfolgte. Und wenn das gleichwohl auf ganz Deutschland sehr anregend gewirkt, so war das eine thatsächliche Folge, aber entfernt nicht die Absicht, am allerwenigsten für den großen Friedrich, der doch grade das Meiste gethan hat. Wer sieht wohl nicht, wie hier Alles durch Umstände bedingt, und wie grade eine Grundbedingung für die Entwicklung der preußischen Macht der deutsche Verfall war? Hätte es damals ein lebenskräftiges Reich gegeben, so würden sich die brandenburgischen Gebiete von den übrigen Reichsgebieten kaum merklich unterschieden haben. Ja der ganze Länderkomplex, welcher heute den preußischen Staat bildet, hätte dann überhaupt nicht entstehen können, da er doch zum guten Theil nur einen künstlichen Zusammenhang hat, und dabei die natürlichen Verbindungen so vielfach stört und durchbricht. Das wäre nicht möglich gewesen, hätte sich Deutschland in einer nationalen Entwicklung

befunden, die aber grade damals gänzlich fehlte, indem statt dessen nur eine Territorialentwicklung stattfand. Und so sind auch die einzelnen Stücke des preußischen Länderkomplexes keineswegs durch die freie Bethätigung der Bevölkerung zu einem Ganzen zusammengefügt, sondern durch einen künstlichen Regierungsmechanismus, als Werkzeug der landesherrlichen Alleinherrschaft, vor welcher die altständischen Rechte mehr und mehr verschwanden. Es konnte nicht anders geschehen, und daß es geschah, war damals eine große Sache, der wichtigste Hebel des Fortschrittes. Aber die Zeiten verändern sich, und das solcherweise entstandene Staatswesen verliert seine frühere Bedeutung in demselben Maße, als das damals erstorbene Volksleben wiedererwacht, und seitdem eine deutsche Nationalentwicklung angestrebt wird, welche ganz anderer Hebel bedarf, als dieses künstliche Gebilde. Hat Preußen den Fortschritt repräsentirt, so lange es eben keine deutsche Nationalentwicklung gab, — wie kann man daraus schließen, dies sei nun eine bleibende Eigenschaft des preußischen Staates, welche er auch in der neuen Periode, in die wir jetzt offenbar eingetreten sind, bethätigen müsse und werde, während es sich doch von nun an um ganz andere Zwecke handelt, als diejenigen waren, worin Preußen seine Größe fand und seine Fähigkeiten bewährte?

Wir brauchen wohl kaum zu sagen, daß wir hier von der sogenannten kleindeutschen Theorie reden, wonach einerseits Oesterreich, als Repräsentant des Rückschrittes, aus Deutschland herausgewiesen, andrerseits Preußen, als Repräsentant des Fortschrittes, an die Spitze gestellt, und eben dadurch die deutsche Nation einig, frei und glücklich werden soll. Man sieht, es handelt sich hier um Dreierlei, und zugleich um drei Irrthümer, nämlich 1. die Ueberschätzung Preußens, 2. die Unterschätzung Oesterreichs, 3. die noch viel größere Unterschätzung der deutschen Nation, welche ihre Zukunft im Preußenthum finden soll, während sie doch am Ende wohl mehr bedeutet als Preußen und Oesterreich zusammengenommen. Und wenn diese Nation jemals wieder zu einer Nationalverfassung gelangen soll, bedarf sie dazu weder einer preußischen noch einer österreichischen „Spitze",

sondern wenn dazu überhaupt eine „Spitze" gehört, wie heute der Kunstausdruck lautet, so kann solche Spitze nur deutsch sein, oder es ist ein Widersinn von deutscher Einheit zu reden.

Wie nun diese kleindeutsche Theorie, welche so klein von der deutschen Nation denkt, daß sie dieselbe in ein vergrößertes Preußen aufgehen lassen will, vorzugsweise auf einer irrigen Auffassung der deutschen Geschichte beruht, so sind denn auch als literarische Wortführer dieser Partei vorzugsweise Historiker aufgetreten, worunter sich sehr namhafte Gelehrte befinden, über deren Irrthümer wir noch Einiges zu sagen haben, insbesondere Häußer, v. Sybel und Droysen.

## 3.

Häußers deutsche Geschichte seit dem Tode Friedrichs des Großen stellen wir hier oben an, als das am meisten bekannte und verdienstliche Werk, welches wir keineswegs als eine kleindeutsche Tendenzschrift ansehen. Aber wenn auch ohne Absicht, so steht doch der Verfasser im Ganzen dem kleindeutschen Standpunkte sehr nahe, und die kleindeutsche Ansicht leuchtet vielfach bei ihm hindurch.

So vorweg in der einleitenden Uebersicht der früheren Geschichte, wo er von der Entstehung und Entwicklung des preußischen Staates spricht. Daß die Marken ursprünglich eine deutsche Kolonie waren, ein Herausbau aus dem alten Reiche, wird nur flüchtig erwähnt, wie wenn es nichts Wesentliches wäre, indem vielmehr die eigentliche Gründung des preußischen Staates den Hohenzollern zugeschrieben wird. Da sehen wir wieder den früher hervorgehobenen Irrthum, der sehr wichtige Folgen hat, weil er die Gesichtspunkte verschiebt. Die ältere Zeit der preußischen Länder, das Aufblühen der Marken unter den Fürsten aus dem Hause Anhalt, und die glorreiche Geschichte des deutschen Ordens, eine der glänzendsten Erscheinungen der deutschen Nationalkraft, verschwindet dann im Hintergrunde, und es sieht so aus, wie wenn der moderne preußische Staat etwas auf sich selbst Beruhendes wäre. Und in der That, nur unter dieser Voraussetzung hätte es einen Sinn, daß er auch der Träger der deutschen

Entwicklung sein soll, während er doch vielmehr selbst erst durch deutsche Kraft geschaffen ist. Denn die Hohenzollern haben weder die Marken noch den Ordensstaat gegründet, sondern der ganze Prozeß der Ausbreitung des Deutschthums über die Elbe, Oder und Weichsel hinaus war längst vollendet, als die Hohenzollern erschienen, und war ein Werk der deutschen Nationalkraft gewesen. Ja die deutsche Herrschaft hat im dreizehnten und vierzehnten Jahrhundert nach dieser Richtung hin weiter gereicht als in den nächstfolgenden Jahrhunderten, wo sie mit dem Verfall der deutschen Nationalkraft zurückging. Je mehr sich aber der Blick von dem eigentlichen Ursprung dieser Herrschaft abwendet, und sich auf die neuere Zeit beschränkt, um so mehr wird dann die Geschichte der preußischen Länder mit der Geschichte des Hauses Hohenzollern identifizirt, wie andrerseits Oesterreich mit dem Hause Habsburg. Und wie dann das moderne Preußen und Oesterreich als auf sich selbst beruhende Existenzen erscheinen, so soll nach dieser Ansicht der in den letzten Jahrhunderten hervorgetretene Gegensatz dieser beiden Staaten schon in ihren ersten Anfängen begründet liegen, wie Häußer meint. Ein neuer Irrthum, dessen wir auch schon früher gedachten, und woraus die Folge entspringt, daß es dann wie ein unabwendbares Verhängniß für die deutsche Nation erscheint, sich an diesem Gegensatz zu zerarbeiten, und sich entweder an Preußen oder an Oesterreich anlehnen zu müssen.

Im Uebrigen äußert sich Häußer an vielen Stellen sehr unbefangen und rückhaltslos über die preußische Geschichte, und betrachtet die preußische Staatspolitik als das, was sie wirklich war. Nämlich nicht entfernt eine deutsche Nationalpolitik, sondern der Ausdruck eines selbstbewußten Partikularismus, dessen Intentionen in Beziehung auf das Reich nicht besser waren als die österreichischen.

„In dem Verhältniß beider Staaten zum Reiche, sagt er, war niemals dieses selber mit seinen bestehenden Formen und Interessen das eigentlich Maßgebende, sondern eben nur der Vortheil Oesterreichs oder Preußens.“ *)

*) Theil I. Seite 76.

Dies ist die Sprache der Wahrheit, und mit derselben Wahrheitsliebe spricht er weiterhin von der Politik des großen Friedrich, wie sie den russischen Einfluß in Deutschland beförderte.

„Es gelang in der That den Bemühungen Preußens, auch das deutsche Reich zum Tummelplatz der russischen Diplomatie zu machen. Im Herbst 1781 erschien Graf Romanzof in Frankfurt, um von dort aus bei den verschiedenen Höfen der vorderen Reichskreise zu intriguiren, und in Norddeutschland ward ein Herr von Groß beauftragt, von Hamburg aus die gleiche Mission zu erfüllen. Die Instruktionen, welche diesen diplomatischen Agenten ertheilt wurden, waren unter Mitwirkung des preußischen Gesandten ausgefertigt, und die Berliner Politik glaubte sich nun ihres Erfolges ganz sicher, mit Hülfe des russischen Einflusses den österreichischen im Reiche zu paralysiren. Aber die bittere Strafe folgte auf dem Fuße, u. s. w."*)

Nicht minder unbefangen urtheilt er über den Fürstenbund, worin Manche eine große deutsche That sehen wollen, während es doch nur ein Manöver der preußischen Politik war, und zwar ein Nothbehelf, weil alle anderen Allianzen versagten.

Dies Alles ist ganz objektiv behandelt. Aber dann kommen die Freiheitskriege, und da verfällt dieser Geschichtsschreiber in die unklare Vermischung preußischer und deutscher Interessen, welche den kleindeutschen Standpunkt charakterisirt, grade wie wenn der Fortschritt Preußens der Fortschritt Deutschlands wäre. Natürlich, wenn die deutsche Zukunft in Preußen liegt, so ist jeder preußische Fortschritt ein deutscher, und je mehr sich Preußen ausbreitet, um so mehr nähert man sich dem Ziele, wo endlich Deutschland in Preußen aufgeht, es ist durchaus konsequent. Wir behaupten nicht, daß eben dieses Ziel unserem Autor klar vor Augen stehe, noch weniger, daß er die Dinge absichtlich im Sinne der kleindeutschen Tendenz

*) Theil I. Seite 197.

darstelle, aber gleichviel, — er ist in diese Richtung hineingerathen, die sich dann wiederholt gar sehr bemerklich macht.

So ist er schon über die Stellung Preußens beim Ausbruch des Krieges in einer schiefen Ansicht befangen. Ueber den Vertrag von Kalisch, und das dadurch begründete Hereinziehen Rußlands in die deutschen Angelegenheiten, welches auf das Lichtbild jener Zeit einen so dunklen Schatten wirft, und wovon wir die Nachwirkungen noch bis heute verspüren, geht er leicht hinweg. Auch läßt sich vom preußischen Standpunkte aus nur wenig dagegen sagen, man handelte nach dem Gebot einer bitteren Nothwendigkeit, und erlangte doch Vortheile, wie sie nach Lage der Dinge kaum größer zu erwarten waren, denn Preußen stand am Rande des Unterganges und erhielt jetzt die Aussicht zu seiner Wiederherstellung, — wie mußten nicht alle anderen Bedenken dagegen verschwinden! Gewiß, als ein für sich bestehender Staat, der auch nur für sich zu sorgen hatte, durfte Preußen so handeln. Aber man nenne dann auch das Ding beim rechten Namen. Es war lediglich eine preußische Politik, die, wenn sie sich gleichwohl in einen deutschen Mantel hüllte, dadurch nur Zweideutigkeiten und Widersprüche hervorrief. Man erließ damals einen Aufruf an die deutsche Nation, in welcher der Krieg als Nationalkrieg dargestellt wurde, grade wie wenn der eigentliche Zweck die Begründung eines neuen deutschen Reiches gewesen wäre, indessen doch vielmehr die Wiederherstellung Preußens der eigentliche Zweck war, worüber denn auch ganz bestimmte Stipulationen vorlagen, während jenes eine luftige Verheißung blieb. Die Wiederherstellung Preußens sollte ferner nicht blos in dem Wiedererwerb seiner verlornen deutschen Länder bestehen, sondern zugleich in neuen Erwerbungen, als Entschädigung für die verlornen polnischen Provinzen, worauf man sein Anrecht soeben an Rußland abgetreten hatte. Also Preußen trat nach Osten hin an Rußland ab, um dafür nach Westen hin weiter in Deutschland vorzurücken, das war der Kern der Sache. Und das sollte eine deutsche Nationalpolitik sein, so ein Handel über deutsche Länder, den man

im voraus mit Rußland abgeschlossen, und wodurch dieser Macht ein Verfügungsrecht über Deutschland zuerkannt wurde! Eine preußische Politik mag es gewesen sein, aber wahrlich keine deutsche, sondern gradezu undeutsch zu nennen. Und liegt es denn nicht klar am Tage, daß eben durch dieses Vorrücken Preußens nach Westen die Wiederherstellung des Reiches, oder auch nur die Errichtung eines kräftigen Bundes, sehr wesentlich erschwert worden ist! Aber über dies Alles scheint Häußer kein Bewußtsein zu haben.

„Es war im Februar und März 1813, sagt er z. B., der Gedanke gewesen, die ganze Nation zum Kampfe für ihre Selbstständigkeit aufzurufen, die widerstrebenden Fürsten im Nothfalle zu zwingen, und als „Kompensationsgegenstände" zu behandeln, in jedem Falle eine Ordnung für Deutschland aufzurichten, in welcher für die neue Fürstensouveränetät und für das bonapartistische Staatsrecht von 1805 und 1806 kein Raum war. Zugleich mit der Kalischer Allianz ward jener Zentralverwaltungsrath geschaffen, der neben seiner unmittelbaren Aufgabe, wie sie aus den Bedürfnissen des großen Krieges entsprang, zugleich die Bestimmung hatte, ein Vorbild und eine Uebergangsform für die künftige deutsche Regierung zu sein". *)

War denn die Selbstständigkeit der deutschen Nation identisch mit der Wiederherstellung Preußens, oder war es nicht vielmehr das auffallendste Zeugniß der Nichtachtung, welche die deutsche Nation erfuhr, daß sie einfach als Material für die preußische Großmacht dienen sollte? Und wenn in der neuen Ordnung Deutschlands kein Raum für die Fürstensouveränetät bleiben sollte, — wo blieb denn die preußische Souveränetät? Oder sollte sich etwa dieselbe in Zukunft auch der deutschen Regierung unterordnen, von welcher angeblich die Zentralverwaltung ein Vorbild war, während sich doch in Wirklichkeit nichts darin finden läßt, als eine Beherrschung Deutschlands durch Preußen und Rußland? War es denn den Rheinbund-

*) Theil IV. Seite 441.

staaten zu verargen, daß sie sich für dieses Verhältniß nicht begeistern konnten, sondern vielmehr nur die prosaische Wirklichkeit sahen, die sich hinter den nationalen Dekorationen verbarg, mit denen sich die preußische Politik umgeben, und daß sie es dann ganz eben so machten als Preußen, nämlich vor Allem für sich selbst zu sorgen, und damit ihren Ländererwerb und ihre Souveränetätsrechte sicher zu stellen? Unter welchem Titel hatte denn Preußen die Länder erworben, die ihm nach dem Lüneviller Frieden zufielen? Doch wahrlich unter keinem besseren, als wonach die Rheinbundstaaten sich vergrößert hatten. Oder waren die Anweisungen auf deutsche Länder, welche Preußen jetzt von Rußland empfing, ein besserer Titel als ähnliche Anweisungen, welche die Rheinbundstaaten von Napoleon erhalten hatten? Und was war denn überhaupt das Verhalten Preußens zum Reich und zur deutschen Nation seit einer langen Reihe von Jahren gewesen, als eben der rücksichtsloseste Partikularismus? Warum soll denn also der preußische Partikularismus berechtigt sein, nicht aber der baiersche, der würtembergische u. s. w.? Es läßt sich gar kein Grund dafür anführen, wenn man nicht etwa von der Voraussetzung ausgeht, daß eben das Preußenthum selbst den Kern des Deutschthums bilde, woran sich der ganze Ueberrest allmälig anzuschließen habe. Und dies eben ist die kleindeutsche oder gothaische Theorie, deren Einfluß auf die Häußersche Auffassung hier sehr deutlich hervortritt.

## 4.

Noch ganz anders bei Herrn von Sybel, der sich ausdrücklich und mit größter Entschiedenheit für diese Theorie erklärt, und dafür Propaganda macht. So insbesondere in seiner Schrift: „Die deutsche Nation und das Kaiserreich", wo er selbst die unerschütterliche Ueberzeugung ausspricht, daß die kleindeutschen Projekte zur Ausführung gelangen würden, „so sicher wie die Ströme seewärts fließen".

Mehr kann man nicht verlangen, und so haben wir hier einen kleindeutschen Historiker vom reinsten Wasser. Aber trotz des großen

Namens, den sich Herr von Sybel gemacht, werden wir doch sagen dürfen, daß wir in eben dieser Schrift, welche den kleindeutschen Standpunkt so unumstößlich begründen soll, nur ein höchst oberflächliches und dürftiges Machwerk erblicken können, neben welchem die gleichzeitige Schrift von Ficker, welche dasselbe Thema im entgegengesetzten Sinne behandelt, einen ungleich viel günstigeren Eindruck macht.

So sehr ist Sybel von kleindeutschen Ansichten beherrscht, daß er von diesem Standpunkte aus sogar die Politik der großen Kaiserzeit beurtheilt, welche nach seiner Meinung durch ihre theokratischen Weltherrschaftsideen der deutschen Nation nur geschadet hätte. Aber war denn nicht eben diese Kaiseridee die herrschende Idee des Mittelalters, und ist es nicht vielmehr der unvergängliche Ruhm der deutschen Nation, daß sie damals der ganzen Entwicklung des abendländischen Europa's zum Träger diente? Oder ist es ein stichhaltiger Vorwurf, daß das Ziel allerdings nicht erreicht wurde, und daß aus diesem Streben so viele Kämpfe entstanden, welche Kräfte absorbirten, die vielleicht in einer anderen Richtung nützlicher verwandt werden konnten? Es war ein Ideal, und Ideale werden niemals erreicht, aber doch giebt es nichts Rühmlicheres als nach dem Ideal gestrebt zu haben. Ein solches Streben trägt seinen Werth in sich selbst, und ist auch niemals erfolglos, indem es Kräfte weckt, die ohne das ideale Streben geschlummert hätten. Davon zeugen die Thatsachen unserer eignen Geschichte.

War es doch grade dasselbe Zeitalter, in welchem die Kaiseridee herrschte, wo gleichzeitig die größte Expansion des deutschen Wesens stattfand, durch Eroberung und Kolonisation, von der Elbe bis zum Peipussee, dazu die zerstreuten Ansiedlungen in Polen, in Ungarn, in Siebenbürgen, wie andrerseits in den Seestädten des Nordens, und wo die Niederlande, die Schweiz und die burgundischen Länder bis zur Provence hin zum Reiche gehörten. Beim Himmel, das war doch ein Aufschwung und eine Kraftfülle ohne Gleichen! Mögen doch die Züge nach Italien in so fern resultatlos gewesen sein, als

sie niemals zu einer dauernden Herrschaft führten, sie waren nichts desto weniger von unermeßlicher Wichtigkeit für die Bildung der Nation, und sie gaben ihr das Selbstgefühl und den Geistesschwung, der jene Erfolge ermöglichte. Und wie ist dann hinterher Alles rückwärts gegangen, ganz in demselben Maße, als die Kaiseridee ihre frühere Macht über die Gemüther verlor, und von der ehemaligen Herrlichkeit nur die Erinnerung zurückblieb! Aber selbst diese Erinnerung ist noch von unschätzbarem Werth, denn sie ist doch wohl die Hauptquelle, woraus der universale Geist entspringt, der in der deutschen Poesie und Wissenschaft hervorleuchtet, und woraus wir Angesichts einer kleinlichen Gegenwart noch heute Muth und Trost schöpfen können. „Les lauriers, sagt in diesem Sinne Laurent*), que les Othons et les Hohenstaufen ont cueillis en Italie ne sont pas stériles; les exploits des ancêtres et la gloire du nom germain retentissent encore aujourd'hui dans les coeurs allemands. Ce sont là des éléments de nationalité, des liens d'unité, qui valent bien la centralisation romaine.“ So urtheilt ein Geschichtsforscher, dem noch Niemand reaktionäre oder romantische Tendenzen zugeschrieben hat, womit man sonst jede Anerkennung mittelalterlicher Größe zu verdächtigen liebt. Ach, daß dieser Ausländer unsere Kaisergeschichte so sehr viel tiefer aufgefaßt, und mit so viel mehr Wahrheit dargestellt hat, als Herr von Sybel, der sich doch gerade für einen besonderen Vertreter unserer Nationalinteressen ausgiebt!

Aber so eng wird der Gesichtskreis auf dem kleindeutschen Standpunkte, daß man für alles Großartige der deutschen Geschichte den Blick verliert. Und so kann man umgekehrt sagen, daß man zuvor von allen großen Beziehungen der deutschen Geschichte abstrahirt haben muß, um auf den kleindeutschen Standpunkt zu gelangen, oder richtiger gesagt herabzusinken, denn so erst wird Deutschland klein genug, um in den preußischen Rahmen hineinzupassen, was doch für die kleindeutsche Theorie und Praxis die Grundbedin-

*) Histoire du droit des gens Vol. V. pag. 165.

gung ist. Beides steht in Wechselwirkung. Je enger man den Kreis der deutschen Interessen zieht, um so größer erscheint im Verhältniß dazu Preußen, und wenn man dann andrerseits die preußische Wirkungssphäre in demselben Maße ausdehnt, so fällt wohl endlich Preußen und Deutschland zusammen.

Ganz diesem Standpunkt entspricht es, wenn wir bei Sybel in seiner „Geschichte der Revolutionszeit" lesen, der preußische Staat sei „von seinem Ursprung her auf die großen Interessen der deutschen Nation angewiesen"*). Natürlich, wenn preußische und deutsche Angelegenheiten identisch sind. Ja noch wunderbarer, wir lesen dort sogar: „Preußen habe zum ersten Mal auf dem Kontinent das Bild des modernen Repräsentativstaates verwirklicht. Der Repräsentativstaat wurde aber in Preußen eine strenge Monarchie." Gewiß eine eigenthümliche Auffassung, in dem altpreußischen Regierungsabsolutismus eine Verwirklichung des Repräsentativstaates zu sehen! Dann freilich könnte man ganz eben so gut sagen: „Preußen habe immer die deutschen Interessen repräsentirt, aber die deutschen Interessen seien dabei ganz preußisch geworden", und so aufgefaßt, würde diese Behauptung den Thatsachen ziemlich entsprechen. Nur in diesem Sinne kann man auch von dem großen Friedrich sagen: „Ueberall verband sich ihm das Streben nach eigner Vergrößerung mit dem Plane einer deutschen Regeneration"**), denn sonst ist wohl die allgemeine Ansicht, daß bei allen großen Eigenschaften dieses großen Mannes doch grade sein deutscher Patriotismus seine allerschwächste Seite bildete.

Zu solchen Behauptungen verleitet Parteisucht, während doch grade die Geschichte der Revolutionszeit die allerschlagendsten Beläge dafür bietet, wie es sich eigentlich mit der preußischen Politik verhielt, welche angeblich auf die deutschen Interessen gerichtet gewesen sein soll. Und so finden wir auch wirklich an einer späteren Stelle des Sybelschen Werkes eine ganz andere Aeußerung, nämlich bei

*) Thl. I. pag. 129. **) Thl. I. pag. 130.

Gelegenheit des Baseler Friedens, wo die versuchte Rechtfertigung der preußischen Politik unserem Verfasser doch nicht vollständig gelingen wollte, und jedenfalls keine Spur von einer deutschen Nationalpolitik darin zu entdecken war.

„Ueberhaupt aber, heißt es da, wo existirte damals ein politisches Nationalbewußtsein in Deutschland? Es wäre die Umkehrung aller historischen Gerechtigkeit, wenn man die Baseler Friedensstifter, oder den Kaiser Franz, nach dem Maßstabe einer damals nicht vorhandenen Nationalpolitik beurtheilen wollte*).“

Das vergleiche man nun mit den obigen Behauptungen, wonach Preußen von Anfang an deutsch-nationale Zwecke verfolgt haben soll, während hier gesagt wird, daß es damals überhaupt keine Nationalpolitik in Deutschland gab, und verständigerweise eine solche von Preußen gar nicht zu erwarten war. Ja, das klingt ganz anders, und kein Zweifel, daß eben die letztere Behauptung die richtigere ist. Und war denn etwa dieser traurige Zustand erst seit einigen Jahren eingetreten, oder war nicht vielmehr der Verfall der deutschen Nationalverfassung seit dem siebzehnten Jahrhundert in ununterbrochener Zunahme gewesen? Und eben in dieser Zeit des deutschen Verfalles entwickelte sich die moderne preußische Monarchie, und der deutsche Verfall selbst war eine wesentliche Bedingung ihres Emporkommens. Wie kann man denn behaupten wollen, daß sie der Träger einer deutschen Nationalpolitik gewesen sei?

## 5.

Jetzt werden wir sehen, wie die Verwirrung der Gedanken und die Verdrehung der Sachverhältnisse noch immer größer wird, bis in's Sinnlose hinein, und so die kleindeutsche Geschichtsphilosophie gewissermaßen zum Abschluß kommt, in Droysen's „Geschichte der preußischen Politik.“

---

*) Thl. III. pag. 428.

Sybel will dem preußischen Staate eine deutsche Nationalpolitik zuschreiben, welche in den Thatsachen keine Bestätigung findet, aber Droysen geht noch viel weiter, indem er eben diese angeblich deutsche Politik zum Wesen des preußischen Staates selbst rechnet. Hören wir darüber seine eigenen Worte:

„Zum Wesen und Bestand dieses Staates gehört der Beruf für das Ganze (nämlich Deutschland), dessen er fort und fort weitere Theile sich angegliedert hat. In diesem Beruf hat er seine Rechtfertigung und seine Stärke. Er würde aufhören, nothwendig zu sein, wenn er ihn vergessen könnte; wenn er ihn zeitweise vergaß, war er schwach, verfallend, mehr als einmal dem Untergange nahe*)."

Hier drängt sich vorweg die Frage auf, ob denn nicht etwa jedes deutsche Reichsland so Pflicht als Beruf hatte, dem Reiche zu dienen, und ob nicht dasselbe heute von jedem Bundesstaate gelte? Wäre der Beruf für das Ganze so gemeint, so wäre es freilich ganz richtig, daß er mit zu dem Wesen des preußischen Staates gehört, aber es wäre dann nichts Eigenthümliches, wodurch sich Preußen von allen anderen deutschen Staaten unterschiede. Es muß folglich mit dem preußischen Berufe für das Ganze eine ganz besondere Bewandtniß haben, und diese scheint darin zu liegen, daß sich Preußen von eben diesem Ganzen „fort und fort weitere Theile angegliedert hat", d. h. der Beruf liegt im Annektiren, denn wir wollen lieber dieses Fremdwort gebrauchen, welches bis jetzt noch geläufiger ist als der übrigens sehr wohl gebildete deutsche Ausdruck des Verfassers. Sodann soll in eben diesem deutschen Beruf auch die Stärke des preußischen Staates, ja die Rechtfertigung seiner Existenz liegen, und er muß darin schlechterdings fortfahren, d. h. Preußen muß allmälig Deutschland absorbiren, denn wenn es diesen Beruf für das Ganze vergißt, sagt unser Verfasser „verfällt es in Schwäche." Solches Verfallen in Schwäche würde sich nun

*) Thl. I. pag. 4.

sehr gut auch daraus erklären, was wir wiederholt hervorgehoben haben, nämlich daß eben Preußen kein für sich bestehender und sich selbst genügender Staat ist, weder nach seiner geistigen Entwicklung noch nach seiner äußeren Machtstellung, und daraus würde ganz einfach folgen, daß er sich dem Bunde als einem größeren Ganzen einfügen, und respektive eine Bundespolitik führen muß. Aber so ist es hier abermals nicht gemeint, denn darin läge zugleich das Selbstbekenntniß der Hülfsbedürftigkeit, und nach Droysen's Ansicht soll sich Preußen nicht etwa einem größeren Ganzen einfügen, und sich dann nach der verfassungsmäßigen Ordnung dieses Ganzen benehmen, sondern es soll so zu sagen auf eigene Faust für das Ganze sorgen, die Leitung in die Hand nehmen, eine Union machen.

Dies Alles sind bekannte Ansichten, wofür sich auch leicht sehr plausible Gründe finden lassen, und zwar eben so in dem eigenen Arrondirungsbedürfniß des preußischen Staates wie andererseits in der Zerstücklung Deutschlands, die doch nicht ewig bestehen kann, — darum nur eine kühne That, und es ist beiden Theilen geholfen. Aber zu solchem Raisonnement, welches sich auf bloße Nützlichkeitsrücksichten stützt, würde es keines gelehrten und umfänglichen Werkes bedürfen, welches sich Band auf Band in eine noch unabsehbare Länge verliert, sondern diese Annektirungspolitik soll hier eine geschichtliche Rechtfertigung und Weihe erhalten, indem sie als die Erfüllung einer höheren Mission dargestellt wird, welche angeblich dem preußischen Staate übertragen worden. Denn diese Mission besteht eben in der Herstellung der deutschen Einheit, wofür zu wirken in dem eigensten Wesen des preußischen Staates liegen soll. Jedes Wesen muß ja seine Bestimmung erfüllen, und Preußen hat einmal die große Bestimmung das Werkzeug der deutschen Unification zu sein. So meint Droysen.

Hören wir dagegen Ranke, der zwar nicht zu den Celebritäten der gothaischen Partei gehört, statt dessen aber einen europäischen Namen hat, und allermeist für den größten deutschen Geschichtsschreiber unserer Zeit gilt, gefeiert insbesondere wegen seiner objek-

tiven Auffassung der Dinge. Der beginnt seine „Neun Bücher preußischer Geschichte“ mit den Worten:

„Neben den großen Fürsten, welche die höchste Gewalt gegründet und fortgepflanzt haben, erscheinen in der deutschen Geschichte noch andere Helden, die vielmehr dadurch unsterblich wurden, daß sie Jenen Widerstand leisteten; und es dürfte nicht leicht auszumachen sein, welche von beiden das Meiste zur Entwicklung der Nation beigetragen haben.“

Es ist dies eine Aeußerung in der vornehmen fast diplomatisch zurückhaltenden Weise dieses Mannes, der oft die Sache mehr andeutet als heraussagt, allein der Sinn ist nicht zu verkennen, und wird im weiteren Verlauf des Textes vollständig klar. Nämlich, daß sich in Preußen einer der vornehmsten Faktoren darstellt, welche der kaiserlichen Gewalt gegenüber, die auf das Allgemeine gerichtet war, vielmehr die Besonderheit geltend machten, den Partikularismus, und darum der Reichseinheit widerstrebten und den Zusammenhang des Ganzen zersprengt haben. Oder um es anders auszudrücken, es waren nicht die zentripetalen sondern die zentrifugalen Tendenzen, welche sich in Preußen konzentrirten. Ist dies nicht ungefähr das Gegentheil von dem, was Droysen behauptet? Denn wenn in Preußen die Zentrifugalkraft herrscht, so folgt zwar noch nicht daraus, daß Preußen nicht unter Umständen auch etwas für die deutsche Einheit thun könne und wirklich gethan habe, (wie es z. B. im Zollverein vorliegt, und wie ja auch die Zentrifugalkraft ohne die Zentripetalkraft gar nicht bestehen, und nicht einmal gedacht werden kann), aber es geht doch gegen alle Logik, solches unter gewissen Umständen hervorgetretene Einheitsbestreben aus dem Wesen des preußischen Staates ableiten zu wollen, in welchem doch vielmehr die Zentrifugalkraft herrscht. So sollte man wenigstens meinen. Allein dazu ist eben das Droysen’sche Werk bestimmt, diese Meinung zu zerstören, indem durch künstliche Kombinationen ein ganz neues Preußen geschaffen wird, ganz direkt aus dem deutschen Einheits-

gedanken hervorgehend, und darum der rechte Heerd der deutschen Zentripetalkraft.

Es ist der Mühe werth dies Kunststück zu betrachten. Sehen wir also, wie hier die brandenburgisch=preußische Geschichte konstruirt wird.

Daß die Mark Brandenburg ursprünglich eine deutsche Kolonie war, und somit ein Herausbau aus dem alten Reiche, was doch einigermaßen auf Zentrifugalität hindeutet, darüber geht unser Autor schnell hinweg. Ebenso über den gemischten Charakter der Bevölkrung, welche dadurch entstand, indem er das slawische Element für ganz unerheblich erklärt, unter Berufung auf eine Urkunde, wo es von den Slawen heißt: amoti sunt, sie sind fortgeschafft. Ja wohl, das ist an vielen Stellen geschehen, aber an vielen andern Stellen sind sie geblieben, zumal auf dem platten Lande, wo nicht nur die bäuerliche Bevölkrung slawisch blieb, sondern auch slawische Adelsgeschlechter nicht fehlen, wie man bei Buchholz lesen kann. So selbst in der Kurmark, noch mehr in der Neumark, und noch sehr viel mehr in Pommern, dem brandenburgischen Nebenlande und Lehen, wo sogar die ganze Grundlage slawisch blieb. Doch sei dem wie ihm wolle, und mag man auch von dem slawischen Element der Bevölkrung ganz abstrahiren, so kann doch Niemand leugnen noch übersehen, daß die Mark Brandenburg von Anfang an eine wesentliche Beziehung zum Slawismus hatte, die auch in der ganzen späteren Geschichte dieses Landes fortwährend hervortritt. Dieses aber zugegeben, scheint es doch mehr als sonderbar, eben dieses Land zum Zentrum der deutschen Einheitsbestrebungen machen zu wollen.

Noch viel sonderbarer ist es, daß Herr Droysen, indem er die Grundlagen des preußischen Staates erforschen will, sich lediglich auf die Mark Brandenburg beschränkt, und von der deutschen Ordensherrschaft (in welcher das Herausstreben und die zentrifugalen Tendenzen noch viel deutlicher und großartiger erscheinen als in der Mark Brandenburg) gar nicht spricht, grade wie wenn das Ordensland gar nicht zu den charakteristischen Elementen des preußi=

schen Staates gehörte, während doch Name, Souveränetät und Krone daher stammten! Es ist unglaublich in einem Werke, welches ausdrücklich das Wesen des preußischen Staates entwickeln soll! Was wäre dieser Staat wohl ohne das Ordensland, und wie hätte er ohne die Vorarbeit des deutschen Ordens je entstehen können?

Aber was bedeuten für Herrn Droysen die wirklichen Grundlagen des preußischen Staates, da er sich vielmehr die Aufgabe stellt, ein ganz neues Preußen zu konstruiren, auf ganz neuen und idealen Grundlagen, die kurzweg in dem angeblichen Einheitsberuf liegen sollen. Darum wird die ganze Geschichte der brandenburgisch-preußischen Länder bis zu Anfang des funfzehnten Jahrhunderts wie eine bloße Einleitung zu dem eigentlichen Thema in einem kurzen Abschnitt erledigt, und dann beginnt erst die eigentliche Gründung des preußischen Staates mit dem Hause Hohenzollern, ganz nach den herkömmlichen falschen Ansichten, worüber wir schon wiederholt gesprochen. Aber jene Geschichte ist doch ungleich viel wichtiger als die ersten Jahrhunderte der hohenzollerschen Herrschaft, weil eben in jenem Zeitraum die realen Grundlagen gelegt wurden, worauf die preußische Monarchie noch bis diesen Tag beruht, so handgreiflich und augenfällig, daß sie Niemand zu verkennen vermag, wer nicht von einer fixen Idee besessen den Wald vor Bäumen nicht sieht. Freilich würde sich in der früheren Geschichte von Brandenburg und Preußen auch nicht die leiseste Spur von dem behaupteten deutschen Einheitsberuf finden lassen, indem sich die damaligen Markgrafen und Hochmeister nicht damit beschäftigten, alte deutsche Reichsländer zu annektiren, sondern dem Deutschthum neue Bahnen zu brechen, welches damals der brandenburgisch-preußische Beruf war. Erst in späteren mehr aufgeklärten Zeiten macht sich eine andere Maxime geltend, die weniger darauf zielt die Grenzen der deutschen Herrschaft zu erweitern, als vielmehr ein Stück nach dem anderen von dem Reiche selbst zu erwerben, in der Absicht, wie Herr Droysen meint, durch allmälige Angliederung zuletzt ein einheitliches Kleindeutschland herzustellen. Und wie entstand nun dieser sonderbare Einheitsberuf?

Ja in der sonderbarsten Weise, so sonderbar, man sollte es kaum für glaublich halten, nämlich so:

Da war einmal ein Kaiser Sigismund, der hatte vielerlei Projekte, auch wie die böse Welt sagt, viele Schulden. Und da war der Burggraf Friedrich von Nürnberg, ein sehr angesehener Mann im Reiche, der dem Kaiser erhebliche Dienste geleistet, auch insbesondere mit Geld geholfen, so daß ihm der Kaiser dafür sehr verpflichtet war und nicht umhin konnte sich ihm irgendwie erkenntlich zu beweisen. Was that er nun? Der Kaiser war bekanntlich auch König von Ungarn, und aus der Erbschaft seines Vaters waren ihm die Marken zugefallen. Ein für ihn sehr abgelegenes Land, und damals so in Verfall gerathen, daß er es selbst zu regieren weder Zeit noch Lust hatte, sondern es durch Statthalter regieren ließ, und bald darauf an seinen Vetter verpfändete, von dem er es wohl niemals eingelöst hätte, wäre es ihm nicht durch den unbeerbten Tod desselben von selbst wieder zugefallen. Sofort verpfändete er es wieder, und zwar jetzt an unseren Burggraf Friedrich, natürlich für baares Geld, und da er dessen stets bedurfte, folgte auf die Verpfändung gegen neue Zahlung einige Jahre darauf der Verkauf, und Burggraf Friedrich erhielt mit der Kurmark auch die Kurwürde. Zwar beides theuer bezahlt, aber doch zugleich eine solche Erhöhung an Macht und Rang, daß er sich wohl damit belohnt fühlen konnte.

So die Thatsachen. Und wo ist nun in alle dem was Außerordentliches zu finden? War doch Verpfändung und Verkauf von Ländern und Regierungsrechten damals an der Tagesordnung. Wie nahe lag es also dem Kaiser in dieser Weise die Kurmark abzutreten, zumal da er schon viel früher die Neumark verkauft hatte, nämlich an den deutschen Orden. Aber nein, so einfach darf die Sache nicht gewesen sein, sondern hier liegt eben das Geheimniß.

Kaiser Sigismund trug sich nämlich mit deutschen Reformprojekten, die ihn so durch und durch erfüllten, daß alle seine Handlungen eine geheime Beziehung auf die Reichsreform hatten, natürlich auch sein Schuldenmachen, und in Folge dessen seine Verpfän=

bungen und Verkäufe. Andrerseits war der Burggraf Friedrich von denselben Projekten erfüllt, und stand an der Spitze der „Reichs=partei", wie wir hier lesen, also die geeignetste Stütze des Kaisers in seinen Reformprojekten. Nur gehörte zu der Stütze noch eine territoriale Basis, und dazu eben war die Kurmark wie geschaffen, die deshalb auch der Kaiser für außerordentlich wichtig hielt. Der Augenschein spricht freilich dagegen, indem er sie vielmehr gering geachtet zu haben scheint, da er sie doch fast gänzlich vernachlässigt und schon zwei Mal verpfändet, auch die Neumark, die doch früher damit verbunden gewesen, und die gewünschte territoriale Basis offenbar gar sehr verstärkt haben würde, schon vordem abgesondert verkauft hatte, — aber wer kann dem Menschen ins Herz sehen und die geheimen Hintergedanken erforschen? Jedenfalls trat doch der Burggraf durch den Besitz der Kurmark in das Kurfürstenkollegium ein, das gab ihm einen neuen Wirkungskreis, und die Kurmark war die Basis, wo er den Hebel zur Reichsreform ansetzen sollte, Alles nach einem tiefdurchdachten Plane.

Wohlan, dies war die Gründung des preußischen Staates, und wie Herr Droysen sagt, es war „das letzte Aufleuchten des ghibellinischen Gedankens" und damit „schließt unser deutsches Mittelalter". *) Die Hohenstaufen waren dahin, jetzt sollten sie in den Hohenzollern wieder auferstehen, und thaten es auch wirklich. Denn eben Burggraf Friedrich trug den letzten Funken des ghibellinischen Geistes nach der Mark Brandenburg, wo er seitdem bis heute fortglimmt. Und so ist der Mark Brandenburg der deutsche Einheitsberuf, wovon man in der früheren Geschichte dieses Landes nicht die geringste Spur findet, gewissermaßen inokulirt worden, und dadurch der preußische Staat entstanden. Hier die eigenen Worte:

„Markgraf Friedrich ist der letzte Repräsentant jener Richtung, welche einst die Ottonen begannen, die Hohenstaufen zu behaupten, Heinrich VII. zu erneuen versucht, edelste Geister deutscher

*) Thl. I., pag. 2.

und wälscher Zunge zu feiern und zurückzusehnen nicht aufgehöhört haben. Diese hehre Reihe schließend, ist er der Anfang einer neuen, er ist der Gründer des preußischen Staates geworden, Denn daß er in dem letzten Versuch das Reich deutscher Nation als einen Staat zu begreifen, zu ordnen, monarchisch zusammenzuhalten, und daß er zum Zweck dieser großen nationalen Reform in des Reiches innersten Rath und das hohe Fürstenamt der Markgrafschaft berufen worden, hat auf ihn und sein Haus Gebiete, Rechte, Ansprüche gebracht, die fort und fort auf die Gründe zurückweisen, die die Uebertragung veranlaßten, und in denen dies Haus gleichsam seinen Rechtstitel hat."*)

Man betrachte zunächst die erstaunliche Rechtsdeduktion, wonach dem Hause Hohenzollern Rechte und Ansprüche erwachsen sein sollen, weil sich sein Ahnherr einmal mit deutschen Reformprojekten trug, und nach der Absicht des damaligen Kaisers die Reichsreform befördern sollte! Also aus Projekten und Absichten werden hier Rechte und Ansprüche abgeleitet, — ein Verfahren, welches in der ganzen Geschichte der Politik, die doch an frivolen Vorwänden so überreich ist, kaum seines Gleichen finden dürfte, und wogegen Alles, was einst ein Louis XIV. und seine Reunionskammern in diesem Genre geleistet, gradezu in Nichts verschwindet. Dieses aber bei Seite gesetzt, — kann man sich einen tolleren Mysticismus denken, als wenn auf solche Phantasieen das Wesen eines Staates gegründet, und den einfachsten Dingen die wunderlichsten Ursachen und Wirkungen beigelegt werden, nnd wenn dann Alles, was später unter dem Einfluß der mannigfaltigsten Umstände geschah, vielmehr aus einem geheimen Triebe abgeleitet werden soll, der in solcher Weise dem Staate eingepflanzt wäre!

Mag es doch sein, daß Markgraf Friedrich an der Spitze der „Reichspartei" stand, und von dem Geiste der Reichsreform erfüllt

---

*) Th. I. pag. 649.

war — konnte er denn diesen Geist auf die Kurmark übertragen, wo sich bisher so wenig Sinn für das Reich gezeigt, und wo damals alle Kreise der Bevölkrung den Reichsangelegenheiten so fern standen: die Städte im Hansabunde, die Ritterschaft ganz in ihre partikularistischen Interessen versunken, der Bauer wie überall ohne politische Bedeutung, der Klerus endlich auch nicht anders als sonst im Reiche, nur vielleicht noch roher und ungebildeter als im westlichen und südlichen Deutschland? Wie soll denn dieses Land auf einmal von dem deutschen Einheitsberuf durchdrungen sein? Oder konnte jener Geist selbst nur in der Dynastie vererben, und gewissermaßen der Hohenzollernsche Hausgeist werden? Auch dies wäre gegen alle natürliche Wahrscheinlichkeit gewesen Denn es begreift sich wohl, daß die Burggrafen von Nürnberg, wo so viele Reichsversammlungen gehalten wurden, eine gewisse Vertrautheit mit den Reichsangelegenheiten erwarben, und daß ein gewisser Sinn dafür sich von selbst in diesem Hause erhielt, in so weit dies eben mit der Burggrafschaft zusammenhing, allein die brandenburgische Linie des hohenzollernschen Hauses sonderte sich ja von der fränkischen ab, sie mußte wohl bald mit den brandenburgischen Landesinteressen verwachsen, und bewegte sich dann in ihrem territorialen Kreise ganz eben so wie alle anderen deutschen Territorialfürsten. Es konnte nicht anders sein, und ist auch wirklich so geschehen. Schon unter dem Enkel des Markgrafen Friedrich, Johann genannt Cicero, war der brandenburgische Lokalgeist in dieser neuen Dynastie zur Herrschaft gekommen, wie auch Droysen im zweiten Theile selbst erzählt. Damit war also der deutsche Einheitsberuf vollständig eingeschlafen, und hat dann anderthalb Jahrhunderte lang fortgeschlafen, bis er endlich in dem großen Kurfürsten wieder aufgewacht sein soll. Wo war denn inzwischen das Reichsprinzip, welches angeblich der Markgraf Friedrich seinem Lande oder Hause eingepflanzt hat? Ja, ist denn dieser Fürst nur selbst dem Reichsprinzipe treu geblieben, oder hat er nicht unter Umständen eben so gehandelt wie die anderen Fürsten, die ihren Privatvortheil auf Unkosten des Reiches suchten? Ach, Herr Droysen

kann ja nicht umhin, selbst ein flagrantes Beispiel davon anzuführen, so flagrant, daß es ihn selbst um seinen Helden bange macht.

„Auch Markgraf Friedrich! ruft er aus. Es hat etwas Peinliches zu sehen, wie ein Fürst von solchem Charakter und solcher Einsicht, der einst wie der „Morgenstern über dem Nebel“ erschienen war, immer weiter von dem, was er gewollt und vertreten hinweggedrängt, immer tiefer in falsche Stellungen getrieben wird.“*)

Gewiß, es muß Herrn Droysen überaus peinlich sein, wenn die Thatsachen selbst sich seiner vorgefaßten Meinung so widerspänstig erweisen. Aber kaum minder peinlich ist es, einen solchen Aufwand von Gelehrsamkeit und Scharfsinn zu sehen, um damit einen künstlichen Boden für ein Hirngespinnst zu gewinnen, welches darum nicht minder ein Hirngespinnst bleibt, so sehr es auch mit gründlichem Fleiß zu dicken Bänden ausgesponnen wird. Mag dabei ein reiches Material zu Tage gefördert werden, welches als Beitrag zur deutschen Geschichte immer seinen Werth behält, — dieses Verdienst bestreiten wir dem Verfasser nicht, sondern wir bestreiten die Wahrheit seiner Gedankenkombinationen, die nicht aus den Thatsachen entspringen, vielmehr in dieselben hineingelegt werden, und lediglich dem kleindeutschen Geiste unseres Geschichtsschreibers entstammen, in welchem sich hier die Zeiten spiegeln.

Wie es nun zu geschehen pflegt, daß Parteigänger vor Allem den Schwächen und Fehlern ihrer Gegner nachspüren, und darin oft einen besonderen Scharfsinn entwickeln, so wendet sich Droysen gegen das habsburgische Kaiserthum, im Kontrast zu dessen Sünden der brandenburgische Einheitsberuf um so heller leuchten soll. Da hat er den Gang der Ereignisse im funfzehnten Jahrhundert, wodurch das deutsche Kaiserthum österreichisch wurde, mit großer Sorgfalt durchforscht, und dabei gewiß viel Neues zu Tage gefördert, worüber wir uns kein Urtheil erlauben, aber seine Kombinationen haben einen tendenziösen

*) Thl. I. pag. 441.

Charakter, und so entsteht am Ende doch ein ganz falsches Bild, wenn der Verfall des Reiches aus einer besonderen Unfähigkeit oder Schlechtigkeit der Habsburger erklärt werden soll, die in dem Reiche nur ihren Privatvortheil suchten. Gewiß, das haben sie gethan, aber was thaten wohl die anderen Fürsten? Wo war die Reichstreue, die Hingebung an das Ganze, wenn wir selbst den Markgraf Friedrich zu Zeiten straucheln sehen, und selbst dieser „Morgenstern" in Nacht und Nebel versank?

Das Reich ist untergegangen durch Schuld der ganzen Nation, weil Sinn, Trieb und Thatkraft für die allgemeinen Angelegenheiten fehlten, es ist untergegangen durch Eigennutz und Eigenwillen aller seiner Glieder, und wie die Glieder war das Oberhaupt. Ueberall wurde das obrigkeitliche Amt wie ein nutzbares Recht angesehen und ausgebeutet, — wie hätte sich doch das kaiserliche Amt in seiner idealen Aufgabe erhalten mögen? Privatrechtlich wurden alle öffentlichen Verhältnisse behandelt, daher der Verfall und die Zersplitterung, und nachdem es einmal dahin gekommen, war der Patrimonialstaat wie von selbst zur Herrschaft gelangt. Nur durch privatrechtliche Verbindungen konnten sich neue Staatskörper bilden, und so haben denn die Habsburger durch Heirath und Erbschaft ihren großen Ländercomplex zusammengebracht, und daß dies so geschah, ist vergleichsweise noch für ein Glück zu erachten, indem diese habsburgische Hausmacht dem Reiche doch immer noch einigen Halt gab; sonst wäre es wohl ganz auseinander gefallen. Das Haus Brandenburg hat sich ganz ähnlicher Mittel zu seinem Emporkommen bedient. Oder worauf beruhte denn die Erwerbung des Herzogthums Preußen, wie der Jülichschen Länder, und die Anrechte auf Schlesien? War es etwa eine Reichspolitik, welche zu diesen Verbindungen und Angliederungen führte, oder war es nicht eine Hauspolitik, grade wie die habsburgische, nur daß hier die Objekte viel kleiner erscheinen, weil der Standpunkt eines Kurfürsten nicht solche Mittel und Aussichten gewährte wie der kaiserliche. An dem guten Willen hat es wohl nicht gefehlt,

und Erbverbrüderungen wurden nach allen Seiten geschlossen, nur haben sie nicht immer zum Ziele geführt.

„Hohenzollern oder Habsburg?“ — so stellt Herr Droysen die deutsche Frage jener Zeit, wie wenn die ganze Geschichte eine andere Wendung genommen haben würde, wenn nach dem Tode des Kaisers Sigismund kein Habsburger sondern Markgraf Friedrich zum Kaiser gewählt wäre, und sich dann das Kaiserthum im Hause Brandenburg vererbt hätte. Aber wäre denn das Kaiserthum als ein brandenburgisches Erbstück weniger dem Hausinteresse dienstbar geworden als in den österreichischen Händen? Nur das Eine wäre der Unterschied gewesen, daß sich dann wahrscheinlich im Norden von Deutschland ein großer Länderkomplex gebildet hätte, und wie die Habsburger Ungarn erwarben, so würden die Hohenzollern mit Hülfe des Kaiserthums wahrscheinlich Polen erworben haben. Dahingegen würde der deutsche Süden, wenn Oesterreich das Kaiserthum verlor, wahrscheinlich schwächer geworden. Da wären die Türken wohl vorgedrungen und hätten sich in Oesterreich festgesetzt, vielleicht selbst in Baiern, während andrerseits Schwaben sich vielleicht vom Reiche losgerissen und mit der Schweiz verbunden hätte, und das linke Rheinufer wäre dann noch früher verloren gegangen, als es doch wirklich geschah. So wird man nach aller menschlichen Voraussicht urtheilen müssen. Was wäre also durch das hohenzollernsche Kaiserthum gebessert? Oder konnte denn der Markgraf Friedrich seinen deutschen Reformtrieb und seine persönlichen Fähigkeiten auf seine Nachkommen vererben? Was das Erstere anbetrifft, so haben wir schon gesehen, wie das Haus Brandenburg ganz eben so in seinen territorialen Partikularismus versank wie die anderen Häuser, und was das Letztere anbetrifft, so war Kaiser Albrecht II. ein Fürst, der selbst nach Droysen's Schätzung an persönlichen Gaben dem Markgrafen Friedrich nicht nachstand. Auch Maximilian I., Karl V. und Maximilian II. waren wahrlich keine unbedeutenden Persönlichkeiten, und unter den gleichzeitigen hohenzollernschen Fürsten dürften sich kaum Männer von solcher Befähigung finden, indem erst in

dem großen Kurfürsten persönliche Größe und Ueberlegenheit hervortrat.

Dieser ist es denn auch, der sich zuerst wirklich über den territorialen Partikularismus erhob, und eine große Rolle im Reiche spielte. Aber das geschah nicht etwa in Folge eines eigenthümlichen Einheitsberufes und deutschen Reformtriebes, welcher durch den Markgrafen Friedrich der Mark Brandenburg eingepflanzt sein soll, und dann doch wieder anderthalb Jahrhunderte lang ganz latent blieb, wie eine qualitas occulta, von der sich ohne besondere kleindeutsche Beleuchtung und Erleuchtung nichts bemerken läßt, sondern es geschah in Folge der vielfachen Verbindungen, in welche der große Kurfürst durch die territorialen Erwerbungen trat, deren wir früher gedacht, und wozu dann das Gewicht seiner Persönlichkeit noch hinzukam. Seitdem nahm die Verflechtung der preußischen Angelegenheiten mit den deutschen in demselben Maße zu, als die preußische Wirkungssphäre sich selbst ausdehnte. Man führe um deswillen keinesweges eine deutsche Reichspolitik, sondern eine rein preußische, welche die deutschen Interessen nur in so weit förderte, als sie eben mit den preußischen zusammenfielen, oder denselben dienlich erschienen. So geschah es, und so erklärt sich der Gang der Dinge sehr einfach, während hingegen alle geschichtlichen Verhältnisse verzerrt und verdunkelt werden, wenn man, was durch besondere Umstände bedingt war, aus einem fingirten deutschen Beruf ableiten will, der nicht im geringsten zum Wesen des preußischen Staates gehört.

Das ist unsere geringe Meinung von dieser „Geschichte der preußischen Politik.“ Ganz ähnlich urtheilt von Kaltenborn, indem er von Droysen sagt, daß er „die brandenburgisch-preußische Geschichte seit dem funfzehnten Jahrhundert in das Prokrustesbett seiner Ideen vom preußisch-deutschen Einheitsstaate zu zwängen sich unterfängt, und mit seinem vorgefaßten Meinungen die historischen Personen und Thatsachen in eine phantastische Nebelkappe einhüllt, so daß man vor dem Dunste historisirender Gelehrsam-

keit und Geistreichigkeit den ächten Geschichtskern nicht mehr zu erkennen vermag". *)

## 6.

Ist es die Tendenz der kleindeutschen Historiker, die ganze deutsche Geschichte unter preußische Gesichtspunkte zu bringen, und so zu sagen ins Preußische zu übersetzen, so kann natürlich auch der Widerspruch dagegen nicht fehlen. Denn nicht nur, daß man damit der thatsächlichen Wahrheit ins Angesicht schlägt, sondern wie viele Interessen und Gefühle werden dadurch verletzt! Der sogenannten großdeutschen Partei geht es vollends gegen den Strich, und ihre Organe und Anhänger führen dagegen eine fortgesetzte Polemik. Erhält nun die deutsche Geschichte auf jener Seite eine preußische Färbung, so hier eine österreichische.

In dieser Richtung hat sich neuerdings Onno Klopp hervorgethan, der in seiner Schrift: „Ueber die Gothaische Auffassung der deutschen Geschichte" insbesondere gegen Sybel auftritt. Er bekämpft die kleindeutsche Theorie mit unleugbarem Talent, aber in dem entschiedenen Charakter eines Parteigängers, dem es vor Allem darauf ankommt seine Gegner zu schlagen oder zu schwächen, nicht aber die Wahrheit an den Tag zu bringen, und was er vertheidigt, sind weit mehr die österreichischen Interessen als die deutschen. In solcher Weise beurtheilt er die preußische Politik, deren größter Vorwurf darin bestehen soll, den glücklichen Zustand zerstört zu haben, wo der österreichische Einfluß in ganz Deutschland entscheidend war. Grade als ob das eine deutsche Nationalverfassung gewesen wäre, daß die deutsche Nation dem österreichischen Interesse diente.

Wie natürlich, daß ihm unter diesem Gesichtspunkt der große Friedrich, der eben dem österreichischen Systeme ein gründliches Ende bereitet, der vornehmste Gegenstand des Zornes und des Abscheues

*) Geschichte der deutschen Bundesverhältnisse und Einheitsbestrebungen. Theil II. pag. 304.

werden mußte. Und so hat er denn in seinem Buche „König Friedrich II. von Preußen und die deutsche Nation" ein Gemälde geliefert, in welchem alle Schwächen und Fehler dieses Mannes zusammengetragen, alle seine Handlungen auf das Gehässigste gedeutet, alle seine Lichtseiten hingegen ganz übergangen oder kaum flüchtig berührt werden, so daß endlich ein Zerrbild daraus entsteht, in welchem Friedrich wie ein moralisches Ungeheuer erscheint. Aber das Werk bekommt dadurch den Charakter einer Schmähschrift, welche des Talentes ihres Verfassers unwürdig ist, und sogar ihr eignes Ziel verfehlt, indem sie darüber hinausschießt. Denn wäre das der wirkliche Friedrich, der uns hier gezeigt wird, so müßte man erstaunt fragen: wie war es doch nur möglich, daß ein solcher Mann einen solchen Ruhm bei Zeitgenossen und Nachkommen erlangen konnte, und in ganz Europa bis heute mit dem Namen des G r o ß e n genannt wird? Herr Klopp nennt ihn freilich nicht so, sondern will ihm vielmehr jeden Anspruch auf diesen Namen bestreiten, aber woher kam denn die allgemeine Verblendung? Friedrich kann sich doch sein Renommee nicht blos künstlich gemacht haben, wäre er auch schlau genug dazu gewesen, es ging doch über seine Kräfte. Was hätte er wohl über die Meinung im Auslande vermocht, und was über die Meinung der nachkommenden Geschlechter? Seine Persönlichkeit und seine Thaten müssen also doch im Sinne seiner Zeit als groß erschienen sein, und im anderen Sinne hat es niemals große Männer gegeben, deren Bedeutung doch immer darin besteht, daß sie ein Entwicklungselement ihrer Zeit repräsentiren. Es ist wahr, es sind häßliche Flecken in dieser Größe, aber es sind zugleich die Flecken seines Zeitalters. Welcher Geist herrschte damals in der Staatskunst, und was galt damals als Philosophie und Aufklärung, vor Allem in der vornehmen Welt? Und wie Wenige haben ihn damals getadelt, während ihn fast alle Staatsmänner bewunderten, selbst sein erbittertster Feind, Fürst Kaunitz.

Gewiß, dieser Mann ist auf der anderen Seite auch überschätzt worden, und wird es bis heute. Am auffallendsten, wenn man seine Denk- und Handlungsweise als ein noch heute gültiges Muster hin-

stellen will, wovon doch gar keine Rede sein kann. Ganz irrig ist es ferner, wenn man ihn zu einem deutschen Nationalhelden machen will, was er doch niemals gewesen, und niemals zu sein beansprucht hat. Er arbeitete für Preußen, nicht für die deutsche Nation. Auch ist es nicht eigentlich das Gewicht seiner Thaten an und für sich betrachtet, was ihn so groß erscheinen läßt, sondern man schätzt seine Thaten und muß sie schätzen, im Verhältniß zu der Geringfügigkeit seiner Mittel, und zu der Schwierigkeit seiner Lage. Es giebt Thaten von weit größeren Folgen für die allgemeine Entwicklung, aber es war doch ganz erstaunlich, wie dieser Fürst, den seine Feinde wie einen Marquis de Brandenbourg behandeln wollten, sich gegen halb Europa auf dem Platze behauptete, und auf der schmalen Basis seiner meist dürftigen und zerrissenen Territorien eine Macht begründete von entschiedener Bedeutung für die europäische Politik, und vor welcher das Prestige des länderreichen, auf seine Traditionen stolzen und mit dem Kaiserthum geschmückten Oesterreichs erbleichen mußte. Wie wäre ein solcher Erfolg möglich gewesen, wäre nicht ein ächter Kern in diesem Manne gewesen, eine unvergleichliche Triebkraft! Aber freilich, wer das Produkt dieser Kraft verwirft und verabscheut, nämlich die dadurch errungene Stellung des preußischen Staates, der wird auch die Kraft mißachten.

Wie wir früher von der Reaktion gesagt, daß sie einen allgemeinen Zustand fingirt, wo alle Lebensverhältnisse sich in gottseliger Ordnung befanden, bis endlich die gottlose Revolution darüber herfiel, so wird hier insbesondere ein solcher Zustand im deutschen Reiche fingirt, nämlich die vorpreußische Zeit. Die wunderliche Verquickung, habsburgisch-österreichischer Hausinteressen mit der kaiserlichen Gewalt, welche im funfzehnten Jahrhundert entstand, gilt dann als die Blüthe deutscher Entwicklung, in welche zwar schon die Reformation sehr störend eingriff, indessen doch der Zuschnitt des Ganzen noch erhalten blieb, so daß auch nach dem dreißigjährigen Kriege das alte Reich unter der kaiserlich-österreichischen Obhut und Bewirthschaftung noch immer fort vegetirte. Da war nun allerdings die unbestrittene Herr-

schaft des österreichischen Einflusses die unerläßliche Bedingung für den Fortbestand dieser gottseligen Verfassung, die eben durch den gottlosen Frevel der sich jetzt erhebenden preußischen Macht zerstört worden ist. Das ist das proton pseudos bei Herrn Klopp und allen Anderen, die desselben Weges wandeln.

Darum erscheint ihm Oesterreich immer im Recht, Friedrich immer im Unrecht, und alle seine Handlungen entsprangen lediglich aus Ehrgeiz, Kriegslust und Eroberungssucht, während Oesterreich nur sein gutes Recht vertheidigte, und mit demselben zugleich die deutsche Nationalsache. Für Preußen war es ein Verbrechen nach Einfluß und Macht zu streben, für Oesterreich hingegen war dasselbe Streben nur die Erfüllung seines deutschen Berufes. Griff also Kaiser Joseph II. im Reiche um sich, so war es löblicher Amtseifer. Selbst sein gewaltthätiges und rücksichtsloses Verfahren gegen Holland, insbesondere wegen der Schifffahrt auf der Schelde, scheint Herrn Klopp sehr zu entschuldigen, indem er fast sentimental wird, wenn er diesen schönen Fluß betrachtet und so verödet findet. Wie konnte das der aufstrebende, seine Macht fühlende Kaiser ertragen? Ja warum sollte er nicht sogar nach Baiern greifen? Es war ja wünschenswerth, meint unser Autor, daß Oesterreich sich ausbreitete, um sein kaiserliches Schutzamt desto wirksamer verwalten zu können.

Wer sieht hier nicht genau das großdeutsche Gegenstück der kleindeutschen Theorie? Nach dieser letzteren soll Preußen annektiren, um seinen deutschen Beruf zu erfüllen, nach jener soll es Oesterreich thun, die deutsche Nation aber scheint den Beruf zu haben entweder preußisch oder österreichisch zu werden. Nun ist es wohl handgreiflich, daß es ein Todesstoß für die Reichsverfassung gewesen wäre, wenn so ein wichtiges Kurfürstenthum wie Baiern in österreichische Hände fiel, der ganze Ueberrest vom südlichen Deutschland mußte dann bald folgen, und es hätte in Zukunft ein großes Oesterreich aber kein Deutschland mehr geben können. So viel lag daran, daß Friedrich die österreichischen Anschläge auf Baiern vereitelte! Anders denkt Herr Klopp darüber, der diese That Friedrichs vielmehr bitter tadelt.

Denn was hatte sich Friedrich in diesen Handel einzumischen? Es war sehr unrecht von ihm, Oesterreich in seinem deutschen Beruf zu stören, und sein Benehmen ist um so verwerflicher, als er durch den Frieden von Teschen, der bekanntlich unter Vermittlung und Garantie der großen Katharina zu Stande kam, die Russen in diese deutsche Angelegenheit hineinzog. So argumentirt Herr Klopp. Und gewiß war das ein Unglück, aber die erste Veranlassung dazu war doch offenbar die österreichische Vergrößerungssucht gewesen, und diese selbst um so tadelnswerther, als doch grade der Kaiser die Pflicht hatte, jeden Reichsstand in seinem Bestande zu schützen, statt dessen hier ein ganzer Reichsstand und sogar ein Kurfürstenthum verschlungen werden sollte, wenn sich nicht Friedrich ins Mittel legte.

Dafür wird er hier mit Vorwürfen überschüttet, weil er mit dem Auslande konspirirte. Ja, das hat er wiederholt gethan, jeder Deutsche muß es beklagen, aber hat denn nicht Oesterreich ganz dasselbe gethan, und zu allen Zeiten gethan? Seit Karl V. hat man österreichischer Seits Italiener und Spanier in das Reich gezogen, ganz zu geschweigen von Kroaten und Ungarn, die doch auch nicht zu Deutschland gehörten. Dann hat man im siebenjährigen Kriege die Franzosen und Russen gerufen, und sich vergnügt die Hände gerieben, wenn man dem verhaßten Preußen in Paris und Petersburg den Rang ablaufen konnte, was natürlich für einen deutschen Kaiser eben so schicklich und lobenswerth war, als abscheulich von einem Kurfürsten von Brandenburg und König von Preußen. Es ist gradezu charakteristisch für das österreichisch-deutsche Kaiserthum, daß es von Anfang an das deutsche Reich zum Tummelplatz der europäischen Politik und fremder Kriegsschaaren machte, und zwar immer um österreichischer Interessen willen, die nur nebenbei auch eine deutsche Beziehung hatten, welche doch niemals maßgebend war. Welch ein langes Sündenregister könnte man in dieser Hinsicht noch zu dem hinzufügen, was zu seiner Zeit der pseudonyme Hippolytus a Lapide gegen das Haus Habsburg geschrieben! Wir fühlen uns nicht dazu veranlaßt, und haben es schon an einer früheren Stelle für unrichtig

erklärt, wenn man in dem österreichischen Verhalten den Ausdruck einer besonderen Böswilligkeit finden will. Oesterreich suchte seinen Privatvortheil im Reiche, wie es ihrerseits die Reichsstände thaten. Das Haupt war wie die Glieder, alle in derselben Verdammniß, nur daß sie eben an dem Haupte im größten Style erscheint, und somit als das schlimmste Uebel. Mag es also darum sein: es war der Zug der Dinge, welcher dieses österreichische System hervorrief, und in Wahrheit ist es doch die Nation selbst, auf welcher die Schuld ihres Verfalles ruht, — wir wiederholen das hier, — wenn nun aber nach demselben Zug der Dinge eine neue Macht emporkam, die sich allmälig zu fühlen begann, und sich dann diesem österreichischen System widersetzte und die Herrschaft desselben zerstörte, so läuft es gegen alle Vernunft, darin einen Frevel sehen zu wollen, wie wenn die geschichtliche Entwicklung bis dahin göttlich gewesen, von da an aber ungöttlich geworden wäre. Steht es denn wirklich heute schlechter in Deutschland als zu Anfang des vorigen Jahrhunderts, oder steht es nicht offenbar viel besser? Und daß es besser steht, ist zum großen Theil eine Folge von dem Emporkommen Preußens.

Erst nachdem Friedrich das über ganz Deutschland ausgespannte Netz des österreichischen Einflusses zerrissen, war die Möglichkeit gegeben, daß die deutsche Nation wieder sich selbst angehörte. Ich sage nicht, daß diese Folge sogleich eintrat, und noch weniger sage ich, daß Friedrich in dieser Absicht gehandelt hätte, sondern er handelte lediglich nach seinen eigenen Interessen, aber dennoch ist die Wirkung seiner Thaten hinterher für Deutschland heilsam gewesen, und der Umschwung dadurch vorbereitet worden. Freilich nicht ohne schwere Kämpfe, und wenn man nur auf das Allernächste sieht, so entstand zuvörderst ein eben so gefährlicher als verderblicher Dualismus daraus. Die deutsche Nation wurde seitdem zwischen Preußen und Oesterreich hin und her gezerrt, aber ist sie nicht eben dadurch aufgerüttelt und allmälig zu dem Entschluß geführt worden, sich auf sich selbst zu stützen, und ein neues Deutschland herzustellen, welches weder preußisch noch österreichisch sein kann? Eben dies ist die heu=

tige Aufgabe, wovon sich aber schon im vorigen Jahrhundert die erste Regung gezeigt, wie insbesondere in den Plänen des Generals von Schlieffen in Kassel hervortritt, wonach statt des späteren preußischen Fürstenbundes vielmehr eine von Preußen und Oesterreich gleicherweise unabhängige Verbindung begründet werden sollte.*) Dann kam die Fremdherrschaft, welche sich über das ganze westliche Deutschland verbreitete, indessen Oesterreich matt gesetzt, Preußen daniedergeworfen war, die letzten Ueberbleibsel einer deutschen Nationalverfassung verschwanden. Die Nation schien wie erstorben, und unter den Trümmern des Reiches selbst begraben, aber während die alten Formen zusammenbrachen, war ein neuer Geist erwacht, und die Zukunft der Nation war gerettet.

Unter der Herrschaft des österreichischen Systemes wäre dieser neue Geist niemals emporgekommen, denn wie es selbst auf dem lethargischen Zustand der deutschen Nation beruhte, so wirkte es auch überall lähmend und einschläfernd. Preußen brachte die Menschen auf die Beine, und lehrte sie zuvörderst marschiren, nach dem Dessauer Marsch, der nicht vergebens gespielt ist. Das war die Einleitung zu der Periode Friedrichs, der dann durch seine glänzenden Thaten die Nation elektrisirte, und so sehr er selbst dem deutschen Wesen entfremdet war, doch überall anregend wirkte, sogar auf die deutsche Literatur, wie die bekannte Aeußerung von Goethe bezeugt. Allerdings wäre es ganz irrig, dem großen Friedrich deutsch-nationale Tendenzen unterzuschieben, aber nicht minder irrig wäre es, die thatsächliche Wirkung seiner Erscheinung zu leugnen. Die Wirkung hat unbestreitbar stattgefunden, und ist auch alsbald gefühlt und anerkannt worden. In Preußen schien seitdem der vornehmste Hebel der deutschen Entwicklung zu liegen, und darum blickten die deutschen Patrioten auf Preußen, sogar nachdem es selbst zusammengebrochen war, und trotzdem grade jetzt das letzte Asyl des Deutschthums wie der wichtigste Stützpunkt der deutschen Wiedererhebung wurde, denn von Preußen ging der Aufschwung der Freiheitskriege aus. Aber

*) Vgl. Pfister's Geschichte der Teutschen, Theil V. pag. 404.

wie hätte dieser selbst so niedergedrückte und fast mit dem Tode ringende Staat sich zu erheben vermocht, ohne die Traditionen aus der Zeit des großen Friedrich, welche das preußische Selbstgefühl und den preußischen Muth aufrecht erhielten, indem sich mit der Scham über die Gegenwart das brennende Verlangen verband, die alte Ehre wieder herzustellen. Wer möchte leugnen, wie das Eine das Andere bedingte? Es ist zu augenfällig, und wenn wir heute an eine deutsche Nationalverfassung denken, und dieser Gedanke allmälig eine Macht wird, so beruht dies auf einer Reihe von Ereignissen, worunter die Thaten des großen Friedrich und des großen Kurfürsten eine hervorragende Stelle einnehmen.

Es heißt die Geschichte verfälschen, wenn man den natürlichen Zusammenhang von Ursache und Wirkung ignoriren oder wegleugnen will, und es heißt sie nicht minder verfälschen, wenn man die Wirkungen aus Ursachen erklärt, und den Handlungen Beweggründe unterschiebt, die nicht vorhanden waren. Das Eine thun die Großdeutschen, wenn sie den thatsächlichen Einfluß, welchen das Emporkommen Preußens auf die Wiedererweckung des deutschen Nationalgeistes und die Verbesserung der deutschen Zustände gehabt hat, in Abrede stellen und glauben machen wollen, daß vielmehr in der vorpreußischen Zeit ein guter Zustand in Deutschland bestanden habe, der erst durch Preußen zerstört worden sei. Das Andere hingegen thun die Gothaer, wenn sie die Wirkungen, welche das Emporkommen Preußens auf Deutschland gehabt, aus einem angeblich der Mark Brandenburg eingepflanzten deutschen Beruf ableiten, und die preußische Politik als eine deutsche Nationalpolitik darstellen wollen, was sie doch niemals gewesen ist, und selbst im Jahre 1813 durchaus nicht war, sondern rein preußisch, wie wir früher nachgewiesen.

Preußen hat im Jahre 1813 den Funken in die deutsche Nation geworfen, und die Nationalentwicklung angefacht, freilich nicht um der deutschen Nation willen, sondern um sich selbst zu retten und für sich selbst zu erwerben, aber gleichviel, — die Absicht bestimmt nur das moralische Urtheil, die Wirkung hingegen erfolgt nach

Naturgesetzen. Und so ist sie in der That erfolgt, und dadurch eine Bewegung hervorgerufen, welche Preußen hinterher nicht mehr nach seinem Belieben leiten oder ausnutzen kann. Wie nun die Theorie vom deutschen Beruf Preußens schon an und für sich jedes haltbaren Bodens entbehrt, so ist es vollends eine nichtige Behauptung, wenn dieser deutsche Beruf jetzt darin bestehen soll, zuvörderst Oesterreich aus Deutschland herauszudrängen, und dann den Ueberrest mit Hülfe des glücklich emporgekommenen Nationalgefühls zu einem preußischen Kleindeutschland zu vereinigen. Ach, wie würde man sich die Finger verbrennen, wenn man mit dem Feuer spielen zu können glaubte! Und welche neue Kraft würde dann der Gegensatz zwischen Preußen und Oesterreich gewinnen, den man so leichtsinnig heraufbeschwört, wo doch vielmehr für ganz Deutschland kein dringenderes Bedürfniß ist als Versöhnung!

Diese letztere Ansicht, mit welcher Herr Klopp sein Buch schließt, theilen wir vollkommen. Es scheint uns aber ein sehr ungeeignetes Mittel die Versöhnung zu fördern, wenn man die Preußen irritirt, indem man ihren großen König schmäht, und so gewissermaßen die Verleugnung seines Andenkens zur Vorbedingung des gewünschten Einvernehmens mit Oesterreich machen will. Ist die heutige Stellung Preußens wesentlich durch Friedrichs Thaten bedingt, und nicht davon zu trennen, so erscheint uns vielmehr als unerläßliche Vorbedingung der Verständigung die unumwundene Anerkennung, wie sie sich schon längst ausgesprochen findet in den bekannten „Bekenntnissen eines österreichischen Veteranen". Ein Werk, das zwar Herr Klopp geringschätzig behandelt, das aber schon seit lange seinen Platz in der historischen Literatur behauptet, und wahrscheinlich auch das Kloppsche Werk noch überleben wird.

Schon zwei Geschlechter sind über den Gräbern des großen Friedrich und der Maria Theresia dahingegangen, das jetzt lebende ist das dritte. Wie haben sich inzwischen alle Verhältnisse verändert! Die Leidenschaften haben Zeit gehabt sich abzukühlen, und auch die bittere Schule der Noth hat nicht gefehlt. Sollte man nicht endlich

erkennen, daß diese zwei, obwohl im Leben verfeindet, zusammengehören: Der größte Mann und die größte Frau, welche Deutschland seit Jahrhunderten hervorgebracht, Beide die größten Regenten ihrer Länder, und Beide doch so verschieden von einander wie ihre Länder und wie ihr Geschlecht, aber gleichwohl in der Erinnerung nicht zu trennen! Kann man sich das heutige Preußen denken ohne Oesterreich, oder das heutige Oesterreich ohne Preußen? Denn wenn Friedrich einst auf ganz Deutschland eingewirkt hat, so insbesondere auch auf Oesterreich.

Zeuge dessen Kaiser Joseph, der zwar sehr verschieden von Friedrich, aber doch offenbar sein Schüler war. Denn von ihm hatte er gelernt den Staatszweck zur Richtschnur seiner Handlungen zu machen, anstatt nach Routine und Herkommen und priesterlichen Eingebungen zu handeln, wie bis dahin die österreichische Regierungspraxis war. Er hat fast keine seiner Absichten erreicht, aber gleichwohl sehr große Nachwirkungen hinterlassen, welche doch am Ende die vornehmste Grundlage bilden, worauf beruht, was man heute das verjüngte Oesterreich nennt, und worin also auch Spuren von Friedrichs Geiste fortleben. So scheint es wohl, daß dieser Mann für Preußen wie für Oesterreich gelebt hat, und die österreichische Geschichte selbst giebt Zeugniß gegen den großdeutschen Historiker, der österreichischer sein will als Oesterreich selbst.

## 7.

Wie weit reichen die Folgen der kirchlichen Spaltung und politischen Zersplitterung Deutschlands in alle Zweige unseres geistigen Lebens hinein! Alle unsere Geistesprodukte tragen Spuren davon, am auffallendsten aber erschienen sie in der historischen Behandlung unserer vaterländischen Angelegenheiten. Und wenn auf anderen Gebieten aus jener Spaltung und Zersplitterung doch auch viel Gutes entspringt, insbesondere vielfache Anregung, so treten hier fast nur Nachtheile hervor. Es wird in Folge dessen unsäglich schwer einen Standpunkt zu gewinnen, von welchem aus die ganze

deutsche Entwicklung mit klarem unbefangenen Blick zu überschauen wäre. Kommt dann noch die grenzenlose Fülle des Materials hinzu, welche auf denselben Ursachen beruht, weil sich die deutsche Entwicklung bei dem Mangel einer Nationalverfassung in tausend Nebenwege verzweigt, so wird es leicht begreiflich, daß eine höheren Anforderungen entsprechende Darstellung unserer Geschichte bis diesen Tag noch nicht gelungen ist, wie es denn auch noch kein solches Werk giebt, welches allgemeine Anerkennung gefunden hätte und so zu sagen als klassisch gälte, außer wo sich die Darstellung auf einzelne Partieen beschränkt, aber nicht für das Ganze.

Giebt es wohl unter allen bedeutenderen Werken deutscher Geschichte nur ein einziges, welches ganz frei von konfessioneller Färbung wäre? Wir glauben kaum. Und dies gilt nicht blos für die Behandlung der neueren Zeit seit der Reformation, sondern wie die Ursachen der Kirchenspaltung in die vergangenen Jahrhunderte zurückreichen, so erhält auch diese Zeit eine confessionell gefärbte Beleuchtung, ja bis in das fernste Alterthum zurück, daß selbst die Urwälder Germaniens kaum ihr natürliches Grün behalten. Und eben so weit reichen die Folgen unserer politischen Zersplitterung, wie wir schon bei Sybel sahen, der die kleindeutschen Ansichten, welche doch nur der Gegenwart anzugehören scheinen, in die Kaiserzeit hineinträgt, unseren großen Kaisern gewissermaßen einen Vorwurf daraus machend, daß sie keine Gothaer waren. Traurige Wirkung unserer Zerrissenheit, daß selbst die großen Bilder der Vergangenheit, an deren Betrachtung wir uns erheben sollten, durch Parteiwuth verdunkelt und herabgesetzt werden! Noch viel schlimmer bei Herrn Klopp, der es sich ja ausdrücklich zur Aufgabe gemacht zu haben scheint, den großen Friedrich in effigie vor aller Welt an den Pranger zu stellen, aber natürlich nur zur Verherrlichung der großen deutschen Nation, da dieser Geschichtsschreiber doch eben großdeutsch ist. Ach, haben wir etwa solchen Ueberfluß an großen politischen Gestalten, daß man das Andenken der wenigen, die wir wirklich haben, so muthwillig zerstören dürfte, der

Verachtung preisgebend, was so lange im Inlande wie im Auslande ein Gegenstand der Hochachtung gewesen, und zwar lediglich deßhalb, um damit eine neue Folie für Parteitendenzen zu gewinnen, — ein widerlicher Anblick! Welche Achtung soll eine Nation verdienen, die sich nicht einmal in ihren großen Männern selbst zu achten gelernt hat!

Aber da stehen wir eben vor dem Abgrund, in welchem bei uns alles Große, alle Ehre und alle Wahrheit unterzugehen drohen, und wovon wir schon im ersten Kapitel sprachen: die politische Zersplitterung verdirbt unseren Charakter, verdirbt unsre Gesinnung und zerstört den Wahrheitssinn. Wie deutlich zeigt sich das gerade an solcher Beurtheilung des großen Friedrich, dessen Leben sich ja selbst inmitten der deutschen Gegensätze bewegte. Wäre er Kaiser oder König von Deutschland gewesen, — wie ganz anders stände er da! Aber er war nur König von Preußen und Kurfürst von Brandenburg, und als solcher ein Territorialfürst neben anderen. Nur auf dieser partikulären Basis konnte er Großes vollbringen, und wenn er es that, so war seine Größe nicht die Größe Deutschlands, sondern sie mußte ganz unvermeidlich vieles Andere stören und verletzen, was doch gleichwohl auch zu Deutschland gehört, ja sie war dem Reichsverband gradezu verderblich. Von welcher Seite soll man ihn nun beurtheilen. Denn je nachdem man von dieser oder jener Seite ausgeht, wird das Urtheil sehr verschieden ausfallen. Er hat Preußen erhoben, aber er hat dem deutschen Reiche einen tödtlichen Schlag gegeben. Sind denn gleichwohl Wirkungen von ihm ausgegangen, welche der ganzen Nation zu Gute kommen? Das glauben wir allerdings, und haben es in der Kürze nachzuweisen versucht. Aber wie kamen wir zu dieser Ansicht? Nur dadurch, daß wir uns auf einen Standpunkt zu stellen suchten, von welchem aus die Bruchstücke unseres Nationalkörpers wie die Glieder eines lebendigen Ganzen erscheinen, dessen Entwicklung aber von den Gliedern ausgeht, bald hier bald dort hervortretend, grade wie einst die deutsche Literatur gewissermaßen aus einer Landschaft in die andere

wanderte, und dabei zwar nicht ohne lokale Färbung blieb, aber doch im Ganzen deutsch war, und wie es selbst noch heute geschieht. Wie aus der Vogelperspective suchten wir die Dinge zu betrachten, wohl wissend, daß dies ein luftiger Standpunkt ist, wo man keinen anderen Halt hat als an seinen eignen Gedanken, und jedenfalls ein Standpunkt mehr für den Philosophen geeignet als für den Geschichtsschreiber, der sich an das urkundliche Material gebunden fühlt. Allein was sagen denn die Urkunden von unserer deutschen Nationalentwicklung? Sie sprechen seit Jahrhunderten fast nur von Oesterreich, von Preußen, von Sachsen, von Baiern u. s. w., denn sie sprechen überhaupt nur von den positiven Mächten, und das heißt, sie sprechen von unserer Zerrissenheit.

Wo ist unter solchen Verhältnissen ein Boden zu finden, der sich einigermaßen günstig erwiese für eine auf die deutsche Gesammtentwicklung gerichtete Geschichtsschreibung? Sollen wir ihn etwa in Oesterreich oder in Preußen suchen, und insbesondere in den beiderseitigen Hauptstädten, wo doch allerdings die geistigen Hülfsmittel sich am meisten konzentriren, also in Wien oder in Berlin? Aber diese beiden Hauptstädte sind zugleich die vornehmsten Sitze des Partikularismus, wo die geistige Atmosphäre so spezifisch österreichisch oder preußisch ist, daß eine unbefangene Würdigung der deutschen Gesammtentwicklung vielleicht dort grade am schwierigsten sein möchte. Gehen wir dann in die Residenzen der deutschen Mittelstaaten, so erscheint diese Schwierigkeit allerdings dort sehr vermindert, denn man ist dort in demselben Maße mehr für das Gesammtdeutsche empfänglich, als man lebendiger fühlt, nur als Glied eines größeren Ganzen existiren zu können. Aber ohne Einfluß wird die partikularistische Atmosphäre auch dort nicht bleiben, weil diese Staaten in verschiedenen Momenten der deutschen Geschichte eine hervorragende Rolle gespielt, wie namentlich Baiern und Sachsen, und auch dort wird der Lokalpatriotismus nicht selten das Urtheil bestimmen. Erst in den Kleinstaaten wird solcher Einfluß ganz verschwinden, und dort Niemand in Gefahr stehen, die deutsche Ge=

schichte etwa unter dem Gesichtspunkte von Nassau oder von Meiningen zu betrachten, wenn man die Dinge nicht absichtlich verdrehen will, und somit scheinen grade die Kleinstaaten vergleichsweise noch der günstigste Boden für eine unbefangene Würdigung der deutschen Gesammtentwicklung zu sein. Allein wenn hier der Lokalpatriotismus zurücktritt, so vermindern sich andrerseits auch die geistigen Hülfsmittel, und die Kleinlichkeit der Verhältnisse, in denen man dort lebt, verengert auch den Blick, während doch grade die deutsche Geschichte vor Allem eine großartige Auffassung fordert. Immer gerathen wir also aus der Scylla in die Charybdis, und immer werden wir an den Mangel eines deutschen Concentrationspunktes erinnert, der auch für unser Geistesleben ein Bedürfniß ist, das sich nirgends so fühlbar macht als in den historischen und politischen Wissenschaften. Hätte der Bund ein wirkliches Leben, so wäre dort auch der gewünschte Concentrationspunkt gegeben, bis dahin aber bleibt der Mangel nicht zu beseitigen.

Sind nun unsere geistigen Zustände die Wirkung unserer confessionellen Spaltung und staatlichen Zerrissenheit, so üben sie doch andrerseits wieder eine große Rückwirkung auf das öffentliche Leben aus, und für jede Fortentwicklung werden die durch die Wissenschaft verbreiteten Ideen ein wesentlicher Hebel sein. Wie sehr werden wir also die Verirrung beklagen müssen, wenn die historische Wissenschaft anstatt uns über die nationalen Zerwürfnisse hinwegzuhelfen, und durch die Erkenntniß der gemeinsamen Grundlagen wie des gemeinsamen Zweckes ein einigendes Band zu bilden, sich viel mehr selbst zum Organ des Zwiespalts macht, und die deutsche Geschichte zum Tendenzroman verwandelt, wovon wir doch in dem Vorstehenden genügende Beispiele gesehen. An Leidenschaften und Vorurtheilen fehlt es ja ohnehin nicht, sie verschwinden nie aus dem öffentlichen Leben, und immer machen sie das Urtheil blind, die Wissenschaft hingegen soll aufklären, um durch Aufklärung die Leidenschaften zu zügeln und die Vorurtheile zu zerstören; was soll man aber sagen, wenn sie selbst die Leidenschaft steigert und die Vorurtheile befestigt,

und durch Beides nur den Zwiespalt und die Verwirrung vermehrt! Um so auffallender und um so tadelnswerther, wenn dies von Denjenigen geschieht, die sich ausdrücklich für Repräsentanten der deutschen Nationalsache ausgeben, und an der Spitze des deutschen Fortschritts stehen wollen, während sie vielmehr die Nation in die Irre führen, und durch ihr bornirtes Treiben ein wesentliches Hinderniß des deutschen Fortschrittes sind. Ja Rückschrittsmänner sind sie, wenn sie den allgemach veraltenden Gegensatz zwischen Preußen und Oesterreich wieder auffrischen, und die ganze Nation in diesen Gegensatz hineinzerren wollen, unter dem Feldgeschrei „Hohenzollern oder Habsburg", — eine Frage, mit der sich die deutsche Nation nur allzulange beschäftigt hat. Es wird Zeit, daß sie sich mit sich selbst beschäftigt.

Und zu welchen bizarren Behauptungen ist man dabei gelangt! Denn fast sinnlos ist es doch zu nennen, wenn nach der kleindeutschen Theorie ein Land wie das Erzherzogthum Oesterreich gar nicht zu Deutschland gehören soll, während es doch seit tausend Jahren dazu gehört, ja selbst schon mit der altdeutschen Sage verflochten erscheint, wie in den Nibelungen, deren Geschichte sich vom Rhein nach der Donau zieht, bis nach Ungarn hinein. Ein Land ferner, welches schon in der ersten Hälfte des Mittelalters eine Stätte deutscher Kultur war, während damals Brandenburg und die baltischen Küstenländer noch halb wüst lagen, und welches dann seit Ausgang des Mittelalters über dreihundert Jahre lang der Sitz des deutschen Kaiserthums gewesen ist. Was muß das wohl für eine Nationalgeschichte sein, in deren Rahmen dieses Land nicht hineinpaßt! Es scheint wohl, der Fehler liegt hier an dem Rahmen, und wir möchten doch das Kunststück sehen, wie man ein Bild der deutschen Geschichte geben will, worin Oesterreich fehlte!

Oder hat etwa Oesterreich blos wie eine auswärtige Macht in die deutschen Verhältnisse eingegriffen? Auch diese Behauptung kann vor der Wahrheit nicht bestehen. Es hat mitgewirkt, bei Allem was die deutsche Nation ist und hat, und ist selbst auf dem rein geistigen

Gebiete, welches doch seine schwächste Seite zu sein scheint, kein blos passives Mitglied des deutschen Völkervereins gewesen. Es hat Dichter aufzuweisen, die zwar nicht zu den ersten gehören, aber doch ungern vermißt würden, und nimmt in der Geschichte der deutschen Musik eine hervorragende Stellung ein. Aber wichtiger als dies ist die natürliche Begabung des österreichischen Volkes, seine gemüthliche, offne und sinnige Weise, welche immer ein wesentliches Element der deutschen Volksthümlichkeit bleibt. Oder soll sich etwa in der nüchternen Verständigkeit Brandenburgs, und in dem Berliner Witz, die Totalität des deutschen Geistes darstellen? Es scheint wohl, diese Totalität fühlt ihren eigenen Mangel, der sich durch Hegel'sche Philosophie, oder was sonst an absoluten Denksystemen erfunden werden mag, ganz eben so wenig ersetzen läßt, als durch Pietismus und Muckerei, worin sich nur die Verzweiflung über die innere Leerheit ausspricht. Mit der reinen Vernunft ist eben nicht auszukommen, so wenig als man im reinen Lichte sehen kann, das Auge verlangt nach Farbe. Eben darum sind auch die Berliner das reiselustigste und reisebedürftigste Völkchen in ganz Deutschland, denn sie reisen wohl nicht blos um dem heimathlichen Sande zu entrinnen, sondern auch um einmal unter anderen Menschen zu sein. Darum reisen sie gern nach dem südlichen Deutschland, wo man überall mehr in Gefühl und Anschauung lebt als im deutschen Norden, am meisten aber herrscht diese Weise in den österreichischen Ländern. Es ist ein gewisses Etwas darin, was grade die preußische Kultur nicht zu liefern vermag, und was man doch gleichwohl als ein Bedürfniß empfindet, als eine Ergänzung seines eigenen Wesens. Soll es denn also als etwas Fremdes und Ausländisches angesehen werden? Die Thatsachen selbst sprechen ja für das Gegentheil, und jeder Berliner, der gestern vielleicht für die Doktrinen des Nationalvereins schwärmte, und morgen nach Oesterreich reis't, liefert einen lebendigen Beleg dafür. Denn es ist wahrlich nicht das Ausländische, was er dort sucht, das findet er in Frankreich oder in England, sondern es ist ein vaterländisches Element und eine Atmosphäre, worin

er sich eine Weile lang behaglicher zu fühlen hofft als zu Hause. Das Vaterland muß also dennoch größer sein.

Möchte man die deutschen Verhältnisse doch auch von einer anderen Seite betrachten, als von der Seite der confessionellen und politischen Gegensätze, worin das Nationalleben bei Weitem noch nicht aufgeht. Es giebt andere Elemente, und eben diese müssen zum Bindemittel dienen, wodurch das Ganze trotz aller Spalten und Risse dennoch zusammenhält, und allmälig wieder Festigkeit und Leben gewinnen kann. Schon ist das Gefühl der Zusammengehörigkeit allgemein erwacht, die Wissenschaft muß zu Hülfe kommen, und auch dem Verstande demonstriren, wie alle Theile ein Ganzes bilden, und alle zu dem Ganzen etwas beitragen.

Nicht nach den confessionellen und politischen Grenzen wird man dann die Theile betrachten, sondern nach der Volksart, und nach den Abgrenzungen, welche die Landesnatur und Geschichte angeben. So entsteht ein lebensvolles Bild, welches wohlthuend und versöhnend wirkt, indem es allen Theilen gerecht wird, und dadurch erst den inneren Reichthum des deutschen Volksthums erkennen läßt. In dieser Richtung hat Wachsmuth in seiner „Geschichte deutscher Nationalität" ein schönes Werk geliefert. Möchten ihm Andere folgen, denn es giebt auf diesem Gebiete noch viel zu thun, und was hier geschieht, wird in demselben Maße dem Fortschritt der deutschen Einheit förderlich sein, als ihm die großdeutschen und kleindeutschen Theorien hinderlich sind.

Wir haben gesehen, wie mächtig einst die großen deutschen Dichterwerke gewirkt, indem sie ein Band der Gemeinschaft bildeten, vor welcher die confessionellen und politischen Grenzen verschwanden. Aber die Periode der großen Dichter und Literatoren ist vorüber, und was uns heute bewegt, sind praktische Fragen. Was kann dabei der Träger und Hebel unseres geistigen Lebens werden? Es müssen vor Allem die historischen und politischen Wissenschaften sein, denen sich auch das öffentliche Interesse in der That schon immer mehr zuwendet. Um so wichtiger ist es, daß sich hier nicht Ansichten

festsetzen, welche weit entfernt die geistige Gemeinschaft zu kräftigen, dieselbe vielmehr untergraben und zerstören, und mit ihr die Hoffnung der Zukunft.

Unter diesem Gesichtspunkt haben wir die vorstehenden Erörterungen geschrieben. Sie knüpfen an literarische Erscheinungen an, aber man wird nunmehr erkennen, um welche praktische Folgen es sich dabei handelt.

---

## VIII.

# Nothwendigkeit der Begründung eines engeren Bundes.

1. Die Hauptschwierigkeit der deutschen Frage liegt in der Stellung der beiden Großmächte. 2. Unterschied zwischen den preußischen Westprovinzen und Ostprovinzen. 3. Preußische Projekte von 1814. 4. Preußen und Deutschland. 5. Abgrenzung des engeren Bundesgebietes. 6. Fortsetzung. 7. Seine Organisation und Bestimmung.

---

Mit dem Erwachen des Bewußtseins der nationalen Gemeinschaft ist die Wiederherstellung Deutschlands vorbereitet. Darauf folgt als der erste Schritt, daß sich dieses Bewußtsein durch gemeinsame Thaten bewährt, d. h. die Bundespolitik, worin wir die Vorbedingung aller weiteren Entwicklung erkannten. Und darauf folgt als der zweite Schritt, daß sich die Gemeinschaft auch in gemeinsamen Institutionen verkörpert. So ist die natürliche Ordnung, die aber in den bisherigen Reformprojecten fast immer auf den Kopf gestellt wird, indem man vielmehr mit der Constituirung beginnen will. Grade wie wenn das Leben aus der Form hervorginge, da doch die Form vielmehr das Product des Lebens sein muß.

Jetzt werden wir unsere Ideen über diese zweite Aufgabe darlegen.

1.

Also die deutsche Einheit soll sich in gemeinsamen Institutionen verkörpern. Dazu fordert man gemeinhin ein Parlament und eine Centralgewalt, abermals die natürliche Ordnung umkehrend, wie wir schon früher zeigten, indem vielmehr die Centralgewalt dem Parlament vorausgehen müßte. Aber lassen wir dies, und halten uns nur an den Grundgedanken, woraus jene Fordrung entspringt. Was will man denn also erstreben?

Man will die Bruchstücke des deutschen Nationalkörpers, welche jetzt das deutsche Staatensystem bilden, dergestalt mit einander verschmelzen, daß daraus ein neues Ganzes entsteht, welches nach der Analogie eines Staates verfaßt sein und beherrscht werden soll, ein sogenannter Bundesstaat, gleichviel, wie man sich die einzelnen Einrichtungen denken mag, das ist immer der Kern der Sache. Ist das aber ausführbar?

Wir sagen, es ist schlechterdings unausführbar, so lange Oesterreich und Preußen in ihrer gegenwärtigen Gestalt bestehen, weil beide zu groß und mächtig, und nach ihrem innern Gefüge und dem darin waltenden Geiste zu eigenthümlich sind, als daß sie sich einer Obergewalt unterordnen, der freien Verfügung über ihre Kräfte entsagen, und eine Einmischung in ihre inneren Einrichtungen gestatten könnten. Rücksichtlich Oesterreichs ist dies so augenfällig, daß eben darin der Hauptgrund liegt, worauf sich die kleindeutschen Projekte stützen. Mit Oesterreich also ist der Bundesstaat nicht möglich, und ohne Oesterreich auch nicht, weil sich Oesterreich nicht ausschließen läßt, und schon das Eine genügt um das Ganze scheitern zu machen. Aber selbst wenn Oesterreich ausgeschlossen wäre, so würde sich in Preußen dieselbe Schwierigkeit wiederholen, obgleich dasselbe viel kleiner und seiner Bevölkerung nach fast gänzlich deutsch oder verdeutscht ist. Es ist nichtsdestoweniger eine europäische Macht ge-

worden, es hat als solche eine Geschichte, und es ist immer zu groß, um sich einer Obergewalt unterzuordnen. Würde es doch in dem beabsichtigten Kleindeutschland für sich allein die volle Hälfte repräsentiren, und es ist keine wahre Föderation denkbar, wo ein Glied alle andern aufwiegt, und an Militairkraft sogar übertrifft. Das föderative Verhältniß müßte sich in ein Subjectionsverhältniß verwandeln, was doch aber wiederum die anderen Glieder nicht gestatten würden. Man müßte sie also mit Gewalt zwingen, und selbst wenn dies geschähe, so bliebe die innere Schwierigkeit noch immer unverändert, so lange Preußen unverändert bleibt.

Man frage sich doch nur, wie wohl neben einem Unionsparlamente in Frankfurt noch ein preußisches Parlament in Berlin bestehen könnte? Das Eine muß das Andere absorbiren, wenn nicht ein permanenter Konflikt daraus entstehen, oder im günstigsten Falle das eine von beiden ein bloßes Schattenspiel werden soll. Welches wird dies wohl sein? Wird sich etwa Preußen von Frankfurt aus regieren lassen? Ganz gewiß nicht, sondern der Schwerpunkt des Ganzen wird nach Berlin fallen, und wohl oder übel, das Frankfurter Parlament, welches doch scheinbar die Macht hätte, weil es das Ganze repräsentirt, wird sich dem Berliner Parlament unterordnen müssen, welches zwar nur die Hälfte repräsentirt, aber dennoch das entscheidende Gewicht hätte, so lange diese Hälfte für sich selbst einen einheitlichen Staat bildet, während die andere Hälfte aus mehr als dreißig Staaten bestände. Dieses also zugegeben, so würde der natürliche Zug der Dinge gar bald dahin führen, daß das kleindeutsche Parlament von Frankfurt nach Berlin übersiedeln müßte. Aber wozu sollen dann überhaupt noch zwei sein, ein kleindeutsches neben dem preußischen, welches letztere doch thatsächlich das entscheidende wäre? Es bliebe nichts übrig als die Fusion dieser beiden Parlamente, wobei aber nicht etwa Preußen in Deutschland aufginge, sondern umgekehrt Deutschland von Preußen annektirt und borussificirt würde.

Wohl verstanden, dies wäre die Konsequenz, wenn die klein=

deutschen Projekte zu ihrem Ziele gelangen sollten. Aber eben an solcher Konsequenz würden sie selbst scheitern, denn je mehr man sich dem Ziele zu nähern schiene, um so heftiger würde der Widerstand werden, weil die hier zu inkorporirende Ländermasse doch viel zu bedeutend ist, als daß Preußen sich dieselbe assimiliren könnte, und weil in der deutschen Bevölkerung derselben doch immer zu viel Selbstgefühl lebt, als daß sie sich borussificiren ließe. Der Versuch dazu würde den Bürgerkrieg hervorrufen.

Deutschland kann und will nicht preußisch werden, aber gleichwohl müssen die kleindeutschen Projekte mit Nothwendigkeit dahin führen, so lange Preußen selbst als Einheitsstaat bestehen bleibt. Diese Schwierigkeit ist sogar von einem kleindeutschen Publizisten erkannt, und in einer Schrift besprochen worden unter dem Titel „Die Vereinigten Staaten von Deutschland", Hamburg 1860, — ein offenbarer Fortschritt der kleindeutschen Theorie, aber, wie es scheint, wenig beachtet worden. Der anonyme Verfasser hält nämlich zwar einerseits an der Idee eines kleinen Deutschland mit „preußischer Spitze" fest, aber andrerseits soll Preußen sich zugleich selbst umgestalten. Seine bisherigen Provinzen sollen sich in fast selbstständige Statthalterschaften verwandeln, um sich dadurch so viel als möglich den übrigen deutschen Staaten anzunähern, und nicht sowohl der preußische Staat als solcher, sondern vielmehr die preußischen Provinzen sollen Glieder des kleindeutschen Reiches sein, wobei dem Könige von Preußen zwar die kleindeutsche Krone verbleibt, aber das gefährliche Uebergewicht des preußischen Staates verschwindet, und somit eine wirkliche Föderativverfassung ermöglicht zu sein scheint. Es ist noch viel Unfertiges und Oberflächliches in diesen Vorschlägen, aber im Vergleich zu dem vulgären Gothaismus verrathen sie doch Gedanken. Nur der offenbare Widerspruch ist dabei übersehen, der darin liegt, daß einerseits mit Hülfe der preußischen Staatskraft die kleindeutsche Union hergestellt, und andrerseits der preußische Staat aufgelöst werden soll. Wird Preußen, oder respektive der König von Preußen, dies Letztere gestatten? Und wenn er es thäte, so verlöre

er ja die Macht, die ihm doch zur Durchführung des schwierigen Unionswerkes unentbehrlich sein würde.

Wie dem auch sei, die Unvereinbarkeit des preußischen Einheitsstaates mit der kleindeutschen Union ist hiermit anerkannt, und man will die Schwierigkeit beseitigen, indem man den preußischen Staatsverband auflöst. Ganz dasselbe fordert von demokratischer Seite Gustav Struve*), nur viel konsequenter, und ohne allen Rückhalt mit der Sache herausgehend, auf dem Boden der erklärten Revolution. Auch will er nicht ein kleines Deutschland, sondern das ganze, und zu diesem Ende soll auch die österreichische Monarchie in ihre Kronländer aufgelöst werden. Andrerseits verschwinden die Kleinstaaten, um überall angemessne Verwaltungsgebiete herzustellen, und indem so ganz Deutschland in gleichartige Bestandtheile zerlegt wird, deren er 23 annimmt, ist das Material zu einem großen Bundesstaat gewonnen, welcher sich nach dem Vorbilde von Nordamerika gestalten wird. Natürlich rein republikanisch, während der Verfasser der obenerwähnten Schrift in seinen „Vereinigten Staaten von Deutschland", deren Name doch einigermaßen an Nordamerika erinnert, ganz harmlos die Monarchie beibehält.

In Summa, man kann Oesterreich und Preußen nicht wie die übrigen deutschen Staaten behandeln, und wie diese beiden Mächte jetzt sind, nämlich als einheitliche Körper, sind sie keine brauchbaren Elemente für eine lebensvolle Föderation, vielmehr das größte Hinderniß für die Herstellung einer solchen. Die Hauptschwierigkeit der deutschen Frage liegt also in der Stellung der beiden Großmächte, wie es auch alle praktischen Männer längst gewußt und gesagt**), bis erst die Gothaer die Entdeckung machten, daß die Schwierigkeit vielmehr in dem Starrsinn der Mittelstaaten und Kleinstaaten liege, die sich nicht mediatisiren lassen wollten. Das werden wir ihnen nicht verargen, andrerseits aber auch den Großmächten nicht zumuthen dürfen, sich auflösen zu lassen. Wir werden uns statt dessen nach

*) „Die Zeit von 1848—1863".

**) Vgl. Zöpfl, „Grundsätze des allgemeinen deutschen Staatsrechts".

einem weniger radikalen Mittel umsehen, welches unter den gegebenen Verhältnissen anwendbar ist und den praktischen Bedürfnissen genügt.

## 2.

Das Bewußtsein der nationalen Gemeinschaft, sagten wir, ist die Vorbedingung zur Wiederherstellung Deutschlands. Aber es genügt nicht, daß dieses Bewußtsein überhaupt erwacht ist, sondern es muß sicher und kräftig sein, um gemeinsame Institutionen darauf basiren zu können. Es muß insbesondere stärker sein als das partikularistische landschaftliche Gefühl, sonst ist keine einheitliche Organisation möglich.

Was uns einigen soll, muß doch gewiß das Gegentheil von dem sein, woraus die Zersplitterung entsprang. Und woraus ist dieselbe entsprungen, wenn nicht vor Allem aus der Schwäche des Nationalgefühls, welches von dem landschaftlichen Sinn und Treiben ganz verdrängt und überwältigt wurde, worauf unvermeidlich die Auflösung des Reiches folgen mußte. Denn am Ende ist doch die Gesinnung der Menschen der am meisten entscheidende Faktor der politischen Entwicklung. Hätten die Deutschen in früheren Zeiten den ernstlichen Willen gehabt, ein festes Ganzes zu bilden, so wäre es den Fürsten nie gelungen, sich in ihren Territorien unabhängig zu machen und dadurch den Reichsverband zu sprengen. Aber das deutsche Volk hatte nur ein schwaches Gefühl für das Reich, überall hielt man sich an die heimathliche Landschaft, und folglich an den Landesfürsten. Ranke bemerkt, wie von den deutschen Kaisern fast nur Einer einen ehrenden Beinamen bekam, nämlich Otto der Große, abgesehen von dem großen Karl, welcher mehr fränkischer als deutscher Kaiser war, während unter den Landesfürsten so viele gefeiert wurden. Sie heißen: die Guten, die Weisen, die Erlauchten, die Reichen, die Großmüthigen, und selbst die Großen, wie in Brandenburg der große Waldemar, der große Kurfürst und der große Friedrich. Wie kann aber ein großes Reich bestehen, wo die Territorialfürsten für sich allein schon groß sind und groß sein wollen? Da ist es kaum anders zu erwarten, als daß im gegebenen Falle nicht die Territorial=

interessen den Reichsinteressen untergeordnet werden, sondern umgekehrt, wie es denn wirklich überall geschah. So wurde Deutschland zersplittert, und wird zersplittert bleiben, so lange nicht in den Bevölkerungen selbst das Nationalgefühl erstarkt und das Uebergewicht über das landschaftliche Gefühl erlangt. Will man in Baiern, Sachsen, Hessen u. s. w. vor Allem bairisch, sächsisch oder hessisch sein, — was bleibt dann für Deutschland übrig als ein lockerer und ohnmächtiger Bund? Nur in dem Maße also, als das Nationalgefühl erstarkt, ist eine Bundesreform möglich.

Nun zeigen sich aber in dieser Hinsicht sehr auffallende Unterschiede in den verschiedenen Theilen von Deutschland. In den mittleren und kleinen Staaten hat das Nationalgefühl allmälig das Uebergewicht über die partikularistischen Triebe erlangt, in Oesterreich und Preußen hingegen herrscht bis heute der Partikularismus vor, und nicht blos in den Regierungen, sondern auch in der Bevölkerung. Der Oesterreicher will vor allen Dingen ein großes Oesterreich, und wird im gegebenen Falle immer das deutsche Interesse dem österreichischen unterordnen. Man ist dort d e u t s c h in Sitte und Lebensweise, in der Gesellschaft, aber man ist ö s t e r r e i c h i s c h in der Politik und im Staatsleben überhaupt. Diese Thatsache wird Niemand bestreiten. Aber ist es denn anders in Preußen? Ja, es ist anders, aber doch nur zum Theil, und im Ganzen ist doch das Preußenthum sehr vorherrschend, auch in der Bevölkerung, die vor Allem ein großes Preußen haben möchte, wie der Oesterreicher ein großes Oesterreich. Was soll dabei aus Deutschland werden? Es muß ja wohl noch immer kleiner werden, wenn Oesterreich und Preußen noch immer größer werden! Und was hofft man durch ein deutsches Parlament zu erreichen, wo die österreichischen und preußischen Mitglieder nicht die deutschen, sondern die österreichischen und preußischen Interessen betreiben werden? Eine wohl aufzuwerfende Frage!

Allein Preußen ist lang ausgestreckt, und besteht aus sehr verschiedenen Landestheilen. Seine östlichen Provinzen sind deutsche Kolonialländer, die sich viel später entwickelten als das westliche Deutsch-

land, erst im 12., 13. und 14. Jahrhundert, als die eigentliche Kaiserzeit schon zu Ende ging, und daher auch mit dem Reiche nur schwache Verbindungen hatten, während hingegen die Provinzen links von der Elbe alte Reichsländer sind, und tief in die Reichsgeschichte verflochten. Das Eine wie das Andere kann nicht ohne Wirkung sein, und so ist in der That der Geist der Bevölkerung in diesen beiden Haupttheilen des preußischen Staates sehr verschieden.

Nur die östlichen Provinzen sind es, wo das Preußenthum entschieden vorherrscht, und so zu sagen der Bevölkrung im Fleisch und Blut liegt, in den westlichen Provinzen hingegen ist das Preußenthum nur eine politische Form. Sie sind annektirt, und haben dann auch im preußischen Staate ihre Befriedigung gefunden, weil Deutschland immer mehr verfiel, und das aufstrebende Preußen mehr gewährte als das stagnirende und absterbende Reich. Je mehr aber in unserer Zeit das deutsche Nationalgefühl erwacht, und mit ihm der Gedanke der Begründung eines neuen Reiches, werden sie natürlich von diesem Gedanken ergriffen, und fühlen sich heute mehr deutsch als preußisch. Zwar auch in den östlichen Provinzen ist man von der deutschen Bewegung nicht unberührt geblieben, — wie wäre es anders möglich, da doch in den Freiheitskriegen grade von hier aus der Anstoß zur deutschen Erhebung erfolgte, — allein das Deutschthum ruht doch auf der Grundlage des Preußenthums, es gilt nicht für sich selbst, sondern nur als Mittel, nämlich um Preußen groß zu machen, und ein preußisches Deutschland ist der Hintergedanke bei allen deutschen Bestrebungen in der Mark Brandenburg. Es mag Ausnahmen geben, aber im Ganzen ist es so, und wie wir bei Droysen sahen, ist eben dieser Gedanke sogar zu einer historischen Theorie entwickelt, wonach die Mark Brandenburg als der eigentliche Kern von Deutschland den natürlichen Beruf zur Angliederung haben, und in solcher Weise die deutsche Einheit herstellen soll. Das ist die vorherrschende Ansicht in den politischen Kreisen der östlichen Provinzen, so weit man sich dort überhaupt mit deutschen Angelegenheiten beschäftigt, die dort immer

nur in zweiter Linie stehen. Noch mehr gilt dies für die große Masse der Bevölkerung, die keine politische Theorie kennt. Ihr Gefühl und Sinn ist vorzugsweise preußisch, genährt und belebt durch die Erinnerungen an den großen Kurfürsten, an den großen Friedrich und an die Freiheitskriege. Erinnerungen an Kaiser und Reich sucht man dort vergebens. In den westlichen Provinzen hingegen sind diese Erinnerungen keineswegs erloschen, sie treten noch deutlich hervor bis an die Elbe, denn in Magdeburg residirte Kaiser Otto der Große, was dort jedes Kind weiß, und der große Otto war doch mehr als der große Friedrich. Wie natürlich, daß hier der deutsche Sinn vorherrscht, und wenn hier die Alternative gestellt würde: ob preußisch oder deutsch, so würde sich die große Majorität für Deutschland aussprechen.

Ich meine, man muß in der Politik immer von Thatsachen ausgehen, nicht von theoretischen Ansichten, und man muß die Dinge so nehmen, wie sie wirklich sind, nicht wie man sie wünschen möchte. Vom deutschen Standpunkte aus wird man wünschen, daß der deutsche Sinn in ganz Preußen vorherrsche, und daß die Brandenburger und Pommern sich ganz eben so deutsch fühlen wie die Sachsen, Westphalen und Rheinländer, vom preußischen Standpunkte hingegen wünscht man umgekehrt, daß überall das Preußenthum vorherrsche, und daß die Rheinländer, Westphalen und Sachsen sich ganz eben so preußisch fühlen, wie die Brandenburger und Pommern, aber das Eine wie das Andere ist eine Illusion. Links von der Elbe sind die Menschen anders geartet und gesinnt als in den östlichen Provinzen, wo das spezifische Preußenthum seine eigentliche Heimath hat.

Wer immer diese verschiedenen Landestheile mit einiger Aufmerksamkeit beobachtet hat, wird der vorstehenden Ansicht beistimmen. Der Verfasser hat seinerseits Gelegenheit genug gehabt diese Dinge kennen zu lernen, und ist dabei durch den Umstand begünstigt, daß seine Heimath grade an der Grenze liegt, wo das östliche und westliche Gebiet sich gegenseitig berühren und scheiden. Es ist das ehemals sogenannte Nordthüringen, das Land vom Harz bis zur Saale,

Elbe und Altmark. Von da aus ist die Gründung des preußischen Staates ausgegangen, durch den großen Markgrafen Gero und Albrecht den Bären, deren Heimath an den Vorbergen des Harzes liegt. Andrerseits reicht die Geschichte dieser Landschaft bis in die Zeit der Karolinger herab, und hier wurde dann König Heinrich der Vogelsteller erwählt, und hier hatten die Ottonen ihre Lieblingssitze, — ein klassischer Boden in der Geschichte des Reiches. Später entstand hier der Sachsenspiegel durch Eike von Repgow, in neuerer Zeit wurde hier Klopstock geboren, der Begründer der neueren deutschen Poesie. Nach dem Allem ist dies ein ächt deutsches und altdeutsches Land, aber frühzeitig in enge Verbindung mit Brandenburg getreten, nämlich durch die Markgrafen aus dem Hause Anhalt, welche von hier stammten, und durch das ehemalige Bisthum Halberstadt, zu dessen Sprengel ein großer Theil der Altmark gehörte. Auch hat die Nachbarschaft der Slawen, durch deren Bewältigung doch eigentlich die Mark Brandenburg entstand, Spuren zurückgelassen, die bis an den Harz reichen. In dieser Landschaft geboren und erzogen, hat man das deutsche und preußische Wesen gleichzeitig vor Augen, und lernt das Eine wie das Andere in seiner Eigenthümlichkeit aufzufassen und zu würdigen, da hingegen die Leute, welche in den östlichen Provinzen geboren und erzogen sind, in der Regel nur wenig Sinn für das Gesammtdeutsche verrathen. Haben sie nicht durch Studien und Reisen ihren Horizont erweitert, so pflegen sie den großen Friedrich zum Mittelpunkt ihrer politischen Gedanken zu machen, und lassen die deutsche Geschichte mit dem großen Kurfürsten beginnen, in dem sich ihnen Deutschland in das moderne Preußen verwandelt.

Dieser Unterschied der Denkweise, welcher auf den geschichtlichen Erinnerungen beruht, wird dann verstärkt durch den Unterschied des Blutes, weil die Bevölkerung der östlichen Provinzen stark mit slawischen Elementen vermischt ist, was doch nicht ohne Einfluß auf den Menschenschlag bleiben konnte. Dazu kommen ferner die socialen Verhältnisse. In den östlichen Provinzen herrschen auf dem platten Lande die großen Güter vor, und die Rittergutsbesitzer bilden

dort ganz entschieden ein eigenthümliches Element der Gesellschaft. In den westlichen Provinzen hingegen ist der ritterschaftliche Besitz viel geringer, der bäuerliche Besitz durchaus vorherrschend, der Boden überhaupt mehr getheilt, am Rhein selbst in Zwergwirthschaften zersplittert. Welche weitreichenden Folgen schließen sich daran an! Auch das Städtewesen nimmt sich in den östlichen Provinzen anders aus, denn während die Städte im westlichen Deutschland so zu sagen von selbst entstanden und aus ihren Umgebungen herauswuchsen, wurden sie dort allermeist planmäßig angelegt, und von vorn herein mit einer besonderen Verfassung ausgestattet. Offenbar hängt dies Alles mit der Eroberung und Kolonisation zusammen, welche diesen Ländern das eigenthümliche Gepräge gaben, welches sie noch heute tragen.

Endlich hat auch die geographische Lage wichtige Folgen. Die Spree und Havel, welche die Kurmark bewässern, fließen der Elbe zu, aber das Land liegt dennoch der Nordsee ferner als der Ostsee, und die Neumark, wie alle übrigen östlichen Provinzen, gehören ausschließlich dem Ostseebecken an. Wirft man nun einen Blick auf die Landkarte, so ist es augenfällig, wie auf diesem Gebiete die natürlichen Wasserstraßen weit mehr nach Osten als nach Westen deuten, indem die Elbe, die Oder und Weichsel ihre großen Nebenflüsse auf der östlichen Seite haben, und dadurch einander so nahe treten, daß es leicht war die Verbindung durch Kanäle zu vervollständigen. Ja nach der Meinung der Geologen haben diese Flüsse in vorhistorischen Zeiten sogar in unmittelbarem Zusammenhang gestanden. So ist hier ein System von Wasserstraßen gegeben, welches bis nach Litthauen reicht. Der Handel ist daher auf diesem Gebiete sehr wesentlich auf die Ostsee und deren Hinterländer angewiesen, während die Westprovinzen ihren Abfluß nach der Nordsee haben, und somit ein anderes Handelsgebiet.

Erwägt man alle diese Umstände, so wird man sich der Ueberzeugung nicht verschließen können, daß es sehr wenig passend erscheint, die westlichen Provinzen mit den östlichen zu einem Staatskörper

verschmelzen zu wollen. Man kann eine künstliche Einheit herstellen, aber durch den gleichförmigen Schematismus der Repräsentation und Administration entsteht doch keine homogene Masse. Die Unterschiede werden übertüncht und verdeckt, aber sie bleiben und machen sich geltend, und am Ende führt die erkünstelte Einheit zu einer Verfassung, die, weil sie überall passen soll, nirgends recht paßt, und nirgends Wurzel schlägt.

Wäre es nicht besser die Westprovinzen nach einer eigenen Verfassung als preußische Nebenländer zu regieren? Es wäre besser für diese Provinzen selbst, besser für den preußischen Staat, welchem die scheinbare Einheit keinesweges einen Zuwachs an Kraft giebt, und besser für Deutschland, dessen Reorganisation grade durch den preußischen Einheitsstaat am meisten verhindert wird.

Durch ihre Lage, wie nach ihrem inneren Wesen und ihren materiellen Interessen, sind die preußischen Westprovinzen auf eine innige Gemeinschaft mit den übrigen Gebieten des westlichen Deutschlands angewiesen, also mit dem ganzen Komplex der deutschen Mittel- und Kleinstaaten, mit welchem sie dann ein hinlänglich homogenes Ganze bilden würden. Und hier allein finden wir die Möglichkeit gegeben zu einer lebenskräftigen Föderativverfassung.

### 3.

Was wir soeben behauptet, stimmt im Wesentlichen überein mit dem, was Stein und Hardenberg im Jahre 1814 als Grundmaxime für die Regulirung der deutschen Angelegenheiten aufgestellt.*) Hiernach sollte ein engerer und weiterer Bund begründet werden, jener mit einer ausgebildeten Verfassung und mit einer Kreiseintheilung nach den Analogien des ehemaligen Reiches, dieser als ein blos völkerrechtliches Verhältniß. Zum engeren Bunde sollten von Preußen nur die Provinzen links von der Elbe gehören, von Oesterreich nur Salzburg und Tyrol mit Voralberg. Für ihre übrigen Provin-

*) Vgl. die Denkschrift darüber bei Pertz, Leben Stein's, Thl. IV. pag. 43.

zen sollten dann Preußen und Oesterreich den Charakter europäischer Mächte behalten, und in dieser Eigenschaft eine permanente Allianz mit dem engeren Bunde schließen, welche eben der weitere Bund gewesen sein würde. Man gedachte auch die Niederlande und die Schweiz einzuladen, sich diesem weiteren Bunde anzuschließen.

Das war damals die preußische Ansicht, und demgemäß wurde zu Anfang des Wiener Kongresses ein Entwurf vorgelegt, worüber man sich zunächst mit Oesterreich verständigen wollte. Das Resultat war, daß Oesterreich Modifikationen verlangte, welche grade die wesentlichen Punkte betrafen, nämlich daß alle ehemals deutschen Provinzen Oesterreichs und Preußens zum Bunde gehören sollten, und dieses einmal angenommen, blieb nichts übrig als die lockere und ohnmächtige Verbindung, welche sich in dem heutigen Bunde darstellt. Das Projekt war also gescheitert. Auch müssen wir sagen, daß es nach Lage der damaligen Umstände kaum anders geschehen konnte, weil die Bedingungen seiner Ausführbarkeit damals nicht gegeben waren.

Zuvörderst nämlich widersprach es dem Großmachtssystem, indem der beabsichtigte engere Bund doch offenbar die Wirkung gehabt haben würde, in dem westlichen Deutschland ein neues politisches Leben anzufachen, und dadurch allmälig auch eine selbstständige Macht hervorzurufen, die dann gewissermaßen das alte Reich repräsentirt hätte, im Unterschiede von Oesterreich und Preußen. Aber eben dies wollte man nicht, sondern Deutschland sollte eine blos passive Masse bleiben, und nur die beiden Großmächte eine politische Stellung einnehmen. Und wie konnte es damals anders sein, da Deutschland untergegangen und nur durch eine große europäische Koalition wiederhergestellt war, an welcher Oesterreich und Preußen lediglich als europäische Mächte Theil genommen hatten. Auf dem Zusammenhang und Zusammenwirken der Großmächte beruhten damals die europäischen Verhältnisse, Deutschland als solches war keine Macht, und eine solche begründen zu wollen, würde die Stellung der beiden Großmächte alterirt und gefährdet haben. Das erkannte Oesterreich, wäh-

rend Preußen sich anfänglich darüber getäuscht zu haben scheint, — eine Folge der unklaren Vermischung deutscher und preußischer Interessen, deren wir schon wiederholt gedacht haben. Preußen wollte das Großmachtssystem mit einem deutschen System vereinigen, was doch unmöglich ist, weil eben der Verfall und schließliche Untergang Deutschlands die Voraussetzung war, ohne welche das erstere weder entstehen noch bestehen konnte. Das Großmachtssystem war aber damals etwas Wirkliches, das deutsche System eine bloße Möglichkeit, eine schöne Idee, welche denn auch Preußen alsbald wieder fallen ließ, weil es ihm doch vor Allem auf seine Großmachtsstellung ankam.

Andrerseits führten die Souveränitätsansprüche der übrigen deutschen Staaten, insbesondere Baierns und Würtembergs, zu demselben Resultate. Nach dem preußischen Projekte hätte der engere Bund eine Verfassung erhalten, welche die Souveränität der einzelnen Mitglieder sehr wesentlich beschränkte, und auch die Volksrechte sicher stellte, insbesondere durch ein Bundesgericht, welches die Stelle des ehemaligen Reichskammergerichtes eingenommen haben würde. Aber dem widerstrebten die Rheinbundstaaten, deren Souveränität doch vertragsmäßig anerkannt war. Damit erschien jede Obergewalt unvereinbar, sondern nur ein Sozietätsverhältniß möglich, wie es dann wirklich beliebt worden ist.

Mehr war damals nicht zu erreichen, und man darf die Männer nicht tadeln, welche sich an das Erreichbare hielten. Tadelnswerth aber war es, daß man in der Folgezeit bei dem mangelhaften Zustand stehen blieb, und anstatt dem Bunde allmälig eine politische Thätigkeit und eine volksthümliche Richtung zu geben, denselben vielmehr zum Hemmschuh der deutschen Entwicklung machte. Das hat sich hinterher so bitter gerächt, und dann auf der anderen Seite wieder eine beklagenswerthe Ueberstürzung hervorgerufen. Denn anders können wir es nicht bezeichnen, daß man im Jahre 1848 versuchen wollte, den ganzen Complex der deutschen Bundesländer durch eine Zentralregierung und durch ein gemeinsames Parlament zu einem

Ganzen zu verschmelzen, welches doch ganz unmöglich ist, so lange Preußen und Oesterreich in ihrer gegenwärtigen Gestalt fortbestehen. Auch ist dazu kein dringendes Bedürfniß vorhanden. Und was endlich die Hauptsache ist, es fehlt die unerläßliche Vorbedingung dazu, nämlich die erforderliche Gleichartigkeit der Elemente, und ein lebhaftes Gefühl der Zusammengehörigkeit, kräftig genug um den Partikularismus zu überwinden. Nur im westlichen Deutschland ist das Eine wie das Andre vorhanden, und selbst hier ist das deutsche Nationalgefühl erst allmälig erstarkt, und hat erst in unseren Tagen die genügende Macht gewonnen, daß ein Widerstreben gegen die Einigung von Seiten der kleinen und mittleren Staaten nicht mehr mit Erfolg zu versuchen und kaum noch zu befürchten ist, indem dort auch die Regierungen selbst je mehr und mehr zu der Ueberzeugung kommen, daß sie in ihrer isolirten Stellung nicht lange mehr fortbestehen können. Hier also, wo die größte Zersplitterung stattfindet, ist darum auch das praktische Bedürfniß der Einigung am größten. Andrerseits haben wir gesehen, wie das Großmachtssystem schon seit einer Reihe von Jahren seinen äußeren Halt und inneren Sinn verloren hat, so daß es jetzt für die deutschen Großmächte nicht nur möglich, sondern durch ihr eignes Interesse geboten ist, sich in ihrer Politik an den Bund anzuschließen, und dadurch ihre Stellung zu stützen, nachdem das pentarchische System und die heilige Allianz, worauf sie sich früher stützten, keinen Boden mehr gewähren.

So sind denn alle die Umstände, welche vor funfzig Jahren das in Rede stehende Projekt unausführbar machten, im Laufe der Zeit verschwunden, und heute liegen die Verhältnisse so, daß sie vielmehr die Ausführung begünstigen und fordern.

## 4.

Wäre man nicht seit lange gewohnt die Staatenbildung nur in dem Mechanismus der öffentlichen Gewalten, und in dem Formalismus der Gesetze und Reglements zu suchen, grade wie wenn auf die Zustände und den Geist der Bevölkerung gar nichts ankäme, sondern

nur auf Quadratmeilen und Einwohnerzahl, wonach die Steuern, die Rekruten und die Deputirten repartirt werden, so würde man wohl nicht auf den Gedanken gekommen sein, durch den repräsentativen Schematismus einer Reichsverfassung ein neues Reich begründen zu wollen, ohne sich vorher die Bestandtheile angesehen zu haben, woraus das Reich bestehen sollte. Denn hätte man dies gethan, so würde man auch erkannt haben, wie Oesterreich und Preußen aus dem alten Reich herausgewachsen sind, und daß man diesen Herausbau nicht mit den alten Reichsländern unter eine gemeinsame Form und Herrschaft bringen kann. Aber es war, wie wenn man gar nicht daran dächte, daß die deutsche Nation eine Geschichte von mehr als einem Jahrtausend hinter sich hat, wodurch sie so geworden ist, wie sie jetzt ist, sondern man dachte nur an die vierzig Millionen Menschen, die damals in der Paulskirche repräsentirt waren, für immer denkwürdig in der Geschichte deutscher Verirrungen.

Wir haben in einem früheren Abschnitte den Unterschied dargelegt, der zwischen der Staatenbildung im westlichen und östlichen Deutschland besteht, und daraus ergab sich uns die Aufgabe: einerseits die deutschen Machtgebiete, welche durch die Nordmark und Ostmark begründet sind, zu erhalten, andrerseits dem in Ohnmacht versunkenen und zerstückelten alten Reichsgebiete ein neues politisches Leben zu geben, und dann endlich die beiden Seiten in ein angemessenes Verhältniß zu einander zu bringen. Indem wir jetzt dieser Aufgabe näher treten, wollen wir zuvor noch einige Bemerkungen machen über den Charakter jener verschiedenen Gebiete, um die Bedeutung der Sache noch deutlicher hervortreten zu lassen.

Durch den Verfall des alten westlichen Reichsgebietes hat nicht blos diese Hälfte selbst gelitten, sondern die ganze Nation hat den großartigen Sinn, den Schwung und das Selbstbewußtsein verloren, wodurch sie im Mittelalter eine so hervorragende Stellung einnahm, und ist endlich so heruntergekommen, daß sie zu Anfang dieses Jahrhunderts in Gefahr stand in ihrer ganzen Eigenthümlichkeit vernichtet zu werden. Die Thatsachen lehren also, daß die aus den öst-

lichen Marken erwachsenen Mächte, Oesterreich und Preußen, keineswegs die Fähigkeit besaßen, den deutschen Nationalgeist aufrecht zu erhalten, wie sich auch aus dem inneren Wesen derselben sehr wohl begreift. Denn wie sie ursprünglich durch Einwandrung aus dem alten Deutschland entstanden und emporgekommen, so bleiben sie fortwährend auf den geistigen Zufluß von daher angewiesen, und haben niemals ein selbstständiges Lebensprinzip besessen, sondern indem sie sich gleichwohl zu einem selbstständigen Körper gestalten wollten, entstand nur ein seelenloses Wesen daraus.

Man vergleiche doch einmal die österreichische und preußische Staatsgeschichte mit der deutschen Nationalgeschichte im Mittelalter, — welch ein Unterschied! Diese enthielt damals den Kern der ganzen europäischen Entwicklung, so daß die gleichzeitige Geschichte aller anderen Länder kleinlich dagegen aussieht, selbst die englische, französische und spanische. Dahingegen wie unbedeutend erscheint die neuere preußische und österreichische Staatsgeschichte, wenn man sie mit der gleichzeitigen französischen und englischen Geschichte vergleicht. Von dieser fühlen sich die bedeutendsten Köpfe angezogen, sie zu studiren und zu beschreiben, aber die preußische und österreichische Staatsgeschichte werden nie einen großen Geschichtsschreiber begeistern. Denn es fehlt hier der ideale Inhalt, und es fehlen die eingreifenden Beziehungen zu der allgemeinen europäischen Entwicklung, welche die Geschichte des deutschen Mittelalters so reich und großartig erscheinen lassen, und dann in neuerer Zeit die englische und französische Geschichte, Preußen und Oesterreich hingegen haben niemals eine solche Stellung eingenommen, und können sie niemals gewinnen. Käme es nur auf Quadratmeilen, Menschenmasse und sonstige materielle Elemente an, so könnte sich ja Oesterreich sehr wohl mit Frankreich vergleichen, aber was ist es denn, was die französische Geschichte so glänzend und so wichtig für das Ganze macht? Es ist der Geist einer großen Nation, der dort in dem politischen Getriebe arbeitet, aber wo ist dieser Künstler in Oesterreich? Es giebt einen *deutschen* Nationalgeist, aber ein *österreichischer* ist uns nicht be=

kannt. Auch die vielgerühmte preußische Intelligenz ist der Künstler nicht, der ein großes historisches Drama zu schaffen vermöchte, und die militärische Staffage thut es auch nicht.

Die Nation ist in ihren edelsten Kräften und Organen gelähmt und gebrochen, und trotz aller materiellen Machtmittel, insbesondere der Militairmacht, welche Preußen und Oesterreich besitzen, hat sie alle Initiative verloren, und alle Zuversicht zu sich selbst. So sehr, daß sie selbst die Formen ihrer inneren Lebensentwicklung im Auslande sucht, was im Mittelalter ganz anders war. Wer wäre damals auf den Gedanken gekommen, deutsche Verhältnisse nach englischem oder französischem Vorbilde zu gestalten, was heute als Weisheit gilt, aber sich doch hinterher durch den Erfolg selbst als wirkungslos und als Thorheit erweist. Niemals wird Deutschland wieder emporkommen, außer es kehrt zu sich selbst zurück, um aus eigenem Geiste zu schöpfen und sich durch eigne Kraft zu erheben.

Welche unermeßliche Wichtigkeit in dieser Beziehung dem alten westlichen Deutschland zukommt, dafür spricht die Thatsache, daß es eben dieses Gebiet ist, welches trotz seines politischen Verfalles in den letzten Jahrhunderten doch so viele geistig bedeutende Männer hervorgebracht hat, daß der weit überwiegende Theil aller der Namen, welche in der deutschen Kulturgeschichte glänzen, diesem Gebiete angehört, und von den Sternen erster Größe, deren Licht die ganze Nation beschienen, nur einige wenige im Osten aufgingen, unter welchen Kant und Lessing hervorleuchten. Wie konnte es auch anders sein? Denn im westlichen Deutschland lebten die alten Reichserinnerungen fort, so viele Denkmale vergangener Größe weckten den Geist, und wie sollten Kunst und Poesie nicht auch dort ihre vornehmsten Jünger finden, wo sie im Mittelalter ihre Blüthen trieben, in dem Minnegesang und in den Kunstschulen in Oberdeutschland und am Rhein. Und nicht blos auf diesem rein geistigen Gebiete sind hier große Männer entsprungen, sondern wie viel Staatsmänner und Generäle stammen ebenfalls daher! Oesterreich hat zu allen Zeiten politische Kapazitäten im Reiche gesucht, und thut es bis

heute, und zahlreiche Nichtösterreicher stehen in der österreichischen Armee. Preußen hat seit dem großen Kurfürsten dasselbe gethan, wenn auch in anderer Weise, und sein Emporkommen ist wesentlich dadurch bedingt, daß es sich durch geistige Kräfte aus dem übrigen Deutschland verstärkte. Woher kamen die Gelehrten und Künstler, die sich in Berlin hervorgethan? Sie stammten zum großen Theil nicht aus Preußen, und so ist es bis heute. Auch Staatsmänner und Generäle fehlen nicht, die von auswärts kamen, und es ist wie ein Fingerzeig der Geschichte, daß grade die bedeutendsten Männer, welche diesen Staat nach der Katastrophe von 1806 wieder aufgerichtet haben, keine geborenen Preußen waren.

Können demnach Preußen und Oesterreich als Staaten angesehen werden, die sich selbst genügten und ein eignes Lebensprinzip hätten, während sie doch fortwährend einer geistigen Hülfe aus dem westlichen Deutschland bedürfen? Und welche geistigen Kräfte muß dieses Gebiet in sich tragen und entwickeln, wenn es deren fortwährend an Preußen und Oesterreich abgiebt, und dabei seinen eigenen Bedarf doch auch noch deckt! Ist dies ohne politische Bedeutung? Man darf die deutsche Literatur- und Kunstentwicklung des vorigen Jahrhunderts wohl als das wichtigste Produkt unserer damaligen Geschichte ansehen, und wo hat dieselbe ihre Stützpunkte gefunden? Am wenigsten in Oesterreich, weit mehr schon in Preußen, am meisten aber in einigen Mittelstaaten und Kleinstaaten.

Selbst ganz direkt politische Anregungen sind von daher ausgegangen, insbesondere von dem südwestlichen Deutschland, welches den vornehmsten Anstoß zu den heutigen Bewegungen gegeben hat. Dort wurden die ersten konstitutionellen Verfassungen eingeführt, und das repräsentative Prinzip trotz des Druckes der beiden Großmächte behauptet, bis diese endlich selbst davon ergriffen wurden. Ihre Großmächtigkeit half nichts dagegen, sondern sie geriethen sogar zeitweilig in das Schlepptau der Kleineren. Hier wurde zuerst der Kampf für Preßfreiheit geführt, und von hier aus erging zuerst die Forderung nach einem allgemeinen deutschen Gesetzbuch durch

Thibaut, die hinterher immer mehr Anklang gefunden hat, und heute schon zum Theil anerkannt ist. Hier entstand desgleichen die Idee des Zollvereins, um welche sich insbesondere List Verdienste erwarb, und die dann durch Preußen ausgeführt wurde.

Angesichts solcher Thatsachen, — wo bleibt die Theorie, wonach die Mark Brandenburg der eigentliche Kern von Deutschland sein soll? Es bleibt nichts davon übrig als der Mystizismus eines besonderen deutschen Berufes, welcher angeblich der Mark Brandenburg eingepflanzt ist. Und wie kann man sich wohl der Illusion hingeben, daß das alte westliche Deutschland, dessen geistige Ueberlegenheit so unbestreitbar ist, und welches die Erinnerung an seine ehemalige Bedeutung im Reiche niemals verlieren wird, so lange die deutsche Zunge klingt, sich werde annektiren und borussifiziren lassen?

Betrachtet man den preußischen Staat nicht nach der Droysenschen Mythologie sondern nach seiner wirklichen Entstehung, nämlich aus der Nordmark und den von da aus begründeten Militairkolonien, so leuchtet von selbst ein, daß ein solcher Staat nicht der Repräsentant des allgemeinen deutschen Geistes sein kann, sondern auf spezielle Fähigkeiten gestellt und auf spezielle Leistungen gerichtet ist, worunter das Militärwesen obenansteht. Daran schließt sich eine gewisse Rüstigkeit und Festigkeit, praktischer Verstand und praktisches Geschick, Sinn für Ordnung und Pünktlichkeit. Das sind hier die vornehmsten Elemente, und auf Grund dessen haben sich in dem modernen preußischen Staate neben dem Militärwesen insbesondere administrative Talente und Verstandeskultur entwickelt, während die politische Organisation insbesondere dahin zielte die Bevölkrung zum Gehorsam zu erziehen. Gewiß alles sehr wichtige Dinge, aber doch bei weitem nicht ausreichend um eine eigne Nationalität zu konstituiren, sondern vielmehr nach Anlage und Richtung etwas Einseitiges.

In der Mark Brandenburg, welche als Mittelpunkt des preußischen Staates von entschiedenem Einfluß auf die Entwicklung desselben geworden ist, herrscht ein nüchterner praktischer Sinn,

einerseits dem Militärwesen entsprechend, andrerseits befördert durch die Kargheit des Bodens, welchem nur durch angestrengten Fleiß, Betriebsamkeit und Raffinement Ertrag abzugewinnen ist, wodurch man dann allerdings zu großen Erfolgen gelangen kann. Jahrhunderte lang hat man ehemals mit den Wenden gekämpft, seitdem hatte man mit dem Sande zu kämpfen, aber auch der Sand wird allmälig bezwungen. So ist die Mark schon seit lange kein armes Land mehr zu nennen, und sie wird vielleicht nach einigen Generationen ein reiches Land sein, denn es scheint wohl, daß sie ein Industrieland wird, in welchem auch der Ackerbau einen industriellen Charakter annimmt. Dahin geht der Sinn der Bevölkrung, und die Natur kommt dabei vielfach zu Hülfe durch zahlreiche Wasserstraßen und durch reiche Torfmoore, welche die märkischen Bergwerke sind, nebst Thongruben und dem weit bekannten Rüdersdorfer Kalkstein. Die Sümpfe und Brüche werden ergiebige Wiesen, der dürftige Acker wird tragbar gemacht, die Sandschollen bedeckt die Kiefer, und durch mancherlei Fabrikbetrieb, der sich hier mit den großen Gütern verbindet, gewinnt man die Kapitalien zur Melioration. Was dem Lande fehlt, holt man aus der Ferne, wobei die Schifffahrt einen massenhaften Bezug roher Materialien ermöglicht, und indem neuerdings die Eisenbahnen hinzukommen, entsteht dadurch ein schwungvoller Binnenhandel, der kaum in einer andern deutschen Landschaft seines Gleichen haben wird. Er konzentrirt sich in Berlin, und es sind eben die Bedürfnisse dieser Stadt, die ihn zum großen Theil hervorgerufen haben, aber einmal hervorgerufen, nimmt er immer weitere Dimensionen an, und ist kein bloßer Konsumtionshandel mehr, denn neben dem Bedarf an Nahrungsmitteln, Brennstoff und Baumaterial entsteht ein immer größerer Bedarf an Rohstoffen für die technischen Gewerbe, welche einen so außerordentlichen Aufschwung nehmen, daß Berlin die größte deutsche Fabrikstadt geworden ist. Es findet sich in der hiesigen Bevölkrung ein Kombinations- und Spekulationsgeist, eine Beweglichkeit und ein resolutes Inszeuggehen, wie in keiner anderen deutschen Stadt, wobei natürlich

auch der Schwindel und Humbug nicht fehlt. So ist Berlin emporgekommen, und in der That eine wunderbare Erscheinung, wenn man die Sandsteppen betrachtet, aus welchem es heraus wuchs. Soviel vermochte der Mensch durch Kopf und Hand, er hat seine Existenz der Wüste abgerungen wie der Holländer dem Meere. Darum hat er ein Selbstgefühl, das man ihm gönnen muß, aber er verfällt auch leicht in Hochmuth und Großsprecherei, weil er den rechten Maßstab der Schätzung verliert. Denn das Große und Erstaunliche liegt hier doch mehr in den Verhältnissen des Resultates zu der Geringfügigkeit der Mittel, als in dem Resultate selbst. Was ist Berlin im Vergleich zu London und Paris, welche neben ihrem materiellen Umfang und Reichthum die Mittelpunkte einer großen Nationalentwicklung sind, und deren Geschichte bis in die Römerzeit hinabreicht, während Berlin erst seit dem großen Kurfürsten eine Bedeutung gewann! Der deutsche Nationalgeist hat diese Stadt nicht erbaut, welche sogar ein ganzes Jahrhundert lang ihre geistige Nahrung aus der französischen Bildung zog, deren Einfluß hier durch die französische Kolonie auch in die bürgerlichen Kreise drang. Die Regierung hat die Straßen angelegt, auch selbst viele Häuser gebaut oder gar die Bürger zum Bau gezwungen, und so entstand zunächst eine Hof-, Militär- und Beamtenstadt, welche hinterher der Industriegeist zur Fabrik- und Handelsstadt machte. Wie wenig hat dies mit der deutschen Nationalentwicklung zu schaffen, da hier vielmehr nur ein Zusammenwirken gewisser besonderer Umstände und spezieller Fähigkeiten stattfand, und dadurch ein Produkt zu Stande kam, worin wohl Niemand die Blüthe des deutschen Volksthums erblicken wird.

Brandenburg hat eine wesentlich prosaische Geschichte, und ein prosaisches Volksleben, wozu der Berliner Witz und eine gewisse Verstandesbegeistrung, die sich bis zu dem Pathos der logischen Begriffe erhebt, sehr wohl passen, ohne den Grundcharakter zu ändern. Noch prosaischer ist Pommern, und wenn die Musen und Grazien sich in dem märkischen Sande nicht recht heimisch fühlen, wie wenigstens Goethe zu meinen scheint, so wollen sie in dem pom-

merschen Waizenboden noch weit weniger gedeihen. Aber es lebt dort ein tüchtiger Menschenschlag, zuverlässige und gutmüthige Leute, welche zwar die Berliner Kultur und Geistreichigkeit nicht besitzen, mit denen man aber gern verkehrt. Von Alters her ein brandenburgisches Lehn, ist dieses Land ganz mit Brandenburg verwachsen, weit mehr als die anderen Provinzen, auch von allen die loyalste, und schon um deswillen für den preußischen Staat von großer Wichtigkeit. Außerdem liefert sie tüchtige Soldaten, zwar schwerfällig aber handfeste Burschen, die unter Umständen wohl das Gewehr umkehren und mit dem Kolben angreifen. Dazu kommt endlich die für Handel und Schifffahrt so günstige Lage dieses Landes, in Folge dessen Stettin dereinst wohl ein zweites Hamburg werden kann. Ein tüchtiger Stamm von Fischern und Schiffern ist hier bereits vorhanden, und damit die wichtigste Grundlage einer zukünftigen maritimen Entwicklung gegeben.

Ganz verschieden von Brandenburg und Pommern ist Schlesien, durch Natur, Volksart und Geschichte. Es hat nie eine selbstständige Existenz gehabt, sondern ist immer abhängig gewesen, anfänglich von Polen, dann von Böhmen, dann von Oesterreich, später von Brandenburg. Aber während dieser politischen Nullität hat es eine sehr individuelle Kultur entwickelt, darin begünstigt durch seine Gebirgslandschaften und durch die Theilung in viele kleine Herrschaften, während doch Breslau ein Zentrum bildete, und den Charakter einer Hauptstadt hatte. Die Volksart ist der mitteldeutschen verwandt, und durch polnische Vermischung ist Blut und Sinn noch leichter geworden, woraus ein Menschenschlag von eigenthümlicher Lebhaftigkeit und Beweglichkeit hervorging. So ist denn auch eine schlesische Dichterschule hervorgetreten, und fortwährend eine Menge Talente in Künsten und Wissenschaften, so daß dieses Land von allen östlichen Provinzen die meiste geistige Produktivität zeigt. Indessen von den eigentlich tiefen oder mächtigen und durchgreifenden Geistern, gehört wohl kaum Einer dahin.

Von größter Wichtigkeit ist das ehemalige Ordensland, die heutige Provinz Preußen, und neben Brandenburg als das zweite Kernland der modernen preußischen Monarchie anzusehen, aber wiederum sehr verschieden von jenem. Selbst durch seinen landschaftlichen Charakter, welcher den Eindruck einer gewissen Großartigkeit und Mannigfaltigkeit macht. Die Nähe des Meeres, welches in großen Haffen in das Land hineintritt, die breiten Ströme, welche den wellenförmigen Boden durchfurchen, die Wälder und Landseen bieten dort ein anregendes Bild für den Denker und Dichter. Den geistigen Hintergrund dazu bilden die Erinnerungen aus der Ordensgeschichte, woran diese Provinz einen Schatz besitzt wie keine andere. Welche wunderbare Schöpfung war dieser Orden, der im Orient entstand, und seine Herrschaft im baltischen Norden begründete, eine Institution von den mächtigsten Ideen jenes Zeitalters getragen! Daher der großartige Styl der Baudenkmale, welche die Ordensherrschaft zurückgelassen. Ein Hauch von Poesie hat sich dadurch über dieses Land verbreitet, im Kontrast zu dem prosaischen Wesen in Pommern und Brandenburg um so bedeutungsvoller. Auch waren die Ordensritter meist von mitteldeutschem und oberdeutschem Stamm, nicht von niedersächsischem wie der eingewanderte Adel in Brandenburg. Die amtliche Sprache des Ordens war hochdeutsch. Hermann von Salza, der erste Begründer der Ordensherrschaft, stammt aus Thüringen; ebendaher der Landmeister Meinhard von Querfurt, der die Weichseldämme anlegte; der Hochmeister Siegfried von Feuchtwangen, der den wichtigen Schritt that die Regierung des ganzen Ordens nach Preußen zu verlegen, stammt aus Franken; Winrich von Kniprode, der größte von Allen, der in seiner langen Regierung den Ordensstaat zur höchsten Blüthe brachte, und in ganz Europa berühmt machte, stammt aus dem Rheinlande. Alles Männer, die nächst unseren großen Kaisern zu den größten gehören, welche die deutsche Nation im Mittelalter hervorgebracht, und die für Deutschland wie für Preußen wohl mehr gethan haben, als der Burggraf Friedrich, welcher angeblich den deutschen Beruf der Mark Brandenburg be=

gründet haben soll. So verband sich also das schwungvolle Wesen des mitteldeutschen und oberdeutschen Ritterthums mit den Elementen eines ganz nordischen Landes zu einer höchst eigenthümlichen Mischung. Die eingebornen Preußen und Lithauer waren bekanntlich ein von den Slawen verschiedenes Volk, dem Germanismus viel näher stehend als jene, auch von skandinavischen Elementen durchdrungen, woher man insbesondere den Ursprung der alten Adelsgeschlechter der Withingen ableitet. Das eingewanderte wie das einheimische Element war demnach im Ordensstaate erheblich anders geartet als in Brandenburg, wovon die Wirkung noch bis heute deutlich genug hervortritt, wie denn auch der ostpreußische Adel noch bis heute durchgängig gebildeter ist als der märkische. Auf dem geistigen Gebiete glänzen hier Sterne wie Kopernikus und Kant, und neben ihnen Gottsched, Herder, Hamann, Schopenhauer und andere, welche diesem Lande entsprossen sind, wenn sie auch zum Theil ihre Entwicklung auswärts fanden.

Nach dem Allen wird Niemand verkennen, welche Bedeutung diese preußischen Ostprovinzen, obgleich ursprünglich nur eine deutsche Kolonie, dennoch für das gesammte Vaterland haben, und welche wichtige Stellung auch der preußische Staat als solcher einnimmt. Aber je mehr wir diesen Staat nach seiner Eigenthümlichkeit erkennen und anerkennen, um so mehr werden wir auch einsehen, daß es nur eine Seite des deutschen Lebens ist, welche darin ihren Ausdruck findet, und werden es als eine Verdrehung aller natürlichen und geschichtlichen Verhältnisse bezeichnen müssen, wenn dieser Staat als der eigentliche Repräsentant des Deutschthums angesehen werden soll, und als eine Ueberhebung, wenn er selbst solche Ansprüche machen will. Sie führen zum allgemeinen Verderben, denn um so grundloser und zugleich weitreichender sie sind, um so natürlicher und um so heftiger wird sich auf der andern Seite der Widerspruch dagegen regen, wie es jetzt vor aller Augen liegt. Es ist an keine ersprießliche Entwicklung der deutschen Angelegenheiten zu denken, so lange sich die Kräfte in inneren Feindschaften und Rivalitäten verzehren. Und

nichts verdirbt so sehr den Nationalcharakter als die beiderseitigen Gehässigkeiten und Intriguen, welche daraus entspringen.

## 5.

Es sind jetzt noch einige Punkte zu besprechen, welche bei der Grenzbestimmung zwischen dem westlichen und östlichen Gebiete Zweifel erregen könnten.

Wir rechnen zu dem westlichen Gebiete vorweg den ganzen Komplex der Mittelstaaten und Kleinstaaten. Dem scheint nun entgegen zu stehen, daß Schleswig-Holstein, Lauenburg und Mecklenburg ihrer Lage nach zum Theil dem Ostseegebiete angehören. Aber Holstein ist ein altes Reichsland, von Alters her von Niedersachsen bewohnt, die wenigstens das vorherrschende Element bilden, wenn auch auf der östlichen Seite mit slawischem Element vermischt, welches hier so vollständig aufgesogen ist, daß das Ganze ein rein deutsches Gepräge hat, und an Holstein schließt sich Schleswig an. Nicht ganz so verhält es sich mit Lauenburg, welches keinen ursprünglich deutschen Kern enthält, sondern nur verdeutscht ist, aber doch schon frühzeitig den alten Reichsländern assimilirt wurde. Nur in Mecklenburg steht es auch in dieser Hinsicht wesentlich anders, denn hier hat sich die alte slawische Grundlage erhalten, und tritt noch heute merklich hervor, weit mehr als in den andern verdeutschten Ostseeländern. Die Hauptursache davon ist wohl darin zu suchen, daß sich hier die eingeborne Dynastie behauptet hat, welche jetzt merkwürdigerweise in ganz Europa das einzige regierende Haus von slawischer Abstammung ist. Mit der Dynastie erhielt sich also die slawische Wurzel, und so ist die mecklenburgische Verfassung noch heute halb slawisch, und würde es noch mehr sein ohne die deutschen Städte. Denn daß man überall deutsch spricht, und auch ein Theil der Landbevölkrung und des Adels von deutscher Abstammung ist, kann über den politischen Charakter des Landes noch nicht entscheiden.

Man kann sogar sagen, Mecklenburg war im Mittelalter mehr deutsch als heute, weil damals das Städtewesen durch die Hansa

einen großen Einfluß übte, und das ganze Land in die Bewegung der Zeit hineinzog. Auch haben die damaligen mecklenburgischen Fürsten wiederholt eine Rolle in den nordischen Angelegenheiten gespielt, aber nach dem Verfall der Hansa blieb das Land ganz isolirt, und versank in slawische Passivität. Der Grundbesitz wurde allein herrschend, und die bäuerliche Bevölkrung, weit entfernt ihre Lage allmälig zu verbessern, gerieth in immer tiefere Unfreiheit, indem die Grundherren auf ihren Gütern eine fast unbeschränkte Gewalt erlangten, ähnlich wie der polnische Adel, dem sie auch in Rohheit und Völlerei sehr nahe kamen. Wie ein Raubthier die Umgebungen seiner Höhle wüste macht, sagt der Freiherr von Stein, so sind in dem Umkreis der mecklenburgischen Rittergüter die Wohnungen der Menschen verschwunden*). Denn das Bauernland wurde eingezogen, die Bauerschaft verwandelte sich in eine Tagelöhnerbevölkrung, welche in härtere Leibeigenschaft gerieth als irgendwo in Deutschland. Auch ist die Leibeigenschaft hier am spätesten aufgehoben, vor noch nicht funfzig Jahren. Seitdem ist das Landvolk zwar gesetzlich frei, aber der Sache nach nur allzuoft der Sklave eines wüsten Junkerthums, welches durch seinen Einfluß auf die Regierung jeden Fortschritt zum Besseren fast unmöglich macht, und das ganze Land in einem stagnirenden Zustand erhält. Es erscheint wie eine Karrikatur des Mittelalters, dessen anderer Orten längst verschwundene Institutionen hier noch fortbestehen, aber ohne die Lebensfülle und den großartigen Sinn jener Zeit, und in offenbarstem Widerspruch zu allen Ideen und Bedürfnissen der Gegenwart. Ja es fehlt nicht an Versuchen, das gottselige Institut der Leibeigenschaft in indirekter Form wieder einzuführen, nebst Glaubenszwang und Ketzergerichten, als nothwendige Ergänzung des Prügelsystems, und geschehen überhaupt so auffallende Dinge, daß es Zeit wäre, der Bund legte sich hier in's Mittel, um diesen Mißständen ein Ende zu machen.

Nach seinen inneren Verhältnissen also gehört dieses Land nicht

*) Die Aeußerung im Leben Stein's von Pertz.

zu dem alten westlichen Deutschland, sondern muß vielmehr erst von seinen slawischen Sitten und Einrichtungen gereinigt werden, um im vollen Sinne des Wortes als deutsch gelten zu können. Wegen seiner geographischen Lage, und seiner Eigenschaft als kolonisirtes Wendenland würde es nach rationellen Prinzipien zu Preußen gehören, allein das rein Rationelle ist in der Welt niemals durchzuführen, und hier steht die Thatsache entgegen, daß dieses Land ein selbstständiger Staat ist, mit eben so gutem Rechte als irgend einer in Deutschland. Als solcher gehört dann Mecklenburg nothwendig zu dem Komplex der Mittel- und Kleinstaaten. Auch ist es in der That von Anfang an nach dem westlichen Deutschland hingezogen, seitdem es durch Heinrich den Löwen unterworfen, und zum Christenthum wie zum Deutschthum gebracht wurde. In kirchlicher Hinsicht stand es im Mittelalter unter dem Erzbisthum Bremen, und nach der Kreisverfassung des Reiches gehörte es zum niedersächsischen Kreise. Dem entsprechend gehört es heute mit Holstein, Hannover, Oldenburg, Braunschweig und den Hansestädten zum 10. Armeekorps des Bundes, in welchem gewissermaßen der alte niedersächsische Kreis fortlebt.

Das heutige Königreich Sachsen, welches aus der ehemaligen Mark Meißen entstanden ist, würde nach seiner Eigenschaft als kolonisirtes Wendenland auch nicht zu dem alten Reichsgebiet gehören. Die Bevölkrung enthält hier viel wendische Elemente, wohl mehr als in Brandenburg, was aber für sich allein doch nicht entscheidet. Der Geist triumphirt über Fleisch und Blut. So ist im Herzogthum Altenburg der ganze Bauernstand wendischer Abkunft, wie auch in der Gesichtsbildung noch heute sehr deutlich hervortritt, aber die dortigen bäuerlichen Zustände gehören zu den besten in ganz Deutschland, und sind bekannt dafür. In Meißen wie im Osterlande (Leipzig) hat sich der Charakter der Mark als eines militairisch okkupirten und dann kolonisirten Wendenlandes ganz verwischt, auch wird dies Land schon längst nicht mehr als „Mark" bezeichnet, während Brandenburg noch heute die „Mark" heißt. Die Wenden oder Sorben, welche die eingeborene Bevölkrung in Meißen bildeten, scheinen sich

der deutschen Herrschaft verhältnißmäßig leicht unterworfen zu haben. Die deutschen Einwandrer waren Thüringer, in Brandenburg hingegen allermeist Niedersachsen, und die daselbst wohnenden Wenden, die Wilzen, ein wilder kriegerischer Stamm, der erst nach langen Kämpfen bezwungen ist, daher schon von Anfang an ein Unterschied zwischen Brandenburg und Meißen.*) Während nun Brandenburg ein Militairstaat blieb, und gewissermaßen noch heute ist, wurde Meißen ein Industrie- und Kulturland, und diese Wendung läßt sich schon sehr früh bemerken. Die brandenburgischen Markgrafen richteten ihren Blick nach Norden und Osten, die Markgrafen von Meißen hingegen richteten sich nach Westen, seitdem Heinrich der Erlauchte die Landgrafschaft Thüringen erwarb, in der Mitte des dreizehnten Jahrhunderts. Von da an hat sich Meißen ganz den alten Reichsländern assimilirt, und in der deutschen Kulturgeschichte bald einen hohen Rang erlangt, den es noch heute behauptet, und womit sich Brandenburg nicht vergleichen kann.

Freilich gilt das Vorstehende nur für das eigentliche Meißen und das Osterland, welche zusammen den Kern des heutigen Königreichs Sachsen bilden, nicht aber für das damit verbundene Stück von der Lausitz, welche dem Reiche immer fern stand, und wo auch noch heute wendische Elemente fortleben. Indessen, was Sachsen davon besitzt, bildet nur einen kleinen Theil seines Territoriums, und ist auf den Charakter des Ganzen ohne merklichen Einfluß. Es kann demnach keinen Anstand erregen, daß wir Sachsen den alten Reichsländern zugesellen, denen es heute durchaus homogen erscheint, und immer mehr geworden ist. Durch die Schmälerung seines Territoriums im Jahre 1814 hat es in dieser Hinsicht eher gewonnen als verloren, weil es früher fast die ganze Lausitz besaß, und dieses halbslawische Land damals einen relativ beträchtlichen Theil des

*) In unseren Untersuchungen über das europäische Gleichgewicht, Cap. IX pag. 282, ist dieser Unterschied falsch aufgefaßt, was dort in Betreff Sachsens zu einigen schiefen Behauptungen geführt hat, welche nach dem Vorstehenden zu berichtigen sind.

sächsischen Territoriums bildete. Auch hat der Schlag, der Sachsen damals traf, die Bevölkrung aufgerüttelt, und so ist dieser Staat trotz seiner Verkleinerung heute als ein wichtiges Glied der deutschen Föderation anzusehen.

6.

Rücksichtlich der deutschen Großstaaten haben wir schon bemerkt, daß sie nur theilweise in das alte Reichsgebiet hineinreichen, und auch nur mit den betreffenden Provinzen dem engeren Bunde angehören können. Der Grund davon ist ein doppelter, indem hier die Lebensbedingungen der jetzt einzurichtenden neuen Föderation, wie andrerseits die Lebensbedingungen der Großstaaten selbst zu demselben Resultate führen.

Was das Erstere anbetrifft, so müssen die Elemente des neuen Bundeskörpers eine genügende innere Gleichartigkeit haben, welche in dem jetzigen Bunde durchaus fehlt. Oder was haben Böhmen, Mähren, Steiermark, Kärnthen, Krain und Istrien, wo noch heute Alles halb slawisch ist, mit Baiern, Franken und Schwaben gemein? Denn nicht blos die Nationalität, die Sitte und Denkweise der Bevölkrung, sondern auch die sozialen Verhältnisse sind dort erheblich andere. Die preußischen Ostprovinzen sind zwar weit mehr deutsch als die vorgenannten österreichischen Länder, aber doch nach ihrem inneren Wesen von dem alten Reichsgebiete sehr verschieden. Schon um deswillen ist keine engere Gemeinschaft möglich. Ferner kommen noch die Machtverhältnisse hinzu. Staaten, die für sich selbst europäische Mächte darstellen, sind kein Material für eine lebensvolle deutsche Föderation, welche nur zwischen solchen Elementen möglich ist, von welchen keines eine europäische Stellung einnimmt oder beansprucht, und keines im Vergleich zu den anderen übermächtig ist.

Was das Zweite betrifft, nämlich die Lebensbedingungen der Großmächte selbst, so dürfen dieselben durch den engeren Bund nicht in ihrer freien Bewegung gehindert werden, und die Basis ihrer Macht muß ungeschmälert bleiben. Sie können daher nur mit denje-

ingen Provinzen eintreten, die nicht zur Basis ihrer Macht gehören, und die politische Wirkungssphäre des neuen Bundeskörpers muß derartig sein, daß sie in die Wirkungssphäre der Großmächte nicht eingreift. Haben wir nun in einem früheren Abschnitte gezeigt, wie Oesterreich als Ostmark auf den Südosten, Preußen als Nordmark auf den Nordosten angewiesen ist, so werden wir daraus schließen, daß ein deutscher Westbund, der die alten Reichsgebiete umfaßt, in vollkommener Harmonie damit stehen kann. Auch ist es dann ganz naturgemäß, daß die Großmächte diesem Bunde selbst beitreten mit allen denjenigen Provinzen, welche nicht zu ihrer eigenthümlichen Machtbasis gehören, also mit ihren eigenen westlichen Provinzen.

Welches sind diese Provinzen für Oesterreich? Wir haben sie schon früher genannt, nämlich nur Salzburg und Tyrol mit Vorarlberg. Diese gehören in unserem Sinne zu dem westlichen Deutschland, obschon die beiden ersteren im Donaugebiet liegen, was hier nicht maßgebend ist. Baiern und ein großer Theil von Schwaben liegen auch an der Donau, und gehören doch ganz gewiß zu den alten Reichsländern, und eben die alten Reichsländer nennen wir das westliche Deutschland, im Unterschiede von den östlichen Marken. Und eben darum beschränken wir uns auf die vorgenannten Provinzen, denn alles Andere, was sonst von Oesterreich zu dem heutigen deutschen Bunde gerechnet wird, ist seiner Natur nach Mark, oder in ähnlicher Stellung. So Böhmen und Mähren, welche zu allen Zeiten nur deutsche Nebenländer waren, und nicht zu den Reichskreisen gehörten. Das war nun freilich mit den übrigen österreichischen Provinzen der Fall, welche den sogenannten österreichischen Kreis bildeten, und somit der Form nach als ächte Reichsglieder erschienen, aber der Sache nach seit Jahrhunderten ganz für sich bestanden, grade wie wenn sie nicht zum Reiche gehörten, wie man denn auch ehemals in Oesterreich von dem Reiche wie vom Auslande sprach: „draußen im Reich," was man sogar noch heute hören kann. Also „draußen" ist man dort seit Jahrhunderten gewesen, und wo man vor allen Dingen österreichisch ist und sein will,

und nur nebenbei noch deutsch, da kann von einer engeren Lebensgemeinschaft nicht die Rede sein. Hat sich auch der Charakter einer eigentlichen „Mark,“ der in Steiermark, geschweige denn in Kärnthen und Krain noch so deutlich hervortritt, in dem Erzherzogthum durchaus verwischt, so daß dasselbe in Sitte und Lebensweise den alten Reichsländern ganz homogen erscheint, so ist doch grade das Erzherzogthum der eigentliche Kern der österreichischen Monarchie, und daher in politischer Hinsicht ganz von spezifisch österreichischer Gesinnung durchdrungen.

Anders in Salzburg, welches erst zu Anfang dieses Jahrhunderts unter österreichische Herrschaft kam, und bis dahin zum baierischen Kreise gehörte. Der dortige Erzbischof war päpstlicher Legat in Deutschland. Daran schlossen sich natürlich viele deutsche Beziehungen, und so ist hier der Sinn der Bevölkrung gewiß mehr deutsch als österreichisch. Auch Tyrol hat ehemals zu Baiern gehört, und wenn auch schon seit fünf Jahrhunderten mit Oesterreich verbunden, so war dies doch eigentlich nur eine Personalunion, und immer ist das Land nach seinen besonderen Privilegien, Gesetzen und Herkommen wie ein Nebenland regiert worden. Auch hat es geographisch betrachtet nur wenig Verbindung mit Oesterreich, sondern erscheint wie ein vorgeschobener Posten. Es ist dabei dem Kaiserhause sehr ergeben, und hat sich durch seine Loyalität hervorgethan, aber dies beruht eben darauf, daß es in dem Kaiser den Beschützer seines heimathlichen Sonderlebens erblickte. Das spezifische Oesterreicherthum herrscht keineswegs in Tyrol, wo vielmehr die heutigen Versuche zu einer österreichischen Gesammtverfassung unverkennbaren Widerwillen erregen. Wir meinen demnach, es ist mehr deutsch als österreichisch, und rechnen es in unserm Sinne zum westlichen Deutschland. Eben so Vorarlberg, welches selbst wieder als ein Vorland von Tyrol angesehen werden kann, und dessen deutscher Charakter noch viel augenfälliger ist. Diese Länder haben keine natürliche Beziehungen zum Osten, welche erst in den Thälern der Drau und Sau hervortreten, nicht am Inn und an der Salza. Geht also die spezifische Richtung Oester=

reichs nach Osten, so liegen Salzburg, Tyrol und Vorarlberg außerhalb dieser Sphäre, und können für die östliche Politik nicht als Machtbasis gelten. Sehr wichtig sind sie hingegen um das südliche Deutschland zu umspannen, und dasselbe unter österreichischem Einfluß zu halten, aber eben diese Politik soll von nun für immer abgethan werden.

Ganz ähnlich verhält es sich in Betreff Preußens mit seinen Westprovinzen rechts von der Elbe. Ist es darauf abgesehen Deutschland zu beherrschen, und insbesondere den deutschen Norden moralisch oder physisch zu erobern, so gewähren sie die allerwichtigsten Stützpunkte, und erschienen dann recht eigentlich als der Apparat zur ferneren Angliederung nach Droysenscher Berufstheorie. Besteht aber der wirkliche preußische Beruf nicht darin, allmälig Deutschland zu absorbiren, sondern vielmehr die Nordmark von Deutschland zu sein, so bilden jene Provinzen dazu keine Basis, und sind nicht als integrirende Theile der preußischen Monarchie sondern als Nebenländer anzusehen.

Dies ist auf unserem Standpunkt klar. Nur die heutige Provinz Sachsen, welche aus sehr verschiedenen Elementen zusammengesetzt ist, kann dabei Zweifel erregen, welche uns noch zu einigen Bemerkungen veranlassen.

Der thüringische Bezirk, wie das Halberstädtische und Magdeburgische links von der Elbe, sind altes Reichsgebiet, auch erst in neuerer Zeit zu Brandenburg gekommen, die Altmark hingegen, welche den Ausgangspunkt für die Eroberungen auf dem rechten Elbufer bildete, hat in Folge dessen von Anfang an in Verbindung mit Brandenburg gestanden, wenn gleich immer als ein besonderes Gebiet. Die Bevölkrung enthält schon wendische Elemente, aber die dortigen Wenden wurden in friedlicher Weise mit den Deutschen verschmolzen, ähnlich wie im Herzogthum Lüneburg, und die Altmark hat niemals den Charakter einer Militäirkolonie gehabt. In kirchlicher Hinsicht war sie ehemals ganz von Brandenburg getrennt, da sie zum Theil unter dem Bisthum Halberstadt, zum Theil unter dem Bisthum Verden stand, also ganz zum westlichen Deutschland gehörte. Dahin deutet auch ihre geographische Lage, und so werden

wir die Altmark um so mehr zu den alten Reichsländern rechnen müssen, als sie auch ursprünglich ein Theil des Herzogthums Sachsen war, — Brandenburg niemals, — und heute in ihren sozialen Verhältnissen mit ihrem westlichen Nachbarlande ganz homogen ist.

Alles dies liegt links von der Elbe, aber zu der heutigen Provinz Sachsen gehört auch ein Landstrich auf dem rechten Elbufer, und da sind die Zustände den brandenburgischen sehr ähnlich, denn es ist erobertes und kolonisirtes Wendenland. Indessen ist dies der bei weitem kleinere Theil der Provinz, mit dünner Bevölkrung, und Magdeburg erscheint auch hier als die natürliche Hauptstadt, wenigstens bis Wittenberg hin. Uebrigens ist die ganze Provinz schlecht arrondirt, und manche Theile derselben würden nach natürlicher Ordnung wohl anders wohin gehören. Allein sie besteht einmal seit funfzig Jahren, und so wäre es kaum zweckmäßig jetzt ihre Grenzen zu verändern. Am einfachsten, sie bleibt wie sie ist, und tritt als solche in den engeren Bund der alten Reichsländer, im Unterschiede von den östlichen Provinzen.

Nur diese allein bilden das eigentliche Preußen, und von diesen kann keine zum engeren Bunde gezogen werden. Wenn auch Brandenburg und Pommern ehemals zum Reiche gehörten, so haben sie doch schon im Mittelalter nur geringen Antheil an der Reichsgeschichte genommen, in den letzten beiden Jahrhunderten aber sind sie dann der Kern des modernen preußischen Staates geworden, und darum ganz vom specifischen Preußenthum durchbrungen. Schlesien und die Lausitz waren von jeher nur Nebenländer des Reiches und in keinem Reichskreis einbegriffen, grade wie Böhmen, wobei sie nur mittelbar, nämlich durch den böhmischen Lehensverband, zum Reiche gehörten. Durch die preußische Besitznahme wurde der böhmische Lehensverband gelöst, und nach dem Breslauer Frieden erwarb Friedrich die Provinz Schlesien ausdrücklich als s o u v e r a i n e s Herzogthum, d. h. es gehörte von da an überhaupt nicht mehr zum Reiche. Ost- und Westpreußen haben nie dazu gehört, und von Posen kann keine Rede sein.

## 7.

Hiermit ist der Umkreis der Länder festgestellt, welche unserer Meinung nach in eine engere Verbindung treten können und sollen. Durch welche Formen und Mittel dies zu geschehen habe, ist weiterhin zu untersuchen. Hier wollen wir nur vorweg bemerken, daß wir uns unter dem engeren Bunde einen vollständig organisirten Körper denken, mit einer Zentralgewalt und einem Reichstage, oder mit einem Parlament, wenn wir doch durchaus englisch sprechen sollen.

So weit die verfassungsmäßige Kompetenz der Bundesgewalt reicht, sind derselben alle Mitglieder unbedingt unterworfen, und der Gehorsam ist durch genügende Machtmittel sicher zu stellen. Insbesondere durch eine Bundesarmee, welche unmittelbar der Bundesgewalt untersteht, so daß die betreffenden Kontingente Oesterreichs und Preußens von der österreichischen und preußischen Armee gänzlich getrennt sein, und dem Bunde schwören müssen wie die übrigen Kontingente. Ueberhaupt dürfen die zu dem neuen Bunde gehörenden österreichischen und preußischen Provinzen zu den beiderseitigen Monarchien nur im Verhältniß einer Personalunion stehen, mit vollständiger Autonomie, und nur von Eingebornen regiert.

Ein selbstständiges Finanzwesen ist für den Bund unentbehrlich, und vor Allem auf Zölle zu begründen, daher wir uns den Bund als selbstständiges Handelsgebiet denken, mit vollem Verfügungsrecht über alle dahingehörigen Angelegenheiten. Natürlich gehört die Handelspolitik dazu, und folglich überhaupt eine selbstständige Stellung nach Außen, und der diplomatische Apparat einer europäischen Macht.

Es ist selbstredend, daß eine so starke Organisation, wie sie durch die vorstehenden Forderungen bedingt ist, in ihrer Wirksamkeit nicht blos auf auswärtige Angelegenheiten, auf Kriegswesen und Handel beschränkt sein kann, aber dies ist doch immer als das Erste anzusehen. Bundesgesetzgebung und Bundesgericht, und bundesmä-

ßige Fürsorge für gemeinnützige Angelegenheiten werden sich daran anschließen und allmälig einen sicheren Boden gewinnen.

Alle dies sind Vorschläge, über deren Tragweite wir uns durchaus nicht täuschen. Es gehören zu ihrer Ausführung tiefgreifende Veränderungen. Aber es ist nicht anders. Mit kleinen Mittelchen, und in der Weise der bisherigen Reformprojekte, wobei man immer um die eigentliche Schwierigkeit herum geht, wie wenn man sie nicht sähe oder sehen wollte, ist die deutsche Frage nicht von der Stelle zu bringen. Es handelt sich dabei um nichts Geringeres als darum: ob überhaupt ein Deutschland existiren soll oder nicht? Denn nach dem bisherigen Großmachtssystem existirt ein Deutschland nur pro forma, soll es wirklich existiren, so muß es als selbstständige Macht auftreten, wozu doch vor Allem eine Bundesdiplomatie, eine Bundesarmee und Bundesfinanzen gehören Wo ist aber heute die Bundesarmee? Es gibt eine preußische und österreichische Armee, auch eine baierische, eine sächsische u. s. w., aber was man heute die Bundesarmee nennt, ist nur ein papierner Schematismus, so lange doch selbst das Allererste und Nothwendigste einer wirklichen Bundesarmee fehlt, nämlich daß die einzelnen Kontingente dem Bunde schwören, und unter dessen Befehl stehen. Bundesfinanzen giebt es heute nicht einmal dem Namen nach, und eine Bundesdiplomatie auch nicht.

Die praktische Frage ist demnach: ob und wie neben Oesterreich und Preußen ein Deutschland bestehen kann, oder ob Deutschland nur eine passive Masse bleiben soll zu etwaiger Benutzung für die beiden Großmächte? Die praktische Lösung ist folglich, ein solches Deutschland zu begründen, welches für sich selbst handeln kann. So haben wir die Aufgabe gefaßt, und so muß sie gefaßt werden, wenn es endlich von dem bisherigen Gerede über die deutsche Reform zur deutschen Reform selbst kommen soll.

# IX.

# Beseitigung einiger Einwände und Schwierigkeiten.

1. Wie die deutschen Großmächte zum engeren Bunde stehen. 2. Veränderte Stellung Oesterreichs. 3. Preußens sogenannter deutscher Beruf. 4. Sein Vordringen in Deutschland. 5. Seine naturgemäße Stellung. 6. Vortheile, welche aus der Errichtung des engeren Bundes für die deutschen Großmächte entspringen. 7. Fortsetzung. 8. Stellung der Mittel- und Kleinstaaten. 9. Die deutsche Gesammtmacht.

---

Jahrhunderte sind verflossen, in welchen sich das deutsche Reich in immer fortschreitender Zersetzung befand, bis endlich alle Bande rissen und das ganze Gebäude zusammenbrach. Wird es mit der Wiederherstellung Deutschlands nicht ähnlich ergehen? Nur allmälig durch fortgesetzte Anstrengungen, und nicht ohne Kämpfe, wird die deutsche Nation zu einer neuen Gestaltung ihres öffentlichen Lebens gelangen. Alles Große ist schwer, und auch die hier vorgeschlagenen Veränderungen sind voller Schwierigkeiten. Denn es ist keine große Veränderung möglich ohne viele Interessen zu verletzen und gegen hergebrachte Ansichten anzustoßen, und darin eben liegt immer die Hauptschwierigkeit, den dadurch hervorgerufenen Widerstand und Widerspruch zu überwinden. Dazu kommt die geistige Beschränktheit der Menschen, welche sich von dem anzustrebenden neuen Zustande und den daraus entspringenden Folgen kein klares Bild zu machen vermögen, sondern die neuen Verhältnisse nach den alten beurtheilen, die doch grade durch die Veränderung selbst ihren Boden verlieren. Man sieht nur auf das Alte, und was mit dem Alten verschwindet, und danach berechnet man den Verlust, aber man sieht nicht, wie durch die Veränderung selbst die Bedingungen verschwinden, von

welchen der wirkliche Werth des Verlornen abhing, und daß dafür neue Kombinationen entstehen, welche reichen Ersatz bieten.

So wird es sich auch mit der in Rede stehenden Bundesreform verhalten. Um dies zu erkennen, wollen wir einerseits die praktischen Schwierigkeiten betrachten, welche der Entwicklung des engeren Bundes im Wege stehen, andrerseits die praktischen Folgen, welche aus dieser Veränderung entspringen würden. Beides wird dazu dienen das Wesen der Sache selbst noch deutlicher zu machen.

1.

Man wird vielleicht sagen, das Projekt eines engeren Bundes stehe im Widerspruch mit unseren eignen früher ausgesprochenen Forderungen, denn anstatt die Einheit zu befördern entstehe vielmehr ein neuer Zwiespalt daraus, indem selbst das lockre Band des jetzigen Bundes zerschnitten würde So scheint es auf den ersten Anblick. Aber ist denn der Zwiespalt nicht längst schon vorhanden, und ist es nicht eine handgreifliche Thatsache, daß zwischen den beiden Großmächten und den übrigen deutschen Staaten ein wesentlicher Unterschied besteht, der sich unter Umständen bis zum Gegensatz steigert, und durch die gegenwärtige Bundesverfassung nicht etwa überwunden, sondern nur verdeckt und verdunkelt wird, und darum nur um so verderblicher wirkt? Nach der Bundesverfassung erscheinen alle Glieder als wesentlich gleichartig, nur einige etwas größer als die anderen, daher die Stimmen fast gleichmäßig vertheilt sind, so daß z. B. Kurhessen und Hessen-Darmstadt ganz ebenso eine Stimme führen wie Oesterreich und Preußen, aber diese scheinbare Gleichheit hält nur so lange vor, als der Bund ein blos passiver Körper bleibt, sobald er hingegen irgend eine Aktivität gewinnen soll, tritt der österreichische und preußische Großmachtscharakter hervor, wovon zwar die Bundesakte kein Wort spricht, um so mehr aber die Erfahrung der Bundespraxis.

Der Unterschied, und selbst der Gegensatz, ist also da, und es thut im Leben niemals gut, die Gegensätze zu vertuschen, sondern man soll sie scharf ins Auge fassen. Dann läßt sich darüber ver-

handeln und eine Ordnung finden, wodurch beide Seiten in ein befriedigendes Verhältniß treten. Wir nehmen die Dinge wie sie sind, indem wir die eigenthümliche Lage, worin sich die Großmächte befinden, wohl zu würdigen wissen. Sie dürfen und sollen in ihrer Sphäre selbstständig bleiben, das ist ihr Recht, und das ist der erste Punkt. Aber die anderen Staaten haben auch ein Recht, und nicht blos das Recht zu existiren, sondern auch das Recht politisch zu wirken als ein eigenthümlicher Faktor der deutschen Nationalentwicklung, das ist der zweite Punkt. Und drittens muß auch die Thatsache anerkannt werden, daß die Großmächte mit den anderen deutschen Staaten in einer realen Verbindung stehen, und nach einem Theile ihrer Gebiete mit denselben auch homogen sind. So weit nun die Grenze dieser homogenen Gebiete reicht, so weit reicht der engere Bund, an welchem daher auch Oesterreich und Preußen Theil nehmen, aber nach gleichem Recht und gleicher Pflicht mit den anderen, nicht nach der heutigen unklaren Vermischung deutscher und europäischer Stellungen. Heißt das eine Spaltung machen, wenn doch die Großmächte selbst Mitglieder des Bundes bleiben? Freilich nur mit einem Theile ihres Gebietes, aber auch dem jetzigen Bunde gehören sie nur theilweise an, und der Unterschied liegt nur in dem Prinzip der Abgrenzung. Wir ziehen die Grenzen nach dem thatsächlichen Charakter der verschiedenen Gebiete, und erhalten dadurch einen Länderkomplex, der sich zu einer lebendigen Föderation eignet, während die heutige Abgrenzung den wirklichen Verhältnissen nicht entspricht, und dadurch ein Länderkomplex entsteht, der niemals eine lebendige Einheit gewinnen kann. Bleibt also eine Abgrenzung immer unvermeidlich, so ist die unsrige jedenfalls die bessere. Und wo wir die Grenze ziehen, da beginnt für uns nicht das Ausland, d. h. ein Gebiet, welches dem Bunde ganz fremd wäre, wie nach dem heutigen Bundessystem alle nicht zum Bunde gehörigen Provinzen von Oesterreich und Preußen, sondern da beginnen nach unserem System die großen deutschen Marken, die zwar in ihrer Sphäre selbstständig sind, aber in engster Verbindung mit Deutschland, näm=

lich eben als die Marken von Deutschland. Der Unterschied bleibt, und selbst der Gegensatz, aber die beiden Glieder des Gegensatzes treten in das Verhältniß gegenseitiger Ergänzung, und das ist hier die Lösung der Aufgabe.

So geschieht es ja überall, und kann nicht anders geschehen, wo Gegensätze bestehen, die sich nicht vernichten, noch auch dadurch beseitigen lassen, daß man das eine Glied des Gegensatzes wegschneidet und wegwirft. Es bleibt nichts übrig, als die Glieder in eine solche Stellung zu bringen, daß sie in einander greifend sich gegenseitig fördern. Unerläßliche Vorbedingung dazu ist gegenseitige Anerkennung, und dazu gehört wiederum, daß man zuvor die thatsächlichen Charaktere und Verhältnisse erkennt, womit wir uns daher in den früheren Abschnitten beschäftigten, weil das Anerkennen das Erkennen voraussetzt.

Immerhin mag man sagen, es sei doch ein sehr schwieriges und komplizirtes Verhältniß, daß die Großmächte gewissermaßen mit einem Fuße in Deutschland, mit dem anderen in Europa stehen sollten, aber eben dieses Verhältniß ist ja wirklich seit lange vorhanden. Nicht unsere Theorie ist es, welche es hervorruft, sondern die Geschichte selbst hat es geschaffen, und wir thun nichts dabei, als daß wir eben das bestehende Verhältniß besser zu reguliren suchen, — das Einzige, was praktisch möglich ist. Statt dessen will man so thun, als ob diese beiden politischen Körper überhaupt nicht da wären, sondern nur die vierzig Millionen Deutsche, für welche jetzt eine neue Verfassung zu entwerfen wäre, grade wie wenn nur ein Parlamentsbeschluß dazu gehörte, um die beiden Großmächte verschwinden zu machen. Wollte man hingegen die Lehren der Geschichte beachten, so zeigt sich ja, daß das deutsche Reich von Anfang an solche Mitglieder hatte, die ihm nur theilweise angehörten, theilweise unabhängig waren, und wenn man die Lage Deutschlands berücksichtigt, — in der Mitte Europas, nach Westen und Osten ohne natürliche Grenzen, und auch im Süden und Norden nur mangelhaft begrenzt, — scheint es kaum anders sein zu können.

Es ist eben die Nichtbeachtung dieser geschichtlichen und natürlichen Verhältnisse, woraus die Projekte der Gothaer entspringen. Sie wollen Deutschland zu einem abgeschlossenen Körper machen, ähnlich wie Frankreich, und begehen dabei den doppelten Fehler, daß sie einerseits das ganze preußische Gebiet hineinziehen, andrerseits das ganze österreichische Gebiet ausschließen. Was für ein wunderlicher Körper daraus entstände, lehrt schon ein Blick auf die Landkarte. Es sieht ja aus, wie wenn er zusammenbrechen müßte, ohne die Unterstützung der österreichischen Länder. Und gegen alle Vernunft ist es doch, daß Ostpreußen, Westpreußen und Posen für mehr deutsch gelten sollen als Salzburg, Tyrol und Vorarlberg.

Nicht darin liegt hier der Fehler, daß man einen engeren und weiteren Bund schließen will, — wir beabsichtigen dasselbe, — sondern in dem falschen Prinzip der Abgrenzung. Auch rührt die Idee eines engeren Bundes durchaus nicht von den Gothaern her, sondern wurde schon durch die preußischen Vorschläge von 1814 angeregt, worauf wir unsrerseits Bezug nahmen. Und noch mehr berufen wir uns dafür auf das Zeugniß der Geschichte, indem schon vor tausend Jahren, als die ersten deutschen Marken begründet wurden, auch die ersten Anfänge zu einer westlichen und östlichen Staatenbildung gegeben waren, worauf der engere und weitere Bund nach der hier vorgeschlagenen Abgrenzung beruhen*).

Sehen wir jetzt, wie sich diese Vorschläge praktisch gestalten.

## 2.

Für Oesterreich entspringt daraus zuvörderst die Nothwendigkeit seine zum engeren Bunde gehörigen Provinzen, also Salzburg und Tyrol mit Vorarlberg, von seinen übrigen Ländern abzusondern, und die neuerdings eingeführte Gesammtstaats-Verfassung für dieselben wieder aufzuheben. Eine geringe Schwierigkeit, da es sich hier nur um die Beseitigung einer erst kürzlich versuchten und noch gar nicht

*) Auch Pütter macht auf diesen Unterschied aufmerksam, Historische Entwicklung der heutigen Staatsverfassung des Teutschen Reiches, I Buch Kap. 1.

eingewurzelten Einrichtung handelt, während vielmehr das Fürsich-bestehen dieser Provinzen als der altbegründete und normale Zustand anzusehen ist. Dennoch wird man von dem spezifisch österreichischen Standpunkte aus Einspruch dagegen erheben, weil man da alles, was unter irgend einem Titel unter dem habsburgischen Scepter steht, zu einem einheitlichen Ganzen umbilden, und dann wo möglich eine österreichische Nation daraus machen will. Wir halten dies selbst im rein österreichischen Interesse für durchaus verfehlt. Aber wie man auch darüber denken mag, — so viel ist jedenfalls evident, daß diese beabsichtigte Verösterreicherung jede engere Gemeinschaft mit Deutschland ausschließt.

Was zu dem engeren Bunde gehören soll, muß auch in jeder Hinsicht der Bundesgewalt unterworfen sein, und die ein und selbe Provinz kann nicht gleichzeitig unter der Gesetzgebung von Frankfurt und von Wien stehen, wenn die Bundesverfassung nicht ein bloßer Popanz werden soll. Wir wissen sehr wohl, daß die Erhaltung der österreichischen Monarchie an eigenthümliche Bedingungen geknüpft ist, und sind durchaus nicht gemeint diese Monarchie auflösen zu wollen, deren Wichtigkeit für Deutschland wir ja ausdrücklich anerkennen, indem wir sie als die große deutsche Ostmark bezeichnen, aber das gehört nicht zu den österreichischen Lebensbedingungen, daß Deutschland um dessentwillen ohnmächtig und zerrissen bleibt. Oder wenn man es in Wien dazu rechnet, so hat man die Rechnung ohne den Wirth gemacht, und der Wirth ist in diesem Falle die deutsche Nation, welche nicht gewillt ist ihre eigene Macht und Würde einer österreichischen Herrlichkeit zu opfern, sondern in Zukunft für sich leben will. Jedem das Seine! Eben deswegen also, weil wir den thatsächlichen Verhältnissen der österreichischen Monarchie vollständige Rechnung tragen, nehmen wir für den engeren Bund nur die äußeren vorgeschobenen Provinzen in Anspruch, welche nicht zu der österreichischen Machtbasis gehören. Aber diese müssen dann auch in allen wesentlichen Punkten den übrigen Bundesländern gleichgestellt, und darum aus der österreichischen Gesammtverfassung vollständig ausgeschieden werden, und eine eigne

Verfassung und Verwaltung erhalten, insbesondere auch ein eignes Militärwesen.

Nur für diese Provinzen wird Oesterreich Mitglied des engeren Bundes, den wir von nun an im eminenten Sinne den Bund nennen wollen. Es wird in demselben immer noch eine angesehene Stellung einnehmen, theils wegen seiner alten Verbindungen, theils wegen der materiellen Bedeutung dieser nicht unwichtigen Landschaften. Davon aber kann gar keine Rede sein, daß Oesterreich in dem neuen Bunde irgend ein Vorrecht zu beanspruchen hätte, geschweige denn gar das Präsidium. Schon um deswillen nicht, weil ein erblicher Vorstand irgend welcher Art überhaupt dem Wesen einer wahren Föderation durchaus widerspricht, sondern welchen Namen und Form der Bundesvorstand auch haben möge, — er muß veränderlich sein. Entweder nach einem Turnus wechselnd, oder am besten gewählt, und was Oesterreich dabei beanspruchen kann, dürfte eine Gleichstellung mit den deutschen Mittelstaaten sein, und diese wird man ihm auch nicht verweigern.

Das bisherige österreichische Präsidialrecht war unserer Meinung nach ganz zweckmäßig bei der gegenwärtigen Zusammensetzung des Bundes, und so lange derselbe ein blos passiver Körper bleiben soll, der keine andere Kraft äußert als die Trägheitskraft, wodurch er jeder Veränderung widerstrebt, und insoweit dann auch erhaltend wirkt. Soll aber der Bund eine aktive Stellung einnehmen, und eine nationale Entwicklung gewinnen, so erweist sich das österreichische Präsidium als ganz ungeeignet. Denn was ist für die deutsche Nationalentwicklung zu erwarten, wo grade derjenige Staat an der Spitze steht, der von allen Bundesgliedern am meisten einen europäischen Charakter hat, und am wenigsten vom deutschen Geiste durchdrungen ist? Was kann das österreichische Präsidium da sein als ein Hemmschuh der deutschen Entwicklung, und als eine Handhabe um die deutschen Kräfte den österreichischen Sonderinteressen dienstbar zu machen? So hat Oesterreich seine Stellung im Bunde bis heute aufgefaßt, und auf diesem Standpunkt ist das Präsidium offenbar

ein erheblicher Vortheil für Oesterreich. Um so wichtiger, wenn sich damit die Traditionen des alten Kaiserthums verbinden, die man unter dieser unscheinbaren Form um so sicherer erhalten zu können hoffen mag. Und zwar sind es die Traditionen des österreichisch-deutschen Kaiserthumes, nicht des alten und ächten Kaiserthumes, welches kein Erbstück, sondern ein durch Wahl übertragenes Amt war. Was man also hier zu perpetuiren versucht, das ist eben der Geist jener Zeit, in welcher Deutschland im österreichischen Interesse geleitet und bewirthschaftet wurde. Und eben darum ist es um so nothwendiger, das österreichische Präsidium zu beseitigen, damit jene Zeit für immer begraben werde, und selbst kein Versuch mehr sie wieder zu erwecken gemacht werden kann. Denn bis dahin ist solcher Versuch noch immer möglich, auch im Einzelnen vielfältig gemacht worden, und selbst in großem Style durch die beabsichtigte Reformakte auf dem Frankfurter Fürstentag, wo die deutschen Fürsten sich wie Planeten um die österreichische Sonne zu bewegen schienen.

Damit ist es dann vorbei, und man muß österreichischer Seits jeden Hintergedanken aufgeben, wenn der engere Bund in unserer Weise zu Stande kommen soll. Es kann also nicht geschehen ohne ein Opfer von österreichischer Seite, denn das Ehrenrecht, welches man dabei aufgiebt, ist doch immer etwas Wirkliches, ganz abgesehen von den chimärischen Entwürfen, die sich daran anknüpfen lassen. Indessen ist das Präsidium für Oesterreich schon heute kein sicherer Besitz mehr. Es wird ihm von Preußen bestritten, und was mehr ist, es tauchen Projekte auf, welche die ganze deutsche Stellung Oesterreichs fraglich machen Ja, sollte es in Deutschland noch einmal zu einer gewaltsamen Erschütterung kommen, — es würden die bedenklichsten Folgen für Oesterreich daraus entspringen, wohl Schlimmeres noch, als die Gothaer beabsichtigen. Aber grade diesen Projekten ist der Riegel vorgeschoben, und gegen solche Gefahren ein schützender Damm errichtet, wenn die deutschen Verhältnisse sich in unserem Sinne gestalten, wonach Oesterreich eine zwar bescheidene aber ganz sichere

Stellung in Deutschland einnimmt. Je weniger es dann eine Leitung in Deutschland beansprucht, um so mehr darf es auf freie Unterstützung rechnen, vorausgesetzt, daß es seine eigene Politik danach einrichtet. Es muß sich als deutsche Ostmark benehmen, dann wird ihm deutsche Hülfe nicht fehlen, weil die Erhaltung der deutschen Ostmark selbst ein deutsches Interesse ist, während hingegen die Erhaltung der österreichischen Herrschaft in Deutschland allen deutschen Interessen zuwiderläuft.

### 3.

Für Preußen greifen die Folgen der beabsichtigten Veränderung viel tiefer als für Oesterreich, weil dieser Staat viel enger mit Deutschland verbunden ist. Die Provinzen, welche wir zum neuen Bunde rechnen, und darum von den übrigen preußischen Provinzen absondern, bilden einen beträchtlichen Theil des preußischen Gebietes, der Bevölkerung nach ohngefähr ein Drittel. Einige davon sind schon über zwei Jahrhunderte mit Brandenburg verbunden, die Altmark sogar seit sieben Jahrhunderten, und wenn auch ehemals überall besondere Provinzialverfassungen bestanden, und die heutige Zentralisation erst zu Anfang dieses Jahrhunderts eintrat, so haben doch die preußischen Provinzen schon seit dem großen Kurfürsten keine wahre Autonomie mehr gehabt, und insbesondere ist das Militairwesen seitdem durchaus als ein Ganzes behandelt Neuerdings ist zu der früheren blos gouvernementalen Vereinigung noch die gemeinsame Repräsentation hinzugekommen. Die heutige Konstitution ist auf das Ganze berechnet, sie besteht seit sechszehn Jahren, und hat inzwischen manche neue Verhältnisse hervorgerufen, welche durch die Absonderung der westlichen Provinzen mehr oder weniger erschüttert werden müßten. Die Rückwirkung davon würde sich selbst in den östlichen Provinzen fühlbar machen, und die gegenwärtige Verfassung auch dort kaum unverändert bleiben können. Also offenbar eine große Schwierigkeit.

Wir verkennen das nicht, aber es sind in der That nicht unsere Projekte, welche Preußen in Schwierigkeiten versetzen, sondern die Schwierigkeiten sind ohnehin schon vorhanden, und die beabsichtigte Veränderung, — weit entfernt die Verwicklung zu steigern, kann vielmehr das wirksamste Mittel werden sie zu lösen: zur Klärung der Situation, zur Beruhigung der Gemüther, zur Befestigung des Staates.

Die preußische Verfassung besteht zu Recht, aber einen inneren Halt hat sie nicht, und kann ihn nie gewinnen, da sie weder den Verhältnissen der bürgerlichen Gesellschaft, noch den Bedürfnissen wie den Traditionen des preußischen Staates entspricht Sie beruht nur auf einem abstrakten Formalismus, der hier mehr hervortritt als in allen anderen deutschen Verfassungen, während doch grade die eigenthümlichen Verhältnisse Preußens am meisten eine sachliche Behandlung gefordert hätten. Soll nun diese Konstitution gleichwohl praktisch durchgeführt werden, so bildet sie an und für sich selbst eine permanente Schwierigkeit, und indem sie einerseits die altpreußischen Einrichtungen untergräbt, andrerseits selbst nichts Lebensfähiges dafür zu schaffen vermag, entsteht daraus ein unaufhörliches Schwanken, welches aus einem Extrem ins andere führt. Die Krisis wird unvermeidlich, und sie wird zugleich zur Existenzfrage für den Staat, weil sich mit den preußischen Verfassungskämpfen die deutsche Bewegung verbindet, in welche Preußen unabwendbar hineingezogen ist.

Denn darüber muß man sich endlich klar werden, daß der preußische Einheitsstaat, wie er jetzt besteht, mit den Forderungen einer deutschen Nationalverfassung ganz unvereinbar ist. Das Eine schließt das Andere aus. Sollen alle die Landschaften und Landparzellen, welche jetzt unter preußischer Herrschaft stehen, und die sich seit der Erwerbung der Hohenzollernschen Lande wie des Jahdebusens über den größten Theil von Deutschland verzweigen, zu einem einheitlichen Ganzen verbunden werden, so kann kein deutscher Körper entstehen, der ja durch das preußische System überall durchbrochen und in seinen Lebensadern unterbunden wäre. Dann befindet man sich

in der Alternative: daß entweder der deutsche Bund im statu quo verbleibt als eine blos passive Masse, oder wenn daraus je ein lebendiger Körper werden soll, daß dieser Körper dann unter preußische Oberherrschaft kommen muß, die, so gelind man auch dabei verfahren möchte, nach dem natürlichen Zug der Dinge nur mit der völligen Inkorporation des ganzen außerösterreichischen Deutschlands endigen könnte. Die Unionsprojekte stellen sich unter solchen Umständen wie von selbst ein, sie haben die Logik der Dinge für sich. Können und sollen z. B. Westphalen und die Rheinlande integrirende Theile des preußischen Staates bilden, und die dortige Bevölkerung in das Preußenthum aufgehen, — warum nicht viel eher noch Sachsen, Hannover und Hessen, welche doch jedenfalls den Kernprovinzen des preußischen Staates viel näher liegen? Und sind bereits Hechingen und Sigmaringen preußisch geworden, und auf dem preußischen Landtage ganz eben so vertreten wie Brandenburg und Pommern, — warum nicht bald auch ganz Schwaben und Franken, und am Ende auch Baiern? Diese Konklusion ist unverwerflich, sobald man nur die Prämissen anerkennt. Und eben auf diesen Prämissen beruht der heutige preußische Einheitsstaat, und in dieser Richtung bewegt er sich. Wer sieht hier nicht den innigen Zusammenhang zwischen der deutschen Frage und der preußischen Verfassungsfrage?

Da kommt nun die Theorie vom deutschen Beruf. Preußen, sagt man, ist durch wiederholte Angliederung immer mehr in Deutschland hineingewachsen, es hat schon so manche ehemals getrennte Landschaften zu einem Ganzen verbunden, und so weit dies geschehen, die deutsche Zersplitterung aufgehoben, wünschen wir also die deutsche Zersplitterung ganz zu überwinden, — was ist einfacher als in dieser Weise fortzuschreiten, um auch die noch übrigen deutschen Länder anzugliedern, dann ist die deutsche Einheit hergestellt. Und in der That, wenn wirklich die Angliederung der wahre Weg zur deutschen Einheit sein soll, so ist der preußische Staat der allein geeignete Kern dazu. Er hat den natürlichen Trieb, die Lücken seines Körpers auszufüllen, er hat beträchtliche Machtmittel, um den zu erwartenden

Widerstand zu brechen, und er hat auch die erforderliche Beweglichkeit, welche hingegen der österreichischen Monarchie durchaus fehlen würde. Dies ist unleugbar. Aber gleichzeitig auch ganz offenbar, daß in solchem Angliederungsprozeß die deutsche Nation als bloßes Material figurirt, und daß darin nicht entfernt eine deutsche Nationalentwicklung zu erkennen sein würde, sondern ein Werk der preußischen Staatskraft und Staatskunst.

Wie ist doch der gegenwärtige preußische Staatskörper zu Stande gekommen? Ganz gewiß nicht durch die freie Thätigkeit der Bevölkrung, die sich nach innerem Triebe zu einem Ganzen zusammen geschlossen hätte, sondern lediglich durch die Regierungsthätigkeit. Dem entsprechen die preußischen Staatseinrichtungen, welche offenbar nicht den Charakter einer volksthümlichen Organisation haben, sondern einen Mechanismus der Staatsgewalt bilden, der sich vor Allem auf das Beamtenthum und die Armee stützt. Unter diesem Gesichtspunkt sind sie bewundrungswürdig, und haben Großes geleistet, aber ihr wirklicher Werth bestand doch eben darin, daß sie zu den Zuständen der Zeit paßten. Und welches waren denn die Zustände, unter denen die moderne preußische Monarchie emporgekommen ist? Wir sagten es bereits, es war die Periode des gänzlichen Verfalls des deutschen Nationalkörpers, und der tiefsten Verkommniß der deutschen Nation, von welcher nach dem dreißigjährigen Kriege nur eine verarmte, zerfahrene und schlottrige Masse übrig geblieben war, in den überlieferten und immer mehr verknöchernden Institutionen fortvegetirend, unfähig sich zu einem besseren Zustande zu erheben, wenn nicht von oben her eine kräftige Hand eingriff, die Menschen aus ihrer Betäubung herausriß, ihnen Haltung gab, und sie dann vorwärts trieb, sie mochten wollen oder nicht. So der große Kurfürst und seine Nachfolger. Die alten verkommenen Institutionen bei Seite schiebend, richteten sie nach praktischen Zwecken ein neues Staatswesen ein, welches doch vor Allem selbst erst Bestandkraft gewinnen sollte und mußte, so daß die Herbeischaffung der Machtmittel, und die ungehemmte Entfaltung der Macht, die ent-

scheidenden Gesichtspunkte wurden, wonach man damals verfuhr, wobei die Menschen fast nur als ein Material für die Staatsgewalt zu gelten schienen. Es wäre sehr thöricht, die großen Verdienste herabsetzen zu wollen, welche sich in dieser Richtung die brandenburgischen Regenten erwarben, aber nicht minder thöricht wäre es, die Regierungsweise jener Männer für ein Ideal anzusehen. Wir würden solche Regierung heute gar nicht mehr ertragen, und wäre damals ein lebendiger Trieb in der preußischen Bevölkrung gewesen, so hätte man sie auch damals nicht ertragen, und sie wäre gar nicht möglich gewesen.

War der Verfall des deutschen Nationallebens eine wesentliche Bedingung für die Entstehung des modernen preußischen Staates, so kann das Emporkommen desselben offenbar nicht als ein Fortschritt der deutschen Nationalentwicklung angesehen werden, obwohl wir nicht verkennen, und es seines Ortes hervorhoben, daß Preußen allerdings der ganzen deutschen Nation einen Anstoß gegeben, und dadurch die Wiedererhebung Deutschlands vorbereitet, wenn auch gewiß nicht beabsichtigt hat. In Preußen erhob man sich zuerst über die engen Schranken des Territoriallebens, und indem von dem großen Kurfürsten an weit auseinanderliegende Gebiete von dem Niemen bis an den Rhein in stetige Verbindung gebracht wurden, erwachte in den Menschen allmälig der Sinn für einen größeren Zusammenhang. Aber dieser Zusammenhang war durchaus künstlich, durch gouvernementale Kräfte gebildet, und wenn er dann hinterher auch das Gefühl der Menschen ergriff, so entstand daraus kein *deutscher Nationalgeist*, sondern ein *preußischer Staatsgeist*, der sich an dem Ruhm des großen Friedrich sonnte, und sich des Sieges über die Reichsarmee freute, wie wenn es ein Sieg über Türken und Heiden gewesen wäre. Immerhin war dieser preußische Staatsgeist ein Fortschritt zum Besseren, im Vergleich zu der Geistlosigkeit der verknöcherten Institutionen des Reiches, aber er verliert seine frühere Bedeutung, wenn jetzt ein neuer und größerer Fortschritt

gemacht werden soll, durch das Erwachen eines deutschen Nationalgeistes. Denn statt jenes künstlichen Zusammenhanges, der sich aus der Verbindung der verschiedenen preußischen Landestheile ergab, entsteht jetzt die Forderung eines mehr naturgemäßen und zugleich viel größeren Zusammenhanges, die Forderung einer deutschen Einheit. Ja was noch mehr ist, eben dieser künstliche Zusammenhang des preußischen Staates, der zu seiner Zeit ein Hebel des Fortschrittes war, wird vielmehr zum Hemmschuh, wenn wir jetzt weiter schreiten und die deutsche Einheit herstellen sollen.

Will man die thatsächlichen Einwirkungen, welche das Emporkommen des preußischen Staates auf das Erwachen des deutschen Nationalgeistes gehabt hat, als den deutschen Beruf Preußens bezeichnen, so streiten wir nicht gegen den Namen, behaupten aber, daß Preußen diesen Beruf bereits erfüllt hat, und seine Mission nunmehr beendigt ist. Denn nicht Preußen kann der Träger der deutschen Zukunft sein, sondern der deutsche Nationalgeist selbst muß es sein, wenn wir je zu einer deutschen Nationalverfassung gelangen sollen, die doch nicht etwa preußisch sein kann, noch auch mit einer preußischen Spitze verziert. Nein, geben wir dem gesunden Menschenverstand die Ehre: Preußen ist nicht Deutschland, und kann niemals Deutschland werden, und wenn es jemals einen deutschen Beruf gehabt hat, so ist es dann wie der Johannes gewesen, welcher auf die Erscheinung des Messias vorbereitete, aber nicht selbst der Messias war, sondern vor dem Messias verschwand.

In der That hat der deutsche Beruf Preußens seit den Freiheitskriegen, die immer als das glänzendste Zeugniß dafür angeführt werden, keine rechten Fortschritte mehr gemacht. Was Preußen als Mitglied der heiligen Allianz für das europäische Repressivsystem, und in Deutschland für die Demagogenverfolgung geleistet, war wohl keine deutsche Berufsarbeit, sondern eher das Gegentheil davon zu nennen. Als das einzig Bedeutende erscheint daher die Gründung des Zoll-

vereins, unstreitig ein großes Verdienst, aber doch nicht eigentlich als ein deutsches Nationalinstitut anzusehen, weder der Sache nach noch der Form nach. Denn in ersterer Hinsicht ist der Zollverein doch hauptsächlich nur ein Kassenverein, und den großen Erscheinungen des Nationallebens ziemlich fern geblieben, wie wohl am auffallendsten die gänzliche Nichtbeachtung der deutschen Auswandrung zeigt, welche doch für die Zukunft der Nation von größter Wichtigkeit ist, und dabei eine ganz direkte Beziehung zur Handelspolitik hat, aber für den Zollverein so gut wie nicht vorhanden zu sein scheint. Was ferner die Formen anbetrifft, in welchen sich der Zollverein bewegt, so sind die Zollvereinsverhandlungen bis heute auf die gouvernementalen Kreise beschränkt, im Wesentlichen ohne volksthümliche Mitwirkung. Trotz alle dem hat der Zollverein die Nation sehr gefördert, und durch die materielle Vereinigung dem Nationalbewußtsein eine neue Unterlage gegeben, aber auch hier drängt der Fortschritt der Zeit über den Zollverein selbst hinaus, so daß derselbe in seiner bisherigen Weise nicht lange mehr fortbestehen kann. Oder wenn dies dennoch geschähe, so wird er schädlich werden, weil er das ganze ökonomische Gebiet der nationalen Einwirkung entzieht, und dadurch die Ausbildung der politischen Verfassung sehr wesentlich hemmt.

Man hat aus dem deutschen Beruf die Unionsprojekte abgeleitet, aber am Ende werden selbst die ehemaligen Wortführer derselben stutzig, wenn sie sehen, wie alle ihre Wünsche und Hoffnungen bei jedem neuen Versuche auf's Neue scheitern. Ebenso wird das spezifische Preußenthum stutzig, wenn man ihm eine Perspektive zeigt, die zwar ein glänzendes Ziel verheißt, aber das Preußenthum selbst bedroht. Man verheißt ihm, es solle an die Spitze kommen, aber um dahin zu gelangen, muß es zuvörderst sich selbst aufgeben um in das Deutschthum aufzugehen, und einmal aufgegangen, — wer bürgt dafür, daß es aus der Solution wieder herauskrystallisirt? Die preußische Reaktion hat darum einen ganz richtigen Instinkt bewiesen, wenn sie dieses für das Preußenthum so gefährliche Experiment

verwirft, und versteht sich in der That besser auf den preußischen Staat als die Gothaer, welche demselben Eigenschaften andichten, die er nie besessen hat, und nie besitzen kann.

4.

Alle Dinge in dieser Welt haben ihre Zeit. So ist einst auf die große Periode der deutschen Kaiserherrschaft das österreichisch-deutsche Kaiserthum gefolgt, und hat in Deutschland geherrscht bis zu dem Emporkommen Preußens, welches dann hinterher selbst in den Vordergrund trat, und sich dazu anschickte, ein preußisch-deutsches Reich zu errichten. Das Eine wie das Andere ist unter dem Zusammenwirken vieler Umstände geschehen, und wenn die österreichische Herrschaft zeitweilig unvermeidlich war, ja relativ betrachtet selbst als ein Glück erscheinen konnte, da sonst der Zerfall des Reiches noch größer geworden wäre, so ist auch die preußische Herrschaft in Deutschland (wenn wir so sagen dürfen, da sie mehr eine Tendenz geblieben als zur Verwirklichung gelangt ist) relativ betrachtet zeitweilig eine Wohlthat gewesen. Zwar hat sie den Verfall des Reiches nicht aufgehalten sondern selbst noch befördert, aber sie hat doch anregend auf die deutsche Nation gewirkt, und in derselben Keime der Zukunft hervorgerufen, welche den Untergang des Reiches überlebten Aus den Ruinen selbst entsproßte dann ein neuer Nationalgeist, der allmälig heranwächst und eine Macht gewinnt, vor welcher das preußische System ganz eben so verschwinden muß, wie vordem das österreichische verschwand. Die preußische Periode geht zu Ende um der deutschen Platz zu machen.

Das Preußenthum täuscht sich darüber, und will bis heute in Deutschland nur ein Feld für preußische Projekte sehen, oder noch einfacher und plumper: ein Material für preußische Vergrößerung und Arrondirung. Darin stimmen die spezifischen Preußen alle überein, welcher Partei sie auch sonst angehören mögen, von der Reaktion bis zur Demokratie. Alle wollen sie Deutschland nur wie ein Objekt behandeln, und verfolgen im Grunde genommen denselben Zweck,

indem der Unterschied nur in den Mitteln und Wegen hervortritt, wodurch man Deutschland unter preußische Herrschaft zu bringen gedenkt. Und dies allein ist es, was man in Berlin deutsche Politik nennt. Daß Deutschland selbst das handelnde Subjekt der deutschen Politik sein und werden muß, daran wird in Berlin so wenig gedacht wie in Wien, sondern wie Deutschland zu behandeln und respektive zu benutzen sei, — das ist dort der Kern der Frage.

Aus dieser falschen Stellung sind alle die Unternehmungen und Maßregeln entsprungen, welche gleicherweise Deutschland verwirren und zerütten, als sie dem wahren preußischen Interesse, welches man dadurch zu fördern vermeinte, hinterher nur schaden.

So vor Allem die Unionsprojekte, welche so viel Anstrengungen erfordert und so viel Kosten gemacht, und zeitweilig die ganze innere und äußere Thätigkeit der preußischen Regierung in Anspruch nahmen. Was haben sie aber eingetragen? Schimpf und Schande, und dabei Deutschland an den Rand des Bürgerkrieges geführt, und hinterher den russischen Kaiser zum Schiedsrichter in Deutschland gemacht Auch ein Stück von deutschem Beruf! Aber unbelehrt durch so bittere Erfahrungen, und trotz alles Geredes von Umkehr und Buße, ist man der Hauptsache nach in derselben Richtung geblieben, nur scheint man stückweise erreichen zu wollen, was im Ganzen und wie mit einem Schlage nicht zu erreichen war.

Dahin gehört die Erwerbung und Inkorporirung der hohenzollernschen Fürstenthümer. Was hat man doch damit gewonnen? Ein neues Machtmittel für Preußen sind sie nicht, sondern weit eher eine Verlegenheit, dabei ein Stachel der Eifersucht für das ganze südwestliche Deutschland. Ist es nicht ein Anachronismus zu nennen und geradezu ein Rückfall in die Ideen des Patrimonialstaates, zu welchem Friedrich Wilhelm IV. überhaupt neigte, daß man dieses Ländchen, welches mit dem preußischen Staate nicht das Allergeringste gemein hat, gleichwohl demselben inkorporiren will, aus keinem andern Grunde, als weil es die Heimath der Dynastie ist? Solche

Verbindungen waren in der Ordnung zur Zeit des Mittelalters, oder auch unter dem Absolutismus, wo die Völker für nichts galten, aber durch solches Wesen ist Deutschland zerrüttet, und das heutige verworrene Grenzsystem entstanden, an dessen Stelle doch allmälig eine mehr natürliche Ordnung treten muß, während hier viel mehr die Verwirrung vermehrt ist.

Desgleichen gehört dahin der Kriegshafen an der Jahde, welcher die Entwicklung der preußischen Marine wahrlich nicht befördern sondern nur verzögern kann. Oder ist etwa Preußen schon im Besitz einer solchen Flotte, für welche die Ostsee zu klein wird, und welche fernliegende Stützpunkte bedarf, ohngefähr wie es für England Helgoland, Gibraltar, Malta u. s. w. sind? Die preußische Marine ist vielmehr im ersten Entstehen begriffen, und wo kann sie wohl entstehen als an der preußischen Küste, deren Schutz auch ihr allernächster Zweck ist? Da mag sie wachsen, das ist naturgemäß, und sie kann lange wachsen, ehe ihr die Ostsee zu klein wird. Statt dessen beginnt man mit Hafenbauten an der Nordsee, wo man doch keine Küste besitzt, und wo die natürliche Verbindung mit dem Hinterlande fehlt. Aber freilich, soll Preußen die Herrschaft über Deutschland erlangen, so gehört dazu auch die Herrschaft auf der Nordsee, welche unter diesem Gesichtspunkte für Preußen wichtiger erscheint als die Ostsee, obgleich es doch grade das Ostseebecken ist, welchem die preußischen Küstenländer angehören, wie überhaupt das natürliche Machtgebiet des preußischen Staates. Anstatt nun dieses zu kultiviren, will man sich ein neues schaffen, denn wenn der Jahdebusen sonst keinen Nutzen gewährt, so kann er allerdings als ein Stützpunkt für die preußische Herrschaft im nordwestlichen Deutschland gelten. Wie natürlich, daß er eben um deswillen ein Dorn der Eifersucht für die Nachbarn wird, insbesondere für Hannover. Das ist es, was man schließlich erreicht hat, und außerdem ein fressendes Kapital für die Staatskasse, während die preußische Marine heute schon viel weiter sein würde, wenn man die maritimen Unternehmungen auf die preußische Küste beschränkt hätte.

Nicht besser verhält es sich mit der preußischen Besatzung in Rastatt, und überhaupt mit der Stellung, welche Preußen zu dem Bundeskriegswesen einnimmt. Der Schutz der ganzen deutschen Landgrenze soll eine preußische Angelegenheit werden wie der Schutz der deutschen Seegrenze, oder wenn das nicht durchzusetzen wäre, so soll die Aufgabe zwischen Preußen und Oesterreich getheilt werden. Was heißt das aber? Es heißt, daß aus dem Bunde nichts werden soll, daß man Deutschland beherrschen, und die Herrschaft entweder allein besitzen oder mit Oesterreich theilen will. Darum sollen preußische Truppen wo möglich in allen Rheinfestungen stehen, folglich auch in Rastatt, welches doch vom preußischen Gebiete weit entfernt ist, und ganz außerhalb der strategischen Linie liegt, welche Preußen möglicherweise behaupten kann. Man zersplittert seine Kräfte, indem man sie auf einen verlornen Posten verwendet, und hat auch hier wieder nur neue Eifersucht erregt. Oder wo soll das hinaus, wenn Preußen immer neue Stützpunkte sucht? Es hat entweder überhaupt keinen Sinn, oder es zielt auf eine deutsche Herrschaft. So wird es aufgefaßt, und eben dagegen setzen sich die andren deutschen Staaten zur Wehr. Wie durfte man also erwarten, daß sie dem Ansinnen entsprechen würden, welches Preußen zur Zeit des italienischen Krieges stellte, nämlich daß sich der Bund der preußischen Großmachtspolitik unterordnen sollte, welche dann eine Vermittlerrolle spielen wollte? Das war ganz in dem Style der obenbezeichneten Theorie, und wurde eben deswegen auch vom Bunde abgelehnt, und wollte Preußen seine Großmachtsrolle spielen, so mußte es das auf eigne Gefahr und Kosten thun. So geschah es denn. Man mobilisirte mit schweren Kosten, ohne weder für Preußen noch für Deutschland irgend etwas zu erreichen. Es blieb kein anderes Resultat davon zurück, als eine neue Verbittrung in Deutschland, welche durch die bald darauf folgenden Militairkonventionen mit einigen Kleinstaaten nur immer neue Nahrung erhielt. Denn was sind sie anders als ein Eingriff in die Bundeskriegsverfassung, und ein Versuch zur Erweitrung des preußischen Machtgebietes? Und welchen Vortheil

hat man wohl davon? Diese kleinen Kontingente sind von keiner wirklichen Bedeutung, die größeren Staaten aber, deren Kontingente von erheblicher Wichtigkeit sind, werden um deswillen um so feindseliger gegen Preußen gestimmt, und werden vorkommenden Falls danach handeln.

Da ist kein Friede in Deutschland möglich, wenn es der preußische Beruf sein soll, sich fortwährend in Deutschland auszubreiten, sei es durch territoriale Erwerbungen oder durch neue Einflußmittel. Ja, das Gerede vom deutschen Beruf wird gradezu ein Hohn auf die deutsche Nation, welche dabei wie ein seelenloser Stoff erscheint, der erst durch preußische Verarbeitung Gestalt und Werth zu gewinnen hätte. Aber die deutsche Nation hat es nicht vergessen, daß sie längst schon eine ruhmvolle Geschichte hatte, ehe Preußen nur dem Namen nach bekannt war, und daß sie eine Kultur hervorgebracht hat, der Preußen selbst Alles verdankt, was es ist und hat. Oder was ist denn Preußen, wenn nicht ein Absenker von Deutschland? Will das Ei größer sein als die Henne, und am Ende gar die Henne selbst verschlingen? Und bedenkt man denn nicht, daß es viele Tausende in Deutschland giebt, die sich durch solches Gebahren im tiefsten Innern verletzt fühlen? Selbst in den unteren Schichten der Nation erwacht der Unwille darüber, und wie natürlich ist es, daß die alten deutschen Stämme, in welchen die Traditionen der ehemaligen deutschen Größe bis heute noch nicht erloschen sind, am Ende gradezu mit Haß auf Preußen blicken, und darin mit ihren Fürstenhäusern übereinstimmen, welche doch ebenfalls zu den ältesten in Deutschland gehören, und deren Ruhm in eine Zeit zurückreicht, wo die Hohenzollern noch wenig bedeutende Grafen waren, wie namentlich die Welfen, die Wettiner und die Wittelsbacher. Oder meint man etwa, solche natürlichen Regungen mit der Anklage des Souveränetätsdünkels und des Partikularismus darniederschlagen zu können, wo man doch selbst das erste Beispiel des Hochmuthes giebt, und den preußischen Partikularismus zur Herrschaft über ganz Deutschland erheben will? Und wie ist überhaupt ein Bundesver-

hältniß möglich, wenn Preußen den natürlichen Beruf haben soll seine Bundesgenossen zu absorbiren? Fürwahr, das heißt eine Drachensaat säen, und gebe der Himmel, daß die Saat nicht aufgehe! Denn sie wird von Blut triefen, und man wird zu spät bemerken, daß Deutschland nicht den Beruf in sich fühlt, preußisch zu werden, noch auch Preußen die Macht besitzt, es gegen seinen Willen preußisch zu machen, sondern an diesem Versuche selbst zerschellen muß.

## 5.

Immer den Blick auf das westliche Deutschland gerichtet, um dort Macht und Einfluß zu gewinnen, hat man um dieser Chimäre willen die östlichen Provinzen, welche doch die eigentliche Basis des preußischen Staates bilden, gering geachtet und zurückgesetzt. Hier aber wäre grade das geeignetste Feld für eine energische Thätigkeit der Staatsgewalt, und hier bringen es die Verhältnisse mit sich, daß die Initiative zu allen wichtigen Verbesserungen von der Regierung ausgeht. Denn hier ist die deutsche Kultur nicht aus dem freien Triebe der Bevölkrung erwachsen, sondern durch Herrschergewalt gepflanzt, wie im Mittelalter durch die Markgrafen aus dem Hause Anhalt und die großen Hochmeister, in neuerer Zeit durch den großen Kurfürsten und seine Nachfolger. Diese Länder haben immer nur unter einer starken Regierung geblüht, und sind ohne solche in Verfall gerathen. Alle Traditionen sprechen dafür, die Bevölkrung ist daran gewöhnt, die Natur der Dinge fordert es, denn diese Länder sind M a r k e n.

Noch heute giebt es hier fremdartige Elemente zu assimiliren, und selbst die deutschredende Bevölkrung ist auf dem platten Lande an vielen Stellen noch sehr zurück, die Formen des Volkslebens sind entschieden roher als im alten westlichen Deutschland. Hier gilt es die Kultur zu fördern, während das westliche Deutschland der preußischen Kultur nicht bedarf Hier sind auch noch dünn bevölkerte Landstriche vorhanden, Sümpfe und Brüche auszutrocknen, Haiden

fruchtbar zu machen, Kanäle und Eisenbahnen zu bauen, und so durch eine intelligente und energische Staatsökonomie große Erfolge zu erzielen.

Ist dies nicht ein Feld für die mannigfaltigsten Entwürfe, — ein Gebiet, welches von der Elbe bis zum Niemen reicht, von Arkona bis zu den Vorbergen der Karpathen! Und welcher Zukunft geht dieses Gebiet entgegen seit der Aufhebung des Sundzolles und durch den in Aussicht stehenden Nordostseekanal! Oder wäre es dennoch zu klein für den preußischen Ehrgeiz und die preußische Thatkraft? Nun wohlan, auch nach dieser Seite hin ist die Welt nicht mit Brettern vernagelt, und man mag es versuchen, die preußische Herrschaft auszubreiten, in ähnlicher Weise wie es die alten Markgrafen und Hochmeister thaten, die ja zu ihrer Zeit schon bis zu dem Peipussee gelangt waren. So verstanden sie ihren deutschen Beruf. Möchte ihn das moderne Preußen nur auch so verstehen! Es soll die große deutsche Nordmark sein, und nicht blos zu militärischem Schutz, sondern zugleich als ein Vorposten deutscher Bildung, welche hier Raum und Mittel genug zu ihrer Entfaltung findet. Das wäre die wahre Ehre, dieses ächt preußische Gebiet, stark und gesichert durch Waffen, durch Ackerbau, Handel und Gewerbe blühend zu machen, durch Gesittung und öffentliche Einrichtungen zu einem Vorbild, durch Kunst und Wissenschaft zu einer Leuchte für den ganzen Norden! Dahin geht die Bestimmung der deutschen Nordmark, und der wirkliche Beruf Preußens. Denn diese Richtung ist es, in welcher deutsche und preußische Interessen untrennbar zusammengehen, und wo in der That jeder preußische Fortschritt ein Gewinn für Deutschland ist. Aber wie hat man sich von dem rechten Wege verirrt, wenn man die Mark Brandenburg zum Mittelpunkt von Deutschland machen, und den preußischen Beruf darin setzen will Unionsprojekte auszubrüten!

Nur Leute, welche Deutschland nicht kennen, und von der deutschen Geschichte eine so eigenthümliche Ansicht haben, daß sie den Anfang derselben von dem großen Kurfürsten datiren, wie wenn

das vorangegangne Jahrtausend der sagenhaften Vorzeit angehörte, mögen auf den Gedanken gerathen, in Berlin die zukünftige Hauptstadt von Deutschland zu sehen, und der deutschen Nation für ihre Traditionen aus der Kaiserzeit die Anekdoten von Sanssouci zum Ersatz zu bieten. Aber die Ottonen, die Salier und die Staufen haben nicht umsonst gelebt, und durch alle Künste der Welt wird es niemals gelingen die Spree und die Havel zur Herzader des deutschen Nationalkörpers zu machen. Berlin kann eine große Fabrik- und Handelsstadt werden, die administrative Zentralisation kann ihr Anschwellen befördern, und dazu noch manchen künstlichen Glanz und Zierrath hinzufügen, aber so weit reichen diese Mittel nicht, um die Natur der Dinge zu verändern, und am Ende wird man auch hier nur den preußischen Interessen selbst geschadet haben.

Ist denn die anschwellende Hauptstadt in der That ein solches Glück für den Staat, daß man ihren Anwachs von oben herab begünstigen und beschleunigen müßte, wie es doch allerdings seit lange her geschehen ist und bis heute geschieht? Denn ohne dies würde Berlin vielleicht nur die Hälfte seiner gegenwärtigen Bevölkrung haben, und ich meine wohl, es würde besser sein, wenn ein Theil der Menschenmasse, die sich jetzt hier konzentrirt, statt dessen in den Städten von Pommern, Posen und West- und Ostpreußen wohnte. Dort gäbe die Verstärkung der Bürgerschaften dem Staate einen wirklichen Zuwachs an Kraft, während aus dem Anschwellen der Hauptstadt weit eher eine Verlegenheit als ein Kraftzuwachs entspringt. Allein man meint durch die große Hauptstadt einen großen Eindruck zu machen, und zu der Großmacht gehört doch auch die große Hauptstadt. Berlin soll demnach wo möglich mit Paris und London wetteifern, es soll eine Weltstadt werden, und was an realen Elementen dazu fehlt, soll durch künstliche Anhäufung der Kulturmittel ersetzt werden. Dieses Streben ist insbesondere seit der Regierung Friedrich Wilhelms IV. hervorgetreten, der den Gedanken gehabt zu haben scheint, durch den Zusammenfluß der verschiedensten geistigen Elemente, aus allen Geschichtsepochen, und aus allen Lite-

raturen und Kunstformen, dem Berlinismus einen reicheren Inhalt und ein höheres Lüstre zu geben. Da ging denn Alles durcheinander: Sophokles, Racine, Romantik, Offenbarungsphilosophie und ägyptische Alterthümer, Schinkelsche Antike, Basiliken und Neugothik, Campo santo und Corso, grade wie wenn Berlin wo möglich ein mikrokosmisches Bild der ganzen Welt darstellen sollte. Das war wohl nicht der Weg, um einen tüchtigen Bürgersinn zu pflegen, sondern konnte nur die Charakterlosigkeit, die Aufgeblasenheit und Zerfahrenheit befördern, woran der Berlinismus ohnehin schon leidet. Eine Kalamität für den ganzen Staat, denn soweit nur überhaupt der Einfluß dieses Wesens reicht, wirkt es verderblich.

Diese Verirrungen sind beklagenswerth, aber doch andrerseits sehr erklärlich. Sieht man nämlich der Sache näher auf den Grund, so ist es ursprünglich wohl die Zerrissenheit der preußischen Territorien gewesen, welche die Tendenz hervorrief, durch eine große Hauptstadt einen künstlichen Vereinigungspunkt zu schaffen. So lange es in Deutschland ein lebendiges Volksthum gab, erwuchsen die großen Städte aus eigenem Triebe, wie einst Augsburg, Nürnberg, Köln, Magdeburg, Lübeck, Danzig, Breslau und andere, erst in der Zeit des deutschen Verfalls kam man darauf, große Städte gewissermaßen zu machen, wie es denn auch mit Berlin geschah. Diese Richtung ist daher schon seit dem großen Kurfürsten hervorgetreten, und hat von da an unter allen seinen Nachfolgern geherrscht. Sie datirt von dem ersten Emporkommen des modernen preußischen Staates, und in dem Berlinismus spiegelt sich somit die Geschichte dieses Staates selbst, nämlich seine künstliche Bildung. Ist dies aber evident, — wie wenig kann Berlin für den wahren Heerd einer deutschen Nationalentwicklung gelten, da es vielmehr an und für sich selbst der auffallendste Beweis von dem Verfall des deutschen Nationallebens, von der Verschobenheit und Verschrobenheit der deutschen Verhältnisse ist? Und dieses zugegeben, so leuchtet ferner ein, von welcher Wichtigkeit es sein muß, diesen verschobenen und verschrobenen Berlinismus wieder in eine natürliche Stellung zu bringen. Wichtig für den

ganzen preußischen Staat, der in seiner Hauptstadt an der Gehirnkrankheit leidet, und zugleich von mittelbarer Wichtigkeit für ganz Deutschland.

Betrachtet man Preußen als die deutsche Nordmark, so ist eben Berlin die Hauptstadt dieser Nordmark, nicht aber dazu bestimmt die Hauptstadt von Deutschland zu werden, noch weniger eine Weltstadt, wie Paris und London. Diese Illusionen sind dann für immer dahin, aber wenn man eine Illusion verliert, so gewinnt man dafür die Erkenntniß einer Wahrheit. Man wird also den Schein aufgeben, um sich auf das Wirkliche zu richten, man wird gesunden und Charakter bekommen. Anstatt einen Weltgeist entwickeln zu wollen, aus allen Ingredienzien der Kulturgeschichte zusammengebraut, und sich als Metropole der Intelligenz aufzublähen, wird man sich als eine deutsche Bürgerschaft fühlen, und was Berlin an realer Bedeutung hat, wird dabei nicht verloren gehen.

Berlin ist durch seine Lage in der Mitte zwischen der Küste und dem mitteldeutschen Gebirge, und zwischen Elbe und Oder, d. h. zwischen Nordsee und Ostsee, ein sehr geeigneter Konzentrationspunkt für das ganze nordöstliche Deutschland. Und wie die deutsche Nordmark zugleich als Bollwerk und Vorposten der deutschen Kultur im Nordosten erscheint, so gewinnt Berlin eine große Bedeutung für das ganze nordöstliche Europa. Alles was aus Rußland nach dem Westen, oder aus Skandinavien nach dem Süden geht, pflegt Berlin zu passiren, welches dadurch gewissermaßen ein Stapelplatz wird für den geistigen und materiellen Verkehr. Die Eisenbahnen befördern dies, aber es ist an und für sich nichts Erkünsteltes, sondern den gegebenen Verhältnissen durchaus entsprechend. Es bleibt daher, und wird noch immer mehr hervortreten, je mehr sich Deutschland wieder erhebt, und damit auch der Einfluß der deutschen Kultur im nordöstlichen Europa wächst, von welcher dann Berlin gewissermaßen die Niederlage für das ganze nordöstliche Europa sein wird, wie es Wien für das südöstliche Europa ist. Gewiß etwas sehr Reelles und sehr Wichtiges, aber die Hauptstadt der deutschen Nordmark ist nicht die

Hauptstadt von Deutschland, welches überhaupt niemals eine Hauptstadt gehabt hat, und niemals eine haben kann, sondern nur eine Bundesstadt.

## 6.

Tritt Preußen mit seinen westlichen Provinzen in den engeren Bund, der nach unseren Ideen sein eignes Militärwesen haben muß, worüber der Bundesgewalt in letzter Instanz die alleinige Verfügung zusteht, so scheint es wohl, daß die preußische Macht dadurch erheblich vermindert werden müßte, weil diese Provinzen ohngefähr ein Dritttheil der heutigen preußischen Bevölkerung enthalten, und um so viel, könnte man meinen, müßte dann auch die preußische Armee kleiner werden. Allein dieser Verlust ist nur scheinbar, und hinterher stellen sich die Dinge ganz anders, wie wir jetzt sehen werden.

Die Existenz des preußischen Staates beruht allein auf seinen Ostprovinzen, wodurch er auch allein den Charakter einer europäischen Macht erlangt hat, weil eben diese Provinzen das aus Deutschland herausstrebende Element darstellen. Sie allein haben ein entschieden militärisches Gepräge, und aus ihnen entspringt bis heute fast der ganze Offizierstand, d. h. der Träger des eigenthümlichen Geistes der preußischen Armee. An ihrer moralischen Kraft verliert also diese Armee durch die fragliche Absonderung der Westprovinzen gar nichts, nur an Truppenzahl, die aber für sich allein nichts entscheidet. Es kommt vielmehr auf die Verwendung der Truppen an, welche im Falle eines Krieges möglich ist. Nun befindet sich Preußen in der Unmöglichkeit, auf irgend einem Kriegstheater seine ganze Armee zu konzentriren, weil es in jedem großen Kriege wenigstens eine ungedeckte Seite haben wird, zu deren Schutz sehr beträchtliche Besatzungen erforderlich sind, d. h. man muß die Armee theilen. Dies ist also schon ein gegebenes Verhältniß, und das Neue wäre nur, daß es jetzt einen bestimmten Ausdruck und eine feste Ordnung gewönne, woraus nach aller Wahrscheinlichkeit nur Vortheil entspringen kann. Liegt nämlich das Kriegstheater im Osten, so hat Preußen durch den engeren Bund seinen Rücken gedeckt, und kann seine eigne Armee in

vollster Sicherheit verwenden, wird hingegen der Krieg am Rheine geführt, so tritt zuvörderst die ganze Bundesarmee auf, und die eigentlich preußische Armee braucht nur zur Verstärkung zu dienen. In dem einen wie in dem anderen Falle ist man besser gesichert als heute, denn wo heute Alles unklar und zweifelhaft erscheint, herrscht dann eine feste Ordnung, eine wesentliche Bedingung des Erfolges.

Noch günstiger wird die politische Stellung des Staates. Er bleibt auf der Basis seiner östlichen Provinzen eine europäische Macht von entschiedener Bedeutung. Zuvörderst durch seine Armée, zu welcher aber allmälig eine nicht unerhebliche Marine hinzukommen wird, und daneben ein schwungvoller Handel, den das Emporkommen der baltischen Küstenländer, unter welchen doch grade die preußischen Provinzen die erste Rolle spielen werden, in sichere Aussicht stellt. Nach dem Allen wird Preußen in dem baltischen Gebiete sich mit jeder anderen Macht messen können. Wir haben aber gesehen, wie viel das bedeutet bei der großen Zukunft, welcher dieses Gebiet entgegengeht, wenn erst die Ostsee sich mit der Nordsee assimilirt, und durch die Eisenbahnen das ganze Hinterland bis zum Pontus erschlossen wird. Das will etwas besagen! Zu dieser angesehenen Stellung, welche Preußen hier einnehmen wird, kommt aber außerdem noch seine Mitgliedschaft im engeren Bunde hinzu, in welchem es wegen seiner dazu gehörigen Provinzen eine wichtige Rolle spielen wird, ohngefähr wie Baiern. In Summa, Preußen behält als europäische Macht dasselbe Gewicht, welches es jetzt besitzt, und erhält außerdem noch das Zusatzgewicht eines der ersten deutschen Mittelstaaten, — ein offenbarer Vortheil.

Nicht minder günstig wird diese Veränderung nach innen hin wirken.

Die Westprovinzen werden von dem Körper der Monarchie getrennt, und nach ihren Provinzialverfassungen durch Statthalter regiert, am Rhein wohl unter dem Titel eines Vicekönigs, und nur die Ostprovinzen bilden den preußischen Staat im eigentlichen Sinne. Das sind dann der Hauptsache nach homogene Bestandtheile, von

einer ausgeprägt preußischen Gesinnung, und im natürlichen Zusammenhang stehend, in kommerzieller wie in strategischer Hinsicht ein Ganzes. Da allein wird eine Verfassung möglich, die mehr ist als ein repräsentativer Schematismus. Was nützt eine fingirte Staatseinheit, wo doch die Einheit im Volksleben fehlt, und welchen Sinn hat es, wenn jetzt z. B. die Pommern und Brandenburger eine Gemeindeordnung für die Westphalen und Rheinländer machen helfen, oder diese für jene? Nach unserer Meinung hat es gar keinen Sinn, und können in solcher Weise niemals organische Gesetze entstehen, sondern nur ein gehaltloser Formalismus, der nicht zur Organisation sondern zur Desorganisation führt, und allmälig den ganzen Bestand des Staates untergräbt. Hätten die Ostprovinzen ihre besondere Vertretung, so würde ein ganz anderer Geist darin herrschen, als heute auf dem preußischen Landtage wahrzunehmen ist, denn diese Repräsentation stände auf dem Boden einer realen Gemeinschaft, einer Gemeinschaft der Lebensweise, der Lebensansichten und der praktischen Interessen. In den heutigen Kammern hingegen sind die Elemente wesentlich different, und nur durch eine künstliche Parteibildung nach abstrakten Begriffen läßt sich ein Zusammenhang herstellen. Welche Frucht kann daraus entspringen? Es wäre noch der günstigste Fall, wenn ein solches Wesen wirkungslos bliebe, aber es muß ja wirken, denn die Kammer hat die Geltung einer großen Staatsinstitution, es wirkt also, nämlich zerrüttend. Und während man angeblich damit beschäftigt ist, die Verfassung „auszubauen", wie der herkömmliche Ausdruck lautet, wird vielmehr das ganze Staatsgebäude dergestalt untergraben und aus dem Gefüge gebracht, daß, wenn der „Ausbau" vollendet sein wird, aller Wahrscheinlichkeit nach der Einsturz erfolgen muß.*)

Dazu kommt die schon erwähnte Verflechtung der preußischen Verfassungsfrage mit der deutschen Bewegung. Wie steigert das die Verwirrung und Aufregung! Da ist kein Herauskommen, außer durch

*) Vgl. die Quelle alles Uebels, Betrachtungen über die preußische Verfassungskrisis.

einen heroischen Entschluß, der die Situation auf einmal klar macht. Man bilde den engeren Bund, und füge demselben die Westprovinzen vollständig ein, indem man sie vollständig von den Ostprovinzen trennt. Dann ist zwar die deutsche Bewegung noch lange nicht zur Ruhe gebracht, — behüte der Himmel, daß es so wäre! — aber sie erhält eine praktische Richtung, und der Strom fließt in seinem natürlichen Bette. Dasselbe geschieht in Beziehung auf die preußische Verfassungsfrage. Auch auf diesem Gebiete wird man praktisch, richtet sich auf ein bestimmtes Ziel, und kann es erreichen, weil man seine Kräfte konzentrirt, und sich nicht auf Nebenwege verliert.

Es muß ja einleuchten, und ist außerdem eine notorische Thatsache, wie sehr die Beschäftigung mit der deutschen Frage die Beschäftigung mit der preußischen Verfassungsfrage stört, und in dem stetigen Durcheinander alle Gesichtspunkte verschoben werden, und zwar eben so in den gouvernementalen Kreisen wie in dem großen Publikum. Da taucht ein deutsches Reformprojekt nach dem andern auf, und alle politischen Kreise gerathen in Aufregung, denn die deutsche Frage ist doch in der That wichtiger als die preußische, und immer wird Preußen tief in dieselbe hineingezogen. Ja die Sache kann so bedrohlich werden, daß sie die Existenz des preußischen Staates gefährdet. Wo bleibt da die Ruhe, die Sicherheit und Klarheit, ohne welche keine tüchtige Organisation zu Stande kommt? Was das Werk reifster Erwägung sein müßte, wird oft nur improvisirt, und nach momentanen Rücksichten zugeschnitten. Sogar die Verwaltungsthätigkeit leidet darunter, weil immer so große Interessen auf dem Spiele stehen, das alles Andere dagegen zurücktreten muß.

Hier ist keine Hoffnung, außer es wird eine Bahn gemacht: eine Bahn für die deutsche Entwicklung und reine Bahn für die preußische. Dann werden sich die deutschen wie die preußischen Angelegenheiten in eine bessere Ordnung bringen lassen, und mit der Befestigung derselben beruhigen sich die Gemüther, die jetzt hingegen durch den schwankenden Zustand, der immer neue Kombinationen hervorruft und zu grenzenlosen Projekten verleitet, in steter Unruhe erhalten werden.

Wohl in keinem deutschen Lande giebt es in den gebildeten Kreisen so viel unbefriedigte Existenzen als in Preußen, indem das Unklare und Unhaltbare in der politischen Stellung des Staates auf die Menschen zurückwirkt. Preußen soll nach der herrschenden Meinung vor allen Dingen eine europäische Großmacht sein, und nirgends wird so viel von Großmacht gesprochen als in Berlin, es pflegt für die Berliner Politiker das dritte Wort zu sein. Wir haben aber gesehen, wie es sich mit diesem Anspruch verhält. Preußen ist kein in sich selbst ruhender und sich selbst genügender Staat, und kann es niemals werden, es fehlen nicht blos die materiellen Mittel dazu, sondern es fehlt das Prinzip: ein selbstständiges Geistesleben. Man will also etwas sein, was man nicht ist noch werden kann, daher einerseits die Unzufriedenheit, und andrerseits das anspruchsvolle Wesen, welches dem Preußenthum, und insbesondere dem Berlinismus, mit Recht vorgeworfen wird. Noch schlimmer, wenn die Großmachtssucht die Tendenz hervorruft, sich durch Vergewaltigung oder durch hinterlistige Anschläge in Deutschland auszubreiten. Das verdirbt den preußischen Charakter, und macht den preußischen Namen in ganz Deutschland gehässig.

Solche Verirrungen sind in Zukunft nicht mehr möglich, wenn durch Begründung des engeren Bundes zwischen Deutschthum und Preußenthum eine feste Grenze gezogen ist. Mit den unbegründeten Prätensionen verschwinden dann die leeren Illusionen. Man tritt in eine klare feste Stellung, die zwar nur den bescheidenen Namen der deutschen Nordmark trägt, aber mehr wirkliche Macht gewährt, als das heutige Preußen besitzt.

7.

Immerhin wird die Begründung des engeren Bundes doch eine schwierige Sache bleiben, und wir haben die vornehmsten Schwierigkeiten selbst hervorgehoben. Aber sie sind sehr wohl zu überwinden, sobald die beiden Großmächte nur den guten Willen dazu haben, welches hier das erste Erforderniß ist, und woran es leider bis heute noch zu fehlen scheint.

Die Großmächte wollen deutsch sein, und lieben es, ihren deutschen Charakter oft mit Emphase geltend zu machen, aber man soll in Berlin wie in Wien wohl bedenken, daß man nicht deutsch sein kann, ohne zuvor das Bekenntniß abzulegen, daß Deutschland der Stamm ist, und Preußen und Oesterreich nur Zweige dieses Stammes, — Zweige, die gar nicht für sich bestehen können, geschweige denn, daß sie selbst der Stamm wären. Wenn aber Deutschland in der That das Stammland ist, von welchem die Großmächte nur die Marken bilden, so erscheint es mehr als sonderbar, daß eben dieses Stammland in der Praxis doch nur zu einem Anhängsel dieser Marken gemacht werden soll. Entweder also ist das Gerede vom deutschen Beruf ein unverantwortlicher Humbug, oder wenn Wahrheit darin liegen soll, so muß Deutschland zuvor als eine selbstständige Macht hingestellt und anerkannt sein, und die erste That, wodurch die deutschen Großmächte ihren deutschen Beruf bewähren wollen, muß darin bestehen, daß sie die Curatel aufheben, welche sie bisher über die übrigen deutschen Staaten ausübten, und wodurch die Entwicklung eines selbstständigen deutschen Lebens bisher unmöglich gemacht worden ist.

Allerdings gehört dazu seitens der Großmächte ein Opfer, ein Akt der Entsagung: nicht zwar auf ein Recht, aber auf ein seit lange thatsächlich bestehendes Verhältniß, allein gleichviel, es geht nicht anders. Denn damit ist Deutschland noch nicht geholfen, daß die deutschen Großmächte für eine deutsche Angelegenheit die Waffen ergreifen, wie man jetzt in Schleswig sieht. Aehnliches könnte unter Umständen auch Frankreich thun, oder jede andere europäische Macht, und wer würde darin einen deutschen Triumph sehen? Man erfreut sich jetzt der militairischen Erfolge, welche die Herzogthümer vom dänischen Joch befreien werden, aber in dem ganzen außerösterreichischen und außerpreußischen Deutschland ist dieser Freude das bittere Gefühl beigemischt, daß es nicht Deutschland ist, welches hier gesiegt hat, sondern Oesterreich und Preußen, während der deutsche Bund, der doch allein das ganze Deutschland repräsentirt, in Unthätigkeit gehalten wurde.

Das ist nicht der Anfang einer deutschen Politik, daß die Großmächte für Deutschland auftreten wie ein Vormund für seine Mündel, sondern daß Deutschland für sich selbst auftritt. Zu diesem Ende muß es aber ein selbstständiger handlungsfähiger Körper werden, und dies ist nur im engeren Bunde möglich. Dieser selbst aber kann nicht zu Stande kommen ohne einen Akt der Entsagung seitens der Großmächte.

Das scheint wohl eine harte Zumuthung für dieselben, und doch würden sie selbst am meisten dabei gewinnen, wie sich das aus folgender Betrachtung ergiebt.

Durch die Konstituirung des engeren Bundes verschwindet zuvörderst die große Gefahr, welche jetzt bei jedem europäischen Konflikt droht, nämlich daß die deutsche Bewegung unter den Einfluß des Auslandes geräth, und dann grade in dem Momente, wo es auf eine Vereinigung aller deutschen Kräfte ankäme, der Bund sich als vollständig lahm erweist, oder gar auseinander fällt. Sollte dies je geschehen, so würden es grade Preußen und Oesterreich sein, welche die bittersten Folgen davon zu tragen hätten, wie sie auch die Schuld davon tragen würden. Wird hingegen durch den engeren Bund ein Zustand hergestellt, welcher das Nationalgefühl befriedigt, und wodurch der ganze Komplex der deutschen Mittel- und Kleinstaaten, welche sich jetzt mit gerechtem Mißvergnügen zur Thatlosigkeit verurtheilt sehen, eine wirksame und ehrenvolle Stellung erlangt, so wird dieser Bund selbst ein Damm gegen jede von Westen andringende Bewegung, sei sie revolutionärer oder kriegerischer Natur, während der gegenwärtige Bund, welcher in der Nation keine Stütze findet, und daher bei jeder Krisis in Ohnmacht versinkt, vielmehr selbst der Bewegung zum Eingangsthor dienen wird, wie man ja schon im Jahre 1848 sah. Was hätte man damals wohl erleben können, wäre die französische Februarrevolution militairisch aufgetreten? Sie brauchte nur 100,000 Mann über den Rhein zu schicken, und die republikanische Propaganda wälzte sich unaufhaltsam über ganz Deutschland. Ist es aber nicht der Republikanismus, so kann es ein anderer Feind

sein, und Preußen und Oesterreich sind durch diese von Westen drohende Gefahr in allen großen Unternehmungen gelähmt. Haben sie hingegen durch den engeren Bund eine sichere Deckung, so können sie sich in ihrer eigenthümlichen Sphäre nach Nordosten und Südosten in voller Freiheit bewegen. Da mögen sie sich dann als Großmächte benehmen, nicht aber im Verhältniß zu Deutschland, für welches sie immer nur deutsche Marken sind.

Gewinnt ferner durch die Konstituirung des engeren Bundes das deutsche Nationalleben einen neuen Aufschwung, so wird auch dies wohlthätig befruchtend auf Oesterreich und Preußen zurückwirken, welche beide Staaten doch in allen Dingen, wo es auf geistige Kraft ankommt, auf die gemeinsame deutsche Quelle angewiesen sind, und für sich allein nur wenig produziren. Zwar sind sie selbst ein Stück von Deutschland, und Preußen umfaßt sogar einen großen Theil der deutschen Bevölkrung, aber das ist hier nicht entscheidend. Volk und Staat sind sehr verschiedene Dinge, und der preußische Staatsgeist, wie die Formen des preußischen Staatswesens, sind etwas Besonderes, und nur wenig geeignet der Entwicklung des deutschen Volksthums zum Träger zu dienen, noch weniger das österreichische Staatswesen. So bleibt die deutsche Nationalentwicklung lahm, und die edelsten Kräfte finden kein geeignetes Feld ihrer Ausbildung und Bethätigung. Welch unermeßlichen Fonds von moralischen und intellektuellen Kräften besitzt Deutschland, aber wie viel verzehrt sich davon in thatlosem Brüten oder in unfruchtbarer Gelehrsamkeit und abstrakten Theorien! Es ist mit tiefster Betrübniß zu sehen, aber es ist so, und die Großmächte als solche können selbst bei dem besten Willen nichts daran ändern. Denn sie sind nicht Deutschland, und können es niemals werden, hier aber handelt es sich grade um eine deutsche Entwicklungssphäre, welche nach Lage der Dinge nur durch den engeren Bund zu erreichen steht.

Da allein kann sich der deutsche Geist nach seiner Eigenthümlichkeit entfalten. Und wenn dies geschieht, so wird dies nicht nur auf das innere Leben in Preußen und Oesterreich zurückwirken, sondern selbst

der Machtstellung dieser Staaten zu Gute kommen, welche im Nordosten wie im Südosten sehr wesentlich bedingt ist durch die Achtung vor dem deutschen Namen, und durch das Selbstgefühl, mit welchem dort der Deutsche dem fremden Element entgegentritt. Darum war es ja eben die Zeit der deutschen Nationalgröße, im Mittelalter, wo die großen Marken begründet wurden, worauf bis heute die deutsche Herrschaft in diesen Gebieten beruht. Das mattherzige Deutschthum der späteren Zeit wäre wohl nicht so weit gekommen, sondern es hat vielmehr in Rußland die Idee eines russisch-deutschen Berufes hervorgerufen, wonach Rußland die Bestimmung haben soll, das erstorbene und verdorbene Deutschthum durch russische Herrschaft zu verjüngen, und durch Vereinigung aller slawischen Völker die slawische Weltperiode zu inauguriren.

Dieser Panslawismus ist kein bloßes Erzeugniß slawischer Literatoren oder deutscher Gespensterseher, sondern ein lebendiges Wesen. Aber lebenskräftig ist er doch nur in Folge der deutschen Erschlaffung, und emporgekommen nur, weil Preußen und Oesterreich vergessen haben, daß sie deutsche Marken sind. Das müssen sie wieder werden. Aber wenn sie die Marken von Deutschland sind, so muß doch Deutschland etwas für sich selbst sein. Und nur in dem alten deutschen Stammland kann der Geist geboren werden, welcher auch in den deutschen Marken ein neues Leben anfacht.

Sollte man in Preußen und Oesterreich darüber noch im Unklaren sein, so mag man sich doch das Verhalten Rußlands selbst zur Lehre dienen lassen, welches die Macht und Bedeutung des Deutschthums gewiß um so besser zu schätzen weiß, als es darin seinen gefährlichsten Gegner erblickt. Das Preußenthum und das Oesterreicherthum fürchtet man in Rußland gar nicht, weil das in der That keine Mächte sind, die dem Panslawismus gewachsen wären. Nur im Deutschthum liegt die Fähigkeit große Ideen hervorzubringen, und in ihm liegt die Wurzel des germanischen Unabhängigkeitstriebes, der allein das Russenthum zu bewältigen

vermag. Daher die Anstrengungen der russischen Politik alles zu verhindern, was den deutschen Nationalgeist emporbringen könnte, und vielmehr die deutsche Nation in dem Zustand einer passiven Masse zu erhalten, die man freilich nicht zu fürchten hätte, und wenn die Zeit gekommen, sicher zu bezwingen und zu verschlingen hofft. Lernen wir also von unserem Feinde, wo das Prinzip unserer Stärke liegt.

8.

Oesterreich und Preußen, sagten wir, müssen die Kuratel aufgeben, welche sie bisher über die übrigen deutschen Staaten ausgeübt. Das ist das Eine. Aber es gehört auch das Andere dazu, daß in den übrigen deutschen Staaten selbst ein kräftigerer Trieb und ein großartigerer Sinn erwache, als leider bisher wahrzunehmen ist.

Würzburger Konferenzen thun es noch nicht, denn es kommt nicht darauf an die gemeinsamen Souverainetätsrechte zu wahren, sondern es kommt darauf an, die deutschen Nationalinteressen geltend zu machen, und nicht blos durch juridische Deduktionen sondern durch praktische Maßregeln. Ueberall muß man bei sich selbst anfangen, indem man aus der engen Sphäre des Partikularismus heraustritt, und seine Thätigkeit auf Deutschland richtet. Es darf nicht die Frage sein, wie dabei für Baiern, für Sachsen, für Hannover u. s. w. ein Vortheil zu erlangen sei, denn damit ist Deutschland nicht gedient, daß dieser oder jener seiner einzelnen Staaten größer wird, sondern D e u t s c h l a n d soll größer werden, und wenn nicht an Umfang so doch an intensiver Kraft wachsen. Wäre Deutschland ein Material zur Vergrößerung der Territorialstaaten, so hätten die Großmächte doch gewiß dasselbe Recht daran, und offenbar die größeren Machtmittel dazu, die Mittelstaaten könnten in diesem Geschäfte nicht konkurriren.

Welcher kleinliche Geist muß ferner in diesen Staaten entstehen, wenn man sich dort auf die eigenen Interessen beschränkt,

die sich in einem so engen Umkreise bewegen! Oder was ist der baierische, der sächsische und der hannöversche Staatsgeist im Vergleich zu dem preußischen? Was aber größer ist als alle zusammen genommen, das ist der deutsche Nationalgeist, und der allein bietet den Hebel, wodurch die deutschen Mittel- und Kleinstaaten eine Bedeutung gewinnen können, welche ihr materielles Gewicht sehr weit übertrifft. Man muß in Baiern, in Sachsen und Hannover nicht baierisch, sächsisch oder hannöverisch sein wollen, sondern deutsch und ein Träger des Deutschthums. Dann erst ist man in seiner normalen Stellung, so gewiß als doch eben das alte westliche Deutschland, dem diese Staaten angehören, der eigentliche Boden des deutschen Nationallebens ist. Bleibt es also dort lahm, so bleibt es überhaupt lahm. Preußen und Oesterreich können sich als politische Mächte aufthun, und als solche einen Staatsgeist entwickeln, aber Träger der deutschen Nationalentwicklung können sie nicht werden. So ist jedem sein Theil beschieden, und man muß das Eine wie das Andere auf gleiche Weise achten und pflegen, dort das Staatsleben hier das Nationalleben.

Der engere Bund wird kommen, sobald man ihn ernstlich will. Aber grade in den Mittel- und Kleinstaaten muß dieser Wille am kräftigsten hervortreten, und von da aus die Initiative ergriffen werden. Freilich wäre es für die Großmächte noch leichter, aber wenn auch zu wünschen, so ist es nicht zu erwarten, daß sie selbst diese Entwicklung befördern, denn es heißt für sie eine Stellung aufgeben, woran man bisher gewohnt war. Dazu hat man selten rechte Lust, wenn auch mit Sicherheit ein offenbarer Vortheil davon zu erwarten steht, es gehört Ueberwindung dazu. Staaten sind in dieser Hinsicht wie einzelne Persönlichkeiten, und selten fassen die Menschen einen großen Entschluß nach blos verständiger Ansicht, sondern weit mehr nach ihrer Gesinnung. Hier würde die deutsche Gesinnung dazu gehören, und eben diese fehlt in Berlin wie in Wien. Nur so viel darf man von den Großmächten fordern, daß sie auf die Sache eingehen, wenn sie von anderer Seite kräftig in

Angriff genommen wird. Auch würden sie dann nicht widerstehen können, so sehr sie es versuchen möchten, denn der deutsche Nationalgeist ist eine größere Macht als der preußische und österreichische Staatsgeist.

Um zu diesem Zwecke einen praktischen Anfang zu machen, bietet schon die gegenwärtige Bundesverfassung Mittel genug, wenn man sie nur gebrauchen will, und zu gebrauchen versteht. Da können die Mittelstaaten und Kleinstaaten zeigen, wie sie die deutschen Nationalangelegenheiten auffassen, und was sie dafür zu leisten gewillt und befähigt sind. Nur keine Reformakten entwerfen, sondern mit der That vorangehen, dann folgt allmälig die Reform von selbst, und erst wenn ein thatsächlicher Umschwung bewirkt ist, mag man die neuen Verhältnisse vertragsmäßig feststellen. Es wird langsam gehen, aber es wird doch vorwärts gehen, während man sich jetzt im Kreise herumdreht, und in der That nicht von der Stelle kommt.

## 9.

Weder Oesterreich noch Preußen nehmen wirklich die Stellung ein, welche sie nach der herrschenden Großmachtstheorie einnehmen müßten. Sie können sich nicht mit Frankreich, England und Rußland vergleichen, welche nicht blos mächtigere Körper sind, sondern Mächte ganz anderer Art: auf sich selbst beruhende Weltmächte, was Oesterreich und Preußen weder sind, noch jemals werden können. Einzeln für sich vermögen sie überhaupt nichts Großes zu leisten. Verbinden sie sich zur gemeinsamen Thätigkeit, so entsteht dann freilich eine sehr bedeutende Macht, aber die Wirkung entspricht den Machtmitteln nicht, weil wegen der gegenseitigen Rivalität die Verbindung selbst niemals Konsistenz und inneres Leben gewinnt, sondern jeden Augenblick wieder zu zerfallen droht. Auf solchem wankenden Boden kann darum nichts Großes entstehen, es fehlt das Bindemittel. Wo ist es zu suchen?

In dem europäischen Charakter der deutschen Großmächte kann es nicht liegen, denn als europäische Mächte bleiben sie sich

innerlich fremd. Es kann nur in ihrem deutschen Charakter liegen, welcher eine natürliche Gemeinschaft begründet. Als deutsche Mächte aber sind sie selbst nur Glieder von Deutschland, und ihr deutscher Charakter kann nicht zum Ausdruck kommen, außer durch Verbindung mit den übrigen deutschen Staaten, wodurch die binäre Verbindung zwischen Oesterreich und Preußen zu einer ternären wird. Auch hier gilt der Spruch: omne trinum perfectum, alles Gedritte ist vollkommen, denn Gegensätze gleichen sich in einem Dritten aus. Darauf also wird es ankommen, diese ternäre Verbindung zu organisiren. Und sie ist organisirt, wenn sich der engere Bund konstituirt, und Oesterreich und Preußen als Mitglieder dieses Bundes, welcher das alte Deutschland darstellt, sich als die großen Marken dieses alten Deutschland's benehmen.

Dreimal glücklich der Tag, wo dieses Ziel erreicht wird, denn von da an entsteht eine Macht, die allen anderen europäischen Mächten überlegen ist! Sie wird Stand halten, selbst wenn sich Frankreich, England und Rußland zusammen dagegen verbänden, weil dies doch blos eine mechanische Kombination wäre, ohne innere Lebenskraft, deren Leistungsfähigkeit daher weit hinter der Summe der Machtmittel zurückbleiben würde. Dort wäre eine ternäre Verbindung im eigentlichen Sinne, wo die Elemente sich gegenseitig durchdringen, und daraus ein neuer Körper entsteht, hier ein bloßes Nebeneinander, — ein ungeheurer Unterschied. Darin liegt das Geheimniß, wie aus unserer deutschen Verbindung eine so große Macht entspringen kann, die man sehr unrichtig beurtheilte, wenn man nur das Gewicht der einzelnen Elemente zusammen addirte, sondern hier multipliziren sich die Kräfte.

Es ist in der Kriegskunst bekannt, daß nicht die Summe der Truppen entscheidet, sondern die zweckmäßige Verwendung derselben, das Ineinandergreifen aller Abtheilungen nach einem einheitlichen Plane. Und dazu müssen noch die moralischen Hebel hinzukommen, ein mächtiges Gefühl, welches die ganze Armee durchdringt und zu

Heldenthaten befeuert. Nun wohlan, der Krieg ist ein Abbild des ganzen Lebens, der Individuen wie der Völker, weil alles Leben ein Kampf ist, und jedes Resultat ein Sieg, der errungen sein will. Welche Resultate sind also zu erwarten bei dem gegenwärtigen Zustande Deutschlands, wo ein großer Theil der deutschen Kräfte überhaupt unbenutzt bleiben und in Thatlosigkeit verkommen, andere sich gegenseitig stören und hemmen, ein einheitliches Wirken gänzlich fehlt? Wo ist ferner die Idee, welche die Wirksamkeit belebte und höhere Triebe erregte? Welcher Deutsche kann sich für das abstrakte Ding einer österreichischen oder preußischen Großmachtspolitik begeistern, die nothwendig aller großen Motive entbehren muß, weil diese Mächte überhaupt kein eignes geistiges Prinzip haben? Oder was ist denn daran gelegen, ob etwa Oesterreich oder Preußen etwas mächtiger werden, wenn doch Deutschland ohnmächtig bleibt, und solcher österreichische oder preußische Machtzuwachs wohl gar auf Unkosten Deutschlands erreicht werden soll? Woher endlich kommt solcher Großmachtspolitik die innere Stetigkeit, welche doch eine wesentliche Bedingung des Erfolges bildet, während wir sie in der That aus einer Richtung in die andere abspringen sehen? Und zwar ganz unvermeidlich, weil unseren Großstaaten die Eigenschaft eines in sich selbst ruhenden Körpers durchaus fehlt. So werden sie durch die Fluktuationen der europäischen Politik hin und her geworfen, und können niemals eine feste Haltung gewinnen, es sei denn im Anschluß an Deutschland. Und das gilt für ihre innere Entwicklung wie für ihr Auftreten nach Außen.

Welche Wechsel hat man in Oesterreich erlebt nach dem Zusammenbrechen des alten Metternichschen Systemes! Man betrachte nur die Vorgänge von den Tagen der Studentenregierung in der Aula bis zu den heutigen parlamentarischen Torso: dazwischen der Reichstag von Kremsier, dann das System Schwarzenberg-Bach und die Konkordatspolitik, dann die Pläne zu dem Siebenzigmillionenreich, und endlich die deutsche Reformakte. Es ist erstaunlich. Aber kaum minder auffallend ist der Wechsel in Preußen: von dem Aufgehen in

Deutschland zur Umkehr, von da zur neuen Aera, und dann zur abermaligen Umkehr!

Da kommt die Natur der Dinge an den Tag, welche durch die Großmachtstheorie so vergeblich verschleiert wird. Preußen und Oesterreich sind in sich selbst haltungslos, welche Festigkeit also kann ihre Stellung nach Außen haben? Nur während der heiligen Allianz hat ihre Politik eine gewisse Stetigkeit der Richtung und Maximen bewährt, weil man sich beiderseits an Rußland anlehnte, von der russischen Politik in's Schlepptau genommen. Haben sie nun damals einen Anhalt gesucht und bedurft, wie sie es immer bedürfen, — um wie viel einfacher, natürlicher und würdiger wäre es, den Anhalt in Deutschland zu suchen? Oder was spräche wohl dagegen? Etwa daß Deutschland keine Großmacht ist? Allerdings nicht, aber Ihr selbst seid auch keine Großmächte, und ist mit dem Hirngespinnst der Großmachtstheorie überhaupt nichts mehr zu erreichen, sondern erst aus unserer deutschen Verbindung selbst wird die wahre Großmacht entstehen, und mit ihr eine neue Grundlage für die ganze europäische Politik.

# X.

# Ueber die falschen Grundsätze, nach welchen man im Jahre 1848 eine deutsche Gesammtverfassung herzustellen suchte.

1. Eine solche Verfassnng kann nicht mit einem Schlage entstehen. 2. Unanwendbarkeit der Formen des doktrinären Konstitutionalismus. 3. Desgleichen der englischen Verfassung. 4. Desgleichen der Unionsverfassung in Nordamerika und in der Schweiz. 5. Kritik der deutschen Reichsverfassung von 1849.

---

Die Herstellung des engeren Bundes ist nach unserer Auffassung der deutschen Frage, wenn auch nicht die ganze Lösung, doch so sehr die Hauptsache, daß alles Andere, was sonst noch wünschenswerth und nothwendig sein möchte, sich daran anschließen muß. Soll aber dieser neue Bund seinen hohen Beruf erfüllen, so bedarf er einer geeigneten Verfassung dazu, worüber wir uns demnächst zu erklären haben.

Indessen erscheint es uns dienlich, zuvörderst die im Jahre 1848 entworfenen Projekte zu einer deutschen Gesammtverfassung zu betrachten, und damit einige Bemerkungen zu verbinden, über die dabei hervorgetretenen und noch heute weit verbreiteten Ansichten, die wir für eben so irrig als verderblich halten, und als ein wesentliches Hinderniß jeder naturgemäßen Entwicklung, so viel an uns ist, beseitigen müssen. Wahrlich, die Verwirrung der Meinungen auf diesem Gebiete ist grenzenlos, und grade herausgesagt: der Unsinn ist wie ein Urwald emporgeschossen, in welchem man keinen Schritt thun kann, ohne sich mit der Axt Bahn zu brechen. Am besten man legt Feuer an, und brennt den Wald nieder, dann wird er gangbar, und der Boden ist noch obenein durch die Asche be=

fruchtet. Das wollen wir also versuchen, und dabei den geneigten Leser bitten, uns seinerseits zu helfen, damit das Feuer fängt und um sich greift. Denn fort muß der Wald, es ist sonst kein Auskommen, wir ersticken im Unsinn.

Jetzt vom Bilde zur Sache.

1.

Da tritt uns zuvörderst die falsche Behandlung der Frage im Allgemeinen entgegen, nämlich der thörichte Versuch, die deutsche Frage wie mit einem Schlage zu lösen, durch eine nach Titel und Paragraphen formulirte Verfassung, die man nur zu proklamiren brauchte, um sofort ein einheitliches Reich herzustellen. Grade wie wenn nur ein neues Kleid dazu gehörte, um die Bruchstücke unseres Vaterlandes wieder zu einem lebendigen Körper zu machen, und nur ein wenig Menschenwitz, um die auf dem langen Prozeß der Jahrhunderte beruhenden Zustände der deutschen Nation wie durch einen Zauber umzugestalten, und dann ein für alle Mal festzustellen, so daß von da an die deutsche Geschichte wie ein Uhrwerk weiterginge! In solcher Weise will man die Zukunft antizipiren, und im Voraus reguliren, was sich doch nur im Laufe der Zeit nach Erfahrung und Bedürfniß gestalten kann, und durch die freien Triebe der nationalen Elemente selbst getragen werden muß, wenn es selbst Leben gewinnen soll. Nein, durch eine äußere Vorschrift läßt sich die deutsche Einheit nicht erzwingen, sie wäre sonst todtgeboren, ganz abgesehen davon, daß die dazu erforderliche Zwangsgewalt überhaupt nicht vorhanden ist.

Oder wo wäre sie denn? Ein Parlament besitzt solche Gewalt nicht, sondern sie müßte erst geschaffen werden, was wiederum nicht möglich wäre, ohne zuvor die bestehenden Gewalten zu vernichten, d. h. durch eine radikale Revolution, wobei von dem gegenwärtigen deutschen Staatensysteme kein Stein auf dem andern bleiben dürfte. Käme es aber zu solcher Revolution, so würde freilich eine genügende Gewalt daraus hervorgehen, allein die Verfassungsentwürfe

wären dann wieder ganz überflüssig, weil die solcherweise aufgeregten Kräfte am allerwenigsten die doktrinäre Parlamentsweisheit respektiren, sondern sich alsbald ihre eigene Verfassung zurecht machen würden, daß dem Parlament die Haare darüber zu Berge stiegen.

Das ist unsere Ansicht über die Behandlung der deutschen Frage, die wir um so mehr geltend machen müssen, je mehr sie den herrschenden Vorstellungen widerspricht, wonach man immer auf einmal zum Ziele zu gelangen denkt, am liebsten durch eine allmächtige Konstituante, oder etwa durch einen allmächtigen Diktator. Was in ersterer Weise für die deutsche Einheit zu erreichen ist, hat die Erfahrung von 1848 gezeigt. Mit Erstaunen lesen wir daher selbst bei Mohl, wie derselbe immer noch glaubt: „daß es gelingen könne bei einem fertigen Plane, und einer plötzlichen Ausführung durch einen unwiderstehlichen stürmischen Stoß*)." Wie groß und allgemein muß die Verwirrung sein, wenn ein so gelehrter Mann sich zu solcher Aeußerung verirren kann!

Durch einen „unwiderstehlichen stürmischen Stoß" kann man bestehende Verhältnisse über den Haufen werfen, aber überhaupt nichts Neues gründen, außer eine Gewaltherrschaft. Denn gewiß, die Kraft, welche den unwiderstehlichen Stoß ausführt, wird hinterher ganz unvermeidlich zur Herrschaft kommen, wenigstens für eine Zeit lang, bis sie in sich selbst zerfällt oder durch einen neuen unwiderstehlichen Stoß gebrochen wird, wie man es seit zwei Menschenaltern wiederholt in Frankreich erlebt hat. Und was ist es überhaupt, wenn man einerseits einen fertigen Plan und andererseits einen unwiderstehlichen Stoß fordert? Es ist nichts weiter als eine Verbindung des Doktrinärismus mit der Revolution, d. h. was in der Studirstube ausgedacht, soll dann durch kräftige Arme ausgeführt werden. Aehnlich dachte einst Sieyes, als er einen überaus feinen Plan zu einer neuen Verfassung entworfen hatte, bei dessen Ausführung ihm Napoleon als Werkzeug dienen sollte. Der

*) Geschichte und Literatur der Staatswissenschaften. Th. II, pag. 259.

aber machte seinen Brümaire, und schob den Plan nebst seinen Urheber bei Seite.

Die bisherigen Versuche, sagt Mohl, scheiterten „an Unklarheit in der Auffassung der Aufgabe, Mangel an praktischem Geschick, und weil der rechte Mann fehlte.“ Gewiß sehr wahr, nur meinen wir, daß der rechte Mann, und der Mann von praktischem Geschick, sich immer an das Erreichbare halten wird und halten muß, auch nicht stoßweise sondern schrittweise vorzugehen hat. Hätte man doch seit 1848, wo man so bittere Erfahrungen gemacht, sich die Mühe nicht verdrießen lassen, einen Schritt nach dem anderen zu thun, anstatt an neue Reformakten oder zukünftige Stöße zu denken, so wären wir heute wohl ein gutes Stück weiter Was aber die „Unklarheit in der Auffassung der Aufgabe“ betrifft, so hat das Frankfurter Parlament nicht blos Unklarheit der Auffassung sondern gänzliche Unkenntniß der Aufgabe bewiesen, wie wir dies schon unter verschiedenen Gesichtspunkten gezeigt haben, und durch das Folgende noch deutlicher werden wird.

## 2.

Betrachten wir hierauf die bisherigen Entwürfe zu einer deutschen Gesammtverfassung ihrem Inhalt nach, so ist es augenfällig, daß sie gar nicht aus der Natur der deutschen Verhältnisse und den darin liegenden Bedürfnissen abgeleitet waren, sondern nur Nachbildungen eines von außen hergeholten Vorbildes. Man verfuhr nämlich theils nach der Theorie des doktrinären Konstitutionalismus oder des englischen Parlamentarismus, theils nach den Analogien der amerikanischen und schweizerischen Unionsverfassung. In dieser Richtung bewegen sich die Gedanken des großen Publikums noch heute, und so sehen wir uns um so mehr veranlaßt, darüber mit einiger Ausführlichkeit zu sprechen. Denn es ist nicht möglich auf den rechten Weg zu gelangen, so lange man auf dem falschen bleibt.

Fragen wir also zuvörderst: was hat wohl die konstitutionelle

Monarchie mit den Problemen der deutschen Föderation gemein? Ich denke, so viel als gar nichts, denn wie man auch sonst über den Werth dieser Staatsform urtheilen mag, so viel ist klar und allgemein bekannt: sie ist entstanden und erdacht in einem einheitlichen Staatskörper, und ihr Zweck war das gegenseitige Verhältniß zwischen Staatsregierung und Staatsbürgern zu reguliren. Wie ganz anders in Deutschland, wo es sich vielmehr in erster Linie darum handelt, zwischen unabhängigen Staaten einen neuen Zusammenhang zu bebegründen, — eine durchaus andere Aufgabe.

Man mochte das konstitutionelle System einführen in den deutschen Einzelstaaten, darin lag wenigstens kein innerer Widerspruch. Und so hölzern und dürftig auch ein Staatswesen genannt werden muß, wo das ganze öffentliche Leben in dem gegenseitigen Spiel der sogenannten Staatsgewalten und der sogenannten Staatsbürger aufgeht, so werden wir keineswegs verkennen, daß die konstitutionelle Regierungsform dort allerdings von erheblichem Nutzen gewesen ist. Denn sie war ein sehr wirksames Mittel um die patrimoniale landesherrliche Gewalt in eine Staatsgewalt zu verwandeln, und an Stelle der Willkür und des Privatvortheils der Höfe, wie der privilegirten Stände, die fast ganz erloschene Idee des Staatszweckes zur Geltung zu bringen, auch überhaupt den Sinn für öffentliche Angelegenheiten anzuregen. Offenbar eine wichtige Sache, insbesondere in den kleineren deutschen Staaten, die sich zum Theil in einen sehr versunkenen Zustand befanden, und zu Anfang dieses Jahrhunderts noch sämmtlich den Charakter von Patrimonialherrschaften hatten, während in Preußen schon längst eine geordnete Verwaltung bestand, und der öffentliche Charakter der Regierungsgewalt nicht blos thatsächlich sondern durch das Landrecht selbst ausdrücklich anerkannt war. Grade in Preußen war daher nach dieser Richtung am wenigsten zu thun, und so hat der Konstitutionalismus hier auch am wenigsten genützt. Ja, er ist in vieler Hinsicht als ein Rückschritt anzusehen, so daß eine naturgemäße Ausbildung des preußischen Staatswesens heute ferner gerückt erscheint als vor 1848.

Doch wie dem auch sei, der Konstitutionalismus hat geleistet, was er leisten konnte, d. h. er hat fast nur eine negative und formale Wirksamkeit bewiesen, ganz entsprechend der revolutionären Entwicklung, aus welcher diese Staatsform ursprünglich hervorging. Eine positive Schöpferkraft hat er nicht offenbart, und je länger er besteht, um so mehr macht sich seine innere Leerheit fühlbar. Man hat ihn anfangs mit Begeisterung aufgenommen, aber die erhofften Erfolge sind großentheils ausgeblieben, man wird kühl und fängt an daran irre zu werden, wie wenn er doch nicht das Richtige wäre. Die Zahl seiner Anhänger vermindert sich, es ist keine Energie, keine Zuversicht mehr bei ihnen zu bemerken, und es scheint wohl, der Konstitutionalismus hat den Höhenpunkt seiner Entwicklung bereits überschritten, er neigt seinem Untergange zu.

Selbst Mohl, einer der gefeiertsten Vertreter der konstitutionellen Theorie, hat sich neuerdings über den dürftigen Erfolg des Konstitutionalismus offen ausgesprochen*). Er sucht die Ursachen davon einerseits in der bisherigen unzweckmäßigen Vertretung, die er auf gesellschaftliche Interessen basiren will, und fordert andrerseits den Uebergang zur parlamentarischen Regierung. Das geht also über den doktrinären Konstitutionalismus hinaus, und würde vielmehr zu einer Nachbildung der englischen Verfassung führen, worüber wir weiterhin zu sprechen haben.

Hier müssen wir ferner noch die Thatsache hervorheben, daß der Konstitutionalismus überall selbst an seinem Untergang arbeitet, indem er die Demokratie hervorlockt und empor bringt, die doch etwas wesentlich Anderes ist, so gewiß als die Demokratie keineswegs eine konstitutionelle Gewaltentheilung sondern die einheitliche Herrschaft der großen Masse anstrebt, was das konstitutionelle System gänzlich aufhebt. Aber gleichwohl werden die Konstitutionellen selbst immer mehr in diese Richtung hineingezogen. Eine unvermeidliche

---

*) Staatsrecht, Völkerrecht und Politik Thl. I, das Repräsentativsystem, seine Mängel und seine Heilmittel.

Folge der Prinzipien, worauf die konstitutionelle Theorie beruht, nämlich der Nichtachtung oder ausdrücklichen Beseitigung der ganzen inneren Gliederung des Volkslebens nach seinem geschichtlichen Gepräge, statt dessen man in dem Volke nur eine Masse von Staatsbürgern sieht, ganz nach den Lehren des sogenannten Naturrechtes, welches dem Konstitutionalismus zur Vorbereitung gedient hat. Was kann aber aus solcher Annahme in logischer Weise anders folgen als eine bloße Massenherrschaft, d. h. die Demokratie? Die Konstitutionellen wollen diese Konsequenz hintertreiben, einerseits durch ein Balancirsystem verschiedener Staatsgewalten, andrerseits durch ein Wahlgesetz, welches dem großen Haufen nur geringen Antheil an der Repräsentation gewährt. Allein die künstlich gebildeten Staatsgewalten haben kein inneres Leben, und indem das Gleichgewicht, welches angeblich zwischen den verschiedenen Gewalten bestehen soll, in der Wirklichkeit nirgends besteht, sondern vielmehr ein gegenseitiger Kampf, reiben sich darin die Kräfte auf ohne Nutzen für das öffentliche Wohl, bis endlich die ganze Maschinerie, durch den inneren Widerstreit ihrer Theile immer mehr aus dem Gefüge gerathen, rettungslos zusammenbricht. Nicht minder scheitert der Versuch, den Einfluß der Massen durch Wahlbeschränkungen darniederzuhalten, weil solche Beschränkungen, die weder auf historischem Rechte noch auf einer gesellschaftlichen Organisation beruhen, als reine Willkür empfunden werden. Sie müssen sogar als eine offenbare Folgewidrigkeit angesehen werden, da man doch das Staatswesen aus bloßen Individuen auferbauen will, und die allgemeine Gleichheit und Freiheit proklamirt hat. Woher kommt dann der Unterschied zwischen Wahlberechtigten und Nichtberechtigten, oder etwa eine Abstufung des Wahlrechtes? Beides erscheint als ein Akt der Unterdrückung von Seiten einer begünstigten Minorität gegen die Majorität, als eine Vergewaltigung und Beraubung, wogegen die Beeinträchtigten nach ihrem natürlichen Recht Einspruch erheben, und dabei nöthigenfalls Gewalt durch Gewalt vertreiben werden. Man kann dieses Streben der Massen durch Polizeimittel zu hemmen ver-

suchen, wozu die Konstitutionellen, welche sonst so sehr gegen den Polizeistaat zu eifern pflegen, gar sehr geneigt sind, — geht es doch gegen die Massen, d. h. gegen ihre Feinde, — aber man kann das natürliche Gefühl nicht ersticken. Nun fordern die Konstitutionellen doch selbst die Freiheit der öffentlichen Aeußerung, und es liegt in dem Wesen des Konstitutionalismus, das Parteitreiben anzufachen und die Agitation zu begünstigen, — wie will man also verhindern, daß die Agitation alsbald auch in die Massen dringt, und daß sich eine demokratische Partei aufthut, der es ja an Stimmführern nicht fehlen wird? Ist aber eine solche Partei nur erst zur Organisation gelangt, so muß sie nothwendig das Uebergewicht gewinnen, weil sie nicht nur die breiteste Basis, sondern zugleich die prinzipielle Folgerichtigkeit für sich hat, wie auch die viel größere Einfachheit ihrer politischen Entwürfe im Vergleich zu dem künstlichen Getriebe der konstitutionellen Monarchie, welche nie ein wahrhaft volksthümliches Gepräge gewinnen kann.

So sieht man, wie der Konstitutionalismus immer mehr zur Demokratie führt. Und nicht blos in der Praxis sondern auch in der öffentlichen Meinung, und was uns als das Beklagenswertheste erscheint, selbst der Gelehrtenstand wird immer mehr in diese Richtung hineingezogen. Freilich, wer auf dem Boden des sogenannten Naturrechtes steht, welches zwar von den Fachgelehrten jetzt überall verlassen wird, doch in der allgemeinen Bildung noch immer viel Geltung hat, der kann nicht anders, die Konsequenz drängt ihn dahin, aber die Popularitätssucht thut auch das Ihrige. Man schmeichelt den Massen, wie ehemals den Fürsten oder privilegirten Ständen geschmeichelt wurde. Sind denn Volksschranzen besser als Hofschranzen, oder soll die Meinung des großen Haufens den Maßstab der Wahrheit bilden?

Nicht blos unwürdig, sondern dem Wesen der Wissenschaft gradezu widersprechend ist solches Treiben, da vielmehr alle wissenschaftliche Thätigkeit im strengsten Sinn des Wortes etwas a r i s t o k r a t i s c h e s ist, indem sie den Wissenden über den Unwissenden erhebt und erheben soll. Oder wozu ergiebt man sich den Studien?

Doch gewiß in der Voraussetzung, Einsichten und Fähigkeiten dadurch zu erwerben, die nicht von selbst kommen, sondern nothwendig allen denjenigen fehlen, welche keine Studien machten, und daher der großen Masse zu allen Zeiten fehlen werden, — nicht in Folge eines ungerechten Privilegiums sondern nach der natürlichen Ordnung der Dinge, weil die Gelehrten immer nur einen kleinen Theil der Bevölkrung bilden können. Was nützen Studien, wenn diejenigen, welche dadurch zu höherer Einsicht gelangt, sich hinterher den Meinungen der unwissenden Menge unterwerfen, und wenn es eben die Meinungen dieser Menge sein sollen, welche über die öffentlichen Angelegenheiten entscheiden? Eine gradezu sinnlose Theorie, der insbesondere die Staatsgelehrten sich um so mehr widersetzen müßten, je mehr die sogenannte öffentliche Meinung, in welcher in der Regel die Halbbildung dominirt, der Massenbewegung folgend, sich der Demokratie zuneigt. Was ist Massenherrschaft anderes als Gewaltherrschaft? Die Wissenschaft aber soll niemals der Gewaltherrschaft dienen, mag sie auf dem Throne sitzen, oder sich auf den Wogen der öffentlichen Meinung schaukeln, oder wie eine Windsbraut über das Land ziehen. Dazu ist die Wissenschaft da, daß es eine Sphäre giebt, in welcher das Urtheil, wenn auch nicht vor mancherlei Irrthum geschützt, doch wenigstens dem Einfluß der Leidenschaft und des persönlichen Interesses entrückt ist. Darin eben besteht die politische Wichtigkeit der Wissenschaft, daß sie ein Tribunal der Wahrheit bilden soll, so unabhängig als für das Recht die gerichtlichen Tribunale, und darauf beruht auch ihre eigene Macht, daß sie diesen Standpunkt rein erhält. Es gehört gewiß zu ihrem Beruf, für Menschenrecht und menschliche Würde aufzutreten, und menschliche Wohlfahrt zu befördern, aber was hat das mit der demokratischen Theorie gemein, welche dem großen Haufen die Entscheidung über die öffentlichen Angelegenheiten zuschreiben will, wie wenn das zu den Menschenrechten gehörte, daß Jeder, der seine fünf Sinne und seine Arme und Beine hat, auch mitregieren hilft? Wie sonderbar, wenn man doch allgemein zugiebt, daß selbst zu jedem

Handwerk, geschweige denn zur Kunst, nicht nur Uebung sondern auch besondere Anlagen gehören, daß andrerseits grade die Staatskunst weder das Eine noch das Andere erfordern soll?

Da kommt nun der Grundirrthum zur Erscheinung, nämlich daß man das Staatswesen auf den bloßen Willen der Individuen zurückzuführen versucht. Gewiß, das Individuum hat Rechte im Staate, und folglich auch die Massen, aber nicht ist der Staat selbst ein Produkt des individuellen Rechtes und des Massenwillens. Im Gegentheil, die Staatsgewalt ist der natürliche Vormund der unmündigen Massen, wie die Wissenschaft die natürliche Leuchte für die Unwissenden ist, während hier vielmehr die Unwissenden ihr Licht leuchten lassen und die Unmündigen über die Mündigen herrschen sollen. Heißt das nicht die natürliche Ordnung auf den Kopf stellen, wenn die große Masse zur Entscheidung berufen wird? „Zuschlagen, sagt Goethe, kann die Masse, da ist sie respektabel, urtheilen gelingt ihr miserabel.“ Ist es also auf den Umsturz der bestehenden Ordnung abgesehen, so ist die Demokratie das allergeeignetste Mittel dazu, denn sie kann unter Umständen einen unwiderstehlichen Stoß ausführen, aber was dann weiter folgt, ist eine andere Frage.

Das sind also die Früchte des konstitutionellen Systems, wenn man dasselbe an und für sich betrachtet. Jetzt wollen wir sehen, in welchem Verhältniß dieses System zu dem Problem der deutschen Einigung steht.

Die konstitutionelle Monarchie ist für den abgeschlossenen in sich selbst beruhenden Einheitsstaat berechnet, und so konnte sie in den deutschen Einzelstaaten eingeführt werden, eben nur weil und insoweit diese Staaten für unabhängige und abgeschlossene Körper galten. Zur Zeit des Reiches, so lange nur noch ein Schatten der Reichsgewalt bestand, wäre nicht daran zu denken gewesen. Man sieht ja wohl, wie grade die wesentlichen Punkte der konstitutionellen Doktrin, nämlich die Unverantwortlichkeit der Krone neben dem verantwortlichen Ministerium, und die gegenseitige Stellung der sogenannten Exekutive zu der Legislative, schlechterdings ein für sich be-

stehendes unabhängiges Staatswesen voraussetzen, und ihren Sinn verlieren, sobald eine Obergewalt da wäre, welcher die Staatsgewalt in den Einzelstaaten zu gehorchen hätte. Wo bliebe da die proklamirte Heiligkeit und Unantastbarkeit der regierenden Herren? Zur Zeit des Reiches waren die deutschen Fürsten keineswegs unantastbar, sondern sie mußten zu Recht stehen, und dem Prinzip nach konnten sie sogar bestraft und abgesetzt oder in die Reichsacht erklärt werden, welches bekanntlich auch wiederholt geschehen ist, selbst noch in späterer Zeit, und sogar noch gegen den großen Friedrich versucht wurde, nur daß es in diesem Falle geringe Folgen hatte, weil die Machtmittel fehlten, während man die kleinen Fürsten allerdings zwingen konnte. Das konstitutionelle System hingegen gestattet keinen rechtlichen Zwang gegen den regierenden Herrn, es legt seinem Willen die letzte Entscheidung bei, und so liegt es auf der Hand, daß grade die Einführung der konstitutionellen Verfassungen die Selbstständigkeit der deutschen Einzelstaaten noch mehr befestigt hat. Indem ferner durch das Kammerwesen in jedem Einzelstaate ein neuer Mittelpunkt entstand, wo sich alle Landesinteressen konzentrirten, mußte der Partikularismus dadurch nur um so mehr Nahrung gewinnen. Wie sonderbar, daß nun grade dieser Konstitutionalismus, der offenbar die Abgeschlossenheit und Unabhängigkeit der Einzelstaaten befördert, vielmehr das Mittel zur deutschen Einigung sein soll?

Also prinzipiell betrachtet, kann er dies ganz gewiß nicht sein, da er vielmehr der deutschen Einigung widerspricht. Aber gleichwohl bleibt es sehr erklärlich, daß die konstitutionellen Ideen, in der Praxis und mittelbar, auch auf die deutsche Bewegung Einfluß gewannen. Da nämlich fast in allen Mittel- und Kleinstaaten schon lange vor 1848 konstitutionelle Verfassungen bestanden, so fing man an sich in die konstitutionellen Formen hineinzuleben, und da schien es doch nicht wohl vereinbar, daß dieselben Regierungen, welche in ihrem Lande an die Zustimmung ihrer Kammern gebunden waren, andrerseits im Bunde eine absolute Stellung behalten sollten. Dort

bestand Oeffentlichkeit und Verantwortlichkeit, hier Heimlichkeit und Unverantwortlichkeit, und so erschien der Bund als eine die verfassungsmäßige Freiheit in den Einzelstaaten selbst bedrohende Macht. Gewiß, dieser Widerspruch ist evident, und soll das Repräsentativsystem in Deutschland eine Wahrheit werden, so muß es nothwendig auch in der Bundesverfassung gelten. In so weit verfuhr man also ganz logisch. Aber welche Gestalt soll dieses System in Beziehung auf den Bund annehmen? Es kann doch wahrlich nicht die Gestalt der konstitutionellen Monarchie sein, welche in den Einzelstaaten besteht? Denn man kann nicht zwei konstitutionelle Monarchien gewissermaßen wie zwei Stockwerke über einander setzen, so daß die Eine eine Obergewalt über die Andere besäße, weil Selbstständigkeit zum Wesen der konstitutionellen Monarchie gehört. Allein eben darüber schien man im Jahre 1848 gänzlich im Unklaren zu sein, und daran gar keinen Anstoß zu nehmen, sondern nachdem man sich einmal an die konstitutionellen Formen gewöhnt hatte, ohne sie doch recht zu verstehen, wollte man dieselben nun ohne weiteres auch auf den Bund übertragen, der alsbald zum Reich erklärt wurde, mit einem konstitutionellen Kaiser an der Spitze, während in den Einzelstaaten die konstitutionellen Könige und Großherzöge u. s. w. nach demselben konstitutionellen Prinzip fortregierten, so daß in der That zwei konstitutionelle Regierungen wie Stockwerke über einander stehen sollten.

Das ist das Erste und zugleich Bewundrungswürdigste. Das Zweite ist, daß die Bewegungen jener Zeit zum Prüfstein wurden für den inneren Werth des Konstitutionalismus, wie für die Männer, die er gebildet hatte, und siehe da, es zeigte sich nur ein leeres Formelwesen, und die gefeiertsten Vertreter dieses Systemes erwiesen sich ohnmächtig und haltungslos. Denn kaum war die Bewegung ausgebrochen, so brach auch die Demokratie hervor. Und das ist das Dritte, daß somit offenbar wurde, wie der Konstitutionalismus zur Demokratie führt, und indem er dieselbe groß zieht, sich damit selbst vernichtet.

Indem wir hiermit unsere Betrachtungen über das Verhältniß

des Konstitutionalismus zur deutschen Entwicklung beschließen, können wir uns nicht enthalten, zur Bekräftigung und zur Ergänzung des Vorstehenden noch einige Aeußerungen von August Winter folgen zu lassen, dessen Werk „Die Volksvertretung in Deutschlands Zukunft, Göttingen 1852" eine meisterhafte Kritik des deutschen Konstitutionalismus enthält, worauf wir durch die folgenden Anführungen den geneigten Leser aufmerksam machen möchten.

„Wohl selten war einer Partei so vorgearbeitet, sagt Winter, als der konstitutionellen beim Ausbruch der deutschen Bewegung im Jahre 1848; und doch hat wohl selten eine Partei eine vollständigere Unfähigkeit zu aller staatlichen Bildung an den Tag gelegt als diese nach jenem großen Ereigniß.

Beinahe sechszig Jahre waren verflossen, seit die französische Revolution begonnen, und damit die Geister sich der Neugestaltung des Staatswesens zugewandt hatten. Eine Menge Staatsverfassungen waren in diesem Zeitraum an den Blicken der Lebenden vorübergegangen. Als der Sturm sich gelegt hatte, war es den Konstitutionellen in Deutschland noch über dreißig Jahre vergönnt, in friedlicher Ruhe ihre Stellung zu nehmen, und sich einzurichten und auszubreiten. Sie waren es, welche die Presse und den Lehrstuhl beherrschten. Die ganze Gehässigkeit eines unvolksthümlichen Regierungssystemes diente nur dazu, sie mit dem Glanze der Kämpfer für Freiheit zu umhüllen. In den mittleren und vielen kleinen Staaten wurden konstitutionelle Verfassungen gegeben; hier boten ihnen die Ständeversammlungen das Mittel, auf die öffentlichen Angelegenheiten den unmittelbarsten Einfluß zu gewinnen. Auch auf die großen Staaten erstreckte sich ihre Einwirkung. In Preußen griffen ihre Ansichten um sich; selbst durch die österreichische Grenzsperre gab es Wege. Als daher in den Märztagen das Heft der Regierung in Wien und Berlin den alten Händen entfiel, mochte es scheinen, die Konstitutionellen brauchten es nur aufzunehmen, um über Deutschland zu herrschen.

Und was erfolgte?

Es war ein unerquickliches Schauspiel, diese plötzliche Zerfahrenheit der Ansichten in der konstitutionellen Partei nach dem Ausbruch der Revolution. Für den wahren Werth einer Partei giebt es keine bessere Probe, als die Festigkeit ihrer Grundsätze in großen Staatskrisen. Die konstitutionelle hat diese Probe nicht bestanden. An der Erbmonarchie hielt sie zwar fest, aber die Mehrzahl war zu jenem Zerrbild einer demokratischen Erbmonarchie gekommen, in dem Wasser und Feuer sich vermählen sollten. Man mochte von der Erbmonarchie nicht lassen, und versagte ihr doch ihre Lebensbedingungen; man wollte demokratisch sein und zugleich die Demokratie unter die Obhut ihrer unversöhnlichen Feindin, der Erbmonarchie, stellen. Sollte man meinen, es sei möglich, einen stärkeren Beweis von politischer Begriffslosigkeit zu geben? Und doch geschah es in dem Bau einer deutschen Gesammtverfassung. Das System der konstitutionellen Erbmonarchie ist Einheitsstaaten entlehnt, und

nur auf Einheitsstaaten anwendbar; nun hatte man es aber mit einer Mannigfaltigkeit von Staaten zu thun; man wollte einen Bundesstaat: man erfand den konstitutionell-erbmonarchischen Bundesstaat. Die Zeit ist an wunderlichen Verfassungsentwürfen reich gewesen, allein dieser konstitutionell-erbmonarchische deutsche Bundesstaat bleibt jedenfalls die monströseste Bildung, welche sie der Nachwelt zu überliefern hat.*)

Wo finden sich die Schöpfungen der Konstitutionellen, in denen sich auch nur entfernt die Lösung der großen Probleme der Zeit entdecken ließe? Wo hätten sie wirklich dem tieferen Bedürfniß der Nation bei Neugestaltung ihrer Verhältnisse irgend genug gethan? Wo dem wankenden sozialen Leben eine neue Grundlage gegeben? Wo einen politischen Bau aufgeführt, an dem das zertrümmernde Staatswesen sich wieder aufrichten könnte? Wo hätten sie es, — um Einzelnes zu nennen — verstanden, auch nur die vorbereitenden Wege zu zeigen, um uns von der erdrückenden Last der jetzigen Heereseinrichtung zu befreien, und eine Umgestaltung der Heeresverfassung im Sinne eines organischen Volkslebens zu bewirken? Oder aus diesem unseligen Finanzwesen hinaus auf einen neuen gesunden Boden des öffentlichen Haushalts zu gelangen?

Eine geschäftige leichte Gesetzmacherei, ohne den tieferen Ernst des Gesetzgebers, ohne Gesammtüberblick, ohne klares Bewußtsein, worauf es denn am Ende hinaus soll, ohne einen höheren Gedanken, an dem sich das Leben der Zukunft entzünden könnte, — das ist es, was unser konstitutionelles Kammerwesen bezeichnet. Und während dieser Geschäftigkeit im Einzelnen wankt der Grund des Ganzen immer bedrohlicher dem Einsturz entgegen.

Den Auflösungsprozeß haben unsere Konstitutionellen beschleunigt; zu bauen haben sie nicht verstanden. In dieser Partei ist kein frischer Lebensquell; die Formel ist es, mit der sie das Leben meistern.

Man hat sich vielfach darüber gewundert, daß eine so außerordentliche Zeit, wie die der Bewegung von 1848, unter den Konstitutionellen, an die sie sich doch zunächst wandte, auch nicht einen einzigen großen Charakter hervorgerufen habe. Aber auf dem Felde eines innerlich haltlosen Prinzips gedeihen keine Charaktere".**)

## 3.

Der Konstitutionalismus hat ursprünglich sein Vorbild aus England entlehnt, aber wie er in Frankreich theoretisch ausgebildet, und dann von da aus nach Deutschland gekommen ist, bildet er eine Staatsform für sich, sehr verschieden von der englischen Verfassung. Nun hat man aber auch diese letztere selbst nachzuahmen versucht, wenig-

---

*) Pag. 5. **) Pag. 25.

stens theilweise, und thut es bis heute. Daher stammt namentlich die Forderung einer parlamentarischen Regierung, welche jetzt die mehr fortgeschrittenen Konstitutionellen erheben. Ueberhaupt vermischen sich in der Praxis die Ideen des doktrinären Konstitutionalismus mit den konkreten Erscheinungen des englischen Staatswesens. Wir müssen also auch diesen Punkt noch in Untersuchung ziehen: ob und wie fern die englische Verfassung ein brauchbares Vorbild für Deutschland darbietet?

Die früheren Vorstellungen von dem Wesen der englischen Verfassung, welche auf den Lehren Montesquieu's und der Autorität seines Namens beruhten, können jetzt als antiquirt angesehen werden. Wenigstens für Deutschland, wo durch die Schriften von Schulte, von Bucher und Fischel, insbesondere aber durch Gneist ein ganz neues Licht über diesen Gegenstand verbreitet worden ist. Gneist hat der englischen Verfassung ein vieljähriges Studium gewidmet, seine Werke darüber bilden einen wichtigen Beitrag zu der heutigen Staatswissenschaft, und werden hoffentlich auch dazu helfen, der unverständigen Nachahmung englischer Verfassungsformen Einhalt zu thun. Dazu wollen wir denn auch ein Scherflein beitragen, mit besonderer Rücksicht auf das Problem einer deutschen Gesammtverfassung.

Fragen wir also zu diesem Ende, was hat wohl England mit Deutschland gemein?

Es ist zuvörderst ein Inselstaat, und schon dieser eine Umstand hat wichtige Folgen. England ist durch seine Lage ein abgeschlossenes für sich bestehendes Gebiet, während Deutschland einen ganz entgegengesetzten Charakter hat, indem es nach allen Seiten mit seinen Nachbarländern verwachsen ist, und daher ganz unvermeidlich fortwährende Einwirkungen erfährt. Es muß um deswillen fortwährend gerüstet sein, und die Nothwendigkeit einer starken Militairmacht, wie die vielen Kriege, welche auf deutschem Boden geführt sind, mußten einen erheblichen Einfluß auf unsere innere Entwicklung ausüben. Auch entsprang daraus die Folge, daß einzelne Glieder des deutschen Körpers über die deutsche Grenze selbst hinauswuchsen,

nämlich Oesterreich und Preußen, während auf der anderen Seite Gebiete abfielen, welche früher zu Deutschland gehörten. Zu keiner Zeit hat Deutschland einen abgeschlossenen Körper dargestellt, der ein festes Zusammenfassen aller seiner Kräfte und eine das Ganze beherrschende Organisation ermöglicht hätte, wie es doch in England seit vielen Jahrhunderten der Fall ist. Gewiß ein ungeheurer Unterschied.

Ferner ist Deutschland in eine Vielheit von Staaten zerfallen, und wenn nun eben die deutsche Aufgabe darin liegt: aus diesen Elementen ein Ganzes zu machen, — was hilft dabei das englische Vorbild? Denn zwar ist auch das heutige England, oder genauer gesprochen das brittische Reich, ein zusammengesetzter Körper, indem es, ganz abgesehen von den überseeischen Kolonien, aus verschiedenen Bestandtheilen besteht, die ehemals unabhängig waren, allein das eigentliche England bildet doch bei weitem den Hauptbestandtheil, und ist entschieden der Kern des Ganzen. Wales wurde erobert, und dann dem eigentlichen England inkorporirt; Irland desgleichen erobert, und zwar nicht inkorporirt, aber was schlimmer ist, Jahrhunderte lang als unterworfene Provinz behandelt; nur Schottland hat sich in freier Weise angeschlossen, doch als der unvergleichlich viel schwächere Theil steht es gleichwohl unter dem thatsächlichen Einfluß des eigentlichen Englands. Das ist also hier die innere Gliederung. Ist sie irgend wie zu vergleichen mit dem heutigen deutschen Territorialsystem? Wo wäre in Deutschland ein so überwiegendes Element wie im brittischen Reiche das eigentliche England? Preußen hat solche überwiegende Macht nicht, und noch weniger bildet es den historischen Kern von Deutschland, wie hingegen England vom brittischen Reiche. Oder wollte man gar die kleineren deutschen Staaten mit den englischen Grafschaften vergleichen, und die deutschen Fürsten mit den englischen Lords, mit welchen sie doch kaum irgend etwas gemein haben? Wo ist hier das tertium comparationis zu finden?

Nun weiß man außerdem, daß es eben das eigentliche England war, wo die heutige brittische Verfassung ihre wesentliche Gestaltung

empfing, was wohl zu beachten ist. Denn nur in einem solchen Lande von mäßiger Ausdehnung, kaum 2,500 Quadratmeilen groß, und dabei von geringer innerer Verschiedenheit, konnte eine Verfassung entstehen, wonach sich die gesammten öffentlichen Angelegenheiten in einer großen Korporation konzentrirten, d i. das Parlament, und wo für das ganze Land nur ein Gerichtshof bestand. Hatte sich diese Verfassung einmal ausgebildet und befestigt, so konnte sie dann allerdings auf weitere Gebiete übertragen werden, indem Schottland und Irland in die Union traten, was doch gleichwohl nicht ohne störende Folgen geblieben ist, aber schwerlich hätte sie entstehen können, wenn England, Schottland und Irland von Anfang an ein Ganzes gebildet hätten, und noch viel weniger in einem so großen und innerlich so verschiedenen Lande wie Deutschland. Welche Thorheit, wenn man gleichwohl diese Verfassung jetzt nach Deutschland verpflanzen zu können glaubt! Ja wie klein heißt dies von Deutschland denken, welches in seiner reichen inneren Mannigfaltigkeit, trotz seiner heutigen politischen Ohnmacht, doch eine gewisse Großartigkeit der Anlage zeigt, womit sich England nicht entfernt vergleichen kann! Wir haben freilich kein London, dem gegenüber unsere deutschen Großstädte fast nur wie Dörfer erscheinen mögen, aber England hat keinen Rhein, keine Donau und keine Alpen, selbst nicht das deutsche Mittelgebirge; es hat nicht den Wechsel von Bergland, Hochebene und Niederung, oder was davon vorkommt, ist kleinlich, und es kennt noch weniger die bunte Lebensfülle deutscher Volksstämme.

Wo wären in der englischen Geschichte so großartige Erscheinungen zu finden, wie im deutschen Mittelalter die Kämpfe zwischen Papstthum und Kaiserthum? Dann blicke man auf die deutschen Städtebünde mit ihrem thatkräftigen Bürgerthum, auf den deutschen Orden mit seiner glänzenden Herrschaft, und endlich auf die deutsche Reformation, im Vergleich zu welcher die englische Reformation sich doch nur kleinlich, ja widerlich ausnimmt. Und wann sind in England Kriege von solcher weltgeschichtlichen Bedeutung geführt wie bei

uns die Kriege mit den Türken, dann der dreißigjährige Krieg, und zuletzt die Freiheitskriege mit der Völkerschlacht bei Leipzig? Gewiß unsäglich trübe Erinnerungen, und vielfach ein Denkmal unserer Schmach, aber doch zugleich ein Zeichen von der großen Bestimmung Deutschlands und der deutschen Nation, weil sie doch immer im Mittelpunkt der enropäischen Geschicke erscheint. Auch England hat Kriege genug geführt, aber was waren im Mittelalter die langwierigen Kriege mit Frankreich? Im Grunde genommen wüste Raufereien, ohne weltgeschichtliches Interesse. Und dann gar die Kriege der beiden Rosen, ein widerliches Schauspiel. Erst unter den Tudor's, und insbesondere seit Elisabeth, wird es dann anders. Man führte seitdem Kriege nach politischer Zweckmäßigkeit, gegen die Präponderanz der habsburgisch-spanischen Macht, später der französischen, und da hat England zwar nicht eigentlich im Mittelpunkt der Ereignisse gestanden, aber allerdings zweimal den Mittelpunkt der politischen Kombinationen gebildet, in den Kriegen gegen Ludwig XIV. und gegen Napoleon. Allein wie kam es wohl zu dieser Stellung? Sie folgte doch hauptsächlich aus dem Verfall Deutschlands, welches damals zu einer einheitlichen und aktiven Politik nicht fähig war, und gleichwohl doch die Truppen lieferte, denen die englische Politik ihre Erfolge verdankte. Aus derselben Ursache erklärt es sich auch, daß die politischen Bewegungen Englands unter den letzten Stuarts, und die darin hervorgetretenen Ideen, hinterher eine so große Einwirkung auf den ganzen Kontinent gewinnen konnten, weil nämlich Deutschland, der natürliche Mittelpunkt der europäischen Entwicklung, gelähmt war. Wirklich groß durch eigene Kraft ist England nur in seinen maritimen und merkantilen Unternehmungen gewesen, die aber eine fast ganz materielle Richtung nahmen. Man vergleiche einmal die ostindische Kompagnie mit der deutschen Hansa. Gewiß, die materiellen Erfolge dieser Kompagnie sind erstaunlich, und was die Hansa ehemals erreichte, erscheint sehr klein dagegen, aber welch ein farbenreiches Bild bietet doch im Vergleich damit die Hansa dar! Es ist wie ein Epos im Vergleich zu einem trockenen Handelsbuch. Deutschland hat keine Kontinente er-

obert, und überhaupt keine Kolonien aufzuweisen, außer die verdeutschten Länder auf seiner östlichen Seite, aber in dieser nach ihrem materiellen Erfolge nur gering erscheinenden Kolonisation haben große Geisteskräfte gewirkt, und ist ein geistig bedeutsames Leben daraus entsprungen, während in den englischen Kolonien doch Alles auf Zucker und Baumwolle hinausläuft. Und wenn England in dieser Richtung Alles übertrifft, was in alter und neuer Zeit jemals gesehen worden, und eine Weltmacht daraus entstanden ist, die sich an der Spitze der Zivilisation zu stehen rühmt, so ist eben diese Zivilisation fast ganz materiell geworden. Deutschland hat einen anderen, und wie wir meinen, viel höheren Beruf. Es soll sich von dem brittischen Reichthum und von der unermeßlichen Ausdehnung des brittischen Machtgebietes eben so wenig imponiren lassen, als von dem parlamentarischen Schauspiel, noch weniger ein solches nachzubilden versuchen. Wahrlich, lieber mag es noch bei dem heutigen Bunde verbleiben, der bei aller seiner Ohnmacht doch wenigstens die Elemente der deutschen Eigenthümlichkeit und die Anlagen zu einer zukünftigen Entwicklung unversehrt läßt, welche hingegen in einem englisirten Deutschland untergehen würden.

Um aber die englische Verfassung noch besser kennen zu lernen, so sehen wir doch, unter welchen Umständen dieselbe ihre Ausbildung erhalten hat. Es geschah bekanntlich in Folge der normannischen Eroberung und der dadurch begründeten Zwangsherrschaft einer fremden Race, welche durch das Netz des Lehnswesens ihren Einfluß über die ganze angelsächsische Bevölkrung verbreitete. Nun war diese zu mannhaft, um das Joch in stummer Ergebenheit zu tragen, aber andrerseits war das normannische System zu stark, um niedergeworfen, und zu tief gewurzelt, um wieder ausgestoßen werden zu können, und so entstand durch Streben und Widerstreben ein innerer Krieg, und auf den Krieg folgte der Friede durch einen Kompromiß. Daraus ging die englische Verfassung hervor, mit ihrem Oberhaus und Unterhaus, deren gegenseitige Stellung sehr wesentlich durch den vorangegangenen Kampf und durch den Gegensatz der beiden Racen be-

dingt wurde, während hinterher die Theorie in dieser Duplizität den Normaltypus einer freien Verfassung finden will. Hat man also keine Lords, d. h. keine Herren, so muß man sie kreiren, damit man doch ein Oberhaus, und durch das Oberhaus eine freie Verfassung bekomme! Ja, warum wollen wir nicht noch gründlicher verfahren, und um die englische Verfassung recht getreu nachzuahmen, auch ihren Entwicklungsprozeß vorher durchmachen, d. h. uns zuvor unterdrücken lassen, etwa durch Russen und Franzosen, und dann die Unterdrücker nicht etwa wieder aus dem Lande herauswerfen, wie 1813 die Franzosen, sondern sie als liebe Gäste behalten, auch Wald, Feld und Weide unter ihrer Herrschaft lassen, um sie dann von ihnen zu Lehn zu empfangen, und gleichzeitig aus unserer deutschen Muttersprache und der Sprache unserer fremden Herren ein widerliches Gemisch machen, um doch endlich zu einer Nationalverfassung zu gelangen, die sich vor der englischen nicht zu schämen braucht? Denn in der That dies Alles, und noch viel mehr, müßte geschehen, um ein wirkliches Abbild der englischen Verfassung herzustellen.

Es war also die Lehnsherrschaft, welche diese Verfassung begründete. Daß aber das Lehnswesen in England nicht zu der Zersplitterung führte wie auf dem Kontinent, sondern vielmehr die Staatseinheit befestigte, erklärt sich aus einer doppelten Ursache. Einerseits nämlich war der normannische Adel durch die Thatsache der Eroberung selbst genöthigt zusammen zu halten und sich um seinen König zu scharen, und andrerseits war der König nicht minder auf den Beistand seiner Vasallen angewiesen, und mußte sie bei gutem Willen erhalten, weil sonst die ganze Gesellschaft wieder vertrieben, und die neue Herrlichkeit wieder verloren gewesen wäre. Außerdem kam das Lehnswesen aus der Normandie als ein fertiges Institut nach England, wo es dann wie mit einem Schlage eingeführt wurde. Gewiß ein harter Schlag für die eingeborne Bevölkrung, aber es entstand ein fester Zusammenhang daraus, eine planmäßige und durchgreifende Regierung. Darauf beruht es, daß das englische Staatswesen eine von Kontinentalländern, wo doch gleichfalls das

Lehnswesen herrschte, so sehr verschiedene Entwicklung nahm. Dies ist auch die Ansicht von Guizot, der nur merkwürdiger Weise, nach Art des Doktrinärismus, die Konsequenzen seiner eigenen Lehre hinterher verleugnet, nämlich daß eine unter so eigenthümlichen Umständen begründete Verfassung sich andrer Orten überhaupt nicht nachahmen läßt. Oder will man etwa durch die Doktrin selbst eine Art von Feudalnexus über das Land ausspannen, wodurch man die ganze Bevölkrung beherrscht, und da man doch nicht mehr den Grund und Boden in Beschlag nehmen kann, wie einst die normannischen Barone und Ritter, sich statt dessen der Katheder und der Zeitungen bemächtigen, um das solcher Weise geistig unterworfene Volk zu seinen Hintersassen zu machen, indessen die Herrn Doktrinärs selbst den herrschenden Stand bildeten, wie einst der normannische Adel in England? Es sieht wohl danach aus, daß die Herrn Doktrinärs nicht übel Lust hätten in solcher Weise den englischen Entwicklungsprozeß nachzuahmen, aber das Volk will es nicht. Und wenn einst die Angelsachsen das normannische Joch nicht los werden konnten, so gelingt es mit der Abschüttlung des doktrinären Joches doch leichter. Das Volk steht auf, und wirft seine doktrinären Lords von ihren Kathedern oder Ministersesseln herunter, wie Herr Guizot selbst an seiner Person die Erfahrung gemacht, und worüber ihm am Ende die Augen aufgehen müßten, wenn ein Doktrinär nicht grundsätzlich verblendet wäre.

Von Anfang an nicht auf eine innere Lebensgemeinschaft sondern auf heterogene Elemente gestellt, die sich nicht gegenseitig durchdrangen, sondern sich nur in ihren äußeren Ansprüchen ausglichen, hat die ganze Fortentwicklung der englischen Verfassung in einer Reihe von Kompromissen bestanden, bis herab auf die Katholikenemanzipation und die Reformbill. Wo ist denn in der That der organische Charakter zu finden, der angeblich grade dem englischen Staatswesen am meisten eigen, und den eigenthümlichen Vorzug desselben bilden soll? Alles organische Leben entwickelt sich aus einem Keime oder Prinzipe heraus, während doch in England ganz etwas

Anderes geschieht, weil immer differente Elemente auf einander einwirken. Daher die große Bedeutung des englischen Parteiwesens, weil hier eben nur in den Parteien die treibende Kraft liegt, — die unvermeidliche Folge eines innerlich zersetzten Volksthumes, welches sich nicht aus sich selbst heraus entfalten kann. Eine Gesellschaft von Lords, von Gentlemen, von Ladenhaltern, von Pächtern, von Arbeitern und von Pöbel stellt überhaupt kein wahres Volksleben dar. Nur in dem schottischen Hochlande findet sich noch ein naturwüchsiges Volksthum, verschwindet aber auch dort, und Schafe weiden, wo ehemals Bauern wohnten. Auch ein Segen dieser angeblich freien und volksthümlichen Verfassung! Nicht das organische Leben charakterisirt die englische Entwicklung, sondern sie ist vielmehr einem chemischen Prozeß zu vergleichen. Ein Gährungsprozeß, der vielleicht bald in das Stadium der fauligen Gährung übergeht, wonach es schon heute zu riechen anfängt.

Kompromisse bilden den Fortschritt dieser englischen Verfassung, und wie Winter in dem früher angeführten Werke hervorhebt, ist das ganze englische Staatswesen als ein Kompromiß zwischen dem Mittelalter und der neueren Zeit anzusehen. Das Mittelalter lebt darin fort, aber dergestalt verändert, daß es sich den modernen Bedürfnissen akkommodirt, und insofern erscheint die Verfassung selbst modern, aber in der That ist es nicht die Neuzeit selbst, welche sie repräsentirt, sondern vielmehr die Uebergangszeit. Als das Mittelalter abstarb, und die Neuzeit noch nicht zum Durchbruch gekommen war, da hat die englische Verfassung ihre letzte Gestalt erhalten. Da stand sie einzig da, und wurde ein Gegenstand des Neides und der Bewundrung für den ganzen Kontinent, wo weder das Mittelalter sich in ähnlicher Weise umgestalten, noch andrerseits die Neuzeit selbst zum Durchbruch kommen konnte. Aber wird nur erst das Mittelalter vollständig überwunden und der Geist der Neuzeit zur Herrschaft gekommen sein, — ein Umschwung, der erst mit der französischen Revolution beginnt, und noch heute nicht vollendet ist, — so

wird daraus ein Gemeinwesen hervorgehen von gänzlich anderem Charakter als das englische.

In der That hat auch der englische Parlamentarismus bereits den Höhenpunkt seiner Entwicklung überschritten, und geht seiner Auflösung entgegen. Es ist kein Halten mehr seit der Katholiken-emanzipation, der Reformbill und der Abschaffung der Korngesetze, weil die mittelalterlichen Säulen seitdem zusammenbrechen, insbesondere die Verbindung zwischen Kirche und Staat und die Herrschaft der Grundbesitzer. Der Fortschritt der Dinge ruft immer neue Bedürfnisse hervor, und man sucht denselben abzuhelfen, indem man fortwährend Einzelnes an der Verfassung ändert, aber mit jeder neuen Aenderung kommt das alte Gebäude immer mehr aus dem Gefüge, und muß wohl endlich zusammenstürzen. Alle menschlichen Einrichtungen haben ihr Ziel, und sind keiner unendlichen Fortbildung fähig. Es kommt eine Zeit, wo sie den Ansprüchen des Lebens durchaus nicht mehr genügen wollen, und doch auch nicht mehr verändert werden können, wenn sie selbst noch fortbestehen sollen. So gehen sie unter, sei es durch eine gewaltsame Erschütterung, oder allmälig absterbend.

Wie sonderbar nun, wenn man eben diese Verfassung, die sich doch in England selbst schon im Rückgang befindet und ihrer Auflösung entgegen geht, jetzt in Deutschland zum Musterbild für eine neu zu gründende Verfassung machen will! Wie sonderbar, wenn eine Verfassung, deren Wesen eben darin besteht, daß sie den Uebergang von der alten zur neuen Zeit bildet, jetzt vielmehr als Hebel der Zukunft gelten soll!

## 4.

Das ist das augenfälligste Zeichen und zugleich die allerschlimmste Wirkung des deutschen Verfalles: daß wir in den letzten Jahrhunderten unserem eigenen Wesen so entfremdet wurden, daß wir überall besser zu Hause sind als bei uns selbst, und so sehr das Vertrauen zu uns selbst verloren haben, daß nur aus der Fremde

die Hülfe kommen soll. Welch ein Widerspruch, eine deutsche Nationalverfassung begründen zu wollen, während man doch mit allen Kräften beflissen ist fremdländische Formen einzuführen, und so die Elemente unserer Nationalität zu zerstören! Aber diesen Widerspruch schien man im Jahre 1848 nicht einzusehen noch zu empfinden, am allerwenigsten in der Paulskirche, wo vielmehr nur die Frage zu sein schien, ob Deutschland mehr französisch oder mehr englisch werden müßte. War man doch selbst gewissermaßen eine Constituante und gewissermaßen ein Parliament, also französisch und englisch zugleich, und darüber flatterte die deutsche Fahne als das einzig Deutsche an diesem Schauspiel.

Aber die deutschen Verhältnisse sind widerspänstig, und es will mit der deutschen Einheit nicht vorwärts, weder der Konstitutionalismus noch der Parlamentarismus erwies sich als ausreichend. Da machte die politische Bildung einen neuen Fortschritt und ging nach Amerika, um von dort her ein brauchbareres Muster zu holen. So haben wir denn auch Liebhaber des Amerikanismus, wenn auch bei uns nicht gradezu eine amerikanische Schule besteht, wovon man seit Tocqueville in Frankreich spricht.

Eine neue Verirrung, und fast noch beklagenswerther, jedenfalls noch auffallender als die vorhergehende, weil sie eine gänzliche Bewußtlosigkeit über unsere vaterländischen Zustände und Bedürfnisse verräth, ein gänzliches Heraustreten aus unserer Geschichte.

Frankreich und England sind alte Kulturländer wie Deutschland, und wie groß auch die Verschiedenheit dieser drei Länder sein mag, insbesondere wenn man auf die politische Verfassung sieht, so haben sie doch ein Jahrtausend hindurch in der großen Gemeinschaft des abendländischen Völkersystemes gestanden. Die wichtigsten Elemente der Bildung waren gemeinsam, und die fortlaufenden Ereignisse selbst haben zu mannigfaltigen Verbindungen geführt. Es sind Zweige derselben Familie, die sich zwar abgesondert, aber doch ein Gefühl ihrer Zusammengehörigkeit behalten haben. Wie ganz anders steht

uns Nordamerika gegenüber, als eine neue Welt, wie man es nennt! Was hat die dort zusammengeströmte Masse, die bis heute überhaupt noch keine Nation bildet, sondern einen bloßen Verein von Individuen, mit der alten deutschen Nation gemein, deren Gedanken, Gefühle und Interessen auf dem Hintergrunde einer mehr als tausendjährigen Geschichte ruhen, während dort eine Kolonistengesellschaft lebt, die, indem sie das alte Europa verließ, durch diese Thatsache selbst sich von ihrer ganzen Vergangenheit ablöste, deren eigene Geschichte aber von gestern ist? Wie natürlich, daß in einer solchen Bevölkrung, die fast nur eine Summe von Individuen ist, auch nichts weiter gilt als das individuelle Recht, und wo es auf eine Gemeinschaft ankommt, dann lediglich die Kopfzahl entscheidet, und also eine reine Massenherrschaft entsteht. Da ist die Demokratie durch die Natur der Verhältnisse selbst gegeben, das allein Mögliche und Zweckmäßige. Da hat sie Raum sich nach ihrem Behagen zu tummeln, denn wo Jedermann, der gesunde Gliedmaßen und dazu Arbeitslust besitzt, alsbald ein Grundbesitzer werden kann, da muß nothwendig vollkommne Gleichheit herrschen. An eine soziale Organisation ist da nicht zu denken, wo man tagtäglich aus einer Lebensstellung in die andre übergeht, und wo Niemand eine eigentliche Heimath hat, sondern Jeder auf das unermeßliche Unionsgebiet blickt, welches urbar zu machen und auszubeuten als der Zweck des menschlichen Lebens gilt Da kann folglich die Verfassung keine andere Aufgabe haben, als das persönliche Recht und die persönliche Freiheit zu schützen, und das ganze Staatswesen wird im Grunde genommen eine Assekuranzgesellschaft.

Soll denn in alle dem ein Vorbild liegen für das alte Deutschland? Wäre es würdig für uns, oder zweckmäßig, oder auch nur möglich, solche Zustände nachzubilden, wie sie dort durch den natürlichen Lauf der Dinge ganz von selbst entstehen, bei uns aber nur durch eine vollständige Beseitigung aller bestehenden Rechte und Einrichtungen, ja selbst unserer Lebensgewohnheiten und Traditionen, entstehen könnten, und wenn sie so entstanden wären, kein Jahr

lang fortbestehen, sondern unverzüglich zur Anarchie und hinterher zur Militairdiktatur führen würden? Mag man doch nach Amerika gehen, um sich dort über Landrodungen, über Kanäle und Eisenbahnen, über Maschinen und Schiffbau zu unterrichten, in allen diesen und ähnlichen Dingen ist auch für uns Brauchbares von den Yankee's zu lernen, aber von dorther Staatsideale für das alte Deutschland holen zu wollen, erscheint uns als die äußerste Verirrung des politischen Denkens. Es wäre auch gradezu unbegreiflich, wie man in solche Verirrung gerathen, hätten nicht die sogenannten naturrechtlichen und spekulativen Doktrinen die Bahn dazu gebrochen, indem sie uns gewöhnten, von allen realen Lebensbedingungen und natürlichen Entwicklungsgesetzen der Staaten und Nationen zu abstrahiren, um dann aus einigen leeren Begriffen und Formeln ein neues Staatswesen zu konstruiren, welches sich selbst Vernunftstaat nennt, und in der That den Gipfel der Unvernunft bildet. Denn dahin gelangt, giebt es nichts so Sinnloses mehr, worauf man nicht genügend vorbereitet wäre, und so spricht man von politischer Bildung, wo doch vielmehr gänzliche Unkenntniß des inneren Bildungsprozesses der Staaten zu Tage tritt, und sogar die Unfähigkeit zur Erkenntniß.

Traurige Thatsache in dem gelehrten Deutschland! Noch trauriger aber, daß hier nicht blos ein theoretischer Mangel und Irrthum obwaltet, sondern daß es zugleich ein Akt der Verzweiflung ist, wenn man Deutschland durch amerikanische Ideale zu beglücken vermeint. Wie unhaltbar, wie verworren und verschroben, und allen höheren Anforderungen des Nationallebens widersprechend müssen doch unsere Zustände sein, wenn man nur durch einen gänzlichen Bruch mit dem gegenwärtig Bestehenden, und durch Begründung einer gänzlich neuen Ordnung nach einem aus weiter Ferne hergeholten Muster eine Abhülfe hoffen zu dürfen glaubt! Grade wie wenn zu einer Verbessrung auch selbst nicht einmal die Keime und Anlagen bei uns zu finden, sondern auch diese bereits verdorben und erstorben wären. Gewiß eine verzweifelte Stimmung, aber man

soll doch nicht vergessen, daß immer viel dazu gehört um den Menschen zur Verzweiflung zu treiben, und daß hier mit bloßen Belehrungen und Warnungen, oder polizeilichen Repressivmaßregeln nicht zu helfen ist, sondern daß thatsächliche Verbesserungen dazu gehören, um solcher verzweifelten Stimmung den Boden zu entziehen.

Nichts giebt es in Nordamerika, was bei verständiger Beurtheilung der Dinge auch nur mit einigem Schein von Wahrheit als ein politisches Muster für Deutschland empfohlen werden könnte, außer etwa die föderale Form der dortigen Verfassung. Doch auch hier ist es ein bloßer Schein, daß darin Analogien lägen, welche sich auf deutsche Verhältnisse anwenden ließen.

Die einzelnen Glieder der nordamerikanischen Union nennen sich souveräne Staaten, aber sind sie es wirklich jemals gewesen? Sie waren ursprünglich abhängige Kolonien, und als sie dann die Herrschaft des Mutterlandes abwarfen, entstand durch die Thatsache des Unabhängigkeitskrieges selbst sofort eine neue Verbindung, und an die Stelle der früheren Oberregierung der englischen Krone trat ganz natürlich der Kongreß. Und worauf beruhte ursprünglich die Selbstständigkeit der einzelnen Kolonien, und ihre besonderen Verfassungen? Auf einem Freibrief von der englischen Krone. Hat das irgendwelche Aehnlichkeit mit der Bildung unserer deutschen Territorien und Territorialverfassungen? Die deutschen Staaten sind historische Individualitäten, deren Wurzeln meist tief in die Vergangenheit hinabreichen, und mit volksthümlichen Besonderheiten verwachsen sind, aber worin besteht wohl die Eigenthümlichkeit der einzelnen Staaten in der nordamerikanischen Union? Von verschiedenen Volksstämmen ist dort gar nicht zu reden, sondern einige Staaten erhielten ein besonderes Gepräge durch die religiösen Sekten, von welchen die Kolonisation ausging, bei den meisten aber sind es fast nur ökonomische und physische Verhältnisse, worauf ihre Eigenthümlichkeit beruht, nämlich daß man Schifffahrt und Industrie betreibt, oder Ackerbau oder Plantagenwirthschaft. Da sind keine Sachsen, Hessen, Schwaben, Baiern u. s. w., sondern Leute, welche

in verschiedener Weise ihrem Erwerb nachgehen und Geld machen. Welche Aehnlichkeit besteht ferner zwischen den Gouverneurs der amerikanischen Unionsstaaten und den deutschen Landesfürsten? Und endlich, wenn man die Dinge auch nur ganz äußerlich betrachtet, — besteht wohl dort ein solcher Unterschied der Macht zwischen den einzelnen Gliedern, wie zwischen den deutschen Bundesstaaten? Giebt es dort Staaten wie Oesterreich und Preußen, oder andrerseits wie unsere kleinen Fürstenthümer und Freistädte? Es gehört ein hoher Grad von Verblendung dazu, um diese so handgreiflichen und folgenreichen Unterschiede zu übersehen, ganz zu geschweigen von der allgemeinen Weltlage, wonach Deutschland ein von anderen Nationen und mächtigen Staaten eingeschlossenes Kontinentalland ist, während die nordamerikanische Union fast überhaupt keine Nachbarschaft hat, sondern gewissermaßen für sich allein einen ganzen Kontinent einnimmt. Wie ist nach dem Allen an irgend eine Aehnlichkeit der Verfassung zu denken?

So steht es mit diesem nordamerikanischen Muster.

Nun macht man einen neuen Sprung, und von diesem transatlantischen Gebiete, wo sich der Blick ins Weite verliert, will man uns in die engen Thäler der Schweiz führen, wo wir abermals wieder ein Vorbild zu einer deutschen Verfassung suchen sollen.

Also dahin ist es mit der deutschen Nation gekommen, daß sie sich nach dem Maßstab der Schweiz einrichten soll, die ehemals selbst ein Zubehör des Reiches war, und seitdem ein gemüthliches Stillleben führt unter dem Schirm der Neutralität, d. h. unter dem ausdrücklichen Verzicht auf irgend ein thätiges Eingreifen in die europäischen Verhältnisse, während hingegen Deutschland doch offenbar das am meisten mit allen europäischen Verhältnissen verflochtene Land ist, und wenn es je wieder emporkommen soll, grade sich selbst zum aktiven Mittelpunkt der europäischen Politik machen muß. Und zu diesem Ziele sollen wir durch eine schweizerische Verfassung gelangen, — ein origineller Gedanke!

Nicht einmal eine eigene Nationalität repräsentirt die Schweiz, sondern sie besteht aus Bruchstücken von drei verschiedenen Nationalitäten. Diese haben sich hier zusammengefügt zum gemeinsamen Schutz ihrer Freiheiten und Interessen, als eine Eidgenossenschaft, grade wie der erste Schweizerbund in den Waldstetten entstand. Gewiß eine denkwürdige und preiswürdige That, aber es war doch kein Akt einer Nationalentwicklung und führte auch nicht zu einer Nationalverfassung, welche man doch grade in Deutschland anzustreben vorgiebt.

Wo ist denn hier selbst nur eine scheinbare Analogie zu finden? Wiederum nur in der föderalen Form der Verfassung, indem man die schweizerischen Kantone mit den deutschen Bundesstaaten vergleicht Das ist immerhin nicht ganz so unverständig, als ein Vergleich mit nordamerikanischen Unionsstaaten, denn die schweizerischen Kantone haben allerdings eine geschichtliche Individualität aber diese Individualität ruht doch nicht auf der Grundlage besonderer Volksstämme, sondern nur auf Gaugebieten, worauf der Aargau und Thurgau noch heute deuten. Diese Gaugebiete waren ehemals durchbrochen durch fürstliche, priesterliche und städtische Herrschaften, so daß das Ganze ein ähnliches Bild darbot wie ehemals der schwäbische und fränkische Kreis. Käme es nun etwa auf eine Verfassung für einen solchen Reichskreis an, so wäre wohl einige Analogie vorhanden, abgesehen von dem sehr großen Unterschiede zwischen einem deutschen Fürstenthum und einer schweizerischen Volksgemeinde. Allein es handelt sich nicht um eine Verfassung für ein Landgebiet, wie es die ehemaligen Reichskreise waren, sondern für das gesammte Deutschland Die alten Reichskreise sind verschwunden, und schon seit Jahrhunderten haben sich neben den kleinen Herrschaften auch beträchtliche Territorien gebildet, die zum Theil besondere Volksstämme repräsentiren, und zwei deutsche Staaten sind sogar zu europäischen Mächten erwachsen, während hingegen die Schweizerkantone alle nur den Umfang unserer Kleinstaaten erreichen, so daß selbst der bei weitem größte und mächtigste, der Kanton

Bern, doch nur 127 Quadratmeilen umfaßt, mit einer Bevölkrung wie das Herzogthum Nassau, und sich selbst nicht mit dem kleinsten der deutschen Mittelstaaten vergleichen kann.

Es ist einleuchtend, daß die deutsche Föderation anderer Formen bedarf, als die schweizerische Eidgenossenschaft, und nicht durch solche Mittel zu Stande gebracht werden kann, wie sie dort angewandt sind. Das Ganze will hier in einem großen Style gedacht, und in einen weiten Rahmen gefaßt sein, der eine reiche Mannigfaltigkeit und ein hohes Maß der Selbstständigkeit seiner Glieder gestattet, und muß auf ganz anderen Ideen beruhen, da auch der Zweck ein ganz anderer ist.

## 5.

Das waren nun die Vorbilder, wonach man im Jahre 1848 eine deutsche Nationalverfassung herstellen wollte: der doktrinäre Konstitutionalismus, der englische Parlamentarismus, die nordamerikanische und die schweizerische Unionsverfassung.

Man hatte eine Konstituante mit der fingirten Allmacht des Nationalwillens, der angeblich in ihr repräsentirt sein sollte, und so mußte wohl eine Verfassung wie aus einem Guß zu Stande kommen, indem Deutschland nur wie eine plastische Masse erschien, die vermöge der besagten Allmacht in jede beliebige Form gedrückt werden könnte. Das hätte man dann versuchen sollen, wie es einst die französische Konstituante that, so wäre doch wenigstens Methode in dem Verfahren gewesen, aber man that es nur halb, und es scheint wohl, daß man an die eigne Allmacht nicht recht glaubte, und darum vor entscheidenden Schritten zurückschreckte. So war man eigentlich nur in Grundsätzen revolutionär, nicht in Thaten, indem man die bestehenden Territorialgewalten überall bestehen ließ. Die Gedanken schweiften ins Grenzenlose, und dem Munde entströmten hohe Worte, aber ein inneres Gefühl mochte sprechen: es geht nicht. Perthes bemerkt in seinem Werke „Deutschland während der französischen Revolution", wie dieselbe auf Deutschland keine erhebliche

Wirkung geäußert habe, weil man damals in Deutschland zwar im Denken revolutionär gewesen, nicht aber in der Gesinnung, und ganz dasselbe zeigte sich jetzt wieder. Daher unterblieben die revolutionären Thaten, denn Gedanken allein führen nicht zu Thaten, wenn die entsprechende Gesinnung fehlt. Die Folge war nun, daß man gar nichts erreichte, weil man etwas erreichen wollte, was nur durch einen gänzlichen Umsturz des Bestehenden zu erreichen gewesen wäre, den man doch wiederum nicht wollte. Das wirklich Erreichbare aber, d. h. die Reform des Bundes, erschien damals zu geringfügig gegenüber den hochfahrenden Plänen, nach welchen man auf der Stelle ein Reich improvisiren, und dazu die Verfassung machen wollte. Was dann in solcher Weise entstand, war ein Abortus, der zu gar nichts genutzt, und das Vaterland in Schwäche und Verwirrung zurückgelassen hat.

Deutschland war also wie ein einheitlicher Nationalkörper durch Urwahlen repräsentirt, und man that so, wie wenn das Reich schon existirte, weil doch ein Reichsparlament da war, und durch einen kühnen Griff auch ein Reichsverweser hinzukam, aber die souveränen Einzelstaaten lebten unangochten fort, im flagrantesten Widerspruch mit der fingirten Reichseinheit und Parlamentsallmacht. Wollte man Ernst machen mit der Einheit, wie man sie sich damals dachte, so mußte man zuvörderst die bestehenden Staaten auflösen, und eine gleichförmige Nationalmasse herstellen. Das wäre die Vorbedingung gewesen, um Deutschland als konstitutionelle Monarchie oder Parlamentsstaat gestalten zu können, nach französischem oder englischem Vorbilde. Oder wollte man statt dessen das amerikanische und schweizerische Vorbild benutzen, so mußte man wenigstens die großen Staaten in kleine handthierbare Stücke zerlegen, grade wie Gustav Struve vorschlägt. Aber man versuchte weder das Eine noch das Andere, und gleichwohl wollte man doch jene Vorbilder anwenden. Und was dabei das Bewundrungswürdigste ist: man benutzte sie alle zugleich, während andrerseits das ganze deutsche Staatensystem mit seinen Territorialverfassungen unverändert bestehen blieb. Das war so zu sagen ein

konservativ-revolutionäres Verfahren, und das daraus entstehende Produkt war eine Reichsverfassung, die man als eine konstitutionel-monarchisch-republikanisch-demokratisch-zentralisirende Föderativverfassung bezeichnen müßte, wenn sich für das Unbeschreibliche und Unbegreifliche überhaupt ein passender Ausdruck finden ließe. Ihr offizieller Titel war „Verfassung des deutschen Reiches", unter welchem sie am 28. März 1849 festgestellt wurde. Nur die eigenthümlichen Zustände einer tieferregten Zeit, und die eigenthümlichen Vorgänge in dem Parlament, verbunden mit der so geringen politischen Bildung in Deutschland, und dem fast gänzlichen Mangel an Erfahrung in der Behandlung großer Angelegenheiten, zu welcher sich hier zum größten Theil aus engen Lebenskreisen plötzlich herausgetretene Männer berufen sahen, machen es erklärlich, wie man zu solcher Monstrosität gelangen konnte. Und gewiß, einer turbulenten Versammlung, nach einem improvisirten Wahlgesetz aus so differenten Elementen, wie sie in Deutschland bestehen, auf einmal wie durch einen Zauber hervorgerufen, muß man schon etwas zu Gute halten. Es hätte ja fast ein Wunder dazu gehört, wenn unter solchen Verhältnissen etwas Verständiges hergestellt wäre.

Das Sinnlose war damals natürlich, unvermeidlich. Aber schwer ist es zu erklären, wie dann im Mai 1849, wo doch der erste Taumel längst vorüber war, von Seiten der preußischen Regierung ein neuer Verfassungsentwurf vorgelegt wurde, der im Wesentlichen nur ein etwas verblaßter Abklatsch der Parlamentsverfassung war, und wenn er dabei einzelne sachliche Veränderungen und Verbesserungen enthielt, im Ganzen sogar noch planloser und unhaltbarer zu nennen ist, wie schon damals von Hansemann des Näheren nachgewiesen wurde.*) Ging doch die Naivität so weit, daß das soeben zu begründende Reich ausdrücklich wie ein hypothetisches Wesen behandelt würde, welches vielleicht gar nicht oder nur fragmen-

*) Das preußische und deutsche Verfassungswerk, Berlin 1850.

tarisch zur Welt kommen möchte, indem die neue Verfassung Art. I. mit den Worten begann:

„Das deutsche Reich besteht aus dem Gebiete derjenigen Staaten des bisherigen deutschen Bundes, welche die Reichsverfassung anerkennen."

Das heißt ja wohl, es war noch fraglich, ob und welche Staaten die Reichsverfassung anerkennen, und somit zum Reiche gehören würden. Gleichwohl wurde weiterhin die Bevölkrung dieses annoch fraglichen Reichsgebietes als „das deutsche Volk" bezeichnet. Demnach gehörte Baiern (welches, wie man sich erinnern wird, der Union nicht beitrat) von Anfang an nicht zum Reiche, Sachsen und Hannover nur so lange, bis sie das Dreikönigsbündniß aufgaben, was bekanntlich sehr bald geschah, und von da an gehörten also auch die Baiern, Sachsen und Hannoveraner nicht mehr zum deutschen Volke! Es geht über allen Glauben. Ja, auch das scheint man nicht bedacht zu haben, daß es doch eine viel härtere Zumuthung für den deutschen Partikularismus und für die deutschen Regierungen war, sich einem Entwurfe des preußischen Kabinettes zu fügen, als dem im Parlamente ausgesprochenen souveränen Nationalwillen, der wie eine Naturgewalt oder vielleicht wie ein Gottesgericht erscheinen konnte. Verwarf man diese Gewalt, — mit welchem Rechte und mit welchen Mitteln sollte denn dieser neue preußische Entwurf durchgeführt werden, der doch der Hauptsache nach dasselbe enthielt, was vordem im Parlamente beschlossen war? Mit Blut und Eisen hätte man ihn durchführen, und das zum Reiche gehörige Gebiet erobern müssen.

Das ist dann auch nicht versucht. Und wohl uns, daß es nicht versucht wurde, sondern daß man im entscheidenden Momente noch an dem Rande des Abgrundes umkehrte, wohin man durch so unüberlegte Unternehmungen gerathen war. Es ruht eine schwere Verantwortung auf den Männern, welche dazu verleitet hatten, Diejenigen aber haben Dank verdient, welche das äußerste Uebel abwandten, indem sie den falschen Weg verließen und den Unionsplänen ent=

sagten. Es gab hier keine andere Hülfe, und es gehörte damals Muth und Festigkeit dazu diesen Akt der Entsagung auszuführen, der freilich nicht glänzend und ruhmreich erscheinen konnte, aber allerdings eine rettende That war. Dahingegen ist es ein gewissenloses und gradezu niederträchtiges Benehmen zu nennen, wenn Diejenigen, welche die Verwirrung hervorgerufen oder befördert hatten, und darum die eigentliche Schuld an der damaligen Niederlage der preußischen Politik trugen, dann hinterher den Mann anklagen wollten, der den Rückzug beschloß und ausführte, wie wenn er dadurch Schmach und Schande über den Staat gebracht hätte, da sie es doch vielmehr selbst gewesen waren, welche eben dieses unvermeidliche Uebel des Rückzuges verursacht hatten. Oder was blieb denn übrig, wenn man damals nicht zurückging? Der Krieg Deutscher gegen Deutsche, d. h. der Bürgerkrieg Soll es denn gar zum Vorwurf dienen, daß dieses Entsetzliche vermieden wurde? Und soll solcher Vorwurf grade von Denjenigen erhoben werden, welche die deutsche Einheit zu ihrem Programm gemacht, und sich als Nationalpartei geberden? Traurige Folge der Parteiwuth und der persönlichen Verranntheit und Eitelkeit, welche lieber die Nation opfern möchte als ihre Fehlerzu bekennen!

Seitdem sind eine Reihe von Jahren verflossen, die Leidenschaften konnten sich abkühlen, und man hatte Muße genug, um über den inneren Werth jener übereilten Projekte, welche eine gährende Zeit gebar, zur klaren Einsicht zu gelangen. Allein noch heute fehlt es nicht an Leuten, welche den soeben in seiner Grundlosigkeit dargestellten Vorwurf wiederholen, grade wie wenn die Unionspolitik ein vortreffliches System gewesen und auch gewiß gelungen wäre, wenn man sie nur nicht aufgegeben hätte. Ja noch heute scheint man über die Reichsverfassung noch nicht aufgeklärt zu sein, oder will es nicht sein, weil man nicht eingestehen will, daß sie ein unbrauchbares, unausführbares und gradezu sinnloses Machwerk war, sondern nur die Reaktion soll es verhindert haben, daß sie ins Leben trat, und mit ihr der ganze Segen eines einheitlichen Reiches. Aber was

hätte denn die Reaktion dagegen vermocht, wenn ihr nicht die Natur der Dinge zu Hülfe kam, welche gegen das Naturwidrige reagirte, und der gesunde Sinn der Menschen, welche aus dem Taumel erwachend das Sinnlose fallen ließen? Jetzt muß man es erleben, wie eben diese Reichsverfassung von Seiten des Nationalvereins wieder aus ihrer verdienten Vergessenheit hervorgezogen, und als das Palladium der deutschen Nation hingestellt wird, als der eigentliche Rechtsboden für ihre nationalen Ansprüche, während doch diese Verfassung gar nicht zu Recht bestanden hat, sondern nur ein Entwurf war, welchem der einseitige Parlamentsbeschluß niemals Rechtskraft verleihen konnte.

Was hat man denn also an diesem Verfassungsentwurf? Soll er etwa dem erneuten Verlangen nach einem deutschen Parlament zum Anhalt und Nachdruck dienen? Grade wie wenn das Parlament vom Jahre 1848, dem wir dieses Machwerk verdanken, ein so großes Vorbild und Resultat hinterlassen hätte, daß man um deswillen um so mehr auf eine Wiederholung desselben Schauspiels dringen müßte, während vielmehr jeder verständige Beurtheiler, welcher die erste Aufführung gesehen, nur sagen kann: Gott bewahre uns vor der zweiten! Ist man aber über das verkehrte Treiben jenes Parlaments, und über die Werthlosigkeit seines Verfassungsentwurfes noch heute nicht im Klaren, sondern will noch gar eine herrliche Erscheinung darin erblicken, — welche Bürgschaft wäre wohl vorhanden, daß nicht ein jetzt einberufenes neues Parlament, doch in der That nur eine Wiederholung des ersteren würde? Wo ist denn etwas Verkehrteres denkbar, als das Verlangen nach einem neuen deutschen Parlament durch einen Hinweis auf das erste zu motiviren? Und so handeln Leute, welche sich zu Führern der deutschen Nation aufwerfen! In die politische Kinderstube gehörten sie, wo man mit Puppen und bleiernen Soldaten spielt, oder Kartenhäuser baut, denn da mag man sich auch mit der Reichsverfassung von 1849 beschäftigen. Ein verständiger Mann läßt sie in dem

Papierkorb der Geschichte ruhen, wo sie allein ihre geeignete Stelle findet.

---

## XI.

# Verfassung des engeren Bundes.

1. Feststellung der Aufgabe. 2. Die Zentralgewalt ruht in einem Fürstenkollegium. 3. Der Fürstentag von 1863 und die ehemaligen Reichstage. 4. Organisation des Fürstenkollegiums. 5. Veränderte Stellung der Fürsten. 6. Weitere Ausbildung der Bundesverfassung: a. das Kriegswesen, b. das Gerichtswesen, c. die höheren Lehranstalten. 7. Stützen derselben in der gesellschaftlichen Entwicklung: a. der Handel, b. das Städtewesen und die bürgerlichen Korporationen, c. der Grundadel, d. die Kirche, e. allgemeine Bemerkung. 8. Nothwendige Veränderungen in den Verfassungen der Einzelstaaten. 9. Das Bundesparlament.

---

Ist der Wald des Unsinns nunmehr gelichtet, und der Boden des politischen Gedankens einigermaßen gesäubert, so sind wir dadurch in den Stand gesetzt, mit einiger Aussicht auf Erfolg die Grundzüge zu einer Verfassung des engeren Bundes zu entwerfen, nach dessen bereits früher festgestellten Abgrenzung. Das eigentliche Oesterreich und Preußen, in unserem Sinne, bedürfen ihrer besonderen Verfassungen, die nach ganz anderen Gesichtspunkten zu beurtheilen sind. Für jenes liegt der entscheidende Punkt in seiner eigenthümlichen Zusammensetzung aus ganz differenten Bestandtheilen, für dieses in seinem militairischen Charakter. Außerdem bleiben Oesterreich und Preußen Staaten für sich, hier aber handelt es sich darum, eine Vielheit von Staaten zu einem Körper zusammen zu fügen, — eine gänzlich andere Aufgabe als die Verfassung eines Einzelstaates.

Gelangt der engere Bund, oder kurzweg gesagt der **Bund** im prägnanten Sinne, zu einer kräftigen Verfassung, so wird dieselbe

ohne Zweifel eine sehr heilsame Rückwirkung auf das eigentliche Oesterreich und Preußen ausüben. Das folgt ganz von selbst aus der innigen Verbindung dieser beiden Staaten mit dem eigentlichen Bundesgebiet, d. h. mit dem alten westlichen Deutschland, dessen Marken sie ja sind, aber die Bundesverfassung bildet doch ein Ganzes für sich, welches als solches niemals für Oesterreich oder Preußen passen kann.

## 1.

Aus den vorangegangenen Erörterungen ist zuvörderst klar, daß es sich hier nicht um einen formulirten Verfassungsentwurf handeln kann, sondern nur um die leitenden Ideen, nach welchen die Bundesverfassung ausgebildet werden soll, und nur allmälig ist das Ziel zu erreichen. Am allerwenigsten durch eine Konstituante, sondern durch die freie und selbstbewußte Thätigkeit aller Bundesglieder, und durch die Regeneration des Nationallebens, woran die ganze Nation zu arbeiten hat. Die Grundlagen der Verfassung sind selbstverständlich nur in den gegebenen deutschen Elementen zu suchen, die Formen aber, wonach sich der neue Körper gestalten, und die Mittel, wodurch er in Wirksamkeit treten soll, werden mit Rücksicht auf das vorhandene Material nach der Natur der Aufgabe zu beurtheilen und zu wählen sein. Fremdländische Muster sind dabei gänzlich auszuschließen. Man muß sie freilich kennen und studiren, zu seiner persönlichen Ausbildung durch komparative Staatenkunde, aber wenn man sie kennt, so wird man sie um so weniger auf deutsche Verhältnisse zu übertragen suchen, für welche sie in keiner Weise passen, sondern man wird lediglich nach den gegebenen Bedürfnissen und nach den gegebenen Möglichkeiten verfahren.

Ferner muß man sich vor Allem klar sein, ob man im Wege der Revolution oder der Evolution fortschreiten will. Das Eine hat mit dem Anderen nichts gemein, und es ist eben die trübe Vermischung dieser beiden Prinzipien, welche nicht nur die Bewegung von 1848 charakterisirt, sondern bis heute noch solche Verwirrung

anrichtet, daß man nicht von der Stelle kommt, weil man immer etwas will, was sich selbst widerspricht. Denn daß man die deutsche Einheit will, damit ist noch nichts gesagt, wir wollen sie auch, aber es kommt darauf an, wie und durch welche Mittel sie herzustellen sei? Da ist nun das bis jetzt beliebte Verfahren, daß man von der deutschen Nation ausgeht, als einer Menschenmasse von so und so vielen Millionen, welche durch irgend ein Verfassungsschema sich zu einem politischen Körper gestalten soll. Das gilt sogar als eine ganz unverfängliche Sache, und Niemand denkt daran, daß dies der grade Weg zur Revolution ist, so gewiß als doch eben ein solcher Anfang selbst schon eine gänzliche Umkehrung der bestehenden Ordnung implicirt, nach welcher eben die deutsche Nation für sich selbst keine politische Existenz hat, sondern nur der deutsche Bund und die deutschen Einzelstaaten. Wie kann man denn also die deutsche Nation zum Ausgangspunkt seiner Projekte und zur Basis der neuen Verfassung machen wollen? Nur wenn man ganz Deutschland revolutioniren will, oder richtiger gesagt, nur nachdem man die Revolution vollbracht, und die Einzelstaaten umgeworfen oder wenigstens vollständig unterworfen hat, womit man also anzufangen und daran zuvörderst seine Kräfte zu versuchen hätte, wenn in dieser Richtung überhaupt etwas erreicht werden, und einige Logik in dem Verfahren sein soll. Allein das scheint man bis heute noch nicht einzusehen, und während einerseits die Einzelstaaten unverändert fortbestehen, entwirft man hochfahrende Projekte einer deutschen Nationalverfassung, die natürlich ein Stück Papier bleibt *)

Ach, meine lieben Landsleute, erwacht doch endlich aus Eurer Traumseligkeit, und seht die Verhältnisse, wie sie wirklich sind, und lernt sie danach zu behandeln! Der gesunde Menschenverstand lehrt aber, daß man ein Ding entweder wollen oder nicht wollen muß. Wollt Ihr also eine Revolution, so wollt sie auch recht, und Ihr werdet wenigstens durch Schaden klug werden. Wollt Ihr aber

*) Vgl. unsere 33 Sätze vom deutschen Bunde, pag. 3—4.

keine Revolution, so macht doch keine Projekte, die nur durch Revolutionen ausführbar sind, wie gleichwohl im deutschen Parlamente geschehen, und selbst noch bis heute geschieht. Wollt Ihr hingegen den Weg der Evolution einschlagen, so heißt dies: an das Bestehende anknüpfen, um durch Fortbildung oder Umbildung desselben zu einem besseren Zustand zu gelangen. Und wenn man dies will, so muß man es auch recht wollen und recht betreiben, Schritt vor Schritt vorwärts gehend. Man darf dabei nichts übereilen, noch weniger antizipiren wollen, etwa in der irrigen Meinung, daß man sonst nicht weit genug kommen werde. Nein, man kann auch so zu den wichtigsten Resultaten und zu den größten Veränderungen gelangen. Wenn die Knospe sich zur Blüthe entfaltet, und aus der Blüthe die Frucht erwächst, — wer erkennt in dem Einen das Andere wieder, und doch war es eine reine Evolution, und die Natur hat nicht den geringsten Sprung gemacht. Will man also nicht die Zukunft antizipiren, so darf man nicht von der deutschen Nationaleinheit ausgehen, welche zwar in der Sprache und Literatur, in der Sitte und im Gefühl besteht, aber nicht im öffentlichen Leben, sondern auf diesem Gebiete soll sie erst hergestellt werden. Eben deswegen kann sie doch nicht der Ausgangspunkt sein, der terminus a quo, sondern sie ist das Ziel, der terminus ad quem. Nur von dem Gegebenen kann man ausgehen, und das Gegebene sind die deutschen Einzelstaaten und beziehungsweise der Bund.

Dieses anerkannt, so ist dann auch die Aufgabe festgestellt. Sie besteht hiernach darin: die deutschen Einzelstaaten dergestalt zusammenzufügen, daß ein lebendiger Körper daraus entsteht.

Wird die Aufgabe in diesem Sinne behandelt, so werden in demselben Maße, als der neue Körper an Konsistenz und Lebenskraft gewinnt, auch die Schranken verschwinden, wodurch bis jetzt noch die Bevölkerungen der Einzelstaaten von einander getrennt sind, so daß sie allmälig zu einem Ganzen zusammenwachsen, d. h. zu einem Ganzen im politischen Sinne, und so wird der Bund dann

hinterher zu einem eigentlichen Nationalkörper. Dies wird demnach das Ende des jetzt einzuleitenden Umbildungsprozesses sein, nicht aber als Anfang antizipirt werden können, wenn wir nicht zu lauter sich selbst widersprechenden und darum gänzlich erfolglosen Entwürfen gelangen sollen.

Man muß diese Aufgabe in ihrer ganzen Reinheit auffassen, und dabei insbesondere die herkömmlichen Vorstellungen von Staatenhaus und Volkshaus, nebst dazu gehörigem Wahlgesetz, gänzlich bei Seite lassen, indem wir damit einstweilen gar nichts zu schaffen haben. Ob solche Dinge, wie ein Staatenhaus und Volkshaus, einzurichten sind, das wird sich später finden, und dann mag man auch an das dazu gehörige Wahlgesetz denken. Wir halten uns daher streng an die so eben formulirte Forderung, welche lediglich darin besteht, die deutschen Staaten zu einem lebendigen Körper zu vereinigen.

2.

Es handelt sich hier um den ganzen Komplex der deutschen Mittel- und Kleinstaaten, nebst den von Oesterreich und Preußen zum engeren Bunde gehörigen Provinzen, die wir uns aber mit einer selbstständigen Verfassung denken, ähnlich wie heute in Luxemburg, und von Statthaltern regiert, welche in ihrer Machtvollkommenheit wie ihrer äußeren Stellung den deutschen Territorialfürsten ähnlich erscheinen. Alle diese jetzt unabhängigen und souveränen Gebiete sollen dann zu Gliedern eines lebendigen politischen Körpers werden, dessen Grundbedingung folglich ein eigener Wille und eine eigene Gewalt ist, wie sie der gegenwärtig bestehende Bund offenbar nicht besitzt. Wie ist dies zu erreichen?

In keiner anderen Weise als so, daß die bestehenden Territorialgewalten und Souveränitäten zu einer Kollektivgewalt zusammentreten, und eben dadurch einen neuen politischen Körper bilden, im Verhältniß zu welchem die Einzelstaaten dann im eigentlichen Sinne des Wortes als G l i e d e r erscheinen. Dies ist eine reine E v o l u t i o n, indem die neue Gewalt aus den bestehenden Gewalten selbst hervorgeht. Jeder andere Weg bleibtentweder erfolglos oder führt zur Revolution.

Soll aber die neue Gewalt die einzelnen Souverainitäten wirklich in sich vereinigen, so kann dies nur dadurch geschehen, daß die Inhaber der höchsten Gewalt in den Einzelstaaten persönlich zusammentreten, und dadurch ein Kollegium bilden, in welchem die Kollektivsouverainität ruht. Das ist dann die Zentralgewalt und das Zentralorgan des Bundes. Und eben durch solches Zentralorgan verwandelt sich der bisherige Staatenverein zu einem lebendigen Körper. Es wird die Grundlage der ganzen weiteren Entwicklung, und so lange ein solches Organ nicht in Existenz und Wirksamkeit getreten, ist an keine Fortbildung der deutschen Verhältnisse zu denken.

Man erwäge dies, und blicke dann auf das Verfahren im Jahre 1848, um die ganze Tragweite des Irrthums zu erkennen, in welchen man damals verfiel! Man wollte einen deutschen Nationalkörper begründen, nicht durch ein Zusammentreten der souverainen Gewalten der Einzelstaaten, sondern durch ein Zusammentreten von Volksdeputirten. Was war dies? Eine gänzliche Umkehr der bestehenden Ordnung, dem Prinzipe nach ein rein revolutionäres Verfahren, welches entweder gänzlich erfolglos bleiben, oder von der prinzipiellen Revolution zur thatsächlichen Revolution übergehen, und das bestehende Staatensystem über den Haufen stoßen mußte. Und wie klar wird hier ferner die Unmöglichkeit, eine deutsche Gesammtverfassung nach französischen und englischen, oder nordamerikanischen und schweizerischen Analogien zu bilden! Denn was bedeuten Verfassungsveränderungen in Frankreich und England? Es sind doch immer nur Veränderungen eines bereits bestehenden Körpers, während bei uns vielmehr erst ein wirklicher Körper zu bilden ist. Und selbst wenn man dabei ganz eben so radikal verfahren wollte, wie im Jahr 1789 in Frankreich geschah, so wäre ja doch die Aufgabe eine gänzlich andere, und für den eigentlichen Kern derselben jede Bezugnahme auf damalige Vorgänge unmöglich. Es handelt sich bei uns nicht um deutsche Grundrechte, welche gleich-

wohl in der Paulskirche für die Hauptsache zu gelten schienen, sondern es handelt sich vielmehr darum, der deutschen Nation zuvörderst eine politische Existenz zu verschaffen, die ihr bisher noch fehlt. Auch die Errichtung der Unionsverfassung in Nordamerika und in der Schweiz bietet hierfür keine brauchbare Analogie, weil dort in den einzelnen Staaten und Kantonen Volksherrschaft besteht, wodurch es denn sehr wohl möglich wurde, durch einen Zusammentritt von Volksdeputirten eine Gesammtverfassung zu begründen. In Deutschland aber bestehen fürstliche Regierungen, außer in den freien Städten, die doch auf den Charakter des Ganzen ohne allen Einfluß sind, und darum bleibt hier kein anderer Ausweg, als daß die Fürsten, als die alleinigen Repräsentanten der territorialen Souveränität, sich persönlich versammeln, und die regierenden Bürgermeister an dieser Versammlung theilnehmen.

Nur eine solche Versammlung kann hier den ersten Anfang einer neuen Entwicklung bilden. Das ist so klar wie der Tag, und kann nur denjenigen sonderbar oder unpraktisch erscheinen, welche sich so sehr in ihre von fremden Mustern abstrahirten Theorien verrannt haben, daß ihnen jedes Verständniß der deutschen Verhältnisse unmöglich geworden ist, und darum das Allereinfachste und Natürlichste seltsam und unnatürlich vorkommt.

## 3.

Wir haben diese Behauptung bereits vor vier Jahren in unseren „Drei und dreißig Sätzen vom deutschen Bunde" aufgestellt und durchgeführt. Es geschah aber damals nicht mit Rücksicht auf einen neu zu begründenden engeren Bund, sondern mit Rücksicht auf den gegenwärtig bestehenden Bund. Diesem wollten wir hierdurch die Möglichkeit geben als eine Gesammtmacht nach Außen aufzutreten, was, wie wir in früheren Abschnitten zeigten, immer als das Allererste gelten muß. Auch würde es zu diesem Zwecke der Konstituirung eines engeren Bundes noch nicht bedürfen, sondern schon die gegenwärtige Bundesverfassung bietet ausreichende

Mittel dazu, wenn man nur den Bund zu einem handlungsfähigen Subjekte machen will, durch ein Organ ad hoc. Und dazu eben sollte jene Schrift den Weg angeben.

Im Sommer 1863 ist dann wirklich ein Fürstentag zusammengetreten, wonach wir schließen dürfen, daß sich die Idee inzwischen doch Bahn gebrochen hat. Nur werden wir um so mehr bedauern müssen, daß durch die verkehrte Weise, wie die Sache österreichischer Seits in die Hand genommen und ausgeführt wurde, der mögliche Erfolg verfehlt, und zunächst sogar mehr Schaden als Nutzen dadurch gestiftet worden ist, weil daraus ein neues Zerwürfniß in Deutschland entstand. Wollte man einen Fürstentag, der den ganzen gegenwärtigen Bund repräsentirte, so konnte derselbe keine andere Bedeutung haben, als den thatsächlichen Anfang zu bilden, um Deutschland als eine Gesammtmacht hinzustellen durch eine gemeinsame Politik, worüber man sich dann in dieser souverainen Versammlung zu verständigen hatte. Das wäre, wenn nicht das Einzige, doch jedenfalls das Allererste und Nothwendigste gewesen. Aber hätte man dies gewollt, so war natürlich nichts ohne Preußen durchzusetzen, und eine vorläufige Verständigung mit dieser Macht eine Grundbedingung des Erfolges. Statt dessen erschien jener Fürstentag wie ein Schachzug der österreichischen Politik gegen Preußen. Und nicht die Machtstellung des Bundes, und seine Bethätigung in der auswärtigen Politik, sollte den Gegenstand der Verhandlungen bilden, sondern eine Verfassungsänderung nach einer Reformakte, die sich kaum als ein minder unüberlegtes und unreifes Machwerk darstellt als einst die preußische Unionsverfassung. Auch sollte sie ganz in derselben Weise durchgeführt werden, gewissermaßen durch Ueberrumpelung, indem in wenigen Tagen die wichtigsten Angelegenheiten entschieden werden sollten, und zwar Angelegenheiten von solcher Tragweite, daß die versammelten Fürsten für sich allein nicht darüber beschließen durften, weil dabei zugleich verfassungsmäßige Rechte in den Einzelstaaten in Frage kamen. Ein Verfahren, worüber man sich nicht stark genug ausdrücken kann, und welches in jeder Weise

an die Zeiten der Union erinnert, daher es auch mit derselben Erfolglosigkeit enden mußte und nur eine neue Verwirrung zurückließ.

Darüber wird jetzt kaum noch ein Zweifel sein. Aber wie man auch darüber denken mag, so ist dieses beklagenswerthe Beispiel des Mißbrauchs doch keine Instanz gegen die Sache selbst, sondern immer bleibt ein Fürstentag das einzige Mittel um dem gegenwärtigen Bunde zu einer politischen Aktivität zu verhelfen, und ein ganz unerläßlicher Schritt zur Wiederherstellung Deutschlands. Wäre es doch der erste Anfang zu neuen Reichstagen, die ehemals eine so große Bedeutung in Deutschland hatten.

Im Mittelalter, und selbst noch in späterer Zeit, versammelten sich die Fürsten persönlich auf dem Reichstage, und darin lag ein sehr wichtiges Band der Nationaleinheit Die Fürsten erschienen da nicht als Repräsentanten unabhängiger Staaten, sondern als Glieder eines Nationalkörpers, und wurden dadurch nicht blos unter sich selbst vertraut, sondern traten auch in Kontakt mit dem Volksleben. Allein seit dem sechszehnten Jahrhundert, und insbesondere in Folge der Glaubensspaltung, kam die alte Sitte immer mehr in Abgang. An der Stelle der Fürsten erschienen ihre Gesandten, was dann nach dem westphälischen Frieden sogar zur festen Regel wurde. Bald darauf wurde der Reichstag permanent, mit dem festen Sitz in Regensburg, aber er gewann um deswillen keinesweges an Bedeutung, im Gegentheil, es wurde eine steife und ohnmächtige Gesandtenkonferenz daraus, das Vorbild des heutigen Bundestages, und das Reich trat in das letzte Stadium seines Verfalles. Denn was hieß es doch, die Reichsangelegenheiten durch Gesandtschaften zu betreiben? Es hieß offenbar nichts anderes, als daß man die Reichsangelegenheiten wie auswärtige Angelegenheiten ansah. Grade wie es heute mit den Bundessachen geschieht, welche in den deutschen Einzelstaaten auch als auswärtige Angelegenheiten betrieben werden, — gewiß der augenfälligste Ausdruck der nationalen Zerrissenheit.

Sollen wir wieder eine Nation im politischen Sinne werden, so dürfen die Bundesangelegenheietn für die Einzelstaaten keine aus-

wärtigen Angelegenheiten mehr bleiben, sondern müssen zu den Lebensbedingungen und Lebensthätigkeiten der Territorialgewalten selbst gehören. Dazu ist nun offenbar der entscheidende Schritt, daß die souverainen Repräsentanten der Territorialgewalten aus ihrer bisherigen Isolirung heraustreten, sich versammeln und ein Kollegium bilden, als eine Kollektivsouverainität, in welcher die einzelnen Souverainitäten zu einem Ganzen zusammenfließen. Unter diesem Gesichtspunkt haben wir daher in der oben angeführten Schrift die deutsche Frage in dem Satze formulirt:

„Entweder eine Einheit mit den Fürsten und durch die Fürsten, oder ohne die Fürsten d. h. mit Beseitigung der Fürsten,"

und diese Alternative halten wir noch heute für unvermeidlich.

4.

Für den engeren Bund, dessen Verfassung wir jetzt weiter besprechen, hat das persönliche Zusammentreten der Fürsten eine noch viel größere Wichtigkeit, weil hier ein viel innigeres Zusammenschließen und Zusammenwirken aller Bundesglieder stattfinden soll, nicht blos in Angelegenheiten, welche die äußere Machtstellung des Bundes betreffen, sondern auch das innere Leben der verbundenen Staaten und die gesammte Nationalentwicklung. Zu diesem Ende muß eine ständige Bundesgewalt gebildet werden, die doch eben nur durch eine Vereinigung der einzelnen Souverainitäten entstehen kann. Das Fürstenkollegium ist also selbst der Träger der obersten Bundesgewalt.

Es bedarf dazu einer besonderen Organisation mit Rücksicht auf seine praktische Thätigkeit, hält man aber an der Idee fest, daß die Gewalt in dem Kollegium als solchem ruht, so ist diese Organisationsfrage von untergeordneter Bedeutung, und sind dabei verschiedene Wege möglich. Wie die Dinge jetzt liegen, wird es am zweckmäßigsten sein, einen leitenden Ausschuß zu bilden, also ein Direktorium, sei es durch Wahl oder nach einem bestimmten

Turnus, was auch für den Vorsitz gilt, welcher in keinem Falle erblich sein darf, als ganz unvereinbar mit dem Wesen eines föderativen Körpers. Gelangt dieser Körper allmälig zu fester Konsistenz, so mag dereinst wieder ein Kaiser an seine Spitze treten, aber natürlich auch nur durch Wahl.

Als Träger einer permanenten Gewalt muß das Fürstenkollegium seinem Wesen nach selbst permanent sein. Wir sagen dem Wesen nach, hingegen der Form nach und im buchstäblichen Sinne ist dies doch nicht ausführbar, weil seine Mitglieder als Territorialregenten an ihre respektiven Länder gebunden sind, und dort ihre stehende Residenz haben. Sie können daher nur periodisch zusammentreten, dies aber ist unerläßlich, und muß zu bestimmten Zeiten geschehen, und ein festes Gepräge annehmen. Wie also die Fürsten durch ihren persönlichen Zusammentritt eine Kollektivsouverainität herstellen sollen, so müssen sie auch die Bundesstadt als eine gemeinsame Residenz ansehen, so daß dort jeder seine Kurie haben wird, beziehungsweise auch die freien Städte. Sind sie dann versammelt, so bilden sie im eigentlichen Sinne den Fürstentag, auf welchem die wichtigsten Fragen zur Entscheidung kommen. Die laufenden Geschäfte hingegen erfordern ein permanentes Kollegium, welches nur dadurch herzustellen ist, daß jeder Bundesfürst einen ständigen Vertreter in der Bundesstadt hat. Aber nicht als seinen Gesandten, wie in der heutigen Bundesversammlung, sondern als Repräsentanten seiner Persönlichkeit, als sein Alter ego, und darum am besten ein Prinz seines Hauses, und jedenfalls ein Mann von fürstlicher Stellung.

Denken wir uns diese Vorschläge ausgeführt, so wird die Bundesstadt zugleich ein Vereinigungspunkt für das gesammte deutsche Fürstenthum. Und eben darauf haben wir es hier ausdrücklich abgesehen. Es ist unerläßlich, damit das Fürstenkollegium ein lebendiger Körper wird, unerläßlich, damit die getrennten Territorien wieder zu einem Ganzen zusammenwachsen. Sind es doch grade die Fürsten, in welchen das jetzige Territorialsystem seinen entschie=

densten Ausdruck findet, und in welchen der Partikularismus wie in seine Spitze ausläuft. Wie soll er denn je überwunden werden, wenn er grade in seiner Spitze bestehen bleibt, und wenn die Fürsten in ihrer bisherigen Isolirung verharren, da sich doch an die Fürsten wiederum das gesammte Staatsleben in den einzelnen Territorien anschließt? Entweder also, man muß die fürstlichen Territorialgewalten beseitigen, oder wenn man dies nicht will noch kann, so muß man sie zu verbinden suchen. Es giebt hier kein Drittes, und daran hängt die Frage der deutschen Einheit. Sollen wir also im Wege der Evolution fortschreiten, — wo ist die Evolution wichtiger und nothwendiger als in dem Kreise des Fürstenthumes, welches jetzt den Partikularismus repräsentirt, und sich nunmehr zum Träger der Nationaleinheit umbilden soll!

Möchte man doch die deutsche Aufgabe so nehmen, wie sie wirklich vorliegt, und die Dinge nicht nach einer abstrakten Schablone beurtheilen, insbesondere nicht nach dem Schematismus der konstitutionellen Monarchie, die doch nur für unabhängige Einheitsstaaten berechnet ist, und womit die deutsche Einheit um keinen Schritt vorwärts zu bringen ist, sondern vielmehr der Partikularismus verewigt wird, so lange eben die einzelnen Staaten konstitutionelle Monarchieen sein und bleiben sollen. Denn nach diesem System ist z. B. der König von Sachsen ausschließlich das Staatsoberhaupt von Sachsen, der König von Hannover das Staatsoberhaupt von Hannover u. s. w., und als solches gilt er einerseits für ein halb mystisches Wesen, welches in unnahbarer Höhe thront, andrerseits aber als ein unpersönliches, fast lebloses Wesen, welches nur durch seine Minister handeln kann, und wie man auch über ein solches Wesen denken mag, — es ist jedenfalls zu nichts anderem geeignet, als eben den Mittelpunkt des sächsischen und hannöverschen Staatslebens zu bilden, niemals aber der Träger einer deutschen Nationaleinheit zu werden, indem die Forderung einer Kollektivsouverainität mit der konstitutionellen Monarchie der Einzelstaaten ganz unvereinbar ist. Will man gleichwohl nicht davon lassen, so bleibe man bei dem heutigen Partikula-

rismus, und entschlage sich der deutschen Einheitsgedanken, will man hingegen zur deutschen Einheit gelangen, so gewöhne man sich daran, in den deutschen Fürsten noch etwas anderes zu sehen, als die konstitutionellen Monarchen ihrer respektiven Länder, nämlich die hervorragendsten Träger der deutschen Nationalentwicklung. Denn mit der Isolirung der Fürsten ist die Nationaleinheit zerfallen, und wie kann sie wieder hergestellt werden, wenn diese Isolirung nicht wieder aufgehoben wird?

Daß dies aber geschehe, liegt nicht blos im Interesse der deutschen Nation, sondern sogar mehr noch im Interesse des Fürstenthums selbst, welches in den letzten Jahrhunderten zu einer Höhe emporgeschroben ist, auf welcher es sich schlechterdings nicht behaupten kann. Denn diese Stellung findet in den Lebensbedingungen und Lebensansichten der heutigen Zeit keinen Boden mehr, und ist mit den Einheitsbestrebungen und Einheitsbedürfnissen der deutschen Nation unvereinbar.

## 5.

Das deutsche Fürstenthum hat von Anfang unserer Geschichte an immer eine wichtige Rolle gespielt, aber nach Zeit und Umständen eine sehr verschiedene Stellung eingenommen. Und wie konnte es auch anders sein, weil sich doch grade in den Fürsten, als den vornehmsten Gliedern der Nation, der zeitweilige Zustand der Nationalentwicklung am deutlichsten abspiegeln mußte. So ist denn in den letzten Jahrhunderten auch der Verfall der Nationaleinheit grade in der veränderten Stellung des Fürstenthums am deutlichsten hervorgetreten.

Man darf um deswillen nicht glauben, daß eben die Fürsten selbst die eigentlichen Urheber der Zerreißung des Reichskörpers gewesen seien, sondern die Ursache lag viel tiefer. Nämlich darin, daß einerseits die Reichsgewalten sich zur Befriedigung der neuen Lebensbedürfnisse ungenügend erwiesen, und andrerseits in der Nation selbst der Sinn für das Ganze und Große, und die erforderliche Hingebung

für das Reich fehlte. Ueberall gewannen die separatistischen Tendenzen die Oberhand, in allen Ständen der Nation, in allen Gliedern des Reichskörpers. Die schweizerischen Bauern sagten sich vom Reiche los, und die Niederlande, wo das entscheidende Gewicht in den Städten lag, thaten desgleichen. Die Hanseaten hätten es vielleicht auch gethan, wenn sie einen kompakten Zusammenhang und ein eignes Territorium besessen hätten. Der Adel, mit Grund und Boden verwachsen, war wo möglich noch partikularistischer, und erhob sich kaum über die allernächsten Interessen seines Standes und seiner Landschaft. Und was thaten die eigentlichen Reichsstände für das Reich? Sie sorgten für sich selbst, so gut sie konnten, und ließen für das Reich den lieben Gott sorgen. So war und so wurde der Zustand schon im funfzehnten Jahrhundert, und darin liegt die Ursache, daß alle versuchten Reichsreformen den Verfall des Reiches nicht aufhalten konnten. Den Fürsten die Schuld davon zuzuschreiben, wäre nur dann zuläßig, wenn man die Voraussetzung machte, sie hätten sich über den Sinn und Geist ihrer Zeitgenossen erheben müssen, was sie dann freilich auch nicht gethan haben.

Die Schuld war eine allgemeine, und lastet auf der ganzen Nation, nicht blos auf den Fürsten. Diese thaten nur, was ihres Amtes war, wenn sie die Ordnung, welche von Reichswegen nicht gehandhabt wurde, durch eigene Mittel und nach eigenem Sinn in ihren Territorien handhabten, welche sich dadurch allmälig zu selbstständigen Staaten gestalteten. Aber indem dies geschah, mußte der Reichsverband nur um so mehr gelockert werden Es war wie ein Verhängniß. Das öffentliche Leben der Deutschen konnte sich nicht fortbilden, außer in den Territorien, und je mehr es sich dort fortbildete, um so mehr zerfiel die Nationaleinheit. Das Fürstenthum war der spezifische Träger dieser Entwicklung, und unterstützt durch die monarchischen Tendenzen, welche in den letzten Jahrhunderten auf dem ganzen Kontinent zur Geltung kamen, stieg es immer mehr empor, bis zur absoluten Gewalt. Allein je mehr es emporstieg, um so mehr wurde es isolirt, und der Nation entfremdet. Dann kamen

in jüngster Zeit die konstitutionellen Verfassungen, welche zwar die fürstliche Willkürherrschaft beseitigten, aber wie schon bemerkt, die Isolirung der Fürsten gegenüber dem deutschen Gesammtkörper nicht aufhoben, sondern sogar noch mehr beförderten.

Es war sehr natürlich, nach Umständen sogar nothwendig, daß das deutsche Fürstenthum im Laufe der Jahrhunderte allmälig zu der Stellung gelangte, die es bis heute noch einnimmt. Aber wie sonderbar, wenn man nun hinterher eben diese Stellung als etwas Unveränderliches, in dem Wesen des Fürstenthumes selbst Begründetes ansehen, oder wohl gar auf eine besondere göttliche Anordnung zurückführen will! Im offenbarsten Widerspruch mit der Geschichte, welche ja zeigt, wie eben diese Stellung unter dem Einfluß von tausend verschiedenen Umständen erwuchs, als das Produkt der damaligen Nationalentwicklung, und respektive des nationalen Verfalls. Wahrlich, wenn irgend wo, so gilt hier das bekannte Wort Stahl's von der nothwendigen Umkehr der Wissenschaft, d. h. daß man sich solcher ungereimten Vorstellungen, welche in der Periode des Absolutismus aufgekommen sind, entschlagen muß, weil die Nationalentwicklung in der That umkehrt, und nachdem sie Jahrhunderte lang auf Zersplitterung gerichtet war, jetzt vielmehr nach Einheit strebt. Unter diesen Umständen muß folglich auch das deutsche Fürstenthum eine wesentlich andere Stellung einnehmen, als diejenige, welche in den letzten Jahrhunderten begründet wurde, und der Form nach noch heute besteht, aber den thatsächlichen Verhältnissen schon nirgends mehr entspricht.

Ist das Fürstenthum in den letzten Jahrhunderten je mehr und mehr aus dem Nationalverband herausgetreten, wie wenn es etwas für sich Bestehendes und auf einem besonderen göttlichen Rechte Beruhendes wäre, so muß es solche Ideen und Ansprüche aufgeben, und sich wieder als ein Glied der Nation fühlen und benehmen. Es muß wieder werden, was es ursprünglich war, d. h. ein Stand der Nation, der in dem gemeinsamen Rechte wurzelt, und von anderen Ständen nicht dem Wesen nach, sondern nur durch Macht und

Würde verschieden. Aber dies ist nicht möglich, ohne die heutige territoriale Selbstherrlichkeit aufzugeben, und mag in so fern als eine starke Zumuthung und ein offenbarer Verlust erscheinen, wird aber doch dem Fürstenthum selbst ganz überwiegende Vortheile gewähren.

Zunächst schon an Lebensfreudigkeit, weil alsdann die Gêne verschwindet, die mit einem fast in das Uebermenschliche hinaufgeschraubten Zustande unvermeidlich verbunden war, und der außerdem in der heutigen Gesellschaft und in der Denkweise der Menschen keinen Boden mehr findet. Will man ihn dennoch erhalten und geltend machen, so wird dadurch nur Widerwillen erregt. Für die Fürsten selbst entsteht daraus fortwährendes Unbehagen, indessen ihnen der edelste Lebensgenuß versagt bleibt, nämlich der unbefangene Umgang mit ihren Nebenmenschen, der ja unmöglich ist, so lange das Fürstenthum für ein in sich selbst abgeschlossenes inkommensurables Wesen gilt. Alle denkenden und wohlgesinnten Fürsten haben dies immer gefühlt, und sich daher einen Privatzirkel einzurichten gesucht, in welchem sie wie andere Menschen erscheinen und behandelt sein wollten, aber ein kümmerliches Auskunftsmittel, so lange die Halbgöttlichkeit im Hintergrunde bleibt, und somit die Isolirung fortbesteht. Welches Verderben außerdem für Leib und Seele daraus entsprang, und wovon die Folgen sich nicht blos auf die Hofkreise beschränkten, sondern auf das ganze Land einwirkten, ist aus der Geschichte der letzten Jahrhunderte hinlänglich bekannt.

Nicht minder groß wird der Gewinn an Sicherheit sein, wenn das Fürstenthum aus seiner territorialen Isolirung heraustritt, und sich wieder als ein Stand der Nation hinstellt. Denn als ein solcher steht es für immer fest, und kann nicht untergehen, außer wenn die Nation ihre ganze Nationalsubstanz verlöre, und ein ganz neues und fremdes Wesen annähme, womit es doch um so weniger Gefahr hat, je mehr sich die Fürsten selbst zu Trägern der Nationalentwicklung machen werden. Eine isolirte Dynastie kann unter Umständen leicht vernichtet oder vertrieben werden, wovon bereits nicht wenig Beispiele vorliegen, und wogegen die Theorien vom göttlichen Recht

sich als gänzlich ohnmächtig erweisen, indem sie eben hier durch die Thatsachen selbst widerlegt werden. Wenn aber ein Gleiches in Deutschland bisher noch nicht geschehen ist, trotz mancher gewaltsamen Erschütterungen, die wohl Gelegenheit dazu geboten hätten, so muß das Fürstenthum in Deutschland wohl tiefere Wurzeln haben als in anderen Ländern, und so verhält es sich in der That. Denn nur Deutschland hat wirklich eingeborne Fürsten, und diese haben von Alters her einen Stand gebildet. In jedem Einzelnen hätte man also den ganzen Fürstenstand angegriffen, und diesen angreifen, hieß das ganze ständische Gebäude der Nation umstoßen. Darin lag offenbar eine mächtige Garantie, so lange nämlich die Fürsten selbst noch das lebendige Gefühl hatten Glieder eines Nationalstandes zu sein, und darin wird sie auch in Zukunft wieder liegen, wenn dieses in den letzten Zeiten fast ganz erloschene Gefühl wiedererwacht, und die Fürsten ihre Stellung danach einnehmen. Als isolirte Monarchen sind sie der Gefahr ausgesetzt, bei der ersten großen Erschütterung über den Haufen geworfen zu werden, und zwar um so gewisser, je mehr eben diese Stellung dem gegenwärtigen Zuge der deutschen Entwicklung, d. h. dem Drange nach Nationaleinheit, durchaus widerspricht und schon heute als überlebt angesehen werden muß. Möchten doch die Vorgänge in Italien ein warnendes Beispiel sein!

Es ist eine sehr übel verstandene Staatskunst, was in den realen Verhältnissen seinen Boden, und in den Gefühlen und Gedanken der Menschen seinen Halt verloren hat, durch künstliche Mittel zu erhalten zu suchen, und dabei den Umschwung der Zeiten zu ignoriren, oder dem natürlichen Entwicklungstrieb durch Repressivmaßregeln entgegentreten zu wollen, worauf doch ungefähr das hinausläuft, was sich in Deutschland Konservatismus nennt. Was kann das Resultat davon sein? Nichts anderes, als daß die innere Spannung vermehrt und endlich die Revolution provozirt wird, weil die deutsche Nation doch immer noch zu viel Lebenskraft hat, um sich auf die Dauer in das Joch veralteter Ansichten und Institutionen zu fügen. Soll das deutsche Fürstenthum sich konserviren, so

muß es sich verjüngen und umbilden. Aber nicht im Sinne des territorialen Konstitutionalismus, der eben so wenig Zukunft mehr hat als die patrimoniale Landesherrlichkeit, sondern nach den Bedürfnissen der deutschen Nationalentwicklung, in dem hier angegebenen Wege.

Eben daraus wird endlich für das Fürstenthum noch der neue Vortheil entspringen, daß es einen sehr viel erweiterten Wirkungskreis erlangt, und eine in der That viel würdigere Stellung als die jetzige territoriale Herrlichkeit, welche trotz aller Dekorationen der Majestät doch niemals eine wirkliche Hoheit erreichen kann. Die Angelegenheiten einer großen Nation zu leiten, will doch wahrlich mehr bedeuten als die territoriale Souverainität. Das wird den deutschen Fürsten ein europäisches Gewicht geben, von um so größerer Bedeutung, je mehr sie sich als eine kompakte Macht darstellen, und ihre partikuläre Souverainität so zu sagen zu einem gemeinsamen Fonds vereinigen, den sie dann kollegialisch verwalten und geltend machen.

Aber nur im engeren Bunde, in welchen Oesterreich und Preußen nur mit einigen Provinzen eintreten, und wo sie dann ohngefähr den Mittelstaaten gleichstehen werden, kann solche Kollegialität ein wirkliches Leben gewinnen, während in dem heutigen Bunde das Uebergewicht von Oesterreich und Preußen so groß ist, daß das föderale Verhältniß in der Praxis zur Illusion, und dadurch jede Ausbildung des Bundes unmöglich wird. Hat man doch auf dem Frankfurter Fürstentage gesehen, wie der Kaiser von Oesterreich in der That als der Patron, und die versammelten Fürsten als die Clienten und Hintersassen erschienen, die auf seinem Rufe zusammen kommen, seine Vorschläge anhören, und wo möglich auch en bloc annehmen sollten. Offenbar eine Reminiszenz aus der österreichisch-deutschen Kaiserzeit, aber nicht minder unpassend für die heutige Stellung Oesterreichs als für die heutige Stellung der Fürsten. Diese sind dem Rechte nach ganz eben so souverain als der österreichische Kaiser, und haben um so weniger Veranlassung demselben den Hof zu machen, als doch die Meisten sehr alte Dynastieen repräsentiren, zum Theil

von älterem Ansehen als das Haus Habsburg. Außerdem repräsentiren sie den Kern der alten deutschen Nation, die doch noch zu groß und zu gut ist, um der habsburgischen Herrlichkeit zur Folie zu dienen. Freilich hat sie lange genug dazu gedient, aber darin eben liegt die Grundbedingung der Wiederherstellung Deutschlands, daß die Nation wieder zu dem Gefühle ihrer selbst gelangt, und solches unwürdige Verhältniß gründlich beseitigt wird. Es ist an den deutschen Fürsten in diesem Sinne zu handeln, und mit ihrer eigenen Würde zugleich die Würde der Nation zu wahren.

## 6.

Wird durch das persönliche Zusammentreten der Bundesfürsten eine Kollektivsouverainität hergestellt, so ist damit einerseits die Grundlage einer Zentralgewalt gegeben, und andrerseits der erste Ring für einen realen Zusammenschluß der verschiedenen Territorien. Jetzt kommt es darauf an, diese Grundlage weiter zu entwickeln, und den Zusammenschluß durch neue Ringe und Klammern weiter zu befestigen. Beides steht in vollkommenster Wechselwirkung: die Zentralgewalt befördert den Zusammenschluß der Territorien, und umgekehrt der Zusammenschluß der Territorien kräftigt die Zentralgewalt.

Wir haben dabei immer den doppelten Gesichtspunkt zu verfolgen, daß einerseits ein wirklicher Körper entsteht, und andrerseits die Individualität seiner Glieder erhalten bleibt. Darum gehen wir immer von den bestehenden Gewalten und Instituten aus, die nicht beseitigt, sondern nur mit einander verbunden, aber durch diese Verbindung allerdings sehr wesentlich umgebildet werden sollen. Ganz anders verfuhr man im Jahre 1848, wo man vielmehr von oben herab nach einem allgemeinen Schema ganz neue Gewalten schaffen wollte, welche nicht auf den in den Einzelstaaten bestehenden Gewalten beruhten, sondern auf dem Willen der deutschen Nation, der angeblich im Parlamente repräsentirt war, und die folglich nur durch den Umsturz der bestehenden Ordnung zur Existenz gelangen konn-

ten, aber deswegen auch ein eben so resultatloser als werthloser Versuch blieben.

a.

Das Wichtigste ist zunächst die Herstellung einer wirklichen Bundesarmee, d. h. einer Armee, welche dem Bunde als solchem angehört, was von der gegenwärtigen Bundesarmee nicht entfernt gesagt werden kann, weil die verschiedenen Kontingente derselben ganz für sich bestehen, und nur auf dem Papiere einen gemeinsamen Körper bilden. Zwar lautet die Vorschrift, daß im Fall eines Bundeskrieges eine gemeinsame Leitung eintreten, und die ganze Armee dann unter dem Oberbefehl des Bundes stehen soll, aber wenn sich einmal Gelegenheit böte, diese Anordnung durch die Praxis zu erproben, so würde sich alsbald zeigen, wie sie selbst blos auf dem Papiere besteht. Denn die Oberleitung des Bundes würde eine leere Form bleiben, indessen thatsächlich nur Oesterreich und Preußen zu entscheiden hätten. Ja der Bundeskrieg würde sich überhaupt in einen österreichischen und preußischen Krieg verwandeln, während die Kontingente der übrigen Staaten nur als Hülfstruppen figurirten, ähnlich wie in dem Reichskriege zur Zeit der französischen Revolution. Natürlich würde dann auch der ganze Erfolg von dem innigen Zusammenwirken zwischen Oesterreich und Preußen abhängen, worauf doch wegen der gegenseitigen Eifersucht niemals mit einiger Sicherheit zu rechnen ist.

Eine traurige Perspektive, aber die Thatsachen reden. Auch ist darüber gar nicht hinauszukommen, außer durch den engeren Bund, weil es in der That unmöglich ist, daß sich die Armeen der beiden Großmächte mit den Truppen der übrigen deutschen Staaten zu einem einheitlichen Ganzen vereinigen. Für die österreichische Armee folgt dies schon aus ihrer eigenthümlichen Zusammensetzung aus verschiedenen zum Theil noch rohen Nationalitäten, wodurch dieselbe seit Jahrhunderten ihr eigenthümliches Gepräge erhalten hat. Eine solche Armee fordert natürlich ganz andere Einrichtungen, als für rein deutsche Truppenkörper passen würden, und kann selbstredend nicht vom deut-

schen Nationalgeist durchdrungen sein. Es wäre absurd, dies gleichwohl zu erwarten oder zu verlangen. Aber wenn dem wirklich so ist, so folgt dann auch, daß diese Armee niemals ein organisches Glied einer deutschen Bundesarmee werden kann. Oder was ist denn heute das sogenannte österreichische Bundeskontingent? Nichts weiter als ein beliebiger Theil der österreichischen Armee, nach Umständen aus polnischen, ungarischen und italienischen Regimentern zusammengesetzt, die durch gar kein inneres Band mit den übrigen Bundestruppen verbunden, und dem deutschen Bunde so fremd sind, daß sie ihn vielleicht kaum dem Namen nach kennen. Wie ist da an eine gemeinsame Organisation zu denken?

Mit Preußen verhält es sich anders, weil dort wenigstens das Personal der Armee bis auf ein Geringes deutsch ist, und insofern bestände keine Schwierigkeit, das preußische Bundeskontingent mit den übrigen rein deutschen Truppen zu einem Ganzen zu verbinden. Aber die preußische Armee hat ihre eigne Geschichte, und seit 200 Jahren eine wichtige Rolle in der allgemeinen militairischen Entwicklung gespielt. Alle ihre Traditionen ruhen auf den Kriegen, welche Preußen als selbstständige Macht führte, und es ist der Geist des spezifischen Preußenthums, welcher in diesem Körper lebt. Obgleich nun die Mannschaften nach Sprache, Sitte und Bildung deutsch sind, — die Armee als solche ist keineswegs deutsch, denn es ist der esprit de corps, welcher hier entscheidet, und dieser macht jede engere Verbindung mit den Bundestruppen unmöglich. Preußen sieht seine Armee als einen für sich bestehenden geschlossenen Körper an, der sich einer Oberleitung des Bundes nicht unterwerfen kann, und hat dies auch wiederholt schon öffentlich erklärt, indem es für den Fall eines Bundeskrieges entweder die Oberleitung für sich selbst in Anspruch nimmt, oder dieselbe mit Oesterreich theilen will. Vorschläge, die in der That auf nichts Geringeres hinauslaufen als auf eine Theilung Deutschlands, und das Wesen des Bundes durchaus zerstören. Wie natürlich, daß die übrigen Bundesglieder darauf niemals eingehen werden. Aber andrerseits hat doch auch das spezifische

Preußenthum seine innere Berechtigung, und bildet eine reale Macht, welche durch Bundesbeschlüsse nicht zu beseitigen ist.

Nur durch den engeren Bund lassen sich die beiderseitigen Ansprüche ausgleichen. Denn hiernach wird das spezifische Preußenthum als eine besondere Macht anerkannt, aber in territorialer Beschränkung auf die östlichen Provinzen der Monarchie, wo es auch allein seinen realen Boden findet und von Rechtswegen hingehört, während andrerseits die Westprovinzen sich vollständig den übrigen deutschen Territorien anschließen. Das gegenwärtig eben so unklare als praktisch werthlose Verhältniß, wonach ein beliebiger Theil der preußischen Armee als Bundeskontingent figurirt, hört damit auf, indem nur die westlichen Provinzen zur Bundesarmee herangezogen werden, aber dann auch im vollen Sinne des Wortes, so daß die daraus gebildeten Regimenter aus der preußischen Armee ausscheiden, und der Bundesarmee einverleibt werden, nicht als preußische Regimenter, sondern als rheinländische, westphälische und sächsische. Ganz eben so würde rücksichtlich Oesterreichs mit den Regimentern aus Salzburg und Tyrol zu verfahren sein.

Die Bundesarmee bildet ein zusammenhängendes Ganze, aber gleichwohl werden die verschiedenen Kontingente den respektiven Einzelstaaten nicht entfremdet werden. Nur muß die Verpflichtung gegen den Bund an der Spitze stehen. Und dem Bunde allein kommt die Oberleitung zu, nicht blos im Kriege, sondern auch in Friedenszeiten, daher auch alle auf das Große und Ganze gerichteten Anstalten, welche das moderne Militairwesen erfordert, vom Bunde ausgehen müssen. Wie dies aber einzurichten sei, hängt wesentlich mit technischen Fragen zusammen, worauf wir uns daher nicht weiter einlassen können.

Selbstredend ist endlich, daß die gegenwärtigen Bundesfestungen auf den engeren Bund übergehen, und die dermaligen Besatzungsverhältnisse demgemäß neu zu reguliren sind. Ohnehin ein dringendes Bedürfniß, um dem so auffallenden Mißstande ein Ende zu machen, daß man in deutschen Bundesfestungen gelegentlich Polen,

Ungarn und Italiener sieht, welche österreichischer Seits als Bundestruppen figuriren, im Fall einer Belagrung aber keine Garantie bieten, daß sie nicht vielleicht selbst am hellen Tage zu dem Feinde übergehen, wie zum Hohn und Spott für die deutsche Nation. Das ist auch ein Stück von österreichischer Fürsorge für Deutschland.

### b.

Das Zweite ist hiernach die Gemeinschaft im Recht und im Gerichtswesen. Wie kann und soll sie erreicht werden?

Wir meinen, nicht durch eine Gesetzgebung von oben her, woran wenigstens für die nächste Zeit nicht zu denken ist, sondern vor Allem durch eine Verbindung der bestehenden Gerichte zu gegenseitiger Rechtshülfe, und durch ein freies Zusammenwirken des Juristenstandes, als des vornehmsten Trägers der Entwicklung auf diesem Gebiete, um zuvörderst eine Gemeinschaft der Ueberzeugungen und Denkweise hervorzurufen, der die Gesetze und Institutionen folgen.

Ist die Unabhängigkeit der Gerichte eine unerläßliche Garantie der Freiheit, so ist sie für uns zugleich eine wesentliche Bedingung der nationalen Vereinigung. Denn in demselben Maße, als die Gerichte in den verschiedenen Territorien von den betreffenden Regierungen abhängen, in demselben Maße dienen sie selbst dem Partikularismus als Stütze und Werkzeug, je unabhängiger sie hingegen dastehen, um so gewisser werden sie sich mit dem Geist der nationalen Gemeinschaft durchdringen, und durch ihr Zusammenwirken eine gleichartige Organisation des Gerichtswesens für das gesammte Bundesgebiet vorbereiten und thatsächlich begründen.

Demnach denken wir uns insbesondere das oberste Bundesgericht nicht als ein von der Zentralgewalt geschaffenes Institut, sondern aus den Obergerichten der einzelnen Territorien hervorgehend, auf welchen es dann einerseits selbst ruht, während es andrerseits denselben zum Anhalt dient, so daß daraus eine wechselseitige Garantie der Unabhängigkeit entsteht. Es muß nicht blos die oberste Instanz, sondern es muß das vereinigende Band des ganzen deut-

schen Gerichtswesens bilden. Nur so wird es das erforderliche Gewicht und Ansehn gewinnen, die es dazu befähigen, in staatsrechtlichen und bundesrechtlichen Fragen Entscheidungen zu treffen, die sich durch ihre innere Autorität geltend machen, und des eben so traurigen als bedenklichen Auskunftsmittels militairischer Exekutionen nicht bedürfen. Denn wenn das hohe Bundesgericht an dem ganzen deutschen Gerichtswesen seinen Rückhalt hat, — wer dürfte es wagen, einem solchen Gerichte zu trotzen? Es hieße ja das ganze deutsche Gerichtswesen umstoßen, wovor doch selbst der verwegenste Muth zurückschrecken müßte.

Ein starkes Bundesgericht ist für die Entwicklung des neuen Bundes von unermeßlicher Wichtigkeit. Es muß der Grundpfeiler sein, woran sich die Eigenmacht und Eigenwilligkeit der Territorialgewalten bricht, und so eine immer lebendigere Gemeinschaft erwächst, mit einer festen Ordnung, der man sich aller Orten unterwirft, sei es mit gutem Willen oder weil man nicht anders kann.

Aber wie handgreiflich ist es wieder, daß eine solche Wendung der Dinge nur im engeren Bunde zu erwarten steht, wo es kein übermächtiges Mitglied giebt, welches dem Ganzen Trotz bieten könnte. Was würde die Entscheidung des Bundesgerichtes bedeuten, wenn es sich etwa um österreichische oder preußische Bundesleistungen handelte, oder gar um österreichische und preußische Verfassungsfragen? Würden sich Oesterreich und Preußen einer solchen Entscheidung unterwerfen? Nach aller Wahrscheinlichkeit nicht, außer wo es ihnen selbst konvenirte. Was ist aber ein Richterspruch, dem man sich nach Gefallen unterwirft oder entzieht, und was ist ein Gericht, dem man in solcher Weise trotzen darf?

So erscheint die Sache, wenn man sie ernstlich nimmt. Anders freilich, wenn das Bundesgericht, weit entfernt den Mittelpunkt des ganzen deutschen Gerichtswesens zu bilden, nur zur Aushülfe dienen soll für gewisse einzelne Fälle, wo die territorialen Gerichte nicht auszureichen scheinen. Dies ist die Stellung, welche die österreichische Reformakte dem Bundesgerichte zuweist,, dessen Kompetenz auch fast

nur auf privatrechtliche Fragen beschränkt bleiben soll. Ein solches Institut würde allerdings die österreichische Großmacht nicht sehr geniren. Und dazu paßt auch grade eine solche dürftige Einrichtung, wie sie die Reformakte Art. 31 vorschlägt. Nämlich daß die hohen Bundesregierungen ein Dutzend Richter ernennen, und dazu noch einen Präsidenten nebst zwei Vizepräsidenten, womit das Bundesgericht fix und fertig ist. Und in solcher Weise glaubt man dem deutschen Reformbedürfniß vollständig abzuhelfen! Natürlich, wie man sich die Sache in Wien denkt. Soll hingegen das Bundesgericht dem wirklichen deutschen Bedürfniß entsprechen, und demgemäß eine wirkliche Macht und Bedeutung gewinnen, so muß es wie gesagt aus den Territorialgerichten selbst hervorgehen, und dieselben zu einem Ganzen vereinigen. Dieses aber zugegeben, so frage man sich doch, ob etwa Oesterreich und Preußen jemals gestatten würden, daß ihre Landesgerichte in eine solche Verbindung eintreten, und sich solcher Weise den Einflüssen der beiderseitigen Regierungen mehr oder weniger zu entziehen vermöchten? Sie würden es niemals gestatten. Auch würde ein solcher Zustand für Oesterreich und für das eigentliche Preußen ganz ebenso unpassend sein, als er hingegen für das Gebiet des engeren Bundes durchaus passend und gradezu nothwendig ist, wenn anders ein lebendiges Ganze daraus entstehen soll.

Endlich haben Oesterreich und Preußen schon seit Ende vorigen Jahrhunderts ihre eigenen ausführlichen Gesetzbücher, und denselben entsprechend ihr Gerichtswesen ausgebildet, welches mit dem ganzen dortigen Behördenorganismus verwachsen ist, und seine Eigenthümlichkeit behalten wird und muß, so lange diese Staaten selbst in ihrer Eigenthümlichkeit fortbestehen sollen. Sie können daher an der Rechtsentwicklung im engeren Bunde nur in so weit Antheil nehmen, als es ihnen selbst dienlich erscheint, so daß sie in einem freien Verhältnisse dazu stehen, nicht in einem gemeinsamen Rechtsorganismus, der hier nicht möglich ist.

c.

Von hoher Wichtigkeit endlich ist die Gemeinschaft in Kunst

und Wissenschaft. Ist sie doch in den letzten Jahrhunderten, während das Reich immer mehr zerfiel, das wirksamste Band gewesen, wodurch sich in der Nation noch ein Gefühl ihrer Zusammengehörigkeit und Eigenartigkeit erhielt, und wodurch allmählig ein Boden gewonnen wurde, der es jetzt möglich macht, auch an eine politische Wiederherstellung der Nation zu denken.

Ununterbrochen und meist ganz unbemerkt wirkt die Gemeinschaft der Sprache und Literatur, für welche die territorialen Grenzen nicht existiren. Der Schriftsteller ist davon emanzipirt, er sucht und findet sein Publikum nicht in Preußen, in Sachsen, in Baiern u. s. w., sondern so weit die deutsche Zunge klingt, denn es giebt nur eine deutsche Sprache und Literatur, und wird in alle Ewigkeit keine preußische, sächsische oder baiersche geben, und vor der höheren Macht des deutschen Geistes beugt sich die Territorialherrschaft. Nun entspringt das geistige Leben aus freien Kräften und Trieben, und wirkt in freier Weise, aber es bedarf doch selbst einer Garantie seiner Freiheit, und andrerseits auch Stützpunkte und sonstige materielle Mittel, und insofern tritt es selbst in den Umkreis der Gesetze und Institutionen, und verlangt seine besonderen Anstalten. Ueberall sind dieselben von hoher Wichtigkeit, wo aber wären sie wichtiger als grade in einem so zusammengesetzten Körper als der deutsche Bund, für welchen eben die geistige Gemeinschaft selbst ein unentbehrliches Bindemittel darbietet? Ein ungehemmter geistiger Verkehr ist daher unerläßlich. Aber es gehört noch außerdem eine positive Pflege dazu, und vor Allem eine Nationalerziehung, wodurch in den jungen Gemüthern der Sinn und Trieb geweckt wird, sich als Glieder einer großen Nation zu fühlen und zu benehmen, — als Vorbereitung eines thätigen Nationalgeistes, die, wo sie fehlt, kaum durch irgend etwas anderes zu ersetzen ist.

Diese Behauptung dürfte wohl auf allgemeine Zustimmung rechnen. Aber wie ist das Ziel zu erreichen? Auf allgemeine Gesetze und Reglements legen wir dabei geringen Werth, sondern als das Wichtigste erscheint uns die Autonomie der hohen Lehranstalten,

von welchen in dieser Hinsicht ganz dasselbe gilt, was wir kurz vorher von den Gerichten sagten. Je mehr sie von ihren respektiven Regierungen dependiren, um so mehr dienen sie selbst als Werkzeug und Stütze des Partikularismus, je unabhängiger sie hingegen sind, um so mehr werden sie Werkzeuge und Stützen der nationalen Entwicklung, eine Garantie zugleich der Freiheit wie der Einheit. Denn ein innerer Trieb führt sie zusammen, weil sie nur durch eine innige Vereinigung ihre eigene Autonomie sichern oder wieder erobern können.

Es ist daher ein naheliegender Gedanke, daß die hohen Lehranstalten der verschiedenen Territorien zusammentreten, und als beständiges Organ ihrer Gemeinschaft eine Bundesakademie begründen, dem Bundesgericht entsprechend. Gewiß ein sehr wirksames Mittel, um die Einheit der geistigen Entwicklung zu erhalten und zu pflegen, nicht durch rechtlichen Zwang und äußerliche Maßreglung, sondern durch gemeinsame Befruchtung der Geister, und als ein Stützpunkt der nationalen Ideen. Welch ein beklagenswerther Mangel in dieser Hinsicht obwaltet, haben wir schon früher hervorgehoben, wo wir von der deutschen Geschichtsschreibung sprachen. Wie die Dinge jetzt liegen, schließen sich die geistigen Institute überall an die Territorialgewalten an, und das kann nicht ohne Folgen bleiben, wie sie denn auch deutlich genug hervortreten. Deutschland ist reicher an geistigen Instituten aller Art als irgend ein anders Land, aber wie sonderbar, es besitzt nicht ein einziges, welches ausdrücklich auf die deutsche Gesammtentwicklung gerichtet wäre, außer etwa das in jüngster Zeit entstandene germanische Museum in Nürnberg. Darf man sich wundern, daß es grade das gelehrte Deutschland ist, wo gleichzeitig die größte geistige Zerfahrenheit herrscht! Wahrlich, wenn irgend wo, so thut hier eine wirksame Abhülfe noth.

Aber auch auf diesem Gebiete ist es wieder evident, daß das gewünschte Resultat nur innerhalb des engeren Bundes zu erreichen ist. Oder würden etwa Oesterreich und Preußen ihren hohen Lehranstalten eine solche Autonomie und eine so enge Verbindung mit den gleichartigen Anstalten des übrigen Deutschlands gestatten, wie

sie doch für unseren Zweck ganz unerläßlich ist? Sie werden es nicht, und wir sagen es unumwunden, sie können es auch nicht, es ist mit den eigenthümlichen Bedingungen ihres Staatslebens unvereinbar. Außerdem herrscht in diesen östlichen Marken von Deutschland ein besonderer Geist, wovon doch auch die wissenschaftlichen Anstalten und die gelehrten Kreise nicht unberührt bleiben können, und wodurch zwischen dem westlichen und östlichen Deutschland selbst im geistigen Leben ein erheblicher Unterschied entsteht. Man erwäge nur z. B., welche große Rolle in dem eigentlichen östlichen Preußen die Erinnerungen an den großen Kurfürsten und an den großen Friedrich spielen! Sie bilden dort fast den Hauptstoff, woran sich das Volksbewußtsein nährt, und werden auch in den gelehrten Anstalten mit Vorliebe gepflegt. Sehr natürlich, man darf es nicht anders erwarten, — aber andrerseits, — wie wenig bedeuten diese Erinnerungen für das alte westliche Deutschland, für das Volk am Rhein, in Schwaben und Baiern, überhaupt in dem alten Reichsgebiet, wo noch die Erinnerungen aus der Kaiserzeit fortleben! Und wenn im westlichen Deutschland die vornehmste Aufgabe doch offenbar die Entwicklung der föderativen Idee ist, so lebt man in dem östlichen Preußen in den Anschauungen eines zentralisirten Staatswesens, und herrscht dort für die föderative Entwicklung nur wenig Sinn. Ginge es nach dem Sinn des spezifischen Preußenthums, so müßte vielmehr ganz Deutschland borussifizirt und zentralisirt werden. Denkt man aber dort wirklich so, so kann von da aus wohl nicht die Entwicklung des deutschen Nationalgeistes ausgehen. Und von Oesterreich doch wahrlich noch viel weniger, das bedarf gar keiner Erörterungen.

So hat denn auch die österreichische Reformakte in dieser Hinsicht einen ganz richtigen Takt bewiesen, indem sie von den geistigen Bedürfnissen der Nation gar nicht spricht. Das war auf österreichischem Standpunkte das Allerklügste, denn wäre man irgendwie auf die geistigen Angelegenheiten eingegangen, so müßte es ja selbst den blödesten Augen klar geworden sein, wie wenig Oesterreich dar-

auf Anspruch machen darf, sich als den Vorkämpfer der deutschen Entwicklung zu geberden, wo es doch offenbar nur den Nachtrapp bildet.

7.

Wir gingen in dem Vorstehenden von dem Gesichtspunkt aus, die bisher unabhängigen Einzelstaaten zu einem lebendigen Körper zu verbinden, durch einen allmäligen Zusammenschluß der bestehenden Territorialgewalten und territorialen Institute, und haben dabei die Hauptfäden der Verbindung im Militairwesen, im Gerichtswesen und im Unterrichtswesen gefunden. Aber dies Alles reicht noch nicht aus, sondern es müssen noch andere Elemente hinzukommen, die mindestens eben so wichtig sind, doch keine so direkte Beziehung zu den territorialen Staatsgewalten haben, sondern mehr der gesellschaftlichen Entwicklung angehören.

a.

Von augenfälligster Wirkung ist in dieser Hinsicht der materielle Verkehr. Der neue Bund muß also ein Handelsgebiet bilden, und was nur immer zur inneren oder äußeren Handelspolitik gehört, muß als Bundessache behandelt werden. Das ist unerläßlich, wenn der Bund Leben gewinnen soll.

Aber wohin führt das? Wir gerathen bei dieser Forderung sofort in Konflikt mit dem gegenwärtigen Zollverein, der in Zukunft eine ganz andere Gestalt annehmen müßte. Darin liegt nun eine große Schwierigkeit. Wir verkennen das nicht, allein wir meinen, die Schwierigkeit ist auch ohnedies schon jetzt vorhanden, da sich doch Niemand verhehlen wird, daß der Zollverein in seiner gegenwärtigen Verfassung nicht lange mehr bestehen kann, sondern tiefgreifender Veränderungen bedarf. Dieses anerkannt, so mag man die Sache betrachten wie man will, sie führt unvermeidlich zu politischen Fragen. Einerseits kann es auf die Dauer nicht so bleiben, daß jeder Zollvereinsstaat, bis auf die Kleinstaaten herab, ein Veto hat, und

andrerseits ist es doch eine mißliche Aushülfe, daß dieses Veto in der Praxis dann wieder illusorisch wird, und im Grunde genommen doch nur Preußen das Ganze leitet, was sich wiederum die übrigen Staaten nicht auf die Dauer gefallen lassen werden. Eben so wenig kann es sich die Nation gefallen lassen, daß das Gebiet der Handelsangelegenheiten fast ausschließlich in den Händen der Regierungen liegt, indem die Verhandlungen, welche jetzt in den Kammern der Einzelstaaten über Handelspolitik und Zölle geführt werden, doch größtentheils illusorisch sind. Dazu kommt endlich die Schwerfälligkeit der ganzen Maschinerie, im auffallendsten Widerspruch zu der heutigen Beweglichkeit der Handelsverhältnisse.

Dies Alles ist längst bekannt, und vielfach beklagt, — aber wie will man darüber hinauskommen? Mit einzelnen Verbesserungen ist hier wenig zu erreichen, und entweder bleibt Alles beim Alten, oder das Ganze muß auf neue Grundlagen gestellt werden und neue Formen annehmen. Nun ist aber seit Stiftung des Zollvereins ein Menschenalter verflossen, und die Dinge liegen heute nicht mehr so wie damals. Sondern wenn damals der Zollverein für sich selbst ein unermeßlicher Fortschritt war, so handelt es sich jetzt um etwas noch viel Größeres. Denn seitdem ist der Trieb nach einer die deutschen Gesammtverhältnisse umfassenden Reform erwacht, und diese politische Reform steht im Vordergrund. Man hat wohl von einem Zollvereinsparlament gesprochen, aber das ist heute nicht mehr möglich, man kann dem Zollverein keine neue Grundlage mehr geben, wenn nicht eine politische Reform vorhergeht, und damit sieht man sich sofort in den Mittelpunkt der deutschen Frage versetzt. Ist also die Weise, wie wir die deutsche Frage behandeln, die richtige, so muß man sich auch die Konsequenzen gefallen lassen, und die deutsche Entwicklung kann sich nicht nach dem Zollverein akkommodiren, sondern umgekehrt, der Zollverein muß sich nach jener richten.

Schwierig freilich bleibt die geforderte Veränderung, aber es giebt in Deutschland noch größere Schwierigkeiten, und endlich wird man dennoch daran gehen müssen. Was hindert denn auch, daß

Preußen in Zukunft seine Verträge mit dem engeren Bunde schließt, wie jetzt mit den einzelnen deutschen Staaten? Der Zollverein muß zu dem Ende eine ganz andere Gestalt bekommen, und das wird ein mühsames Werk sein, aber einmal vollbracht, wird das Ganze in Folge dessen ungleich viel einfacher und lebendiger werden.

b.

Von dem Handel, welcher auf dem freien Spiel der Kräfte beruht, gehen wir zu den organischen Elementen der Gesellschaft über, woraus wiederum neue Verbindungsmittel entspringen werden.

Da fällt unser Blick zunächst auf das deutsche Städtewesen, welches im Mittelalter eine so wichtige Rolle spielte, dann mit dem zunehmenden Verfall der deutschen Reichseinheit immer mehr zurücktrat, in neuster Zeit aber wieder kräftig emporkommt, und seitdem einen wichtigen Faktor der deutschen Einheitsbewegung bildet.

Die deutschen Städtebünde, bemerkten wir bereits, waren ehemals ein sehr wirksames Gegenmittel gegen den territorialen Absonderungstrieb. Sie gingen über die territorialen Grenzen hinweg, und zogen sich durch vieler Herren Länder hindurch. Warum sollten die Städte in Zukunft nicht eine ähnliche Wirkung haben, zumal sie jetzt durch Eisenbahnen verbunden sind? Warum sollten also nicht neue Städtebünde entstehen, natürlich zu Zwecken und in Formen, wie sie die Gegenwart erheischt? Also insbesondere zur gemeinsamen Beförderung des Handels und der Schifffahrt, wie zu seiner Zeit schon Justus Möser in seinen patriotischen Phantasien ausgesprochen hat. Aber auch die Förderung des Kommunalwesens überhaupt ist hier zu berücksichtigen, dazu mancherlei Kulturzwecke, und selbst gemeinsame bürgerliche Festlichkeiten können sehr belebend wirken, und haben eine unverkennbare politische Wichtigkeit. Deutsche Städtetage werden eine sehr wirksame Vorbereitung zu deutschen Reichstagen sein. So gilt uns denn Alles, was in dieser Richtung schon wirklich geschieht, oder angebahnt wird, als

hocherfreulich, und als ein durchaus praktisches Mittel zur Beförderung der deutschen Einheit.

Das Städtewesen repräsentirt im allgemeinen das Bürgerthum, aber durch die örtlichen Korporationen hindurch zieht sich noch außerdem ein ständischer Verband. So erscheint insbesondere der Handelsstand als ein eigenthümliches Element, und es ist ebenfalls von großer Wichtigkeit, daß der deutsche Handelsstand sich als ein Ganzes fühlen und benehmen lernt, wozu in den Handelstagen schon ein guter Anfang vorliegt. In dieser Richtung muß man weiter gehen, gemeinsame Institute begründen und eine genossenschaftliche Organisation ausbilden. Der Handelsstand hat so reiche Mittel, und aus der Natur des Handels selbst entspringen so vielseitige Verbindungen, daß es hier nur geringer Opfer und Anstrengungen bedarf, um zu großen Resultaten zu gelangen.

Diesem Stande zur Seite steht der Handwerkerstand, durch die alte Sitte der Wanderschaft und durch gemeinsame Handwerksgebräuche zusammengehalten, aber durch die moderne Industrie in seiner ehemaligen Bedeutung gesunken, und vielfältig durch Armuth gedrückt. Gleichwohl besitzt er noch immer Lebenskraft genug um sich wieder aufzurichten, und kann durch Genossenschaften eine Stellung gewinnen, welche ihm die Möglichkeit giebt, sich in der heutigen Industrieentwicklung zu behaupten, und sich die Vortheile derselben selbst anzueignen. Möchte dieses geschehen und Fortgang haben! Es wird zugleich ein wichtiger Schritt zur Wiederherstellung Deutschlands sein, weil das deutsche Handwerk immer ein wesentliches Element der deutschen Nationaleinheit bilden wird. Denn noch einmal gesagt, der Handwerker wandert, nicht so der Fabrikarbeiter, welcher durch die Natur der Dinge auf blos örtliche Verbindungen angewiesen ist, während sich aus dem Handwerk ein standesmäßiger Zusammenhang entwickelt, der sich über ganz Deutschland erstreckt. Je mehr also das Genossenschaftswesen fortschreitet, und der Handwerker daran einen neuen Hebel gewinnt sich geltend zu machen, wird auch dieser nationale Zusammenhang erstarken, und zu gemeinsamen Instituten und Ord-

nungen führen, ähnlich wie im Handelsstande. Die alten Zünfte haben sich längst überlebt wie die alten Handelsgilden, und es ist nicht unsere Meinung, uns auf die kümmerlichen Ueberreste derselben stützen zu wollen, aber es lebt in dem Handwerkerthum ein innerer Bildungstrieb, der neue Gestaltungen hervorrufen wird, die sich wie von selbst über das ganze Vaterland verzweigen.

Endlich sehen wir auch die Techniker, die Künstler und die Gelehrten zu Vereinen zusammentreten, und können auch hier nur wünschen, daß dieselben sich immer mehr ausbilden, und Konsistenz gewinnen durch gemeinsame Institute und Ordnungen. Sie leisten abermals einen wichtigen Beistand zur Ueberwindung des territorialen Partikularismus.

Was bei dem Allen hindernd im Wege steht, ist einerseits die Erschlaffung und die lange Gewohnheit der Nation, nur von oben her Veränderungen und neue Schöpfungen zu erwarten, und andrerseits die kleinlichen Polizeiansichten der Territorialgewalten, welche sich durch die Ausbreitung des deutschen Vereinswesens in ihrer territorialen Herrlichkeit bedroht sehen. Also das Eine wie das Andere muß bekämpft werden. Alle Stände müssen sich daran gewöhnen, ihre eigenen Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen, und thatkräftig dafür einzustehen, der territorialen Eigensucht und Beschränktheit aber muß die dazu erforderliche Freiheit abgerungen werden. Freie Vereinsbildung ist in einem so zerrissenen Körper wie Deutschland eine ganz unerläßliche Bedingung, wenn wir je wieder zu einer realen Einheit gelangen sollen.

c.

Schon früher haben wir von der Stellung gesprochen, welche unserer Ansicht nach der Grundadel in der deutschen Einheitsbewegung einnehmen könnte und sollte, und müssen hier noch einmal darauf zurückkommen, weil wir wünschen und hoffen, daß eine genossenschaftliche Organisation, wie wir sie so eben für die industriellen und gelehrten Stände gefordert haben, sich auch in dem deutschen

Adel entwickeln möchte, und zwar wiederum als ein Gegengewicht gegen den territorialen Partikularismus. Wir wissen wohl, wie sehr diese Idee dem vulgären Liberalismus zuwieder ist, der leider in dem sogenannten gebildeten Publikum noch bis heute vorherrscht, aber um so mehr wollen wir diesen Punkt hervorheben, und unseren Dissensus geltend machen.

Welch ein Widerspruch tritt doch hier zu Tage! Man findet es ganz in der Ordnung, daß Kaufleute, Handwerker und Gelehrte ihre besonderen Vereine bilden, selbst bis auf die geringsten Spezialitäten herab, wie Lithographen, Photographen, Stenographen u. s. w., sie mögen ihre Versammlungen halten, ihre Zeitschriften gründen, Pensionskassen oder was es sonst sei, — es ist Alles schön und gut. Nur der Gedanke eines deutschen Adelsvereines gilt überaus anstößig, und kann einem richtigen Liberalen Schauder erregen, und derselbe Mann, der soeben über die Segnungen des Vereinswesens gesprochen, würde vielleicht nicht Worte genug zu finden wissen, um ein solches Unternehmen zu verurtheilen, zu schmähen oder zu verdächtigen. Liegt denn aber in der Stellung des grundbesitzenden Adels nicht allerdings etwas Eigenthümliches, welches einer genossenschaftlichen Pflege ganz eben so würdig und bedürftig ist, wie die Eigenthümlichkeit irgend eines anderen Standes? Und grade daran ist nach unserer Ansicht sehr viel gelegen, daß sich eine solche Genossenschaft über das ganze Bundesgebiet verbreitet, damit sich der deutsche Adel als ein Ganzes fühlen und benehmen lernt. Es wäre dies um so wichtiger, je mehr bisher das Gegentheil stattfindet, indem der grundbesitzende Adel sich allermeist in dem Umkreise des staatlichen Partikularismus bewegt, und indem er sich dort an die Höfe anschließt, und in der ganzen vornehmen Gesellschaft den Ton angiebt, leider nur allzusehr dem Partikularismus dient. Eben dies soll nun anders werden. Der Adel soll aus seiner landschaftlichen Absonderung heraustreten, er soll seinen Blick auf die deutschen Nationalangelegenheiten richten, um auf diesem Gebiete den Einfluß geltend zu machen, den er doch thatsächlich besitzt Fürwahr, es wäre ein

großer Gewinn für die deutsche Einheit, wenn dies erreicht würde, und die Rückwirkung davon bald überall fühlbar werden.

Möge also der deutsche Adel sich vereinigen und seine Adelstage halten, wie die Kaufleute ihre Handelstage, die Juristen ihre Juristentage, und sich dabei an das Gerede unverständiger Menschen nicht kehren. Es liegt dann in seiner Hand dies Gerede gar bald zu Schanden zu machen, wenn er die Zeichen der Zeit begreift, und seinen Beruf darin erkennt ein Träger der nationalen Gemeinschaft zu werden, und dieselbe durch alle die Hülfsmittel zu fördern, welche die eigenthümliche Stellung des Grundadels gewährt.

d.

Wie könnten wir endlich von der Kirche schweigen, wo es sich um die deutsche Einheit handelt, da es doch grade die Kirchenspaltung ist, welche den tiefsten Riß gemacht? Nun aber haben wir schon bemerkt, wie nach den Territorialveränderungen der beiden letzten Menschenalter alle größeren deutschen Staaten eine mehr oder weniger gemischte Bevölkrung enthalten, und dieser Umstand tritt noch deutlicher hervor, wenn wir uns dabei auf das Gebiet des engeren Bundes beschränken, wo der konfessionelle Charakter der einzelnen Territorien immer mehr verschwindet. Findet hier also überall eine Mischung statt, welche im stetigen Zunehmen ist, so kann in Zukunft die Kirche selbst als Einheitsband dienen, sobald nur jede Konfession sich als ein zusammenhängendes Ganzes auffaßt, und ein Organismus hinzukommt, der über die territorialen Grenzen hinausreicht, und von den territorialen Gewalten unabhängig ist.

Wir fordern daher eine möglichst große Freiheit der Kirche, weil nur die freie Kirche die deutsche Einheit befördern kann, während umgekehrt die abhängige Kirche selbst dem Partikularismus dient. Wie auffallend dies auf dem protestantischen Gebiete hervortritt, haben wir ebenfalls schon bemerkt. Ja die sogenannte evangelische Landeskirche ist selbst wohl der grellste Ausdruck der deutschen Zerrissenheit. Daß hier eine Abhülfe eintritt, ist wahrlich wichtiger als

viele andere Dinge, mit denen die Tagespolitik groß thut. Wir müssen es daher als ein hocherfreuliches Ereigniß ansehen, wenn in der evangelischen Kirche selbst ein Gefühl ihrer unwürdigen Lage erwacht. Sie will sich emanzipiren, und diese Idee hat wie von selbst auf eine deutsche Vereinigung geführt, welche ja offenbar das wirksamste Mittel sein würde, um sich der erdrückenden Umarmung der Territorialgewalten zu entziehen. Diesem Streben dienen die evangelischen Kirchentage, denen wir den besten Fortgang wünschen. Nur müssen wir gleichzeitig beklagen, daß sie in die Verirrung zu gerathen scheinen, eine exklusive Orthodoxie herstellen oder sich gar an dem politischen Konservatismus anschließen zu wollen, während es sich doch nicht um Erhaltung der bestehenden Verhältnisse sondern um tief greifende Veränderungen handelt, und grade der status quo des landesherrlichen Kirchenregiments das zu beseitigende Uebel selbst ist. Als das Verkehrteste erscheint uns das Streben, auf das alte Lutherthum zurückzugehen, welches doch grade der rechte Herd dieser bornirten landeskirchlichen Ansichten ist, woran wir seit drei Jahrhunderten leiden. Nein, wenn irgendwo so gilt es hier, nicht rückwärts sondern vorwärts zu schauen, denn es handelt sich darum einen neuen Zustand zu begründen.

Die katholische Kirche erfreut sich bereits eines hohen Grades von Selbstständigkeit, die wir ihr durchaus nicht mißgönnen. Aber gleichwohl bleibt es sehr zu beklagen, daß die katholische Kirche in Deutschland kein zusammenhängendes Ganze bildet, wie es doch zu den Zeiten des Reiches allerdings der Fall war. Auch wurde zu Anfang des deutschen Bundes durch Wessenberg in Vorschlag gebracht, die Regulirung der katholischen Kirchenverhältnisse zur Bundessache zu machen, was aber leider keinen Erfolg gehabt, so daß diese Angelegenheit im Wesentlichen Landessache geworden und überall durch besondere Verträge regulirt ist. Wir würden es für die Interessen der deutschen Nation, wie andrerseits für die Würde der katholischen Kirche selbst, viel angemessener erachten, wenn das katholische Kirchenwesen in Deutschland eine gemeinsame Organisation er-

hielte, mit einem Primas an der Spitze, und wenn die erforderlichen Verhandlungen mit dem römischen Stuhle von Bundeswegen geführt würden.

So muß es in Zukunft wenigstens im engeren Bunde geschehen. Um aber diese Wendung einzuleiten, dazu wird vor Allem der Episkopat mithelfen müssen. Was hindert die deutschen Bischöfe, bei der freien und angesehenen Stellung, die sie doch überall haben, zu einem festen Verein zusammenzutreten? An Würde und Einfluß würden sie wahrlich nicht verlieren, wenn sie in solcher Weise die deutsche Einheit beförderten. Im Gegentheil, sie würden dabei gewinnen an Unabhängigkeit von den Territorialgewalten, und die Anerkennung aller Verständigen und wohlgesinnten Leute finden, gleichviel ob Katholiken oder Protestanten.

e.

Bei alle dem, was hier über die korporative, ständische und kirchliche Entwicklung gesagt wurde, halten wir zunächst nur das Gebiet des engeren Bundes vor Augen, allein es gilt mehr oder weniger auch für Oesterreich oder Preußen. Diese beiden Staaten müssen selbstständig sein in allen denjenigen Einrichtungen, welche ein direktes Verhältniß zur Staatsgewalt haben, und so bemerkten wir an einer früheren Stelle, daß sie nicht in den Rechtsorganismus des engeren Bundes eintreten können, sondern ihnen überlassen bleiben muß, ob und was sie sich davon aneignen wollen, was immer seine Grenze haben wird. Allein in den vorstehenden Angelegenheiten, welche kein direktes Verhältniß zur Staatsgewalt haben, wird diese Grenze sehr viel weiter oder verschwindet wohl ganz.

Zunächst auf dem Gebiete des Handels besteht seit lange der Zollverein, wodurch das östliche Preußen ein Ganzes bildet mit den Territorien des westlichen Deutschlands. So wird es auch bleiben, und es ist nicht ausgeschlossen, daß in Zukunft auch Oesterreich dem Zollverein beitritt. Was ferner die freien Vereine anbetrifft, auf kommunaler oder ständischer Grundlage, so liegt kein wesentliches

Hinderniß vor, daß sie auch Preußen und Oesterreich umfassen, soweit überhaupt die deutsche Bildung reicht. Der Handelsstand, der Handwerkerstand und der Gelehrtenstand haben im östlichen und westlichen Deutschland ziemlich dieselbe soziale Stellung, und fühlen sich in so fern in der That als ein Ganzes. Weit weniger freilich der Grund adel, der in den verschiedenen Theilen von Deutschland eine merklich verschiedene Stellung einnimmt, indessen,—so weit er überhaupt deutsch ist, steht er doch in einem gewissen Zusammenhang, der sich sehr wohl auch in gemeinsamen Instituten ausprägen kann. Ohngefähr dasselbe gilt von der Kirche.

Ein Anstand kann hier nur entstehen, wenn es sich um Einrichtungen handelt, welche aus dem Charakter freier Vereinsbildungen heraustreten, Rechte und Pflichten gegen Dritte begründen, eine Zwangsgewalt beanspruchen, und somit in die politische Organisation eingreifen, wo dann freilich eine Gemeinschaft zwischen dem engeren Bunde und den beiden Großmächten nur in so weit möglich ist, als man sich im Einzelnen darüber verständigt, aber nicht grundsätzlich gefordert werden kann. Hier bleibt es der Zukunft überlassen, daß beide Theile auch in ihrem politischen Leben immer mehr zusammenwachsen, obgleich sie grundsätzlich als unabhängige Gebiete bestehen. Immer wird die soziale Entwicklung eine wichtige Klammer sein, wodurch nicht nur die Territorien des engeren Bundes unter sich, sondern auch dieser ganze Körper selbst mit Preußen und Oesterreich verbunden werden, und daher um so mehr zu berücksichtigen und zu pflegen sein, je weniger dies Letztere durch eine gemeinsame politische Verfassung zu erreichen ist.

## 8.

Dies sind die Mittel und Wege, wodurch wir aus der gegenwärtigen Zersplitterung in Deutschland zu einem kräftigen und lebendigen Bunde gelangen können: nicht durch irgend ein konstitutionelles Kunststück, oder durch einen großen revolutionären Akt und unwiderstehlichen Stoß, sondern im allmäligen Fortschreiten, durch die unun-

terbrochene Arbeit aller Stände der Nation, durch ein Zusammenschließen aller Faktoren des öffentlichen Lebens.

Um aber diese Richtung verfolgen zu können, werden gleichzeitig tiefgreifende Veränderungen in den Verfassungen der Einzelstaaten eintreten müssen. Sind doch dieselben gar nicht darauf angelegt, einem kräftigen Bunde zum Unterbau zu dienen, sondern beruhen vielmehr auf der Idee eines unabhängigen Staatswesens, für welches der Bund nur ein ganz äußerliches Verhältniß sein kann.

Wir haben hierüber schon wiederholt zu sprechen gehabt, aber erst jetzt sind wir auf den Standpunkt angelangt, wo diese Angelegenheit in ihrem vollen Lichte erscheint. Und damit zugleich die unglaubliche Unklarheit, welche in diesem Punkte bis heute herrscht, und wohl nirgends greller hervorgetreten ist als in dem deutschen Parlament und seiner Reichsverfassung, wodurch die deutschen Einzelstaaten auf einmal zu einem Gesammtstaat verschmolzen werden sollten, während gleichwohl in eben diesen Einzelstaaten die konstitutionellen Verfassungen unverändert fortbestanden. Grade wie wenn es nur darauf ankäme, die konstitutionellen Gewalten der Einzelstaaten in ihrer Kompetenz zu beschränken, statt dessen es doch vielmehr ihre innere Organisation und vor Allem das konstitutionelle Prinzip selbst ist, wodurch jede engere Vereinigung unmöglich gemacht wird.

Sollen die Einzelstaaten konstitutionelle Monarchien sein, so gestattet ihr Staatsprinzip keine Kollektivsouverainität; es gestattet keine Verschmelzung der einzelnen Truppenkontingente zu einer wirklichen Bundesarmee; es gestattet nicht die geforderte Verbindung der einzelnen Obergerichte zu einer gemeinsamen Organisation, die doch ganz unerläßlich ist, wenn ein machtvolles Bundesgericht und eine lebendige Gemeinschaft im ganzen Gerichtswesen und im Recht entstehen soll. Ja wie steht es überhaupt mit der Unabhängigkeit der Gerichte in dem konstitutionellen System, ist sie nicht zum großen Theil ganz illusorisch? Wohl fordert die konstitutionelle Theorie, daß der Richter in seiner persönlichen Stellung gesichert, und die Kompetenz

der Gerichte gesetzlich festgestellt sei, und kein Eingriff der Regierungsgewalt in dem Gang der Gerichte stattfinden soll, aber dafür ist die sogenannte gesetzgebende Gewalt allmächtig. Sie kann jeden Augenblick durch neue Gesetze die bisherige Kompetenz der Gerichte verändern, ja die ganze Gerichtsorganisation selbst, und die bestehenden Gerichte über Nacht verschwinden lassen. Welche Macht und Bedeutung können also die Gerichte gewinnen bei einer so prekairen Existenz, wenn sie selbst ein Gegenstand fortwährender Experimente oder Reorganisationen sind, wie man es zu benennen liebt? Und wenn nun das Gerichtswesen in den Einzelstaaten auf einem so unsicheren Boden steht, und nach so verschiedenen Maximen behandelt, und fortwährend verändert wird, — wo wäre da die Basis für ein starkes Bundesgericht, und wo die Möglichkeit für eine feste Vereinigung im ganzen Gerichtswesen? Ist es nicht handgreiflich, daß es grade das konstitutionelle Prinzip der Einzelstaaten ist, welches hier jede große Reform unmöglich macht?

Fordern wir ferner eine Verbindung der höheren Lehranstalten im Bunde, so müssen dieselben eine Autonomie besitzen, welche wiederum das konstitutionelle System nicht gestattet, wonach diese Anstalten vielmehr der Kammergesetzgebung der Einzelstaaten unterworfen sind, von den Kultusministern reglementirt werden, und keinen Schritt thun dürfen ohne hohe Erlaubniß. Fast dasselbe gilt von dem Städtewesen, und von den bürgerlichen Korporationen. Auch der Adel würde auf Hindernisse stoßen, sobald er sich zu einer großen, das ganze Bundesgebiet umfassenden Genossenschaft vereinigen wollte. Denn unsere Konstitutionen kennen nur einen baierschen, einen sächsischen Adel u. s. w., aber keinen deutschen Adel, indem nur die Mediatisirten von den territorialen Beschränkungen einigermaßen eximirt sind, und im rechtlichen Sinne zur Zeit allein den deutschen Adel bilden. Nicht minder endlich nehmen die Territorialgewalten die ausschließliche Regulirung der kirchlichen Angelegenheiten in Anspruch, und zu der Landesverfassung gehört überall auch eine Landeskirche, da in gewissem Sinne selbst der Katholizismus dem

Territorialsysteme unterworfen ist, und wie gesagt, auch die katholische Kirche heut zu Tage keinen geschlossenen Zusammenhang in Deutschland hat.

Unser System beruht auf der Voraussetzung einer weitreichenden Autonomie aller großen Institute, Korporationen und gesellschaftlichen Kreise, so daß die Einheit gleichzeitig mit der Freiheit realisirt wird, nämlich durch das freie Zusammentreten aller Glieder, die alle ihr eigenes Leben haben und ihre eigenen Angelegenheiten selbst ordnen und verwalten. Das konstitutionelle System hingegen ist solcher Autonomie keinesweges günstig, sondern schließt sie in thesi gänzlich aus, und macht sie in der Praxis fast unmöglich. Besteht doch nach diesem System die Freiheit nur darin, daß man Deputirte wählt, die dann als gesetzgebende Gewalt zusammentreten, um das Land mit immer neuen Gesetzen zu beglücken, welche hinterher durch die sogenannte Exekutive ausgeführt und gehandhabt werden sollen. Am wichtigsten ist dabei die sogenannte organische Gesetzgebung, d. h. die Kammer kann nach ihrem Belieben den bestehenden Korporationen, gleichviel ob kommunale oder ständische, ihre bisherige Verfassung entziehen, und ihnen alle Tage eine neue vorschreiben, desgleichen die Gerichte und Lehranstalten reorganisiren, auch die Stellung der Kirche zur Staatsgewalt verändern, und in der evangelischen Kirche ogar die innere Verfassung, so daß nichts in der Welt sein eigenes Leben und sein eigenes Recht behält, sondern vor der legislativen Allmacht, Allgegenwart und Allweisheit kaum die nackte Existenz retten kann. Ist das in Wahrheit eine freie Verfassung zu nennen?

Das konstitutionelle System hat geleistet, was es leisten konnte, und wir haben es seines Ortes anerkannt, was wir demselben verdanken, aber nachdem es dies geleistet, ist auch seine Leistungsfähigkeit erschöpft, selbst für die einzelnen Territorien. Für die deutsche Gesammtverfassung ist es gänzlich unbrauchbar, und nicht etwa ein Hebel des Fortschrittes, sondern vielmehr ein wesentliches Hinderniß, indem es in den Einzelstaaten die Tendenz befördert sich zu abgeschlossenen

Körpern auszubilden, und zu diesem Ende Einrichtungen und Maximen hervorruft, welche mit einer deutschen Gesammtverfassung ganz unvereinbar sind. Es kommt hinzu, daß dadurch überall ein territoriales Parteiwesen entsteht, in welchem wegen der Kleinheit der Verhältnisse fast unvermeidlich persönliche Rücksichten und daran sich anschließende Koterien vorherrschen, wonach sich dann die Elemente in den Kammern gruppiren, deren Thätigkeit daher weit weniger als eine Vorschule zur Behandlung der großen deutschen Fragen anzusehen ist, als sie vielmehr die Geister an kleinliche Gesichtpunkte gewöhnt, und was etwa an natürlichen Talenten vorhanden sein möchte, in den dürftigen Praktiken parlamentarischer Fraktionen aufgerieben und verdorben wird.

Darum erachten wir es in der That für eine erfreuliche Erscheinung, daß das Interesse an der konstitutionellen Entwicklung und an den Kammerverhandlungen im Allgemeinen abnimmt, indem man allgemach zu fühlen scheint, daß dabei nicht viel herauskommt, und am allerwenigsten für die große deutsche Frage. Denn wahrlich nicht die deutschen Kammern sind es, wo sich die Keime unserer Zukunft entwickeln, sondern die großen Vereine sind es, deren wir oben gedachten, seien sie auf kommerzielle, industrielle, gelehrte oder kirchliche Zwecke gerichtet, — es wirkt Alles zusammen. Ja selbst die großen Festvereine, wie die Schützenbünde und Sängerbünde, dazu die Turnvereine, sind für die deutsche Einheitsbewegung wichtiger als die deutschen Kammern.

## 9.

Aber, — wird man nach dem Allen fragen, wo bleibt denn bei diesen Ansichten über deutsche Bundesverfassung das deutsche Parlament, welches doch den Mittelpunkt des Ganzen, ja wohl selbst die eigentliche Grundlage bilden muß, wenn anders ein freies und starkes Gemeinwesen entstehen soll? Denn so will es bis heute die landläufige Theorie, welche den Kern einer jeden freien Verfas=

fung in einer großen debattirenden Versammlung und Gesetzfabrik findet.

Ist aber wohl jemals ein politischer Körper durch Reden und durch Gesetze zu Stande gekommen, und nicht vielmehr durch einen Prozeß realer Kräfte, der immer um so schwieriger und langwieriger war, je größer die Hindernisse waren, welche der Vereinigung der verschiedenen Elemente entgegenstanden? Und dieses zugegeben, — wie groß sind offenbar die Schwierigkeiten in Deutschland, und welche Anstrengungen werden dazu gehören, um sie zu überwinden? Darauf sind nun unsere Vorschläge gerichtet, daß durch einen realen Zusammenschluß aller Elemente des öffentlichen Lebens allmälig ein fester Körper entstehe. Erst dann, wenn dieser Körper wirklich zu Stande gekommen, könnte verständiger Weise von einem Parlament die Rede sein, welches somit nicht der Anfang sondern das Ende des ganzen Umbildungsprozesses sein würde.

Das ist zuvörderst die Hauptsache, welche man in's Auge fassen muß, um über diese Frage zu einiger Klarheit zu gelangen.

Sodann wird auch die Stellung, welche eine parlamentarische Versammlung im Bunde einzunehmen hätte, eine erheblich andere sein, als die Stellung einer konstitutionellen Kammer. Denn während nach der konstitutionellen Theorie und Praxis alle Rechte und Interessen so zu sagen in einen Topf geworfen werden, und dann in der Kammer ihre gemeinsame Vertretung finden, und durch allgemeine Gesetze regulirt werden sollen, so beruht unser System vielmehr auf einer autonomen Entwicklung aller Lebenskreise, welche ihre Angelegenheiten selbst besorgen, und dazu weder der legislativen Kammerweisheit, noch der gouvernementalen Vormundschaft bedürfen. Somit wird der größte Theil aller der Geschäfte, für welche jetzt die konstitutionelle Maschinerie dient, nach deren Vorbild man auch das deutsche Parlament einzurichten gedenkt, von vornherein in Wegfall kommen. Nur die großen Fragen und Interessen, welche den ganzen Bundeskörper betreffen, bleiben dann noch gesetzlich zu ordnen, und dazu wird sich das geeignete Organ auf unserem Wege wie von

selbst bilden. Denn wenn die Truppenkörper der Einzelstaaten zu einem Ganzen verbunden werden, und die hohen Gerichte, die hohen Lehranstalten und die großen Korporationen zusammentreten, so entsteht aus den respektiven Vorständen ganz von selbst eine Versammlung, deren Mitglieder durch Einsicht, Geschäftserfahrung und angesehene Lebensstellung alle die Eigenschaften vereinigen, welche zu diesem Zwecke erforderlich sind, und durch die Entwicklung der Dinge selbst wird das Ganze auch allmälig eine passende Form gewinnen. Die großen Nationalangelegenheiten erhalten dadurch die allergeeignetste und wirksamste Vertretung, und so ist die ganze Bundesverfassung in ihrem Grundbau schon vollendet.

Aber allerdings fehlt noch der Oberbau, denn das deutsche Gemeinwesen muß auch noch nach einer andern Seite hin ausgebildet werden, nämlich nach der Seite der persönlichen Freiheitsrechte. Davon haben wir bisher noch nicht gesprochen, weil es sich für uns zunächst um die Herstellung eines kompakten Bundeskörpers handelte, was eine ganz andere Aufgabe ist als die Garantie der persönlichen Rechte. Und eben darin liegt der Grundirrthum, der in allen modernen Verfassungsentwürfen hervortritt, insbesondere auch in den deutschen Projekten von 1848, daß man diese beiden Aufgaben vermischt, und dann grade die zweite Aufgabe zum Ausgangspunkt, oder wohl gar zum alleinigen Inhalt und Zweck der ganzen Verfassung machen will.

Daß man in diesen Irrthum gerathen konnte, der auf der Grundlage des sogenannten Naturrechtes im vorigen Jahrhundert zu einem vollständigen System entwickelt wurde, erklärt sich sehr wohl aus den damaligen Zeitverhältnissen. Die Forderungen der persönlichen Freiheit traten damals ganz natürlich in den Vordergrund, theils weil eben die persönliche Freiheit durch Absolutismus, Feudalismus und Zunftzwang so vielfach gekränkt, gehemmt oder gradezu unterdrückt war, theils weil eben die Geltendmachung der persönlichen Freiheit den wirksamsten Hebel bildete, um das ganze alte Gebäude zu untergraben, zu sprengen und umzustürzen. Denn in

der That, wenn man die ganze Staatsgesellschaft in atome Persönlichkeiten auflös't, so müssen ja alle bestehenden Bande zerreißen, so gewiß, als die reine Persönlichkeit nichts weiter als die reine Beziehung auf sich selbst ist, und jede Verbindung ausschließt, außer die durch den persönlichen Willen zu Stande kommt, und folglich jeden Augenblick wieder verschwindet, so bald etwas anderes gewollt wird. Handelt es sich also um eine Revolutionsmaschinerie, so läßt sich nichts Besseres erfinden als das System des Individualismus, wonach das ganze Staatswesen auf den persönlichen Willen der Individuen gestellt wird, aber eben so einleuchtend ist, daß nach diesem Prinzip nie eine feste Ordnung begründet werden kann, sondern allgemeine Anarchie daraus folgt, in welcher immer nur die Militairdiktatur als letztes Rettungsmittel übrig bleibt. Daß man aber gleichwohl an diesem System noch bis heute festhält, trotz alles Geredes von Fortschritt, von politischer Bildung und Mündigkeit, und trotz der bitteren Erfahrungen, welche vor dem in Frankreich gemacht wurden, und jetzt auch chon in Deutschland gemacht sind, — dieses würde unerklärlich erscheinen, wenn man nicht überhaupt wüßte, wie schwierig es ist, einen Umschwung der Ueberzeugungen selbst nur in dem sogenannten gebildeten Publikum hervorzurufen.

Es gehören Menschenalter dazu, um eine neue Ansicht in die Köpfe der Menschen hineinzubringen, und wenn die hineingebrachte Ansicht sich hinterher als irrig erweist, so gehören abermals Menschenalter dazu, um den Irrthum wieder aus den Köpfen herauszubringen, denn trotz aller neuen Erfindungen und Entdeckungen bleibt die Trägheitskraft doch immer die größte Macht, selbst im Zeitalter der Eisenbahnen, wo doch sonst alles mit Dampf geht. So ist einmal die Welt nach Gottes unergründlichem Rathschluß eingerichtet, und es muß wohl gut sein, daß sie so ist. Aber es ist doch manchmal um den Verstand zu verlieren, wenn man sehen und hören muß, wie dieselben Leute, die sich für Repräsentanten des Fortschritts ausgeben, sich auf Prinzipien und Theorien steifen, welche dem 17. und 18. Jahrhundert angehören, und damals

allerdings ein wichtiges Ferment der geistigen Bewegung waren, wenn sie aber heute noch gelten sollen, und gedankenlos nachgesprochen werden, dann vielmehr eine geistige Stagnation bekunden, wie man sie nur innerhalb des verrottetsten Konservatismus erwarten sollte.

Geht man also von der Ansicht aus, daß das Staatswesen auf den reinen Willen der einzelnen Individuen zurückgeführt werden müsse, so folgt es ganz natürlich, daß die Staatsverfassung auch nichts weiter sein wird als ein Mechanismus, wodurch die Individuen ihren Willen erklären und geltend machen. Man ist dabei übereingekommen, daß dazu vor Allem ein repräsentativer Schematismus gehört, und wird ein solches Ding gemacht und urkundlich festgestellt, so nennt man das in fortschrittlicher Sprache: eine neue Verfassung begründen. Da nun doch nichts weiter gilt als der individuelle Wille, und die Sicherung der persönlichen Freiheit der alleinige Zweck des Staates ist, so hat natürlich auch jedes Individuum, welches überhaupt den Mund aufthun oder sonst wie seinen Willen zu erkennen geben kann, ein angebornes Recht an der Regierung und Gesetzgebung Theil zu nehmen, indem die Gesetze überhaupt nichts weiter als der formulirte Majoritätswille sein sollen. So lautet noch heute der Kanon der am meisten fortgeschrittenen demokratischen Staatsweisheit, nur daß man in der Praxis die Konsequenzen einigermaßen einschränkt, und sich den realen Verhältnissen mehr oder weniger akkommodirt, da man sie doch nicht ganz ignoriren kann, aber die Prinzipien leuchten überall hindurch, und sind auch für die sogenannte Reichsverfassung maßgebend gewesen.

Hätte man nicht diese falschen Prinzipien im Kopfe, sondern betrachtete nur ein wenig die wirkliche Lage der Dinge, so würde man auf der Stelle erkennen, daß es gradezu unmöglich ist durch solchen repräsentativen Schematismus eine neue Verfassung zu begründen, am allerwenigsten eine deutsche Reichsverfassung, wo doch erst das Reich selbst zu begründen wäre. Man würde ferner

erkennen, daß eine durch solchen Schematismus nach Urwahlen gebildete Versammlung unter allen Umständen ein gänzlich ungeeignetes Organ zur Gesetzgebung sein muß, geschweige denn, daß sie eine deutsche Reichsverfassung zu entwerfen verstände. Desgleichen würde man erkennen, daß von einem allgemeinen und angebornen Rechte, durch Stimmgebung eine Theilnahme an der Regierung und Gesetzgebung auszuüben, gar nicht die Rede sein kann, indem es dabei nicht auf den bloßen Willen der Individuen sondern auf das Gerechte, Vernünftige und Zweckmäßige ankommt, wozu folglich um so mehr besondere Fähigkeiten, Kenntnisse und Erfahrungen gehören, je verwickelter die öffentlichen Verhältnisse werden, am meisten also in einer deutschen Gesammtverfassung, wo es sich um Fragen handelt, zu deren Beurtheilung bei dem großen Haufen nicht die geringste Befähigung präsumirt werden kann. Die persönlichen Freiheitsrechte, welche allen Individuen zustehen, gehen dabei nicht verloren, sondern die Staatsordnung selbst soll sie schützen, aber grade um dies zu vermögen, muß die Staatsordnung eine in sich selbst ruhende Macht sein, und kann folglich nicht selbst aus dem individuellen Willen hervorgehen. Endlich würde man nicht minder erkennen, daß eine wirkliche Repräsentation überhaupt nicht möglich ist, außer für organisirte Körperschaften, in welchen ein gemeinsamer Wille lebt, der sich durch ein gemeinsames Organ ausspricht, während in einem Haufen unverbundener Individuen, wie unsere heutigen Wahlversammlungen sind, überhaupt nichts Gemeinsames existirt, welches repräsentirt werden könnte, außer etwa die gemeinsame Konfusion.

Soll das Repräsentativsystem eine innere Wahrheit erhalten, so müssen zuvörderst feste Verbindungen hergestellt werden, worauf die Repräsentation ruht, und wodurch auch allein das Wahlrecht eine zweckmäßige Ordnung erlangen kann Es regelt sich dann von selbst, indem Jedermann als Mitglied seiner Körperschaft wählt, und diese dann repräsentirt wird nach der realen Stellung, die sie im Zusammenhang des Ganzen hat. Wie unmöglich ist es hingegen, durch ein abstraktes Wahlgesetz, welches nur nach den Qualitäten der

Individuen berechnet ist, oder gar nach bloßen Zahlenverhältnissen, jemals zu einer vernünftigen Repräsentation zu gelangen. Die Logik der Dinge muß dann unaufhaltsam zu dem wüsten suffrage universel führen, weil in der allgemeinen Atomistik jeder reale Unterschied, der ja eben durch die soziale Stellung bedingt ist, verschwindet, und nur die reinen Individuen übrig bleiben, welche als solche ganz gleich sind. Ist es nicht aber eine handgreifliche Täuschung oder Lüge, daß die Staatsgesellschaft wirklich aus solchen atomistischen und gleichen Individuen bestehe? Denn nicht dadurch, daß man überhaupt eine Person ist, sondern daß man diese oder jene Stellung im Leben einnimmt, hat man Werth und Bedeutung für das Ganze. Darum ist es schon apriori klar, was aus einem so innerlich unwahren Systeme folgen muß, und daß damit weder Freiheit noch Ordnung bestehen kann, und außerdem beweisen es die Thatsachen.

In gewöhnlichen Zeiten verfällt eine solche Repräsentation gar bald in Apathie, und wird der gehorsame Diener der Regierung oder der politischen Koterien, in bewegten Zeiten aber braust sie auf wie eine wilde Bestie, und verfällt aus einem Extrem in das andere, so daß jede Stetigkeit der Entwicklung unmöglich wird, und das ganze Gemeinwesen zwischen Anarchie und Despotismus schwankt. Und was sind es ferner für Leute, die in solcher Weise in den repräsentativen Körper gelangen? Ist es etwa die Elite der Nation, oder sind es nicht weit häufiger redefertige Intriganten, die dann hinterher, nachdem sie durch irgend welche Mittel gewählt worden, sich als die zeitweiligen Regenten und Gesetzgeber geberden? Wohin hat das bereits in Nordamerika geführt, wo das individualistische System allein zur vollen Ausführung gelangt ist? Es ist in Folge dessen dahin gekommen, daß selten noch ein anständiger Mann gewählt wird, während ein großer Theil der Abgeordneten fast gradezu Gesindel zu nennen ist, und wohl Leute darunter sind, welche weit eher in das Zuchthaus als in das Abgeordnetenhaus gehörten. Und was hat man desgleichen in Frankreich erlebt, wo man dieses System wiederholt nachzubilden versuchte, und welche Früchte trägt dort heute

das suffrage universel? In England ist man bekanntlich von dem allgemeinen Wahlrecht noch sehr weit entfernt, aber die atomistischen Prinzipien sind doch in der Bildung des Unterhauses durchaus vorherrschend, sie kommen seit der Reformbill immer mehr zur Geltung, und seitdem ist das Parlament nicht etwa besser, sondern schlechter geworden, und wird fortwährend schlechter. Oder wo ist denn die so viel gerühmte Erbweisheit in dieser Versammlung noch zu finden? Sie fängt ja an vor ganz Europa verächtlich zu werden.

Liegt denn in dem Allen wirklich ein Vorbild, welches uns zur Nachahmung reizen könnte? Nun, wir haben im Jahre 1848 auch die Probe mit dem suffrage universel gemacht, unddie vornehmste Frucht desselben war das deutsche Parlament, dessen verkehrtes Treiben wir bereits genügend beleuchtet haben. Aber es hat sich noch Schlimmeres dabei gezeigt, als bloßer Unverstand, denn es ist nicht zu leugnen, daß es auch gesindelhafte Elemente enthielt. Saßen doch Leute darin, die ihren Mangel an politischer Einsicht und Fähigkeit durch freches Bekenntniß ihrer Irreligiosität zu ersetzen suchten, und endlich mußte man erleben, daß Leute von dem Schlage eines Raveaux und Konsorten zu Reichsregenten ernannt wurden, — ein offenbarer Schandfleck in der deutschen Geschichte. Seitdem ist dieses System bei uns nicht wieder zur vollen Geltung gelangt, aber die individualistischen und atomistischen Prinzipien treten doch in allen deutschen Konstitutionen sehr deutlich hervor. Am auffallendsten wohl in der preußischen, die dann in so fern auch als die schlechteste anzusehen ist. Und welche Resultate sind daraus entsprungen? Um nur Eins anzuführen, — wo hat man je eine unfähigere Gesellschaft gesehen, als zur Zeit der neuen Aera die große liberale Majorität im Abgeordnetenhause? Eine wahre Blumenlese von Nullitäten, die gleichwohl im ganzen Lande gefeiert wurde, und worauf sogar die Zukunft von ganz Deutschland beruhen sollte.

Thun wir doch endlich die Augen auf, und geben der Wahrheit die Ehre, die sich doch nicht lange mehr wird abweisen lassen. Denn das vernünftige Denken wie die Erfahrung führen hier zu dem

gemeinsamen Resultat, daß dieses atomistische Repräsentativsystem eben so in sich selbst unhaltbar ist, als es allen wahren Bedürfnissen des öffentlichen Lebens widerspricht. Und weit entfernt, daß darin ein Hebel läge, wodurch man die Nation auf einen höheren Standpunkt heben könnte, ist vielmehr kaum etwas zu erdenken, welches allmälig den Nationalgeist so sehr ruiniren, und die ganze Nationalsubstanz in bloßes Geschwätz auflösen würde, als eben dieses System.

---

# XII.

## Fortbildung des Bundes zu einem neuen Reiche.

1. Staat und Gesellschaft. 2. Die höhere Einheit von Beidem ist das Reich. 3. Die Wiederherstellung der deutschen Freiheit. 4. Die neuere und die neueste Zeit. 5. Verhältniß des Bundes zum Reiche.

---

Da die Aufgabe, welche durch eine deutsche Föderativverfassung gelöst werden soll, ihre ganz eigenthümlichen Schwierigkeiten darbietet, wovon in anderen Ländern nichts Aehnliches vorliegt, so werden auch die Mittel und Wege, welche zu der gewünschten Verfassung führen, nicht minder eigenthümlich sein, weil sie doch den Umständen entsprechen müssen. Danach haben wir die vorstehenden Vorschläge entworfen, und danach allein können sie beurtheilt werden. Daß sie mit den landläufigen Vorstellungen über die Begründung neuer Verfassungen nichts gemein haben, kann ihnen also nicht zum Vorwurf gereichen, sondern es muß wohl so sein, sonst wären sie sicher unbrauchbar. Wenn aber endlich diese Mittel und Wege zum Ziele führen, so wird ein Gemeinwesen daraus entspringen, welches selbst von ganz eigenthümlicher Art ist, nämlich im strengen Sinne des

Wortes überhaupt kein Staat, auch nicht etwa ein Bundesstaat, sondern ein Reich.

Die Eigenthümlichkeit eines solchen Körpers, wie wir ihn als Ziel der deutschen Entwicklung ansehen, folgt schon aus dem eigenthümlichen Bildungsgang, durch welchen er zu Stande kommen würde, und worüber wir uns in dem vorhergehenden Abschnitt genügend ausgesprochen haben. Jetzt aber wollen wir das spezifische Wesen dieses politischen Körpers noch deutlicher machen, und schicken zu dem Ende eine allgemeine Betrachtung voraus.

## 1.

Wir dürfen es als bekannt voraus setzen, daß neben dem eigentlich so zu nennenden Staat noch eine andere Gestalt des menschlichen Gesammtlebens besteht, welche man im eminenten Sinne die Gesellschaft nennt, oder die bürgerliche Gesellschaft. Denn sie ist wie der Staat auf weltliche Zwecke gerichtet, und in so fern mit dem Staate gleichartig, während die Kirche wegen ihres überweltlichen Zweckes ein Wesen ganz anderer Art ist. Wir halten uns rein auf dem weltlichen Gebiete, welchem der Staat und die Gesellschaft angehören, und auf welchem sich auch alle unsere weiteren Schlußfolgerungen bewegen werden. Von der Kirche sprechen wir nur nach ihrem Verhältniß zum öffentlichen Leben.

Der Unterschied zwischen Staat und Gesellschaft ist für jeden denkenden Beobachter augenfällig. Der Staat ist eine organisirte Herrschaft, eine konzentrirte Gewalt, eine Persönlichkeit, die Gesellschaft hingegen entbehrt solcher Konzentration, sie läuft nicht in eine Spitze zusammen und hat keine Regierung, aber sie bildet nichts desto weniger eine reale Macht, welche nicht an die Staatsgrenzen gebunden ist. Während also Deutschland in viele Staaten getheilt ist, erscheint hingegen die deutsche Gesellschaft im Wesentlichen als ein Ganzes, welches durch viele Fäden sogar noch weit über Deutschland hinausreicht. So viel lehrt schon der erste Blick, und wer darüber

weiter nachdenkt, wird gar bald erkennen, wie wichtige Folgen daraus entspringen.

Nun ist es eben einer der Hauptirrthümer der sogenannten naturrechtlichen Lehre, daß man gleichwohl diesen wichtigen Unterschied ganz übersah, und in allen Organisationsentwürfen so verfuhr, als ob der Staat die alleinige Form des menschlichen Gesammtlebens sei, und eine Gesellschaft überhaupt nicht existirte. Daraus folgte also, daß man die Menschen lediglich nach ihrer Beziehung zur Staatsgewalt betrachtete, als reine Staatsbürger, ohne alle Rücksicht auf ihre gesellschaftliche Stellung, sondern von allen gesellschaftlichen Verbindungen abgelöst, wie wenn der Staatskörper nur aus einer Summe von Staatsbürgern bestände. Nach diesem Prinzip sind alle modernen Konstitutionen zugeschnitten, insbesondere auch die Reichsverfassung von 1848, woraus sich allein schon ihre Unhaltbarkeit und Unbrauchbarkeit genügend erklären würde.

Man kann diese einseitig staatsbürgerliche Theorie als Politismus bezeichnen, von *πολίτης* d. i. Staatsbürger. Sie hat über ein Jahrhundert lang als unumstößliche Wahrheit gegolten, bis man endlich auch den praktischen Versuch machte, ein dieser Theorie entsprechendes Staatswesen einzurichten, in der großen französischen Revolution. In Nordamerika geschah es allerdings schon einige Jahre früher, und für einen bloßen Kolonistenverein, als welcher die dortige Bevölkerung erscheint, ist dieses System, wie wir bereits bemerkten, auch in vieler Hinsicht ganz geeignet, im alten Europa hingegen mußte es gänzlich scheitern. War man nun in Frankreich gleichwohl in dieser Richtung ganz rücksichtslos vorgeschritten, und hatte nach der negativen Seite das Ziel wirklich erreicht, d. h. die ganze alte Gesellschaft zertrümmert, und die Nation in einen Haufen von Individuen aufgelöst, die sich dann alle als reine Staatsbürger benehmen sollten, so war es eine sehr natürliche Folge, daß eben dort auch das Unbefriedigende und Verderbliche solcher blos staatsbürgerlichen Ordnung am ersten und grellsten hervortreten mußte. Insbesondere erwachte in der großen Masse, die von ihrer Hände

Arbeit lebt und nicht von Politik, gar bald das Gefühl, daß ein solches System grade für ihre allerwichtigsten Bedürfnisse gar nichts leistet. Es entstand also allmälig eine Reaktion gegen den einseitigen Politismus, deren erste Anfänge bis in die Revolutionszeit selbst hinabreichen, und insbesondere in den kommunistischen Entwürfen von Babeuf hervortraten.

Der Grundgedanke war dabei ein System aufzurichten, welches nicht blos die politische Freiheit, sondern noch vielmehr die bürgerliche Wohlfahrt aller Individuen befördern und garantiren sollte. Dieser Gedanke, welcher damals in rohester Gestalt auftrat, wurde später von dem Grafen St. Simon zu einem System entwickelt, welches allmälig zahlreiche Anhänger fand, und woran sich alle die Tendenzen anschlossen, die eine neue gesellschaftliche Ordnung anstrebten. Aber erst nach der Julirevolution, durch welche sich die arbeitenden Klassen abermals getäuscht sahen, wurde eine wirkliche Macht daraus. So hat sich denn eine Weltansicht gebildet, die man am besten als Sozialismus bezeichnet, weil trotz aller Verschiedenheit der dahin gehörigen Theorien und Sekten, die eine umfängliche Literatur hervorgerufen haben, mit welcher wir in Deutschland insbesondere durch Stein bekannt geworden sind, doch immer der Gegensatz gegen den einseitigen Politismus das Wesentliche bildet. Und wie es nun zu geschehen pflegt, verfiel man jetzt in das entgegengesetzte Extrem, d. h. man ignorirte den Staat, oder wollte ihn gradezu beseitigen und an seiner Stelle eine rein soziale Organisation einrichten, insbesondere nach ökonomischen Gesichtspunkten.

In diesem System spricht man daher weniger von Staatsbürgern als von Produzenten und Konsumenten, von Arbeitern und Kapitalisten, und wenn die konstitutionelle Theorie in dem Gemeinwesen nur eine Maschinerie zur Sicherung und Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte sah, so wollte man jetzt eine Produktions- und Konsumtionsmaschine daraus machen, wodurch Jedermann sein Arbeitspensum vorgeschrieben und andrerseits sein Quantum an Genüssen gesichert werden sollte. Es ist noch in Aller Andenken, welche weit-

reichende und bedrohliche Macht diese Ansichten in Frankreich nach der Februarrevolution gewannen. Die Sozialisten begannen ihre praktischen Versuche mit den Nationalwerkstellen, welche sich sehr bald als unbrauchbar erwiesen, und als sie dann noch weiter gehen wollten, wurden sie durch Cavaignac mit Kartätschen niedergeschmettert. Aber die Bewegungen und Verschwörungen durchzogen das ganze Land, und sind erst durch das neue Empire vollständig bewältigt worden. Seitdem ist im Ganzen wieder der reine Politismus zur Geltung gelangt, in der Gestalt der Militairdiktatur, mit einem Scheinbild von konstitutioneller Freiheit umgeben, indessen man die Massen durch gouvernementale Mittel zu gewinnen und zu beschwichtigen sucht, und dabei im Einzelnen auch selbst sozialistische Maßregeln anwendet. Das Problem einer sozialen Organisation ist aber ungelöst geblieben, und kann auf diesem Wege niemals gelöst werden.

Der Sozialismus ist zeitweilig besiegt, aber er ist keineswegs todt. Er lebt in Frankreich selbst fort, er hat die Pyrenäen und die Alpen überschritten, er hat seine Anhänger in Deutschland, in England, in Skandinavien, und noch vielmehr in Rußland, kurz in ganz Europa. Er wird fortleben und wachsen, weil er dem einseitigen Politismus gegenüber, der in den gouvernementalen Kreisen wie in dem sogenannten gebildeten Publikum noch überall vorherrscht, ganz offenbar ein Element der Wahrheit repräsentirt, welches ihm eine reelle Bedeutung giebt, so lange eben dieser einseitige Politismus selbst noch fortbesteht.

So viel liegt an dem Unterschied zwischen Staat und Gesellschaft und deren gegenseitiger Stellung. Indem wir also diesen Punkt in's Auge fassen, treten wir damit an ein Problem heran, welches die ganze gebildete Welt bewegt.

Nun ist es sehr erfreulich zu sehen, wie die deutsche Wissenschaft je mehr und mehr dahin gelangt, diesen Unterschied und die daraus entspringenden Folgen zu erkennen, so daß der einseitige Politismus und die darauf beruhenden Systeme bei den Männern von Fach schon keine Anerkennung mehr finden, und dem Prinzipe nach als antiquirt

anzusehen sind. Aber ist nicht damit auch der Stab gebrochen über alle nach jenem Prinzip gebildeten Konstitutionen? Sie bestehen freilich fort, indessen jeder unterrichtete Mann weiß, daß sie auf falscher Grundlage ruhen. Ein beklagenswerther Zustand, wo, was den Gegenstand der allgemeinen Achtung bilden sollte, von den Einsichtsvollsten verworfen, von Vielen gradezu verachtet wird! Aber so ist es in einer Periode des Uebergangs. Man hat den Konstitutionalismus lange für ein großes Ziel gehalten, und nachdem man endlich in ganz Deutschland Konstitutionen eingeführt, sind sie heute schon überlebt, und von den eigentlichen Konstitutionellen spricht man schon ziemlich allgemein mit mitleidigem Achselzucken, wie von Leuten, die einer verschollenen Periode angehören.

Doch hat es lange genug gedauert, bis man zu dieser neuen Einsicht gelangte. Denn schon zu Ende des vorigen Jahrhunderts hat Schlözer die ersten Gedanken über die Bedeutnng der gesellschaftlichen Elemente ausgesprochen, aber erst in jüngster Zeit hat dieser Gegenstand allgemeine Beachtung gewonnen. Insbesondere hat Mohl das Verdienst, den Unterschied zwischen Staat und Gesellschaft mit besonderer Energie geltend gemacht zu haben, so daß er auch eine besondere Gesellschaftswissenschaft und ein besonderes Gesellschaftsrecht fordert, und diese Forderung für alle Gebiete durchführt. Er hat damit Merkzeichen aufgerichtet, die hinfort von Niemand mehr ignorirt werden können, der innerhalb der Wissenschaft zu stehen beansprucht.

So viel vorweg und im Allgemeinen, hierauf die praktische Nutzanwendung.

## 2.

Ist es nämlich richtig und anerkannt, daß Staat und Gesellschaft zwei verschiedene Formen des menschlichen Gesammtlebens sind, so gehen wir jetzt einen Schritt weiter, und ziehen eine Konsequenz daraus, die, wie es scheint, selbst Mohl noch gänzlich fremd geblieben ist, und woran unseres Wissens nach bis heute auch sonst Nie=

mand gedacht hat. Wir sagen also: wenn wirklich diese beiden Gestalten des menschlichen Gesammtlebens neben einander bestehen, so muß es noch ein Drittes geben, was Staat und Gesellschaft zugleich ist und mehr als Beides, und eben dieses höhere Dritte nennen wir das Reich.

Das ist das Eigenthümliche des Reiches, daß es Staat und Gesellschaft zusammenfaßt, so daß beide Elemente zwar in ihrer besonderen Sphäre selbstständig bleiben, aber sich gegenseitig ergänzend in einander greifen, wie in einem Bunde stehend. „Reich" und „Bund" sind uns demnach nur zwei verschiedene Seiten des einen und selben Wesens. Wir nennen das Ganze ein Reich, wenn wir es als in sich selbst ruhende Totalität anschauen, und wir nennen es Bund, wenn wir die davon umfaßten Elemente in ihrer Freiheit betrachten. Aber das vollendete Reich ist ein Bund, und der vollendete Bund ist ein Reich. Dies ist unser Grundgedanke, den wir nun weiter zu entwickeln haben.

Was also zuvörderst das Wort „Reich" anbetrifft, so legen wir demselben einen spezifischen Sinn bei. Wir verstehen darunter nicht blos einen großen Herrschaftsbezirk, wie wenn man sagt: ein „Königreich" oder ein „Kaiserreich". So das heutige Frankreich, welches doch ausschließlich auf der Staatsidee beruht, und von allen anderen Staaten durch gar nichts unterschieden ist, außer etwa dadurch, daß es die staatliche Zentralisation auf die Spitze treibt, und eben deswegen mit dem, was wir unter „Reich" verstehen, gar nichts gemein hat. Vielmehr gebrauchen wir diese Bezeichnung in dem Sinne, den das ehemalige deutsche Reich hatte. Das war kein bloßes Herrschaftsgebiet, und man sprach damals nicht von einem deutschen „Kaiserreich", sondern man sprach von „Kaiser und Reich", d. h. das Reich war etwas für sich selbst. Es hieß auch das „heilige" Reich, und war das „Reich" im eminenten Sinne, wie es auch in ganz Europa schlechtweg das „Reich" oder das „heilige Reich" genannt wurde, worunter man eben das „deutsche" Reich verstand. Es war also ganz anders, als wenn man heute von dem

„französischen“ oder „russischen“ Reiche spricht, wo das Adjektivum niemals fehlen kann, weil hier eben das Spezifische der Sache in dem Franzosenthum und Russenthum liegt, während bei uns das Spezifische in dem „Reiche“ als solchem lag. Denn das deutsche Reich war ein Wesen eigner Art, nur mit sich selbst vergleichbar, grade wie nach Tacitus auch das deutsche Volksthum war.

Betrachten wir nun das alte deutsche Reich, und selbstverständlich nicht nach seiner Schattenexistenz, die es in den letzten Jahrhunderten hatte, sondern in den Zeiten seiner Kraft, wie es im Mittelalter bestand, so wird man wohl zugeben müssen, daß es im strengen Sinne des Wortes niemals ein „Staat“ war. Was ist es denn also gewesen? Denn es ist doch kein bloßes Nichts gewesen, sondern gewiß etwas sehr Wirkliches. Ja, es ist eben ein Körper von eigner Art gewesen, eine eigenthümliche Gestalt des Gesammtlebens. Fragen wir aber, worin denn wohl das Eigenthümliche bestanden hat, so ist es offenbar, daß das Reich die lebendige Kopula verschiedener Elemente war, nämlich des eigentlich staatlichen und des gesellschaftlichen Elementes, und beide so innig mit einander verbunden und in einander übergehend, daß man im Einzelnen schwer sagen kann, ob man eine staatliche oder eine gesellschaftliche Bildung vor sich hat.

Was waren z. B. die deutsche Hansa und der deutsche Orden? Ursprünglich gewiß gesellschaftliche Bildungen, aber der Orden wurde hinterher zu einem förmlichen Staat, wozu die Hansa auch den Anlauf nahm, aber doch nicht gelangte. Korporative Verbindungen aller Art: geistliche, ritterschaftliche, städtische und genossenschaftliche, wie die Gilden und Zünfte, regten sich im ganzen Reich und durchzogen den ganzen Körper desselben. Dazu kamen noch die mancherlei freien Verbindungen, wie z. B. die Hansa selbst war, dann der rheinische Städtebund, der schwäbische Bund, die Ritterbünde u. s. w. Alles dies bietet ein Bild von Lebensfülle dar, von Kraft und von Freiheit, wovon man sich heute schwer eine Vorstellung machen kann. Wir wissen wohl, wie viel Rohheit und Gewaltsamkeit dabei herrschte,

und daß man sich überall in feudalen Formen bewegte, mit starkem Uebergewicht der Hierarchie und Aristokratie, aber das lag im Charakter des Mittelalters, und man muß jedes Zeitalter nach seinem eignen Maßstab messen. Stellt man sich also auf den Standpunkt jener Zeit, so ist es unbestreitbar, daß es damals in ganz Europa kein so freies, so blühendes und mächtiges Land gab als Deutschland. Wie kleinlich und dürftig erscheint die damalige Geschichte aller anderen Länder im Vergleich mit der deutschen, indem neben Deutschland nur noch Italien ein hohes geistiges Interesse in Anspruch nahm. Aber Italien war eben mit Deutschland verbunden, und in Deutschland konzentrirte sich doch die ganze Entwicklung der damaligen Zeit.

Worauf beruhte das? Gewiß auf einem Zusammenwirken vieler Ursachen, aber die wesentliche Bedingung war doch, daß Deutschland eben keinen Staat, sondern ein Reich darstellte, d. h. mehr als ein Staat war, so daß der Staat nur als ein Element innerhalb des Reiches erschien, und niemals das Ganze beherrschen konnte. Eben darin lag die Möglichkeit einer so freien und großartigen Entwicklung der gesellschaftlichen Kräfte, wie man sie seitdem nicht wiedergesehen hat. Denn der Staat als solcher hat eine zentralisirende herrische Tendenz, welche unvermeidlich darauf ausgeht, die freie Bewegung der gesellschaftlichen Kräfte immer mehr einzuschränken, wie die Geschichte der letzten Jahrhunderte in ganz Europa zeigt, wenigstens auf dem Kontinent. Ueberall sieht man in dieser Zeit die gesellschaftlichen Bildungen absterben, und das ganze Leben wird immer monotoner, in demselben Maße, als die Staatsgewalten zur Alleinherrschaft gelangen, die Alles zentralisiren und reglementiren wollen. Ist es doch endlich so weit gekommen, daß heute in einem großen Lande wie Frankreich nur ein Einziger für Alle denkt und handelt.

Klar ist ferner, daß es eben die freie Entfaltung der gesellschaftlichen Kräfte war, welche in dem ehemaligen deutschen Reiche den vornehmsten Kitt bildete, wodurch das Ganze zusammenhielt. Je

mehr dann später die gesellschaftliche Entwicklung zurücktrat und zurückgedrängt wurde, indem in den einzelnen Territorien eine eigentliche Staatsgewalt emporkam, um so mehr zerfiel das Reich, und wurde eine bloße Staatenverbindung. Denn das Reich als solches konnte niemals ein Staat werden, es widersprach seiner ursprünglichen Anlage, seiner innersten Natur, sondern wenn gleichwohl die staatliche Tendenz zur Herrschaft kam, so zerfiel das Reich in eine Vielheit von Staaten. Soll jetzt diese Staatenvielheit wieder zu einem lebendigen Körper, und zu einem neuen Reiche werden, so werden wir wohl schließen müssen, daß dazu vor Allem eine freie Entwicklung der gesellschaftlichen Kräfte gehört, welche so zu sagen ein Netz flechten, wodurch die Territorien zusammengebunden, und der in den Territorialstaaten inkarnirte Geist des Partikularismus überwunden wird. Ist es nicht also von der höchsten Wichtigkeit, daß man sich des Unterschiedes von Staat und Gesellschaft, und des gegenseitigen Verhältnisses dieser beiden Potenzen klar bewußt wird? Oder beruht nicht eben das Verkehrte und darum auch das Erfolglose unserer bisherigen Einheitsentwürfe zum großen Theil darauf, daß man sich einseitig auf die staatliche Richtung warf, und Deutschland zu einem Staat zu machen versuchte?

Zwar wollte man nicht den sogenannten Einheitsstaat, sondern einen Bundesstaat, da man doch von der gegenwärtigen Staatenvielheit nicht ganz abstrahiren konnte, der Bundesstaat ist aber selbst nur eine besondere Form des Staates, und enthält nichts, was über die Idee des Staates selbst hinausginge, wie es hingegen in der Idee des Reiches liegt. Auch haben wir bereits gesehen, wie wenig insbesondere die bundesstaatlichen Analogien, die man aus Nordamerika und der Schweiz herbeiholen will, auf Deutschland anwendbar sind, weil die deutschen Staaten etwas gänzlich anderes darstellen als die Staaten der nordamerikanischen Union, und auch mit den schweizerischen Kantonen nur wenig Gemeinsames haben. Die deutschen Staaten reichen mit ihren Wurzeln bis zu den Anfängen der deutschen Reichsgeschichte hinab, und haben eine

so ausgeprägte Individualität, daß sie nur durch eine radikale Revolution beseitigt werden könnten. Sollen sie also fortbestehen, und soll doch andrerseits eine deutsche Einheit erreicht werden, so gehört dazu ein Körper, der etwas anderes ist als Staat, ein Gemeinwesen höherer Art, in welchem die Staaten nur als Elemente erscheinen. Dieses aber zugegeben, so können auch die Mittel, wodurch diese Elemente zu einem Ganzen verbunden werden sollen, nicht nach staatlichen Analogien gewählt werden, — am allerwenigsten nach den Analogien der sogenannten konstitutionellen Monarchie, — sondern sie sind vor Allem in der freien Entfaltung der gesellschaftlichen Kräfte zu suchen, die andrerseits auch nur in einem solchen Gemeinwesen möglich ist, welches über dem Staat steht.

Für die Richtigkeit dieser Behauptung spricht auch die bisherige Erfahrung. Oder was ist es denn, wodurch die deutsche Einheitsbewegung allmälig erstarkt ist und Boden gewonnen hat? Die konstitutionellen Formeln haben gewiß das Wenigste dazu gethan, sondern es sind vor Allem diejenigen Elemente gewesen, welche überhaupt nicht der spezifischen Sphäre des Staates angehören. So schon seit dem vorigen Jahrhunderte die Literatur, dann in unserer Zeit am meisten der Handelsverkehr, mit allem was dazu gehört, insbesondere auch die industriellen und kommerziellen Gesellschaften, deren Wirkungssphäre fast immer die Grenzen der einzelnen Territorien überschreitet, und sich oft über das ganze Bundesgebiet verbreitet, wie namentlich Banken und Assekuranzen. Eine eigenthümliche Stellung nehmen dabei die Eisenbahngesellschaften ein, deren direkte Wirksamkeit allerdings nur lokal ist, nämlich auf die respektive Eisenbahn beschränkt, aber als Aktiengesellschaften verzweigen sie sich durch ihre Mitglieder über ganz Deutschland, und so entstehen Interessen und Verbindungen daraus, welche von den Territorialgewalten unabhängig sind. Es ist daher von erheblicher Wichtigkeit, und im Namen der deutschen Einheit durchaus zu fordern, daß die Eisenbahnen der Privatindustrie angehören, und nicht von Staatswegen gebaut oder verwaltet werden, denn sobald dies Letztere geschieht,

werden sie selbst ein Beförderungsmittel des Partikularismus, ganz zu geschweigen von den finanziellen Nachtheilen, und von den für die politische Freiheit so bedenklichen Regierungseinflüssen, welche dadurch entstehen.

Wie sehr muß man sich daher wundern, wenn in unseren deutschen konstitutionellen Staaten die Privatbahnen immer seltner werden, und statt dessen das System der Staatsbahnen adoptirt wird, was doch offenbar mit Genehmigung, wenn nicht gar auf den Antrag der hochweisen Kammern geschieht, die zwar vorkommenden Falls nicht unterlassen von deutscher Einheit zu reden, in der Praxis aber mit allen Kräften den Partikularismus befördern. Und nicht blos in dieser einen Sache, sondern auch in manchen anderen und selbst noch viel wichtigeren Sachen, wie es z. B. auch eine Lieblingsidee der Konstitutionellen ist, das Unterrichtswesen zur Staatsangelegenheit zu machen. Was wird aber die Folge davon sein? Ganz gewiß die, daß dann der territoriale Partikularismus schon in der Schule großgezogen wird. Denn als Staatsanstalt wird die Schule natürlich der Staatsgewalt dienen müssen, und danach wird man z. B. in den sächsischen Schulen die deutsche Geschichte vom sächsischen Standpunkte aus lehren, in Baiern vom baierschen, u. s. w., wo aber bleibt der deutsche Standpunkt? Darüber scheinen diese Leute nicht nachgedacht zu haben.

Sieht man hier nicht handgreiflich, wie der Konstitutionalismus weit mehr ein Hemmschuh der deutschen Entwicklung ist als ein Beförderungsmittel? Und so ist es ganz unvermeidlich, denn die Kammern wollen doch nicht umsonst da sein, sondern sie wollen sich möglichst wichtig machen, und suchen daher das Gebiet der Staatsthätigkeit immer weiter auszudehnen, weil in demselben Maße ihre eigne Kompetenz wächst. Sie befördern also die Zentralisation, die Volksfreiheit aber soll lediglich darin bestehen, daß die Kammern überall mitzusprechen haben, weil doch die Kammern, wie man sagt, das Volk repräsentiren, welches somit vollkommen frei sein soll, weil es sich in seinen Deputirten seine Herren wählen darf. So wird

die gesellschaftliche Entwicklung durch den Staat unterdrückt, und verschwindet damit grade die wichtigste Stütze der Volksfreiheit. Wie aber gar die deutsche Einheit dabei gedeihen soll, wenn sich die Einzelstaaten immer mehr zentralisiren, dieses zu begreifen dürfte nur einem konstitutionellen Verstande möglich sein.

Wir fordern demnach eine freie Entwicklung der Gesellschaft, der wir alle Angelegenheiten überweisen, die nicht ihrer inneren Natur nach der Staatsthätigkeit angehören. Darum vorweg das ganze Eisenbahnwesen und Telegraphenwesen, wobei die Oberaufsicht des Staates vollkommen genügt, und sonst durchaus keine Staatsweisheit erforderlich ist. Dasselbe gilt von Banken und anderen Industrie- und Handelsanstalten, welche niemals von Staatswegen betrieben werden sollen. Assoziationsfreiheit ist unerläßlich, nicht blos für industrielle Zwecke, sondern auch zu geselligen, sittlichen und geistigen Zwecken. Das Unterrichtswesen aber ist als Kommunalanstalt anzusehen, und den höheren Lehranstalten Autonomie zu gewähren. Nur so ist ein Erstarken des gesellschaftlichen Lebens in Deutschland, und dadurch ein Zusammenwachsen der getrennten Territorien möglich. Daß aber das Ganze dann auch seine Organe erhalte, um sich als Ganzes bethätigen und geltend machen zu können, dazu haben wir bereits die erforderlichen Mittel und Wege angegeben.

### 3.

Erst in einem neuen Reiche kann die altgermanische Freiheit wieder auferstehen und aufblühen, die uns seit Jahrhunderten dergestalt verkümmert ist, daß wir fast Gefühl und Begriff davon verloren haben, und darum heute die Freiheit in Verfassungen suchen, die doch gar keine wahre Freiheit gewähren noch gewähren können.

Betrachten wir nämlich diejenigen Verfassungen, welche heute in Europa für die freisten gelten, so zeigt sich leicht, wie doch überall der Absolutismus im Hintergrund lauert, gleichviel ob er in einem Kabinet oder in einer Kammer und in einem Parlament verborgen steckt. Ueberall giebt es eine Macht, der man sich schlechthin unter-

werfen muß, eine Macht, die sich selbst über alles Recht stellt, und der man folglich im Wege Rechtens gar nicht beikommen kann. In dem alten deutschen Reiche aber war es in dieser Hinsicht anders. Da konnten die Fürsten verklagt werden, und sie mußten zu Recht stehen, sei es vor einem Fürstengericht, oder auf dem Reichstage, und später vor dem Kammergericht und Reichshofrath. Selbst der Kaiser konnte angeklagt und sogar abgesetzt werden, auch konnte ihn im Mittelalter der Pabst in den Bann thun. Aber dem Pabste selbst konnte man doch auch wieder beikommen, nämlich durch Berufung auf ein allgemeines Konzilium, und andrerseits haben kräftige Kaiser wiederholt Päbste abgesetzt. Also selbst diese beiden höchsten Gewalten standen nicht über allem Recht, sondern es war in der That ein rechtliches Verfahren gegen sie möglich, was doch gleichwohl ihrer Würde und Autorität keinen Abbruch that, während man heute irriger Weise glaubt, die höchste Gewalt müsse über allem Rechte stehen, und es widerspreche ihrem Wesen, daß sie gerichtet werden könne. Das alte Kaiserthum galt als das weltliche Oberhaupt der ganzen Christenheit, sein Vorrang war in ganz Europa unbestritten, und wahrlich ein deutscher Kaiser war doch etwas mehr als unsere konstitutionellen Fürsten, aber unverantwortlich und unantastbar war er nicht.

Das war die herrschende Rechtsanschauung, so lange das Reich noch ein lebendiger Körper war. So mangelhaft denn auch die Praxis sein mochte, es lag doch immer eine große Idee darin, welche das Selbstgefühl und den Freiheitssinn der Nation erhielt, und die servile Duckmäuserei späterer Zeiten hätte damals kein freier Mann für möglich gehalten. Kaiser und Fürsten galten im Mittelalter nicht für eine besondere Menschenrasse, sondern man verkehrte ganz unbefangen mit ihnen wie mit anderen Menschen, und sie thaten desgleichen. Sie standen an der Spitze des Gemeinwesens, und hatten den ersten Rang oder Heerschild, wie man damals sagte, aber andere Stände hatten auch ihren Heerschild, und Niemand kam es in den Sinn, daß die Fürsten um deswillen, weil sie an der Spitze standen, über allem Recht erhaben seien, sondern sie

waren ganz ausdrücklich dem Rechte unterworfen. Wie groß muß aber die Verirrung und Verfinsterung sein, wenn man in einer Zeit, die sich ihrer besonderen Erleuchtung rühmt, zu guterletzt die abenteuerliche Theorie aufgestellt hat, daß konstitutionelle Fürsten gar kein Unrecht thun könnten, und eben deswegen auch dem Recht nicht unterworfen wären! Man sage uns doch, was das wohl für Menschen sein müssen, die überhaupt kein Unrecht thun können? Entweder Marionetten, welche überhaupt keiner selbstständigen Handlung fähig sind, oder über die Mangelhaftigkeit der menschlichen Natur erhabene Halbgötter.

Fürwahr, das ist keine deutsche Idee, daß die Fürsten über dem Rechte stehen. Auch ist sie nicht aus der christlich germanischen Entwicklung entsprungen, sondern in der römischen Cäsarenherrschaft sind ihre Wurzeln zu suchen, wo der Fürst von dem Gesetz entbunden, und sein eigner Wille das Gesetz selbst sein sollte, und woher auch die Majestätsverbrechen stammen, nebst anderen schönen Sachen, die dem altdeutschen Rechte ganz unbekannt waren. Wie sonderbar nun, wenn unwissende Theologen darin wohl gar eine göttliche Einrichtung finden wollen! Noch auffallender aber, wenn theologisirende Juristen in diesen Chorus einstimmen, und solcher Weise ihre eigene Wissenschaft schänden, da ihnen doch sehr wohl bekannt sein muß, wie alle dieser Spuk in die Welt gekommen ist, nämlich in der verdorbensten Zeit des römischen Heidenthums. Da liegt die Quelle der absolutistischen Ideen, die bei uns in späteren Jahrhunderten zur Herrschaft kamen und im Grunde genommen noch heute herrschen.

Die Konstitutionen haben den Absolutismus keinesweges überwunden, sondern nur eingeschränkt oder modifizirt, und mit freiheitlichen Dekorationen umgeben, während er im Hintergrunde noch immer auf der Lauer liegt. Auch ist er durch den Konstitutionalismus nie wirklich zu überwinden, sondern es gehört etwas ganz anderes dazu. Fragen wir nämlich, wie es denn möglich war, daß es in dem alten Reiche keine Gewalt gab, welche über allem Recht er-

haben gewesen wäre, und der man nicht irgendwie hätte beikommen können, so ist die Antwort nicht zweifelhaft. Es war eben deßhalb möglich, weil das Reich ein lebendiger Verein autonomer Gewalten und Körperschaften war, die alle auf einander einwirkten und sich gegenseitig einschränkten, so daß keine Gewalt zur Alleinherrschaft kommen konnte, sondern jede unter Umständen ihren Meister fand, selbst der Kaiser. Immer bestand ein Zusammenwirken vieler Kräfte, und daraus ging die Entscheidung hervor, so daß die Gewalt im Reiche immer in lebendigem Fluß blieb, und sich nirgends ein entschiedenes Uebergewicht fixiren konnte. Auch hängt damit zusammen, daß das Reich niemals eine Hauptstadt gehabt hat, und selbst niemals der Versuch gemacht worden ist eine solche zu begründen, während nach heutigen Ansichten eine große Hauptstadt ganz unentbehrlich ist, und dann endlich die Hauptstadt selbst der Staat wird. Offenbar ein sehr wichtiger Umstand, der wieder ein neues Licht auf den eigenthümlichen Charakter des Reiches wirft. Nun hat man später allerdings wieder erkannt, daß Freiheit nicht möglich ist unter der Alleinherrschaft irgend welcher Gewalt, und eben darauf beruht die konstitutionelle Theorie der Gegengewichte. Weil aber das konstitutionelle System ein bloßer Mechanismus ist, so gehört nothwendig ein materieller Stützpunkt dazu, ein Hypomochlium, woran man die Hebel ansetzt, und dieses Hypomochlium muß dann folglich ganz unantastbar sein. Eben darin liegt aber der Absolutismus verborgen, und schlägt dann aus seiner Wurzel bald lustig wieder aus.

So ist in diesem System nicht nur die höchste Gewalt unverantwortlich, sondern dazu kommt noch die Unverantwortlichkeit der Herrn Deputirten, die in ihrer Kammer Gesetze machen, und alle Lebenskreise organisiren oder reorganisiren können, wie es ihnen gefällt, vorausgesetzt nur daß sie sich mit dem Ministerium darüber verständigen. Dann haben sie die ganze Volksfreiheit in ihren Händen, und können damit nach ihrem Belieben schalten, sie können die ganze Verfassung von Grund aus verändern, ja wohl überhaupt aufheben. Was ist das anders als ein übertünchter Absolutismus

und eine bloße Scheinfreiheit? Und was helfen dagegen die sogenannten konstitutionellen Garantien, die auch wieder eine bloße Maschinerie sind, und darum einer besonderen Unterlage bedürfen? Zieht man die Unterlage hinweg, so stockt die Maschinerie, und mit einem Staatsstreich fällt das ganze System zusammen.

Wie hätte man wohl im alten Reiche an so etwas denken können? Da trug jede Freiheit ihre Garantie in sich selbst. Das Ganze war keine bloße Maschine, die auf einem Hypomochlium ruht, mit welchem sie steht und fällt, sondern es war ein lebendiges Ineinanderwirken freier Kräfte, ein in sich selbst ruhender Verein autonomer Gewalten. Darin liegt die Erklärung, daß keine Gewalt absolut werden und sich in's Uebermenschliche aufblähen konnte, wie wenn sie über alles Recht erhaben wäre.

4.

Man wird uns vielleicht einwenden, daß ein solches Gemeinwesen, wie wir es im Sinne haben, und wie das ehemalige Reich in seiner guten Zeit war, unter den heutigen Verhältnissen nicht existiren könne, weil ihm die konzentrirte und durchgreifende Gewalt fehle, welche doch in neurer Zeit Bedürfniß sei, denn eben darum sei das ehemalige Reich mit dem Beginn der neueren Zeit zerfallen, weil dieselbe andere Mittel und Formen forderte. Gewiß, darin liegt eine unbestreitbare Wahrheit. Das Reich hat nur im Mittelalter geblüht, und seine spätere Geschichte ist ein fortlaufender Verfall, der in demselben Maße greller hervortrat, je mehr sich die neueren Verhältnisse entwickelten, womit einerseits das Reich nicht bestehen, und die andrerseits in dem Reiche nicht gedeihen konnten. Das geben wir im vollen Maße zu, bleiben aber dennoch dabei, wieder ein neues Reich einrichten zu wollen, und haben dazu die triftigsten Gründe. Die Sache ist nämlich die, daß die sogenannte neuere Zeit selbst wieder zu Ende geht, und darauf wieder eine andere Entwicklungsperiode folgen wird, die allerneuste Zeit, welche schon wirklich beginnt, und die wiederum ganz andere Bedingungen und Lebensbedürfnisse hat, als die sogenannte neuere Zeit.

Alle menschlichen Dinge haben ihr Ziel, und gehen unter, wenn ihre Periode vorüber ist. So in der neueren Zeit das deutsche Reich. Es mußte untergehen, weil die mittelalterlichen Gesellschaftsformen, worauf es beruhte, abstarben und ihre Entwicklungsfähigkeit verloren. Das geschah nicht blos in Deutschland, sondern im ganzen abendländischen Europa. Von da an kamen deshalb die Staatsgewalten empor, und wurden die Träger des Fortschritts, während das gesellschaftliche Prinzip immer ohnmächtiger wurde, und immer mehr zurücktrat, indem man sich in der Praxis wie in der Theorie ausschließlich in die politische Richtung warf. Das alte soziale Gefüge war vertrocknet und verfault, neue Entwicklungskeime regten sich nicht darin, und so war nichts Besseres zu thun, als es aufzulösen und zu beseitigen, wie es denn auch wirklich geschah, und zwar von oben herab geschah.

Wir machen den Staatsgewalten keinen Vorwurf daraus, denn sie thaten was an der Zeit war. Auch folgte es ganz natürlich, daß sie allmälig zur Alleinherrschaft gelangten und absolut wurden, weil sie allein eine Produktivkraft besaßen, und da sie Alles thaten, so mußte ihnen auch die alleinige Macht zufallen. So griffen denn die Regierungen seitdem in alle Lebensverhältnisse ein, und wollten alle menschlichen Thätigkeiten reguliren, sogar das rein Technische in den Gewerben, wie insbesondere in Frankreich durch Colbert geschah. Wie kam man wohl dazu? Offenbar deshalb, weil die alten gewerblichen Korporationen verknöchert waren, sonst wäre dergleichen nicht nöthig gewesen, und man würde es auch nicht ertragen haben, statt dessen es vielmehr als eine Wohlthat empfunden wurde. Ganz aus demselben Grunde verloren in Frankreich die städtischen Korporationen, die Stände und die Parlamente ihre frühere Bedeutung, so daß sich endlich alles öffentliche Leben in die Hofkreise zurückzog, und nur noch im Kabinet gedacht und gehandelt wurde. Aehnlich geschah es in Preußen seit dem großen Kurfürsten. Ja es geschah mehr oder weniger auf dem ganzen Kontinent so, und wo es nicht geschah, da blieb man zurück. Je mehr aber die Staats=

gewalten emporkamen, und allein herrschend wurden, entwickelte sich nach innerer Nothwendigkeit die Zentralisation. Und wenn Frankreich ohne Frage das Muster und der Mittelpunkt dieser gouvernementalen Entwicklung für den ganzen Kontinent war, so hat es auch die großartigste Zentralisation ausgebildet, und ist bis diesen Tag die rechte Heimath und der vornehmste Heerd aller Zentralisationstendenzen.

Nun wohlan, eben diese zentralisirende Richtung hat ihre Mittagshöhe bereits überschritten, sie ist schon im Niedergang begriffen, und zwar in Frankreich selbst. Das Zentralisationsprinzip kann sich dort nicht mehr behaupten, denn man fühlt bereits die Vorboten der Erstarrung und Verwesung, wohin es am Ende führen muß, und man fängt an dagegen zu reagiren. Auf ökonomischem Gebiete ist dies schon lange geschehen, da bekanntlich die ganze liberale Schule, die doch in Frankreich so zahlreiche Vertreter hat, jede Einmischung des Staates in kommerzielle und iudustrielle Angelegenheiten verwirft Das blieb anfänglich Theorie, aber jetzt nähert sich auch die Praxis in Frankreich immer mehr dieser Maxime, und seit dem Handelsvertrage mit England ist man entschieden in eine neue Richtung eingetreten. Auf dem Gebiete der politischen Organisation aber haben wohl Tocqueville und seine Anhänger die eindringlichste Opposition gegen die Zentralisation gemacht. Neuerdings ist in dieser Richtung der altliberale und konstitutionelle Odillon Barrot aufgetreten und dann der radikale Proudhon, der gradezu ein Föderativsystem fordert. Das deutet doch sicher auf einen Umschwung der Ansichten. Und nicht blos in literarischen Kreisen, sondern was nur in Frankreich noch ein Gefühl und Verständniß für Freiheit hat, erhebt sich allmälig gegen die Zentralisation. Wie sehr denn auch das wiederhergestellte napoleonische System selbst auf Zentralisation basirt, und seiner inneren Natur nach die Zentralisation immer weiter auszubilden sucht, — es ist bereits an seine Grenze gelangt. Man kann in dieser Richtung nicht mehr weiter gehen, man muß umkehren, und so dürfen wir behaupten: die Zentralisation ist im Niedergang begriffen. Geschieht dies aber selbst in Frankreich,

dem eigentlichen Repräsentanten aller Zentralisationsideen, so ist es ein sicheres Zeichen, daß die zentralisirende Periode für den ganzen Kontinent zu Ende geht.

Und in der That erhebt sich ja überall die Forderung nach Selbstverwaltung und Dezentralisation Sie gehört zu dem Programm des Fortschrittes, nur daß man selten versteht, worauf die Sache hinausläuft. Nämlich auf eine neue Entfaltung der Gesellschaft läuft sie hinaus. Aber wie ist eine solche möglich nach dem einseitigen System des Politismus, welcher doch gleichwohl noch bis heute herrscht, und durch die konstitutionellen Formen nicht etwa überwunden wird, sondern sogar noch mehr befestigt werden müßte, wenn die Konstitutionen selbst festständen, was sie glücklicherweise nicht thun? Also da liegt die Frage: in dem gegenseitigen Verhältniß von Staat und Gesellschaft. Denn eben der Staat als solcher ist der natürliche Träger der Zentralisationstendenzen, und ist darüber nicht hinauszukommen, außer durch ein System, welches die einseitige Herrschaft des Staates grundsätzlich aufhebt, und dadurch eine freie Entwicklung der gesellschaftlichen Kräfte ermöglicht. Grade dies ist es, was unserer Ansicht nach in der Idee des Reiches liegt, und erst im Reiche seine rechte Verwirklichung finden kann.

So beginnt denn offenbar ein allgemeiner Umschwung, und eine neue Periode. Und wenn diese neue Periode in der That auf Dezentralisation und auf Selbstverwaltung gerichtet ist, so entstehen dadurch Verhältnisse, welche von alle dem, was die sogenannte neuere Zeit charakterisirt, durchaus verschieden sein müssen. Das ist die neue oder neuste Zeit, und in dieser neusten Zeit wird ein solches Gemeinwesen, wie wir uns das neue Reich denken, nicht nur sehr wohl möglich, sondern es entspricht grade dem innersten Triebe dieser Zeit, und wenn es allmälig zu Stande kommt, so wird es der Mittelpunkt der neuen europäischen Entwicklung sein.

Wir denken wahrlich nicht daran, wenn wir ein neues Reich begründen wollen, daß dasselbe eine Kopie des ehemaligen mittelalterlichen Reiches werden soll, sondern wir haben uns auf das mit-

telalterliche Reich nur deshalb berufen, um daran die Prinzipien der Autonomie, der freien gesellschaftlichen Entwicklung, und die daraus entspringenden Folgen deutlich zu machen. Diese Prinzipien aber sind nicht im geringsten an die mittelalterlichen Institutionen und Formen gebunden, welche ruhig in ihrem Grabe schlummern mögen, wir werden sie nicht heraufbeschwören. Formen sind immer vergänglich, aber der Geist lebt fort, und nicht im Mittelalter, sondern im deutschen Geiste wurzeln die Prinzipien der Autonomie, der freien gesellschaftlichen Entwicklung und genossenschaftlichen Bildung. Wenn also dieser Geist nach langer Verirrung wieder zur Erkenntniß seiner selbst, und nach langem Schlummer wieder zur That gelangt, so wird er sich ein neues Reich erbauen, ganz im modernen Style, aber doch eben ein Reich, d. h. ein Gemeinwesen eigner Art. Und worin die Eigenthümlichkeit eines solchen Körpers besteht, wird durch die bisherigen Erörterungen hinlänglich klar geworden sein.

## 5.

Wie verhält sich nun das Reich zum Bunde?

Wir sagten bereits, daß „Reich" und „Bund" zwei verschiedene Seiten des einen und selben Wesens sind, in dem das Reich selbst als Bund erscheint, insofern man darin die Selbstständigkeit seiner Glieder betrachtet, die doch dem Reiche selbst wesentlich ist. So ist auch das ehemalige Reich, selbst in seiner guten Zeit, immer zugleich ein Bund gewesen. Bundesmäßige Einigungen ziehen sich durch die ganze Reichsgeschichte hindurch, und als das Reich aufgelöst wurde, entstand aus den Trümmern des Reiches sofort ein Bund, nämlich zuvörderst der Rheinbund, und darauf der heutige deutsche Bund*). Man darf daher nicht glauben, daß der heutige Bund eine der deutschen Nationalentwicklung durchaus widersprechende und darum zu beseitigende Organisation sei, sondern grade weil er ein Bund ist, enthält er immer noch die wesentlichen Anlagen zu einer

*) Vgl. Kritik aller Parteien, Kap. VII. §. 8.

deutschen Nationalentwicklung. Aber wohl verstanden nur die Anlagen, die Entwicklung selbst ist ausgeblieben. Der heutige Bund ist kein Reich, weil in ihm nur die eine Seite erscheint, nämlich die Selbstständigkeit der Glieder, aber es fehlt die in sich selbst ruhende Totalität, ohne welche kein Reich besteht. Und weil diese fehlt, so fehlt auch der innere Lebensprozeß, so daß der Bund bis heute ein bewegungsloser Körper ist, eine blos passive Existenz.

Ueber die Aufgabe kann demnach kein Zweifel sein. Man darf den Bund nicht etwa ignoriren oder gar beseitigen wollen, um dann auf ganz neuen Grundlagen ein Luftschloß zu erbauen, wie es das deutsche Parlament versuchte, sondern man muß den Bund aus sich heraus zu einem neuen Reich entwickeln, wozu er ja die Möglichkeit in sich trägt. Nur gehört Arbeit und Einsicht dazu, damit man von der Möglichkeit zur Wirklichkeit gelange. Mit einem Sprunge geht es nicht, sondern unvermeidlich langsam und mühsam, nach dem allgemeinen Gesetz des Lebens, daß alles Gute und Große durch Anstrengung und Ausdauer errungen sein will. Soll sich aber der Bund jemals entwickeln, so ist das Allererste und Nothwendigste, daß er in Thätigkeit gesetzt wird, weil in reiner Passivität sich nichts gestalten kann.

Da tritt uns nun die niederschlagende Thatsache entgegen, daß man den Bund seit seiner Begründang fast nur als Polizeianstalt benutzt, dadurch aber ihn selbst nur gehässig und verächtlich gemacht hat. Nicht als ein Mitel zur Beförderung der deutschen Nationalentwicklung, sondern als das vornehmste Hinderniß derselben mußte er der Nation in Folge dessen erscheinen, und so erklärt sich wohl, wie sich die öffentliche Meinung ganz von dem Bunde abwandte, und der Trieb entstand, etwas ganz Neues zu gründen, weil aus dem Bunde doch niemals etwas Brauchbares zu machen sei. Ein eben so verzeihlicher als zugleich bedauerlicher Irrthum, da man dem Bunde als solchem Schuld gab, was doch ganz andere Ursachen hatte.

Zuvörderst nämlich war es die Wirkung der allgemeinen europäischen Reaktion, welche auf Deutschland lastete, und die deutsche

Nationalentwicklung wie jede andere volksthümliche Regung grundsätzlich zu ersticken suchte. Auch war dies im gewissen Sinne kaum vermeidlich, weil man nach den langen Stürmen der Revolutionszeit schlechterdings Ruhe bedurfte. Sodann kam die Stellung der beiden deutschen Großmächte hinzu, worüber wir uns genügend erklärt haben. Sie wollten den Bund keine selbstständige Entwicklung gewinnen lassen, sondern nur als Repressivmittel gebrauchen, und wären in dieser Richtung wohl gern noch weiter gegangen, als es doch wirklich geschah, weil sich andere Bundesglieder widersetzten. Insbesondere die süddeutschen Staaten und einige mitteldeutsche Kleinstaaten, wogegen ohne offenbare Gewalt nichts auszurichten war. Nun ist aber die Periode jener allgemeinen Reaktion längst vorüber, und das europäische System hat sich seitdem dergestalt verändert, daß für die deutschen Großmächte gar kein sachliches Hinderniß mehr besteht, sich in ihrer Politik dem Bunde anzuschließen, und demselben dadurch eine politische Thätigkeit zu geben. Geschieht dies gleichwohl bis heute nicht, so ist es offenbar nicht die Schuld des Bundes als solchen, sondern lediglich der beiden Großmächte, welche keine deutsche Politik führen wollen. Geschähe es hingegen, und gelangte der Bund dadurch zur Aktivität, wenn auch zuvörderst nur in den auswärtigen Angelegenheiten, so würde dies schon von großer Rückwirkung auf seine innere Entwicklung sein, und ein Zustand daraus entspringen, mit welchem wir uns einstweilen wohl befriedigen könnten.

Doch allerdings wäre es nur der erste Schritt, und die naturgemäße Einleitung zu späteren organischen Veränderungen, welche, wie wir gesehen, nur im engeren Bunde möglich sind. Nur von dem engeren Bunde aus kann und wird sich dann ein neues Reich entwickeln, weil da allein eine hinlängliche Gleichartigkeit der Glieder besteht, und das Bedürfniß sich einem größeren Ganzen einzufügen von Allen stark geung empfunden wird, während doch andrerseits die Autonomie gesichert bleibt, da es kein übermächtiges Glied mehr giebt. Es wird schwierig sein und Kämpfe kosten, ehe man sich dazu entschließt, aus dem gegenwärtigen Bunde in den engeren Bund

überzugehen, aber es ist auf die Dauer unvermeidlich. Ist der Uebergang dann einmal vollbracht, so wird die weitere Entwicklung wie von selbst folgen, weil dann Alles dazu drängt, und kein sachliches Hinderniß mehr im Wege steht.

Nur die Verwirrung der Geister wird dabei noch zu bekämpfen sein. Hat man sich doch seit lange in den Gedanken verrannt, den Bund nach irgend einem konstitutionellen Schema umzugestalten, um im eigentlichen Sinne des Wortes einen Staat daraus zu machen. Das kann und soll er niemals werden, sondern etwas Anderes und Besseres, nämlich ein Reich. Worauf es aber dabei ankommt, davon findet sich in dem großen Publikum bis heute nicht das geringste Verständniß, ja nicht einmal eine Ahnung. Man meint vielmehr, daß es die Aufgabe sei, den gegenwärtigen Bund, der ein bloßer „Staatenbund" sei, in einen „Bundesstaat" zu verwandeln, wozu denn auch die erforderlichen Mittel schon fix und fertig dalägen, nämlich in dem repräsentativen Schema, welches man nur in Anwendung zu bringen hätte, so wäre auch der Bundesstaat da.

Das ist nicht blos die vulgäre Ansicht, sondern sie herrscht auch in wissenschaftlichen Kreisen, und ist ursprünglich wohl selbst von den Kathedern ausgegangen. In dem Unterschiede von „Staatenbund" und „Bundesstaat" glaubt man also den innersten Kern der deutschen Frage erfaßt zu haben, so daß es lediglich noch darauf ankäme, die für den deutschen Bundesstaat geeignete Form zu finden, indem es als entschieden gilt, daß jedenfalls ein Bundesstaat einzurichten sei. In Wahrheit ist aber mit solchen doktrinären Erörterungen, wie neuerdings in den „Grundzügen der Politik" von Waitz, die Sache in nichts gefördert Sehr richtig sagt in dieser Hinsicht Escher:

„Nach dem Zeugniß der Geschichte ist noch nie ein Föderativstaat gebildet worden, welcher vollkommen nach dem reinen Begriff entweder ein Staatenbund völkerrechtlicher Natur oder ein Bundesstaat staatsrechtlicher Natur gewesen, und konsequent nach diesem Begriff organisirt war ohne Beimischung heterogener Be-

stimmungen. Namentlich fehlt viel, daß die nordamerikanische Union, oder der noch junge schweizerische Bundesstaat vollkommen konsequent nach diesem Begriffe konstituirt und verwaltet wären; umgekehrt ließe sich eine Beimischung von Staatsgewalt bei den geschichtlichen Staatenbünden nachweisen. Wir halten aber die Vernunft, welche in der Geschichte waltet, für höher als die Kathedervernunft". *)

Solche allgemeinen Begriffe, wie Staatenbund und Bundesstaat, treffen gar nicht das Spezifische der deutschen Aufgabe, sondern dienen nur dazu, den Blick von den gegebenen Verhältnissen abzulenken, und das politische Denken auf eine falsche Bahn zu bringen. Eben darum kommen wir in Deutschland nicht von der Stelle, weil man sich nicht an das Gegebene hält, und die darin liegenden Bedürfnisse durch Benutzung der ebenfalls darin angezeigten Mittel und Wege zu befriedigen sucht, sondern die Dinge nach einem von Außen hergeholten Schema gestalten will. Es soll dann, um die Sache vornehmer auszudrücken: eine Idee realisirt werden, nämlich in unserem Falle die Idee des Bundesstaates, und einmal auf diesem Standpunkt angelangt, wird die ganze Untersuchung rein theoretisch. Man fragt dann nicht mehr: was aus der Natur der deutschen Verhältnisse folgt, sondern was aus der Idee des Bundesstaates folgt? Daraus werden also Schlüsse gezogen, und es soll dies oder jenes geschehen, nicht weil es an und für sich nothwendig oder zweckmäßig wäre, sondern weil es zum Wesen des Bundesstaates gehört. Denn einen Bundesstaat sollen wir schlechterdings haben.

In solchem Irrsale bewegt man sich seit vielen Jahren, und aus solchem Verfahren ist auch die Reichsverfassung von 1849 entsprungen, wobei nur zu verwundern bleibt, daß man dieselbe nicht auch „Verfassung des deutschen Bundesstaates" nannte, sondern vom „Reiche" sprach, ohne im geringsten daran zu denken, daß dieser Ausdruck doch etwas Eigenthümliches bezeichnen müsse.

*) Handbuch der praktischen Politik, Theil II. pag. 483.

Statt dessen war es nur ein hochtönender Name, wodurch man an das ehemalige Reich erinnern wollte, mit dessen Wesen das improvisirte Reich von 1848 doch nicht das Allergeringste gemein hatte.

Weder ist der „Bundesstaat" das wirkliche Ziel, welches wir zu erstreben hätten, noch ist der gegenwärtige Bund ein reiner „Staatenbund", sondern das Eine wie das Andere sind Begriffe, welche die Sache gar nicht treffen. Der deutsche Bund nennt sich ja selbst nicht „Staatenbund", sondern schlechtweg „Bund", wie es auch auf der Hand liegt, daß er kein reiner Staatenbund ist. 1. Nämlich kann ein solcher doch nur zwischen Staaten bestehen, während hier Oesterreich, Preußen und Holland Mitglieder sind, bisher auch Dänemark, nicht als abgeschlossene Staaten, sondern nur für gewisse Gebietstheile, die doch selbst keine wirklichen Staaten sind. 2. Wird in der Bundesakte Art. II. ausdrücklich von „Deutschland" gesprochen, dessen äußere und innere Sicherheit zu erhalten der Zweck des Bundes sein soll, womit offenbar anerkannt ist, daß hier nicht blos ein Vertragsverhältniß zwischen unabhängigen Staaten vorliegt, sondern ein gemeinsames Vaterland die Basis des Ganzen bildet. Und selbst wenn dies nicht ausdrücklich anerkannt wäre, so würde dieser Umstand sich doch thatsächlich geltend machen, und von den weitreichendsten Folgen sein. 3. Wird der Bund ausdrücklich für unauflöslich erklärt, was nicht zu dem reinen Staatenbund paßt. 4. Werden endlich Art. XVIII. der Bundesakte den Unterthanen aller Bundesstaaten gewisse gemeinsame Rechte zugesichert, was abermals über die Grenzen des reinen Staatenbundes hinausgeht. Nimmt man also den deutschen Bund, wie er verfassungsmäßig und thatsächlich besteht, so sind die Kategorien von Staatenbund und Bundesstaat gar nicht darauf anwendbar, sondern wie sehr sich auch die Theorie dagegen sträuben mag, welche alle Dinge unter allgemeine Rubriken bringen will, so liegt es doch unbestreitbar vor, daß es hier nicht geht, wenn man nicht dem doktrinairen Schematismus zu Liebe die wirklichen Verhältnisse verdrehen und verleugnen will. Die Wahrheit ist also, daß der deutsche Bund, so gering man auch davon denken mag, selbst

ein Wesen eigner Art darstellt, und dem entsprechend heißt er schlechtweg „Bund“.

Der Bund kann und soll sich zum Reiche entwickeln. Die Anlagen und die Keime dazu liegen in ihm selbst, aber die Anlagen müssen ausgebildet, die Keime gepflegt werden, sonst entsteht nichts daraus. Wie die Bäume im Walde wachsen Institutionen nicht empor, sondern es gehört Ueberlegung und That dazu. Will man nun Erfolge haben, so muß man den Bund nach seinem eigenthümlichen Wesen behandeln. Aber darin eben liegt der Fehler, daß man dies bisher nicht gethan hat, indem man sich eben so über den Ausgangspunkt, wie über das Ziel der Entwicklung täuschte, in die Kategorien von Staatenbund und Bundesstaat verrannt, worin man das Wesen der Sache zu haben vermeinte.

Alles dies ist die Folge unserer bisherigen politischen Bildung oder Verbildung, die wir im Einzelnen schon wiederholt zu kritisiren Gelegenheit hatten, worüber wir aber in dem Folgenden noch eine besondere Betrachtung anstellen werden, wie sie die Wichtigkeit der Sache erheischt. Denn es gehört durchaus ein Umschwung der politischen Ansichten dazu, wenn die deutsche Entwicklung zum Ziele gelangen soll. Die bis heute noch herrschenden Theorien sind dazu ganz unzulänglich, weil sie sich eben lediglich um die Idee des eigentlichen Staates bewegen, vom Bunde aber und vom Reiche nichts wissen, daher sie die wirkliche Aufgabe nur verdunkeln, und alle die falschen Tendenzen begünstigen oder hervorrufen, die wir in dem Vorstehenden charakterisirt haben.

# XIII.

# Unzulänglichkeit der bisherigen staatswissenschaftlichen Lehren zur Behandlung der deutschen Frage.

1. Die naturrechtliche Ansicht bis Kant. 2. Hegel und Stahl. 3. Die empirische und reflektirende Staatswissenschaft. 4. Verfall des Nationalgeistes durch das römische Recht und die antike Bildung. 5. Anfänge einer neuen Nationalbildung. 6. Die heutige Aufgabe.

---

In allen Nationen und zu allen Zeiten hat die politische und soziale Entwicklung in inniger Wechselwirkung mit den geistigen Zuständen und Produktionen gestanden. Ideen befruchten das öffentliche Leben, aber andrerseits entspringen sie auch daraus, und die Richtung des allgemeinen Denkens ist sehr wesentlich durch die öffentlichen Verhältnisse bedingt. Eben daraus erklärt sich der eigenthümliche Gang der deutschen Geistesentwicklung in den letzten Jahrhunderten.

War nämlich das Reich in fortwährendem Verfall begriffen, ohnmächtig nach Außen, nach Innen unfähig den Lebensbedürfnissen der fortschreitenden Zeit zu genügen, ja mehr und mehr zu einer bloßen Schattenexistenz heruntergekommen, — welche Wirkung mußte dies wohl auf das deutsche Denken ausüben?

## 1.

Man könnte meinen, es hätte daraus eine allgemeine Abstumpfung und Ermattung der Geister folgen müssen, aber das geschah doch keinesweges. Und zwar deshalb nicht, weil bei dem Zerfall des Reichskörpers die einzelnen Glieder fortlebten, was sich

eben aus der eigenthümlichen Natur des Reiches erklärt, und in einem zentralisirten Staatswesen in solcher Weise nicht möglich gewesen wäre. Eine geistige Erstarrung trat also nicht ein, denn es gab Stützpunkte der geistigen Entwicklung in den Territorien, und bei den gegenseitigen Reibungen so vieler differenter Elemente konnte auch die geistige Anregung nicht fehlen. Aber offenbar hatte der seitdem herrschende Territorialstaat etwas Kleinliches und Dürftiges. Es waren fast nur Patrimonialherrschaften, deren innere Entwicklung in die landesherrliche Administration aufging, nach Außen hin ohne allen entscheidenden Einfluß, den großen europäischen Bewegungen mehr oder weniger fernstehend, jedenfalls ganz ungeeignet zum Träger derselben zu dienen. Aufstrebende, auf große Zwecke gerichtete Geister konnten darin kaum eine Befriedigung finden. Da nun andrerseits auch das Reich keine Anziehungskraft mehr hatte, so wandten sich die besten Köpfe ganz den realen Verhältnissen ab, um sich dafür eine reine Gedankenwelt zu bilden. Daraus entstand ein neues Geistesleben in Deutschland, sehr ideal aber auch sehr abstrakt, und je mehr man in dieser Richtung fortschritt, verfiel das öffentliche Leben nur um so mehr. So ging es fort bis zu Anfang dieses Jahrhunderts, wo man das erstaunliche Schauspiel erlebte, daß die deutsche Philosophie und schöne Literatur ihre glänzendsten Triumphe feierte, während das deutsche Reich in Trümmer zerfiel, und ganz Deutschland der Fremdherrschaft erlag. Wo hat man je etwas Aehnliches gesehen!

Nur Einer von den großen Denkern der beiden letzten Jahrhunderte hielt an dem Reiche fest, es war Leibnitz. Das umfassendste Genie, welches Deutschland jemals hervorgebracht: Philosoph, Gelehrter, Staatsmann und Patriot, und nicht nur in allen Wissenschaften bewandert, sondern überall neue Bahnen brechend, und dabei mit allen praktischen Problemen seiner Zeit beschäftigt, mochten sie das Reich, die Kirche oder die europäische Politik betreffen, im eigentlichen Sinne des Wortes ein Weltweiser zu nennen. Welch ein ganz anderer Geist lebte in diesem Manne, als dann in der späteren

deutschen Philosophie zur Herrschaft kam! Aber einsam stand er da, von seinen Zeitgenossen wenig verstanden, noch weniger gewürdigt, und erst in unseren Tagen fängt man an, das Wesen dieses Mannes recht zu begreifen und zu schätzen.

Läge es in der Macht eines einzelnen Menschen, den allgemeinen Zug der Entwicklung zu verändern, ein Leibnitz allein hätte dem absterbenden Nationalkörper ein neues Leben einzuhauchen vermocht. Denn die Idee des Reiches lebte in ihm, aber in dem Zeitalter war sie erstorben. Zwar fehlte es nicht an Publizisten, die sich mit der Reichsverfassung beschäftigten, das Material sammelten und verarbeiteten, und so die historische Kenntniß erhielten, Männer von treuem Fleiß aber ohne ideale Kraft. So vor Allem Moser, eben so achtungswerth wegen seines persönlichen Charakters, als denkwürdig wegen seiner fast unbegreiflichen Arbeitskraft und Schreibseligkeit, indem er wohl der fruchtbarste Schriftsteller sein mag, der jemals in der Welt existirt hat. Schon allein sein deutsches Staatsrecht enthält 53 Bände in Quart, und so geht es fort, die ganzen Werke über 500 Bände. Gewiß gehörte die eigenthümliche Natur eines Moser dazu um solche Werke zu schreiben, aber sie charakterisiren zugleich den damaligen Zustand des Reiches, welches eben deswegen ein so unübersehbares Material darbot, weil alles Leben daraus entschwunden war, und das Ganze nur noch eine lockere Masse einzelner Existenzen und Berechtigungen bildete. So lagen die Dinge, und so hat sie Moser aufgefaßt und beschrieben. Daher die zahllosen Quartanten, die vielleicht kein Sterblicher ganz durchgelesen hat, die aber für die Kenntniß der damaligen Zustände eine unerschöpfliche Fundgrube sind. Mit einer rührenden Pietität hat sich dieser Mann mit dem alten hinsterbenden Reiche und den darin bestehenden Verhältnissen beschäftigt, aber eben diese Verhältnisse waren wüst, lahm und geistlos, dem lebenden Geschlechte selbst gleichgültig und widerwärtig geworden, der Strom der allgemeinen Entwicklung ging darüber hinweg. Und wie gering ist doch der Eindruck, den diese massenhaften Werke gemacht haben, im Vergleich mit der welt=

historischen Wirkung von Rousseau's Schrift über den Gesellschaftsvertrag! Sie erscheinen wie eine verschwindende Größe dagegen.

Denn dahin ging die Richtung der Zeit: aus einigen abstrakten Begriffen ein neues Weltsystem ableiten zu wollen. Die Reichspublizisten standen außerhalb der allgemeinen Bewegung, sie waren nicht das treibende Element. Oder in heutiger Sprache zu reden: sie repräsentirten nicht den Fortschritt, sondern das thaten die Lehrer des Naturrechtes, ein Pufendorf, Thomasius und Wolf, welche die Gedankenentwicklung beherrschten, in allen das öffentliche Leben betreffenden Fragen, und selbst einen europäischen Namen gewannen. Endlich that sich die Kantische Philosophie hervor, durch welche die naturrechtliche Staatsansicht in Deutschland gewissermaßen zum Abschluß kam.

Wir haben die charakteristischen Elemente dieser Lehre schon im Verlauf unserer bisherigen Betrachtungen hervorgehoben, nämlich daß an die Stelle einer organischen Gesellschaft und ihrer geschichtlichen Gliederung ein bloßer Haufe von unabhängigen Individuen fingirt wird, welche durch freien Beschluß ein Gemeinwesen einrichten, dessen Verfassung rein aus den Gesetzen der Vernunft folgen soll. Eine solche Verfassung müßte daher in der ganzen vernünftigen Welt die ein und selbe sein, und so unveränderlich wie ein mathematischer Satz, während sie doch in der That bei jedem Lehrer des Vernunftrechts oder Naturrechts anders aussieht. Die französische Revolution zeigte dann, wie sich solche Doktrin in der Praxis bewährt, indem eine Verfassung die andre verdrängte, bis endlich die Säbelherrschaft dem Vernunftstaat zu Hülfe kam, und dadurch einstweilen etwas Festes entstand, freilich nicht als ein Produkt der reinen Vernunft sondern der bitteren Nothwendigkeit, und als eine massive Thatsache.

Wird also von allen gesellschaftlichen Zuständen und Verbindungen grundsätzlich abstrahirt, und auf das nakte Individuum und dessen Willen zurückgegangen, so entsteht daraus ein rein staatsbürgerliches System, der reine Politismus, wie wir es früher

nannten, der für diese Richtung durchaus charakteristisch ist. Nach logischer Entwicklung folgt daraus neben der Gleichheit aller Staatsbürger auch die Gleichförmigkeit aller Einrichtungen und Gesetze in dem ganzen Staatskörper, und die absolute Zentralisation der öffentlichen Gewalt, d. h. der Einheitsstaat in strengster Form, welcher die naturrechtliche Ansicht nicht minder charakterisirt. Diese beiden Hauptpunkt bezeichnen denn auch den Vernunftstaat bei Kant und seinen Nachfolgern.

Nun leuchtet wohl ein, wie ein solches Gemeinwesen, welches angeblich für die ganze Welt passen soll (auch für den Mond, falls er etwa bewohnt wäre), nicht die allergeringste Beziehung zu den eigenthümlichen Zuständen und Aufgaben unseres deutschen Vaterlandes haben kann. Wird doch auf Kantischem Standpunkt überhaupt nicht von Nationen gesprochen, sondern nur von Menschenhaufen, oder von sinnlich-vernünftigen Wesen, welches hier der technische Ausdruck für „Mensch“ ist. Für einen solchen Haufen von sinnlich-vernünftigen Wesen wird also der Vernunftstaat eingerichtet, wobei nur zu bewundern bleibt, daß man überhaupt noch verschiedene Haufen machte und nicht lieber summarisch verfuhr, um auf einmal alle sinnlich-vernünftigen Wesen mit einer neuen Verfassung zu beglücken. Wo aber solche Lehren zur Verbreitung und Herrschaft gelangten, da mußte wohl Sinn und Verständniß für die deutsche Eigenthümlichkeit bis auf die letzte Spur verschwinden. Und so ist es in der That geschehen.

## 2.

Keine Philosophie hat in Deutschland eine so durchgreifende Wirkung gehabt, als zu ihrer Zeit die Kantische, und mittelbar wirkt sie noch bis heute fort, weil die späteren Philosophen doch den ersten Anstoß durch sie empfingen. In der Geschichte der Gedankenentwicklung wird darum Kant immer eine hervorragende Stellung behaupten, die er auch mit Recht verdient. Es gehört nicht zu unserer Aufgabe den inneren Gehalt seiner Philosophie zu untersuchen, aber wir

möchten uns nicht der Mißdeutung aussetzen, als ob wir einen so großen Mann geringschätzig behandelten, und bemerken daher ausdrücklich, daß wir hier nur von seiner Staatslehre sprechen; und auch diese betrachten wir nur unter dem Gesichtspunkte der deutschen Frage. Darin tritt nun offenbar die allerschwächste Seite des Kantianismus hervor. Denn es ist wohl von selbst klar, daß eine Philosophie, welche den Mittelpunkt ihrer Aufgabe in der Untersuchung der menschlichen Geisteskräfte fand, kaum zu einem Verständniß des öffentlichen Lebens und seiner Institutionen gelangen konnte, wozu doch so viele reale Elemente gehören, die Alle ganz außerhalb des Kantischen Gedankenganges liegen.

Heute ist die Zeit des Kantianismus längst vorüber, und insbesondere die Kantische Staatslehre nach Inhalt und Methode schon wie verschollen anzusehen. Ueberhaupt sind die abstrakten Ansichten des ehemaligen Naturrechts überwunden oder verlassen, die Staatslehre hat seitdem einen viel reicheren Inhalt gewonnen, und überall tritt wenigstens das Streben hervor, die Gesammtheit der menschlichen Lebensverhältnisse in's Auge zu fassen, und die sachlichen Grundlagen der öffentlichen Zustände werden mehr oder weniger beachtet. Ein großer Umschwung hat damit begonnen, aber in der That auch nur begonnen, während die ehemalige Richtung noch immer ihre Nachwirkungen äußert. Sie zeigen sich besonders darin, daß man noch immer fortfährt, den Staat als ein allgemeines Wesen zu behandeln, und aus der allgemeinen Staatsidee heraus die einzelnen Lehren abzuleiten sucht, anstatt von praktischen Problemen auszugehen, und die geforderten Institutionen aus der Natur der gegebenen Verhältnisse zu entwickeln. Wie es sich denn auch mit dem scientifischen Werth solcher lediglich auf das Allgemeine gerichteten Doktrinen verhalten mag, so viel ist jedenfalls klar, daß man auf solchem Wege niemals zu Resultaten gelangen kann, welche unseren eigenthümlichen deutschen Bedürfnissen entsprächen, und die Lösung der deutschen Aufgabe auch nur vorzubereiten vermöchten, wie wir jetzt des Näheren zeigen wollen.

Gehen wir daher von Kant zu Hegel. Fast funfzig Jahre jünger als jener, steht Hegel natürlich auf einem anderen Boden. Einerseits freilich war er selbst noch ein Kind des achtzehnten Jahrhunderts, in der Schule des abstrakten Denkens erzogen, und darin ist er auch geblieben, aber andrerseits hatte er als junger Mann die französische Revolution erlebt, in welcher die Unhaltbarkeit des abstrakten Naturrechtes in so großen Thatsachen hervortrat, daß eine wissenschaftliche Reaktion dagegen nicht ausbleiben konnte, wovon er denn auch ergriffen wurde. Nicht zwar, daß er sich der eigentlich-sogenannten Reaktion angeschlossen hätte, die er vielmehr entschieden bekämpft, wie namentlich die Haller'schen Theorien, sondern er verfuhr ohngefähr wie die französischen Doktrinairs, welche zwar gegen die Theorien und die Exzesse der Revolution reagiren, aber doch selbst die politische Freiheit und die Ergebnisse der modernen Bildung sicher stellen, oder wie man so oft sagt: die Freiheit mit der Ordnung verbinden wollen.

Dem entsprechend hielt Hegel einerseits an dem reinen Denken fest, — das war ihm aus der Schule des vorigen Jahrhunderts geblieben, — aber andrerseits sollte das Denken einen positiven Inhalt haben, denn nach der Revolution war man der Abstraktionen müde, und verlangte etwas Positives. Er wollte also das Eine wie das Andere, d. h. das reine Denken und den positiven Inhalt, und eine gewisse Vermittlungstendenz zieht sich daher durch seine ganze Philosophie, welche ja auch Glauben und Wissen vermitteln will. Es ist aber leerer Schein damit, weil der positive Inhalt bei Hegel aus dem reinen Denken selbst hervorgehen soll, welches angeblich mit dem Sein identisch ist. Daher die Zweideutigkeit, die überall in dieser Lehre hervortritt. Es sieht so aus, wie wenn sie einen festen und realen Inhalt hätte, aber Alles ist doch nur ein Produkt des Denkprozesses, ein Spiel des Geistes, und am Ende des ganzen Systemes ist man genau wieder zum Anfang zurückgekehrt, nämlich zu dem sogenannten absoluten Geist, der aber nichts anderes als die Philosophie ist, d. h. das reine Denken. Darauf beruht denn auch

die Spaltung in der Hegel'schen Schule, indem die Einen, die sogenannten Althegelianer, den positiven Inhalt für baare Münze nehmen und, daran festhaltend, orthodox und selbst reaktionair sind, während andrerseits die Junghegelianer, sich an dem Denkprozeß als solchen haltend, daraus die Allmacht des Gedankens deduziren, und somit atheistisch und revolutionair gesinnt sind.

Was ist nun der Inhalt der Hegelschen Staatslehre? Der Hauptsache nach nichts weiter als die wohlbekannte Theorie der konstitutionellen Monarchie. Neu und eigenthümlich ist dabei gar nichts, außer die Methode der wissenschaftlichen Entwicklung, indem das Vorbild dieser konstitutionellen Monarchie nicht etwa aus der Erfahrung stammen soll, nehmlich von England her, sondern angeblich durch das reine Denken selbst erzeugt wird, und aus der sogenannten absoluten Idee entspringt, die sich vor den Augen des erstaunten Publikums aus einer Gestalt in die andere verwandelt, und woraus überhaupt die Hegelsche Welt entsteht. Diese absolute Idee präsentirt sich also zuvörderst als das natürliche Universum, dann wird sie Mensch, oder der subjektive Geist, wie Hegel sagt, dann wird sie die konstitutionelle Monarchie, welche hier der objektive Geist genannt wird, und was dergleichen hohle Phrasen mehr sind, woran nie ein Philosoph reicher war als Hegel.

Was ist denn aber damit erreicht? Wir schweigen von der Sinnlosigkeit, welche darin liegt, eine so spezielle Staatsform, wie es doch die konstitutionelle Monarchie unstreitig ist, für das allgemeine Staatsideal ausgeben zu wollen, aber so viel ist doch klar, — man mag über diese konstitutionelle Monarchie denken wie man will, und meinetwegen auch das reifste Produkt der Zeit darin finden, — für das eigenthümliche Problem, welches in Deutschland vorliegt, ist damit gar nichts geleistet. Denn hier handelt es sich darum eine Vielheit nebeneinander bestehender Staaten zu einem Körper zu verbinden, und daß der Konstitutionalismus dazu ganz unbrauchbar ist, haben wir genügend dargethan. Somit hat Hegel von der deutschen Frage in der That nichts verstanden, und nichts zu ihrer Lösung beige-

tragen. Seine Schule setzt das Geschäft fort, und gleichviel ob Althegelianer oder Junghegelianer, die Einen verstehen so wenig davon als die Anderen, und werden auch in alle Ewigkeit gar nichts dafür leisten können, außer sie müßten neue Prinzipien gewinnen, und aufhören Hegelianer zu sein.

Nach Hegel hat unter den deutschen Staatsphilosophen das größte Ansehn Stahl erlangt. Der ist wiederum ein Menschenalter jünger als Hegel, und steht daher auf einem ganz anderen Boden. Seine Entwicklungsperiode fällt in die Blüthezeit der heiligen Allianz, von deren Ideen Stahl durchdrungen ist. Dem entspricht auch die gemessene feierliche Redeweise, die ihm für immer geblieben ist, wie andrerseits die sophistische Richtung, wonach die Regierungen den Völkern gegenüber immer im Recht erscheinen, obgleich das Recht für eine heilige göttliche Ordnung erklärt wird, welcher folglich die Regierungen nicht minder unterworfen sein müßten als die Völker. Statt dessen sollen sie über das Recht erhaben sein, als die Bewahrer und Träger der göttlichen Ordnung, gleichsam die Statthalter Gottes auf Erden, — ein Standpunkt, der, wenn er überhaupt gelten sollte, nothwendig zu dem Papalsystem führen müßte, welches aber durch eine neue Sophisterei gleichwohl verworfen wird. Denn Stahl war ein orthodoxer Protestant, dabei ein Konvertit, und wie es bei Konvertiten so häufig ist, in seinen religiösen Ansichten zum Zelotismus geneigt. So hat er die Idee des christlichen Staates auf die Spitze getrieben, theils in lutherischer, theils in judaisirender Richtung, die ihm von seinem Ursprung her geblieben war, so daß seine ganze Staatsansicht auf dem Hintergrund der jüdischen Theokratie ruht. Andrerseits verbanden sich römische Anschauungen damit, denn er war Romanist gewesen, ehe er Rechtsphilosoph wurde. Dieses aber wurde er unter dem Einfluß der Neuschellingschen Philosophie.

Das sind also die Elemente, woraus sich sein System entwickelte, und das die Zeitumstände seiner Bildungsperiode. Man sieht, wie in den Elementen fast gar nichts deutsch ist, außer eben die Formen der deutschen Spekulation, und die Zeitumstände waren

so, daß ein Deutschland in der politischen Welt damals fast gar nicht existirte. Es war die klassische Zeit der Demagogenverfolgungen, wo es sogar für Hochverrath galt, von einem Deutschland in politischem Sinne zu sprechen, weil nur die einzelnen deutschen Staaten ein Recht zu existiren haben sollten, und zwar vermöge des göttlichen Rechtes ihrer Regierungen. Was wird also für Deutschland von einem Systeme zu erwarten sein, welches aus solchen Elementen und unter solchen Umständen entstand, und welches ganz ausdrücklich eben dieses göttliche Regierungsrecht zu seinem Mittelpunkt macht? Es ist von vorn herein gar nichts davon zu erwarten, und wie wir alsbald sehen werden, auch in der That für die deutsche Frage nichts damit geleistet worden.

Die Herrschaft des abstrakten Denkens ging in der Zeit der heiligen Allianz bereits zu Ende, und so ist Stahl über das leere Formelwesen Hegel's weit hinaus, und sein System entschieden viel gehaltvoller. Ein mehrfacher Wechsel der Systeme war ihm vorangegangen, die Sturmperiode der deutschen Philosophie lag hinter ihm, von welcher Hegel noch selbst ergriffen war. Stahl stand ihr unbefangen gegenüber, er war von vorn herein an keine philosophische Richtung gebunden, seine Gedanken bewegten sich freier, und hatten vielseitige Gesichtspunkte gewonnen. Auf diesem Standpunkt hat er denn zuvörderst eine Geschichte der Rechtsphilosophie geschrieben, und diese ist ganz objektiv gehalten. Eine vortreffliche Arbeit, in welcher neben gründlicher Kenntniß des Gegenstandes der Scharfsinn des Verfassers in der Auffassung, und sein Darstellungstalent im hellsten Lichte strahlt.

Dasselbe gilt von seinen „Vorlesungen über die gegenwärtigen Parteien in Staat und Kirche," wobei aber doch die doktrinaire Richtung schon merklich hervortritt. Alles nehmlich, was die Parteiprinzipien als solche anbetrifft, ist eben so tief gedacht, als mit großer Präzision dargelegt, die realen Verhältnisse hingegen, aus welchen die Parteien herausgewachsen sind, der ganze geschichtliche Prozeß mit seinen politischen und sozialen Zuständen, werden sehr wenig

berücksichtigt, sondern es sieht so aus, wie wenn das Parteiwesen nur in dem Kampf theoretischer Prinzipien bestände, und sich gewissermaßen in der Studirstube konzentrirte. So ist auch das göttliche Recht, an welchem hier alle Parteien gemessen werden, ein rein doktrinaires Wesen, ein Ding an sich, und als solches dem geschichtlichen Prozeß entrückt. Gleichzeitig aber wird der Sprung gemacht, daß eben dieses überirdische göttliche Recht doch gleichwohl in den bestehenden Obrigkeiten repräsentirt sein soll, die, wie Stahl so oft wiederholt, als eine Macht über den Menschen anzusehen sind. Darin soll eben der entscheidende Punkt liegen, daß dieser Satz anerkannt oder geleugnet wird, wonach das ganze Parteiwesen in eine konservative und gläubige, und in eine revolutionaire und ungläubige Seite zerfällt. Aber man sage uns doch: was sind denn die Obrigkeiten selbst? Sind sie denn etwas anderes als sterbliche und sündhafte Menschen wie die Unterthanen? Fordert man also eine über den Menschen stehende Macht, — wie kann doch sterblichen Menschen eine solche Macht zugeschrieben werden? Es ist ja gegen das erste Gebot und fast gotteslästerlich zu nennen. Wir leugnen wahrlich nicht den göttlichen Ursprung des Rechtes, noch auch die göttliche Sanktion desselben, aber der göttliche Funke, woran sich die Rechtsidee entzündet, ist in jedem Menschen zu finden, und nicht etwa bei den Obrigkeiten deponirt, und ebenso ist die göttliche Sanktion durch die Offenbarung für alle Welt kund gethan, und nicht etwa blos für die regierende Klasse, wodurch sich ja eben die christliche Religion von den Mysterien des Alterthums unterscheidet. Die Obrigkeiten aber sind selbst nur aus dem in der menschlichen Gesellschaft lebenden Rechtsbewußtsein hervorgegangen, und sind nach ihrer Gestalt und Kompetenz lediglich ein Produkt der Geschichte, so daß das Eine wie das Andere in stetiger Veränderung begriffen ist, wonach sich auch das ganze Verhältniß zwischen Obrigkeiten und Unterthanen regulirt. Statt dessen soll dieses Verhältniß auf einem für sich bestehenden, und dem geschichtlichen Prozesse entrückten göttlichen Rechte beruhen, dessen Inhalt dann

eben durch die Stahl'sche Lehre festgestellt werden soll. Es ist gerade so, wie die französischen Doktrinairs an die Stelle der konkreten Verfassung, wie sie in England unter besonderen Umständen im Laufe der Zeit entstanden ist, ein System von Abstraktionen setzen, als die angeblich für sich bestehende Norm jeder freien Verfassung. Ebenso sucht Stahl die Norm, nicht zwar einer freien, sondern einer gottgefälligen Verfassung, und ist selbst ein reiner Doktrinair, nicht sowohl des Konstitutionalismus, als des göttlichen Rechtes. Das ist ein ideales Streben, und hat als solches seinen Werth und seine Berechtigung, und offenbar eine höhere Dignität, als das Streben der französischen Doktrinairs. Allein nun kommt die Kehrseite, und der Doktrinair wird zum Sophisten, indem er jenes göttliche Recht, welches doch nur bei Gott sein kann, auf einmal in die weltliche Ordnung hineinträgt und den bestehenden Gewalten unterschiebt. Die werden dann durch diese göttliche Grundlage in das Uebermenschliche erhoben, während den Unterthanen, denen solche göttliche Grundlage fehlt, natürlich nur der Gehorsam bleibt und die gläubige Verehrung dieser übermenschlichen Macht. Solcher Weise wird die dem Rechte selbst einwohnende Göttlichkeit zu einem Privilegium der Obrigkeiten, und wie schon nach einem alten Satze das Beste, wenn es verdirbt, immer das Schlechteste wird, so entstehen aus dieser Verdrehung der an und für sich hohen und wahren Idee von der Göttlichkeit des Rechtes die allerverderblichsten Folgen. Darin liegt die innere Unwahrheit, die sich durch das ganze System hindurchzieht. Denn wie Stahl ein Meister der doktrinairen Entwicklung ist, so ist er nicht minder ein Meister der Sophistik, die aber um so verwerflicher wird, wo sie sich mit dem Heiligenschein göttlicher Wahrheit umgiebt.

Dieses vorausgeschickt, haben wir das Stahl'sche System nur noch in Beziehung zur deutschen Frage zu betrachten. Da zeigt sich dann zuvörderst ganz dasselbe wie bei Hegel, denn trotz der großen Verschiedenheit der beiderseitigen Geistesrichtung und Weltanschauung, kommt doch zuletzt auch Stahl auf die konstitutionelle Monarchie hin=

aus. Als Vorbild dazu dient ihm die englische Verfassung, wie sie unter den letzten Stuarts war, und womit sich seine Ideen vom göttlichen Recht sehr wohl verbinden lassen. Freilich nur in der Theorie, denn in der Praxis gelang es bekanntlich in England nicht, indem es vielmehr gerade die Prätensionen des göttlichen Rechtes waren, welche die Stuarts ins Verderben führten. Aber nach Stahl trat darin vielmehr die Gottlosigkeit des Volkes hervor, daß es diese gottselige Theorie, welche alle Volksrechte illusorisch macht, sich nicht wollte gefallen lassen. Es kommt diesem Philosophen nicht in den Sinn, daß es das germanische Prinzip war, welches gegen jene Theorie reagirte, die eben wesentlich antigermanisch, und aus jüdischen und römischen Elementen zusammengesetzt ist, sondern sie soll seiner Ansicht nach die göttliche Ordnung darstellen, und wir bemerkten bereits, wie Stahl dem germanischen Wesen innerlich ganz fremd war.

Aber lassen wir das. Wir bekommen also als Muster eine konstitutionelle Monarchie, d. h. ein System, welches, wie man auch sonst darüber denken mag, doch jedenfalls nur für einen Einzelstaat passen kann, und für den deutschen Bund gänzlich bedeutungslos ist. Von dem deutschen Bunde und dessen Entwicklung weiß daher die Stahl'sche Philosophie nichts zu sagen. Zwar spricht sie von einem Reiche, aber nur von einem sittlichen Reiche, nicht als von einem realen Körper. Auch spricht sie von Nationen, denen sie einen eigenthümlichen Fonds von sittlichen und rechtlichen Anschauungen, von Lebensansichten und Lebensgewohnheiten zuschreibt, kurz ein eigenthümliches „Ethos", wie es Stahl nennt, und daran knüpfen sich Aeußerungen, die in ihrer Konsequenz zu einem ganz anderen Resultat führen würden, als wohin Stahl selbst gelangt. Allein er sieht diese Konsequenzen nicht, oder will sie nicht sehen.

So lesen wir z. B.:

„Der Staat ist nach Art und Form seines Bestandes der Verband eines Volkes unter einer Herrschaft;*) er vollendet

*) Philosophie des Rechtes Zweiter Band, Abtheilung II. pag. 131.

die nationale Existenz durch die Entfaltung aller natürlichen und sittlichen Kräfte, durch die Offenbarung der innersten geistigen Individualität der Nation;*) er ist die Erfüllung der Lebensaufgabe der Nation;**) und weil die Bestimmung des Staates das ganze menschliche Dasein umfaßt, so ist er die Aufgabe des Volkes, denn nur das Volk enthält die Richtungen und Mittel des menschlichen Daseins vollständig und durch ein gemeinsames Bewußtsein verbunden."***)

Nun wohlan denn, jetzt wollen wir unseren Autor bei seinen eigenen Worten halten, und er soll uns doch sagen, welcher deutsche Staat denn wirklich auf einem solchen Volksthume beruht, wie es hier vorausgesetzt und gefordert wird! Denn unter „Volk" versteht ja Stahl keineswegs blos die Menschenmasse, die in einem Staate lebt, sondern eine natürlich-geistige Gemeinschaft, eine Nation im eigentlichen Sinne. Giebt es aber wohl eine solche in der österreichischen Monarchie? Und wenn dies ganz offenbar nicht der Fall ist, — was ist denn von dieser Monarchie zu halten? Sie müßte ja auf diesem Standpunkte als ein Unding erscheinen. Oder giebt es ferner eine preußische Nation? Im eigentlichen Sinne doch auch nicht, weil die Preußen doch nur einen Theil oder Zweig des deutschen Volkes bilden. Und von welchem deutschen Staate kann wohl überhaupt gesagt werden, daß er „die nationale Existenz vollende, oder die Lebensaufgabe der Nation erfülle"? Thut es etwa Oesterreich oder Preußen, oder thut es irgend einer der Mittelstaaten oder Kleinstaaten? Ach nein, es thut keiner derselben. Auch kann es keiner thun, denn die Lebensaufgabe der deutschen Nation reicht über alle Einzelstaaten weit hinaus, und liegt es vielmehr zu Tage, daß alle das, was Stahl hier fordert, grade durch den gegenwärtigen Zustand Deutschlands unmöglich gemacht wird. Denn die deutsche Nation kann in der heutigen staatlichen Zerrissenheit ihre Lebensaufgabe **nicht** erfüllen, und alle deutschen Einzelstaaten, weit

*) pag. 132. **) pag. 135. ***) pag. 161.

entfernt unsere nationale Existenz zu „vollenden", zerstören sie vielmehr.

Es ist ja klar, daß alle jene obigen Aeußerungen nur für ein nationales Gemeinwesen passen. Sollen sie also gleichwohl als allgemeine Regel gelten, so folgt daraus, daß, wo kein nationales Gemeinwesen besteht, ein solches einzurichten ist. Dahin gelangt, mußte sich aber Stahl die Frage stellen, wie denn bei der gegenwärtigen staatlichen Zerrissenheit Deutschlands ein solches Gemeinwesen herzustellen sei? Und eben diese Frage hätte wohl den Mittelpunkt seiner Untersuchungen bilden müssen, da er doch zunächst für das deutsche Publikum schrieb. Aber er denkt gar nicht daran, er macht nicht den leisesten Versuch dazu, sondern er beschränkt sich auf die Phrase:

„Es soll, wenn eine Nation sich in Stammstaaten theilt, wie z. B. die deutsche, eine höhere Staateneinheit, je stärker desto besser, angestrebt werden, in der das gemeinsame nationale Bewußtsein seine Manifestation und seine Sicherung erhalte."*)

Das kann nun Jeder sagen, und ist hier ganz ebenso ins Blaue hingesagt, wie jene früheren Aeußerungen. Hätte Stahl irgendwie über die Folgen einer solchen Behauptung nachgedacht, so hätte er ja alsbald einsehen müssen, daß eine solche höhere „Staateneinheit", wie er sie hier fordert, gar nicht möglich ist, wenn in den Einzelstaaten die konstitutionelle Monarchie besteht, die ja ein abgeschlossenes Staatswesen voraussetzt. Und er hätte desgleichen einsehen müssen, daß eine solche „Staateneinheit", wenn sie wirklich zu Stande käme, doch nicht selbst wieder ein eigentlicher Staat sein könnte, sondern etwas ganz anderes sein müßte, was wir eben als „Reich" bezeichnet haben. Er hat aber weder das Eine noch das Andre eingesehen, und so dürfen wir rundweg behaupten, daß er von der deutschen Frage rein gar nichts verstanden, und ebenso gar nichts dafür geleistet hat.

---

*) pag. 166.

Dieser Mangel ist nun der ganzen deutschen Rechtsphilosophie gemeinsam, indem uns wenigstens kein System bekannt ist, in welchem die Idee des Reiches und das Problem der Entwicklung des Bundes zum Reiche, eine eingehende Betrachtung gefunden hätte. Denn wie schon gesagt, die Reichsidee ist nach Leibnitz den deutschen Denkern fremd geworden und scheint seitdem wie begraben zu sein.

### 3.

Von der Rechtsphilosophie wenden wir uns jetzt zu der eigentlich sogenannten Staatswissenschaft, zu den auf Empirie und Reflexion beruhenden Systemen, die uns aber auch nur wenig Trost gewähren werden.

Wir beginnen mit Pölitz: „Die Staatswissenschaften im Lichte unserer Zeit, fünf Bände", und zu seiner Zeit viel verbreitet, aber siehe da, es findet sich kein Wort darin vom deutschen Bunde und seiner Entwicklung! Dieses Werk repräsentirt so recht den vulgären Liberalismus, den man auch wohl den Leipziger Meßliberalismus genannt hat.

Darauf folge der gefeierte Rotteck. Dieser war ein mehr systematischer Kopf, und kann als Repräsentant des reinen Liberalismus angesehen werden, indem er mit vollem Bewußtsein auf die reinen naturrechtlichen Begriffe zurückgeht. Auf diesem Standpunkt steht sein „Lehrbuch des Vernunftrechts und der Staatswissenschaften, vier Bände". Aber auch dieses Vernunftrecht hat ganz andere Dinge zu thun, als sich mit dem deutschen Bunde und mit der deutschen Frage zu beschäftigen. Nun beachte man doch, daß eben dieser Rotteck zu seiner Zeit der geistige Chef des ganzen süddeutschen Liberalismus war, und nicht blos als Lehrer und Schriftsteller, sondern auch im Parteiwesen und in der badenschen Kammer eine hervorragende Stellung einnahm, und nach dem Hirten darf man wohl die Heerde beurtheilen. Was hat denn also dieser Liberalismus von der deutschen Frage verstanden? Gar nichts hat er davon ver=

standen, sondern seine Gedanken drehten sich um den Staat im Allgemeinen, um die staatsbürgerliche Freiheit und um die konstitutionellen Formen. Kein Wunder, daß dieser Liberalismus dann that, wie er gelehrt war, und als im Jahr 1848 plötzlich die deutsche Frage in den Vordergrund trat und praktisch angegriffen werden sollte, nichts Besseres zu thun wußte, als nun das konstitutionelle Schema auf ganz Deutschland zu übertragen, wie in der Reichsverfassung geschah.

Ein Mann von ganz anderer Anlage und Richtung war Karl Salomo Zachariä, der in seinen „Vierzig Büchern vom Staate" das ganze öffentliche Leben nach allen Richtungen behandelt. Er betrachtet die darin wirkenden Kräfte, die darin liegenden Bedürfnisse und die daraus entspringenden Erscheinungen mit der Unbefangenheit des Naturforschers. Weit entfernt, seine Gedanken auf die Entwicklung eines konstitutionellen Schema's zu beschränken, geht er auf Alles ein, was ihm wichtig und interessant erscheint, immer geistreich und anregend. In dieser Weise spricht er auch von dem deutschen Reiche nach seiner historischen Erscheinung im Mittelalter, und von der ganzen damaligen Weltordnung unter Papst und Kaiser, worin er das Eigenthümliche und Großartige nicht verkennt. Aber so weit kommt er doch nicht, daß er sich die Frage stellte: wie denn aus der gegenwärtigen deutschen Zersplitterung wieder zu einem politischen Körper zu gelangen sei? Seine Erörterungen über Staatenbünde und Völkerbünde bedeuten in dieser Hinsicht nichts, weil er das Bundesverhältniß nur wie eine auswärtige Angelegenheit der einzelnen Staaten betrachtet. Daß es auch in die innere Entwicklung eingreifen kann, und dann ein eigenthümliches Gemeinwesen daraus entsteht, welches von dem eigentlichen Staate verschieden ist, und welches wir schlechtweg Bund oder Reich nennen, — dieser Gedanke bleibt ihm noch fremd. Auch war es kaum anders möglich, weil dieser Autor nach seiner philosophischen Bildung noch wesentlich auf Kantischem Boden steht. Einzelne Spuren von der Idee des Reiches sind trotzdem hier wohl erkennbar, aber mehr auch

nicht. Und doch ist selbst dies Wenige immer noch mehr, als sich sonst wo findet. Denn Zachariä war ein universaler Kopf, und überragte in dieser Hinsicht wohl alle deutschen Staatsgelehrten seiner Zeit.

Machen sich bei den vorgenannten Schriftstellern noch Elemente des ehemaligen Naturrechts geltend, so ist das bei Schmidthenner nicht mehr der Fall, der sich vielmehr ausdrücklich gegen die naturrechtlichen Abstraktionen wendet, und einen realen positiven Boden zu gewinnen sucht. Seine „Zwölf Bücher vom Staate" sind um deswillen ein geschätztes Werk, aber unvollendet geblieben. Was davon vorliegt, handelt lediglich von dem eigentlichen Staate, und die Idee des Reiches scheint dem Verfasser fremd zu sein.

Auf rein geschichtlichen Boden will sich Dahlmann stellen, in seiner „Politik auf den Grund und das Maß der gegebenen Zustände zurückgeführt", nur ist die Absicht leider nicht erreicht. Ein Historiker wie Dahlmann, sollte man meinen, hätte wohl einigen Blick für die eigenthümlichen Zustände und Bedürfnisse Deutschlands haben müssen, es ist aber nicht so. Aus dem deutschen Bunde, dessen er auch nur in der Kürze und beiläufig gedenkt, weiß er nichts zu machen, d. h. er läßt das eigentlich deutsche Problem bei Seite liegen, und im Grunde genommen ist es doch wieder nur das Repräsentativsystem nach englischem Vorbilde, um welches sich alle seine Gedanken drehen. Das ist sein wirklicher Maßstab und der Kern seiner Ansichten. Er hat dann auch Gelegenheit gehabt, sein praktisches Geschick zu versuchen, nämlich in dem ersten Entwurf zur Reichsverfassung, an welchem er mitgearbeitet, und was soll man hiernach von ihm denken?

Auch Bluntschli will sein „Allgemeines Staatsrecht" ausdrücklich auf geschichtlichen Boden stellen, es ist aber mehr von spekulativen Elementen durchdrungen. Es handelt nur von dem Staate als solchem, mit einigen kurzen Bemerkungen über den Weltstaat und über zusammengesetzte Staatsformen, während das Problem der deutschen Bundesentwicklung ganz unerörtert bleibt.

Endlich findet sich auch in Mohl's „Encyklopädie der Staatswissenschaften", in welcher doch alle möglichen Formen des menschlichen Gesammtlebens durchgenommen werden sollen, nichts über das eigenthümliche Wesen des Reiches in unserem Sinn, noch von dem Probleme der Bundesentwicklung, sondern nur die gewöhnlichen Begriffe von Bundesstaat und Staatenbund. Beides sieht Mohl nur als einen Nothbehelf an im Vergleich zu großen einheitlichen Staaten. Und auf seinem Standpunkte ganz mit Recht, denn der Staat als solcher drängt zur Einheit, er ist seinem Wesen nach Einheitsstaat. Da kommt es also zur Erscheinung, wie diese Richtung zur Lösung der deutschen Frage ganz ungeeignet ist. Denn aus dem deutschen Bunde ist danach gar nichts zu machen, außer man versucht ihn zu einem eigentlichen Staat umzuwandeln, was doch wiederum ganz unausführbar ist, und so erschöpft man sich in fruchtlosen Versuchen, während hinterher Alles beim Alten bleibt.

Dies sind nun die bekanntesten und gefeiertsten Werke, und siehe da: sie handeln von allem Möglichen, nur nicht von dem deutschen Probleme, und bieten auch gar keine Mittel zur Lösung desselben. Es ist doch wahrlich erstaunlich, daß grade das große deutsche Nationalproblem bei unseren Gelehrten die wenigste Beachtung zu finden scheint! Aber es ist so, und auch dies charakterisirt unsere Zustände. Wir sind seit lange dem wirklichen Leben entfremdet, und die besten Kräfte zerarbeiten sich an reinen Theorien. Daraus entspringen unsere staatswissenschaftlichen Werke: nicht aus dem Triebe und der Absicht ein praktisches Problem zu lösen, sondern aus den Bedürfnissen eines akademischen Vortrages. Darum gehen sie so viel als möglich ins Allgemeine, die deutsche Frage aber, weil sie in der That etwas ganz Eigenthümliches ist, bleibt eben deswegen bei Seite liegen. Ach, was soll denn aus dem deutschen Bunde werden, wenn man es nicht einmal der Mühe werth erachtet, die Bedingungen seiner Entwicklung zu studiren? Da ist dann die natürliche Folge, daß man im gegebenen Falle mit improvisirten Reichs=

verfassungsentwürfen auftritt, die zu den deutschen Verhältnissen wie die Faust aufs Auge passen.

Wohin sollen wir uns denn wenden, um doch einige Belehrung über den deutschen Bund zu erhalten? Es bleiben nur noch die Werke übrig, welche so zu sagen gar nicht vermeiden können vom Bunde zu sprechen, d. h. die Lehrbücher des positiven deutschen Staatsrechtes. Diese müssen ja wohl vom Bunde sprechen, weil er doch selbst ein positives Rechtsverhältniß ist. Die verbreitetsten Werke sind hier von Heinrich Albert Zachariä und von Zöpfl. Der Letztere hat den Bund mit praktischem Blick betrachtet, und die Hauptschwierigkeit, welche seiner Entwicklung im Wege steht, klar bezeichnet, nämlich daß sie in der Stellung der beiden Großmächte liegt. Untersuchungen aber, wie diese Schwierigkeit zu überwinden, und dann der Bund weiter zu entwickeln sein möchte, wird man in einem Werke über das positive Recht nicht erwarten dürfen, zumal solche Untersuchungen über bloße Rechtsfragen weit hinausgehen, und wie aus dem Verlauf der vorliegenden Arbeit klar geworden sein wird, nothwendig in die europäische Politik führen.

Daran schließen sich endlich die Werke über deutsche Reichs- und Rechtsgeschichte, welche nach dem Vorgang von Eichhorn mit so viel Fleiß und glücklichem Erfolg bearbeitet wird. Diese Werke sind es, welche am meisten zum Verständniß des ehemaligen Reiches beigetragen, und dadurch auch die Idee des Reiches selbst einigermaßen wiedererweckt haben, daher sie auch für die heutigen Aufgaben der Bundesentwicklung als die wichtigste Vorbereitung anzusehen sind. Denn man muß zuvor die Eigenthümlichkeit der deutschen Verhältnisse klar erkannt haben, und von dem Geist der deutschen Geschichte durchdrungen sein, ehe man mit Erfolg versuchen kann den bestehenden Zustand zu verbessern. Ehre daher allen den Männern, welche sich in diesen Studien hervorgethan, denn sie haben in der That an der Wiederherstellung Deutschlands gearbeitet!

Aber immer bleiben die geschichtlichen Untersuchungen doch nur eine Vorbereitung, und es gehört eine Theorie dazu, wenn sich dar-

aus die Idee eines neuen Reiches entwickeln soll. Hier also tritt der Mangel hervor, weil sich die bisherige Theorie nur mit dem Staate als solchem beschäftigt, während es sich in Deutschland um ein Gemeinwesen handelt, welches etwas Anderes und Höheres ist als der Staat. So muß demnach der Bund aufgefaßt und behandelt werden: nicht in der Absicht einen Staat, sondern ein Reich daraus zu machen.

Vollgraff hat in seinem Werke über „die Systeme der praktischen Politik im Abendlande" die Behauptung aufgestellt und durchgeführt, daß die germanischen Völker für den eigentlichen Staat überhaupt keine Anlage hätten, sondern nur eine Rechtsordnung forderten. Schroff, aber im Grunde wahr, doch trifft es nur die eine Seite der Sache. Denn allerdings ist es nicht der Staat, welcher den innersten Trieben und Bedürfnissen der deutschen Nation entspräche, aber dieser scharfsinnige Kopf übersieht dabei, daß es noch etwas Anderes und sogar Höheres giebt als den eigentlichen Staat, nämlich eben das Reich, wozu grade das deutsche Volksthum am allerbesten paßt, und worauf in der That die Sehnsucht der Nation gerichtet ist.

## 4.

Soll die deutsche Nation sich aus ihrem langen Verfall wieder erheben und zu einer wirklichen Nationalentwicklung gelangen, so muß sie zuvor zu ihrem eigenen Wesen zurückkehren, um daraus die Prinzipien und Formen abzuleiten, wonach sich ihr öffentliches Leben gestalten soll. Diese Forderung ist um so nothwendiger, weil wohl keine Nation seit vier Jahrhunderten sich selbst so sehr entfremdet worden ist als grade die deutsche. Sehen wir jetzt, wie dies geschah.

Deutschland steht inmitten der europäischen Entwicklung, und darum hat es auch am meisten die Folgen derselben erfahren. Nun trat bekanntlich gegen Ausgang des Mittelalters ein allgemeiner geistiger Umschwung ein, den man gemeinhin die Wiederherstellung der Wissenschaften nennt. Er beruhte theils auf dem Erwachen der

Naturforschung, welche insbesondere durch die großen Entdeckungsreisen des funfzehnten Jahrhunderts angeregt war, theils auf der Verbreitung der klassischen Literatur, die sich seitdem allgemein geltend machte. Offenbar deshalb, weil die mittelalterliche Weltansicht aus sich heraus keiner weiteren Entwicklung fähig war, und dieses Fermentes bedurfte, oder die Geister wären in Versumpfung gerathen. Im Zusammenhang damit stand die Aufnahme des römischen Rechtes, welches alsbald in alle Lebensverhältnisse eingriff. Der ganze bisherige Entwicklungsgang der Nation wurde somit durchbrochen, es kamen andere Richtungen empor, es begann die sogenannte neuere Zeit. Und mit ihr begann der Verfall des deutschen Nationallebens. Denn nirgends hat dieser Umschwung tiefere Wirkungen geäußert als grade in Deutschland, welches die Folgen desselben auf lange hin nicht überwinden konnte.

Die romanischen Nationen nämlich fanden sich am leichtesten in die neue Geistesrichtung hinein. Sie standen der antiken Bildung von vornherein viel näher als die Deutschen, sie konnten sich dieselbe leicht assimiliren, weil sie doch im gewissen Sinne selbst auf klassischem Boden wohnten, und ihre Sprache schon den Zusammenhang mit dem Alterthum vermittelte. Darum erschien hier die neue Bildung kaum wie ein Bruch mit der mittelalterlichen Vergangenheit, sondern wie eine natürliche Fortbildung. Und so kamen sie auch zunächst empor, während Deutschland, in seiner eigenthümlichen Entwicklung gebrochen, weit dahinter zurückblieb. Selbst von anderen germanischen Nationen wurden wir überflügelt, weil diese ihr Nationalleben doch besser zu erhalten vermochten. So namentlich in England, wo zwar auch die antike Bildung eindrang, aber doch das nationale Recht behauptet wurde. Auch in Skandinavien ist das römische Recht nur wenig eingedrungen, desgleichen in der Schweiz. In Deutschland hingegen wirkte Beides zusammen, die fremde Literatur und das fremde Recht, und je mehr man sich damit durchdrang, um so mehr zerfiel das Nationalleben, weil man die fremden Elemente nicht bewältigen und verdauen konnte.

Denn auch darin traf Deutschland das eigenthümliche Verhängniß, daß es in dem geistigen Verdauungsprozeß, der nun doch unvermeidlich war, durch die religiösen Kämpfe gestört wurde. In theologischem Gezänk verzehrte sich die geistige Kraft, und dann kam der dreißigjährige Krieg, der die ganze Nation zu Grunde richtete. Daher die allgemeine Erstarrung des öffentlichen Lebens, und der gradezu barbarische Zustand unserer damaligen Bildung, welche zeitweilig wie aus fremden Lappen zusammengesetzt war, indem neben dem klassischen Elemente auch noch das Franzosenthum kaum minderen Einfluß übte. Da sprach die vornehme Welt französisch, die Gelehrten lateinisch, und wenn man dann noch die schroffe Absonderung der Stände hinzurechnet, und die unsägliche Pedanterie einer nur noch in den Formen fortlebenden innerlich erstorbenenen Reichsverfassung, — wo war da ein Boden für die deutsche Nationalentwicklung?

Schon das alte deutsche Kaiserthum hatte dem römischen Recht die Bahn gebrochen, indem es sich selbst für eine Fortsetzung des alten römischen Kaiserthums ausgab. Man hat das in späterer Zeit für eine hohle und sinnlose Prätension erklärt, es lag aber doch die sehr reale Bedeutung darin, daß dadurch eine Verbindung zwischen der antiken und der christlichen Welt hergestellt, und die Kontinuität der Weltentwicklung erhalten werden sollte, und auch in gewissem Sinne wirklich erhalten ist. Sollte also das deutsche Kaiserthum als eine Fortsetzung des alten römischen gelten, so mußte auch das römische Kaiserrecht noch gelten. Das war eine logische Folge, und so erschienen die römischen Juristen als eine willkommene Stütze der kaiserlichen Gewalt, welcher das römische Recht eine so unermeßliche Machtvollkommenheit zuschreibt. Man erinnere sich, wie Kaiser Friedrich Barbarossa die Doktrinen der römischen Juristen benutzte um die lombardischen Städte zum Gehorsam zu bringen, was aber doch nur auf kurze Zeit gelang. Und in Deutschland selbst gelang es noch viel weniger, die kaiserliche Gewalt auf den Fuß des alten Imperatorenthums zu setzen, vielmehr hatten die Versuche sich auf

römische Prinzipien zu berufen, nur die Folge, die wirklichen Verhältnisse zu verwirren und zu verdunkeln, und indem man das Unmögliche wollte, wurde auch das Mögliche verfehlt. So geschah es, daß das Kaiserthum, dem das römische Recht so günstig zu sein schien, in der That nichts dabei gewann, sondern unermeßlich verlor, weil hinterher vielmehr das Fürstenthum eine neue Waffe dadurch bekam. Denn wenn das römische Recht einmal galt, — warum sollten es nicht auch die Territorialfürsten anwenden? Das thaten sie also, und während es gänzlich mißlungen war, das römische Recht auf die Reichsverhältnisse anzuwenden, so gelang es den Territorialfürsten nur allzu gut, dasselbe in ihren Territorien zur Geltung zu bringen, und dadurch allmälig die Machtvollkommenheit zu erwerben, welche das römische Recht der Staatsgewalt zuschreibt. So wurden die Territorien zu förmlichen Staaten, und in demselben Maße, als diese Entwicklung fortschritt, zerfiel das Reich, woran die römischen Juristen sehr wirksam mitgearbeitet haben.

Ganz dem entsprechend ist noch heute das römische Recht ein wesentliches Hinderniß für die Entwicklung des Bundes. Es kann nicht anders sein, weil der Bund ein für die römische Weltansicht gänzlich fremdes Institut ist. Und gleichwohl ist es doch eben das römische Recht, durch dessen Studium sich noch heute die meisten deutschen Staatsmänner bilden. Da darf man weder Sinn noch Verständniß für den Bund erwarten, sondern ganz natürlich wird bei allen Denjenigen, welche aus solcher Schule hervorgegangen sind, das Bestreben vorherrschen, die Einzelstaaten zu einem möglichst selbstständigen und abgeschlossenen Wesen auszubilden, während man auf den Bund nur widerwillig eingeht, insoweit er doch nicht zu entbehren scheint. Darum kann aus dem Bunde nichts werden, so lange noch die Romanisten herrschen, es müssen Germanisten daran arbeiten, die von der Idee des Reiches durchdrungen sind, und sich die Aufgabe stellen, den Bund zu einem Reiche zu entwickeln. Wie weit in dieser Hinsicht die Folgen der römischen Jurisprudenz reichen, haben wir ja bei Stahl gesehen, der doch als Rechtsphilosoph wohl

eine umfassendere Ansicht haben müßte als die positiven Juristen, aber so mächtig wirkte auch bei ihm die römische Basis, daß er von dem Bunde in der That nichts verstanden, und nicht den geringsten Sinn dafür gezeigt hat. In so weit daher das System dieses Mannes überhaupt noch wirkt, ist es selbst zu den Hindernissen der deutschen Entwicklung zu rechnen.

Nach dem Vorstehenden wird es klar sein, wie sehr das römische Recht den Verfall des deutschen Reiches befördert hat. Das ist seine erste Wirkung. Zum Zweiten hat es in den einzelnen Territorien die ständische Freiheit untergraben, und den Absolutismus der fürstlichen Gewalt befördert. Drittens schloß sich daran das Emporkommen eines Beamtenthumes, welches, vorzugsweise durch das Studium des römischen Rechts gebildet, in Folge dessen dem Volksleben gänzlich entfremdet wurde, und demselben wie eine abgeschlossene Kaste gegenüber trat.

Diese Wirkungen des römischen Rechtes gingen Hand in Hand mit der Herrschaft der klassischen Bildung, wodurch ebenfalls ein Riß in der Nation entstand, indem sich in dem Gelehrtenstande Lebensansichten entwickelten, welche auf gänzlich anderen Elementen beruhten, als diejenigen, worauf das Volksleben gestellt war.

Durch dies Alles mußte also der lebendige Zusammenhang des Nationalkörpers gänzlich aufgelöst und gesprengt werden. Das Reich zersplitterte sich in unabhängige Territorien, die deutsche Gesellschaft zerfiel in abgeschlossene Stände, das Volksthum wurde wie ein lebloses Material zur Bearbeitung der Beamten und Gelehrten, als die Gehülfen und Stützen der immer mehr zum Absolutismus strebenden Staatsgewalten.

5.

Dies war nach der geistigen Seite hin der Zustand der Dinge, den man ins Auge fassen muß, um die ganze Tiefe des nationalen Verfalles und die ganze Größe der Aufgabe zu ermessen. Dann ist noch der materielle Verfall zu berücksichtigen, in welchen wir durch

den dreißigjährigen Krieg gerathen waren, der allen Wohlstand vernichtet und das Land halb zur Wüste gemacht hatte, und so viel von der Bevölkrung noch übrig blieb, war es ein eben so verkümmertes als verwildertes Geschlecht. Auf allen Lebensgebieten galt es nun zu arbeiten, um die Nation wiederherzustellen, und wenn wir unseren heutigen Zustand mit demjenigen vergleichen, wie er nach dem dreißigjährigen Kriege war, so müssen wir wahrlich die Lebenskraft der Nation bewundern, welche inzwischen doch so viel leisten konnte, als wirklich geleistet ist.

Zuerst wurde die Aufgabe auf dem rein geistigen Gebiet aufgenommen, und es erwuchs eine neue Nationalliteratur. Das größte Werk des vorigen Jahrhunderts, und ein lebendiges Band für alle Diejenigen, welche in der Atmosphäre dieser Literatur leben, die als der geistige Boden anzusehen ist, worauf das heute sogenannte gebildete Publikum steht. Das ist ein sehr viel weiterer Kreis als das frühere abgeschlossene Gelehrtenthum, und für alle Stände offen, aber dennoch steht das gebildete Publikum der großen Masse des Volkes noch ziemlich fremd gegenüber, und eben darin liegt bis heute ein erhebliches Hinderniß einer wahrhaft volksthümlichen Entwicklung. Auch diese Scheidewand muß also fallen, und sie beginnt in der That zu fallen. Schon entstehen immer neue gesellschaftliche Verbindungen, welche alle Volksklassen umfassen, und durch den persönlichen Verkehr verwachsen allmälig die Risse und Spalten der deutschen Gesellschaft, das Volksthum gewinnt ein neues Leben. Wie viel kommt auch hierbei auf die Literatur an! Denn in demselben Maße, als sie volksthümlicher wird, erweitert sich der Kreis gemeinsamer Bildung. Es ist ein Großes, wenn das ein und selbe Lied in Hütten und Pallästen erklingt, und die Gelehrten wie die Ungelehrten ergreift. Da erklingt mit dem Liede zugleich das Gefühl der nationalen Gemeinschaft.

Das Emporkommen unserer klassischen Literatur hat dann auch auf die Behandlung der Wissenschaften eingewirkt, und das alte scholastische Wesen je mehr und mehr verscheucht, so daß es heute schon

im Verschwinden begriffen ist. So arg war es ehemals damit, daß Goethe einmal sagte, die Deutschen hätten die Kunst erfunden, die Wissenschaften unzugänglich zu machen. Das war die natürliche Folge davon, daß die Gelehrten damals fast nur für Gelehrte schrieben, und zwar jeder nur für seine Fachgenossen. In unseren Tagen hingegen ist überall das Streben bemerkbar, die Wissenschaft in einer gemeinverständlichen Sprache darzustellen, dazu in einer gefälligen Form, welche den Leser anzieht, während sie früherhin gradezu abschreckend war. Seitdem kann auch die Wissenschaft je mehr und mehr Gemeingut werden, und zwischen Gelehrten und Ungelehrten giebt es keine unüberwindliche Schranke mehr.

Schon liegen in dieser neuen Richtung sehr erfreuliche Resultate vor. Am meisten wohl auf dem Gebiete der Geschichtschreibung, wo wir die bedeutenden Werke von Mommsen, von Curtius und vor allen Giesebrechts Kaisergeschichte, als charakteristisch für diese Wendung anführen können. Weit weniger fortgeschritten ist in dieser Hinsicht die Rechtswissenschaft, wie es auch nach Lage der Umstände kaum anders zu erwarten steht, weil die römische Basis, welche immer noch nicht ganz überwunden und verdaut ist, eine gemeinfaßliche Behandlung unendlich erschwert. Aber gleichwohl hat der Umschwung begonnen und ist im Fortschreiten, theils durch die Arbeiten der Germanisten, theils durch den Zug der realen Verhältnisse selbst, welche die römischen Rechtsbegriffe überall durchbrechen. Man kann das weder hindern noch leugnen. „Einer tiefen nationalen Bewegung, welche auf eine mehr naturgemäße und volksthümliche Gestaltung unseres Rechtssystemes hindrängt, sagte vor zwanzig Jahren Beseler in seinem trefflichen Buche über Volksrecht und Juristenrecht, werden sich die Vertreter einer dem Leben entfremdeten, wissenschaftlich überwundenen Lehre ohne Aussicht auf dauernden Erfolg widersetzen.“ Und seitdem haben die Thatsachen diese Behauptung genügend bestätigt. Die romanisirende Jurisprudenz verliert ihre frühere Geltung, trotz aller Talente und Gelehrsamkeit eines Savigny und Puchta, welche dieselbe so glänzend vertraten.

Beide sind heute nicht mehr, und es werden dem Romanismus keine solchen Sterne wieder aufgehen. Denn die Restaurationsperiode, welcher diese Männer wesentlich angehörten, wie es auch mit Stahl der Fall war, ist unwiderruflich vorüber, und die lebendigen Triebe der Gesellschaft lassen sich nicht durch Doktrinen bannen, sondern wie diese Männer selbst durch die Strömung ihrer Zeit getragen und gehoben wurden, so ruft eine andere Zeit auch andere Ansichten hervor, und auf dem Boden der Restauration können sich keine großen Geister mehr erheben.

Die abergläubische Verehrung des römischen Rechtes, welches man ehemals die geschriebene Vernunft nannte, kann sich also nicht mehr behaupten, weder in der Theorie noch in der Praxis. Denn es wird allgemach nicht mehr für zulässig erachtet, die lebendigen Verhältnisse der Gegenwart in die Kategorien des römischen Rechtes einzuzwängen, und vorkommenden Falls die Entscheidung von der zweifelhaften Erklärung einer Stelle in den Pandekten abhängig zu machen, anstatt die Frage nach der Natur der Sache und nach dem heutigen Rechtsbewußtsein zu beurtheilen. Auch für dieses Wesen oder Unwesen hat die letzte Stunde geschlagen, und der Tag ist nicht mehr fern, wo das römische Recht auf die Bedeutung zurückgeführt sein wird, die ihm allein zukommt. Nämlich die Bedeutung eines formalen Bildungsmittels, wie andrerseits die klassische Literatur, worüber man heute wohl allgemein einverstanden ist, daß sie nicht dazu dienen darf, den Inhalt unserer Lebensansichten zu bestimmen, um uns dadurch zu Griechen oder Römern zu machen. Das wollen auch die Philologen nicht mehr, nur manche römische Juristen wollen es allerdings noch, aber das Zeitalter will es nicht mehr. Das Streben nach einer lebendigen volksthümlichen Rechtsentwicklung ist demnach unverkennbar, wenn es auch bis heute noch zu keinen durchgreifenden Erfolgen geführt hat. Sie können auf die Dauer nicht ausbleiben, nachdem die Nothwendigkeit der Sache so klar geworden ist, daß sie nicht mehr bestritten werden kann.

Das ist immerhin ein großer Fortschritt, wenigstens im Vergleich zu dem, was auf dem Gebiete der Verfassungsfragen hervortritt, wo bis heute nur erst Wenige zu der klaren Erkenntniß der Nothwendigkeit gelangt zu sein scheinen, daß sich unsere Verfassungen aus unseren eigenthümlichen Verhältnissen heraus und nach den darin liegenden Bedürfnissen entwickeln müssen. Ueberhaupt ist wohl die Staatslehre noch am weitesten zurück. Auch ist dies sehr erklärlich, weil sie bis heute fast nur als ein Anhang der Jurisprudenz oder der Philosophie behandelt worden ist, wobei es unvermeidlich war, daß alle Gesichtspunkte verschoben wurden, und sehr wesentliche Punkte ganz unbeachtet blieben.

Insbesondere untersuchte man nicht den realen Prozeß, wodurch die politischen Körper zu Stande kommen, und worauf doch ihr inneres Leben, ihre Haltbarkeit und Leistungsfähigkeit beruhen. Denn nicht das Recht ist es, welches ein Gemeinwesen erzeugt, sondern thatsächliche Vorgänge und praktische Bedürfnisse sind es, und das Recht wirkt dabei nur *regulativ* nicht aber *konstitutiv*. Es selbst bedarf ja einer realen Gewalt, wodurch es gehandhabt und nöthigenfalls erzwungen wird, und woher kommt denn diese Gewalt? Sie entspringt doch nicht aus dem Rechte selbst, sondern offenbar aus den realen Verhältnissen, und kann darum nicht nach allgemeinen Regeln organisirt werden, sondern nur nach Maßgabe der vorliegenden Zustände. Aber eben dies hat man bisher verkannt. So findet man in allen Lehrbüchern ein Kapitel über den *Rechtsgrund* der Staatsgewalt, was aber die Staatsgewalt an und für sich selbst sei, wie sie entsteht und sich entwickelt, d. h. ihr *Existenzgrund*, — danach ist keine Frage. Wie sonderbar! Denn ich meine doch, erst muß die Staatsgewalt überhaupt *da sein*, ehe von ihrem Rechte geredet werden kann, und ohne ihre reale Genesis zu erkennen, wird auch ihr Recht nicht richtig zu beurtheilen sein. Statt dessen will man die Staatsgewalt aus reinen Begriffen oder dogmatischen Vorstellungen ableiten, wodurch man einerseits in Formalismus geräth, und andrerseits die ganze Doktrin gewissermaßen in

der Luft schwebt, weil das reale Substrat der Staatsgewalt unbeachtet bleibt*).

## 6.

Die rein naturrechtliche Richtung des vorigen Jahrhunderts ist allgemach verlassen, und die aus Frankreich stammende konstitutionelle Doktrin findet auch nicht viel Anhänger mehr, aber sehr weit verbreitet ist doch noch die Ansicht, daß in der englischen Verfassung ein allgemein gültiges Muster liege. Es soll dann nur darauf ankommen diese Verfassung richtig zu verstehen, um sie dann in gehöriger Weise nachzubilden, und wenn die doktrinaire Gewaltentheilung allmälig als irrig anerkannt wird, so meint man um so mehr den Kern der Sache in der parlamentarischen Regierung gefunden zu haben, welche also jetzt angestrebt werden soll. Mit derselben abergläubischen Verehrung, mit welcher man ehemals das römische Recht ansah, und zum Theil noch heute ansieht, wird also hier die englische Verfassung betrachtet. Ja wir haben bereits bemerkt, daß sie sogar als Vorbild für eine deutsche Gesammtverfassung benutzt werden soll, während dabei andrerseits auch die nordamerikanische Verfassung ihre Liebhaber findet, und desgleichen die neue schweizerische Verfassung.

Ueberall schaut man danach aus, wo wohl ein Muster für uns zu entdecken wäre, und grade durch N a c h a h m u n g sollen wir zu einer deutschen N a t i o n a l v e r f a s s u n g gelangen, welche doch vielmehr aus den deutschen Elementen selbst entspringen müßte, wenn sie wirklich national sein soll. Allein bis heute ist kaum ein Versuch gemacht, sich auf die Basis unserer gegebenen Verhältnisse zu stellen, und nach deutschen Ideen den Umriß einer deutschen Gesammtverfassung zu entwerfen, außer in dem früher angeführten Buche von Winter über die zukünftige Volksvertretung in Deutsch-

*) Vergl. Vorschule zur Physiologie der Staaten, in welcher dieses Thema ausführlich behandelt worden ist. Auch ist die daselbst aufgestellte Ansicht neuerdings als richtig anerkannt in dem „Handbuch der praktischen Politik" von Escher.

land. Eine sehr gedankenreiche und tiefsinnige Arbeit, aber doch schon um deswillen ungenügend, weil die Volksvertretung jedenfalls nicht den ganzen Reichsorganismus bilden kann sondern nur eine Seite desselben. Wie es nun zu geschehen pflegt, wenn man eine Aufgabe nur von einer Seite betrachtet, und danach doch ein Ganzes konstruiren will, daß dabei unvermeidlich manches Unrichtige herauskommen muß, so ist es auch hier geschehen. Winter will nämlich sein ganzes Gebäude auf Berufsgenossenschaften basiren, indem er lediglich von der gesellschaftlichen Entwicklung ausgeht, die doch für sich allein niemals einen politischen Körper zu Stande bringen kann. Weder die Stellung des deutschen Fürstenthumes, noch die europäischen Beziehungen des deutschen Staatensystemes werden dabei genügend gewürdigt. Es ist vieles in diesem Buche, was man nach den landläufigen Begriffen radikal nennen würde, anderes hingegen konservativ und sogar reaktionär, denn der Verfasser steht ganz außerhalb des heutigen Parteiwesens, dessen innere Nichtigkeit nachzuweisen zu dem Zwecke seiner Arbeit selbst gehört. Sie mag darum wohl allen Parteien unbequem sein, und weil sie sich nach den herkömmlichen Stichwörtern gar nicht beurtheilen läßt, so scheint sie um deswillen auch bei weitem nicht die Beachtung und Verbreitung gefunden zu haben, die sie doch in so hohem Maße verdient. Denn jedenfalls kann sie als ein kräftiger Anstoß wirken, um das politische Denken endlich von dem Joche herkömmlicher Theorien zu befreien, und dadurch die Bahn zu eröffnen, welche allein zu einer deutschen Verfassung führen kann.

Wie irrig ist es doch, wenn man die Erfolglosigkeit der bisherigen Versuche zur Lösung der deutschen Frage blos dem üblen Willen der deutschen Regierungen zuschreibt, und daher am Ziele zu sein glaubt, sobald wir nur ein deutsches Parlament hätten, welches einen genügenden Druck auf die Regierungen auszuüben vermöchte, um dann die gewünschten Veränderungen durchsetzen zu können! Grade wie wenn es sich hier um einen Bau handelte, zu welchem Plan und Anschlag nebst dem dazu erforderlichen Material

schon vorlägen, so daß nichts weiter mehr fehlte als die Ausführung, d. h. vor allem nur ein durchgreifender Wille. Aber ist es nicht eine offenkundige Thatsache, daß über das Wesen einer deutschen Gesammtverfassung bis heute noch die größte Unklarheit und Verwirrung der Meinungen herrscht? Nicht einmal über den Zweck ist man im Klaren, geschweige denn über Mittel und Formen. Ja was noch mehr ist, nicht einmal über den äußeren Umfang des neu zu gründenden Reiches, indem die Einen sich dabei an das gegenwärtige Bundesgebiet halten, Andere das ganze preußische Gebiet hineinziehen, hingegen ganz Oesterreich ausschließen, und wiederum Andere ganz Oesterreich aufnehmen wollen. In dem einen wie in dem anderen Falle würden aus der europäischen Stellung Oesterreichs und Preußens Folgen entspringen, worüber man kaum ernstlich nachgedacht zu haben scheint. Ist nun über dies Alles bis heute nicht nur keine Uebereinstimmung der Ansichten erzielt, sondern tritt vielmehr ein unverkennbarer Mangel an Einsicht in das Wesen der Aufgabe, und die vollständigste Rathlosigkeit über Mittel und Wege hervor, — woher soll denn auf einmal dem Parlament die Erleuchtung kommen, selbst wenn man erwarten dürfte, daß darin die Elite der Nation versammelt sein würde, wogegen doch alle Erfahrung spricht? Haben wir doch in dem vorliegenden Abschnitte gesehen, wie die bis jetzt noch herrschenden Theorien nicht einmal eine Vorbereitung darbieten, um die deutsche Frage mit Aussicht auf Erfolg zu behandeln, sondern daß dazu erst eine neue Basis gewonnen werden muß.

Das mag eine unerfreuliche Behauptung sein, aber da ist keine Hülfe, und anstatt sich in Träumen zu wiegen, und Reformprojekte auszuspinnen, welche nach Lage der Dinge unvermeidlich scheitern müssen, soll man zuvörderst die Unzulänglichkeit der bisherigen Ansichten erkennen, was jedenfalls der erste und nothwendigste Schritt zum Bessern ist. Die bittere Empfindung, welche solche Erkenntniß verursachen wird, mag dann selbst zum Stachel dienen, um sich desto ernstlicher an die Arbeit zu machen. Muth und Beharrlichkeit wird dazu gehören, um unbeirrt durch den Wust von falschen Vor-

stellungen, in die wir uns seit lange hineingearbeitet und darin verstrickt haben, die wahren Elemente unseres öffentlichen Lebens zur Darstellung und zur Gestaltung zu bringen, aber wie wir einst zu einer wahren deutschen Poesie erst von da an gelangten, wo wir das Nachahmen aufgaben und in die Tiefe unseres eignen Wesens griffen, so werden auch auf dem politischen Gebiete erst dann wahre Erfolge hervortreten, wenn wir zu uns selbst zurückkehren. Dann erst sind die Lehr- und Wanderjahre des deutschen Geistes vollendet, und er wird sich sein Haus bauen auf heimischem Boden, ein neues Deutschland, ein neues Reich.

Nur langsam kann das Werk fortschreiten, denn die deutsche Aufgabe ist die schwierigste, weil sie die größte ist, und so umfassend, daß alle europäischen Fragen darin zusammenlaufen. Sie kann daher nur im Zusammenhang der europäischen Verhältnisse begriffen werden, wie wir dies schon im Einzelnen nachgewiesen haben. Jetzt, nachdem wir die Idee des Reiches aufgestellt, müssen wir diesen Punkt noch besonders betrachten, um zu zeigen, welche Bedeutung diese Idee für den Weltberuf hat, der unserer Nation nach höherer Fügung zukommt.

# XIV.

# Deutschland in seiner Weltstellung.

1. Deutschland kann kein abgeschlossener Staatskörper sein. 2. Universale Richtung der deutschen Geschichte und Geistesentwicklung. 3. Was der Bund leisten kann. 4. Ein Blick auf das östliche Europa. 5. Umbildung des europäischen Staatensystems. 6. Kirche und Staat. 7. Der Föderalismus.

---

Das Reich, sagten wir, ist ein Gemeinwesen eigner Art, welches die Prinzipien des Staates und der Gesellschaft in sich vereinigt, und eben darum etwas Anderes ist als der eigentliche Staat, der in dem Reiche nur als ein Element erscheint. Jetzt wird es sich noch von einer neuen Seite zeigen.

Wenn nämlich das Reich in der That über dem Staate steht, und die Staatsidee so zu sagen überschreitet, so tritt es damit in das völkerrechtliche Gebiet ein. Wie also das Reich nach unserer bisherigen Betrachtung die lebendige Mitte zwischen Staat und Gesellschaft bildet, und eben dies zu seiner Bestimmung gehört, so werden wir jetzt sagen: daß es ihm nicht minder wesentlich ist, staatsrechtliche und völkerrechtliche Prinzipien in sich zu vereinigen, so daß es zwischen dem staatsrechtlichen und völkerrechtlichen Gebiete in der Mitte steht. Daher wird auch seine Organisation weder nach rein staatsrechtlichen, noch nach rein völkerrechtlichen Prinzipien zu beurtheilen sein, d. h. weder nach der Theorie des sogenannten Bundesstaates noch des Staatenbundes, sondern es muß als ein Mittleres angesehen und behandelt werden, oder richtiger als ein höheres Drittes.

Weil das Reich Staat und Gesellschaft in sich vereinigt, sagten wir ferner, hat es die Bestimmung, der gesellschaftlichen Entwicklung Raum und Stützpunkte zu gewähren, wie es der eigentliche Staat

nicht vermag, und darin liegt seine europäische Wichtigkeit für die soziale Frage. Erkennen wir jetzt das Reich zugleich als die lebendige Mitte zwischen dem staatsrechtlichen und völkerrechtlichen Gebiete, so folgt daraus, daß ihm auch ein internationaler Beruf zukommt, in ganz anderer Weise als dem eigentlichen Staate, für welchen das völkerrechtliche Gebiet nur eine auswärtige Angelegenheit bildet, während das Reich schon in sich selbst ein völkerrechtliches Prinzip hat, und die internationale Entwicklung zu seinem Leben selbst gehört. Diese neue Seite der Sache wollen wir nun näher betrachten.

## 1.

Schon in dem engeren Bunde, wie wir ihn konstruirt haben, liegt unverkennbar ein völkerrechtliches Prinzip, weil die einzelnen Staaten darin fortbestehen und ihre Individualität behalten, in ganz anderer Weise als die Glieder eines sogenannten Bundesstaates, der selbst nur eine besondere Art von Staat ist, kein Reich in unserem Sinne. Noch weit deutlicher aber und folgenreicher tritt das völkerrechtliche Prinzip dadurch hervor, daß einzelne Glieder des Bundes aus seinen Grenzen heraustreten und den Charakter europäischer Mächte annehmen, nämlich Oesterreich und Preußen. Wir bezeichneten diese beiden Staaten als die großen Marken des eigentlichen Reiches, und stellten die Forderung, daß sie sich als solche fühlen und benehmen sollten. Doch auch als Marken behalten sie den doppelten Charakter, daß sie einerseits zum Reiche gehören, und andrerseits über die Grenzen des Reiches hinausstreben, wie es zum Wesen einer Mark gehört.

Offenbar entspringen daraus schwierige und verwickelte Verhältnisse. Aber das ist eben die thatsächliche Lage der Dinge, und es sind nicht etwa unsere Vorschläge, welche solche komplizirten Stellungen hervorrufen, sondern im Gegentheil, grade durch unsere Vorschläge wird das Ganze einfacher, und gewinnt einen lebendigeren Zusammenhang. Wir beabsichtigen damit nichts weiter, als die be-

stehenden Verhältnisse in eine bessere Ordnung zu bringen, aber beseitigen wollen und können wir sie nicht. Und wie wären sie überhaupt zu beseitigen, außer wenn die österreichische und preußische Monarchie aufgelöst würden? Wer wird dies wollen? Oder wenn man es wollte, — wo wäre die Macht es auszuführen?

Hier grade erscheint die Verirrung, in welche man bei den bisherigen Versuchen zu einer deutschen Gesammtverfassung gerathen, am auffallendsten. Denn immer wollte man einen abgeschlossenen Nationalkörper herstellen, ähnlich wie es Frankreich und England sind, was doch aber ganz unmöglich ist, so lange es noch ein Oesterreich und ein Preußen giebt. Ja, was mehr ist, es widerspricht dem Charakter der deutschen Nation, wie der Natur des deutschen Ländergebietes, welche beide eine solche Abgeschlossenheit nicht gestatten. Vielmehr gehört zu den wesentlichen Eigenthümlichkeiten unserer Nation wie unseres Vaterlandes eben das Verwachsensein mit fremden Elementen, das Ueberströmen über die Grenze, das Hineinragen in die europäische Organisation. Sogar eine radikale Revolution, wodurch das ganze deutsche Staatensystem über den Haufen geworfen würde, so daß nur die Masse der deutschen Bevölkrung übrig bliebe, könnte daran nichts Wesentliches ändern, sondern es müßte eine neue Nation und ein neues Land geschaffen werden, um einen abgeschlossenen Körper herstellen zu können.

Deutschland hat keine natürlichen Grenzen, selbst nicht auf seiner Südseite, weil die Alpen ja kein Wall sondern ein breiter Landgürtel sind, in welchem sich von Alters her die Nationalitäten gemischt haben. Noch weniger besteht im Westen eine feste Grenze, da es doch der Rhein gewiß nicht ist, über welchen jetzt sogar Eisenbahnbrücken führen. Im Norden verläuft sich Deutschland in die cimbrische Halbinsel, im Nordosten in das sarmatische Tiefland, im Südosten fließt die Donau ins schwarze Meer, und die Thäler der Drau und Sau laufen nach Ungarn und Kroatien aus. Wo ist da ein natürlicher Halt zu finden?

Dann betrachte man andrerseits die geographische Verbreitung der deutschen Nation. Im Nordosten zieht sie sich die baltische Küste entlang bis über die Düna hinaus, aber das Hinterland ist slawisch. Und tiefer im Binnenlande dringt umgekehrt das slawische Element weit nach Westen vor, es überschreitet die Oder und tritt in Böhmen bis nahe an das Fichtelgebirge heran. Welch ein wunderlicher Körper würde daraus entstehen, wenn man hier die Nationalitätsgrenze geltend machen und sich danach abschließen wollte!

Es ist nun eben die östliche Seite von Deutschland, wo die Unmöglichkeit einer nationalen Abgeschlossenheit handgreiflich vor Augen tritt. Hier also, wo sich Europa ins Breite zieht, und von wo her die großen asiatischen Völkerfluthen kamen, sind darum auch seit tausend Jahren die großen deutschen Marken entstanden, und zwar die Ostmark und die Nordmark, indem durch die Karpathen und das schlesische Gebirge eine Abdachung nach Nordost und Südost entsteht. Darauf beruht das Emporkommen Oesterreichs und Preußens, in welchen beiden die herausstrebenden Tendenzen des Reiches eine feste Gestaltung gewonnen haben, und noch heute das Eingreifen und Ueberfließen des deutschen Elementes in das europäische System seinen prägnantesten Ausdruck findet. Wer immer diese Zustände betrachtet, mit einigem Blick für die großen Andeutungen der Natur und die großen Züge der Völkergeschichte, wird sicher zu der Ueberzeugung gelangen, daß hier eine höhere Nothwendigkeit obwaltet und daran nichts Wesentliches zu ändern ist. Was ist denn also von einem Verfahren zu halten, wonach man von diesen großen Thatsachen einfach abstrahirt, und grade wie wenn ein Oesterreich und Preußen mit ihrem europäischen Charakter gar nicht da wären, eine Verfassung für einen abgeschlossenen deutschen Nationalkörper einrichten will, die, so klug sie immer ersonnen sein mag, nur leider den unheilbaren Fehler besitzt, daß sie sich als ganz unausführbar erweist, sobald man sie in Scene setzen will!

## 2.

So lange es eine deutsche Geschichte giebt, hat nie ein abgeschlossener Staatskörper bei uns bestanden. Auch ist die deutsche Entwicklung nicht darauf angelegt, noch jemals darauf gerichtet gewesen. So war es von dem ersten Anfang der deutschen Entwicklung an und ist so geblieben.

In freien Völkerbünden haben die Germanen zuerst die Bühne der Geschichte betreten, und haben dadurch nicht nur Jahrhunderte lang dem alten römischen Reiche zu widerstehen vermocht, sondern zuletzt selbst die römischen Provinzen in Besitz genommen, und damit die Grundlagen des neueren europäischen Lebens gelegt. Ist dabei Deutschland das germanische Kernland gewesen, und bildet dasselbe durch seine Lage den natürlichen Mittelpunkt der europäischen Entwicklung, so werden wir daraus wohl schließen dürfen, daß der deutschen Nation ein universaler Beruf zukomme. Der ist dann auch in großartigster Weise hervorgetreten, sobald sich zu Anfang des zehnten Jahrhunderts das deutsche Reich formirt hatte, dessen Kaiser der Idee nach das weltliche Oberhaupt der ganzen Christenheit sein sollte, wie der Pabst das geistliche war. Dieser Idee gemäß, und so lange das Reich in Kraft bestand, umgab es sich mit einem Ring von fremden Nationen, so daß Dänemark, Polen, Italien und die burgundischen Länder zeitweilig die Oberherrlichkeit des deutschen Reiches anerkennen mußten. Aber deutsche Provinzen sind diese Länder nie gewesen, und ist auch niemals der Versuch gemacht, sie als solche zu behandeln. Denn das Kaiserthum sollte nicht die deutsche Herrschaft repräsentiren, sondern ein internationales Amt sein. Auch hieß das Reich selbst nicht das deutsche, sondern das römische Reich deutscher Nation, d. h. die deutsche Nation sollte eine ebenso universale Stellung einnehmen, wie einst das alte römische Reich. Sie sollte der Träger einer internationalen Idee sein, so daß dieser internationale Beruf zu ihrem Nationalleben selbst gehörte.

Das war die prinzipielle Bedeutung des mittelalterlichen Kaiserthums. Und selbst nachdem die zu einer so großen Aufgabe erforderliche Macht längst entschwunden war, und das Reich in die tiefste Ohnmacht versank, hat sich der universale Charakter des Kaiserthums doch noch in den Formen und in der offiziellen Sprache erhalten, bis zum Untergang des Reiches. Wenn man dann die traurige Wirklichkeit der letzten Jahrhunderte mit dieser hohen Idee verglich, so war freilich der Kontrast allzu grell, als daß er nicht hätte den Spott herausfordern sollen, der sich auch reichlich genug über das heilige römische Reich ergossen hat. Noch heute sogar fehlt es nicht an solchen Beurtheilern, welche darin nur einen Popanz finden wollen. Aber das Reich ist im Mittelalter gewiß etwas Wirkliches gewesen, und man wird nicht leugnen können, daß das damalige Kaiserthum auf einem ganz anderen Prinzip beruhte als die Throne des übrigen Europas*).

Deutschland blieb der lebendige Mittelpunkt der europäischen Geschichte bis zur Reformation, in welcher sein universaler Beruf noch einmal im hellsten Lichte strahlte. Denn wie die Reformation als das Schlußresultat der großen Kämpfe zwischen Pabstthum und Kaiserthum erscheint, welche das Mittelalter erfüllten, und das Problem demnach ein allgemeines war, so waren es auch die Folgen der Reformation, welche sich über die ganze gebildete Welt erstreckten, wie man auch von daher ganz allgemein den Anfang der neueren Zeit datirt. Aber das große Problem wurde nur halb gelöst, und führte zu einer Spaltung der bisherigen abendländischen Völkergemeinschaft, deren Basis doch grade das deutsche Reich gewesen war. Darum zog sich nun auch der Riß durch dieses Reich hindurch, welches seitdem unaufhaltsam seinem Verfall entgegenging. Von einer universalen Thätigkeit des Reiches konnte jetzt nicht mehr die Rede sein, aber in passiver Weise behielt es dennoch seine universale Bedeutung, indem es nun selbst von allen Seiten her Einwirkungen erfuhr.

*) Vgl. Untersuchungen über das europäische Gleichgewicht, Kap. XII.

Es wurde der Boden, auf welchem sich die politischen Richtungen der europäischen Mächte kreuzten, und das europäische Schlachtfeld, wie zunächst im dreißigjährigen Kriege.

Von da an setzte sich der französische Einfluß in Deutschland fest, und wurde gewissermaßen ein Element der deutschen Politik. Gleichzeitig hatte Schweden sogar die Reichsstandschaft gewonnen, während Dänemark wegen seiner Verbindung mit Holstein schon seit lange in die deutschen Angelegenheiten verflochten war. Gegen Ende des siebzehnten Jahrhunderts entstand ferner die Verbindung zwischen Sachsen und Polen, und bald darauf eine noch innigere Verbindung zwischen Hannover und England. Desgleichen wurde um dieselbe Zeit der russische Einfluß im Reiche merklich, der hinterher durch den Frieden von Teschen sogar einen legitimen Charakter erhielt. Andrerseits hatte seit Karl V. auch Spanien in enger Verbindung mit dem Reiche gestanden, die sich durch die spanischen Niederlande, welche zum Reiche gehörten, noch lange forterhielt. Dazu kam weiter die österreichische Herrschaft in Ungarn und später auch in Italien, Beides von mannigfaltigen Folgen für Deutschland. Dann endlich der Einfluß, den das Pabstthum von jenseits der Alpen im Reiche ausübte. So griff die europäische Politik von allen Seiten in die deutschen Angelegenheiten ein, und kaum konnte etwas Großes geschehen, von welchem man nicht im Reiche die Rückwirkung empfunden hätte.

Gewiß ein trauriger und schmählicher Zustand, aber trotzdem nicht minder ein augenfälliges Zeugniß der großen Bedeutung, welche Deutschland für das europäische Staatensystem hatte. Denn ob mächtig oder ohnmächtig, — es bildete immer den Schlußstein des Ganzen, den Stützpunkt des europäischen Gleichgewichts. Das war damals ein allgemein anerkanntes Verhältniß, für die praktischen Staatsmänner wie für die Publizisten, und darauf beruht die Wichtigkeit, die man noch immer den deutschen Angelegenheiten zuschrieb, wie insbesondere die vielen Gesandtschaften beweisen, welche die fremden Mächte in Deutschland unterhielten. Auch der Graf von

Herzberg spricht darüber in einer seiner akademischen Abhandlungen, und dieser Mann war dabei gewiß nicht von mittelalterlichen Reminiszenzen beherrscht. Er lebte und webte in den Ideen des achtzehnten Jahrhunderts, aber als Staatsmann und als ein offener Kopf betrachtete er die Dinge, wie sie eben waren, und so war die Lage wirklich, daß das alte gebrechliche Reich noch immer den Mittelpunkt der europäischen Politik bildete.

Freilich nur in ganz passiver Weise, doch auch dies war von großer Wichtigkeit, wie sich bald darauf zeigte, als das alte Reich zusammenbrach. Denn von da an ging das ganze europäische Staatensystem aus dem Gefüge. Es war auf dem ganzen Kontinent kein Halt mehr, sondern wie wenn die Dämme brechen, welche die Gewässer bisher in gemessenen Bahnen erhielten, und die Fluth sich dann zerstörend nach allen Seiten ergießt, so schlugen die Wogen der politischen Bewegung von Frankreich bis nach Moskau. Es gab kein politisches Verhältniß mehr, welches nicht in Frage gestellt, keine Existenz, die nicht bedroht war. Ist denn also die mittelalterliche Theorie, wonach in dem deutschen Kaiserthum die Garantie der Weltordnung liegen sollte, so grundlos gewesen, wie Viele meinen, wenn doch jetzt die Ereignisse bezeugten, daß selbst das in tiefste Ohnmacht versunkene und nur noch der Form nach bestehende Reich gleichwohl noch so wichtig gewesen war, daß sein Zusammenbrechen eine Rückwirkung auf ganz Europa äußerte? Mochten dann auch die außerordentlichen Erscheinungen der französischen Revolution und die napoleonischen Kriegsthaten die Geister momentan fasciniren, und den Blick der Politiker von Deutschland abwenden, so führte sie der Gang der Ereignisse selbst alsbald wieder auf Deutschland zurück. Und grade wie auf deutschem Boden die Entscheidungsschlachten geschlagen wurden, welche die napoleonische Herrschaft brachen, so erschien dann die Wiederherstellung des deutschen Körpers ganz allgemein als die Grundbedingung für die Befestigung einer neuen Ordnung, und so entstand nach dem Frieden der heutige deutsche Bund. Natürlich unter dem Einfluß der europäischen Mächte, es konnte

nicht anders sein. Denn man stand damals am Ziele einer europäischen Bewegung, und es hatte eine europäische Koalition dazu gehört, um Deutschland von der Fremdherrschaft zu befreien. Die deutschen Angelegenheiten hatten dadurch einen europäischen Charakter erhalten, von welchem man nicht abstrahiren konnte.

So sehen wir, wie die ganze politische Geschichte Deutschlands die universale Bedeutung desselben bezeugt. Und ganz dasselbe tritt in der Geschichte der deutschen Geistesentwicklung hervor.

Wir haben in dieser Hinsicht bereits der Reformation gedacht, in welcher der deutsche Geist die universale Aufgabe der Kirchenverbesserung in Angriff nahm. Das hing offenbar mit der damaligen Weltstellung Deutschlands zusammen, und in späteren Zeiten, wo Deutschland in Ohnmacht versunken war, konnte so Großes nicht mehr unternommen werden, aber nichts desto weniger blieb der geistige Trieb auf das Allgemeine gerichtet. Er charakterisirt die deutsche Philosophie, Literatur und Kunst, selbst in den positiven Wissenschaften tritt er hervor. Ein Keppler entdeckte die Gesetze der himmlischen Bewegungen, die noch heute seinen Namen führen; ein Humboldt umfaßte das Ganze unserer naturwissenschaftlichen Kenntnisse im Kosmos; ein Ritter begründete die allgemeine Geographie. Entscheidenden Einfluß auf die große europäische Politik besaßen wir nicht mehr, sondern umgekehrt, Deutschland stand unter dem Einfluß der europäischen Mächte, aber der deutsche Gedanke richtete sich auf die allgemeinen Völkerverhältnisse, und so ist die heutige Völkerrechtswissenschaft ganz überwiegend durch Deutsche gepflegt und ausgebildet worden. Man kann sagen, sie ruht auf deutscher Bildung, während hingegen Frankreich, welches doch so lange die europäische Politik beherrschte, für diese Wissenschaft fast gar nichts geleistet hat.

Woher kommt diese so auffallende Erscheinung? Doch gewiß nicht von ohngefähr, sondern sie charakterisirt die französische wie die deutsche Nationalität. Jene ist die am meisten exklusive, und nur mit sich selbst beschäftigt bewegt sich der französische Geist in engen Gedankenkreisen. Sein Ausbreitungstrieb bedeutet nichts an-

deres, als die Ausbreitung der französischen Herrschaft, so weit also französische Herrschaft und Einfluß reichen, so weit reicht der französische Gedanke. Die deutsche Nation hingegen ist die am wenigsten exklusive, und der universale Trieb gehört zu ihrer nationalen Eigenthümlichkeit selbst Es ist daher nur wenig durch das deutsche Herrschaftsgebiet bedingt, er lebt fort selbst in der tiefsten politischen Ohnmacht, und wie wir bereits hervorgehoben, selbst unter den Trümmern des Reiches behielt der deutsche Geist seine universale Tendenz.

Welch eine Art von Gemeinwesen wird demnach für eine solche Nation geeignet sein?

Es kann und soll eine nationale Grundlage haben, aber es kann und soll keine nationale Abgeschlossenheit haben. Will man gleichwohl ein abgeschlossenes Gemeinwesen einzurichten versuchen, so scheitert der Versuch. Er scheitert an den realen Verhältnissen, insbesondere an der Existenz der österreichischen und preußischen Monarchie, und er scheitert an dem Nationalcharakter, so lange die deutsche Eigenthümlichkeit noch fortbesteht. Denn gleichviel, ob man es als einen Mangel oder einen Vorzug ansieht, — Thatsache ist: daß die deutsche Nation nicht solchen Trieb zur Konzentration besitzt, ohne welchen ein eigentlicher Staat nicht entstehen und noch weniger bestehen kann, sondern sie besitzt einerseits einen nicht auszurottenden Absonderungstrieb, und andrerseits einen eben so wenig auszurottenden Ausbreitungs- und Wandertrieb. Wirken nun beide Triebe zusammen, so entsteht daraus ein eigenthümliches Gemeinwesen, voll autonomer Gestaltungen, welche theils staatsrechtlich theils völkerrechtlich mit einander verbunden sind, d. i. ein Reich nach unserem Begriff, und das Ganze verläuft sich in das europäische Völkersystem. Eben daraus erklärt sich denn auch der soeben hervorgehobene Sinn für die Völkerrechtswissenschaft, welcher Deutschland auszeichnet, weil das deutsche Gemeinwesen in sich selbst ein völkerrechtliches Element hat, und zu allen Zeiten gehabt hat.

Nur ein solches Gemeinwesen entspricht zugleich der natürlichen Lage Deutschlands, wie wir sie früher geschildert, und wenn Deutsch-

land von Natur das europäische Mittelland ist, so ist es dadurch gewissermaßen prädestinirt, ein solches Gemeinwesen auszubilden. Es entspricht damit einem großen europäischen Bedürfniß. Denn es muß so ein Mittleres geben, in welchem das Staatsleben in das Völkerleben übergeht, als eine Klammer, welche das ganze europäische System zusammenhält. Fehlt solche Klammer, d. h. fehlt ein solches Mittlere, in welchem das staatliche und völkerrechtliche Element sich verbinden, so gelangt das in jedem Staate liegende exklusive Prinzip alsbald zur Alleinherrschaft. Die Staaten stehen dann einander fremd und schroff gegenüber, in der Gestalt als Mächte, was alsbald zu einem reinen Gewaltsystem führen wird, wie man es zur Zeit Napoleons sah, wo eben Deutschland für die Politik verschwunden war.

Darauf beruht die Bedeutung des Reiches für Europa. Man kann sagen: es ist eine Forderung der praktischen Vernunft. Wenn also kein solches Reich besteht, so muß es um so mehr erstrebt werden. Eben das gehört zu dem europäischen Beruf der deutschen Nation, daß sie diesem Bedürfniß genügen und das geforderte Reich herstellen soll.

## 3.

Deutschland befindet sich in der Alternative: daß es entweder Einfluß üben oder Einfluß erleiden muß. Denn es ist das Land der Mitte, und als solches kann es sich nicht abschließen und sich auf sich selbst beschränken wollen, oder der Strom der Ereignisse würde es alsbald erfassen und überfluthen, und wohl oder übel wäre es doch in die allgemeinen Verhältnisse hineingezogen. Ist es im Mittelalter der aktive Mittelpunkt gewesen, dann aber je mehr und mehr in Passivität versunken, und zuletzt das europäische Schlachtfeld geworden, so besteht jetzt die Aufgabe darin, daß es sich wieder zu einer aktiven Stellung erhebt

Sehen wir nun, was wohl die Ideen von einem engeren Bunde

und neuem Reiche dazu beitragen können, um diese ersehnte Wendung der Dinge zu befördern.

Sie können sehr viel dazu beitragen, ja sie sind die unerläßliche Bedingung dazu Schon um deswillen, weil sie die deutsche Nation wieder zu ihrem eigenen Wesen zurückführen, was doch selbst die Vorbedingung jedes nationalen Aufschwunges ist. Sie haben aber außerdem noch eine ganz direkte Beziehung zu der deutschen Machtstellung, indem sie eine Umbildung des gegenwärtigen deutschen Bundes bezwecken, wodurch derselbe befähigt wird, zunächst nach Außen als eine Gesammtmacht aufzutreten, was er zwar nach den Worten der Wiener Schlußakte sein soll, aber bis jetzt nicht ist, und nach den bis jetzt noch herrschenden Prinzipien und Maximen auch nicht werden kann. Gewinnt hingegen der Bund ein inneres Leben, so wird auch jene Gesammtmacht, die einstweilen auf dem Papiere steht, ein wirkliches Wesen werden. Die Elemente der Macht sind ja reichlich vorhanden, es fehlt nur der lebendige Zusammenhang und das Zusammenwirken.

Eine Gesammtmacht setzt aber eine Gesammtpolitik voraus, und diese setzt wieder ein System voraus, wonach die Politik der einzelnen Bundesglieder in eine solche Richtung gebracht wird, daß kein Widerstreit, sondern gegenseitige Ergänzung stattfindet. Nach dem bisherigen Großmachtssysteme ist dies schlechterdings nicht zu erreichen, sondern dieses System bewirkt vielmehr das Gegentheil, indem es einerseits die Rivalität zwischen Oesterreich und Preußen verewigt, und diese beiden Mächte in sich gegenseitig widerstrebende Richtungen drängt, während es andrerseits den ganzen Komplex der übrigen Bundesstaaten von aller politischen Wirksamkeit ausschließt, und dadurch einen großen Theil unserer Nationalkräfte brach legt. Es ist für Deutschland das unheilvollste System, welches jemals ersonnen werden kann, wie wir auch seines Ortes gezeigt haben, daß es selbst auf der Voraussetzung beruht, daß ein Deutschland in der politischen Welt überhaupt nicht existirt, außer als eine passive Masse. Nach unserem System hingegen haben sich

Oesterreich und Preußen als die großen deutschen Marken zu benehmen, und dieses anerkannt, so hat einerseits die gegenseitige Rivalität und Feindschaft ihren bisherigen Boden verloren, andrerseits ist dadurch das Zusammenwirken der beiden Großmächte mit den übrigen deutschen Staaten eingeleitet, und endlich von diesen letzteren der Bann genommen, wodurch sie so lange in Passivität erhalten wurden. Sie gewinnen von da an eine Kollektivmacht durch den engeren Bund, welcher den Kern des eigentlichen Reiches bilden wird, und zu welchem Oesterreich und Preußen die Doppelstellung haben, daß sie einerseits selbst Mitglieder und andrerseits die Marken desselben sind.

Einen anderen Weg zur deutschen Einheit giebt es nicht. Er ist schwierig und verwickelt, aber das liegt in der Natur der deutschen Verhältnisse selbst. Die deutsche Frage ist nicht leicht, und nicht durch ein einfaches Mittel zu lösen, sondern wer dies gleichwohl beabsichtigte, würde damit nur den Beweis liefern, daß er von der Frage selbst nichts versteht. Wird hingegen dieser Weg betreten, so wird er alsbald zu dem Resultat führen, daß nicht blos die Machtmittel, welche das gegenwärtige Bundesgebiet einschließt, zu einem Ganzen verbunden werden, sondern daß die ganze gegenwärtige Macht von Oesterreich und Preußen hinzukommt. Es bedürfte dazu nicht einmal eines neuen Grundvertrages, sondern es geschähe schon als eine thatsächliche Folge des gemeinsamen politischen Systemes. Welch ein Umschwung wäre das! Es entstände eine Macht daraus, unantastbar von allen Seiten.

Und wie sollte eine solche Macht nicht bald auch eine Anziehungskraft üben, insbesondere auf die kleineren Nachbarstaaten im Westen, Holland, Belgien und die Schweiz? Diese Staaten würden sich wohl bald getrieben fühlen, sich dem deutschen Systeme anzuschließen, nicht zwar als Mitglieder des engeren Bundes, sondern als Nebenländer, so daß sie zu demselben in einem ähnlichen Verhältniß ständen, als es nach unserer Ansicht das eigentliche Oesterreich und Preußen sollen, welche uns als Ostmark und Nordmark gelten.

Dazu würden wir dann auch Westmarken bekommen, was doch gewiß von den glücklichsten Folgen wäre.

Nur freilich, bei dem gegenwärtigen Zustande des Bundes ist daran nicht entfernt zu denken. Ein so lahmer Körper, dazu ohne Achtung im Inlande wie im Auslande, bietet keinen Reiz sich ihm anzuschließen. Und um so weniger, so lange er doch selbst nichts weiter ist als das Gebiet, worauf sich die österreichische und preußische Eifersucht tummelt, ein bloßes Objekt, worüber sich die beiden Großmächte gegenseitig um die Herrschaft streiten. Sich dem Bunde anschließen hieße unter solchen Umständen nichts anderes, als sich dem österreichischen oder preußischen Einflusse hingeben. Wie können Holland, Belgien und die Schweiz wohl jemals Neigung verspüren, in eine solche Stellung einzutreten, die allgemach selbst den deutschen Mittelstaaten unerträglich wird? Ganz anders hingegen, wenn der Bund eine wirksame Thätigkeit gewinnt, und wenn sich eine Organisation bildet, wonach auch die kleineren Staaten eine eben so geachtete als gesicherte Stellung einnehmen, während doch gleichwohl auch Oesterreich und Preußen Mitglieder bleiben, und so vor aller Welt offenbar wird, wie nützlich und ehrenvoll es sein muß, zum Bunde zu gehören.

Darum ist es weder Oesterreich noch Preußen, worauf die zukünftige Erhebung der deutschen Nation beruhen kann, sondern nur der Bund als solcher, wozu er aber selbstverständlich erst ein neues Leben gewinnen muß. So schwierig dies nun sein mag, so ist doch jedenfalls die innere Möglichkeit dazu gegeben, denn grade in dem Wesen des Bundes liegt es, daß er unter Umständen leisten kann, was für die deutschen Großmächte ganz unmöglich ist. Haben wir doch gesehen, wie eben der nationale Verfall die Bedingung war, unter welchen diese Mächte zu ihrer heutigen Stellung gelangten, und was sie in dieser Stellung repräsentiren, das ist ja eben der deutsche Zwiespalt selbst. Wie kann darauf die Zukunft der Nation beruhen? Und selbst wenn dies nicht so wäre, wie es doch wirklich ist, so sind Oesterreich und Preußen jedenfalls besondere Staats-

körper, mit dem natürlichen Streben, sich nach dieser Eigenschaft auszubilden und abzuschließen, während wir vielmehr erkannt haben, daß die deutsche Nation nach ihrer äußeren Lage wie nach ihrer inneren Eigenthümlichkeit ein Gemeinwesen fordert, in welchem das Staatsleben in das Völkerleben übergeht.

Darin allein liegt dann auch die Möglichkeit, und unter Umständen die Wahrscheinlichkeit, daß sich die Nachbarländer an ein solches Gemeinwesen anschließen. Es können daraus verschiedenartige Verbindungen entstehen, gewissermaßen Abstufungen der Gemeinschaft. Wie nämlich der engere Bund zuvörderst in den weiteren übergeht, so kann sich dieser abermals erweitern, indem er an seiner äußersten Peripherie noch ein System von Allianzen hervorruft, d. h. Verbindungen, die sich von eigentlichen Bundesverhältnissen dadurch unterscheiden, daß sie keine gemeinschaftlichen Einrichtungen mehr fordern, sondern nur ein vertragsmäßiges Zusammenwirken zu gewissen bestimmten Zwecken. Zu dem Allen ist die Bahn gebrochen, sobald nur der engere Bund ins Leben tritt. Denn ganz natürlich wird in ihm der Trieb erwachen, sich nach seinem inneren Prinzip zu bethätigen, und wie seine innere Organisation selbst schon aus dem Staatsrechtlichen in das Völkerrechtliche übergeht, so ist damit ein Anstoß gegeben zu einer neuen Entwicklung des ganzen europäischen Staatensystems. Tiefgreifende Folgen können dann nicht ausbleiben, von dem Momente an, wo der deutsche Bund als Gesammtmacht auftritt.

4.

Es wird nicht unpassend sein, unter diesem Gesichtspunkt einen Blick auf den gegenwärtigen Zustand des östlichen Europas zu werfen, welches bis an das deutsche Bundesgebiet heranrückt, und zu welchem insbesondere unsere großen deutschen Marken, oder die sogenannten deutschen Großmächte, die unmittelbarste Beziehung haben. Sind sie doch von ihrem Ursprung her zu einer Schutzwehr gegen die östliche Barbarei bestimmt, und zwar für Deutschland wie für das ganze abendländische Europa.

Da tritt uns die polnische Frage entgegen, jetzt in Blut und Asche erstickt, aber der Brand glimmt in der Tiefe fort, eine Quelle zukünftiger Schwierigkeiten und Gefahren. Denn was ist das für ein Zustand, wo ein Volk der Vernichtung entgegengeführt wird, um das Land im Gehorsam zu halten? Wer wird darin eine Wiederherstellung der Ordnung finden, und nicht vielmehr ein Brandmal unserer Zeit, gleich verletzend für das religiöse Gefühl wie für die moderne Zivilisation, die doch noch nicht so ganz in Materialismus versunken sein wird, um es gleichgültig mit anzusehen, wenn von einer sich christlich nennenden Macht, die sich im Orient als die besondere Beschützerin der christlichen Bevölkrungen gebehrdet, hier inmitten Europas gegen ein christliches Volk ein Verfahren geübt wird, wie es sich die Türken gegen die ihnen unterworfenen christlichen Stämme nicht mehr erlauben dürfen. Dazu ist die ganze abendländische Welt in ihrer Ehre wie in ihren Interessen verletzt, wenn hier ein Volk untergehen soll, welches durch seine Religion und durch seine Geschichte selbst zur abendländischen Welt gehört. Sie wird es wie eine Bedrohung und einen Angriff auf sich selbst empfinden, wenn das Zarenthum mit seinen Popen und seinen Kosacken bis an die Nähe der Oder vorrücken will, und zwar im offenbarsten Widerspruch mit den Bestimmungen der Wiener Verträge, die doch den alleinigen Rechstitel bilden, worauf die russische Herrschaft in Polen beruht. Sollen diese Verträge nicht mehr gelten, — was bleibt dann übrig als die reine Gewaltherrschaft? So herrscht denn Rußland über Polen wie über ein erobertes Land, es fragt sich aber, ob die europäischen Mächte diese Eroberung anerkennen wollen.

Lasse man sich doch nicht täuschen durch die zeitweilige Apathie, in welche die europäische Politik gesunken ist, und in welcher es scheint, wie wenn es keine europäischen Interessen mehr gäbe, sondern jede Macht in Zukunft nur für ihre eigenen Interessen auftreten würde. Ein solcher Zustand kann nicht lange dauern. Dazu sind die allgemeinen Verhältnisse so gespannt, daß, ehe man sich's ver=

sieht, ein europäischer Konflikt entstehen kann, und die scheinbar begrabene polnische Frage lebt auf einmal wieder auf, und steht auf der Tagesordnung oben an. Denn die Forderungen des Rechtes und der Humanität verbinden sich hier mit den wichtigsten Interessen. Wird aber die polnische Frage dann später in Angriff genommen, so wird sie nur um so größere Dimensionen gewinnen. Sie wird dann erscheinen als das, was sie im Grunde genommen immer gewesen, und was nur durch die Umstände zeitweilig verhüllt war, nämlich als die russische Frage.

Wir werden wahrlich nicht in den Chorus der Russophagen einstimmen, die einen allgemeinen Kreuzzug gegen Rußland predigen möchten, wie wenn dasselbe außerhalb des Völkerrechtes stände, und kein Verhältniß zur allgemeinen Zivilisation hätte, sondern wir schreiben ihm eine sehr große Bedeutung zu. Aber sein Beruf weist nicht auf Europa hin, sondern auf Asien, wohin auch die Wolga deutet, welche dieses Land charakterisirt, und in deren Stromgebiet noch heute der Kern der ganzen russischen Nation wohnt, die sogenannten Großrussen. Nun war es allerdings eine Nothwendigkeit, daß diese Nation nach Westen vordrang, um die Küste zu gewinnen und sich der abendländischen Zivilisation zu nähern, allein diese Bewegung ist weit über ihr natürliches und berechtigtes Ziel hinausgegangen, und hat schon unter Peter dem Großen zu der Richtung geführt, daß Rußland sich nicht mehr darauf beschränken wollte die abendländische Zivilisation in sich aufzunehmen, sondern die abendländische Welt selbst zu beeinflussen und sogar zu beherrschen suchte. Durch die Umstände begünstigt ist dann Rußland immer weiter nach Westen vorgedrungen. Gewiß zu seinem eignen Schaden, und in Eroberungskriegen die Kräfte verzehrend, die weit nützlicher auf die innere Kultur verwandt wären, aber eben so gewiß zum Verderben der abendländischen Welt, wo der russische Einfluß wie ein Pesthauch gewirkt hat. Endlich ist es soweit gekommen, daß man fragen möchte, ob es denn etwa die Bestimmung Rußlands sein soll, anstatt die europäische Zivilisation nach Asien zu

tragen, vielmehr sein eignes halbasiatisches Wesen, welches kaum erst mit dem Firniß der Kultur bestrichen ist, über ganz Europa zu verbreiten?

Diese Frage ist nicht neu, sie hat sich längst schon allen denkenden Beobachtern aufgedrängt. Wurden doch sogar schon im sechszehnten Jahrhundert Stimmen laut, welche auf die dereinst von Rußland drohende Gefahr hindeuteten. Begreiflicher Weise blieben sie damals unbeachtet, aber seit der ungeheuren Ausbreitung der russischen Herrschaft unter der großen Katharina ist man doch aufmerksamer geworden, und auf dem Wiener Kongreß ist diese Angelegenheit ganz ernstlich erörtert, nur leider ganz erfolglos, so daß Rußland damals sogar noch weiter vordringen durfte, bis über die Wartha hinaus in das Odergebiet hinein. Das gehört wohl zu den unheilvollsten Ereignissen unseres Jahrhunderts, und mit Recht sagt de Pradt, daß durch dieses Vordringen Rußlands nach Westen das ganze kontinentale System verdorben und alle natürlichen Verhältnisse verschoben seien *). Dieser Autor betrachtet zwar die Dinge vom französischen Standpunkt aus, aber seine Behauptung enthält dennoch eine allgemeine Wahrheit. Stellen wir uns auf den deutschen Standpunkt, der in diesem Falle gewiß mit dem europäischen zusammenfällt, so wird diese Wahrheit nur noch einleuchtender, und muß uns die schmerzlichsten Empfindungen erregen, da sie zugleich den deutschen Verfall konstatirt, und uns an eine große nationale Schuld mahnt.

Denn offenbar ist es Deutschland, welches die größte Schuld daran trägt, daß die russische Herrschaft so weit vorrücken durfte, und welches nun auch mit Recht die schlimmsten Folgen davon zu tragen hat. Soll Deutschland sich jemals wieder erheben, so muß diese Schuld gesühnt werden, deren Folgen wie ein Alp auf Deutschland lasten. Hier vor Allem muß Deutschland zeigen, ob es noch fähig und würdig ist, eine große Stellung in Europa einzunehmen,

*) L'Europe après le Congrès d'Aix la Chapelle.

die für immer unmöglich bleibt, so lange Rußland an der Weichsel steht. Und hier mag insbesondere Preußen zeigen, ob es seine Interessen in dem großen Sinne auffaßt, der doch einer Großmacht zukommen würde, und wie es dieselben zu handhaben versteht. Denn kein Staat wird von den gegenwärtigen Verhältnissen und den daraus entspringenden Gefahren so unmittelbar berührt und so tief getroffen, als grade Preußen, welches von seinem Ursprung an in einer wesentlichen Beziehung zu Polen gestanden hat, und dessen eigne Zukunft mit der polnischen Zukunft untrennbar zusammenhängt. Diese Behauptung wird unumstößlich bleiben, so lange Geschichte und Geographie, und die darauf beruhenden strategischen und ökonomischen Forderungen noch keine Chimäre geworden sind.

Was wollen wir nun damit sagen? Denken wir etwa an eine Wiederherstellung des ehemaligen Polenreiches? Nicht im Geringsten. Es würden einem solchen Reiche alle inneren Lebensbedingungen fehlen, und wenn es gleichwohl wie durch ein Wunder hergestellt würde und Bestand gewönne, — welche Folgen würden daraus entspringen? Wer würde zuvörderst in dem neuen Reiche herrschen? Ohne Zweifel der polnische Adel, der aber noch heute von ganz oberflächlicher Bildung ist, dabei von demselben anspruchsvollen, unstäten und turbulenten Wesen wie ehemals, und von welchem wahrlich kein Fortschritt der Zivilisation zu erwarten wäre. Im Gegentheil, es wäre ein Rückschritt, und eine solche Adelsherrschaft gradezu ein Anachronismus in einem Zeitalter bürgerlicher Entwicklung. Fehlen also dem polnischen Adel alle eigentlichen gouvernementalen Fähigkeiten, so besitzt er dagegen ein angebornes Talent zur Intrigue und Konspiration. In Folge dessen würde das neue Reich ein Herd der Verwirrung und der Unruhe für alle Nachbarn werden, ein Spielball fremder Mächte. Endlich eine Veranlassung zu unabsehbaren Kriegen, weil dieses Reich, wenn es überhaupt ins Leben träte, nach innerer Nothwendigkeit getrieben wäre, haltbare Grenzen zu gewinnen, insbesondere sein Küstengebiet, welches aber der Nationalität nach nicht polnisch ist, wie denn über-

haupt die polnische Nation keine solche territoriale Basis hat, die ein selbstständiges Bestehen ermöglichte. Die Polen würden sich also durch Eroberung auszubreiten versuchen, wie es ehemals geschah, so lange sie noch die Kraft dazu hatten, je weniger aber die heutigen Kräfte dazu ausreichen möchten, um so mehr würde man sich auf Intriguen werfen, um durch Verwirrung der europäischen Staatenverhältnisse, und durch innere Revolutionen in den Nachbarländern, zum Ziele zu gelangen. Welch eine Perspektive!

Dieses vorausgeschickt und anerkannt, so kann die Lösung der polnischen Frage nicht in der Wiederherstellung des ehemaligen Polenreiches liegen. Ein solches Projekt müßte bei allen denkenden Politikern weit eher Widerwille als Theilnahme erwecken. Insbesondere würde es die zunächst betheiligten Nachbarmächte, d. h. Rußland, Preußen und Oesterreich, zu dem gemeinsamen Entschluß bringen, ein solches Unternehmen unter allen Umständen zu verhindern, und wozu diese drei Mächte doch gewiß genügende Kraft haben, so lange sie in dieser Ansicht zusammenstimmen. Dann wäre also der status quo verewigt, und keine Aussicht zur Veränderung außer durch eine europäische Katastrophe, durch eine allgemeine Umwälzung. Das ist die eben so traurige als gefährliche Seite der polnischen Frage.

Soll in den polnischen Verhältnissen eine Veränderung eintreten, ohne daß daraus eine allgemeine Erschütterung entstände, so muß es unter Zustimmung von Preußen und Oesterreich geschehen, und durch die Unterstützung von Seiten dieser beiden Mächte selbst der etwaige Widerspruch Rußlands paralisirt werden. Die Frage ist also: ob sich eine Kombination finden läßt, welche für Preußen und Oesterreich annehmbar, und unter Umständen vortheilhaft wäre? Und eben dies halten wir allerdings für möglich.

Das alte Polenreich ist untergegangen, es war bereits ein in Verwesung begriffener Körper, als es von den Nachbarmächten getheilt wurde, es ist von dem polnischen Staatswesen keine Spur übrig geblieben, und darum hat es überhaupt keinen inneren Sinn, hier von einer Wiederherstellung zu sprechen. Man kann

einen Patienten herstellen, aber keinen Todten, und was man auch hier einrichten möchte, — immer müßte es etwas Neues sein, nicht eine Fortsetzung des Alten. Ist also das polnische Staatswesen vollständig untergegangen, — was ist denn noch übrig geblieben? Nur die polnische Nation, und diese kann nun die Basis zu einer neuen Staatenbildung werden, allein sie hat in sich selbst nicht die plastische Kraft dazu, sondern es müßte ihr geholfen werden. Und darauf eben kommt es an, ob sich Preußen und Oesterreich dazu bewogen fühlen möchten, eine solche Hülfe zu gewähren, was doch nur dann zu erwarten steht, wenn diese Mächte selbst dabei ihre Rechnung fänden. Ein neues Polenreich als Fortsetzung des ehemaligen wäre für sie Beide unerträglich, aber ganz anders stände die Sache, wenn man aus dem polnischen Material einige kleinere Staaten bildete, nicht unter einer turbulenten Adelsherrschaft sondern mit monarchischer Verfassung, — Staaten, die sich nach Lage der Dinge nicht mit ehrgeizigen Entwürfen sondern nur mit ihrer inneren Kultur beschäftigen könnten, und die schon um ihrer selbst willen sich an die beiden Nachbarn anlehnen müßten, denen sie ihre Existenz verdankten, und ohne deren guten Willen sie sich nicht zu erhalten vermöchten.

Noch bis heute haben Krakau, Warschau und Wilna die Anlage einer Hauptstadt, und würden ganz geeignete Mittelpunkte sein für die Bildung dreier kleiner Königreiche, jedes auf einen eigenthümlichen Volksstamm basirt: nämlich Kleinpolen, Masuren und Lithauer, die ja lange Zeit eine besondere Entwicklung gehabt, und noch bis heute merklich verschieden sind. Sehr wesentliche Bedingungen für eine neue Staatenbildung wären also hier vorhanden. Nur die gouvernementale Konzentrationskraft würde noch fehlen, und eben diese müßte ihnen eingepflanzt werden durch neue Dynastien, als Absenker der regierenden Häuser in Preußen und Oesterreich. An österreichischen Erzherzögen ist ja kein Mangel, und in Preußen fänden sich auch Kandidaten dazu, ohne daß die Religionsverhältnisse dabei im Wege ständen, da das regierende Haus eine katholische

Nebenlinie hat, auch außerdem noch ein polnisches Fürstengeschlecht besteht, welches mit der preußischen Königsfamilie blutsverwandt ist. Was läge also darin Unausführbares? Es gehörte unter Umständen nur der Wille dazu. Und wenn man dann wollte, und die Umstände danach wären, so könnte man wohl selbst noch einen Schritt weiter gehen, und zu diesen drei neuen Staaten noch einen vierten hinzufügen, wozu die Basis in Kurland gegeben wäre.

Nur eine Politik, die aus der Hand in den Mund lebt, mag sich mit der Erhaltung des status quo beruhigen, und heute vielleicht das bekannte Wort wiederholen, was man vor einem Menschenalter nach Unterdrückung der damaligen polnischen Revolution aussprach: „l'ordre regne a Varsovie," grade wie wenn die Wiederherstellung der russischen Herrschaft selbst schon die Ordnung wäre. Aber die polnische Frage ist dadurch weder gelöst, noch ist sie todt, und wenn sie auch offiziell begraben wäre, wie einst die schleswig-holsteinische Frage im Londoner Protokoll, sondern wie diese in der schleswig-holsteinschen Bevölkrung und in der ganzen deutschen Nation fortlebte, so lebt die polnische Frage in der polnischen Nation fort, die man vielleicht ausrotten aber niemals russifiziren kann, und sie lebt desgleichen in der katholischen Kirche, ja in dem ganzen abendländischen Europa. Sie wird also über kurz oder lang wieder auftauchen, und dann kann dies in einer Weise geschehen, daß für Oesterreich, und noch mehr für Preußen, die allergefährlichsten Folgen daraus entspringen. Wäre es denn von Seiten dieser Mächte nicht würdiger und weiser gehandelt, diese Frage selbst in die Hand zu nehmen, schon um deswillen, damit sich nicht Andere derselben bemächtigen, um eine Angriffswaffe daraus zu machen? Daß man sich gegen die Wiederherstellung des alten Polenreiches verwahrt, und die Unhaltbarkeit eines solchen Projektes nachweist, damit ist es nicht gethan, wie überhaupt mit bloßen Negationen kaum jemals etwas zu erreichen ist, sondern man muß die Frage in eine andere Richtung bringen. Man muß sich auf eine Lösung vorbereiten, die mit den beiderseitigen Interessen vereinbar ist, nachdem es doch auf

der Hand liegt, daß der gegenwärtige Zustand nicht lange mehr bestehen kann. Betrachtet man also die Sache unter diesem Gesichtspunkt, so wird man nicht leugnen können, daß die vorstehenden Vorschläge eine Lösung darbieten, welche nicht nur für Preußen und Oesterreich annehmbar wäre, sondern eben so sehr den Bedürfnissen der polnischen Nation entspräche, und zugleich als eine wesentliche Verbesserung des gegenwärtigen europäischen Staatensystemes angesehen werden müßte.

Welch ein Segen in der That, wenn Krakau, Warschau und Wilna die Mittelpunkte eines eigenthümlichen Volkslebens und einer eigenthümlichen Kultur würden, gegenüber der traurigen Monotonie, die jetzt auf dem ganzen östlichen Europa lastet! Ja noch weiter reicht ihr Einfluß, so daß man selbst schon in Berlin die Nachbarschaft dieses halbmongolischen Wesens empfindet, in welchem alle Ursprünglichkeit des Lebens untergeht in einer kasernenartigen Dressur durch Exerziermeister und Tschinowniks. Diesem Wesen ein Ziel zu setzen, wäre sogar ein Segen für Rußland selbst, in welchem dann andere Prinzipien zur Geltung kommen würden. Nur in einer neuen polnischen Staatenbildung wäre das Mittel gegeben, um die russische Politik von der falschen Richtung abzulenken, in welche dieselbe durch die scheinbaren Erfolge einer sich immer weiter ausbreitenden Herrschaft immer tiefer hineingerathen ist, indessen doch das Verderben einer fast unbezwingbaren Korruption in dem ganzen Staatskörper wuchert, und die oberflächliche Kultur, die man unter solchen Umständen gewonnen hat, weit entfernt die an und für sich tüchtigen Grundlagen des russischen Volksthums zu entwickeln, dasselbe vielmehr zu ersticken droht. Hätte Rußland niemals die Düna überschritten, es stände heute besser mit ihm! Und besser mit Europa, welches dieses Vordringen niemals hätte dulden sollen, und auch gewiß nicht geduldet hätte, wäre damals nicht schon das ganze alte Staatensystem morsch gewesen, und in dem Materialismus, der die damalige Politik beherrschte, alle höheren Ideen untergegangen.

Gleichwohl hatte der preußische Minister von Herzberg die Ge=

fahr sehr wohl erkannt, und von seinem Standpunkte aus dagegen zu wirken gesucht, aber da brach die französische Revolution aus, welche alle Gedanken nach Westen zog, und während des dortigen Kriegsgetümmels breitete sich Rußland zuvörderst bis an den Bug aus, durch die zweite und dritte polnische Theilung. Bald darauf gewann es durch den Krieg mit Schweden Finnland, durch den Krieg mit der Pforte Bessarabien. Was ist wohl von allen diesen Erwerbungen zu sagen? Wir wollen hier gar nicht den Mangel eines jeden positiven Rechtstitels urgiren, denn die Völkergeschichte fordert einen anderen Maßstab, aber auch von alledem, was sonst Eroberungen wenn auch nicht rechtfertigen so doch entschuldigen und motiviren kann, ist hier nichts wahrzunehmen. Ein natürliches Bedürfniß so weit nach Westen vorzudringen, bestand für Rußland nicht, und noch weniger kann es sich dabei auf die Ueberlegenheit seiner Kultur stützen, da es hier auf eine Bevölkrung traf, welche jedenfalls den Russen geistig überlegen war, und noch heute überlegen ist. Nur die nackte Eroberungssucht und Herrschsucht tritt darin hervor, für welche alle diese Erwerbungen immer nur wieder als Stützpunkte zu neuen Erwerbungen dienen sollten. Und eben darum sind sie für Europa wie für Rußland selbst ein Fluch geworden. Späterhin hat man dann von Restauration gesprochen, deren Prinzipien in ganz Europa herrschen sollten, aber wie kann in Wahrheit von einer europäischen Restauration die Rede sein, wenn durch das Vordringen Rußlands alle natürlichen Verhältnisse verschoben und gradezu auf den Kopf gestellt wurden, indem statt der natürlichen Ordnung, wonach die europäische Kultur von Westen nach Osten vorschreitet, jetzt vielmehr das halbasiatische Russenthum das Abendland beeinflussen und beherrschen wollte? Hat man doch erleben müssen, wie sich Rußland sogar berufen fühlte die deutschen Universitäten zu überwachen und unter Kuratel zu nehmen, und daß die Einflüsterungen russischer Diplomaten fast in allen kontinentalen Kabinetten wie die Offenbarungen einer höheren Weisheit aufgenommen wurden, immer unter der Devise der Solidarität der kon=

servativen Interessen und des gemeinsamen Kampfes gegen die Revolution. Was ist denn aber noch Revolution zu nennen, wenn nicht eben dies, daß hier die innersten Gesetze der europäischen Entwicklung ins Gegentheil verkehrt wurden, und während man von christlich-germanischen Prinzipien sprach, in der That vielmehr byzantinisch-russische Prinzipien zur Herrschaft kommen sollten!

Deutschland ist von diesem giftigen Wesen, welches sich unter dem gleißenden Scheine der heiligen Allianz einführte, am tiefsten durchdrungen, und noch bis heute krank davon. Es kann nicht wieder genesen, außer es muß dieses Wesen wieder ausstoßen, und ihm die Wege verlegen, durch welche es immer aufs Neue einzubringen versuchen wird. Dazu giebt es kein anderes Mittel, als Rußland auf seine natürlichen Grenzen und seine natürliche Bestimmung zurückzuführen, und die der abendländischen Zivilisation gehörenden Gebiete zurückzufordern, und dieselben dann in solcher Weise zu organisiren, daß sie lebendige Glieder der abendländischen Kulturgesellschaft werden können. Dies ist es, worum es sich hier handelt. Wie würde man alsbald die Rückwirkungen davon verspüren! Und fürwahr, nichts würde in ganz Deutschland einen solchen Jubel erregen, denn nichts ist bei allen denkenden und wohlgesinnten Leuten so allgemein verhaßt, als eben diese unter den gegenwärtigen Umständen fast unvermeidlichen russischen Einflüsse und Einflüsterungen.

Nun ist aber leicht einzusehen, daß eine Lösung der polnischen Frage, wie wir sie im Vorstehenden angedeutet, nur unter der Voraussetzung möglich ist, daß das bisherige Großmachtssystem verlassen wird, und an seiner Stelle das deutsche Bundessystem zur Geltung kommt. Denn nur unter dieser Voraussetzung hat es einen inneren Sinn, in Polen und Lithauen solche kleine Staaten einzurichten, die als isolirte Körper nicht bestehen können, sondern nothwendig einen Rückhalt haben müssen. Den würden sie freilich zunächst an Preußen und Oesterreich finden, aber dann würden wohl Vasallenstaaten daraus, was einerseits die fremden Mächte kaum zugeben dürften,

und andrerseits die betreffende Bevölkrung selbst nicht ertragen würde, daher denn fortwährende Unruhe daraus entspringen müßte. Soll hier eine wirkliche Lösung stattfinden, so muß die neue Ordnung auch eine wirkliche Befriedigung gewähren, d. h. die neuen Staaten müssen sich in einer gesicherten und ehrenvollen Stellung befinden, und das ist nur möglich durch einen Rückhalt an dem deutschen Bunde, vorausgesetzt nämlich, daß der Bund selbst ein neues Leben gewinnt. Sie brauchten um deswillen nicht förmliche Mitglieder des Bundes zu werden, sondern sie würden als Bundesverwandte gelten, worüber Verträge abgeschlossen werden könnten. Ja selbst ohne Verträge würde in dem Bundessystem eine thatsächliche Garantie für sie liegen, in so fern doch eben der Bund selbst das Beispiel und Vorbild böte, wie auch kleinere Staaten ein sicheres Bestehen haben können, und wie man weiß, sind Präcedenzien und Analogien grade im Völkerrechte von größter Wichtigkeit.

Also schon um deswillen ist die Bundespolitik die nothwendige Voraussetzung, um das heilsame Werk unternehmen zu können. Aber sie ist es noch mehr, weil nur durch ein Zusammenwirken der gesammten Bundesstaaten die erforderliche Macht herzustellen wäre, um den in diesem Falle zu erwartenden Widerstand des Auslandes zu brechen, und die beabsichtigten Veränderungen siegreich durchzuführen. So steht hier das Eine mit dem Anderen in Wechselwirkung, und wenn die Bundesreform, wie wir sie in früheren Abschnitten vorgezeichnet, an und für sich selbst schon eine Veränderung von größter Bedeutung ist, so kann ihre volle Wirkung doch erst dann hervortreten, wenn noch andere Veränderungen hinzukommen, die aber selbst nur durch jene Reform möglich werden.

## 5.

Wir haben früher bemerkt, wie die mit dem Emporkommen der Staatsgewalten im innigen Zusammenhang stehende zentralisirende Richtung, welche die neuere Zeit charakterisirt, und welche auf die Bildung großer

abgeschlossener Staatskörper hinausläuft, in unseren Tagen schon ihren Höhenpunkt überschritten hat, und allmälig eine Reaktion dagegen entsteht, die sich selbst in der eigentlichen Heimath der Zentralisation, d. h. in Frankreich schon sehr merklich macht. Es würde uns zu weit führen, diesen Umschwung nach allen seinen Gründen zu untersuchen, wir können hier nur auf das Zunächstliegende und Augenfälligste hinweisen, auf die Erfindungen und Entdeckungen der letzten Zeit, namentlich in den Kommunikationsmitteln. Es ist dadurch eine Bewegung in die Gesellschaft gekommen, welche eine unabweisbare Rückwirkung auf die Staatenverhältnisse äußert, indem die frühere Abgeschlossenheit der einzelnen Staatsgebiete durch Eisenbahnen und Telegraphen aufgehoben wird, und dadurch ein allgemeiner Zusammenhang entsteht, welcher allmälig ein neues politisches System hervorrufen muß.

Dies wollen wir jetzt ins Auge fassen.

Von allen europäischen Staatsgebieten ist Frankreich ohne Zweifel das am besten arrondirte, auf drei Seiten natürlich begrenzt, und durch seine innere Terrainbildung am meisten zur Zentralisation geeignet. So hat es sich in den letzten Jahrhunderten wie ein ganz für sich bestehendes Wesen angesehen. Die Geistesbildung wurde exklusiv französisch, alles Fremde abweisend, und auch auf dem materiellen Gebiete wollte man sich absperren, indem man die Einfuhr mit hohen Zöllen belastete oder gradezu prohibirte, aber heute geht das Eine wie das Andere zu Ende. Schon seit einem Menschenalter bringt die deutsche Literatur in Frankreich ein, und hat dort bereits merkliche Wirkungen geäußert, in unseren Tagen öffnen sich nun die französischen Grenzen auch für den Handel. Es zeigt sich also, daß selbst ein Land wie Frankreich sich heute nicht mehr selbst genügen kann. Früher erschien es wie eine eigene Welt, aber diese Welt ist eng und klein geworden, seitdem man in dreißig Stunden von einem Ende bis zum andern fahren kann. Und welches andere europäische Staatsgebiet wird überhaupt in Zukunft noch den Eindruck eines großen Landes machen? Alle werden sie klein erscheinen, nur Ruß=

land ausgenommen, welches noch auf lange hin den Eindruck einer besonderen Welt machen wird. Denn seiner räumlichen Ausdehnung nach ist es eher ein Welttheil als ein Land zu nennen, und seinem inneren Leben nach steht es dem ganzen Abendlande fremd gegenüber. Hat es doch bis heute noch sogar seine besondere Zeitrechnung.

Es ist von selbst klar, wie sehr sich durch die heutigen Kommunikationsmittel alle Handelsverhältnisse verändern müssen. Es liegen aber bereits Erfahrungen vor, daß auch das Kriegswesen seitdem einer großen Veränderung entgegengeht. Da nun die Kriege, wie überhaupt alle Unternehmungen der Staatsgewalten immer größere Geldmittel erfordern, so wird auch das Finanzwesen um so wichtiger. Dieses aber steht in direkter Verbindung mit den Handelsverhältnissen, und so werden die Staaten auch von dieser Seite unaufhaltsam in den allgemeinen Umschwung hineingezogen. Durch die Banken, durch die Börsen und durch die Werthpapiere fließt das ganze bewegliche Vermögen der europäischen Gesellschaft wie in eins zusammen. Ja durch das Hypothekenwesen und die moderne Art der Bewirthschaftung, die sogenannte Geldwirthschaft, wird selbst der Grundbesitz von der allgemeinen Bewegung ergriffen, und empfindet die Rückwirkungen von allen Schwankungen des Geldmarktes. Wo bleibt da die frühere Abgeschlossenheit der Staatsgebiete? Und wenn die Verbindungen der bürgerlichen Gesellschaft sich immer mehr verzweigen und ausbreiten, so daß der gesellschaftliche Zusammenhang allmälig die ganze gebildete Welt umfaßt, so muß die staatliche Abgrenzung gar sehr an ihrer früheren Wichtigkeit verlieren. Auch die Machtmittel der Staatsgewalten haben schon heute bei weitem nicht mehr die Bedeutung, die sie früher hatten, weil alle politischen Mächte im Vergleich zu der Macht der allgemeinen Gesellschaft immer kleiner werden. Schon heute sieht man ja oft genug, daß große Kompagnien Unternehmungen ausführen, wozu die Regierungen nicht die Mittel besitzen.

Das ist die Entwicklung der Dinge, welche sich vor unseren Augen vollzieht und täglich fortschreitet. Und eben darin liegt der Charakter der neuen oder allerneusten Zeit, die, wenn sie erst ihr volles Gepräge erhalten haben wird, sich dann von der sogenannten neueren Zeit ganz eben so unterscheiden muß, als sich diese von dem Mittelalter unterschied.

Das Mittelalter kannte die staatliche Abgeschlossenheit der neueren Zeit nicht, und nicht die Staatsgewalten, sondern die ständischen und korporativen Bildungen waren damals vorherrschend, und banden sich nicht an die territorialen Grenzen. Man lebte in einem allgemeinen Zusammenhang, der vor Allem durch die Kirche erhalten wurde, demnächst durch das Ritterthum, und auf dem intellektuellen Gebiete durch den gemeinsamen Gebrauch der lateinischen Sprache. Auch in den Kunstformen drückte sich die Gemeinschaft aus, vor Allem in der Gothik, von Skandinavien bis nach Andalusien herab. In der neueren Zeit hingegen wurde Alles anders, ja es waren allermeist entgegengesetzte Tendenzen, welche dann allmälig zur Herrschaft kamen. Aber eben diese neuere Zeit ist auch schon wieder zu Ende. Sie ist durch die Revolution zu Ende gegangen, den positiven Uebergang aber zu der heutigen Entwicklung machte Napoleon I. Zwar erscheint dieser Mann als Repräsentant der reinen Staatsgewalt, und es war das exklusive Franzosenthum, welches er zur Herrschaft bringen wollte, und dahin zielten seine weltstürmenden Unternehmungen, aber diese selbst haben die thatsächliche Folge gehabt, daß eine allgemeine Verbindung der europäischen Nationen entstand, die sich in den Feldlagern versammelten und auf den Schlachtfeldern ihr Blut vermischten, und seitdem erwachte wieder das Gefühl einer europäischen Gemeinschaft, welches im achtzehnten Jahrhundert fast gänzlich erloschen war. Es machte sich zuvörderst in der Politik geltend durch die großen Koalitionen, dann ganz ausdrücklich durch die heilige Allianz, der gewiß eine große Wahrheit zum Grunde lag, die nur leider bald sehr gemißbraucht wurde, und durch den Mißbrauch hinterher zu den verderb-

lichsten Verirrungen führte. Darauf folgte in den langen Friedensjahren die Ausbreitung des Handels, und dem entsprechend eine unendliche Vermehrung des Personenverkehrs und der Gedankenmittheilung, so daß durch materielle und geistige Bande die heutige Kulturgemeinschaft entstand, welche der Literatur und Wissenschaft je mehr und mehr einen europäischen Charakter giebt. Im Zusammenhang damit, theils als Ursache theils als Wirkung, steht das immer mehr sich verbreitende Studium der neueren Sprachen, wodurch nach und nach der gebildete Theil der Gesellschaft in ganz Europa gewissermaßen vielsprachig werden wird, und solcher Weise alle Nationalitäten sich zu einem Ganzen verflechten.

Dieser neue Zustand, dem wir jetzt entgegengehen, bietet ein ganz anderes Bild dar als die sogenannte neuere Zeit, welche sich vielmehr durch den Trieb zur Absonderung der Nationalitäten und Staaten charakterisirte. Jetzt strebt wieder Alles zur Verbindung, und in so fern wird der neue Zustand wieder dem Mittelalter ähnlich werden, wo doch offenbar eine gemeinschaftliche Bildung im ganzen abendländischen Europa bestand, aber freilich auf lateinischer Grundlage und unter priesterlicher Herrschaft, während heute vielmehr eine polyglotte Bildung entsteht, in welcher die nationalen Individualitäten zugleich verbunden und frei sind, und darin liegt dann wieder der große Unterschied vom Mittelalter. So kann man sagen: die neue Zeit, welche schon jetzt beginnt und in Zukunft ein immer deutlicheres Gepräge gewinnen wird, ist die höhere Einheit zweier Prinzipien und zweier Zeitalter, nämlich des Mittelalters und der sogenannten neueren Zeit. Dieser Letzteren war das Streben nach individueller Freiheit eigen, dem ersteren hingegen das Streben nach einem allgemeinen Zusammenhang, und erst wo Beides zusammenwirkt, entsteht eine lebendige freie Gemeinschaft, worauf der Zug der heutigen Entwicklung gerichtet ist.

Die Staatenverhältnisse können davon nicht unberührt bleiben. Auch sind sie bereits in einer allgemeinen Veränderung begriffen. Wer kann daran zweifeln, daß in Zukunft noch viel größere

Veränderungen bevorstehen, und zwar wesentlich in dem Sinne, daß die ehemalige Abgeschlossenheit immer mehr aufhört, und statt dessen ein allgemeines Zusammenwirken eintritt. Zwar wird der ewige Friede auch in Zukunft ein unerreichbares Ideal bleiben, aber doch schickt sich Alles dazu an, daß sich das bisherige europäische Staatensystem allmälig in ein Bundessystem verwandeln wird. Nicht in Folge einer künstlichen Einrichtung, durch ein Völkertribunal, wie es St. Pierre und seine Nachfolger beabsichtigten, sondern durch den natürlichen Zug der Dinge, durch die Verkettung der Interessen und durch den Umschwung der Denkweise, weil die Völker sich immer näher rücken, und in demselben Maße, als sie sich gegenseitig kennen lernen, auch die feindselige Gesinnung abnehmen muß.

Ist dies aber unzweifelhaft die Richtung, in welche das Zeitalter bereits eingetreten ist, so leuchtet ja ein, wie natürlich, ja wie nothwendig es ist, daß sich grade in der Mitte Europas ein Gemeinwesen befindet, welches in sich selbst den Uebergang aus dem Staatsleben in das Völkerleben vermittelt, d. i. ein Bund oder ein Reich in unserem Sinne. Nur dadurch, daß die deutsche Nation ein solches Gemeinwesen bildet, kann und wird sie der Träger und lebendige Mittelpunkt der europäischen Entwicklung werden, und mit dem Fortschritt dieses Gemeinwesens wird ihre eigne Macht und Geltung steigen. Oder was ist es sonst wohl, was eine Nation groß machen kann, als eben dies, daß sie einen großen Beruf erfüllt, und die Aufgabe eines Zeitalters löst?*)

Jetzt endlich werden wir auch über das immer noch beliebte Großmachtssystem das entscheidende Urtheil sprechen können. Denn nach dem Vorstehenden wird es nun klar sein, was dieses System ist: nämlich ein Ueberrest der Vergangenheit, auf Vorstellungen und Tendenzen beruhend, welche der heutigen Entwicklung fremd und widerstrebend sind, und so ist es schon heute als veraltet anzusehen, und lediglich ein Hemmschuh des Fortschrittes. Der deutsche

*) Vgl. Untersuchungen über das europäische Gleichgewicht Cap. XI.

Bund hingegen, so lahm er auch bis heute noch sein mag, enthält doch wenigstens die Keime einer Zukunft in sich, und kann dereinst der wahre Träger des Fortschrittes werden, während das Großmachts-system in sich selbst erstorben ist, und keinen weiteren Fortschritt mehr machen kann, außer daß es zu Grabe geht.

## 6.

Auch die großen kirchlichen Fragen konzentriren sich in Deutschland, in welchem die beiden großen Parteien der abendländischen Kirche neben einander bestehen, und inniger mit einander verflochten sind als sonst wo. Der Gegensatz zwischen Katholizismus und Protestantismus kommt darum hier am deutlichsten zur Erscheinung, und die Forderung einer Ausgleichung ist hier am dringendsten. Und in demselben Maße, als solche Ausgleichung stattfindet, wird nicht nur unser Nationalleben neu erstarken, sondern wir werden damit an einer europäischen Aufgabe arbeiten, und auch nach dieser Seite einen Weltberuf erfüllen.

Wir sagen einen Weltberuf, weil die ganze kirchliche Bewegung prinzipiell betrachtet auf den Gegensatz von Katholizismus und Protestantismus hinausläuft, während die orientalische Kirche stabil ist und außerhalb der Bewegung steht, andere Sekten aber keine durchgreifende Bedeutung haben. Wird nun zugegeben, daß die neue Periode, in welche wir jetzt eintreten, die höhere Einheit derjenigen Prinzipien anzustreben hat, die das Mittelalter und die sogenannte neuere Zeit beherrschten, wie kurz zuvor gezeigt wurde, so folgt auch daraus, daß es ein höheres Drittes geben muß, welches über den Gegensatz von Katholizismus und Protestantismus hinaus ist. Denn offenbar lebt doch in dem Katholizismus das Mittelalter fort, d. i. die Herrschaft der Allgemeinheit, während das protestantische Prinzip auf individuelle Freiheit gerichtet ist, und somit die neuere Zeit charakterisirt. Aber wohlverstanden, wir sprechen hier nur von dem protestantischen Prinzip als solchem, welches von der orthodoxen Lehre der protestantischen Kirche gar sehr verschieden ist, und sogar

mit derselben in unverkennbarem Widerspruch steht, was wir aber nicht weiter zu erörtern haben.

Auf unserem Standpunkt werden uns also Katholizismus und Protestantismus als einseitige Prinzipien erscheinen, welche in ihrer Einseitigkeit theils sich gegenseitig zerstören, theils in sich selbst absterben. Sie müssen sich durchdringen als sich ergänzende Gegensätze. Dann erst wird ein neues Leben erblühen durch eine religiöse Erneurung, welche ohne Frage das dringendste Bedürfniß unserer Zeit für alle Völker ist, so gewiß als doch alle politischen und sozialen Fragen im tiefsten Grunde auf die Religion zurückführen. In der That, welche Gemeinschaft wäre wohl wichtiger und folgenreicher für das ganze Leben, als die Gemeinschaft des Glaubens und der Gottesverehrung? Wo giebt es ein Band, welches die Völker, und in den Völkern die Stände und die Individuen so innig verbände, als die Religion, d. h. der Bund der menschlichen Seele mit Gott? Alle menschlichen Verbindungen empfangen von da aus ihre letzte Weihe, und suchen ihre letzte Bekräftigung darin, so lange die Welt steht. Ueberall gilt darum die Berufung auf den Namen Gottes als letzte Entscheidung, und darin liegt das Bekenntniß, daß dem Menschen nichts so gewiß ist als das Bewußtsein seines Gottes.

Kein unbefangener Beobachter wird daher jemals im Zweifel sein, daß die Religion die letzte Quelle aller menschlichen Entwicklung ist. Aber diese Quelle entspringt nicht aus dieser Welt, und sie deutet auf eine zukünftige Vollendung unseres irdischen Daseins in einer jenseitigen Welt, an die wir glauben, von der wir aber keine wissenschaftliche Kenntniß besitzen, noch jemals besitzen können. Was also dem Glauben angehört, will anders behandelt sein als was dem Wissen angehört, und weder würde es sich für eine publizistische Arbeit passen, in die Fragen des religiösen Lebens einzugehen, noch fühlen wir uns persönlich dazu berufen. Nur so viel wollen wir hiermit gesagt haben, daß die Aufgabe einer religiösen Erneuerung für die von uns verfolgte Richtung keineswegs etwas Fremdartiges ist, sondern daß unsere Prinzipien selbst zu dieser For-

derung führen. Aber es mag ein Jeder das Seinige thun, und unsere Aufgabe ist, die Verhältnisse des öffentlichen Lebens zu untersuchen.

Unter diesem Gesichtspunkte haben wir nur von der „Stellung der Kirche zum Staat" zu sprechen, wie man gemeinhin die Frage formulirt. Denn das ist nach einer Seite hin selbst eine politische Frage, während sie allerdings nach der anderen Seite über das politische Gebiet hinausreicht, und in die Theologie und Philosophie verläuft, wie es auf einem Grenzgebiete unvermeidlich ist.

Also die Stellung der Kirche zum Staat, — was ist nicht Alles in dieser einen Frage enthalten! Zuvörderst die Hindeutung auf zwei verschiedene Welten, eine jenseitige und eine diesseitige, oder Himmel und Erde, wie der volksthümliche Ausdruck lautet. Darauf wird es folglich ankommen, wie man sich den Zusammenhang dieser zwei Welten denkt. Dies aber führt wiederum auf die Frage nach der Bestimmung der Völker, und des Menschen überhaupt, d. h. wir stehen inmitten der Räthsel des menschlichen Daseins. So groß ist dies Problem, und offenbar das größte, welches die Geschichte kennt. Es hat das ganze Mittelalter bewegt, und bewegt auch noch die heutige Zeit, nur daß es jetzt mehr im Hintergrunde bleibt, während die politischen und sozialen Fragen im Vordergrund stehen. Im Mittelalter hingegen war es die Kirche, welche den Vordergrund wie den Hintergrund beherrschte. Auch sollte in ihr selbst die Lösung des Problems liegen, weil die Kirche als die reale Vermittlung zwischen Himmel und Erde erschien, im Besitz aller Gnadenmittel und aller Offenbarungen, vor welcher aller Zweifel und aller Zwiespalt des menschlichen Daseins verschwinden sollte. Der Mensch ergab sich der Kirche und er war versöhnt. Natürlich beherrschte diese Kirche den Staat, wie die Gewissen und die Gedanken, sie war wie die Vormünderin des Menschengeschlechts. Aber die Völker mußten allmälig solcher Vormundschaft entwachsen, und wenn die Kirche die Vermittlung zwischen Gott und dem Menschen in Anspruch nahm, so trat durch die Reformation das Prinzip in die Welt, daß der Mensch

in einem direkten Verhältniß zu Gott steht. Dies ist das Prinzip der neueren Zeit, welches allmälig überall seine Wirkungen äußert, auch da, wo das alte Kirchenwesen äußerlich erhalten blieb. Denn auch in den katholischen Ländern wird die Frage nach der Stellung der Kirche zur weltlichen Ordnung jetzt nicht mehr der Entscheidung der Kirche selbst überlassen, sondern ist ein Gegenstand der Untersuchung geworden, und die Kirche vermag dies nicht mehr zu hindern.

Es bestehen nun heute zwei Hauptansichten, um welche sich der Kampf dreht, die liberale und die ultramontane.

Nach der liberalen Ansicht, welche sich an das sogenannte Naturrecht anschließt, will man die Frage lösen durch eine vollständige Trennung der Kirche vom Staate, so daß die Religion als eine reine Privatsache angesehen werden soll, die das öffentliche Leben nichts angehe. Es sieht demnach so aus, wie wenn der religiöse Mensch und der politische Mensch zwei verschiedene Subjekte wären. Ist es aber das eine und selbe Subjekt, welches sich in der Atmosphäre der Religion und in der Atmosphäre des öffentlichen Lebens bewegt, — wie will man wohl verhindern, daß die Religion einen sehr wesentlichen Einfluß auf das öffentliche Leben ausübt? Es ist also zuvörderst zu sagen, daß diese Theorie das Unmögliche fordert. Außerdem ist es ein Irrthum, daß Recht und Sittlichkeit etwas für sich selbst Bestehendes wären, sondern das Verhältniß des Menschen zum Menschen ruht auf dem Verhältniß des Menschen zu Gott, und es giebt kein Recht und keine Moral, die ohne das Gottesbewußtsein auch nur begriffen werden, geschweige denn im Leben bestehen könnten. Gleichwohl thut man so, als ob das Recht seine Sanktion in sich selbst trage, und eben auf dieser Voraussetzung beruht die Idee des sogenannten Rechtsstaates, der ohne alle religiösen Beziehungen sein soll. Wäre es wirklich so, so könnte man nur Zweierlei daraus schließen: entweder daß zwischen der jenseitigen Welt und der diesseitigen Welt überhaupt keine Verbindung bestehe, oder daß es eine jenseitige Welt überhaupt nicht gäbe, und in beiden

Fällen hört die Religion auf. Es entsteht dann im buchstäblichen Sinne ein System der Gottlosigkeit, wenn auch die Anhänger dieser Lehre sich darüber täuschen mögen, die Konsequenz ist nicht abzuweisen.

Eben diese Konsequenz ist es nun auch, welche der entgegengesetzten ultramontanen Ansicht ihre Macht und Bedeutung giebt. Denn ist der Staat in der That ein religionsloses Wesen, so wird man jedenfalls zugeben müssen, daß sich der Staat jeder Einmischung in religiöse Angelegenheiten zu enthalten hat, indem man ihm nicht nur die Befugniß dazu, sondern auch das Verständniß dafür gänzlich absprechen muß. Das wäre die nächste Folge. Aber die Religion geht auf das Ueberirdische, jeder Gläubige wird seine religiöse Ueberzeugung weit höher und heiliger halten als das bürgerliche Gesetz, und wenn das bürgerliche Gesetz in der That gottlos ist, wie Proudhon sagt, der das Verdienst hat die Konsequenzen des Liberalismus offen ausgesprochen zu haben, so wird sich jeder Gläubige verpflichtet fühlen, nicht nur die Herrschaft des gottlosen Gesetzes möglichst einzuschränken, sondern sich wo möglich der Gesetzgebung selbst zu bemächtigen, damit die gottlosen Gesetze in Zukunft verschwinden, und die göttlichen an ihre Stelle treten. Kurz die Religion, oder bestimmter gesprochen die religiöse Gemeinschaft, die Kirche, muß den gottlosen Staat nothwendig zu beherrschen streben, es ist ihr Gewissenspflicht. Der gottlose Staat wird ihr wie ein neues Heidenthum erscheinen, welches einer neuen Bekehrung bedarf, und in Zucht und Pflege genommen werden muß.

So ist es im Wesentlichen die mittelalterliche Ansicht über die Stellung der Kirche zum Staat, welche hier, wenn auch im neuen Gewande und unter neuen Verhältnissen, wieder aufwacht. Der Liberalismus ist der geschworene Feind dieses Systemes, aber gleichwohl ist er es doch selbst, welcher den ultramontanen Bestrebungen das Relief giebt. Und so geschieht es nicht blos in der katholischen Welt, sondern auch in den protestantischen Ländern giebt es dem Ultramontanismus ganz ähnliche Bestrebungen, nur daß man sich

dabei lediglich auf die orthodoxe Lehre der respektiven Landeskirche stützen muß, indem man des Stützpunktes jenseits der Berge entbehrt, oft nicht ohne Bedauern, und bis auf gewisse kitzliche Punkte pflegen die protestantischen orthodoxen Kirchenmänner mit den eigentlich so zu nennenden Ultramontanen Hand in Hand zu gehen. Sie streben wie diese nach einer priesterlichen Herrschaft, wenn auch minder offen, und dabei mit den unvermeidlichen Inkonsequenzen behaftet, die aus dem Widerspruch entspringen, welcher zwischen der protestantischen Kirchenlehre und dem protestantischen Freiheitsprinzip besteht, während innerhalb des Katholizismus das Prinzip der Kirche mit ihrer äußeren Erscheinung zusammenstimmt. Aber wie dem auch sei, im Wesentlichen erscheint in dem Ultramontanismus eine allgemeine Tendenz, so allgemein wie der Liberalismus, und in demselben Maße als der Liberalismus das Staatswesen durchdringt, entwickelt sich durch den Gegensatz der Ultramontanismus zu einer geschlossenen Partei.

Am auffallendsten tritt dies in Belgien hervor, wo die Trennung zwischen Kirche und Staat prinzipiell besteht, und auch praktisch durchgeführt werden soll. Was sind nun die Folgen davon? Das ganze Land spaltet sich in die Partei der Liberalen und der Ultramontanen oder Klerikalen. Jene stützen sich vornehmlich auf den gebildeten Mittelstand, diese hingegen theils auf die vornehmen Kreise theils auf die große Masse. In dem Kampfe dieser beiden Parteien, und den daraus entstehenden Schwankungen, bewegt sich das ganze Staatswesen. Am Ende sieht es fast aus, wie wenn zwei verschiedene Rassen zusammenlebten, wie etwa Mulatten und Neger. Es gehört fürwahr die ganze Geistesverwirrung unserer Zeit dazu, wenn man in solchem Zustande wohl gar ein Muster für andere Länder finden will.

Aber wie ist aus diesem Konflikt herauszukommen? Es sind hier zwei entgegengesetzte Prinzipien, die sich gegenseitig bedingen, und eines gegen das andere ein relatives Recht haben: nämlich der Ultramontanismus gegenüber den unwahren Tendenzen des Liberalis-

mus, und eben so dieser gegenüber den nicht minder unwahren Tendenzen des Ultramontanismus. So fordert das Eine das Andere heraus. Steigt die liberale Fluth, so wird bald auch der Ultramontanismus seine Bestrebungen verdoppeln, und wenn dies geschieht, so fühlt sich wieder der Liberalismus doppelt aufgefordert dagegen aufzutreten. Man schraubt sich gegenseitig in die Höhe, der Streit selbst gebiert den Streit, und es ist kein Friede möglich, oder man muß aus dem Gegensatz heraustreten.

Will der Liberalismus die Religion aus dem öffentlichen Leben ausschließen, so will hingegen der Ultramontanismus das öffentliche Leben durch die Religion beherrschen, und zwar mittelst der als äußere Macht organisirten Kirche. Die Wahrheit ist aber, daß die Religion nicht in der Kirche sondern in der menschlichen Gesinnung wohnt, und aus der Gesinnung heraus das öffentliche Leben durchdringen soll. Die rechtlichen und sittlichen Institute werden also ihre Stütze und Weihe in der religiösen Gesinnung finden, die nicht aus der Kirche entspringt, sondern in der Kirche nur gepflegt und belebt werden soll, während sie andrerseits auch dem Staate nicht fremd sein darf, nur daß es nicht zu seiner Aufgabe gehört, selbst an der Entwicklung des religiösen Lebens zu arbeiten, sondern er soll es nur achten und schützen. Das wäre somit das Ziel. Man wird sich demselben nähern, je mehr einerseits die religiöse Gesinnung sich ausbreitet und erstarkt, und andrerseits erkannt und anerkannt wird, welchen Werth und Bedeutung dieselbe für das öffentliche Leben hat, worauf dann die liberalen wie die ultramontanen Tendenzen in demselben Maße in den Hintergrund treten müssen.

Wo wäre eine solche Wendung der Dinge nöthiger als in Deutschland, wo von dem Frieden zwischen Staat und Kirche zugleich der Frieden der Konfessionen abhängt, und davon wieder die Erstarkung unseres Nationallebens? Und welche Nation wäre mehr berufen an dieser Aufgabe zu arbeiten als eben die deutsche, da es doch eben die Frage nach dem Verhältniß der Religion und Kirche zum öffentlichen Leben, und die daraus entspringenden Kämpfe

waren, woran sich die wichtigsten Wendepunkte unserer Nationalgeschichte anschließen, von den Streitigkeiten zwischen Gregor VII. und Heinrich IV. bis zum westphälischen Frieden, sechs Jahrhunderte hindurch! Wenn ferner die ganze soziale und politische Entwicklung des neueren Europas unstreitig auf dem Christenthum beruht, und darum die politische Geschichte überall so innig mit der Religionsgeschichte verflochten ist, so tritt doch auch in dieser Hinsicht wieder die zentrale Lage Deutschlands und die universale Bestimmung der deutschen Nation hervor, und gleich wie die Folgen des Zwiespaltes zwischen dem kirchlichen und öffentlichen Leben in Deutschland tiefer griffen als in anderen Ländern, so ist uns auch die Aufgabe näher gelegt, nach der Versöhnung des Zwiespaltes zu streben. Denn es ist zugleich unsere nationale Zukunft, welche davon abhängt.

## 7.

Es ist dem menschlichen Geist ein unwiderstehlicher Trieb eingepflanzt, Angesichts der fast grenzenlosen Vielheit und der bunten Mannigfaltigkeit der Lebenserscheinungen und geschichtlichen Thatsachen nach dem inneren Zusammenhang derselben zu forschen, um das Einzelne und Verschiedene auf ein gemeinsames Grundprinzip zurückzuführen. So drängt sich denn auch uns die Forderung auf, nachdem wir in dem Vorstehenden den bereits thatsächlichen Beginn einer neuen Zeit nachgewiesen, und die Merkmale wie die Aufgaben derselben besprochen, und mit Rücksicht auf den speziellen Zweck unserer Arbeit die Hauptpunkte hervorgehoben haben, zuletzt auch nach dem Prinzipe zu suchen, welches dieser neuen Zeit eigen ist, und wodurch alle ihre Erscheinungen und Bestrebungen ein gemeinsames Gepräge erhalten. Und wenn wir dies jetzt unternehmen, so werden wir damit nicht blos einem Bedürfniß des Denkens genügen, sondern wir werden dadurch eine leitende Idee gewinnen, welche einen praktischen Werth hat, indem sie Klarheit in die Auffassung der Dinge bringt, dem Urtheil Bestimmtheit giebt, der Thätigkeit Sicherheit. Insbesondere wird solche Idee die Konzentration der einzel-

nen Bestrebungen auf einen gemeinsamen Zweck befördern, und den Gleichgesinnten wie zur Standarte dienen, um welche sie sich versammeln.

Wie werden wir nun zur Erkenntniß des fraglichen Prinzips gelangen? Am besten wohl dadurch, daß wir uns zuvörderst vor Augen halten, welches denn das Prinzip der jetzt zu Ende gehenden sogenannten neueren Zeit gewesen, und dann den Unterschied betrachten, in welchem die jetzt beginnende neue Zeit zu jener abgelaufenen Periode steht. Was ist es denn also, worauf der geistige Zug der sogenannten neueren Zeit gerichtet war, und was somit das eigentlich treibende Element bildete? Gewiß war es das Freiheitsstreben, welches endlich in dem System des Liberalismus seine prinzipielle Darstellung erhalten hat. Um aber den Liberalismus richtig aufzufassen, müssen wir ihn selbst auf seinen Ursprung zurückführen, um den Gegensatz zu erkennen, in welchem der Liberalismus zu der ihm selbst vorangegangenen Periode steht, weil eben dieser Gegensatz zu seinem Wesen selbst gehört. Er entstand nämlich im Gegensatz zu den aus dem Mittelalter herrührenden Zuständen, d. h. im Gegensatz zu dem Feudalismus, welcher offenbar das Mittelalter charakterisirt. Aber was war denn wiederum diesem mittelalterlichen Feudalismus selbst vorangegangen? Die Völkerwandrung war ihm vorangegangen. Somit sind wir endlich zu dem Punkt gelangt, von welchem das ganze neuere europäische Staatensystem seinen Ausgang nahm, und von welchem die Kette der Ereignisse bis auf die Gegenwart reicht, indem die öffentlichen Verhältnisse Europas bis diesen Tag auf den Nachwirkungen der Völkerwandrung beruhen.

Das neuere Europa begann also mit der turba gentium, d. h. einem chaotischen Treiben, in welches schlechterdings Ordnung und Zusammenhang gebracht werden mußte, sollte nicht Alles in Barbarei untergehen. Da war es nun die Hierarchie und das Lehnswesen, welche in inniger Verbindung mit einander eine neue Ordnung und einen allgemeinen Zusammenhang schufen, von woher

das eigentliche Mittelalter datirt, und wodurch dasselbe sein eigenthümliches Gepräge empfing. Daher der vorzugsweise synthetische Trieb des Mittelalters, das für alle Lebensverhältnisse einen gemeinsamen Mittelpunkt anstrebte, in Pabstthum und Kaiserthum, von welchen der Idee nach alle anderen Gewalten nur einen Ausfluß bilden sollten, durch eine stufenmäßige Verleihung, während die päbstliche und kaiserliche Gewalt von Gott selbst verliehen war, — eine Kette die von der Erde bis in den Himmel reichte. Nur durch diese überwältigenden Ideen konnten die wilden Kräfte gebändigt, und die Grundlagen einer neuen Kultur gewonnen werden, die wir dem Mittelalter verdanken. Nie hat der Trieb etwas Dauerndes zu gründen, und für die nachkommenden Geschlechter zu sorgen, so geherrscht wie in jener Zeit. Zeuge dessen die zahllosen Stiftungen, deren Früchte wir noch heute genießen. Und darauf beruht die Festigkeit aller mittelalterlichen Institutionen, die wie aus der Erde herausgewachsen und immer zugleich auf das Ewige gerichtet zu sein scheinen, den gothischen Bauwerken vergleichbar, welche mit ihren Pfeilern und Bögen und Spitzen die Ideen des Mittelalters so schön und so deutlich versinnbildlichen.

Es war die Aufgabe des Mittelalters die Grundlagen einer neuen Kulturentwicklung zu legen. Nachdem es also diese Aufgabe erfüllt hatte, mußte wohl eine andere Zeit folgen, denn auf dem nunmehr gewonnenen festen Boden regten sich neue Triebe, die im Mittelalter gar nicht entstehen konnten, und demselben ganz fremd gewesen waren. Aber so zähe und fest erwiesen sich jetzt die mittelalterlichen Institutionen, und zu einem so dichten Gefüge verflochten, daß sie den neuen Trieben keinen Spielraum gewährten, sondern den hartnäckigsten Widerstand leisteten. Was vordem natürlich, förderlich und nothwendig gewesen, d. h. die feudale Weltordnung, erschien seitdem als Hemmschuh und unerträglicher Druck, von welchem sich zu befreien die vornehmste Aufgabe der neueren Zeit wurde. Daher der schneidende Gegensatz, in welchem der Liberalismus zum Feudalismus steht. Denn dieser war ein System allgemeiner Ge-

bundenheit: Gebundenheit der Menschen unter einander, Gebundenheit an den Grund und Boden, ja Gebundenheit des Grundeigenthumes selbst, wozu andrerseits die Gebundenheit der Gewissen durch die Kirche hinzukam, welche ihrerseits wieder als die Klammer galt, die Himmel und Erde verband. Die Tendenz des Liberalismus ist es hingegen, alle diese Bande aufzulösen, und den Menschen frei auf sich selbst zu stellen. Er löst die persönlichen Bande, welche durch das Lehnswesen, und unter dem Einfluß desselben durch Stände und Korporationen entstanden waren; er löst die Bande, welche die Menschen an Grund und Boden knüpften; er will alle Kräfte befreien, selbst die Naturkräfte, den Acker, den Wald, die Weide, den Fluß, — denn Alles war ja mit Servituten, Bannrechten und Zöllen belastet; er durchbricht die Kette der Generationen und zerreißt den Zusammenhang, in welchem die Gegenwart mit der Vergangenheit steht, denn eben in diesem Zusammenhang, und in der Macht der Tradition, wurzelten doch alle jene Bande, deren man jetzt ledig werden wollte; ja er löst endlich selbst das Band, welches Himmel und Erde verbindet, um dafür eine rein auf sich selbst beruhende Rechtsordnung zu begründen, denn der Himmel hatte durch das Medium der Kirche das ganze alte Drucksystem sanktionirt, man mußte sich des Himmels entschlagen, wenn man jemals zur Freiheit gelangen wollte. So entstand das liberale System in ganz logischer Folge.

Ueberall zeigt sich darin der *analytische* Trieb im Gegensatz zu dem synthetischen Trieb des Mittelalters, und wenn im Mittelalter jede neue Wendung mit einer Stiftung, mit einer *Position* begann, so beginnt hingegen jede neue Wendung des Liberalismus mit der Beseitigung und Auflösung eines bestehenden Verhältnisses, mit einer *Negation*. Eine Reihe von Ablösungsgesetzen bildet daher den Hauptinhalt des liberalen Systems, und an dem Faden der Negation verläuft die ganze liberale Entwicklung, indem das Positive immer erst in zweiter Linie erscheint. Auch sind die positiven Leistungen des Liberalismus überhaupt von auffallender

Schwächlichkeit im Vergleich zu dem zähen Leben der mittelalterlichen Institutionen, die selbst einer mehrhundertjährigen Zerstörung trotzten, während hingegen die liberalen Institutionen nur durch Kunst fortbestehen, dabei unter fortwährenden Veränderungen, und ihre Lebensdauer nicht nach Jahrhunderten zählt, sondern oft nur nach Jahren und Monaten, ganz zu geschweigen von den vielen todtgebornen Institutionen, die nur auf dem Papiere zu Stande kommen, um dann in der Registratur oder in der Makulatur zu verschwinden. Wie viel Erfahrungen haben wir davon in den letzten Menschenaltern gemacht, und in den letzten sechzehn Jahren auch in unserem Vaterlande!

Geschieht wohl dies Alles blos zufällig, wie etwa durch persönliches Ungeschick und widrige Umstände? Nein gewiß nicht, sondern es ist eine unvermeidliche Folge des liberalen Prinzipes selbst, welches in demselben Maße, als es eine unvergleichliche Kraft der Auflösung besitzt, sich zu positiven Schöpfungen unfähig erweist. Aehnlich wie die Kritik keine Poesie hervorbringen kann, oder sie ist auch danach. Und was sieht denn der Liberalismus selbst als sein letztes Ziel an? Wir haben es schon oben gesagt, sein Ziel ist: das Individuum von allen Banden zu befreien, so daß es unabhängig für sich selbst dasteht, und in keinen Verbindungen lebt, außer in solchen, die es nach freiem Willen geschlossen, und nach demselben Willen in jedem Augenblick wieder lösen kann. Wie sollen daraus jemals dauerhafte Institutionen entstehen? Es widerspricht sich ja selbst. Der realisirte Liberalismus ist also nichts weiter als der Individualismus. Praktisch betrachtet ist Beides dasselbe, nur daß der erstere Ausdruck, welcher das Freiheitsstreben hervorhebt, mehr auf das Prinzip geht, und darum der allgemein bekannte und beliebte ist, während der letztere Ausdruck, obgleich viel weniger üblich, doch grade die vornehmste Wirkung trifft. Denn es ist der Individualismus, in welchem einerseits die große Macht, wie andrerseits die Unhaltbarkeit des liberalen Prinzipes am deutlichsten hervortritt.

Welch ein Gegensatz, wenn man das liberale Ideal, d. h. die freie in sich selbst ruhende Persönlichkeit, mit dem mittelalterlichen Ideal vergleicht, welches in einem Himmel und Erde umfassenden Zusammenhang bestand? Wie unsäglich klein und armselig erscheint auf dem ersten Anblick jenes im Vergleich zu diesem! Es liegt aber doch etwas Großes darin, denn die freie Persönlichkeit trägt in sich selbst eine Welt, und eben diese persönliche Freiheit erweckt zu haben, die im Mittelalter fehlte und unmöglich war, ist die große Leistung des Liberalismus, weil wir eben diesem Prinzip alle die Erfindungen, Entdeckungen und Wissenschaften verdanken, worauf der heutige Zustand der Gesellschaft beruht, und welche die geistige Gebundenheit des Mittelalters nie hervorzubringen vermocht hätte. Das ist die glänzende Seite der liberalen Entwicklung. Die Kehrseite aber, daß eben diese Herrschaft der freien Persönlichkeit alle gesellschaftlichen Verbindungen zerreißt, und nachdem sie die alten Institutionen aufgelöst, die Entstehung neuer organischer Verbindungen ganz unmöglich macht, sondern nur einen mechanischen Zusammenhang gestattet, der trotz aller schematischer Verfassungsentwürfe, wodurch die Freiheit sicher gestellt werden soll, zuletzt doch unvermeidlich zur Militairdiktatur führen muß.

Und was ist doch ferner der Individualismus, in welchem das liberale Prinzip seine Verwirklichung findet! Ist er nicht in der That eben jener Naturstand selbst, den das sogenannte Naturrecht fingirt, und aus welchem doch grade der Staat herausführen soll? Man beschreibt diesen Naturstand als einen Krieg Aller gegen Alle, und siehe da, das System des Individualismus ist selbst nichts anderes. Man nennt es mit einem milderen Ausdruck die Konkurrenz, aber eine Art von Krieg ist auch diese, in welchem der Starke den Schwachen unterdrückt, wenn gleich unter gesetzlichen Formen. Auch der Krieg hat seine Gesetze.

Muß ein solcher Zustand nicht endlich die ungemessenste Selbstsucht hervorrufen, welche alle edleren Triebe zu ersticken droht? Dies ist die allerschlimmste Seite der Sache, und eben von dieser Seite ist

darum auch die Reaktion gegen das liberale Prinzip ausgegangen, deren wir schon in einem früheren Abschnitte gedachten. Wie sich nun der Liberalismus in direktem Gegensatze zu der feudalen mittelalterlichen Weltansicht entwickelte, so ist wiederum im direkten Gegensatz zum Liberalismus der Sozialismus aufgetreten. Denn wie jener die freie Persönlichkeit zum Prinzip macht, und derselben die Gesellschaft unterwirft, so macht hingegen der Sozialismus die Gesellschaft zum Selbstzweck, dem das Individuum nur als Mittel dienen soll.

Die sozialistische Weltansicht ist noch nirgends zu einer förmlichen Herrschaft gekommen, wie es dem Liberalismus allerdings gelungen, aber in sich selbst betrachtet ist sie ganz eben so wichtig als der Liberalismus, als das nothwendige Gegenstück desselben. Auch ist sie von beträchtlichem Einfluß, und ein wesentliches Entwicklungselement unserer Zeit. Denn wenn gleich der Sozialismus als Ganzes nicht durchdringen konnte, so doch in einzelnen Tendenzen. Es giebt eine sozialistische Fraktion in der Demokratie, und auch der Absolutismus, die Reaktion und die Theokratie können sozialistische Tendenzen in sich aufnehmen, und so geschieht es wirklich. Der Sozialismus ist also keine bloße Theorie sondern eine lebendige Macht, und wird es bleiben, so lange andrerseits der Liberalismus noch eine Macht ist.

Aber das Reich des Liberalismus geht zu Ende. Er hat seine Mission erfüllt, wenn auch bis heute noch so manche mittelalterliche Ueberreste vorhanden sind, woran er noch immer seine auflösende Kraft und Kunst versuchen könnte. Dies hat heute nicht mehr die Bedeutung wie ehemals, nachdem jene mittelalterlichen Ueberreste allgemach schon so mürbe geworden sind, daß es des liberalen Auflösungsprozesses nicht mehr bedarf, da sie statt dessen im organischen Wege absorbirt werden können. Die Aufgabe der Gegenwart ist darum nicht mehr das Auflösen der alten Verhältnisse, sondern die Begründung neuer lebenskräftiger Verbindungen. Aber dieser Aufgabe vermag der Liberalismus wegen seiner auflösenden individualistischen Tendenz schlechterdings nicht zu genügen. Und eben die

Erkenntniß dieser Unmöglichkeit, oder wenigstens das Gefühl davon, hat den Sozialismus hervorgerufen, welcher seinem Wesen nach auf Verbindung gerichtet ist. Nur wiederum einseitig, so daß in dem sozialistischen System die individuelle Freiheit untergeht.

Das ist der Gegensatz, in welchem man sich heute bewegt: einerseits schrankenlose Herrschaft der Individualität, und dadurch Auflösung des gesellschaftlichen Zusammenhanges, andrerseits äußerste Herrschaft der Gesellschaft, und dadurch Vernichtung der Individualität. Die Aufgabe ist folglich aus diesem Gegensatz herauszutreten, durch ein Prinzip, nach welchem die beiden Seiten des Gegensatzes als sich ergänzende Elemente erkannt und behandelt worden, d. i. Individualität und Gemeinschaft in eins verbunden. Dieses neue Prinzip nennen wir das föderative oder föderale.

Wollen wir hiernach das gegenseitige Verhältniß der Prinzipien, welche die verschiedenen Zeitalter charakterisiren, in einer Formel versinnbildlichen, so schreiben wir:

**Feudalismus**

**Liberalismus — Sozialismus**

**Föderalismus,**

womit der Entwicklungsgang, den die europäische Menschheit seit der Völkerwandrung bis heute genommen, nach seinen Hauptstufen dargestellt ist*).

Zuerst also das Mittelalter, welches durch den Feudalismus charakterisirt wird, und die Voraussetzung der ganzen späteren Entwicklung bildet. Dann die sogenannte neuere Zeit, welche nicht nur zu dem ihr vorausgegangenen Mittelalter im entschiedenen Gegensatz steht, sondern sich auch selbst in reinen Gegensätzen fortbewegt, indem der Sozialismus ganz eben so das direkte Gegentheil des Liberalismus bildet, wie dieser das Gegentheil des Feudalismus. Das eigentlich charakteristische Prinzip der neueren Zeit ist aber doch der Liberalismus, weil das Freiheitsstreben der Ausgangspunkt und die

*) Diese Idee ist zuerst von dem pseudonymen Karl Marlo ausgesprochen in seinen „Untersuchungen über die Organisation der Arbeit.“

treibende Kraft war, indessen der Sozialismus nur durch Reaktion gegen das liberale Prinzip und als das Gegenstück desselben hervorgerufen wurde. Darum ist er erst in letzter Zeit in prinzipieller Gestalt hervorgetreten, und hat seitdem die allgemeine Aufmerksamkeit erregt. Aber es liegt in der Natur der Dinge, daß das einseitig liberale Prinzip sein Gegenstück zur Seite haben muß, und so haben sich auch Spuren davon schon zu Anfang der neueren Zeit gezeigt. So im Bauernkriege, und noch vielmehr in dem Unternehmen der Wiedertäufer, welche den ersten praktischen Versuch eines sozialistischen Gemeinwesens machten. In der Literatur wurde der Sozialismus zuerst durch die sogenannten Staatsromane vertreten, deren Reihe mit der Utopia des Thomas Morus beginnt, und welche als die Vorläufer der modernen kommunistischen Entwürfe anzusehen sind.

Es folgt also aus dem Wesen der neueren Zeit, daß sie sich in Antithesen entwickelt, ihr charakteristischer Zug ist Opposition. Und darin liegt auch das eigentliche Lebensprinzip der sogenannten konstitutionellen Monarchie, welche selbst als das charakteristische Produkt dieser Periode, und in vieler Hinsicht als ihre vollkommenste Leistung gelten kann. Wie natürlich, daß darum auch die Unzulänglichkeit der liberalen Prinzipien in dieser Staatsform am handgreiflichsten hervortritt. Die Opposition bleibt ewig steril, wie alles blos kritische Verhalten. Soll es endlich zu Schöpfungen kommen, so muß an die Stelle der Opposition die Kooperation treten. Denn zu Allem, was in der Welt entsteht, gehört ein Zusammenwirken verschiedener und selbst entgegengesetzter Elemente, und ohne solche Verbindung entsteht überhaupt nichts.

Schon spricht sich heute sehr allgemein das Gefühl aus, daß es mit dem bloßen Negiren und Opponiren nicht gethan sei. Man verlangt etwas Positives, man verlangt Schöpfungen, aber man ist sich bis heute noch nicht klar darüber, daß dazu ein anderes Prinzip gehört als der Liberalismus, der seinem Wesen nach nicht schöpferisch sondern kritisch und auflösend ist. Eben gegen diesen Mangel richtet sich bekanntlich die gemeinhin sogenannte reaktionäre Partei,

deren Vorwürfe und Angriffe gegen den Liberalismus in dieser Hinsicht durchaus begründet sind. Nach der negativen Seite hin hat also die Reaktion eine große Wahrheit, nicht so nach der positiven Seite hin, wo sie nichts Besseres weiß als zum Mittelalter zurück zu streben, dem wenigstens dem Kern nach ihre Weltanschauung angehört. Nun ist es freilich unbestreitbar, daß das Mittelalter auf das Positive ging, und daß insbesondere der Feudalismus ein schöpferisches Prinzip war, so gewiß als es der Liberalismus nicht ist, daher es denn gar wohl begreiflich wird, wie man aus Ueberdruß und Eckel an dem ewigen Negiren und dem leeren Formelwesen des Liberalismus, und gleichsam von einem Hunger nach dem Positiven ergriffen, sich in jene positive Zeit zurücksehnen kann, aber die mittelalterlichen Positionen und Schöpfungen haben ihre Zeit gehabt. Die Tendenzen und Theorien der Reaktion können daher keinen anderen Erfolg haben, als einerseits die Verwirrung zu vermehren, und andrerseits einen um so heftigeren Widerspruch von Seiten des Liberalismus hervorzurufen, welcher in der That nirgends so berechtigt ist, als wo er sich gegen die reaktionären Repristinationsversuche wendet.

Nur der föderale Standpunkt gestattet eine unbefangene Beurtheilung der Verhältnisse. Denn der Föderalismus bewegt sich nicht in Antithesen, sondern ist selbst ein synthetisches Prinzip. Er steht also nicht im Gegensatz zum Liberalismus, sondern er anerkennt das Freiheitsstreben, und bekämpft nur die Einseitigkeit desselben. In demselben Verhältniß steht er zum Sozialismus, er anerkennt das Streben nach Gemeinschaft, und bekämpft auch hier nur die Einseitigkeit desselben. Endlich steht er auch nicht im Gegensatz zum Feudalismus, sondern er anerkennt den synthetischen Charakter desselben, aber er bekämpft die unfreien Formen der feudalen Synthesis, welche den mittelalterlichen Zuständen entsprechend zu einer allgemeinen Gebundenheit und Dienstbarkeit führten, deren Auflösung eben das große Werk des Liberalismus war. Der Föderalismus hat das Mittelalter wie die neuere Zeit hinter sich, und ist das Produkt dieser beiden Zeitalter. Darum geht er auf das Positive und ist

synthetisch wie das Mittelalter, aber seine Positionen ruhen auf dem Boden der Gegenwart, und wenn die feudale Synthesis ein Verhältniß schuf wie zwischen Herren und Knecht, so begründet hingegen die föderale Synthesis ein Verhältniß freier Genossen. Ja die Grundform des Föderalismus ist nichts anderes als die Genossenschaft selbst. Wir würden daher das föderale Prinzip sehr wohl mit dem deutschen Namen des „genossenschaftlichen" bezeichnen können, wenn das Wort „Genossenschaft" nach dem heutigen Sprachgebrauch nicht vorzugsweise ein auf enge Lebenskreise beschränktes Verhältniß bezeichnete, während doch der Föderalismus ein allgemeines Prinzip ist. So allgemein wie es im Mittelalter der Feudalismus war, dessen Grundformen sich damals eben so in den großen Völkerverhältnissen, wie in der inneren Staatsordnung und in den gesellschaftlichen Verbindungen geltend machten. Seit lange gewohnt die allgemeinen Prinzipien mit Fremdworten zu bezeichnen, werden wir uns daher auch den Namen des Föderalismus gefallen lassen, und uns eben so leicht daran gewöhnen, wie an alle anderen ähnlichen Fremdwörter.

So viel über die Genesis des föderalen Prinzipes, womit wir zugleich den inneren Sinn wie die praktische Tendenz desselben hinlänglich klar gemacht zu haben glauben. In's Einzelne einzugehen würde hier nicht der Ort sein, und verweisen wir darüber auf unsere „Kritik aller Parteien", wo wir den Föderalismus nach allen Seiten hin, und unter Bezugnahme auf die verschiedenen Parteiprinzipien betrachtet haben. Hier nur noch einige Worte.

In dem Föderalismus erkennen wir also das Grundprinzip der neuen Periode, zu der wir uns jetzt im Uebergange befinden, so daß zwar einerseits die Prinzipien der Vergangenheit noch fortwirken, andrerseits aber doch überall schon neue Tendenzen hervorbrechen, und ein allgemeiner Umschwung sich deutlich ankündigt. Haben wir nun schon wiederholt darauf hingewiesen, daß der deutschen Nation ein universaler Beruf zukommt, so werden wir jetzt alles früher Gesagte in dem einen Satze zusammenfassen, daß eben Deutschland

der Boden ist, auf welchem das föderale Prinzip seine kräftigste Entwicklung finden kann und finden muß, und zwar eben so in theoretischer wie in praktischer Hinsicht. Jenes beruht auf der Vielseitigkeit der deutschen Geistesbildung, womit sich keine andere Nation vergleichen kann, dieses aber folgt aus unseren öffentlichen Zuständen, indem grade die politische Zersplitterung, welche so lange unser Fluch gewesen, sich nunmehr als die ganz natürliche Grundlage einer föderalen Gestaltung erweist. So gnädig hat es Gott gefügt, daß wir, unser eignes Haus ausbauend, an dem Bau der europäischen Zukunft arbeiten. Denn das föderale Deutschland wird so Vorbild als Mittelpunkt der allgemeinen Föderation sein, welche allmälig die ganze zivilisirte Welt umfassen soll.

---

# XV.

## Schlußbetrachtung.

1. Veränderungen, welche die Bewegung von 1848 hervorgerufen hat. 2. Verfall und Umbildung der alten Parteien. 3. Fortsetzung. 4. Umschwung der politischen Denkweise. 5. Aussicht in die Zukunft.

---

Durch den halbrevolutionairen Ausbruch der deutschen Einheitsbestrebungen im Jahre 1848 ist Dreierlei zu Tage gekommen. Nämlich 1. die große Mangelhaftigkeit und Kraftlosigkeit der bisherigen Bundesverfassung, 2. die eben so große Schwierigkeit einer durchgreifenden Veränderung, 3. die wo möglich noch größere Unklarheit und Verwirrung der Meinungen über das zu erstrebende Ziel und die dazu dienlichen Mittel und Wege. Unter solchen Umständen war es unvermeidlich, daß die deutsche Bewegung zuletzt im Sande verlief, und darauf die Rückkehr zu der vormärzlichen Bundes=

verfassung sogar als ein Glück angesehen werden mußte, weil sie uns doch wenigstens vor dem drohenden Bürgerkrieg und dem gänzlichen Auseinanderfallen des deutschen Staatenkörpers bewahrte.

## 1.

Hat aber die damalige Bewegung ihr Ziel durchaus verfehlt, so hat sie nichtsdestoweniger sehr große Nachwirkungen hinterlassen.

Dahin gehört vor Allem, daß durch das ausdrückliche und feierliche Bekenntniß der Nothwendigkeit einer tief greifenden Reform, welches damals gleicherweise die Bundesversammlung wie die einzelnen deutschen Regierungen ablegten, den deutschen Einheitsbestrebungen gewissermaßen der Charakter der Legitimität aufgedrückt worden, und dadurch ein Umschwung eingeleitet ist, der trotz aller Reaktionsversuche sich nie wieder rückgängig machen läßt. Die deutsche Nation besitzt seitdem ein wohlerworbenes Recht ihre Nationalentwicklung zur Geltung zu bringen, und Alles was dagegen versucht werden mag, muß als rechtswidrige Unterdrückung erscheinen, deren Folgen dereinst auf Diejenigen zurückfallen werden, von welchen solche Versuche ausgingen.

Im innigen Zusammenhang mit der damaligen Einheitsbewegung standen ferner die Veränderungen in den deutschen Einzelstaaten. Preßfreiheit wurde seitdem allgemein eingeführt, und in den meisten Staaten ein öffentliches und mündliches Gerichtsverfahren, nebst Schwurgerichten, was Beides zwar keine unmittelbare Beziehung zur deutschen Frage hat, aber doch mittelbar die deutsche Nationalentwicklung befördert. Dazu kamen weiter die fast allgemeinen konstitutionellen Veränderungen, und die Neubegründung konstitutioneller Verfassungen in mehreren Staaten, wie namentlich in Preußen und Oesterreich, in welchem letzteren das konstitutionelle System zwar bald wieder verschwand, aber seit einigen Jahren nun doch wieder hergestellt ist. An und für sich betrachtet haben diese Verfassungen freilich die Wirkung den Partikularismus zu befördern, indem die einzelnen Staaten durch das konstitutionelle System nur

um so mehr den Charakter eines abgeschlossenen Körpers annehmen, wodurch die deutsche Einigung offenbar erschwert wird, allein hinterdrein und mittelbar entstehen doch auch andere Folgen daraus. Es ist durch den Konstitutionalismus eine Tribüne errichtet, und die öffentliche Debatte, nebst dem unvermeidlichen Parteiwesen und Wahlumtrieben, rütteln überall an den alten Zuständen. Wenn dabei die innere Ausbildung der einzelnen Staaten gleichwohl fortzuschreiten scheint, so haben wir bereits seines Ortes bemerkt, wie diese konstitutionelle Fortbildung selbst allmälig dahin führt, daß die Unzulänglichkeit der Einzelstaaten, und das Bedürfniß eines größeren Zusammenhanges nur um so fühlbarer wird.

Am deutlichsten zeigt sich dies schon in Preußen. Man hat wohl Anfangs gemeint, und vom preußischen Standpunkte aus gehofft, durch das konstitutionelle System dem Staate eine größere Festigkeit zu geben, wer aber die Dinge etwas tiefer betrachtet, wird nicht verkennen, wie dieses System vielmehr die Sonderexistenz des preußischen Staates untergraben hat, und das alte Preußenthum seitdem einer inneren Zersetzung verfallen ist Eine Thatsache, die man vom preußischen Standpunkte aus nur beklagen kann, welche aber die zukünftige deutsche Entwicklung gar sehr erleichtern wird. Wie können wohl ähnliche Folgen, als jetzt in Preußen schon vorliegen, in Oesterreich ausbleiben? Man warte nur noch einige Jahre, und sie werden auch dort bemerklich werden.

## 2.

Parallel mit der inneren Umbildung der einzelnen deutschen Staaten geht die Umbildung, und respektive der Verfall der alten Parteien, wodurch sich für die deutsche Entwicklung neue Aussichten eröffnen.

Die sich überstürzende Bewegung des Jahres 1848 mußte unvermeidlich eine Reaktion hervorrufen, und so geschah es, daß nach Bewältigung der revolutionairen Tendenzen die sogenannte konservative Partei in den nächsten Jahren überall zur Herrschaft ge=

langte. Auch kann sich dieselbe in der That rühmen, durch die ihr beiwohnende Trägheitskraft den Bestrebungen von 1848 ein wesentliches Hinderniß bereitet, und dadurch die Erhaltung und respektive Wiederherstellung der alten Verhältnisse befördert zu haben. Außerdem war es leicht genug, die vorangegangenen Ueberschwenglichkeiten auch theoretisch zu bekämpfen, und wenn die Sache damit abgethan wäre, daß man die Verkehrtheit und Unausführbarkeit der paulskirchlichen Projekte nachweist, so könnte der Konservatismus nun ruhig auf seinen Lorbeeren ruhen. Ist aber damals das Ziel verfehlt, so ist nichts desto weniger das Bedürfniß geblieben. Dafür hat die konservative Partei bis heute kein Verständniß gezeigt, noch weniger ist sie zur Befriedigung dieses Bedürfnisses mit eigenen Vorschlägen hervorgetreten, und am allerwenigsten hat sie Trieb und Fähigkeit verrathen, die deutsche Aufgabe praktisch in Angriff zu nehmen. So ist die Unzulänglichkeit dieser Partei von Jahr zu Jahr immer sichtbarer geworden, und die wenigen denkenden Köpfe, die sich überhaupt darunter befanden, wenden sich davon ab. Es bleibt nur das Phlegma übrig, die konservative Trägheitskraft, und um es deutsch zu sagen: die Dummheit.

Noch augenfälliger, durch den Kontrast zu ihrer früheren glänzenden Stellung, ist der Verfall der konstitutionellen Partei. Waren doch die Konstitutionellen bis zum Jahre 1848 in ganz Deutschland die gefeierten Vertreter des Fortschritts, und obgleich nirgends im Besitz der Staatsgewalt, sondern überall in der Opposition stehend, bildeten sie damals eine wirkliche Macht. Kaum aber trat die große Wendung ein, wodurch sie dann selbst zur Regierung berufen wurden, und alsbald war ihr Nimbus verflogen. Sehr charakteristisch für das Wesen des Konstitutionalismus, denn es wurde jetzt offenbar, worin die Stärke der Konstitutionellen bestand, nämlich in der Opposition, und es wurde desgleichen offenbar, daß Opponiren etwas anderes heißt als Regieren und Organisiren. Die Konstitutionellen zeigten sich also ihrer neuen Stellung nirgends gewachsen. Am allerwenigsten grade auf dem Gebiete der deutschen

Gesammtentwicklung, die damals auch in ihren Händen lag, und wo sie denn nichts Besseres zu thun wußten, als das konstitutionelle Schema von den Einzelstaaten auf den deutschen Gesammtkörper zu übertragen, — ein Verfahren, dessen Unstatthaftigkeit wir klar genug nachgewiesen zu haben glauben. Seit diesem großen Bankerott, worin die gänzliche Unbrauchbarkeit des Konstitutionalismus zur Lösung der deutschen Frage durch die Thatsache offenbar geworden, hat sich die konstitutionelle Partei niemals wieder erholen können. Gegenüber dem einstweilen zur Herrschaft gekommenen Konservatismus trat sie in den Einzelstaaten wieder in Opposition, konnte aber auch auf diesem Wege nur noch dürftige Erfolge erringen, überall überflügelt von den mit größerer Entschiedenheit auftretenden Demokraten.

Die Demokratie ist die einzige Partei, von der man nicht sagen kann, daß sie bereits innerlich erstorben oder gebrochen sei, und nur noch fortvegetire wie die Konservativen und Konstitutionellen, sondern sie erscheint bis heute noch lebenskräftig und zukunftreich. Aber beruht dieser Vorzug, den sie vor jenen Parteien hat, nicht zum guten Theil auf dem Umstande, daß sie bisher noch niemals in der Lage war, den thatsächlichen Beweis ihrer Leistungsfähigkeit zu liefern? Denn sie hat bisher nur als ein treibendes Element gewirkt, und bei uns noch nirgends zur Herrschaft kommen können, wie sie es doch allerdings beansprucht. Auch kann sie nicht zur Herrschaft gelangen, außer es müßte eine radikale Revolution vorhergehen, und wenn dies je geschähe, so würde auch alsbald die Unzulänglichkeit der demokratischen Prinzipien hervortreten. Und zwar am meisten grade in Beziehung auf das Problem der deutschen Gesammtverfassung, weil die demokratischen Prinzipien mit diesem Problem gar keinen inneren Zusammenhang haben.

Oder woher stammen überhaupt die demokratischen Prinzipien? Sie sind doch offenbar aus dem sozialen Klassenkampf hervorgegangen, und haben zu den eigentlichen Staatsfragen kaum eine andere Beziehung, als daß sich die Masse in den Besitz der Gewalt setzen will. Wenn dies nun wirklich geschieht, so muß freilich eine sehr

tiefgreifende Umgestaltung des ganzen Staatswesens daraus folgen, allein die dazu erforderlichen Einrichtungen und Formen sind durch die bloße Thatsache, daß die Masse die Gewalt an sich reißt, noch bei weitem nicht gegeben, sondern bilden dann immer noch ein besonderes Problem, welches noch bis heute seiner Lösung harrt. Selbst in einem vergleichsweise so einfachen Körper, wie Frankreich, dessen innere Elemente durch die lange Zentralisation so gleichartig geworden, und wo die Demokratie doch nun schon zweimal zur Herrschaft gelangte, hat sie beide Male mit ganz resultatlosen Experimenten geendigt, indem die demokratischen Verfassungen alsbald zusammenbrachen, und beide Male etwas ganz Anderes darauf folgte, als man beabsichtigt und gehofft hatte, nämlich die Militairdiktatur. Was soll man erst erwarten in einem so komplizirten Körper wie Deutschland! Da würde die Demokratie, wenn es ihr je gelingen sollte die Gewalt an sich zu reißen, wohl kaum nur zu dem Entwurf einer Verfassung gelangen, sondern aller Wahrscheinlichkeit nach sofort zum Bürgerkrieg führen. Glaubt man ferner auf demokratischer Seite, das deutsche Problem durch eine Nachahmung der nordamerikanischen Verfassung lösen zu können, so ist Nachahmungslust schon an und für sich kein Zeichen besonderer geistiger Begabung, da nur mittelmäßige Köpfe sich mit Nachahmungen befriedigen, in unserem Falle aber wäre solche Nachahmungslust gradezu ein Zeichen politischer Urtheilslosigkeit zu nennen, nachdem wir doch gesehen haben, wie ganz unmöglich es ist, nordamerikanische Verhältnisse auf Deutschland zu übertragen. Und wo wären sonst wohl neue und tiefe Gedanken aus dem Schoße unserer Demokratie hervorgetreten? Vielmehr ist sie in ihrer prinzipiellen Ausbildung hinter dem Fortschritt der deutschen Wissenschaft zurückgeblieben, da sie noch bis heute auf dem bereits überwundenen Standpunkt des sogenannten Naturrechtes steht. Wahrlich, da ist kein geistiger Fond zu bemerken, aus welchem in Zukunft große Leistungen hervorgehen könnten, sondern vielmehr ein offenbarer Mangel, nicht nur an ursprünglichem Tiefsinn sondern selbst an ernster und umfassender Bildung. Sehr wohl verträgt sich damit eine gewisse Gewandtheit, Rüstigkeit und Dreistigkeit, und son=

stige Eigenschaften zweiten Ranges, die mehr oder weniger brauchbar und schätzbar sind, aber den fehlenden Genius nicht ersetzen können. Daß aber der Genius in der That fehlt, ist doch nicht länger mehr zu verbergen, nachdem er ja Zeit genug gehabt hätte sich zu äußern, wenn er überhaupt da wäre.

Ist demnach von der Demokratie für die Lösung des großen deutschen Problems wenig zu erwarten, so erweist sie sich allerdings viel leistungsfähiger auf dem sozialen Gebiete, wo sie auch ihrem inneren Wesen nach weit mehr zu Hause ist als in der hohen Politik. Dahin gehören insbesondere die mannigfaltigen Bestrebungen zur wirthschaftlichen und geistigen Hebung der arbeitenden Klassen, die zwar nicht alle von der Demokratie ausgehen, aber doch in einem unverkennbaren Zusammenhang mit dem allgemeinen demokratischen Zug unseres Zeitalters stehen, und jedenfalls von Seiten der Demokratie sehr wesentliche Unterstützung finden. Eben so hängen die großen geselligen Vereine damit zusammen, wie die Sängervereine, die Schützenvereine und Turnvereine, deren wir bereits früher gedachten als eines wichtigen Beförderungsmittels der deutschen Einheit, doch allerdings nur von der sozialen Seite aus. Die konstitutionelle Partei hat diese Vereine nicht hervorgerufen, noch weniger die konservative Partei, sondern sie sind vornämlich ein Werk der Demokratie, die aber damit in eine Richtung eintritt, worin sich ihr eignes Wesen allmälig verändert. Denn das ist schon nichts spezifisch Demokratisches mehr, sondern alle Stände und alle Parteien können daran Theil nehmen, wie es auch wirklich je mehr und mehr geschieht. Es entspringt daraus eine volksthümliche Gemeinschaft, worin zugleich etwas Organisches liegt, und wodurch der wüste Gedanke einer Kopfzahlherrschaft allmälig in den Hintergrund tritt. Sonach läge darin eine innere Umbildung der demokratischen Partei, der wir nur möglichsten Fortschritt wünschen können, denn es wäre entschieden ein Fortschritt zum Besseren.

Das sind die drei Hauptparteien, welche auf allgemeinen politischen Prinzipien beruhen: die Konservativen, die Konstitutionellen und die Demokraten, und wir haben nun gesehen wie es damit steht,

nämlich daß sie theils im Absterben, theils in einer inneren Umbildung begriffen sind. Das besondere Problem der deutschen Einigung hat aber noch besondere Parteiansichten und Parteibestrebungen hervorgerufen, die zwar mit jenen allgemeinen Parteien im Zusammenhang stehen, aber doch auch etwas Besonderes haben, worüber wir noch sprechen müssen. Denn hier grade wird sich am deutlichsten zeigen, daß wir jetzt in der That zu einem Wendepunkt gelangt sind.

### 3.

Die beschränkteste Ansicht von der deutschen Frage hat die neupreußische Reaktionspartei. Sie hält sich schlechtweg an das pentarchische Großmachtssystem, wonach ein Deutschland und eine deutsche Nation nur als passive Masse existirt, und ein inneres Entwicklungsbedürfniß dieser Masse gar nicht anerkannt wird, sondern nur die Aufgabe übrig bleibt Ruhe und Ordnung zu erhalten. Dieses soll dann durch die gemeinsame Kuratel der beiden deutschen Großmächte geschehen, wo möglich im Bunde mit dem heiligen Rußland, als dem eigentlichen Eckstein des „christlich-germanischen" Prinzipes, wie es die Neupreußen verstehen.

Obgleich nun dieses System das schmählichste ist, welches für Deutschland jemals erfunden werden kann, so hat die sogenannte konservative Partei doch lange Zeit hindurch nur wenig Anstoß daran genommen, sondern weil es doch Ruhe und Ordnung verspricht, und einstweilen den status quo zu garantiren scheint, worüber der Blick unserer Konservativen selten hinausreicht, so konnte es der neupreußischen Reaktion zeitweilig gelingen, den ganzen deutschen Konservatismus einigermaßen ins Schlepptau zu nehmen. Dieses Verhältniß hat bis auf die jüngste Zeit bestanden, jetzt aber ist es aufgelöst in Folge des bekannten Benehmens der Neupreußen in der schleswig-holsteinschen Frage, wodurch es endlich selbst dem konservativen Stumpfsinn deutlich geworden ist, wohin solches Treiben führt Wo noch irgend eine Spur von deutscher Gesinnung vorhanden ist, da wenden sich heute die Konservativen mit Ekel und Abscheu davon ab, und seitdem ist

diese Partei fast lediglich auf die Kreise des spezifischen Preußenthums in den östlichen Provinzen beschränkt, und hat ihren früheren Einfluß in dem westlichen Deutschland gänzlich verloren. Auch hat sie keine Aussicht, sich von diesem Schlage jemals wieder zu erholen, weil ihr auch die geistigen Kräfte ausgehen. In Stahl hat sie ihren geistigen Chef verloren, und die wenigen Leute von geistiger Bedeutung, die noch in ihren Reihen stehen, gehen dem Greisenalter entgegen, der junge Nachwuchs aber ist ohne Bedeutung. Immerhin mag sie fortfahren das reaktionaire Junkerthum und die gleichgesinnten Pastoren in den östlichen Provinzen zu repräsentiren, aber für die deutsche Entwicklung kommt sie nicht mehr in Betracht.

Ohngefähr dasselbe gilt von der kleindeutschen Partei, deren bekannte Tendenzen zeitweilig so viele Anhänger fanden. Durch ihre Rührigkeit und Intriguen, und durch die äußeren Verhältnisse begünstigt, war diese Partei vor einigen Jahren fast dahin gekommen, daß sie die deutsche Frage zu beherrschen schien. Sie war damals eng verbunden mit der sogenannten neuen Aera in Preußen, und so ist sie zuvörderst auch selbst in den Bankerott derselben verwickelt worden, und hat dadurch sehr merklich an Kredit verloren. Endlich kam die schleswig-holsteinsche Frage, und die Ereignisse selbst sprachen das entscheidende Urtheil über die politische Kapacität dieser Partei. Denn siehe da, jetzt war es grade der viel geschmähte deutsche Bund, welcher die einzige Möglichkeit darbot das deutschnationale Interesse zu wahren, und von alle dem, was die kleindeutschen Stimmführer vordem behauptet und gehofft hatten, geschah so ziemlich das Gegentheil. Da hieß es natürlich den Umständen Rechnung tragen, und flugs eine Schwenkung machen, damit man obenauf bleiben möchte, und dieselben Leute, die vordem ihre vornehmste Aufgabe darin gesetzt, den deutschen Bund aufzulösen, wurden jetzt auf einmal die Vertheidiger seiner Rechte. Das wird aber schwerlich helfen, denn am Ende wird es doch selbst dem deutschen Michel zu viel, daß dieselben Leute, die mit ihren Unionsprojekten nun schon zweimal Bankerott gemacht, nach jedem neuen Bankerott ein neues Schild aufstecken, und neuen Kredit fordern, nach-

dem doch ihre Urtheilslosigkeit und Halbköpfigkeit so klar geworden wie der Tag. Mag also die kleindeutsche Partei mit ihrem Nationalverein fortvegetiren, wie es die konstitutionelle Partei thut, mit der sie innerlich so eng verwandt ist, zu einer höheren Lebensäußerung ist sie nicht mehr fähig.

Vorbei ist es endlich auch mit der großdeutschen Partei. Und abermals ist es die schleswig-holsteinsche Angelegenheit gewesen, welche ihr den Untergang bereitet hat.

Wohl selten ist eine Partei so schnell gestiegen und so schnell gefallen als die großdeutsche. Denn kaum hatte sie auf dem Frankfurter Fürstentage ihren Höhenpunkt erreicht, so zeigten die Ereignisse, was hinter den großdeutschen Vorspiegelungen verborgen war. Da sah man, wie dasselbe Oesterreich, welches nach der großdeutschen Theorie den Kern von Deutschland bilden soll, und welches angeblich dem deutschen Bunde eine neue Bedeutung geben wollte, jetzt vielmehr mit allen Kräften beflissen war, den Bund darnieder zu halten, und anstatt selbst eine Bundespolitik zu führen, vielmehr seinerseits eine solche unmöglich machte, um sich statt dessen als europäische Großmacht aufzuthun. Ja, wie wenn man recht absichtlich hätte zeigen wollen, daß Oesterreich keine deutsche sondern eine rein europäische Macht sei, wurde alsbald ein Truppenkorps nach Holstein gesandt, fast nur aus fremden Nationalitäten zusammengesetzt, und Leute, die kein Deutsch verstanden, geschweige denn, daß sie von der Angelegenheit, um die es sich dort handelte, irgend eine Vorstellung und noch weniger ein Gefühl dafür gehabt hätten, sollten in Holstein als „deutsche Brüder" empfangen werden. Das hieß fürwahr dem deutschen Michel noch mehr zumuthen, als selbst die Gothaer gethan. Es hieß ihn gradezu ins Angesicht schlagen, und da mußte er wohl aus dem Schlaf erwachen. Wer also den großdeutschen Humbug bis dahin noch nicht durchschaute, der ist jetzt aufgeklärt, und wer noch ein Gefühl für Deutschland besitzt, wird nicht länger Tendenzen dienen wollen, durch welche das Deutschthum zu Hohn und Spott geworden.

So sind sie denn alle glücklich am Ziele: die Neupreußen, wie die

Kleindeutschen und die Großdeutschen, und alle diese Parteien, deren Streben auf nichts anderes hinausging, als das deutsche Wesen zu ersticken, oder zu verfälschen und für fremde Zwecke auszubeuten, stehen jetzt in ihrer nackten Blöße da, gebrochen und geschlagen durch den Gang der Ereignisse wie durch ihre eigene Thorheit. Dank sei Gott, der dies Alles so gefügt! Die deutsche Nation wird sich hinfort nicht mehr an diesen neupreußischen und kleindeutschen und großdeutschen Tendenzen zerarbeiten, sondern sich von nun an selbst angehören. Sie wird nicht mehr kleindeutsch oder großdeutsch sein wollen, sondern d e u t s c h schlechtweg, deutsch ohne Beiwort und ohne Hintergedanken.

4.

Aber noch Eins giebt es, welches solche heilsame Wendung vielleicht zu verhindern oder zu verzögern vermöchte, d. i. der angeborne Hang der Deutschen ihr vaterländisches Wesen preis zu geben. Wie mußte dieser Hang sich steigern in den Jahrhunderten des fortschreitenden deutschen Verfalles, während andere Nationen emporkamen, und das glänzende Schauspiel ihrer Macht, oder ihrer Freiheit und Kultur den deutschen Beobachter dergestalt fascinirte, daß er die schwarzen Flecken in diesem Sonnenbilde kaum bemerkte, sondern für sein deutsches Vaterland nichts Besseres wußte und keine andere Hoffnung ersah, als irgend eines der fremden Vorbilder nachzuahmen. Um also wieder emporzukommen und zu einer ordentlichen Verfassung zu gelangen, sollten wir Franzosen werden, oder Engländer, oder Amerikaner, ja vielleicht Belgier oder Schweizer, kurz alles Mögliche sollte uns zum Hebel dienen, nur mußte es jedenfalls etwas Fremdes sein.

Wir glauben die Sinnlosigkeit solches Treibens genügend nachgewiesen zu haben, aber bloße Demonstrationen reichen selten aus, um einen weit verbreiteten und tief eingewurzelten Irrthum zu beseitigen. Es gehören Erfahrungen dazu, und den meisten Eindruck machen doch die großen geschichtlichen Thatsachen, vor denen alle Widerrede verstummt. Abermals müssen wir daher Gott danken, der es auch hier so gefügt hat, daß der Zauber, den früher die

fremden Vorbilder auf uns ausübten, allmälig verschwindet, durch die nackte Wirklichkeit der Zustände in den angeblichen Musterländern, die wahrlich nicht mehr so herrlich erscheinen, als daß sie uns zur Nachahmung reizen sollten.

Wie viele unserer Leser werden sich noch erinnern, welchen mächtigen Einfluß früherhin das französische Vorbild auf das deutsche Publikum übte. Der Konstitutionalismus nach französischem Zuschnitt, mit Allem was dazu gehört, galt uns als ein Ideal, als eine Inkorporation der absoluten Vernunft, grade wie es Hegel gelehrt hatte. Die Debatten in den französischen Kammern waren damals wie Ereignisse, die dortigen Gedankenwendungen und Stichwörter verbreiteten sich über ganz Deutschland, und da wir doch keine Deputirtenkammer hatten, so sollte einstweilen wenigstens ein Abbild derselben in der Hegelschen Schule bestehen, die ihre rechte und linke Seite und ihre Centren hatte, wie jene, kurz der ganze pariser Jargon drang bei uns ein bis in die Kathederwelt. So weit ging die Verblendung, daß Diejenigen, welche auf die Mangelhaftigkeit und Unhaltbarkeit der französischen Zustände hinwiesen, von vorn herein verdächtig erschienen, grade wie wenn es ein Zeichen serviler Gesinnung wäre. Das hat dann freilich schon in den letzten Jahren Louis Philipp's merklich abgenommen, aber erst durch die Februarrevolution und deren Folgen ist ein gründlicher Umschwung herbeigeführt. Denn wenn auch Frankreich durch seine äußere Macht und seine glänzende Zivilisation noch heute einen beträchtlichen Einfluß auf Deutschland übt, — seine Staatsformen und seine Freiheit haben allen Zauber verloren. Ueberhaupt erscheinen uns heute die konstitutionellen Ideen, die wir doch früher aus Frankreich entlehnten, in einem anderen Lichte, nachdem die Erfahrung gezeigt hat, welche Früchte das konstitutionelle System in Frankreich getragen, und wie wenig die Hoffnungen erfüllt sind, die man in Deutschland darauf gesetzt hatte.

In demselben Maße aber, als das französische Vorbild seinen früheren Reiz verlor, wandten sich die Blicke um so mehr nach England, und nachdem sich der Konstitutionalismus als unzurei-

chend erwiesen, sollte nun der Parlamentarismus die volle Wahrheit sein. So ging es aus der Gallomanie in die Anglomanie, und dagegen war abermals keine Hülfe, bis endlich das neue Götzenbild so starke Runzeln und Flecke bekam, daß sie gar deutlich durch den Nimbus hindurch schienen, der dann allmälig verschwinden mußte. Dieser Umschwung begann seit dem Krimkriege, wo es zuerst in großen Zügen offenbar wurde, daß auch im Staate Englands etwas faul sein müsse. Seitdem tritt die Fäulniß immer deutlicher hervor, insbesondere in der unwürdigen und haltungslosen Politik dieses Landes. Denn das war es doch eben, was man vordem an England rühmte, und was uns als ein beneidenswerthes Glück erschien, nämlich daß dort die ganze Regierung auf dem Parlamente ruhen, das Parlament aber die Nation repräsentiren sollte. Nun wohlan, woher stammt denn also die heutige englische Politik? Doch offenbar aus der parlamentarischen Verfassung selbst, und es ist der Geist des Parlamentes, der sich in dieser Politik spiegelt. Was muß das also für ein Geist sein, und was müssen das für Zustände sein, aus denen ein Parlament mit solchem Geist hervorgeht? Diese Reflexion ist nicht abzuweisen, und die Engländer selbst haben das Ihrige gethan, um das deutsche Publikum auf diesen Gedankengang zu führen. Je rücksichtsloser und unverständiger die englische Politik sich in letzter Zeit gegen Deutschland benommen, um so mehr verschwindet daher die frühere Vorliebe für England, und einmal ernüchtert, erscheint uns dasselbe heute in einem ganz anderen Lichte. Wir dürfen es sagen: die Anglomanie ist vorüber, und auch dieser Bann ist gelöst.

So bleibt noch Nordamerika, welches insbesondere die Demokratie bezaubert. Aber da ist seit Jahren der schreckliche Bürgerkrieg ausgebrochen, und mit ihm treten alle die Schäden der dortigen Zustände zu Tage, die freilich schon lange in der Entwicklung begriffen waren, nur daß man sie durchaus nicht sehen wollte. Heute kann man sie nicht mehr ignoriren oder ableugnen, und wie man auch sonst über dieses Land denken mag, — man kann es unmöglich als ein Ideal hinstellen, denn alle Sophisterei wird machtlos, wo solche Thatsachen reden.

Welchen Umschwung muß dies in unserem politischen Denken hervorbringen, daß diese drei großen Vorbilder: Frankreich, England und Nordamerika, um welche sich bisher alle unsere Gedanken drehten, und welche unseren Geist so faszinirten, daß die Nothwendigkeit der Nachahmung ganz außer Zweifel stand, und nur das Eine fraglich blieb: welches von den Dreien am meisten nachzuahmen sei? — welch ein Umschwung sage ich, wenn diese drei Vorbilder sämmtlich ihren Zauber verlieren! Es ist ein Ereigniß von unermeßlichen Folgen, weil es uns nothwendig auf neue Bahnen führen wird, indem es mit dem Nachahmen nun überhaupt zu Ende geht. Oder was sollten wir sonst wohl noch nachahmen?

Mag man doch fortfahren, in Belgien noch immer den konstitutionellen Musterstaat zu erblicken, — daran ist doch nicht ernstlich zu denken, daß dieser kleine Staat, welcher nur unter dem Schirm der Neutralität lebt, ein Vorbild für das große Deutschland werden sollte. Eben so wenig kann ferner die Schweiz dazu dienen. Doch endlich vielleicht Italien, welches uns ja zeigt, wie ein zerstückeltes Land unter französischer Protektion zur Einheit gelangen kann. Das scheint also wohl ein rechtes Vorbild für uns zu sein. Aber wenn man auch sonst Geschmack an dieser neuen Herrlichkeit hätte, so will es doch auch mit Viktor Emanuel und Garibaldi nicht mehr recht vorwärts gehen, und in Neapel steht es so schlimm wie jemals.

Wir mögen um uns blicken, wohin wir wollen, es ist kein Land mehr zu finden, welches irgend wie nachahmungswerth oder nachahmungsfähig für uns erscheinen könnte. So sind wir endlich wohl oder übel auf uns selbst zurückgeführt. Die Odyssee des deutschen Geistes geht zu Ende.

## 5.

Das ist der unschätzbare Fortschritt, den wir seit 1848 gemacht, daß wir jetzt endlich auf deutschem Boden stehen.

Wie ganz anders war es damals, wo die fremden Vorbilder die Geister noch so mächtig ergriffen, daß eine unbefangene Betrachtung der vaterländischen Verhältnisse, nach den darin liegenden Be-

dürfnissen und Entwicklungskeimen, gar nicht aufkommen konnte. Zeuge dessen einerseits das Frankfurter Parlament mit seiner Reichsverfassung, und andrerseits die deutschen Staatslehren, welche wir früher besprachen, und die von allem Möglichen handeln, vom menschlichen und göttlichen Rechte und von der absoluten Idee, nur nicht von Deutschland und vom deutschen Bunde. Heute giebt es wohl Niemand mehr, der aus Deutschland ein neues Frankreich, England oder Nordamerika machen möchte, — diese Projekte haben ihre Zeit gehabt. Gebrochen ist ferner, wie wir oben gesehen, die Macht der neupreußischen, der kleindeutschen und großdeutschen Partei, welche die deutsche Nation so lange auf Irrwegen erhalten konnten. Und wie wir desgleichen gesehen, ist die konservative und die konstitutionelle Partei im Absterben begriffen, die Demokratie in der Umbildung, was nicht minder als eine wesentliche Verbesserung gelten muß. Denn alle diese Parteien sind der deutschen Entwicklung hinderlich, indem sie das Urtheil verwirren und die Gesichtspunkte verschieben. Nicht was deutsch ist und Deutschland frommt, ist ihnen maßgebend, sondern das Ding soll konservativ sein, oder konstitutionell, oder demokratisch. Und nicht das Emporkommen Deutschlands ist die Aufgabe für sie, sondern das Emporkommen des Konservatismus, des Konstitutionalismus oder der Demokratie. Darum fort damit, im Namen des Vaterlandes!

Zwar sind dies Alles nur erst negative Fortschritte, indem wir dadurch eben nur aus unseren bisherigen Verirrungen herauskommen, aber auch dies ist schon etwas Großes. Wer einen Irrthum los wird, thut damit den ersten Schritt zur Erkenntniß der Wahrheit, und die Wahrheit wird uns frei machen. Sind wir doch endlich nach langen Irrfahrten nun glücklich zu Hause, und wenn es im Hause auch kraus und wüst genug aussieht, so bedarf es nur der Erkenntniß unserer wahren Bedürfnisse, wie unserer Kräfte und Mittel, dazu der nöthigen Energie, dann wird sich Alles ordnen.

Darin also besteht die heutige Aufgabe: aus den gegebenen deutschen Verhältnissen heraus eine deutsche Gesammtverfassung zu entwickeln, unseren Bedürfnissen und unseren Mitteln entsprechend.

Und damit wir ja nicht im Zweifel darüber sein könnten, welches der Ausgangspunkt dabei sein muß, so haben uns die jüngsten Ereignisse so zu sagen mit der Nase darauf hingewiesen, daß es der deutsche Bund ist, den wir zuvörderst in Thätigkeit zu setzen und dann in seinen Einrichtungen zu verbessern haben. Auch diese Wendung verdanken wir der schleswig-holsteinschen Frage, in welcher der Bund zum ersten Mal in seiner europäischen Wichtigkeit erschienen ist. Freilich ist damit noch wenig erreicht im Vergleich zu dem, was noch zu erreichen bleibt, aber es ist sehr viel im Vergleich zu der früheren gänzlichen Nullität des Bundes. Denn es ist doch ein Anfang seiner Entwicklung, und aller Anfang ist schwer.

Wir haben aber den Bund nicht nach den Schulbegriffen von „Staatenbund" und „Bundesstaat" zu behandeln, sondern ihn zuvörderst so zu nehmen wie er wirklich ist, gleichwie das Sprüchwort sagt, daß man mit den Ochsen pflügen muß, die man hat. Daß der Bund herzlich schlecht ist, wissen wir Alle, aber Wenige scheinen zu wissen, daß er die Keime des Besseren in sich enthält, und noch Wenigere wollen sich die Mühe geben, diese Keime aufzusuchen und zu pflegen. Statt dessen will man aus der Fremde her irgend eine Schablone entlehnen, oder nach reinen Vernunftbegriffen irgend ein Ideal entwerfen, welches wir dann mit aller Macht realisiren sollen, um schließlich gar nichts zu erreichen, wie wir es nun seit sechszehn Jahren gesehen, und wovon wir hoffentlich jetzt endlich zurückkommen werden. Worauf aber der Zug der deutschen Entwicklung gerichtet, und wozu auch die Anlage in dem Bunde selbst schon vorhanden ist, haben wir seines Ortes gezeigt, nämlich die Herstellung eines neuen Reiches. Darauf folglich kommt es an: die Idee des Reiches zu fassen, zu verbreiten und geltend zu machen.

So lange dies nicht geschehen, sind wir weder fähig noch würdig uns wieder als eine große Nation aufzuthun. Das Erstere nicht, weil wir niemals zu einer schwungvollen Thätigkeit gelangen können, so lange wir nicht aus eignem Geiste schöpfen, da Nachahmung zu ewiger Mittelmäßigkeit verurtheilt bleibt; das Letztere nicht, weil es für die Welt gar keinen Werth hat, daß Deutschland

eine Kopie von Frankreich, England oder Nordamerika darstellt, während wir hingegen nachgewiesen haben, welche universale Bedeutung die Herstellung eines neuen Reiches haben wird.

Darum wird es mit der deutschen Nation geschehen, wie es einst mit dem Volke Gottes geschah, welches vierzig Jahre lang in der Wüste umher irren mußte, ehe es das gelobte Land betreten durfte, weil erst ein neues Geschlecht heranwachsen sollte. Auch bei uns muß erst ein neues Geschlecht heranwachsen, in einem anderen Ideenkreise erzogen, als derjenige war, wonach man im Jahre 1848 aus allerlei fremden Lappen eine deutsche Gesammtverfassung zusammensetzen wollte, denn diejenigen Leute, welche so gänzlichen Mangel an Sinn und Verständniß für deutsche Eigenthümlichkeit gezeigt, die können und sollen auch die deutsche Freiheit und Herrlichkeit nicht schauen. „Dies Geschlecht, sagt Winter, muß erst den eigenen Geist deutscher Nation begreifen und ehren lernen, bevor es ein Reich deutscher Nation zu gründen sich erkühnen darf."*) Das bleibt also einem anderen Geschlecht vorbehalten, jenes wird sich indessen in verfehlten Projekten ergehen und abmühen, bis es zur Grube fährt. Wie aber den Kindern Israel auf ihren Wanderungen die Feuersäule vorausleuchtete, so wird die Reichsidee unsere Leuchte sein, und uns den Weg zeigen, auf welchem wir allmälig in das Reich selbst gelangen. So möge denn auch dem jetzt heranwachsenden Geschlechte die vorliegende Arbeit gewidmet sein, die nichts anderes will und soll, als der neuen Entwicklung zum Ferment zu dienen.

---

*) Die Volksvertretung in Deutschlands Zukunft, pag. 28.



Druck der Hofbuchdruckerei (H. A. Pierer) in Altenburg.

## Schriften desselben Verfassers.

Vorschule zur Physiologie der Staaten . . 1 Thlr.

Die Politik der Zukunft . . . . . . . . . 5 Sgr.

Untersuchungen über das Europäische Gleichgewicht 1 Thlr. 20 Sgr.

Drei und dreißig Sätze vom Deutschen Bunde . . 16 Sgr.

Die Ereignisse in Amerika in ihrer Rückwirkung auf Deutschland . . . . . . . . . . 10 Sgr.

Kritik aller Partheien . . . . . . 1 Thlr. 15 Sgr.

Die Quelle alles Uebels. Betrachtungen über die Preußische Verfassungskrisis . . . 1 Thlr.

Der Dänische Erbfolgestreit und die Bundespolitik . 10 Sgr.

---

Druck der Hofbuchdruckerei (H. A. Pierer) in Altenburg.

Frantz, Constantin,

Die Wiederherstellung Deutschlands

Berlin 1865